

Die Coronakrise 2020 – 2023

Strategien zu deren Eindämmung und
Lehren aus der Pandemie

Gunther Hauser

Schriftenreihe der
Landesverteidigungsakademie





Schriftenreihe der
Landesverteidigungsakademie

Gunther Hauser

Die Coronakrise 2020 – 2023 Strategien zu deren Eindämmung und Lehren aus der Pandemie

15/2023

Wien, November 2023

Impressum:

Medieninhaber, Herausgeber, Hersteller:

Republik Österreich / Bundesministerium für Landesverteidigung
Rossauer Lände 1
1090 Wien

Redaktion:

Landesverteidigungsakademie
Institut für Strategie und Sicherheitspolitik
Stiftgasse 2a
1070 Wien

Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie

Copyright:

© Republik Österreich / Bundesministerium für Landesverteidigung
Alle Rechte vorbehalten

November 2023

ISBN 978-3-903359-79-6

Druck:

ReproZ W 23-4914
Stiftgasse 2a
1070 Wien

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	2
Einleitung	5
COVID-19 – das Wesen des Virus	10
Anfängliche Einschätzungen seitens der WHO	19
Gesundheitssysteme im Stresstest	23
Hauptansätze zur Eindämmung von „Corona“ zu Beginn der Pandemie	29
Ost- und Südostasien	38
USA	64
Russland	81
Das Vereinigte Königreich	88
Hilfsmaßnahmen und wirtschaftliche Herausforderungen	91
Die Maßnahmen der EU und ihrer Mitgliedstaaten	99
Die Beschaffung von Impfstoffen und deren Herausforderungen	122
Die Entwicklung der Pandemie im zweiten Halbjahr 2020	132
Die Entwicklung der Pandemie im Jahr 2021	149
Fake News und „Corona-Leugner“	175
Österreich und die Coronamaßnahmen	191
Lessons identified – Lessons learned: Europäische Union	199
Lessons identified – Lessons learned: Beispiele aus unterschiedlichen Staaten	207
Lessons identified – Lessons learned: Österreich	224
COVID-19 – die Forschung nach dem Virus und die Reaktion auf die Pandemie	263
Lehren für die Zukunft	272
Aufarbeitung der Pandemie ex ante und weitere Vorgehensweise	279
Schlussfolgerungen und Ausblick	283
Literaturverzeichnis	293

Vorwort

Das Institut für Strategie und Sicherheitspolitik beschäftigt sich neben geopolitischen Herausforderungen und daraus folgenden sicherheitspolitisch-strategischen Ableitungen für Europa und Österreich ebenso mit jenen aktuellen globalen gesellschaftlichen, sozialpolitischen, wirtschaftlichen und gesundheitspolitischen Krisenereignissen, die besonders in den Jahren 2020 bis 2023 durch die Corona-Pandemie auf globaler Ebene zum Ausdruck kamen. Diese Pandemie spiegelte wie keine andere Krise zuvor jene Defizite, die zu Beginn durch mangelndes Bewusstsein in Hinblick auf Auswirkungen des damals neuen Coronavirus SARS-CoV-2 und der Krankheit COVID-19 auf die Gesellschaft und folglich durch dessen anfängliche Unterschätzung der Gefahren durch Gesundheitsministerien, weiters durch mangelnde internationale Abstimmungen betreffend die Vorgehensweisen zur Bekämpfung von SARS-CoV-2 und durch unkoordinierte und zum Teil unverständliche innerstaatliche Regelungen in vielen Ländern zum Ausdruck kamen, wider. Viele Maßnahmen zur Eindämmung von COVID-19 erwiesen sich schließlich als wirkungslos, immer mehr Menschen sahen sich nicht mehr in der Lage, im Nachhinein als nicht rechtskonform eingestufte Verordnungen und Bestimmungen mitzutragen. Die Gesellschaften in Europa und in Nordamerika zeigten sich dadurch als zunehmend gespalten, Regierungen hatten vor allem in den Jahren 2021 und 2022 viele Menschen nicht mehr erreicht und überzeugt, Maßnahmen zur Eindämmung des Virus mitzutragen. Viele Menschen reagierten zunehmend ablehnend bis aggressiv auf derartige Maßnahmen. Zu Beginn zeigte sich auch die Wissenschaft uneinig, was den Gefährlichkeitsgrad des Virus betraf. Virologen, Epidemiologen, Komplexitätsforscher und Soziologen entwickelten in der anfänglichen Einschätzung des Virus und dessen Auswirkungen auf die Gesundheitssysteme und die Gesellschaft uneinheitliche Lagebilder. Die Politik war jedoch gefordert, adäquate Entscheidungen zu treffen.

Der Autor dieser Studie stellt nicht nur die anfänglichen Einschätzungsversuche zu SARS-CoV-2 bzw. COVID-19 und unterschiedliche Reaktionen zahlreicher Regierungen in Hinblick auf die Coronawellen dar, sondern vergleicht auch die gesellschaftlichen, gesundheitspolitischen, geopolitischen und wirtschaftlichen Auswirkungen der Coronapandemie auf Staaten und deren Herausforderungen für

demokratische Gesellschaftssysteme. Zudem listet der Autor abgeleitet von den internationalen Vergleichen *Lessons identified*- und *Lessons learned*-Prozesse auf, die es auf internationaler, europäischer und auf österreichischer Ebene zu berücksichtigen gilt, um das Krisenmanagement in Hinblick auf künftige Pandemien – die noch folgenschwerer sein können – zu verbessern.

Einleitung

Die Coronakrise bedeutete einen tiefen Einschnitt in die bisherigen Lebensgewohnheiten der Menschen, für die nationalen Wirtschafts- und Sozialsysteme sowie auch für die globalen Handelsbeziehungen. Es handelte sich dabei laut Fachleuten weltweit um die „schlimmste Krise seit dem Zweiten Weltkrieg“.¹ Die Lage stellte sich zu Beginn der Krise vor allem in Italien zunächst wie folgt dar: „überfüllte Intensivstationen in der Lombardei, Menschen hinter Schutzkleidung, Leichensäcke, abgesperrte Städte, eine Kolonne von Militärfahrzeugen, die anrückt und die Toten aus Bergamo abtransportiert.“² Laut amerikanischen Angaben starben während der Jahre 2020 bis Herbst 2022 rund 6,5 Millionen Menschen an COVID-19, einschließlich mehr als einer Million Bürgerinnen und -Bürger aus den USA³ und laut Weltgesundheitsorganisation WHO (*World Health Organization*) weit über zwei Millionen Menschen aus Europa.⁴

Über den Ausbruch eines bis dahin unbekanntes Virus war zwar Mitte November 2019 in Hongkong berichtet worden, es sollte jedoch bis zum 31. Dezember 2019 andauern, bis die Behörden der Volksrepublik China die WHO offiziell über die Häufung von schweren Lungentzündungen in Wuhan (Provinz Hubei) „durch einen bisher nicht bekannten Erreger“ informiert hatten.⁵ Erst am 9. Januar 2020 berichtete das chinesische Staatsfernsehen über die Ausbreitung einer mysteriösen Lungenkrankheit in Wuhan, die auf ein neuartiges Coronavirus zurückgehen könnte.⁶ Eine Übertragung von Mensch zu Mensch blieb vorerst ausgeschlossen, so die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua.⁷ Die Welt war somit auf diese Pandemie unvorbereitet. Zudem fehlte es zunächst „an Test-Kits, an Schutzmasken, an

¹ Hans Bürger, Günther Mayr, Knock down. Menschheit auf dem Prüfstand, Verlag Braumüller, Wien 2021, S. 7.

² Rudi Anschöber, Pandemia. Einblicke und Aussichten, Paul Zsolnay Verlag, 2. Auflage, Wien 2022, S. 10.

³ The White House, National Security Strategy, Washington, October 2022, S. 28.

⁴ Quelle: World Health Organization, Coronavirus disease (COVID-19) pandemic, www.who.int/emergencies/situations/covid-19 (Stand 23. August 2023).

⁵ Ernst Mauritz, So schützt sich Österreich, in: Kuratorium Sicheres Österreich (Hrsg.), Fakten. Sicherheit. Analyse. Konsequenzen. Perspektiven, Nr. 34, Februar 2020, S. 6.

⁶ Jürgen Zacharias und Sarah Wetzlmayr, Im Kampf gegen das Virus, in: *Militär Aktuell*, Ausgabe 2/2020, S. 10-24, hier S. 12.

⁷ Rudi Anschöber, Pandemia. Einblicke und Aussichten, Paul Zsolnay Verlag, 2. Auflage, Wien 2022, S. 37.

*Laborkapazitäten.*⁸ Ab März 2020 wurden erst schrittweise „Anti-Corona-Maßnahmen“ eingeleitet, diese hatten „*uns einen Teil unserer persönlichen Freiheit genommen. Geschäfte mussten schließen, viele Orte konnten nicht mehr betreten werden und Menschen waren sich nicht sicher, wo sie sich nun aufhalten dürfen und wo nicht.*“⁹ Kritiker der staatlichen Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Pandemie befürchteten dadurch sogar „*das Ende der Freiheit*“.¹⁰ Menschenrechte wurden während der Pandemie eingeschränkt wie nie zuvor in der jüngeren Geschichte, das Sozialleben und die Wirtschaft brachen ein und zum Teil auch zusammen.¹¹

Wurden Warnungen in Hinblick auf einen neuen Pandemieausbruch von der Politik ignoriert? Im Januar 2013 wurden dem deutschen Bundestag die Ergebnisse eines Planspiels unter der Leitung des Robert-Koch-Instituts (RKI) vorgelegt – es enthielt bereits konkrete Szenarien, darunter: ein Coronavirus namens Modi.Sara wäre auf einem Markt in Südostasien vom Wildtier auf Menschen übergesprungen und breitet sich mit einem enormen Tempo weltweit aus. Bis zur Impfung, die laut damaligem Szenario erst nach drei Jahren zur Verfügung stehen sollte, hätten allein „*unter gewissen Voraussetzungen*“ in Deutschland „*Millionen Tote*“ gedroht.¹² Beim Ausscheiden von US-Präsident Barack Obama aus seinem Amt wurde der damals neuen Trump-Administration ein Dokument mit dem Titel „*Playbook for Early Response to High-Consequence Emerging Infections Disease Threats*“ übergeben. 2019 erfolgte auf dieser Grundlage in den USA eine Katastrophenübung unter der Annahme, Touristen hätten sich in China mit einem neuen Virus angesteckt: „*Das Ergebnis war ein Debakel. Überforderung, unklare Zuständigkeiten, zu wenig Masken.*“¹³ Unter US-Präsident Donald Trump wurde daraufhin das damals erfolgreiche Virus-Kontrollprogramm „*Predict*“ beendet, in dem Tausende von Wissenschaftler spezifisch ausgebildet worden waren. Trump hob sogar ein Moratorium für riskante Labortests auf.¹⁴

⁸ Ebenda, S. 11.

⁹ Ludwig Adamovich, *Wo wir stehen. Vom langjährigen Präsidenten des österreichischen Verfassungsgerichtshofes*, edition. A, Wien 2020, S. 42.

¹⁰ Ebenda.

¹¹ Karina Reiss, Sucharit Bhakdi, *Corona Fehllalarm? Zahlen, Daten und Hintergründe*, Goldegg Verlag, 10. Auflage, Berlin 2020, S. 11.

¹² Rudi Anschöber, *Pandemia. Einblicke und Aussichten*, Paul Zsolnay Verlag, 2. Auflage, Wien 2022, S. 67.

¹³ Ebenda, S. 68.

¹⁴ Ebenda.

Im März 2015 warnte Bill Gates bei einer Konferenz in Vancouver, die Welt sei auf die nächste Corona-Pandemie unvorbereitet: „*Wenn in den kommenden Jahrzehnten mehr als zehn Millionen Menschen getötet werden, dann wird es höchst wahrscheinlich ein hoch ansteckendes Virus und kein Krieg sein. Darauf müssen wir uns vorbereiten wie auf einen Krieg.*“¹⁵ Gates weiter: „*Wir haben es nicht einmal geschafft, trotz aller Warnungen Masken und andere Schutzkleidungen einzulagern.*“¹⁶ Mangels Interesses und Mittel wurden jedoch viele Forschungen wieder eingestellt. Studien und Warnungen, die jenes Szenario beschrieben, wie es sich dann im Winter 2019/2020 von Wuhan ausgehend entwickelt hatte, gab es genug.¹⁷

Seitens des österreichischen Bundesministeriums für Landesverteidigung wurde generell in der sicherheitspolitischen Jahresvorschau 2015 auf die Herausforderung durch Pandemien hingewiesen. Daraus konnte damals abgeleitet werden: Es gibt zwar den Trend, dass es irgendwann zu einem Ausbruch einer Pandemie kommen wird: „*Das konkrete Auftreten eines spezifischen Virus wie Corona war aber nicht punktgenau vorhersehbar.*“¹⁸ Damals wurden seitens des Bundesministeriums für Landesverteidigung sieben Krisenszenarien durchgespielt, so auch Pandemien:

„*Das waren aber limitierte Pandemien wie Ebola – mit hoher Letalität, aber kurzer Dauer. Corona ist anders. Wir können es nicht genau prognostizieren, aber die Krise wird länger dauern, in Wellen kommen. Österreich erlebt nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wieder eine Systemkrise.*“¹⁹ In einem derartigen Fall „*ist der Staat zusätzlich gefordert. Es braucht die Lernfähigkeit, neue und kreative Lösungen zu schaffen.*“²⁰

Die Wirkung des SARS-CoV-2 wurde auf globaler Ebene von den meisten Regierungen und von Gesundheitsinstitutionen unterschätzt – so auch innerhalb der Europäischen Union (EU), hier insbesondere seitens des Europäischen Zentrums für die Prävention und Kontrolle von Krankheiten (*European Centre for Disease Prevention and Control* – ECDC), das sich in Solna /

¹⁵ Ebenda, S. 65

¹⁶ Ebenda.

¹⁷ August Pradetto, *Multiples Versagen: WHO, EU und Deutschland in der Corona-Krise*, WIFIS-Arbeitspapier Nr. 3, hrsgg. vom Wissenschaftlichen Forum für Internationale Sicherheit e.V., Hamburg 2020, S. 19.

¹⁸ Iris Bonavida, „Geopolitik verschwindet trotz Corona nicht“, Interview mit Generalmajor Johann Frank, in: *Die Presse*, 24.04.2020, S. 9.

¹⁹ Ebenda.

²⁰ Ebenda.

Schweden befindet. Die Aufgabe der ECDC besteht im Sammeln von Informationen über ansteckende Krankheiten und in der rechtzeitigen Warnung bei Epidemien. Der Mitarbeiterstand der ECDC zählt rund 280 Personen, das Jahresbudget beträgt 60 Millionen Euro.²¹ Den Verbreitungsgrad von SARS-CoV-2 stufte das ECDC unmittelbar nach dem Virusausbruch in Italien für den Rest der EU jedoch als „gering bis moderat“ ein.²²

Deutschlands damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel sprach über die Pandemie als „demokratische Zumutung“.²³ Es blieb also nichts anderes übrig, die Pandemie durch Kontaktminimierungen einzudämmen: „Die Eindämmung von Kontakten ist also ein seit Jahrhunderten bewährtes Konzept gegen die Ausbreitung einer Seuche. Gibt es keinen Kontakt, keine Begegnungen, dann gibt es auch kein Ansteckungsrisiko. Die Kette der Ausbreitung muss unterbrochen werden. So lautet das Ziel.“²⁴ Insbesondere Mathematiker hatten berechnet, dass eine Fortsetzung von Infektionszahlen „zu einer Katastrophe führen wird, mit vielen Schwerverkranken und Toten – und zu einer völligen Überlastung des Gesundheitssystems bis hin zum Zusammenbruch.“²⁵ Triagen wären demnach die Folge, „wäre nicht mehr genügend Behandlungskapazität für alle Patienten vorhanden, würden schlimmstenfalls nur noch jene mit guten Überlebenschancen Plätze auf der Intensivstation bekommen.“²⁶ Jeder Patient muss Anspruch auf die beste Verpflegung haben, so der Grundsatz. Österreichs damaliger Gesundheitsminister Rudi Anschober warnte deshalb damals, dass „Katastrophen wie in Bergamo, in Spanien oder im Elsass, wo die Gesundheitssysteme zwischenstaatlich kollabiert sind, auch in Österreich möglich“ gewesen wären.²⁷ In Österreich wurden folglich mit dem Lockdown Mitte März 2020 sämtliche nicht dringenden Operationen auf unbestimmte Zeit verschoben. Alle geplanten Eingriffe wurden vorerst abgesagt – und das quer durch alle chirurgischen Fächer. Österreichweit hatte man sich in allen Spitälern geeinigt, lediglich in akuten, nicht

²¹ Hans Bürger, Günther Mayr, Knock down. Menschheit auf dem Prüfstand, Verlag Braumüller, Wien 2021, S. 15.

²² Die Presse, Warum Europas Seuchenagentur so danebenlag, in: *Die Presse*, 10.04.2020, S. 4.

²³ Simon Rosner, Aufarbeitung für die Versöhnung, in: *Wiener Zeitung*, 11./12.02.2023, S. 3.

²⁴ Rudi Anschober, *Pandemia. Einblicke und Aussichten*, Paul Zsolnay Verlag, 2. Auflage, Wien 2022, S. 34.

²⁵ Ebenda.

²⁶ Ebenda.

²⁷ Ebenda.

verschiebbaren Fällen wie Blinddarm- und Gallenblasenentzündungen, Hirnblutungen, Knochenbrüchen und bei Krebspatienten zu operieren, um Ressourcen für COVID-19-Patienten freizuhalten; und alles bis Juni 2020, dann wurden die Operationen wieder schrittweise aufgenommen. Während des Lockdowns kam es jedoch auch zu Kollateralschäden, weil Operationen und Spitäler aus Angst vor Ansteckungen gemieden wurden. In manchen Regionen wurden weniger Blinddarmoperationen durchgeführt als sonst. Und bei denen, die durchgeführt wurden, waren die Entzündungen in einem fortgeschrittenen Stadium. Betroffene hatten offensichtlich also trotz starker Schmerzen bis zuletzt gewartet, ehe sie zum Arzt gingen. Ab August 2020 wurde in manchen Ambulanzen sogar beobachtet, dass Krebsdiagnosen sehr spät gestellt wurden, weil Patienten trotz Beschwerden aus Angst vor einer vermeintlichen Infektion keinen Arzt aufgesucht hatten. Es galt, einen Kollaps in den Spitälern zu verhindern.²⁸

Komplexitätsforscher Peter Klimek, Mitglied im Covid-Prognose-Konsortium, meinte im Sommer 2022: Die Wissenschaft tut sich immer schwerer, die epidemiologische Lage einzuordnen und Prognosen vorzulegen. „*Wir haben keinen vernünftigen Überblick mehr*“. Kein Verlass war mehr auf die bei den massiv gesunkenen Testungen festgestellten Infektionszahlen, eher noch auf die stark gestiegenen Hospitalisierungen, da dort stets getestet wurde. Es gelang nicht, „*ein System mit aussagekräftigen und aktuellen Daten auf die Beine zu stellen*.“²⁹ Das Misstrauen großer Bevölkerungsteile gegenüber den Krisenmanagementfähigkeiten ihrer jeweiligen Regierungen in Europa stieg zudem zwischen dem zweiten Halbjahr 2020 und dem Jahr 2021 an. Die Gesellschaften in Europa und Nordamerikas zeigten sich gespalten – zwischen den „Impfgegnern“ und „Impfbefürwortern“.

In der Folge entwickelte sich zusehends das Spannungsfeld aus der Pflicht eines jeden Politikers, Grundrechte der Menschen in einem demokratischen Staat zu schützen einerseits, und der Notwendigkeit, die Bevölkerung vor einer gefährlichen Krankheit zu schützen andererseits.³⁰ Diese Studie setzt

²⁸ Matthias Sander, Twitter, Instagram und telegram erleichtern den Protest, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 30.11.2022, S. 2.

²⁹ Salzburger Nachrichten, Warnung vor dem nächsten Corona-Chaos, in: *Salzburger Nachrichten* 22.07.2022, S. 1.

³⁰ Rudi Anschober, *Pandemia. Einblicke und Aussichten*, Paul Zsolnay Verlag, 2. Auflage, Wien 2022, S. 34.

sich deshalb zum Ziel, das Krisenmanagement einzelner Staaten und Organisationen und deren Ansätze in Hinblick auf die Bewältigung der Coronakrise darzustellen und umfassend zu vergleichen. Zudem werden darüber hinaus unterschiedliche Ansätze betreffend Wirksamkeit analysiert und Defizite im jeweiligen Krisenmanagement sowie Herausforderungen für Gesellschaft, Politik und Wissenschaft erörtert. Im Anschluss wird ein Lesson Identified- und Lessons-Learned-Prozess abgeleitet.

COVID-19 – das Wesen des Virus

Bis 2020 sorgten zwei Viren der Corona-Familie für relatives internationales Aufsehen: 2002/2003 das SARS-COVID-Virus (oder auch SARS-1, durch Marderhunde und Schleichkatzen übertragen³¹),³² abgeleitet von SARS (*Severe Acute Respiratory Syndrome*), weil es die Atemwege schwer angriff. Erreger war ein von einer Fledermaus übergesprungener Coronavirus, der Ursprung von SARS-CoV-2-Infektionen. Im März 2003 schlug die WHO Alarm. Es war im Gegensatz zu anderen damals bekannten Coronaviren „tatsächlich gefährlich“, die Lethalität von SARS-COVID betrug damals circa 10 Prozent.³³ Dieses Virus nahm im November 2002 ebenso von China (Provinz Guangdong) seinen Ausgang,³⁴ es war jedoch nicht hochansteckend, seine Ausbreitung konnte damals durch Isolierungsmaßnahmen unter Kontrolle gebracht werden. Dennoch führte die „SARS-Angst“ (774 Todesfälle bei 8098 Infektionen wurden damals in 25 Ländern gemeldet)³⁵ global zu einem wirtschaftlichen Verlust von 40 Milliarden US-Dollar, danach gerieten Coronaviren wieder in Vergessenheit. Auch bei SARS-1 agierten die chinesischen Behörden zu Beginn mit der Herausgabe von Informationen sehr zögerlich. 2003 konnte dessen Eindämmung verkündet werden.³⁶ Die

³¹ Ebenda, S. 78.

³² Hans Bürger, Günther Mayr, Knock down. Menschheit auf dem Prüfstand, Verlag Braumüller, Wien 2021, S. 14.

³³ Karina Reiss, Sucharit Bhakdi, Corona Fehlalarm? Zahlen, Daten und Hintergründe, Goldegg Verlag, 10. Auflage, Berlin 2020, S. 13.

³⁴ Hans Bürger, Günther Mayr, Knock down. Menschheit auf dem Prüfstand, Verlag Braumüller, Wien 2021, S. 14.

³⁵ Michael T. Osterholm und Mark Olshaker, Cronicle of a Pandemic Foretold, in: Foreign Affairs, July / August 2020, S. 10-14, hier S. 12.

³⁶ Hans Bürger, Günther Mayr, Knock down. Menschheit auf dem Prüfstand, Verlag Braumüller, Wien 2021, S. 15.

EU beschloss damals als Reaktion auf diesen Erreger, die eigene Seuchenortungsagentur ECDC zu schaffen. Im Mai 2005 eröffnete folglich die ECDC in Solna/Schweden.³⁷ Im Jahr 2003 hatte die damalige chinesische Regierung drei Monate zugewartet, um den Ausbruch von SARS-COVID offiziell zu melden, daraufhin hatte die damalige Generaldirektorin der WHO, Gro Harlem Brundtland, die Volksrepublik kritisiert, diesen Virus geheimgehalten zu haben.³⁸

2012 hat ein neues Coronavirus namens MERS-CoV auf, es verbreitete sich vor allem auf der arabischen Halbinsel – hier mit Schwerpunkt in Saudi-Arabien. Die Lethalität bei MERS lag bei über 30 Prozent.³⁹ MERS verursachte beim Menschen schwere Atemwegserkrankungen, Lungenentzündungen und Nierenversagen. MERS wurde damals von Fledermäusen über Dromedare als Zwischenwirt auf den Menschen übertragen.⁴⁰ Dieses Virus stellte sich jedoch als wenig ansteckend heraus – weltweit wurden 858 Todesfälle damals gemeldet.⁴¹ Nach der MERS-Epidemie wurde das *Korean Centre für Disease Control und Prevention* (KCDC) gegründet, und zwar auf der Grundlage des Gesetzes zur Kontrolle und Prävention von Infektionskrankheiten.⁴²

Nach der SARS-Epidemie 2002/2003 hatte sich die Staatengemeinschaft im Rahmen der WHO auf Regeln geeinigt, wie Pandemien zukünftig international zu begegnen seien. Die SARS-Epidemie hatte „zur gründlichen Überarbeitung der internationalen Gesundheitsvorschriften geführt, jedoch die WHO, ihre Strukturen und Zuständigkeiten nicht grundlegend reformiert, teilweise sogar Kompetenzen zurückgebaut.“⁴³ Während der SARS-1-Epidemie gab es in einigen

³⁷ Ebenda.

³⁸ Bethany Allen, *Beijing Rules. China's Quest for Global Influence*, John Murray (Publishers), London 2023, S. 114.

³⁹ Karina Reiss, Sucharit Bhakdi, *Corona Fehllalarm? Zahlen, Daten und Hintergründe*, Goldegg Verlag, 10. Auflage, Berlin 2020, S. 13.

⁴⁰ Rudi Anschober, *Pandemia. Einblicke und Aussichten*, Paul Zsolnay Verlag, 2. Auflage, Wien 2022, S. 78.

⁴¹ Karina Reiss, Sucharit Bhakdi, *Corona Fehllalarm? Zahlen, Daten und Hintergründe*, Goldegg Verlag, 10. Auflage, Berlin 2020, S. 13.

⁴² August Pradetto, *Multiples Versagen: WHO, EU und Deutschland in der Corona-Krise*, WIFIS-Arbeitspapier Nr. 3, hrsgg. vom Wissenschaftlichen Forum für Internationale Sicherheit e.V., Hamburg, Juni 2020, S. 12.

⁴³ Roman Schmidt-Radefeldt, *Die Corona-Pandemie als Herausforderung für das Völkerrecht. Braucht die Welt einen globalen Pandemievertrag?* WIFIS-aktuell Band 71, hrsgg. vom Wissenschaftlichen Forum für Internationale Sicherheit e.V., vertreten durch

Ländern Schulschließungen über mehrere Wochen, in Peking selbst wurden zeitweise Diskotheken, Theater sowie weitere Kultur- und Unterhaltungsbetriebe geschlossen. International wurden Reisewarnungen verhängt, in Kanada, wo sich das Virus stark verbreitete, wurden mehrere große Kongresse abgesagt. Als Folge aus dieser Krise hatte die EU das bereits länger geplante *European Centre for Disease Prevention and Control* (ESDC) eingerichtet, dort sollten die „Fäden der verschiedenen nationalen Gesundheitsbehörden zusammenlaufen, um ein koordiniertes Vorgehen auf europäischer Ebene zu ermöglichen.“⁴⁴

Zunehmend wurden in der Öffentlichkeit Vergleiche zwischen der COVID-19-Pandemie und der in der zweiten Hälfte der 1910er-Jahre ausgebrochenen sogenannten Spanischen Grippe diskutiert – vor allem, was das Virus und dessen Verbreitung selbst sowie das jeweilige Krisenmanagement betraf. An der Spanischen Grippe starben die Menschen „wie die Fliegen, nicht an den Viren, sondern durch die Sekundärinfektionen mit den Bakterien.“⁴⁵ Antibiotika gab es damals keine bzw. waren damals noch nicht erfunden. Der Erste Weltkrieg hatte weniger Totenverluste unter Kriegführenden zur Folge als die Spanische Grippe – weltweit sollen damals an der Spanischen Grippe zwischen 25 Millionen und 39 Millionen Menschen ums Leben gekommen sein, davon in Österreich 50.000 sowie in Deutschland zwischen 320.000 und 350.000.⁴⁶ Zu Zeiten der Spanischen Grippe variierten ebenso die Maßnahmen zur Eindämmung von Seuchen und Pandemien, „doch letztlich war es ein mehr oder weniger gleichbleibender Kanon. Es wurde gewarnt, bagatellisiert, dann erstgenommen. Kranke füllten die Spitäler, Tote die Friedhöfe. Betriebe, Kulturstätten und Schulen regierten mit kurzen und potentiellen Schließungen. Die Pharmaindustrie bot in vergleichsweise kurzer Zeit Medikamente an, die wenig Wirkung zeigten.“⁴⁷ 2020 präsentierte sich ein Déjà-vu in der Hilflosigkeit, „die sich weltweit breit machte.“⁴⁸

Prof. Dr. Michael Staack, Helmut-Schmidt-Universität / Universität der Bundeswehr, Verlag Barbara Budrich, Opladen-Berlin-Toronto 2022, S. 7.

⁴⁴ Hans Bürger, Günther Mayr, Knock down. Menschheit auf dem Prüfstand, Verlag Braumüller, Wien 2021, S. 15.

⁴⁵ Karina Reiss, Sucharit Bhakdi, Corona Fehlalarm? Zahlen, Daten und Hintergründe, Goldegg Verlag, 10. Auflage, Berlin 2020, S. 67.

⁴⁶ Manfred Rauchensteiner und Michael Gehler (Hg.), Corona und die Welt von gestern, Böhlau Verlag, Wien-Köln-Weimar 2021, S. 19.

⁴⁷ Ebenda.

⁴⁸ Ebenda.

Bei Pandemien gibt es im Allgemeinen drei zentrale Erfolgsfaktoren zu deren Bekämpfung / Eindämmung:

- Hohe Improvisationsfähigkeit;
- Herbeiführung von Verhaltensänderungen;
- Fähigkeit von Akteuren, vernetzt zusammenzuarbeiten.⁴⁹

Zudem kommen Viren wie auch das Coronavirus beim Menschen und beim Tier *„weltweit vor und unterliegen einem ständigen Wandel. Es ist also eine Großfamilie mit etlichen Verwandten.“*⁵⁰ Coronaviren sind zudem durchschnittlich für zehn bis zwanzig Prozent der herkömmlichen Erkältungen verantwortlich, diese verursachen *„Symptome eines klassischen grippalen Infekts.“*⁵¹ Zahlreiche Menschen stecken sich an,

*„ohne es überhaupt zu bemerken, denn bei ihnen bleibt die Infektion symptomlos. Andere bekommen leichte Symptome, insbesondere Husten ohne Auswurf, bei anderen gesellen sich Fieber und manchmal Gliederschmerzen dazu. Nur in seltenen Fällen werden schwere Verläufe bei älteren Menschen mit Vorerkrankungen des Herzens oder der Lunge beobachtet, die auch tödlich enden können.“*⁵²

Solange die Viren sich im Nasen- und Rachenstrakt aufhalten – *„also für gut zwei Wochen“* – können diese nachgewiesen werden, in dem das Vorhandensein ihrer jeweiligen *Erbsubstanz* bestimmt wird. Der erste für SARS-CoV-2 entwickelte Test stammte aus dem Labor von Christian Drosten, damals Direktor des Instituts für Virologie an der Berliner Charité.⁵³ Derartige PCR-Test wurden zu Beginn auch von Wissenschaftlern bezweifelt: selbst Drosten meinte, gegen Ende des Verlaufs *„ist die PCR mal positiv und mal negativ: Da spielt der Zufall mit. Wenn man Patienten zweimal negativ testet und als geheilt entlässt, kann es zu Hause durchaus noch mal zu positiven Testergebnissen kommen. Das ist deswegen noch längst keine Reinfektion.“*⁵⁴ Es gibt keinen Laobortest, der zu 100 Prozent zuverlässig ist. Untersuchungen der

⁴⁹ Ebenda.

⁵⁰ Karina Reiss, Sucharit Bhakdi, Corona Fehlalarm? Zahlen, Daten und Hintergründe, Goldegg Verlag, 10. Auflage, Berlin 2020, S. 11.

⁵¹ Ebenda.

⁵² Ebenda, S. 12f.

⁵³ Ebenda, S. 19.

⁵⁴ Ebenda, S. 20.

Charité-Beschäftigten (7500) zwischen 7. und 21. April 2020 ergaben nur 0,33 Prozent positive Ergebnisse.⁵⁵

Die Immunität gegen Coronaviren beruht auf zwei Säulen: Antikörper sowie „spezialisierte Zellen des Immunsystems, die sogenannten Helfer-Lymphozyten und Killer-Lymphozyten.“⁵⁶ Bei neuen Viren im Körper produziert das Immunsystem Antikörper. Impfungen beruhen darauf, den menschlichen Körper zur Bildung von Antikörpern anzuregen, das wiederum das Andocken von Viren verhindert.⁵⁷

Ein *Barometer* für die Einleitung von Maßnahmen bildet die Sieben-Tages-Inzidenz – die in den letzten sieben Tagen nachgewiesene Zahl der Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner. Liegt diese Inzidenz unter 50, wären reguläre Maßnahmen wie Händehygiene, Abstand halten sowie Maske tragen (also die Grundregeln) ausreichend, die Einleitung weiterer Maßnahmen zur Kontaktreduktion wäre nicht notwendig. Dieser Grenzwert von 50 wurde im Frühjahr 2020 als Erstes von den zuständigen deutschen Behörden definiert und hatte sich als Standard durchgesetzt. Dieser bezieht sich ausschließlich auf die Kapazitäten in den Intensivstationen sowie auf jene der Kontaktnachverfolgung (*Contact Tracing*). Eine Rate von 50 bedeutet, dass die Spitäler alle COVID-19-Patienten bestmöglich behandeln können, ohne Leistungen reduzieren zu müssen. In der Folge ist ein effizientes Ermitteln sowie Testen und Isolieren der Kontaktpersonen von Infizierten möglich.⁵⁸ Wer sich in Innenräumen länger als 15 Minuten in unmittelbarer Nähe zu einer infizierten Person aufhielt, galt als Kontaktperson der Kategorie Eins, wurde getestet und musste sich verpflichtend in zehntägige Heimquarantäne⁵⁹ begeben. Denn ab einem mindestens 15minütigen Kontakt ist eine Ansteckung wahrscheinlich. Eine nachvollziehbare Annahme, denn in 15 Minuten atmet eine erwachsene Person im Ruhezustand rund 90 Liter Luft ein – ein kritischer Wert für eine Infektion.

⁵⁵ Ebenda, S. 21.

⁵⁶ Ebenda, S. 115.

⁵⁷ Ebenda.

⁵⁸ Köksal Baltaci, Corona: Die Motive hinter den Grenzwerten, in: *Die Presse*, 30.12.2020, S. 7.

⁵⁹ 1348 kämpfte ganz Europa mit der Pest, eine wesentliche Übertragung erfolgte durch den Schiffsverkehr. 40 Tage lang musste die Besatzung eines ankommenden Schiffs in Isolation bleiben (in Hafenstädten wie Venedig), so wurde aus dem italienischen Wort für 40, quaranta, die bezeichnung „Quarantäne“. Aus: Rudi Anschober, *Pandemia. Einblicke und Aussichten*, Paul Zsolnay Verlag, 2. Auflage, Wien 2022, S. 34.

Jedoch tatsächlich ist diese Zeitangabe eher einer Praktikabilität im Alltag geschuldet als tatsächlichen wissenschaftlichen Erkenntnissen. Schließlich berücksichtigt diese weder die eigentliche Durchlüftung noch die Größe des Raumes oder die (laute, leise, feuchte, trockene) Aussprache der infizierten Person. Der Großteil der SARS-CoV-2 war auf wenige sogenannte *Superspreader* (also Personen, die besonders infektiös waren und viele andere Menschen angesteckt hatten)⁶⁰ zurückzuführen, die aus (ungeklärten Gründen) eine besonders hohe Viruslast im Nasen-Rachen-Raum aufgewiesen hatten.

Die Basisreproduktionszahl gibt an, wie viele Menschen eine infizierte Person im Schnitt anstecken könnte – und zwar im ganzen Leben (so zum Beispiel beim Austausch bestimmter Körperflüssigkeiten): bei HIV liegt sie bei 2 bis 5, bei Masern 12-18, bei Ebola 1,5-1,9 sowie bei SARS-CoV-2 von 3,3 bis 3,8. Diese Vergleiche werden angestrebt, um Rückschlüsse auf das Ausbreitungstempo der Viren ziehen zu können und die von ihnen ausgehende Gefahr zu bewerten. Abhängig ist diese Zahl insbesondere von Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie.⁶¹

Das Krankheitsbild dieses Erregers (später in seinem Virusformat als SARS-CoV-2, dann als COVID-19 als Krankheit bezeichnet, das Genom von SARS-CoV-2 besitzt 30.000 RNA-Bausteine) beschränkt sich nicht nur auf die Atemwege und den Magen-Darm-Trakt, sondern kann auch Hirnhautentzündungen sowie Hautausschläge auslösen, so Bernd Lamprecht, damals Vorstand für Lungenheilkunde des Kepler-Universitätsklinikums in Linz.⁶² Einem ersten Fallbericht aus Japan zufolge wurden in der Rückenmarksflüssigkeit (Nervenwasser) eines jungen Mannes mit neurologischen Symptomen wie Fieber, Kopfschmerzen, Übelkeit, Müdigkeit, Erbrechen, Bewusstseinsstörungen, Überempfindlichkeit und Nackensteifigkeit Coronaviren nachgewiesen. Der Nasen-Rachen-Abstrich, der üblicherweise für einen Test herangezogen wird, war jedoch zuvor negativ ausgefallen. Lamprecht hielt im April 2020 eine durch SARS-CoV-2

⁶⁰ Hans Bürger, Günther Mayr, Knock down. Menschheit auf dem Prüfstand, Verlag Braumüller, Wien 2021, S. 20.

⁶¹ Köksal Baltaci, Corona: Die Motive hinter den Grenzwerten, in: *Die Presse*, 30.12.2020, S. 7.

⁶² Gunther Hauser, Die Coronakrise 2020. Unterschiedliche Strategien zu deren Eindämmung im Vergleich, WIFIS aktuell, Band 66, hrsgg. vom Wissenschaftlichen Forum für Internationale Sicherheit e.V (Hamburg), Verlag Barbara Budrich, Opladen-Berlin-Toronto, S. 8.

ausgelöste Meningitis (Hirnhautentzündung) und Enzephalitis (Gehirnentzündung) oder auch beides gleichzeitig für durchaus plausibel oder sogar wahrscheinlich.⁶³ Forscher aus der Volksrepublik China zeigten, dass Schweine, Hühner und Enten für den Coronavirus nicht anfällig seien, Hunde kaum. Im Gegensatz dazu könnten sich Katzen und Frettchen mit diesem Coronavirus infizieren lassen – und wären in der Lage, Artgenossen über den Luftweg anzustecken.⁶⁴

Das SARS-CoV-2-Virus soll angeblich von Fledermäusen auf Menschen übergesprungen sein, wenn auch nicht feststeht, direkt oder über einen Zwischenwirt – unter Verdacht stand und steht nach wie vor das Schuppentier (Pangolin).⁶⁵ Das vierjährige Tigerweibchen *Nadia* im Zoo von Bronx/New York City wurde ebenso positiv auf SARS-CoV-2 getestet und zeigte jene Symptome, wie sie von COVID-19 erkrankten Menschen bekannt wurden: vor allem Husten und schwacher Appetit. Am 27. März 2020 wurde in Belgien eine Katze positiv auf SARS-CoV-2 getestet – ein Einzelfall, so die belgische Behörde für Lebensmittelsicherheit. Demnach gab es keinen Beweis dafür, dass ein Haustier das Virus auf Menschen oder an andere Haustiere übertragen kann.⁶⁶ Chinesische Forscher brachten Virenproben (gewonnen aus einer Probe vom Tiermarkt in Wuhan) in die Schnauzen und Schnäbel von Frettchen (diese gelten als *Modelltiere* für menschliche Atemwegserkrankungen), Hunde, Katzen, Schweine, Hühner und Enten – einem Frettchen sogar direkt in die Luftröhre –, ein. Die Folge: Kein Tier erkrankte schwer oder starb an COVID-19.⁶⁷ Bei Frettchen und Katzen kann sich das Virus demnach nur in den oberen Atemwegen vermehren, in die Lungen der Tiere drang SARS-CoV-2 nicht vor, es konnte sich im Fall der Frettchen auch nicht vermehren. Von Influenzaviren und anderen Coronaviren ist bekannt, dass sie sich in den gesamten Atemwegen der Frettchen vermehren. Besonders junge Katzen, die mit SARS-CoV-2 angesteckt worden sind, zeigten massive Schäden in der Luftröhre und in der Lunge. Katzen können sich somit auch ohne Körperkontakt über den

⁶³ Köksal Baltaci, Virus kann Nervensystem befallen, in: *Die Presse*, 15.04.2020, S. 9.

⁶⁴ Gunther Hauser, Die Coronakrise 2020. Unterschiedliche Strategien zu deren Eindämmung im Vergleich, WIFIS aktuell, Band 66, hrsgg. vom Wissenschaftlichen Forum für Internationale Sicherheit e.V (Hamburg), Verlag Barbara Budrich, Opladen-Berlin-Toronto, S. 8.

⁶⁵ Thomas Kramer, Katzen können sich mit Covid-19 anstecken, in: *Die Presse*, 10.04.2020, S. 7.

⁶⁶ Ebenda.

⁶⁷ Ebenda.

Luftweg – also über Tröpfcheninfektion – anstecken, das Virus sprang von infizierten auf nicht infizierte Katzen in einem benachbarten Käfig über.⁶⁸

In Wuhan befindet sich auch das 1956 gegründete Institut für Virologie, das seit 2017 ein Labor der höchsten Sicherheitsstufe für die Erforschung hochgefährlicher Krankheitserreger betreibt. Es gab Gerüchte, SARS-CoV-2 wäre mangels entsprechender Sicherheitsvorkehrungen ausgetreten und habe den Ausbruch in Wuhan erst möglich gemacht. Die Theorie, die vom damaligen US-Außenminister Mike Pompeo vertreten worden war, lehnte jedoch die Mehrzahl der Experten als nicht stichhaltig ab. Ein WHO-Team war im Januar 2021 zwei Wochen durch China unterwegs. Dort war in der Provinz Yunnan in abgelegenen Höhlen mit RaTG 13 ein anderes Fledermaus-Coronavirus entdeckt worden – dieses RaTG war mit 96 Prozent gleichem Erbgut dem SARS-CoV-2 sehr ähnlich. Laut Wissenschaftlern zirkulierte es seit Jahrzehnten in Fledermäusen.⁶⁹

In der Weltgesundheitsorganisation (*World Health Organization* – WHO) in Genf werden weltweite Daten gesammelt, evaluiert und Schlüsse daraus gezogen. Sollte eine Pandemie ausgerufen werden, würde einen derartigen Schritt WHO-Generaldirektor Tedros Adhanom Ghebreyesus vollziehen. Voraussetzung dafür wäre die unkontrollierte Ausbreitung einer Epidemie. Der WHO-Generaldirektor sah zunächst COVID-19 noch nicht als Pandemie, sondern sprach von „*Epidemien in einzelnen Ländern*“.⁷⁰ Zudem wertete es der WHO-Generaldirektor als positiv, dass die Zahl der Fälle in der Volksrepublik China damals – nach Angaben aus Peking zufolge – sank. Weiters, so die WHO, waren damals in mehreren Ländern seit einer bzw. zwei Wochen keine neuen SARS-CoV-2-Fälle gemeldet worden, obwohl es zuvor Erkrankungen gab. Es gab damals den Anschein, dass dieser Virus bereits eingedämmt worden sei.⁷¹

Am 28. Januar 2020 wurden zwei chinesische Touristen, die sich aufgrund bestimmter Symptome selbst gemeldet hatten, in Rom positiv auf COVID-

⁶⁸ Ebenda.

⁶⁹ Matthias Müller, WHO-Mission besucht Wuhans Virologie-Institut, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 5.02.2021, S. 2.

⁷⁰ Thomas Kramer, Katzen können sich mit Covid-19 anstecken, in: *Die Presse*, 10.04.2020, S. 7.

⁷¹ Gunther Hauser, Die Coronakrise 2020. Unterschiedliche Strategien zu deren Eindämmung im Vergleich, WIFIS aktuell, Band 66, hrsgg. vom Wissenschaftlichen Forum für Internationale Sicherheit e.V (Hamburg), Verlag Barbara Budrich, Opladen-Berlin-Toronto, S. 9.

19 getestet. Bis heute bleibt jedoch ungeklärt, auf welchem Weg die Infektion erstmals nach Italien eingeschleppt worden war. Einige Monate später wurde festgestellt, dass in Italien das SARS-CoV-2 nachweislich im November 2019 aufgetreten war. Bei Nachuntersuchungen von einigen Dutzend Abwasserproben aus Kläranlagen in Norditalien hatte das italienische Gesundheitsinstitut ISS das Erbgut des Erregers SARS-CoV-2 bereits am 18. Dezember 2019 in Mailand und Turin gefunden.⁷² Am 19. Februar 2020 gewinnt in Mailand vor 44.236 Zuschauern *Atalanta Bergamo* gegen *FC Valencia* im *Championsleague*-Spiel mit 4:1, es folgte darauf auch ein enormer Anstieg an Corona-Infektionen in Bergamo zwei Wochen nach dem Spiel – dieses Spiel ging als „*Partita zero*“ (Spiel null) in Anspielung auf den Begriff „*Patient null*“ (von dem alles ausgegangen ist) in die Coronageschichte ein.⁷³

Am 31. Dezember 2019 veröffentlichte das *Center for Infectious Disease Research and Policy* in China die erste Beschreibung einer mysteriösen Seuche und identifizierte diese am 8. Januar 2020 als neuen Coronavirus. Am 11. Januar 2020 wurde in China die komplette chinesische Sequenz des Virus veröffentlicht, die WHO startete daraufhin einen diagnostischen Test. Während der zweiten Januarhälfte gab es bereits die ersten Warnungen seitens einzelner Epidemiologen, dass sich dieser Virus zu einer Pandemie entwickeln könnte.⁷⁴ In vielen Staaten der Welt, so auch in den USA, wurde die Ausbreitung des Virus jedoch unterschätzt.⁷⁵ Am 29. Januar 2020 schrieb Peter Navarro, der Berater im Bereich Handel von US-Präsident Trump, eine Nachricht an den Nationalen Sicherheitsrat der USA, in der er warnte, falls der SARS-CoV-2-Virus die USA erreichen sollte, könnten davon die Gesundheit und das Leben von Millionen Amerikanern betroffen sein und dieses Virus könnte für die Wirtschaft Billionen an Kosten bedeuten. Bereits Ende Februar 2020 meldeten die USA rund 100 bestätigte Fälle von COVID-19, eine Woche später waren es schon über 1000 Fälle.⁷⁶

⁷² Karina Reiss, Sucharit Bhakdi, *Corona Fehllarm? Zahlen, Daten und Hintergründe*, Goldegg Verlag, 10. Auflage, Berlin 2020, S. 18f.

⁷³ Ebenda, S. 19.

⁷⁴ Michael T. Osterholm und Mark Olshaker, *Croncile of a Pandemic Foretold*, in: *Foreign Affairs*, July / August 2020, S. 10-14, hier S. 16.

⁷⁵ Ebenda.

⁷⁶ Ebenda, S. 17.

Anfängliche Einschätzungen seitens der WHO

Noch Ende Februar 2020 verkündete die WHO: „Die Verbreitung von Covid-19 ist einstweilen unter Kontrolle.“⁷⁷ Zudem verlaufen demnach 80 Prozent aller Infektionen mit SARS-CoV-2 mild, so die WHO, folglich „bereitet sich das Virus nicht unkontrolliert aus.“⁷⁸ Laut WHO sollten jedoch die darauffolgenden beiden Wochen entscheidend sein, ob sich SARS-CoV-2 von einer Epidemie (= „ein zeitlich und örtlich begrenztes vermehrtes Auftreten von Krankheitsfällen einheitlicher Ursache“)⁷⁹ hin zu einer Pandemie entwickeln werde. Daten aus der Volksrepublik China hatten damals laut WHO gezeigt, dass eine Infektion mit SARS CoV-2 in 80 Prozent aller Fälle mild und bei 14 Prozent schwerer verlief, sechs Prozent der Fälle mussten intensiv medizinisch betreut werden.⁸⁰

Bereits im Vorfeld der Auswertung der SARS-CoV-2-Fälle und der darauffolgenden COVID-19-Fälle (also der Fälle der tatsächlichen Lungenkrankheit) gab es ein enormes Problem: wie errechnet sich die Zahl der Infizierten sowie die Letalität, also die Sterbensrate der Infizierten? Welche Personen und Personengruppen waren also tatsächlich infiziert oder starben an den Folgen von Covid-19? Laut Angaben der WHO betrug Ende Februar 2020 zum Beispiel in der Volksrepublik China (ohne die Provinz Hubei und die Provinzhauptstadt Wuhan eingerechnet – in dieser Region bzw. in dieser Stadt wird der Ausbruch von SARS-CoV-2 vermutet) die Letalität 0,7 Prozent, also gab es damals pro 1000 Infizierten sieben Verstorbene. Zwecks korrekter Berechnung aller dieser Fälle und Sterberaten müssten jedoch alle Infizierten eruiert werden. Zudem blieben zunächst aufgrund zahlreicher milder Verläufe von SARS-CoV-2 viele Fälle unentdeckt. Die Einschätzung der WHO lautete damals: SARS-CoV-2 ist keine Grippe; offenbar verhält sich SARS-CoV-2 somit anders als der Influenza-Erreger, ist jedoch insgesamt weniger ansteckend, kann aber bei bestimmten sensiblen Bevölkerungsgruppen zu schweren Erkrankungen, ja sogar zum Tod führen. Laut WHO-Generaldirektor wäre es insgesamt ein

⁷⁷ Karin Pollack und Bernadette Redl, Nur eine Epidemie, keine Pandemie, in: *Der Standard*, 28.02.2020, S. 3.

⁷⁸ Ebenda.

⁷⁹ Karina Reiss, Sucharit Bhakdi, Corona Fehlalarm? Zahlen, Daten und Hintergründe, Goldegg Verlag, 10. Auflage, Berlin 2020, S. 67.

⁸⁰ Karin Pollack und Bernadette Redl, Nur eine Epidemie, keine Pandemie, in: *Der Standard*, 28.02.2020, S. 3.

„fataler Fehler, wenn ein Land der Erde davon ausgehen würde, keinen Covid-19-Fall innerhalb der Staatsgrenzen zu entdecken.“⁸¹ Das stellte er während eines Briefings am 27. Februar 2020 in Genf klar. Bereits innerhalb von 24 Stunden vor dem Briefing hatten sieben Länder erstmals bestätigte Erkrankungsfälle der WHO gemeldet. WHO-Generaldirektor Tedros Adhanom Ghebreyesus meinte diesbezüglich: „Ihr habt nun ein offenes Zeitfenster, um aggressiv gegen das Virus vorzugehen. Dadurch könnt ihr Leben retten.“⁸²

Am 29. Januar 2020 lobte der WHO-Generaldirektor im Zuge der Eindrücke seiner zuvor durchgeführten Chinareise die Regierung der Volksrepublik für die „vollständige Transparenz“ und die rasche Reaktion zur Eindämmung des Coronavirus. Derartige Führungsqualität war, so der WHO-Generaldirektor, selten zu sehen.⁸³ Es gab diesbezüglich kein Wort der Kritik am Versuch Chinas, das Virus anfänglich zu vertuschen oder kleinzureden. Der australische Professor John MacKenzie, Mitglied des WHO-Expertengremiums für Notfälle, zweifelte indes öffentlich die Angaben der Volksrepublik China an und bezeichnete die chinesische Informationspolitik als „verwerflich“: „Es muss mehr Fälle gegeben haben, über die wir nicht informiert werden.“⁸⁴

Am 30. Januar 2020 – nach einer neuerlichen Eloge auf die Volksrepublik China, den zweitgrößten Financier der WHO – rief der WHO-Generaldirektor den „internationalen Notfall für die öffentliche Gesundheit“ aus. Zu diesem Zeitpunkt wurden damals weltweit knapp 8000 Infektionen in 19 Ländern registriert. In den kommenden Wochen hatte der WHO-Generaldirektor stets an die Mitgliedstaaten appelliert, sich vorzubereiten, insbesondere Tests und Schutzbekleidung für Ärzte zu organisieren. Doch Reisen wollte er noch nicht beschränken lassen. Der WHO-Generaldirektor hatte stets betont, COVID-19 lasse sich nach den Beispielen der Volksrepublik China und Südkoreas eindämmen. Es dauerte noch bis zum 11. März 2020, als er COVID-19 zur Pandemie, zu einer „Notlage von

⁸¹ Der Standard, Jedes Land muss mit Covid-19-Fällen rechnen, in: *Der Standard*, 28.02.2020, S. 3.

⁸² Ebenda.

⁸³ Gunther Hauser, Die Coronakrise 2020. Unterschiedliche Strategien zu deren Eindämmung im Vergleich, WIFIS aktuell, Band 66, hrsgg. vom Wissenschaftlichen Forum für Internationale Sicherheit e.V (Hamburg), Verlag Barbara Budrich, Opladen-Berlin-Toronto, S. 11.

⁸⁴ Christian Ultsch und Julia Raabe, China hat vertuscht, die WHO versagt und Europa geschlafen, in: *Die Presse*, 04.04.2020, S. 4.

internationaler Tragweite“,⁸⁵ erklärte; in der WHO waren an diesem Tag 118.000 Fälle in 114 Ländern bekannt.⁸⁶ Der WHO-Generaldirektor forderte somit die Mitgliedstaaten auf, folgende Strategie bei der Eindämmung von SARS-CoV-2 anzuwenden: „*Entdecken, testen, isolieren, nachverfolgen.*“⁸⁷

Die ausgebrochenen SARS-CoV-2-Epidemien im Iran, in Italien und in der Republik Korea (Südkorea) hätten gezeigt, wozu dieses Virus imstande sei: „*Aber es ist nicht Influenza und kann durch die richtige Vorgehensweise eingedämmt werden*“,⁸⁸ so der WHO-Generaldirektor. Das hätten seiner Meinung nach Untersuchungen in der Volksrepublik China gezeigt. Zudem gab es damals Hoffnung, weil mehrere Länder nach ersten Erkrankungsfällen seit mehr als zwei Wochen keine Neuerkrankungen mehr nach Genf gemeldet hätten. Damals handelte es sich dabei um Staaten wie Belgien, Indien, Kambodscha oder Vietnam. Der WHO-Generaldirektor appellierte an alle Staaten, die Kapazitäten des jeweils eigenen Gesundheitssystems zu testen und auch zu prüfen, wie gegen Gerüchte und Falschmeldungen (Fake News) wie „*Corona sei eine Grippe*“ oder „*Den Virus gibt es ja gar nicht*“ vorgegangen werden könnte. Im Iran sprach zum Beispiel der Abgeordnete und Hardliner Heshmatollah Falahat Pishe angesichts der damals grassierenden Desinformation: „*Es ist ein biologischer Terroranschlag auf den Iran und China.*“⁸⁹ Im Iran waren bis 10. März an COVID-19 zahlreiche Diplomaten, Beamte, Parlamentsmitarbeiter und Kleriker, darunter auch der Berater des iranischen Außenministers Javad Zarif, Hussein Sheicholeslam, infiziert worden. Angesteckt mit SARS-CoV-2 hatten sich im Iran auch viele Politiker, wie der Vize-Gesundheitsminister Iraj Harichi und in der Folge rund 144 Abgeordnete. Der erste SARS-CoV-2-Fall wurde im Iran offiziell am 19. Februar 2020 gemeldet, die iranische Führung spielte jedoch SARS-CoV-2 zunächst herunter, um die Parlamentswahl am 21. Februar 2020 durchführen zu können. Seither gelangten Informationen über SARS-CoV-2 nur „*gut dosiert*“ an die Öffentlichkeit.⁹⁰

⁸⁵ Sabrina Glas, „Das Virus hat seinen Schrecken verloren“, in: *Salzburger Nachrichten*, 25.02.2023, S. 18.

⁸⁶ Christian Ultsch und Julia Raabe, China hat vertuscht, die WHO versagt und Europa geschlafen, in: *Die Presse*, 04.04.2020, S. 4.

⁸⁷ Ebenda.

⁸⁸ Der Standard, Jedes Land muss mit Covid-19-Fällen rechnen, in: *Der Standard*, 28.02.2020, S. 3.

⁸⁹ Die Presse, „Biologischer Terroranschlag“, in: *Die Presse*, 11.03.2020, S. 7.

⁹⁰ Ebenda.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) kam zu dem Ergebnis, dass SARS-CoV-2-Viren weitaus ansteckender seien als Grippeviren und schwerere Verläufe bei Erkrankungen produziere.⁹¹ In einer herkömmlichen Grippesaison war zum Beispiel in Deutschland eine Fallsterblichkeit von 0,1 bis 0,2 Prozent mit einigen Hundert Toten zu verzeichnen, es gab auch schwere Grippewellen, so in der Saison 1995/1996 mit einer Sterblichkeit von mehr als 30.000 Toten.⁹² Der Virologe Hendrik Streeck hatte in seiner Heinsberg-Studie (am 9. März 2020 gab es den ersten Toten in Heinsberg⁹³ und in Essen (Lungenentzündung) mit Vorerkrankungen, am 27. Januar 2020 meldete das bayerische Gesundheitsministerium den ersten Coronavirusfall in Deutschland – ein Mitarbeiter eines Autozulieferers)⁹⁴ festgestellt, dass *nur* 0,36 Prozent der COVID-19-Patienten nach einer Infektion mit dem Virus verstorben waren. Streeck erklärte zudem, dass dies eine Obergrenze sei und die Sterblichkeitsrate vermutlich im Bereich 0,24 bis 0,26 Prozent oder auch deutlich darunterliegen könnte. Das Durchschnittsalter der Patienten, die „positiv“ verstorben waren, lag damals bei 81 Jahren.⁹⁵ So waren manche Wissenschaftler der Meinung, die Sterblichkeit wäre *„mit einer klassischen mittelschweren Grippewelle durchaus vergleichbar“* gewesen, so Sucharit Bhakdi, Karina Reiss und John P.A. Ioannidis (Epidemiologe, Stanford University). Letzterer präsentierte eine Publikation, in der die Daten von zwölf Staaten ausgewertet wurden und Ioannidis zeigte auf, dass die Sterblichkeitsrate zwischen 0,02 und 0,40 lag. Unterschiede waren durch lokale Faktoren wie Alterstruktur, Zählweise infizierter und verstorbener Patienten bedingt.⁹⁶ Eine Grippe kann bei Vorerkrankungen ebenso tödlich enden, bei intensivem Kontakt zu Menschen sowie auch bei zahlreichen Infektionsmöglichkeiten mit Grippeviren und bei einer großen bakteriellen Infektion: *„Die Grippeviren*

⁹¹ Karina Reiss, Sucharit Bhakdi, Corona Fehlalarm? Zahlen, Daten und Hintergründe, Goldegg Verlag, 10. Auflage, Berlin 2020, S. 31.

⁹² Ebenda, S. 32.

⁹³ Der erste Patient in Nordrhein-Westfalen war in der Gemeinde Gangelt (Kreis Heinsberg) gemeldet worden, er hatte gemeinsam mit seiner Frau und 300 weiteren „Jecken“ dort Mitte Februar 2020 gefeiert. Schulen und Kindergärten wurden daraufhin geschlossen, Kontaktpersonen in Quarantäne genommen. Aus: Karina Reiss, Sucharit Bhakdi, Corona Fehlalarm? Zahlen, Daten und Hintergründe, Goldegg Verlag, 10. Auflage, Berlin 2020, S. 49.

⁹⁴ Eine chinesische Geschäftsfrau war dort die Woche zuvor auf einer Fortbildung gewesen. Aus: Ebenda, S. 49.

⁹⁵ Karina Reiss, Sucharit Bhakdi, Corona Fehlalarm? Zahlen, Daten und Hintergründe, Goldegg Verlag, 10. Auflage, Berlin 2020, S. 33.

⁹⁶ Ebenda, S. 34.

*verwandeln die Lunge wie ein Schlachtfeld. Tod wird in den meisten Fällen durch Komplikationen wie bakterielle Lungenentzündung verursacht.*⁹⁷

Das Virus, so der WHO-Generaldirektor Ende Februar 2020, „*respektiert keine Grenzen, unterschiedliche Hautfarben oder den Entwicklungsstand einer Nation.*“⁹⁸ US-Präsident Donald Trump warf der WHO in einem Brief an den Generaldirektor vor, eine „*Marionette Chinas*“ zu sein: „*Es ist klar, dass die wiederholten Fehlritte, die Sie und Ihre Organisation sich bei der Reaktion auf die Pandemie geleistet haben, die Welt extrem teuer zu stehen gekommen sind.*“⁹⁹ Die WHO agierte demnach nicht im nationalen Interesse der USA, weshalb Trump neuerlich mit dem Austritt aus der WHO gedroht hatte. Als Frist nannte Trump damals 30 Tage.¹⁰⁰ Trump forderte zugleich eine Aufstockung der Mitgliedsbeiträge der Volksrepublik China. Er nahm ab 10. Mai 2020 zudem für kurze Zeit prophylaktisch ein Malariamedikament ein, das er seit Wochen als Wundermittel angepriesen hatte und welches auf US-Intensivstationen dosiert zum Einsatz gekommen war.¹⁰¹ Von der Einnahme dieses Mittels wurde jedoch von amerikanischen Fachmedizinerinnen gewarnt – es konnte sogar die Infektionswahrscheinlichkeit bei „Corona“ beschleunigen. Malaria wies noch im Jahr 2019 rund 229 Millionen Erkrankte auf (409.000 Menschen starben an Malaria, mehr als 90 Prozent der Betroffenen kamen aus den Ländern Sub-Sahara-Afrikas) und galt als häufigste Infektionskrankheit der Welt – bei COVID-19 galten bis April 2021 rund 140 Millionen Personen als infiziert.¹⁰²

Gesundheitssysteme im Stresstest

Die ersten Corona-Fälle traten in den USA am 22. Januar 2020, in Europa am 24. Januar 2020 auf. Im Laufe des Februars 2020 „*wurden alle wesentlichen Fakten über die Aggressivität des Virus, seine Ausbreitung und erfolgreiche Methoden*

⁹⁷ Ebenda, S. 35.

⁹⁸ Der Standard, Jedes Land muss mit Covid-19-Fällen rechnen, in: *Der Standard*, 28.02.2020, S. 3.

⁹⁹ Die Presse, Trumps Krieg mit WHO, in: *Die Presse*, 20.05.2020, S. 7.

¹⁰⁰ Ebenda.

¹⁰¹ Ebenda.

¹⁰² David Freudenthaler, Die teure Seuche im Schatten von Corona, in: *Die Presse am Sonntag*, 25.04.2021, S. 20.

*seiner Bekämpfung bekannt.*¹⁰³ Eigentlich hätten schon im Januar 2020 – wie in Taiwan und Südkorea – massive Anstrengungen unternommen werden müssen, um alle, bei denen es notwendig war, testen zu können, also

- bei allen mit Symptomen;
- bei allen Kontaktpersonen;
- bei einem Sample zumindest in Risikogebieten, um festzustellen, wie weit die Verbreitung vorangeschritten war, welche Dunkelziffer existieren könnte und wie sich das Verhältnis von symptomatischen und asymptomatischen Infizierten darstellt.¹⁰⁴
- Stattdessen wurden von flächendeckenden Tests selbst dort abgesehen, wo es Häufungen von Infektionen gab. Die Begründung der Wissenschaftler lautete damals, das: nicht alle Tests das richtige Ergebnis anzeigen würden; Inkubationszeiten wurden nicht berücksichtigt; man konnte sich auch nach einem Test infizieren. Seitens des RKI wurde noch im ganzen März 2020 über die These von der «Durchseuchung der Bevölkerung», um «Herdenimmunität» zu erreichen, verbreitet, so auch vom Virologen Christan Drosten, Direktor des Instituts für Virologie an der Charité.¹⁰⁵ Deutschland erreichte bis Mai 2020 eine geringe Infektionsrate (0,25 Prozent), es hätte demnach Generationen dauern können, bis eine Durchseuchung erreicht worden wäre, bis dahin würde das Virus sogar x-fach mutiert sein. Zudem herrschte die Auffassung vor, nur ältere und Menschen mit erheblichen Vorerkrankungen würden daran sterben. Solange jedoch kein Impfstoff verfügbar war, sollten sich sowenige Menschen wie möglich infizieren. Es galt zunächst die «Strategie der Infektionsvermeidung», also der Versuch, durch Isolation des Infizierten, Quarantäne der Kontaktpersonen sowie durch «rigide Hygiene- und Kontrollmaßnahmen Infektionsketten zu durchbrechen und auszutrocknen.»¹⁰⁶

Am 23. Februar 2020 – nach dem Ausbruch von SARS-CoV-2 in Italien – schätzte die EU-Seuchenwarnbehörde ECDC die Infektionsrate für Menschen in der EU und im Vereinigten Königreich als „*gering bis moderat*“

¹⁰³ August Pradetto, *Multiple Versagen: WHO, EU und Deutschland in der Corona-Krise*, WIFIS-Arbeitspapier Nr. 3, hrsgg. vom Wissenschaftlichen Forum für Internationale Sicherheit e.V., Hamburg 2020, S. 16f.

¹⁰⁴ Ebenda, S. 21.

¹⁰⁵ Ebenda.

¹⁰⁶ Ebenda, S. 21.

ein. Zu diesem Zeitpunkt hatten die italienischen Behörden drei Dutzend Infizierte in der Lombardei, ein Dutzend Infizierte in Venetien und auch die ersten beiden Todesfälle gemeldet. Sie riegelten zunächst den Virusherd in Codogno sowie neun umliegende Gemeinden ab. Die „*rigorosen Maßnahmen*“ in Italien würden die Verbreitung des Virus reduzieren, beruhigte die ECDC.¹⁰⁷ Bereits im März 2020 begann das italienische Gesundheitssystem jedoch zusammenzubrechen. Mehr als 120.000 Menschen hatten sich damals mit SARS-CoV-2 angesteckt, mehr als 800 hatten in Italien durch COVID-19 bereits ihr Leben verloren.¹⁰⁸ Die Lombardei fuhr am 10. März 2020 das öffentliche Leben komplett herunter. Österreich schränkte daraufhin den Reiseverkehr ein und kündigte tags darauf die Schließung von Schulen und Universitäten an.¹⁰⁹ Noch zuvor rief am 10. März 2020 der israelische Premier Benjamin Netanjahu den damaligen österreichischen Bundeskanzler Sebastian Kurz an, Kurz erinnerte sich an folgende Worte: „*Ihr unterschätzt das in Europa, wacht auf und tut etwas.*“ Israel befürchtete damals eine dreiprozentige Mortalitätsrate.¹¹⁰

Angesichts der Corona-Pandemie war die ganze Welt auf der Suche nach Medizin- und Hygieneprodukten, vor allem spezielle Atemschutzmasken waren auf dem Weltmarkt stark nachgefragt. Es herrschte damals „*Raubritterstimmung*“ zwischen manchen Ländern, ausgelöst durch eklatante Lieferengpässe. Immer wieder blieben Lieferungen an den Grenzen hängen – oder wurden von Staaten wie Polen oder der Tschechischen Republik einfach konfisziert.¹¹¹ Anfang April 2020 befand sich die Hälfte der neuen Corona-Infektionsfälle in Europa, nämlich mehr als 510.000.¹¹² Die Krankheit betraf vor allem ältere und alte Menschen, jedoch wurden einige zum Teil hochbetagte Menschen geheilt, wie eine Italienerin mit 103

¹⁰⁷ Ebenda.

¹⁰⁸ Christian Ultsch und Julia Raabe, China hat vertuscht, die WHO versagt und Europa geschlafen, in: *Die Presse*, 04.04.2020, S. 4.

¹⁰⁹ Ebenda.

¹¹⁰ Hans Bürger, Günther Mayr, Knock down. Menschheit auf dem Prüfstand, Verlag Braumüller, Wien 2021, S. 24.

¹¹¹ Anna Thalhammer, Maskenmangel: Kapazitäten durch Upcycling verdoppeln, in: *Die Presse*, 23.03.2020, S. 2.

¹¹² Armin Arbeiter, Corona nicht zu stoppen: Schon 1.000.000 Infizierte, in: *Kurier*, 03.04.2020, S. 6.

Jahren, eine Spanierin mit 113 Jahren¹¹³ oder eine Niederländerin mit 107 Jahren.¹¹⁴

In zahlreichen Ländern Europas und auch in den USA und Russland verursachte die Coronakrise einen massiven Stresstest für die Gesundheitssysteme bis hin zu einem Komplettersagen der Systeme – wie im Vereinigten Königreich, in Frankreich, in Italien und in Spanien sowie auch in Teilen der USA. Jedoch gab es Wissenschaftler zu diesem Zeitpunkt, die SARS-CoV-2 grundsätzlich als „*nicht gemeingefährlich*“ einstufen, die Infektion, so Sucharit Bakhdi, blieb „*oft ohne Symptome*“.¹¹⁵ Jedoch, so Bakhdi, hatten viele Menschen dieses Virus, ohne dies jedoch zu wissen, selbst getragen und konnten dieses Virus „*unabsichtlich an ihre älteren Verwandten weitergeben*“.¹¹⁶ Das war für ältere Personen vor allem mit Vorerkrankungen sehr gefährlich. Während der Ausbruchphase von COVID-19 wurde in mehreren Ländern die Pandemie mit einem Krieg verglichen: *Wir müssen diesen Krieg gewinnen, und wir werden so viel wie nötig ausgeben, um diesen Krieg zu gewinnen*“, verkündete der damalige US-Finanzminister Steven Mnuchin.¹¹⁷ Bereits in den Jahren 2017 und 2018 gab es in den USA eine Grippeepidemie, die zu einer Überlastung der Krankenhäuser geführt hatte, Triagezelte wurden damals aufgebaut, Operationen abgesagt, Patienten abgewiesen. In Spanien kam es zu einem Kollaps der Spitäler durch diese Grippewelle, Italien hatte damals die höchste Zahl an Todesfällen durch Krankenhausinfektionen und antibiotikaresistente Bakterien in der EU.¹¹⁸ Triage wurde angewendet, es wurde nach dem Alter entschieden, welche Patient noch behandelt wurde und welcher nicht mehr, es handelt sich bei

¹¹³ Karina Reiss, Sucharit Bhakdi, Corona Fehllalarm? Zahlen, Daten und Hintergründe, Goldegg Verlag, 10. Auflage, Berlin 2020, S. 35.

¹¹⁴ Cornelia Ras, die in einem Altersheim auf der südholländischen Insel Goeree-Overflakkee vor Rotterdam lebte, war am 17. März 2020 kurz nach ihrem 107. Geburtstag krank geworden und wurde positiv auf SARS-CoV-2 getestet. Sie und andere 40 Heiminsassen hatten sich bei einem Gottesdienst angesteckt, 12 davon waren gestorben. Ras dürfte die bisher älteste Person sein, die die Pandemie überlebt hatte. Aus: Die Presse, 107-jährige Holländerin überlebt Coronavirus, in: *Die Presse*, 10.04.2020, S. 4.

¹¹⁵ Karina Reiss, Sucharit Bhakdi, Corona Fehllalarm? Zahlen, Daten und Hintergründe, Goldegg Verlag, 10. Auflage, Berlin 2020, S. 36.

¹¹⁶ Ebenda.

¹¹⁷ Stefan Riecher, Die verschuldeten Staaten von Amerika, in: *Die Presse*, 24.04.2020, S. 6.

¹¹⁸ Karina Reiss, Sucharit Bhakdi, Corona Fehllalarm? Zahlen, Daten und Hintergründe, Goldegg Verlag, 10. Auflage, Berlin 2020, S. 42.

Triage im medizinischen Sinne, also um eine „*Priorisierung medizinischer Hilfeleistungen bei knappen Ressourcen*“.¹¹⁹

Vielfach wurde wenige Wochen später die COVID-19-Pandemie, so auch aus Sicht der Kommunistischen Partei Chinas, mit einem Krieg gleichgesetzt: „*Dies ist ein beispielloser globaler Krieg, und die Menschheit steht vor dem gleichen Feind, dem neuartigen Coronavirus. Und das erste Schlachtfeld ist das Krankenhaus, in dem unsere Soldaten die medizinischen Mitarbeiter sind.*“¹²⁰ Mit der zunehmenden Ausbreitung von COVID-19 in Frankreich wendete sich Präsident Emmanuel Macron am 16. März 2020 an die französische Bevölkerung mit folgender Botschaft: „*Wir sind im Krieg.*“ Innerhalb von 20 Minuten erwähnte Macron diesen Begriff insgesamt sechsmal.¹²¹ Folglich kündigte Macron während dieser Fernsehansprache drastische Einschränkungen des täglichen Lebens an. Es galt eine Ausgangsbeschränkung, ausgenommen davon waren Einkäufe und dringende Arbeitsaufenthalte. Als Spaniens Premierminister Pedro Sánchez eingestand, dass das spanische Gesundheitssystem nach wenigen Wochen der Coronakrise völlig überfordert gewesen war, war seiner Meinung nach Spanien in folgender Situation: „*Spanien befindet sich derzeit in der dramatischsten Situation seit dem Bürgerkrieg (Anmerkung: 1936-1939).*“¹²² Spaniens Generalstabschef Miguel Ángel Villarroya, dessen Soldaten im Madrider Messepalast ein Feldlazarett mit 5500 Betten aufgebaut hatten, sprach ebenso von einem „*Krieg*“ der Nation gegen das Coronavirus.¹²³ Auch in Italien kam relativ schnell auch die Armee im Kampf gegen die Ausbreitung des Virus zum Einsatz, so der damalige österreichische Militärattaché für Italien, Malta, Spanien, Albanien und Griechenland mit Sitz in Rom, Nikolaus Rottenberger:

„*In Italien waren schon vor dem Ausbruch der Pandemie permanent 7.000 Soldaten der Operation „Sichere Straßen“ im Inlandseinsatz. Diese Präsenz hat der Regierung von Anfang an sehr geholfen. Schon ab Mitte Februar [Anmerkung: 2020] haben die*

¹¹⁹ Hans Bürger, Günther Mayr, Knock down. Menschheit auf dem Prüfstand, Verlag Braumüller, Wien 2021, S. 51.

¹²⁰ Tingbo Liang (Hrsg.), Handbuch zur Prävention und Behandlung von COVID-19, erstellt von der Zhejiang Universität in Kooperation mit der Jack Ma Foundation, Hangzhou 2020, Vorwort.

¹²¹ Sylvie Kauffmann, For France, a historic call to arms, in: *The New York Times International Edition*, March 21-22, S. 1.

¹²² Ralph Schulze, Spaniens Spitäler stehen vor Kollaps, in: *Die Presse*, 23.03.2020, S. 4.

¹²³ Ebenda.

*Streitkräfte in ganz Italien 5.000 Betten für die Quarantänemaßnahmen anbieten können, darüber hinaus wurden Sanitätseinrichtungen und Transportraum zur Verfügung gestellt. Da die Maßnahmen rund drei Wochen vor Beginn des Lockdowns in Österreich umgesetzt wurden, ergaben sich für das Bundesheer einige interessante Aspekte, etwa beim Truppenschutz und der Ausbildung.*¹²⁴

Vereinzelt wurden auf regionaler Ebene Maßnahmen eingeleitet, um COVID-19 einzudämmen. Als am 10. März 2020 in Rostock ein erster Infektionsfall bekannt wurde, wurde ein Konzert für 5000 Menschen daraufhin abgesagt (von Oberbürgermeister Claus Ruhe Madsen). Der Oberbürgermeister verordnete einen Shutdown für die öffentliche Verwaltung, 2000 der 2500 Bedienstete wurden nach Hause geschickt, am 12. März 2020 erfolgte die Schließung von allen 44 Schulen. Testmöglichkeiten durch ein ortsansässiges Unternehmen wurden bereitgestellt, von den Massentests waren Ärzte, Krankenhauspersonal, Feuerwehrleute und Pflegekräfte betroffen, auch wenn sie keine Symptome aufwiesen. Am 23. April 2020 ließ Madsen wissen: Rostock erste deutsche Großstadt war ohne Coronafälle.¹²⁵ In den USA ließ Gouverneurin Michelle Lujan Grisham (New Mexico) eine Maskenpflicht sowie flächendeckende Tests in New Mexico anordnen – aufgrund der explosionsartigen Verbreitung des Virus in den Navajo-Reservaten. Sie ließ die gesamte Navajo-Polizei testen. Bis 1. Mai 2020 wurden 65.000 Tests durchgeführt, bei einer Bevölkerung von knapp über zwei Millionen Einwohnern. 3200 Fälle wurden identifiziert, 112 Coronatote verzeichnet. Generelle Maskenpflicht sowie die Strategie des *Testing, Tracing, Treating* hatte in New Mexico ähnlich positive Wirkungen wie zuvor in Taiwan oder in Singapur.¹²⁶

¹²⁴ Militär Aktuell, „Bei uns liefen mehrere Krisen parallel“, Interview mit Oberst des höheren militärfachlichen Dienstes Nikolaus Rottenberger, 2016-2020 Militärattaché für Italien, Malta, Spanien, Albanien und Griechenland, Corona Spezial, in: *Militär Aktuell*, Ausgabe 2/2020, S. 19.

¹²⁵ August Pradetto, Multiples Versagen: WHO, EU und Deutschland in der Corona-Krise, WIFIS-Arbeitspapier Nr. 3, hrsgg. vom Wissenschaftlichen Forum für Internationale Sicherheit e.V., Hamburg 2020, S. 27.

¹²⁶ Ebenda, S. 25.

Hauptansätze zur Eindämmung von „Corona“ zu Beginn der Pandemie

Bei der Bekämpfung dieser Pandemie zeichneten sich folgende Vorgehensweisen ab, die grob in vier Hauptansätze zusammengefasst werden können:¹²⁷

- Völlige / großteilige Abriegelung (Volksrepublik China, Israel): Als absehbar wurde, dass die Ausbreitung von COVID-19 nicht zu verhindern war, riegelten die chinesischen Behörden das damalige Epizentrum Wuhan (11 Millionen Einwohner) ab, sämtliche Zufahrtswege zur Stadt wurden gesperrt, das öffentliche Leben auf Null heruntergefahren. Wenig später wurden mit der ganzen Provinz Hubei 60 Millionen Menschen faktisch unter Zwangsquarantäne gestellt. Es galt ein generelles Ausgehverbot für Wuhan. Polizisten überprüften bei Hausbesuchen den Gesundheitszustand der Menschen. Wer Krankheitssymptome zeigte, wurde zwangsweise isoliert – mit teils tragischen Folgen. Ein behindertes Kind soll verhungert sein, weil sein Vater aufgrund der Quarantäne nicht mehr nach Hause konnte. Wer etwas benötigte, musste sich an die Nachbarschaftskomitees¹²⁸ wenden. Diese stellen die niedrigste Ebene des Parteienstaates dar. Sie überwachten auch als „Gesundheitswächter“ die Einhaltung der Maßnahmen, sie bestimmten, wer Hilfe bekommt. In ganz China waren Unternehmen, Schulen und Universitäten über Wochen geschlossen. Das Tragen von Nasen-Mund-Schutzmasken wurde vielerorts Pflicht, obwohl Wissenschaftler meinten, dass das Tragen von Masken ernste gesundheitliche Risiken bergen könnte, vor allem für Menschen mit Lungenerkrankungen, Herzschwäche sowie für jene mit Angst- und Panikstörungen.¹²⁹ Apps zeichneten die Bewegungsmuster von Risikopersonen auf. Die Ansteckungsrate war in der Volksrepublik China daraufhin gesunken (nach offiziellen Angaben). Noch

¹²⁷ Gunther Hauser, Die Coronakrise 2020. Unterschiedliche Strategien zu deren Eindämmung im Vergleich, WIFIS aktuell, Band 66, hrsgg. vom Wissenschaftlichen Forum für Internationale Sicherheit e.V (Hamburg), Verlag Barbara Budrich, Opladen-Berlin-Toronto, S. 18-23.

¹²⁸ Allein in Peking bestanden damals die Nachbarschaftskomitees aus 160.000 Mitgliedern. ORF-Weltjournal, Asien – der andere Umgang mit Corona, 8. April 2020, 22.45 Uhr.

¹²⁹ Karina Reiss, Sucharit Bhakdi, Corona Fehlalarm? Zahlen, Daten und Hintergründe, Goldegg Verlag, 10. Auflage, Berlin 2020, S. 65.

Wochen nach dem Bekanntwerden der ersten SARS-CoV-2-Fälle im November 2019 versuchten die Behörden, gegen jegliche unkontrollierten Informationen über ein mögliches Virusproblem gezielt vorzugehen. Whistleblower wurden bedroht und bestraft, Ärzte gezwungen, auf Schutzbekleidung zu verzichten. Die WHO wurde am 31. Dezember 2019 zum ersten Mal offiziell von der Volksrepublik China über SARS-CoV-2 informiert, Wuhan erst am 23. Januar 2020 unter Quarantäne gestellt. Die vorgenommene Isolation der Bevölkerung war folglich nur deshalb notwendig geworden, da die Volksrepublik dem Ausbruch des Virus offensichtlich nicht rechtzeitig entgegengewirkt hatte.¹³⁰ Temperaturmessungen, elektronische Gesichtserkennung und Lokalisierungen der Mobiltelefone unterstützten die Maßnahmen der chinesischen Regierung, den neuen Coronavirus einzudämmen.¹³¹ Israel war Ende März 2020 noch nicht vollständig unter Ausgangssperre. Aber die Polizeistreifen kontrollierten alle Straßen. 130 Euro kostete ein unbegründeter Spaziergang, der mehr als 100 Meter weit vom Wohnsitz führte. Kranke wurden vom Geheimdienst *Schabak* aufgespürt: „*Der Übergang von Demokratie in die Diktatur verläuft nicht sprunghaft*“, mahnte damals die Zeitung *Haaretz*, „*es ist wie Einschleichen: Anfangs in die Ränder, dann erst in die Mitte.*“¹³² Eine umstrittene Handy-Ortung erfasste stets „*mutmaßliche*“ und nicht nachweisliche Infizierte gegen ein ausdrückliches Verbot der Justiz. Die Auswertung der Handy-Daten durch den Geheimdienst war zeitlich beschränkt, die Daten wurden nach sechs Monaten gelöscht. Am 28. März 2020 gab es 2700 Infizierte in Israel, alle zwei Tage verdoppelten sich die Zahl der nachweislich Infizierten. Es galten strenge Hauskontrollen von Quarantäne-Pflichtigen durch die Polizei mit Schutzanzügen.¹³³ Wer nur den isolierten Großeltern von der Straße aus zugewunken hatte, wurde von der GPS-Ortung schon als Kontaktperson eingestuft: „*Der Schabak ist ein Muskelprotz mit wenig Hirn*“, so Yuval Diskin, ein früherer Inlandsgeheimdienstchef: „*Ein treuer Angriffshund, der jeden beißt, wenn Herrchen es befiehlt. Ohne*

¹³⁰ Irene Zöch und Julia Raabe, Die vier Modelle im Kampf gegen Corona, in: *Die Presse*, 26.03.2020, S. 9.

¹³¹ Ebenda.

¹³² Norbert Jessen, Massive Proteste gegen Big Data in Israel, in: *Kurier*, 29.03.2020, S. 11.

¹³³ Ebenda.

*parlamentarische Kontrolle läuft er leinenleer.*¹³⁴ Während der 1950er-Jahre spionierte der Schabak oppositionellen Politikern nach. Auch unliebsame Journalisten wurden „von Unbekannten“ verprügelt.¹³⁵ Israels Premierminister Netanjahu bemühte sich damals auch, die Kontrollinstanzen Parlament und Justiz einzuengen. Seit 19. April 2020 durften israelische Privatunternehmen wieder 30 statt bisher 15 Prozent ihrer Belegschaft zum Arbeitsplatz rufen, in jedem Fall aber nicht mehr als 10 Personen. Voraussetzung war jedoch die Einhaltung der Hygieneregeln. Firmen konnten ein Lila-Gütezeichen erwerben. Beim Eingang musste bei Mitarbeitern Fieber gemessen werden. In einem 20 Quadratmeter großen Raum durften maximal zwei Personen arbeiten, auf größeren Flächen höchstens fünf, sofern keine Schutzbarrieren aufgestellt waren. Ausgewählte Geschäfte (Medien, Textilien, Eisen-, Haushalts- und Bürowaren, Schuhe, Möbel etc.) durften nur öffnen, wenn sie außer der obligatorischen Temperaturmessung garantieren konnten, dass sie nicht mehr als zwei Kunden an der Kassa stehen hatten und von den Verkäufern physisch getrennt waren. Alle Bürgerinnen und Bürger mussten Nasen-Mund-Schutzmasken in der Öffentlichkeit tragen. Wer ohne Gesichtsschutz aufgegriffen wurde, hatte 50 Euro zu zahlen.¹³⁶

- Apps und Tests (Taiwan, Südkorea, Singapur, Neuseeland): Taiwan stoppte SARS-CoV-2 großflächig bereits im Anfangsstadium: In den ersten Februartagen 2020 erhielten alle Bewohner von Taipeh eine SMS der Behörden. Sie enthielt einen Link zu einer Google-Maps-Karte; darauf waren hauptsächlich touristische Highlights von Taipeh markiert. Daneben die Frage: „*Waren Sie dort am 31. Januar?*“ Eine mit dem SARS-CoV-2 infizierte Besucherin hatte sich an diesem Tag an den besagten Orten aufgehalten und die Behörden waren nun auf der Suche nach allen, die sich zuvor mit dieser Frau in Kontakt befunden hatten. Taiwan hatte die Verbreitung des neuen Virus auf ein Minimum eingeschränkt. Und das, ohne drastische Auswirkungen auf den Alltag. Schon nach den ersten Berichten im Januar 2020 ordnete die taiwanesishe Regierung Gesundheitschecks bei Flügen aus Wuhan an. Kurz darauf verhängte sie einen Einreisestopp für alle Chinesen aus der Volksrepublik. Zum anderen

¹³⁴ Ebenda.

¹³⁵ Ebenda.

¹³⁶ Christian Ultsch und Thomas Vieregge, Wie Kurz und Netanjahu in der Krise kooperieren, in: *Die Presse*, 22.04.2020, S. 5.

setzten die Behörden – neben systematischen Tests – darauf, Infektionsketten lückenlos nachzuvollziehen und potenziell Infizierte zu isolieren. Die Quarantäne wurde per Handy-Ortung überwacht. Das Handy setzte einen Alarm an die lokale Polizeistation ab, sobald die Person die Wohnung verließ oder das Handy abschaltete. Bei der digitalen Überwachung zur Eindämmung von SARS-CoV-2 ging zu Beginn kein anderes Land so rigoros vor wie Südkorea. Die Regierung in Seoul hatte sich Anfang Februar 2020 den Zugriff auf private Daten von SARS-CoV-2-Infizierten gesichert. Im großen Stil wertete sie Handy-Aufzeichnungen, Kreditkartendaten und öffentliche Überwachungskameras aus. Alle Personen sollten somit ausfindig gemacht werden, mit denen Erkrankte Kontakt hatten. Die Bewegungen der Infizierten waren auf dem Internetportal *Coronaita* allgemein zugänglich – zwar anonymisiert, aber mit Angabe von Alter, Nationalität und Geschlecht. Wer in der Nähe von einem Hotspot wohnte, an dem sich viele Menschen angesteckt hatten, wurde zusätzlich per SMS von den Behörden gewarnt. Daneben setzte Südkorea auf systematische Tests, rund 20.000 pro Tag (diese konnten auch in Kraftfahrzeugen stattfinden – zusätzlich wurden Fragebögen ausgegeben: Husten, Halsschmerzen, Schüttelfrost).¹³⁷ Südkorea konnte zunächst durch systematisches Testen die Wachstumskurve des Virus abflachen, ohne dass massive Ausgangsbeschränkungen angewandt wurden. Jeder Einreisende musste 14 Tage in Quarantäne. Wer in häusliche Quarantäne musste, wurde mit einem elektronischen Armband kontrolliert. Wie entscheidend das Aufspüren der Kontakte von Erkrankten war, hatten die asiatischen Länder nicht zuletzt aus der SARS-Epidemie in den Jahren 2002 und 2003 gelernt. So setzte auch Singapur auf möglichst lückenlose Kontaktverfolgung (*Contact Tracing*) mit Hilfe mobiler Daten. Es gab in Singapur eine App namens „*Trace Together*“, die es den Behörden erleichtern sollte, zu ermitteln, wer sich in der Nähe einer infizierten Person aufgehalten hatte.¹³⁸ Neuseeland setzte auf folgende sechs Maßnahmen: Grenzkontrollen, um den Import von SARS-CoV-2 zu verhindern; Ausgangssperren; physische Distanzierung, um die Übertragung innerhalb der Gesellschaft zu stoppen. Weiters auf

¹³⁷ ORF-Weltjournal, Asien – der andere Umgang mit Corona, 8. April 2020, 22.45 Uhr.

¹³⁸ Irene Zöch und Julia Raabe, Die vier Modelle im Kampf gegen Corona, in: *Die Presse*, 26.03.2020, S. 9.

stringente Tests, Kontaktverfolgung und Quarantänemaßnahmen. In Neuseeland gab es gleich zu Beginn eine Strategie der Eliminierung, ähnlich wie in der Volksrepublik China, in Taiwan, in Südkorea, in Vietnam, in der Mongolei, in Australien und auf Fiji. Am 6. März 2020 gab es in Neuseeland sechs bestätigte COVID-19-Fälle, die damalige Premierministerin Jacinda Ardern verkündete, dass jeder, der nach Neuseeland einreisen wollte, sich zwei Wochen in Selbstisolation begeben musste. Am 19. März 2020 wurde Neuseeland abgeriegelt (der erste bekannte Fall von SARS-CoV-2 war ein Reisender, der am 26. Februar 2020 die Viruserkrankung nach Neuseeland eingeschleppt hatte). Sieben Wochen verbrachten die Neuseeländer zu Hause, sieben Wochen tägliche Briefings von Premierministerin Ardern. Sie wählte einen empathischen Ansatz: das „Fünf-Millionen-Team“ müsse für kurze Zeit seine Normalität opfern, um die am stärksten gefährdeten Menschen des Landes (die älteren und immunschwachen Menschen) zu schützen.¹³⁹ Das normale Leben hielt bald wieder Einzug. COVID-19-Fälle wurden meist nur noch bei Rückkehrern aus dem Ausland verzeichnet, die sich in Quarantäne begeben mussten.

- „Stay home“ (vorwiegend EU-Staaten, Panama, Peru, Indien): Den anfänglichen Appellen zum freiwilligen Abstandhalten, zum regelmäßigen Händewaschen, zum Verzicht auf Familienfeiern und anderen sozialen Treffen folgten rasch behördliche Verordnungen. In Österreich kam es zu Ausgangsbeschränkungen und mancherorts zu Quarantänemaßnahmen. Derartige Maßnahmen wurden schon ziemlich früh verordnet, das Ziel lag in der Minimierung des Infektionsrisikos. In Belgien und Frankreich war man mit derartigen Maßnahmen noch zögerlich, doch nach einem sonnigen Frühlingswochenende, an dem sich die Menschenmassen in den belgischen Strandbädern oder in den Pariser Parks getroffen hatten, wurde zu strengen Kontrollen und der Verhängung von teilweise empfindlich hohen Geldstrafen gegriffen. In den meisten europäischen Ländern wurden Spielplätze und Parks geschlossen, auch Universitäten, Schulen, Kindergärten. Das frühe Erkennen und Isolieren von Infizierten waren Themen, die alle Staaten beschäftigten. Aber: Welche Tests sind aussagekräftig, rasch

¹³⁹ Barbara Barkhausen, Neuseelands erfolgreiche Selbstisolation, in: *Die Presse*, 10.08.2020, S. 3.

durchführbar – und auch verfügbar? Ebenso hatten viele afrikanische Länder früh begonnen, an den Flughäfen Tempertaurkontrollen vorzunehmen. Angesichts der damals gestiegenen Infektionszahlen setzten die meisten Staaten auf den üblichen Mix aus Grenzschießungen, Exportbeschränkungen, Aufbau von Testkapazitäten, Impfnationalismus und eingeschränkten Multilateralismus,¹⁴⁰ Aufrufe zum Händewaschen und Zuhausebleiben.¹⁴¹ In Panama rief die Regierung etwa die nationale Quarantäne aus, seit 1. April 2020 durften Frauen und Männer nur an bestimmten Tagen die Straßen betreten, um dringende Besorgungen zu erledigen. Dies bedeutete: Montag, Mittwoch, Freitag (Frauen); Dienstag, Donnerstag, Samstag (Männer). Und selbst an diesen Tagen durften sich die jeweiligen Bürger nicht länger als zwei Stunden im Freien aufhalten. Am Sonntag mussten alle Menschen zu Hause bleiben. Die Maßnahmen galten zunächst bis 15. April 2020. Da wie dort waren Menschen, die in die Arbeit gehen mussten, von dieser Maßnahme ausgenommen. Das Ziel der Regierungen in Panama City und auch in Lima war es, die Anzahl der Menschen in der Öffentlichkeit zu reduzieren.¹⁴² Für die 1,3 Milliarden Einwohner Indiens galt ab 24. März eine Ausgangssperre – mit Ausnahme der Gewährleistung der Grundversorgung. Auch stand erstmals seit 170 Jahren in Indien der Zugverkehr still. Offiziell gab es in Indien damals mehr als 600 COVID-19-Fälle. So verkündete Premierminister Narendra Modi die landesweite Ausgangssperre. Doch nach der Rede von Modi am 24. März 2020 Abend strömten Menschen für Panikkäufe aus den Häusern. Während der Ausgangssperre war das Verlassen der Wohnung nur für den Einkauf von Lebensmitteln oder von Medikamenten explizit erlaubt. Menschen sollten ihre Unterkünfte nicht verlassen und räumliche Distanz wahren: *„Wenn wir es nicht schaffen, die nächsten 21 Tage zu überbrücken, werden Familien für immer*

¹⁴⁰ Klaus Ehringfeld, Brasilien taumelt führungslos, in: *Salzburger Nachrichten*, 23.05.2020, S. 4.

¹⁴¹ Roman Schmidt-Radefeldt, Die Corona-Pandemie als Herausforderung für das Völkerrecht. Braucht die Welt einen globalen Pandemievertrag? WIFIS-aktuell Band 71, hrsgg. vom Wissenschaftlichen Forum für Internationale Sicherheit e.V., vertreten durch Prof. Dr. Michael Staack, Helmut-Schmidt-Universität / Universität der Bundeswehr, Verlag Barbara Budrich, Opladen-Berlin-Toronto 2022, S. 7.

¹⁴² Die Presse, Panama und Peru trennen Geschlechter, in: *Die Presse*, 04.04.2020, S. 6.

zerstört sein“, so Modi.¹⁴³ Der internationale Flugverkehr wurde in Indien ausgesetzt. Mit 21. März 2020 Abend waren die meisten Züge eingestellt. Am 25. März 2020 traf es den Inlandsflugverkehr. Es gab viele gestrandete an den Bahnhöfen.¹⁴⁴

- Appelle (Schweden, Weißrussland, Brasilien): In Schweden setzte man auf Appelle an die „Vernunft“ der Bevölkerung. In Stockholm herrschte bei der Gesundheitsbehörde die Ansicht vor, dass sich SARS-CoV-2 auf lange Sicht nicht unterdrücken lassen konnte. In Schweden gab es keine Maskenpflicht und keinen Lockdown. Anders Tegnell war der Architekt dieses umstrittenen schwedischen Sonderwegs: *„Für Menschen ist es gesundheitlich schädlich, unfreiwillig isoliert zu werden.“* *„Wir wissen noch immer wenig darüber, inwieweit Masken die Pandemie überhaupt dämpfen können. Wir haben Länder mit scharfer Maskenpflicht, die dennoch unter einer starken Covid-19-Ausbreitung leiden.“* *„In Schweden haben wir keine Anzeichen dafür, dass es eine große Ansteckungsgefahr etwa auf Transportwegen gibt. Auch können Masken in falscher Sicherheit wiegen. In Schweden haben wir die Strategie, dass man zu Hause bleiben soll, wenn man krank ist, statt mit Maske hinauszugehen. Zudem haben wir in Schweden seit Wochen immer weniger Neuinfektionen, Patienten auf Intensivstationen und Todesfälle. Bei dieser guten Entwicklung ist eine Maskenpflicht zunächst nicht aktuell.“*¹⁴⁵ *„Für den scharfen Lockdown einer ganzen Gesellschaft gab es eigentlich nur negative Erfahrungen von früheren Pandemien“*, so Tegnell: *„Es gibt international keine Erfahrungen, dass Grenzschließungen als Pandemiebekämpfung funktioniert haben. Dagegen haben sie sehr oft sehr negative Effekte.“*¹⁴⁶ Ein großer Anteil der Verstorbenen in Schweden, rund die Hälfte, hatte in speziellen Seniorenheimen gelebt, wo die Ältesten und besonders Kranke lebten.¹⁴⁷ In Schweden sollte es keine Impfpflicht geben.¹⁴⁸ Jene

¹⁴³ Natalie Mayrath, Der Subkontinent macht dicht, in: *Die Presse*, 26.03.2020, S. 11.

¹⁴⁴ Ebenda.

¹⁴⁵ André Anwar, „Herdenimmunität war nicht unser Ziel“, Interview mit Anders Tegnell, Schwedens Staatsepidemiologe, in: *Die Presse*, 14.08.2020, S. 4.

¹⁴⁶ Ebenda.

¹⁴⁷ Es galt *„schon immer, dass ältere vorerkrankte Menschen besonders geschützt werden sollten, nicht nur in Alten- und Pflegeheimen. Wer Erkältungssymptome hat, sollte grundsätzlich auf den Besuch von Oma und Opa verzichten, vor allem, wenn diese schon herz- und/oder lungenkrank sind.“* Aus: Karina Reiss, Sucharit Bhakdi, Corona Fehlalarm? Zahlen, Daten und Hintergründe, Goldegg Verlag, 10. Auflage, Berlin 2020, S. 36.

¹⁴⁸ André Anwar, „Herdenimmunität war nicht unser Ziel“, Interview mit Anders Tegnell, Schwedens Staatsepidemiologe, in: *Die Presse*, 14.08.2020, S. 4

Länder, die anfangs Lockdowns verhängt hatten, würden demnach von der großen Welle der Mortalität später eingeholt. Auf lange Sicht würden, so die schwedische Einschätzung, betreffend Todeszahlen alle Länder etwa gleiche Zahlen aufweisen. Norwegen, Finnland und Dänemark verhängten aufgrund der deutlich höheren Inzidenz in Schweden sukzessive Reisebeschränkungen. Grenzen waren in den Nordstaaten ein heikles Thema, denn sie sind in diesem Raum seit 1952 so offen und durchlässig wie in der EU erst ein halbes Jahrhundert später mit *Schengen*.¹⁴⁹ An Maßnahmen wie Ausgangsbeschränkungen oder Versammlungsverbote, wie sie in den meisten Staaten Europas erlassen wurden, glaubte die Regierung in Stockholm nicht. Anordnungen blieben moderat. Zunächst waren Veranstaltungen mit bis zu 500 Personen erlaubt, daher tummelten sich bei den Après-Ski-Partys in den schwedischen Wintersportorten bis zu 499 Partygäste. Der damalige Premierminister Stefan Löfven hatte in einer Fernsehansprache seine Landsleute dazu aufgerufen, für sich selbst und für ältere Menschen Verantwortung zu übernehmen. Schulen, Kindergärten, Geschäfte, Restaurants, Bars blieben geöffnet. Die Mitarbeiter großer Firmen waren angewiesen, von zu Hause aus zu arbeiten. In Schweden ist das Homeoffice-Konzept nichts Außergewöhnliches. Tests wurden kaum durchgeführt, nicht einmal beim medizinischen Personal – in einem der besten Gesundheitssysteme der Welt. Nur wer schwere Symptome aufwies, wurde getestet. So waren die Behörden bestrebt, eine gewisse Immunisierung eines Teils der Bevölkerung zu erreichen. Ähnlich verhielt sich die Regierung in Weißrussland, obwohl Präsident Aleksandar Lukaschenko noch vorschlug, zwecks SARS-CoV-2-Bekämpfung in die Sauna zu gehen oder diesen Virus mit Wodka zu bekämpfen.¹⁵⁰ Schweden hatte bereits Ende November 2020 6400 Tote durch und mit COVID-19 zu verzeichnen, also wesentlich mehr als in den Nachbarländern. In Westschweden wurden die Laborkapazitäten derart knapp, dass die Behörden dort die Coronatests in einem Münchner Labor auswerten ließen. 4000 Coronatests wurden täglich nach Bayern geflogen. Mit einer 14-Tages-Inzidenz von fast 580 stand Schweden nach Berechnungen der Europäischen Seuchenschutzbehörde ECDC

¹⁴⁹ Rudolf Hermann, Das Coronavirus rafft die nordische Harmonie dahin, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 18.03.2021, S. 2.

¹⁵⁰ Jutta Sommerbauer, Der leise Protest der Belorussen, in: *Die Presse*, 04.06.2020, S. 6.

zunächst schlechter da als Frankreich, Spanien oder das Vereinigte Königreich.¹⁵¹ Appelle hatten ursprünglich auch die Niederlande und das Vereinigte Königreich an die Bevölkerung gerichtet, London hatte jedoch noch im März 2020 eine Kehrtwende vollzogen. Britische Forscher hatten den damaligen Premierminister Boris Johnson davor gewarnt, dass es auf dem Weg zum Erreichen der angestrebten Herdenimmunität bis zu 250.000 Tote geben könnte. Herdenimmunität besteht darin, wenn so viele Menschen immun sind, dass sich das Virus nicht weiter ausbreiten kann. So wären auch nicht angesteckte Personen geschützt. 60 Prozent der Bevölkerung müssten demnach infiziert sein, um diesen Zustand zu erreichen.¹⁵² Mit Ende November 2020 änderte sich die Lage: für öffentliche Zusammenkünfte galt im Vereinigten Königreich eine maximale Teilnehmerzahl von acht Personen, zuvor waren es 50 Personen. Kinos, Theater, Konzertsäle, Theater mussten schließen. Restaurants durften nach 22 Uhr keinen Alkohol mehr ausschenken. Es gab Verbote, Seniorenheime zu besuchen, Schulschließungen wurden damals in Erwägung gezogen. Ende Oktober 2020 gingen in Manaus / Brasilien die Sterbefälle „*außergewöhnlich rasch zurück*“, schrieb damals die Professorin für Tropenmedizin an der Universität São Paulo, Ester Sabino. Nach einem heftigen und fast ungebremsten COVID-19-Ausbruch im April und Mai 2020 schien die isolierte Hauptstadt des Bundesstaates Amazonas binnen weniger Monate die Herdenimmunität erreicht zu haben. Drei von vier Blutspenden hatten Antikörper gegen das Virus in sich. Darum gingen die Forscher davon aus, dass drei Viertel der zwei Millionen Einwohner von Manaus Antikörper gebildet hatten und sich nicht erneut damit anstecken würden: „*Wir glauben, das Problem hat sich erledigt*“, so Sabino.¹⁵³ Jedoch hatte sich in dort Anfang Novemehr 2020 eine Variante von SARS-CoV-2 gebildet, die wesentlich ansteckender war als das ursprüngliche Virus, und die bestehenden Abwehrkräfte

¹⁵¹ Gudrun Doring, Corona erreicht das schiedische Königshaus, in: *Salzburger Nachrichten*, 28.11.2020, S. 8.

¹⁵² Irene Zöch und Julia Raabe, Die vier Modelle im Kampf gegen Corona, in: *Die Presse*, 26.03.2020, S. 9.

¹⁵³ Andreas Fink, Das brasilianische Coronadesaster, in: *Die Presse am Sonntag*, 7.03.2021, S. 6.

umgehen konnte, so Sabino. Diese P1-Varainte war auch bei erkranktern Rückkehrern aus Manaus in Japan gefunden worden.¹⁵⁴

Auf den Intensivstationen lagen hauptsächlich ungeimpfte Patienten, so mussten in vielen Krankenhäusern der EU, so auch im November 2021 in München und in Starnberg, „an jedem Tag [...] priorisiert werden“ (Triage). Clemens Wendtner, Chefarzt der Infektiologie in der Münchener Klinik Schwabing, sagte: „Lockdown und allgemeine Impfpflicht, das sind die effektivsten Maßnahmen, die es gibt.“¹⁵⁵ In den meisten Ländern wurden wie im Vereinigten Königreich vorrangig alle Bewohner von Altersheimen, alle über 70-Jährige, das Gesundheits- und Pflegepersonal sowie weitere Risikopatienten zuerst geimpft. Aus diesen Bevölkerungsgruppen stammten 88 Prozent aller britischen COVID-19-Toten. Diesem „Raster“ folgten viele Länder, jedoch gab es auch „Impfdrängler“ unter Politikern und Militärs. So trat der spanische Generalstabschef zurück wegen „zu verfrühter Impfung“, er hatte sich vorgedrängt.¹⁵⁶

Ost- und Südostasien

Die Volksrepublik China und die Differenzen mit Taiwan

Bereits am 17. November 2019 berichtete die „*South China Morning Post*“ über den ersten Fall einer atypischen Pneumonie in der Volksrepublik. Kurz danach gab es schon fünf bis zehn Fälle dieser Krankheit pro Tag. Gemäß den Regeln der Weltgesundheitsorganisation (*World Health Organization* – WHO) muss eine globale Warnung veröffentlicht werden, sobald von einer ansteckenden Krankheit mindestens drei neue Fälle pro Tag existieren. Bis die WHO jedoch tatsächlich über diese neue Krankheit informiert wurde, vergingen noch circa eineinhalb Monate. Am 10. Dezember 2019 fühlte sich in Wuhan die 57jährige Wei Guixian, eine Shrimps-Verkäuferin auf dem Huanan-Markt, krank. Fieber, Husten, Atembeschwerden – sie dachte, es handelte sich dabei um eine Grippe, doch die Beschwerden legten sich nicht.

¹⁵⁴ Ebenda.

¹⁵⁵ Karin Truscheit, „Wir brauchen den Lockdown“, Interview mit dem Infektiologen Clemens Wendtner, Chefarzt der Infektiologie in der Münchner Klinik Schwabing, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 25.11.2021, S. 8.

¹⁵⁶ ORF Zeit im Bild 2, 24.01.2021, 21.54 Uhr.

Sechs Tage später suchte sie im besten Krankenhaus der Stadt Hilfe. In sozialen Medien kursierte inzwischen unter Ärzten das Gerücht über eine neue mysteriöse Krankheit, ähnlich wie SARS. Die chinesischen Behörden schwiegen vorerst dazu. Am 30. Dezember 2019 posteten zwei Mediziner aus Wuhan auf *WeChat* wissenschaftliche Informationen über das geheimnisvolle Lungenleiden, einer davon war der Augenarzt Li Wenliang. Es waren stets die gleichen Symptome. Sowohl im Zentralkrankenhaus in Wuhan sowie auch in anderen Krankenhäusern der Stadt wurden „*auffallend viele Menschen mit Atemwegsproblemen behandelt*“ – es gab auch Todesfälle.¹⁵⁷ Am 30. Dezember 2019 wurden wieder sieben neue Fälle gemeldet, in den Krankenhäusern fand sich der Vermerk: „*Verdacht auf SARS-Virus-Infektion.*“¹⁵⁸ Alle sieben Patienten waren zuvor am Fischmarkt in Wuhan gewesen, Li Wenliang nannte somit eine mögliche Infektionsquelle.¹⁵⁹ Erst zu diesem Zeitpunkt forderte die Gesundheitskommission von Wuhan alle Krankenhäuser auf, Meldung zu erstatten, wenn Patienten Lungenentzündungen mit unbekannter Ursache aufwiesen und auf dem Fisch- und Tiermarkt Huanan gewesen waren. Acht Ärzte, darunter auch Li Wenliang, mussten sich in der Zwischenzeit einer polizeilichen Befragung stellen, nachdem sie auf *WeChat* wissenschaftliche Informationen über den neuen Coronavirus austauschten. Am 1. Januar 2020 gaben chinesische Staatsmedien bekannt, acht Menschen verhaftet zu haben, die „*fake news online*“ verbreiteten.¹⁶⁰ Sie mussten sich zum Schweigen verpflichten¹⁶¹, die öffentlichen Stellen Chinas behaupteten nach wie vor, dass die Übertragung dieses Virus von Mensch zu Mensch nicht bewiesen sei¹⁶² und dass jegliche Aussagen zu gesundheitlichen Belangen ausschließlich den Behörden vorbehalten seien.¹⁶³ Seitens der Polizei wurde zudem ein Schreiben verfasst, das dem 33jährigen Augenarzt vorgelegt wurde: „*Wir wünschen, dass Sie sich beruhigen und sorgfältig nachdenken, und möchten Sie ernsthaft warnen: Wenn Sie weiter halsstarrig bleiben, Ihre Vergehen nicht bedauern und mit diesen illegalen Aktivitäten*

¹⁵⁷ Hans Bürger, Günther Mayr, Knock down. Menschheit auf dem Prüfstand, Verlag Braumüller, Wien 2021, S. 13.

¹⁵⁸ Ebenda.

¹⁵⁹ Ebenda.

¹⁶⁰ Bethany Allen, Beijing Rules. China's Quest for Global Influence, John Murray (Publishers), London 2023, S. X.

¹⁶¹ Die Presse, Maskendiplomatie bröckelt, in: *Die Presse*, 31.03.2020, S. 2

¹⁶² Bethany Allen, Beijing Rules. China's Quest for Global Influence, John Murray (Publishers), London 2023, S. X.

¹⁶³ Hans Bürger, Günther Mayr, Knock down. Menschheit auf dem Prüfstand, Verlag Braumüller, Wien 2021, S. 13.

fortfahren, werden Sie strafrechtlich zur Rechenschaft gezogen werden – haben Sie das verstanden?“ Li Wenliang musste mit „verstanden“ unterschreiben.¹⁶⁴ Die Versorgungslage in einigen Spitälern befand sich inzwischen am Limit, Li Wenliang kümmerte sich auch um Notfallpatienten und untersuchte am 8. Januar 2020 eine zuvor eingelieferte Frau. Zwei Tage später verspürte Li Grippe-symptome – er hatte sich bei dieser Patientin mit dem neuartigen Virus angesteckt. Zunächst wies er milde Symptome auf, ein schwerer Verlauf zeigte sich erst später. Anfänglicher Husten, danach Fieber – am 12. Januar 2020 wurde er selbst in ein Krankenhaus eingeliefert. Zunächst fielen Gentests negativ aus, erst nach drei Wochen wurde das Virus nachgewiesen.¹⁶⁵ Li verstarb am 8. Februar 2020 offiziell selbst an COVID-19, Chinas Staatsapparat hatte sich für das Verhalten der Behörden entschuldigt, zwei Gesundheitsbeamte in der Provinz Wuhan wurden als *Bauernopfer* entlassen.¹⁶⁶ Forderungen von Teilen der chinesischen Bevölkerung, den Todestag von Li zu einem nationalen Trauertag zu erklären, wurden seitens der Regierung in Peking „ignoriert“.¹⁶⁷ In Behördenpapieren, die an die Medien durchsickerten, wurde der *Patient null* in Wuhan später auf den 17. November 2019 datiert. Nachdem Wuhan als Ausgangsort lokalisiert worden war, wurde am 23. Januar 2020 die 11-Millionen Stadt zunächst 76 Tage lang unter Quarantäne gestellt (Lockdown bei offiziell 631 Infizierten).¹⁶⁸ Peking beorderte 40.000 medizinische Kräfte in die betroffene Provinz, in Wuhan selbst wurden 1800 Teams mit je fünf Personen zusammengestellt, die sämtliche Kontakte in Wuhan ermittelten und auswerteten. 9000 Menschen hatten nur die Aufgabe, Infektionsketten ausfindig zu machen.¹⁶⁹

Am 31. Dezember 2019 wurde die WHO von China über diese damals neue Infektionskrankheit informiert, jedoch mit dem Hinweis, es gebe keine

¹⁶⁴ Ebenda.

¹⁶⁵ Ebenda, S. 14.

¹⁶⁶ Ebenda.

¹⁶⁷ Li Yuan, Beijing finds grief intolerable, in: *The New York Times International Edition*, August 16, 2023, S. 3.

¹⁶⁸ August Pradetto, Multiples Versagen: WHO, EU und Deutschland in der Corona-Krise, WIFIS-Arbeitspapier Nr. 3, hrsgg. vom Wissenschaftlichen Forum für Internationale Sicherheit e.V., Hamburg, Juni 2020, S. 8.

¹⁶⁹ Hans Bürger, Günther Mayr, Knock down. Menschheit auf dem Prüfstand, Verlag Braumüller, Wien 2021, S. 64.

Anzeichen für eine Mensch-zu-Mensch-Übertragung.¹⁷⁰ Taiwan warnte am selben Tag die WHO im Gegensatz zu den Behörden in Peking vor einer Mensch-zu-Mensch-Übertragung des neuen Virus. Taiwanesische Ärzte hätten demnach von ihren Kollegen in der Volksrepublik erfahren, dass sich medizinisches Personal in Wuhan angesteckt hatte. Taiwan hatte noch an diesem Tag ein Paket von 124 Maßnahmen beschlossen und implementiert.¹⁷¹ Die WHO hatte derartige Warnungen aus Taiwan jedoch bewusst ignoriert, auch dahingehend, dass nach Darstellung der Volksrepublik China Taiwan „*als abtrünnige chinesische Provinz*“ kein Mitglied der WHO sei. Taiwan führte gleich nach Bekanntwerden des Virus rasch und gezielt Fieberkontrollen für Einreisende zunächst aus Wuhan und kurz danach aus der Volksrepublik China ein, Taiwan überwachte weiters mit Schnelltests und *Big Data* die Ausbreitung des Virus. Ende Januar 2020 war für Personen aus der Volksrepublik China seitens der taiwanesischen Regierung ein Einreisestopp verhängt worden. Bis 24. April gab es in Taiwan somit nur 428 bestätigte Coronafälle und sechs COVID-19-Todesfälle.¹⁷² Taiwan nutzte jene Erfahrungen aus der SARS-Krise im Jahr 2003,¹⁷³ Taipeh war damals monatelang im Ausnahmezustand. Erst seit 22. Januar 2020 stand auch für die WHO ohne Zweifel fest, dass das damals neue Coronavirus von Mensch-zu-Mensch übertragbar ist. Zuvor hatten chinesische Behörden – vor allem die Polizei – Ärzte, die über das „*geheimnisvolle Lungenleiden*“ informiert haben, vorgeladen und ihnen vorgeworfen, im Internet „*unwahre Behauptungen*“ zu verbreiten.¹⁷⁴ Erst am 23. Januar 2020 riegelten die Behörden das Epizentrum der Corona-Pandemie in China, Wuhan, ab. Noch Ende Februar ließ die WHO wissen: „*Die*

¹⁷⁰ Christian Ultsch und Julia Raabe, China hat vertuscht, die WHO versagt und Europa geschlafen, in: *Die Presse*, 04.04.2020, S. 4.

¹⁷¹ August Pradetto, Multiples Versagen: WHO, EU und Deutschland in der Corona-Krise, WIFIS-Arbeitspapier Nr. 3, hrsgg. vom Wissenschaftlichen Forum für Internationale Sicherheit e.V., Hamburg, Juni 2020, S. 8.

¹⁷² Die Presse, Taiwan fordert China in der Krise heraus, in: *Die Presse*, 25.04.2020, S. 6.

¹⁷³ Aufgrund der Erfahrungen mit dem SARS-Virus, von dem Taiwan 2003 trotz der damals noch viel geringeren Verflechtungen mit der Volksrepublik China schwer betroffen war, gründete die Regierung von Taiwan unmittelbar danach ein für derartige Fälle zuständiges „Nationale Gesundheitsführungszentrum“ (NHCC – National Health Command Centre). Dieses NHCC dient seither als zentrale Koordinationsstelle – diesem gehören an: das „Zentrale Führungszentrum für Epidemien“, das „Führungszentrum für biologische Pathogene“, das „Führungszentrum für Bioterrorismus“ und das „Zentrale medizinische Notfalloperationszentrum“.

¹⁷⁴ Christian Ultsch und Julia Raabe, China hat vertuscht, die WHO versagt und Europa geschlafen, in: *Die Presse*, 04.04.2020, S. 4.

*Verbreitung von Covid-19 ist einstweilen unter Kontrolle*¹⁷⁵, jedoch darf diese neue Erkrankung von den Staaten nicht unterschätzt werden.¹⁷⁵

Am 12. Januar 2020 übermittelte China der WHO das Genom des neuen Coronavirus. Eine Mensch-zu-Mensch-Übertragung stritt China damals noch immer ab, auch die WHO erklärte, dass ein derartiger Beweis noch fehlen würde. Die Annahme war, dass das Virus nur von Tieren auf Menschen überspringen und somit Menschen gefährden könnte. Seit 1. Januar 2020 war der Huanan-Markt in Wuhan bereits geschlossen, ansonsten traf die Volksrepublik vorerst keine besonderen Maßnahmen. Das Leben ging in Wuhan weiter. Die Feierlichkeiten für das Neujahrsfest begannen, am 19. Januar 2020 fand im Wohnbezirk Baibuting ein Bankett mit Tausenden Teilnehmern statt. Die WHO sprach sich damals noch explizit gegen Reise- oder Handelsbeschränkungen außerhalb von Wuhan aus.¹⁷⁶

Am 22. Januar 2020 war nun auch für die WHO zweifelsfrei geklärt, dass das Virus von Mensch-zu-Mensch übertragbar ist. Längst hatten Thailand, Japan, Südkorea und die USA erste Coronafälle gemeldet. Doch die WHO entschied sich damals weiterhin dagegen, einen „*Notfall für die öffentliche Gesundheit von internationalem Ausmaß*“ zu erklären. Die Begründung: Alle infizierten Personen lassen sich direkt nach Wuhan zurückverfolgen. Bereits am 26. Januar 2020 waren die Infektionszahlen in China explodiert, das Virus breitete sich auch über die Grenzen von Wuhan aus. China berichtete damals offiziell von mehr als 2700 Coronafällen und 80 Toten.¹⁷⁷ Staatschef Xi Jinping kündigte daraufhin an, Wuhan und die Provinz Hubei abzuriegeln, am 20. und 21. Januar hatte sich eine Delegation der WHO ein Bild von der Lage in Wuhan gemacht.¹⁷⁸ Am 21. Januar 2020 gab die US-Regierung ihren ersten COVID-19-Fall bekannt.¹⁷⁹ Bis Ende März 2020 verzeichneten die Vereinigten Staaten von Amerika bereits die höchste COVID-19-Infektionsrate weltweit: Bis Mitte April 2020 wurden in den USA mehr als 2200 COVID-19-Tote pro Tag registriert, mehr als 2700 COVID-19-Tote

¹⁷⁵ Karin Pollack und Bernadette Redl, Nur eine Epidemie, keine Pandemie, in: *Der Standard*, 28.02.2020, S. 6.

¹⁷⁶ Christian Ultsch und Julia Raabe, China hat vertuscht, die WHO versagt und Europa geschlafen, in: *Die Presse*, 04.04.2020, S. 4.

¹⁷⁷ Ebenda.

¹⁷⁸ Ebenda.

¹⁷⁹ Bethany Allen, *Beijing Rules. China's Quest for Global Influence*, John Murray (Publishers), London 2023, S. XII.

waren am 15. April 2020 gemeldet worden.¹⁸⁰ US-Nachrichtendienste warfen in der Folge der Führung in Peking vor allem seit Ausbruch der Pandemie in den USA vor, SARS-CoV-2 anfangs verheimlicht und dann die Weltöffentlichkeit mit falschen Zahlen hinters Licht geführt zu haben. Ins Kreuzeifer der amerikanischen Kritik geriet die WHO. Deren Generaldirektor, Tedros Adhanom Ghebreyesus, habe der Volksrepublik die Mauer gemacht, anstatt rechtzeitig auf Transparenz zu drängen und Alarm zu schlagen, so lautet damals der Vorwurf von US-Präsident Donald Trump an die chinesischen Behörden.¹⁸¹ Das französische Außenministerium, zutiefst irritiert vom lobhudelnden Kniefall der WHO vor China, forderte daraufhin eine Neuaufstellung der „*internationalen Gesundheitsarchitektur*“.¹⁸² Auch in der Nationalen Sicherheitsstrategie der USA vom Oktober 2022, die unter US-Präsident Joseph R. Biden veröffentlicht wurde, wird das Vorgehen der Volksrepublik China in Hinblick auf die COVID-19-Frühwarnung stark kritisiert „*as we saw with the early phases of the COVID-19 pandemic when the PRC was unwilling to cooperate with the international community.*“¹⁸³

Als seitens der Volksrepublik offiziell an die WHO gemeldet wurde, mit SARS-CoV-2 konfrontiert zu sein, und sich diese Fälle im Land ausweiteten, wurden in den Monaten Februar und März an die 2,2 Milliarden Schutzmasken (die wiederum größtenteils in China hergestellt wurden) zurück nach China geliefert – so wurden in Berlin, Paris oder in Brüssel Mund-Nasen-Schutzmasken äußerst knappe Güter. Die Vereinigung der chinesischen Auslandsstudenten hatte in Alabama damals allein 130.000 Schutzmasken aufgekauft und über Kalifornien nach Wuhan gesendet.¹⁸⁴

China hatte im Zuge der Coronakrise eine Gesundheits-App eingeführt. Vor Supermärkten, Bars oder Krankenhäusern musste jede Person zunächst einen QR-Code mit ihrem Smartphone scannen. Zutritt wurde nur für jene Personen mit einem grünen Schriftzug auf dem Smartphone-Display gestattet. Die App belegte also, dass deren Nutzer weder mit dem neuen Coronavirus infiziert war noch aufgrund seiner Bewegungsabläufe der

¹⁸⁰ Ebenda.

¹⁸¹ Christian Ultsch und Julia Raabe, China hat vertuscht, die WHO versagt und Europa geschlafen, in: *Die Presse*, 04.04.2020, S. 4.

¹⁸² Ebenda.

¹⁸³ Mit PRC ist die Volksrepublik China gemeint (PRC = People's Republic of China), aus: The White House, National Security Strategy, Washington D.C., Oktober 2022, S. 9.

¹⁸⁴ Christian Ultsch und Julia Raabe, China hat vertuscht, die WHO versagt und Europa geschlafen, in: *Die Presse*, 04.04.2020, S. 4.

letzten 14 Tage zur Risikogruppe zählte. In Hangzhou schlug die Lokalregierung vor, die im Februar 2020 eingeführte Praxis des Gesundheits-Codes zu normalisieren. Demnach sollte jedem Bürger künftig via QR-Code nicht nur eine Ampel-Farbe zugewiesen werden (von grün über gelb bis rot), sondern auch eine Punktezahl von 0 auf 100, die den Gesundheitszustand messbar machen sollte. In die Endnote gelangten dabei nicht nur Krankenakten und Gesundheitstests, sondern auch persönliche Daten über den Lebensstil der jeweiligen Person: Alkoholkonsum, Rauchverhalten und das generelle Bewegungsniveau. Die örtlichen Gesundheitsbehörden planten laut eigenen Angaben sogar, mit Hilfe von *Big Data* auch Gesundheitsprofile für Wohnanlagen und Unternehmen zu erstellen. Künftige Gesundheitspunktezahlen konnten jedoch zur Diskriminierung bei Bewerbungsgesprächen führen.¹⁸⁵

Die Coronakrise verdeutlichte somit den intransparenten Umgang der Volksrepublik China mit dieser schwerwiegenden Herausforderung. Nach den ersten bekannten Fällen von COVID-19 wurden im Dezember 2019 von lokalen kommunistischen Kadern in Wuhan sowie von der Zentralregierung in Peking derartige Tatsachen verharmlost und vertuscht – trotz eines nach dem Ausbruch von SARS in den Jahren 2002/2003 eingeführten umfassenden landesweit ausgebauten Meldesystems für Epidemien.¹⁸⁶ Im Nachhinein versuchte die Kommunistische Partei in Peking, „aus dieser Katastrophe einen politischen Sieg zu machen“.¹⁸⁷ Dies geschah durch eine Verknüpfung von praktischer Hilfe (es wurden Tausende Tonnen von Schutzausrüstung von China unter anderem verstärkt nach Europa geflogen) und der Zuhilfenahme ihres neuen geökonomischen Instruments, der 2013 von Staatschef Xi Jinping eingeleiteten *One Belt One Road* (OBOR) bzw. später titulierten *Belt and Road Initiative* (BRI), im deutschen Sprachraum auch „neue Seidenstraße“ genannt.¹⁸⁸ Die Hilfslieferungen von umfassender Schutzausrüstung wurden auch von der Chinesischen Handelskammer in der EU (diese Einrichtung wurde im August 2018 in Brüssel registriert), zum Teil direkt von der chinesischen

¹⁸⁵ Fabian Kretschmer, Die totale Gesundheitsüberwachung, in: *Die Presse*, 27.05.2020, S. 9.

¹⁸⁶ Steven Lee Myers, Reluctance to send bad news cost China weeks, in: *The New York Times International Edition*, March 31, 2020, S. 1 und 4, hier S. 1.

¹⁸⁷ Oliver Grimm, „China hat schon immer Statistiken gefälscht“, in: *Die Presse*, Interview mit der Chinaexpertin Didi Kirsten Tatlow, 11.04.2020, S. 10.

¹⁸⁸ Ebenda.

Regierung, von chinesischen Konzernen wie *Geely* oder *Alibaba* und *Tencent* und auch Stiftungen wie der *Li Shufu Foundation* und der *Jack Ma Foundation* koordiniert. Das am Flughafen von Liège / Lüttich im Jahr 2018 von der belgischen Regierung gemeinsam mit *Alibaba* eingerichtete *eWTP* Logistikverteilungszentrum spielte hier bei der europaweiten Verteilung der Hilfsgüter (vor allem nach Belgien, Frankreich, Italien, Slowenien und nach Österreich) eine wichtige Rolle.¹⁸⁹ Nach Leipzig-Halle (Flughafen) wurden am 27. und 29. April 2020 insgesamt 25 Millionen Schutzmasken mit dem damals weltgrößten Flugzeug *Antonow-225* geliefert. Diese von chinesischen Diplomaten oft als „*gutherzige Hilfeleistungen*“ bezeichneten Exporte von Schutzausrüstung, die meist gegen Bezahlung durchgeführt wurden, können ohne Zweifel als Teil der von Peking stets flexibel definierten und ausgebauten „*neuen Seidenstraße*“ verstanden werden, obwohl aus Sicht Pekings diese Hilfsleistungen wie folgt interpretiert wird: „*Zuvor wurde China in seinem Kampf gegen das Virus vom Ausland unterstützt und nun erwidert China diese Hilfe.*“¹⁹⁰ So wie seit Mitte der 2010er-Jahren seitens der Volksrepublik gemeinsam mit Russland die Realisierung des Konzepts der „*arktischen*“ oder „*polaren Seidenstraße*“ verfolgt wird (der Hafen von Murmansk wird seit 2017 auch für diesen Zweck handelspolitisch ausgebaut), war seit der Coronakrise in Europa das chinesische Konzept der „*medizinischen Seidenstraße*“ oder der „*Seidenstraße der Gesundheit*“ als Teil der umfassenden „*neuen Seidenstraße*“ erkennbar. Im Ringen um globalen Einfluss versuchte die Volksrepublik sich mit einer „*Politik der Großzügigkeit*“ als verantwortungsvoller „*Helfer in der Not*“ zu präsentieren – und somit Sympathien in europäischen Staaten zu sichern.¹⁹¹ Anfällig für derartige Initiativen waren vor allem Staaten wie Italien und Serbien. Serbiens Präsident Aleksandar Vučić küsste im Zuge einer großen Hilfslieferung aus China (wie ärztliche und fachliche Unterstützung sowie Masken, Handschuhe, Ventilatoren), die übrigens von der EU bezahlt wurde, am Flughafen Belgrad nicht nur die serbische, sondern auch die chinesische Fahne. Präsident Vučić bedankte sich am 24. März 2020 im Zuge dieser chinesischen Unterstützung bei Staats- und Parteichef Xi Jinping – dies neun Tage nach der Ausrufung des Notstands. In Serbien wurden Plakate aufgehängt mit dem Dankesspruch „*Danke, Bruder*“

¹⁸⁹ China Rundschau, China unterstützt Europa bei der Bekämpfung von COVID-19, in: *China Rundschau*, Nr. 064, Mai 2020, S. 1.

¹⁹⁰ Ebenda.

¹⁹¹ Oliver Grimm, „China hat schon immer Statistiken gefälscht“, in: *Die Presse*, Interview mit der Chinaexpertin Didi Kirsten Tatlow, 11.04.2020, S. 10.

X². Das war Ausdruck einer „*eisenharten Freundschaft*“, so Xi Jinping.¹⁹² Die europäische Solidarität war damals aus Sicht der serbischen Regierung eine Fantansie, so hatte Serbiens Staatschef zuvor das EU-Exportverbot von medizinischem Material kritisiert. China hat zudem in Serbien im Zuge seiner umfangreichen Investitionen im Fall der Bar-Boljare-Autobahn in Montenegro und im Fall der Kichevo-Ohrid-Autobahn wesentlichen Einfluss.¹⁹³ China fokussiert seine Projekte in der Region auf den Ausbau von Infrastruktur im Rahmen der *neuen Seidenstraße* – dazu zählen Autobahnen, Bahnstrassen und Brücken sowie auch die Erneuerung von Kraftwerken. Auch in den Bereichen 5G-Netzwerke sowie Sicherheits- und Überwachungssysteme hatte China seinen Einfluss in der Region erweitert. Von allen sechs Westbalkanstaaten hatte damals nur Serbien der Volksrepublik den Status eines *strategischen Partners* zuerkannt.¹⁹⁴

Als im Frühjahr 2020 Australiens Premierminister Scott Morrison eine unabhängige Untersuchung zur Feststellung des Ursprungs des neuen Coronavirus forderte, erhöhte China zum Teil massiv die Zolltarife für zahlreiche australische Güter und Erzeugnisse (wie bei der Gerste sogar um 80 Prozent) oder setzte Importe wie beim australischen Fleisch aus. Weitere Importhürden für australische Produkte und Bodenschätze folgten, so bei Zucker, bei Hummer, Kohle, Kupfererz und Baumwolle. Sogenannte „*Anti-Dumping*“-Zölle wurden seitens der chinesischen Regierung für australischen Wein von 107 auf 212 Prozent erhöht. So setzte die kommunistische Regierung in Peking wirtschaftliche Mittel ein, um ihre Interessen durchzusetzen.¹⁹⁵ Das chinesische Außenministerium forderte in einem Statement die australische Regierung auf, ihre „*ideologischen Vorurteile aufzugeben*“, diese von Australien vorgeschlagene „*sogenannte unabhängige Untersuchung*“ wäre aus Sicht der Volksrepublik „*in Wirklichkeit eine politische Manipulation*“.¹⁹⁶

¹⁹² Marlies Eder, Die Maskendiplomatie der Volksrepublik, in: *Die Presse*, 25.03.2020, S. 10.

¹⁹³ Michael L. Sailer, Russian and Chinese Corona-Diplomacy in the Western Balkans. A Transformative Moment or just the Continuity of an ongoing Development? Seminar Research paper, research Seminar “The History of Great Transformations” (20215), University of Vienna, Master Interdisciplinary East European Studies, June 2021, S. 6.

¹⁹⁴ Ebenda, S. 9.

¹⁹⁵ Bethany Allen, Beijing Rules. China’s Quest for Global Influence, John Murray (Publishers), London 2023, S. XIX und S. 4.

¹⁹⁶ Ebenda, S. 3.

Der Ursprung der COVID-19-Pandemie lag mit aller Wahrscheinlichkeit nach im Tierreich. Diese These untermauerte das Expertenteam, das sich im Auftrag der WHO im Januar und Februar 2021 in Wuhan aufhielt. Das Team beurteilte es in einem gemeinsamen Abschlussbericht zu der Reise „*wahrscheinlich bis sehr wahrscheinlich*“, dass SARS-CoV-2 von einem Tier über einen Zwischenwirt auf den Menschen überggesprungen war. Die These, dass SARS-CoV-2 aus Versehen aus einem Viren-Labor entwichen war und sich daraufhin verbreitete, galt demnach als „*extrem unwahrscheinlich*“.¹⁹⁷ Die WHO führte damals aus: „*Diese Hypothese halten wir für extrem unwahrscheinlich, weil es in den Labors in Wuhan dieses Virus nicht gab und die Sicherheitsvorkehrungen sehr hoch sind*“, so Peter Ben Embarek am 9. Februar 2021. Der Däne ist bei der WHO auf Lebensmittelsicherheit und Zoonosen spezialisiert. Das Team selbst setzte sich aus 17 internationalen und aus 17 chinesischen Experten zusammen. Embarek betonte, die WHO-Mission in Wuhan hatte zwei Ziele verfolgt: erstens habe man zu verstehen versucht, was im Dezember 2019 in Wuhan passiert war; zweitens habe man herausfinden wollen, wie das Virus auf Personen übertragen worden war. Klagen über Arbeitsbedingungen in China waren seitens der WHO nicht zu hören.¹⁹⁸ Beim ursprünglich vermuteten Ursprungsort in Wuhan – dem Huanan-Wildtiermarkt – im Dezember 2019 hatten die chinesischen Behörden „*sämtliche Virussspuren vernichten lassen*“.¹⁹⁹ China präsentierte sich lange Zeit im Gegenzug als jenes Land, das zu Beginn der Pandemie wirksame Maßnahmen zur Eindämmung des Sars-CoV-2 durchsetzen konnte – also mit „*drastischen Maßnahmen, die in einer Demokratie nicht durchsetzbar wären, haben die Behörden sowie eine disziplinierte Bevölkerung die Infektionszahlen de facto auf Null gedrückt*“.²⁰⁰ Das verhinderte jedoch nicht, dass ganze Gebiete in China zu Hochrisikogebieten erklärt wurden, wie am 10. Mai 2020 die Grenzstadt Shulan im Länderdreieck zu Russland und Nordkorea. Mehrere lokale Corona-Ausbrüche fanden zudem vermehrt in China statt, so im Sommer 2021 in Jiangsu, Guangdong und in Fujian.²⁰¹

¹⁹⁷ Neue Zürcher Zeitung, WHO-Experten bekräftigen These zum Corona-Ursprung, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 31.03.2021, S. 5.

¹⁹⁸ Matthias Müller, WHO-Mission verlässt Wuhan mit Fragen, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 11.02.2021, S. 4.

¹⁹⁹ Ebenda.

²⁰⁰ Ebenda.

²⁰¹ Matthias Kamp, Erholung in China schwächt ab, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 19.10.2021, S. 1.

Auf der Grundlage von Studien und Statistiken legte sich das Team auf vier Hypothesen fest, die in den kommenden Monaten vertieft untersucht wurden. Als die wahrscheinlichste Hypothese hatte die WHO-Mission die Übertragung von einem Zwischenwirt auf Menschen bezeichnet. Bei weiteren Annahmen handelt es sich um die direkte Übertragung von einer Fledermaus auf Menschen und die Rolle von Tiefkühlkost. Die Laborhypothese als vierten Ansatz schied dagegen aus. Es habe zunächst vereinzelt COVID-Infektionen gegeben, bevor sich in der 11-Millionen-Stadt Wuhan ab Januar 2020 eine Epidemie entwickelt hatte. Zum Großhandelsmarkt Huanan in Wuhan, auf dem tiefgefrorene Meeresfrüchte und Wildtiere verkauft worden waren, äußerte sich Embarek wie folgt: „*Wir kennen die genaue Rolle des Marktes nicht*“, so Embarek. Laut Liang Wannian von der Pekinger Tsinghua-Universität fand die erste bekannte Infektion mit SARS-CoV-2 am 8. Dezember 2019 statt. Die betroffene Person hatte demnach keinen Kontakt mit dem Großmarkt gehabt. Dort wiederum war der erste Fall auf 12. Dezember 2019 datiert. Liang Wannian forderte die Experten dazu auf, die Suche nach dem Ausgangspunkt der COVID-19-Pandemie auf andere Länder auszudehnen. Eine Vertreterin der WHO hatte mit ungewöhnlich scharfen Worten die Zusammenarbeit Chinas bei der Erforschung des SARS-CoV-2 eingemahnt. Die ranghöchste COVID-19-Expertin der WHO, Maria van Kerkhove, wies darauf hin, dass chinesische Wissenschaftler Daten von Virenproben aus Wuhan drei Jahre lang zurückgehalten hätten: „*Die mangelnde Offenlegung von Daten ist einfach unentschuldig*“, kritisierte Van Kerkhove. Diese Daten würden demnach relevante Hinweise auf die Bedeutung eines Marktes in Wuhan für die ursprüngliche Verbreitung des Coronavirus beinhalten. Nötig wären jedoch auch Blutuntersuchungen von Arbeitern der Lebendtiermärkte in Wuhan oder der Ursprungsfarmen der Tiere. Van Kerkhove forderte eine sofortige Bereitstellung dieser Daten – je mehr Zeit verstreiche, desto schwerer werde die Forschungsarbeit, die für die Verhinderung künftiger Ausbrüche wichtig sei. „*Die Zeit läuft davon*“, warnte sie.²⁰²

Indizien häuften sich schon damals, dass die offizielle Statistik in China *frisirt* sein könnte. Eine Studie des *Lancet Public Health Journal* prognostizierte im März 2020, dass eine Aufhebung der Restriktionen in der Provinz Hubei zu einer zweiten Viruswelle bis August 2020 führen könnte. Nach zwei Monaten in Quarantäne durften im März die 60 Millionen Bewohner von

²⁰² Salzburger Nachrichten, Ursprung von Corona: WHO kritisiert China, in: *Salzburger Nachrichten*, 7.04.2023, S. 14.

Hubei wieder ausreisen, Wuhan folgte im April. Viele inzwischen von der chinesischen Regierung eingeleiteten Lockerungen wurden damals jedoch wieder zurückgenommen. So durften Kinos öffnen und mussten Tage später erneut schließen. Auch Sportveranstaltungen mit Publikum blieben vorerst verboten. Alle ostasiatischen Länder begannen sich wieder aus Angst vor einer zweiten Welle abzuschotten.²⁰³ Chinesische Behörden hatten bei der Nachverfolgung der Gefährlichkeit des damals neuen Coronavirus zu spät reagiert, zudem wurde versucht, die Schuld an der Corona-Pandemie propagandistisch dem „Ausland“ anzulasten. Von der Notwendigkeit der Schließung der Außengrenzen war in der Volksrepublik die Rede, um die „Einschleppung des Virus aus dem Ausland zu verhindern“.²⁰⁴ Russland propagierte anfänglich ebenso die Seuche als Gefahr von außen und als westliches Problem. Betreffend COVID-19 gab es insbesondere zwischen den USA und China eine „geostrategische Propagandaschlacht“.²⁰⁵ Innenpolitisch dienten diese Propagandaschlachten dazu, die jeweilige innenpolitische Stärkung der jeweiligen Regierungen zu sichern. Aus der Volksrepublik wurde sogar behauptet, dass es sich bei SARS-CoV-2 um „eine biologische Waffe der USA“ handle.²⁰⁶

Seit dem Frühjahr 2020 gab es lediglich vereinzelte Infektionscluster, die aber umgehend mit Zuhilfenahme „von Massentests und lokal eingeschränkten Lockdowns eingedämmt werden konnten.“²⁰⁷ Die Regierung der Volksrepublik ließ jedoch Menschen festnehmen, die über die Ursache des SARS-CoV-2 recherchiert haben. Die Regierung in Peking versuchte, „mit absoluter Informationskontrolle und Zensurbehörden, das Narrativ über die Corona-Pandemie zu kontrollieren.“²⁰⁸ Die chinesische Regierung setzte „alles daran, dass Wuhan nicht als Quelle einer Pandemie in die Geschichtsbücher eingeht.“²⁰⁹ Es hieß in China „bei praktisch jedem Infektionscluster, das Virus sei aus dem Ausland eingeschleppt worden – durch illegale Grenzübertritte aus Russland oder durch importierte Schweinsbaxen wie

²⁰³ Fabian Kretschmer, Chinas Angst vor der zweiten Viruswelle, in: *Die Presse*, 04.04.2020, S. 3.

²⁰⁴ Walter Feichtinger, Corona als internationale Propagandafront, in: *Wiener Zeitung*, 31.03.2020, S. 2.

²⁰⁵ Ebenda.

²⁰⁶ ORF-Weltjournal, Asien – der andere Umgang mit Corona, 8. April 2020, 22.45 Uhr.

²⁰⁷ Fabian Kretschmer, Wie China den Ursprung des Virus verschleierte, in: *Die Presse*, 1.12.2020, S. 6.

²⁰⁸ Ebenda.

²⁰⁹ Ebenda.

zuletzt im ostchinesischen Tianjin.²¹⁰ Vor allem auf Tiefkühlware hatten die chinesischen Staatsmedien ihr Augenmerk gelegt. Die Regierung in Peking hatte ein QR-System eingerichtet, mit dem sich Importladungen nachverfolgen ließen, falls Virusspuren aufgetaucht wären.²¹¹ Eine Untersuchung der örtlichen Seuchenpräventionsbehörde von Tianjin hatte ergeben, dass SARS-CoV-2 doch von einem tiefgekühlten Schweinskopf aus Nordamerika stammte, so die Leiterin der Behörde, Zhang Ying. Als es im Juni 2020 in einem Pekinger Großmarkt zum seither größten China-weiten Infektionscluster seit dem Frühjahr 2020 gekommen war, hatten die chinesischen Medien das Narrativ übernommen, das Coronavirus stammte von einem Tiefkühlachs aus Norwegen. Supermarktketten nahmen somit argentinisches Rindfleisch, deutsches Schweinefleisch, indische Sepien und Tiefkühlachs aus Norwegen aus dem Sortiment, epidemiologische Untersuchungen fanden, so die chinesischen Behörden, an mehreren Dutzend Stellen in dem Supermarkt Spuren von SARS-CoV-2.²¹² China gilt als größter Importeur von Rindfleisch und Schweinefleisch.²¹³

Im März 2022 erlebte China die größte Infektionswelle seit Ausbruch der Pandemie. In Hongkong hatten sich rund eine Million der etwa 7,5 Millionen Einwohner infiziert, mehr als 4000 Menschen waren in Hongkong im Laufe der Pandemie bis Mitte März 2022 gestorben. Da China seine Grenzen zur Sonderverwaltungszone Hongkong ähnlich strikt abgeschottet hatte wie zum Rest der Welt, verlief das Infektionsgeschehen in Hongkong getrennt von jenem des Festlandes. Festland-China verzeichnete am 14. März 2022 mit 5370 Neuninfektionen einen seit Frühjahr 2020 nicht mehr erreichten Wert. Weil die *Omikron*-Variante von SARS-CoV-2 jedoch weniger schwere Verläufe ausgelöst hatte und China bestrebt ist, sein Gesundheitssystem zu schonen, wurden Erkrankte ohne Symptome nicht mehr in Kliniken zwangseingewiesen, sondern lediglich in zentrale Quarantäeneinrichtungen gebracht. Zudem wurden in China erstmals Schnelltests für den Eigengebrauch zugelassen, genau wie zwei COVID-19-Medikamente, darunter die Pille *Paxlovid* des US-Herstellers *Pfizer*. Mehrere Industriestandorte im Perlflossdelta standen damals unter Lockdown, so

²¹⁰ Ebenda.

²¹¹ Ebenda.

²¹² Ebenda; und: Christian Shepherd, Beijing focuses on frozen food after virus find, *Financial Times*, 18.11.2020, S. 4.

²¹³ Christian Shepherd, Beijing focuses on frozen food after virus find, *Financial Times*, 18.11.2020, S. 4.

auch Shenzhen und Teile von Shanghai. Chinas bisherige „Null-Covid-Strategie“ wurde dadurch geändert – in ein „Leben mit Covid“-Strategie, so der Arzt Zhang Wenhong aus Shanghai.²¹⁴ Anfang April 2022 ereignete sich in China der schwerste Corona-Ausbruch seit Beginn der Pandemie: so befanden sich damals fast 26 Millionen Einwohner in Shanghai im Lockdown. Insgesamt waren 27 der 31 Provinzen, 26 Prozent der chinesischen Bevölkerung und 34 Prozent der Wirtschaft von Coronaausbrüchen betroffen.²¹⁵

So plötzlich die Proteste gegen Chinas drakonische Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung am 25. November 2022 begannen, so schnell waren sie auch wieder eingeschlafen – in Peking, Shanghai, Hangzhou und in Nanjing. China reagierte mit massivem Polizeiaufgebot, verschärfte die Zensur und führte breitflächige Personenkontrollen durch. Aufrufe der Demonstranten, sich neu zu versammeln, so am 28. November 2022, auf Twitter, Instagram und Telegram erleichterten den Protest. Es kam zu einem Arbeiteraufstand bei *Foxconn*, dem wichtigsten Zulieferer des iPhone-Konzerns *Apple*, in Zhengzhou. Der Grund: *Foxconn* nahm eine versprochene Covid-Prämie zurück.²¹⁶

Am 23. April 2020 begann die Volksrepublik, auch gegen die Diplomatenrechtskonvention zu verstoßen: Mehrere Dutzend Inhaber von Diplomatenpässen wurden unmittelbar nach ihrer Ankunft in China gegen ihren Willen in oft Hunderte Kilometer weit entfernte Städte gebracht. Dort blieben sie bis zu zwei Wochen in Hotels eingesperrt. Sie durften nicht einmal ihre Zimmer verlassen. Dreimal pro Tag stellte Hotelpersonal in voller Schutzmontur Essen vor die Tür. Betroffen waren Konsuln, Gesandte, Angehörige von Diplomaten, auch viele Kinder aus Deutschland, Frankreich, Finnland, Slowenien und vielen anderen Staaten. Zuvor, am 22. März 2020, legte China zwölf *Einreiseschleusen* fest – das waren Quarantäneeinrichtungen, auch Hotels. Erst nach einem gemeinsamen

²¹⁴ Der Spiegel, Strategiewechsel in Peking, in: *Der Spiegel*, Nr. 12, 19.03.2022, S. 82.

²¹⁵ Matthias Kamp, Der Covid-Sturm fegt gerade Chinas Wirtschaftsplanung hinweg, NZZ Online, 6.04.2022 05:30 Uhr, https://www.nzz.ch/wirtschaft/china-covid-in-shangha-schadet-der-wirtschaft-ld.1678049?kid=n1165_2022-4-5&ga=1&mktcid_nled&mktcval=165_2022-04-06qreduced=true [06.04.2022].

²¹⁶ Köksal Baltaci, „Weitere Verschärfung ist nicht angebracht“, in: *Die Presse*, 16.10.2022, S. 5.

Protest der EU am 9. April 2020 beruhigte sich die Situation. Bis 15. Mai 2020 waren Einreisen von Diplomaten nach China unerwünscht.²¹⁷

Die Coronakrise brachte in der Volksrepublik China anfangs deren Kommunikationsprobleme und fehlerhaftes Krisenmanagement zum Vorschein: Vertuschung, Einschüchterung des darüber warnenden medizinischen Personals, Vorwurf der Lüge gegenüber der bereits davor warnenden Ärzteschaft Taiwans, enges Zusammenspiel mit der WHO in Bezug auf die „gemeinsame Eindämmung“ der Krise unter einem Generaldirektor, dessen Heimatland (Äthiopien) wirtschaftlich eng mit der Volksrepublik zusammenarbeitet bzw. wirtschaftlich von China abhängig ist. WHO-Generaldirektor Tedros Adhanom Ghebreyesus beschuldigte Taiwan in dieser Causa sogar, seit einigen Monaten diesbezüglich eine „rassistische Verleumdungskampagne“ gegen ihn im Internet zu orchestrieren. Beweise für diese Behauptungen legte er jedoch keine vor. Die Regierung in Peking eilte stets dem WHO-Generaldirektor zur Seite und forderte Taiwan auf, aufzuhören, „Lügen zu verbreiten und Hass zu säen.“²¹⁸ Die chinesische Regierung spendete der WHO nach dem angekündigten Zahlungsstopp der US-Regierung unter Präsident Donald Trump als „Kompensation“ zunächst 20 Millionen US-Dollar im März, 30 Millionen US-Dollar folgten später. Trump hatte damals die WHO kritisiert und diese des Mismanagements im Umgang mit dem neuen Coronavirus beschuldigt (vor allem, dessen anfängliche Verbreitung geheimzuhalten)²¹⁹ und am 14. April 2020 angekündigt, die Zahlung bis zu 90 Tage auszusetzen.²²⁰ China spendete zudem 80 Millionen US-Dollar für den Bau des Afrikanischen Zentrums für Seuchenbekämpfung und -vorsorge (CDC) in Addis Abeba: „Dieses Zentrum soll zu einem Gesundheitsnotenpunkt werden, das Hilfestellung in ganz Afrika leisten soll.“ China schickte ebenso medizinische Ausrüstung nach Afrika – so nach

²¹⁷ Christian Ultsch, China sperrte Diplomaten aus der EU wochenlang weg, in: *Die Presse*, 23.04.2020, S. 4.

²¹⁸ Die Presse, WHO kontra Taiwan: „Wer diskriminiert wen?“, in: *Die Presse*, 11.04.2020, S. 8.

²¹⁹ Bethany Allen, *Beijing Rules. China's Quest for Global Influence*, John Murray (Publishers), London 2023, S. 111.

²²⁰ Die Presse, China spendet 30 Millionen Dollar an die WHO, in: *Die Presse*, 24.04.2020, S. 7.

Algerien, Burkina Faso, Äthiopien, in den Senegal, nach Südafrika und nach Zimbabwe.²²¹

Schleppend verliefen die Impfkampagnen in der Volksrepublik. Die Bevölkerung war skeptisch gegenüber den neuen Impfstoffen. Gao Fu, Leiter der landesweiten Seuchenschutzbehörde, hatte das Problem deutlich angesprochen: „Wir werden die Angelegenheit lösen, dass die bestehenden Impfstoffe keine hohen Schutzraten bieten“, so der Mediziner während einer Konferenz in Chengdu. Er riet dazu, „über eine Kombination aus unterschiedlichen Vakzinen für die Immunisierung nachzudenken.“²²² Nur wenig später luden Chinas Staatsmedien Gao Fu zur „Klarstellung“ ein: „Es war ein vollständiges Missverständnis“, so Gao Fu gegenüber der *Global Times*, wohlgermerkt auf Englisch. Im chinesischen Fernsehen wurden seine Aussagen nicht berichtet, sämtliche Kommentare auf sozialen Medien zensiert. Erstmals machte mit *Sinovac* ein chinesischer Impfstoff die Ergebnisse seiner finalen „Phase 3“-Studie der Öffentlichkeit zugänglich. Dabei handelte es sich um die Resultate aus Brasilien, wo *Sinovac* das Vakzin an über 12.000 Probanden testete. Laut dem Bericht betrug die Prävention von COVID-19-Symptomen nur 50,7 Prozent und war damit nur knapp unter der von der WHO definierten 50 Prozent-Schwelle.²²³ Vom Ziel Pekings, bis Ende Juni 2021 40 Prozent der Bevölkerung zu immunisieren, war man weit entfernt. Chinesen blieben weiterhin gegenüber dem chinesischen Impfstoff skeptisch. Mehrere repräsentative Studien aus Shanghai und der Provinz Zhejiang ergaben, dass etwa 50 Prozent der Befragten sich gegen eine Injektion entscheiden würden. Auch unter medizinischem Personal lag die Bereitschaft zur Impfung keineswegs höher. Viele Chinesen erinnerten sich noch an vergangene Impfskandale. Beim Impfstoff glaubten viele Chinesen mehr an Propaganda als an Wirkung.²²⁴

Die Coronalage war in China laut Vize-Ministerpräsident Liu He Ende 2022 wieder stabil: „China hat den Höhepunkt der Infektionen überschritten“, sagte Liu

²²¹ August Pradetto, Multiples Versagen: WHO, EU und Deutschland in der Corona-Krise, WIFIS-Arbeitspapier Nr. 3, hrsgg. vom Wissenschaftlichen Forum für Internationale Sicherheit e.V., Hamburg 2020, S. 16f.

²²² Fabian Kretschmer, Geringer Impfschutz bereitet China große Sorgen, in: *Die Presse*, 15.04.2021, S. 9.

²²³ Ebenda.

²²⁴ Ebenda.

auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos.²²⁵ Jedoch dürfte die Null-COVID-19-Politik Pekings Proteste im Land ausgelöst haben, an denen Hunderte von Menschen ihren Unmut darüber geäußert hatten.²²⁶ Die Null-COVID-Politik wurde schließlich von der chinesischen Regierung aufgehoben, China beendete Anfang Januar 2023 auch seine Quarantänebestimmungen für einreisende Passagiere.²²⁷ Ende 2022 stand Chinas COVID-19-Prävention und -kontrolle vor einer neuen Situation: die Pathogenität – also die Fähigkeit von Krankheitserregern, krankhafte Veränderungen im Organismus hervorzurufen – hatte mit der *Omikron*-Variante nachgelassen, die Zahl der Impfungen stieg an, betonte Vizeministerpräsidentin Sun Chunlan. Ziel Chinas war es:

- seine Viruskontrollpolitik weiter zu verbessern;
- Diagnose-, Test-, Behandlungs- und Quarantänemaßnahmen weiter zu verbessern;
- Massenimpfungen zu verstärken, vor allem bei älteren Menschen (Aktionsplan zur schnelleren Impfung der Über-80-Jährigen).²²⁸

Es gab Spekulationen über geschönte Coronatodeszahlen in China. Mediziner berichteten der Nachrichtenagentur *Reuters*, sie seien angehalten worden, als Todesursache nicht Atemversagen nach COVID-19-Erkrankung in die Sterbeurkunde zu schreiben. Wenn der Verstorbene eine Grunderkrankung hatte, sollte diese als Haupttodesursache genannt werden, hieß es in einer Anweisung in der Notaufnahme eines Privatkrankenhauses, die von *Reuters* eingesehen wurde: „*Seit der Wiedereröffnung im Dezember [2022] haben wir aufgehört, Covid-Todesfälle zu klassifizieren*“, sagte ein Arzt eines großen öffentlichen Krankenhauses in Shanghai: „*Es ist sinnlos, das zu tun, weil fast alle positiv sind.*“ Gemäß der Nationalen Gesundheitskommission der Volksrepublik China hatte es zwischen 8. Dezember 2022 und 12. Januar 2023 knapp 60.000 Todesfälle gegeben, internationale Experten schätzten, dass es jedoch über eine Million Coronatote gegeben haben könnte.²²⁹ Die

²²⁵ China Rundschau, China wird COVID-19-Bekämpfung weiter verbessern, in: China Rundschau, Nr. 099, KW 50, 2022, S. 6.

²²⁶ The Economist, The protests and ethnicity. Solidarity, of a sort, in: The Economist, December 3rd, 2022, S. 50-51.

²²⁷ Chang Che, Claire Fu, Amy Chang Chien, China divisions on display online, in: The New York Times International Edition, January 13, 2023, S. 3.

²²⁸ China Rundschau, China wird COVID-19-Bekämpfung weiter verbessern, in: China Rundschau, Nr. 099, KW 50, 2022, S. 6.

²²⁹ Martin Quin Pollard und Engen Tham, Ärzte in China nähren Zweifel an offiziellen Corona-Todeszahlen, in: Wiener Zeitung, 18.01.2023, S. 5.

tatsächliche Anzahl der an oder mit COVID-19 verstorbenen Menschen aus der Volksrepublik China bleibt weiterhin offen.²³⁰

Südkorea, Taiwan, Singapur

Erfahrungen mit dem MERS-Virus 2015 bewirkten, dass das Gesundheitssystem in Südkorea seither umfassend reformiert wurde. Im Zuge dessen wurden die Zulassungen für Virentests beschleunigt. In der Coronakrise war es Südkorea frühzeitig gelungen, möglichst viele Infizierte aufzuspüren, deren Kontakte nachzuverfolgen und sie unter Quarantäne zu stellen. Auch gab es Apps für Smartphones, die anzeigten, an welchen Punkten sich Infizierte aufgehalten hatten, sodass sich jede Person informieren konnte, ob sie dort potenziell infiziert worden ist. Bis März 2020 gab es fast 50 Drive-in-Stationen, bei denen sich Personen kostenlos testen lassen konnten. Wer als infizierte Person die Quarantäne verließ, musste mit hohen Strafen rechnen. Eine Besonderheit in Südkorea war eine Patientin, die als sogenannter „*Superspreader*“ als Mitglied einer christlichen Sekte innerhalb kürzester Zeit hunderte Mitglieder ansteckte. Demnach konnte die Infektion anfänglich gut nachverfolgt werden. Die Lage hatte sich in Südkorea massiv verändert. Ende März 2020 ließen sich 20 Prozent der Fälle jedoch keinem konkreten Ausbruch mehr zuordnen, sondern traten „diffus“ auf. Helfer in Schutzkleidung desinfizierten Straßen, Bürgersteige und öffentliche Verkehrsmittel.

In Taiwan ergriff Ende Januar 2020 die Regierung Maßnahmen gegen die Ausbreitung des neuen Coronavirus, dazu zählte der Einreisestopp für Personen aus Wuhan, danach für die gesamte Volksrepublik. Seit Anfang Februar gab es in Taiwan Fieberkontrollen vor jedem öffentlichen Gebäude sowie strenge Hygiene- und umfassende Quarantänenvorschriften für Einreisende. Die Aufstockung der Produktion von Medizingütern wurde von der Regierung in Taipeh zentral koordiniert. Auch Taiwan profitierte von früheren Erfahrungen, als 2003 sich das SARS-Virus ausbreitete. Taipeh war damals monatelang im Ausnahmezustand. Mit Beginn der Coronapandemie setzte Taiwan auf Frühprävention: Ausländer mussten bei ihrer Ankunft in dem Land den Verlauf ihrer jeweiligen Reise nachweisen, möglich war das mit einer Smartphone-App. Danach folgte eine 14tägige Quarantäne. Staatsangehörigen aus der Volksrepublik China wurde die

²³⁰ Li Yuan, Beijing finds grief intolerable, in: *The New York Times International Edition*, August 16, 2023, S. 3.

Einreise untersagt. Das *Taiwan Centre for Disease Control* gab folgende Vorsichtsmaßnahmen aus:

- *„Wear surgical masks when coughing or sneezing*
- *Wash hands thoroughly with soap*
- *Avoid crowded places, including hospitals*“²³¹

Zu Beginn der Ausbreitung von SARS-CoV-2 befanden sich schon Ärzteteams auf dem ersten Flugzeug, das von Wuhan aus Richtung Taipeh aufgebrochen war. Diese Teams überprüften Personen auf etwaige Symptome. Bereits am 5. Januar 2020 wurde begonnen, nach allen jenen Personen zu suchen, die in den vorherigen 14 Tagen zuvor von Wuhan aus nach Taiwan eingereist waren und zum Zeitpunkt der Einreise Fieber und Symptome einer Infektion der oberen Atemwege aufwiesen. Verdachtsfälle wurden, da es einen Test auf das neue Virus noch nicht gab, auf 26 Viren untersucht, darunter SARS und MERS. In Taiwan wurden Personen mit Symptomen zu Hause unter Quarantäne gestellt und besucht, um zu beurteilen, ob eine Behandlung in einem Krankenhaus erforderlich erschien. In den darauffolgenden Wochen wurden die Maßnahmen schrittweise ausgeweitet, auch wurden die Neujahrsferien um zwei Wochen verlängert. Am 27. Januar 2020 entschied Taiwan, die Daten der Nationalen Krankenversicherung mit jenen der Einreisebehörde, der Melderegister der taiwanesischen Bürger und der Ausländerregistrierung abzugleichen. So war es möglich, de facto alle Personen, die während der 14 Tage zuvor in Risikogebieten gewesen waren, zu identifizieren. Das Nationale Gesundheitskontrollzentrum Taiwans benötigte nur einen Tag, um dieses System zu etablieren. Kurz bevor auf dem Kreuzfahrtschiff „*Diamond Princess*“ die ersten Fälle registriert wurden, dockte das Schiff in Keelung (Taiwan) an, fast alle Passagiere waren dort an Land gegangen. Ein massives Maßnahmenpaket unterband jedoch die Ausbreitung des Virus. Taiwan galt offiziell, weil es als Teil der Volksrepublik China behandelt wird, seitens der WHO als absolutes Hochrisikogebiet, mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen etwa hinsichtlich Reisebeschränkungen für taiwanesischen Bürger. Gleichzeitig wurde Taiwan jedoch der Zugang zu damit verbundenen internationalen Hilfsmaßnahmen de facto verwehrt, da all diese Maßnahmen über Peking abgewickelt werden mussten. Die dafür

²³¹ Taiwan Center for Disease Control, <https://www.cdc.gov.tw/En> (abgerufen am 8. April 2020, 15.40 Uhr)

zuständigen Behörden in Taiwan hatten nicht einmal auf direktem Weg die wichtigen, stets sich aktualisierenden Informationen der WHO, bekommen. Das Krisenmanagement zur Eindämmung von SARS-CoV-2 erwies sich in Taiwan aber als äußerst erfolgreich. So verzeichnete Taiwan am 8. April 2020 folgende Ergebnisse: getestet wurden 40.702 Personen, bestätigt wurden 379 Fälle an infizierten Personen, fünf starben.²³² Seit Beginn der Pandemie gab es bis März 2021 in Taiwan nur zehn Coronatote und rund 1000 Infizierte. Die Wirtschaft hatte keine Einbußen, Probleme ergaben sich jedoch in der Tourismusbranche und in der Gastronomie. Der Boom an Heimelektronik, Rekordexporte von Laptops, die Einführung von 5G, auch die Rekordexporte von Smartphones und Computerchips lies die taiwansische Wirtschaft 2020 um 3,1 Prozent wachsen, so stark wie 2013 nicht mehr und stärker als die Wirtschaft der Volksrepublik China.²³³ In Taiwan informierte praktisch jeden Tag um 14 Uhr die Seuchenbekämpfungsbehörde CDC im Zuge einer Pressekonferenz über die Pandemie, meist der Gesundheitsminister Chen Shih-chung persönlich. Seit Januar 2020 war Chen auch Leiter des *Central Epidemic Command Center* – einer *Taskforce* innerhalb der CDC mit weitreichenden Befugnissen. Taiwan war für rasche und konsequente Maßnahmen gegen SARS-CoV-2 bekannt. Der Zustimmungswert bei Chen lag im März 2021 bei 90 Prozent. Taiwan hatte nie in der Volksrepublik China hergestellte Präparate zugelassen, die mit Serum-Vakzinen zusammenhingen. Das war stets gegen die Vorschriften Taiwans. In Taiwan herrschte aufgrund von Probleme mit chinesischen Vakzinen großes Mißtrauen, so Chen.²³⁴

In Singapur schränkte der autoritär geführte Staatsrat aufgrund SARS-CoV-2 den Reiseverkehr ein. Am Flughafen wurde die Körpertemperatur der Reisenden gemessen, ebenso in Büros, Einkaufszentren und Kinos. Seit 23. März 2020 untersagte die Regierung die Ein- und Durchreise. So entfiel Singapur auch als Transitflughafen. Bei der Bevölkerung wurden Gesundheitsscreens durchgeführt, Bürgerinnen und Bürger wurden vorsorglich unter Quarantäne gestellt. Zudem existierte eine App für Mobiltelefone, bei der sich feststellen ließ, wer sich mehr als eine halbe

²³² Ebenda.

²³³ Matthias Sander, Taiwans neues Selbstbewusstsein, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 24.03.2021, S. 6.

²³⁴ Matthias Sander, „Viele lockern Einschränkungen zu rasch“, Interview mit Taiwans Gesundheitsminister Chen Shih-chung, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 2.03.2021, S. 5.

Stunde in weniger als zwei Metern Abstand gegenüber einem Infizierten aufgehalten hatte. Am 20. April 2020 verzeichnete Singapur über 1400 neue Infektionen innerhalb von 24 Stunden – es handelte sich dabei um einen Rekordanstieg an SARS-CoV-2-Infektionen, so die Gesundheitsbehörde. An diesem Tag verzeichnete Singapur insgesamt mehr als 8000 Infizierte und elf COVID-19-Tote. Der Regierung war es zu Beginn gelungen, durch eine penible Überprüfung aller Coronafälle, strenge Verhaltensregeln und harte Strafen die Zahl der Infektionen gering zu halten. Bei der Mehrzahl der Infizierten handelte es sich um Wanderarbeiter. In Singapur lebten zu dem Zeitpunkt rund 280.000 Wanderarbeiter, unter anderem aus Bangladesch und der Volksrepublik China.²³⁵

Aufgrund der niedrigen Impfraten und der schlechten Infrastruktur wurde die Region Südostasien im Jahr 2021 sehr hart vom SARS-CoV-2 getroffen wie seit Pandemiebeginn nicht mehr. Dort herrschte verbreitete Skepsis gegenüber staatlicher Ineffizienz. Indonesien wurde zum „Corona-Epizentrum“ und überholte Mitte Juli 2021 Indien und Brasilien bei den Neuinfektionen, nur sechs Prozent der Bevölkerung waren geimpft. Myanmar zeigte sich „auf das Härteste getroffen“, der Militärputsch im Februar 2021 hatte das Land noch in ein zusätzliches Chaos und in den Bürgerkrieg gestürzt. Das Gesundheitssystem kollabierte. Viele Menschen aus der Ärzte- und Pflegerschaft hatten die vom Militär geführten Krankenhäuser verlassen. Soldaten verhafteten Ärzte, die Patienten außerhalb der Spitäler pflegten und ihnen telefonisch Ratschläge gaben. Es gab wenig Sauerstoff zur Beatmung. In Vietnam gab es Isolations- und Kontaktnachverfolgungsmaßnahmen sowie verpflichtende Testungen – die erste und zweite Welle wurde so glimpflich überstanden. Gegen die *Delta-Variante* konnte sich Vietnam trotz Lockdowns und geschlossener Grenzen nicht wappnen. Hanoi bestellte zu spät und zu wenig Impfstoff, die Impfrate lag im Juli 2021 bei drei Prozent. In Kambodscha und Laos explodierten die Infektionszahlen, es kam zu Schließungen von Märkten, dadurch entstanden Arbeitslosigkeit und Unterversorgung. In Thailand waren 2021 ebenso so viel neue Coronafälle wie seit 2020 nicht mehr zu verzeichnen, Regionen wie Bangkok wurden abgeriegelt. Es gab landesweit Versammlungen wegen des Unmuts gegenüber der Militärregierung und des Corona-Krisenmanagements. Die Impfrate betrug im Juli 2021 fünf Prozent. Malaysia befand sich seit Juni 2021 wegen der *Delta-Variante* im Lockdown,

²³⁵ ORF-Weltjournal, Asien – der andere Umgang mit Corona, 8. April 2020, 22.45 Uhr.

auf den Philippinen betrug die Impftrate damals sechs Prozent. Staatschef Rodrigo Duterte lockte mit Belohnungen (1 Kuh, 1 Huhn), andererseits drohte er: „*Wer sich nicht impfen lasse, könne bald im Gefängnis landen.*“²³⁶

Japan

Japan ist dicht besiedelt und wies zu Pandemiebeginn weltweit den höchsten Anteil an Senioren auf (28 Prozent der 126 Millionen Einwohner zählenden Bevölkerung sind älter als 65 Jahre).²³⁷ Im Januar 2020 kamen 925.000 Chinesen nach Japan, im Februar waren es 89.000. Als Reaktion auf die Verbreitung von SARS-CoV-2 ließ der damalige Premierminister Shinzo Abe die Schulen zwei Wochen vor den Ferien vorzeitig schließen, alle Veranstaltungen wurden abgesagt. Aber Geschäfte und Restaurants blieben weiterhin offen, nicht viele Japaner wechselten in das Home Office. In Japan gab es keine strengen Maßnahmen, man praktizierte so etwas wie die „*japanische Gelassenheit*“: Während der Kirschblüte Ende März 2020 waren die japanischen Parks voller Menschen, Picknicks wurden seitens vieler Familien organisiert. Es gab wenig Testungen, in Altersheimen beschäftigten sich Jüngere mit Älteren (Unterhaltungen, Freizeitspiele).²³⁸ Aus Interviews mit Vertretern der jüngeren Generation war zu hören: „*Wir Jungen müssen ausgehen und die Wirtschaft am Leben halten*“ bzw. „*Corona trifft nur Alte*“.²³⁹ Japan wies Anfang April 2020 nur zehn Cluster mit 1012 an SARS-CoV-2 Infizierten und 41 an COVID-19 Verstorbenen auf. Jeden Tag kamen nur wenige Dutzend Neuinfektionen dazu.²⁴⁰ Am 23. April 2020 gab es offiziell schon 12.240 SARS-CoV-2-Infizierte, 296 waren damals an COVID-19 gestorben. Darin waren jedoch die Kranken und Toten des Kreuzfahrtschiffes „*Diamond Princess*“ nicht mitgerechnet. Am 25. März 2020 verzeichnete Japan noch knapp 1300 Infizierte und 44 an COVID-19 verstorbene Menschen.²⁴¹ Seit 4. April 2020 meldete Tokio fast täglich mehr als 100 Infektionen, in Japan wurde damals eine Verdoppelung der Infektionszahl in nur neun

²³⁶ Susanna Bastaroli, Tödliche Coronawelle überrollt Südostasien, in: *Die Presse*, 23.07.2021, S. 8.

²³⁷ ORF-Weltjournal, Asien – der andere Umgang mit Corona, 8. April 2020, 22.45 Uhr a.

²³⁸ Ebenda.

²³⁹ Ebenda.

²⁴⁰ Deutsche Welle, Wie Japan Covid-19 unter Kontrolle hält, in: *Deutsche Welle*, 08.04.2020, <https://www.dw.com/de/wie-japan-covid-19-unter-kontrolle-h%C3%A4lt/a-52896128> [13.05.2020].

²⁴¹ Angela Köhler, Japans Sorglosigkeit könnte sich bald rächen, in: *Die Presse*, 24.04.2020, S. 5.

Tagen festgestellt. Ärzte und Experten gingen davon aus, dass die Dunkelziffer viel höher lag, da nur wenig Menschen auf SARS-CoV-2 getestet und vermutlich bei der stark überalterten Gesellschaft viele Todesfälle anders diagnostiziert wurden.²⁴²

Premier Shinzo Abe ignorierte anfangs die Gefahren des SARS-CoV-2. Er setzte auf „*vorbildliche Hygiene und seine besonderen Umgangsformen*“ (Händeschütteln und Umarmungen sind in Japan verpönt). Das Internationale Olympische Komitee hatte sich unter immensen Druck zu einer Verschiebung der im Sommer 2020 geplanten Olympischen Spiele durchgerungen, danach erst reagierte auch die Regierung Abe. Weil die Olympischen Sommerspiele 2020 in jedem Fall ausgetragen werden sollten, wurde das Thema „Corona“ in der Anfangsphase ausgeblendet. Premier Abe richtete während dieser Zeit eine Videobotchaft an die Bevölkerung, die ihn im Wohnzimmer mit Hund, Tee und Buch zeigte. Das verfehlte jedoch die Wirkung. Tausende Japaner beschwerten sich über die „*Arroganz des Regierungschefs*“. Nur Vermögende wie Premier Abe konnten es sich demnach leisten, nicht zur Arbeit zu gehen. In Japan galten grundsätzlich folgende Prinzipien bei der Eindämmung von SARS-CoV-2:

- Das Verbeugen zur Begrüßung verringert die Infektionsgefahr.
- Es gibt kein Händeschütteln und kein Wangenküssen.
- Die Bevölkerung hält sich seit früher Kindheit diszipliniert an elementare Hygieneregeln.
- Das Händewaschen, das Gurgeln mit einer Desinfektionslösung sowie das Tragen von Masken gehörten bereits zum japanischen Alltag, unabhängig von der Ausbreitung von SARS-CoV-2.²⁴³

Seit dem Ausbruch der Pandemie stehen in allen Zugängen von Geschäften und Firmen zudem Desinfektionsmittel für die Hände. Das Tragen von Masken wurde zur Bürgerpflicht. Bereits vor dem neuen Coronavirus verbrauchte Japan 5,5 Milliarden Nasen-Mund-Schutzmasken pro Jahr – im Schnitt 43 Stück pro Einwohner. Die Quote sprang während der Coronakrise so hoch, dass den Geschäften die Masken ausgingen. Neue Ware wurde rationiert verkauft. Vor der Ladenöffnung standen die Menschen für die Zuteilung geduldig Schlange. Viele Geschäfte boten sogar

²⁴² Ebenda.

²⁴³ Deutsche Welle, Wie Japan Covid-19 unter Kontrolle hält, in: *Deutsche Welle*, 08.04.2020, <https://www.dw.com/de/wie-japan-covid-19-unter-kontrolle-h%C3%A4lt/a-52896128> [13.05.2020].

Stoffstücke und Kaffeefilter mit einer Anleitung für den Eigenbau von Masken an, der massenhafte Gebrauch von Masken schien den Virus zu bremsen. Masken verringern jedenfalls die Übertragung von Tröpfchen und Aerosol mit Virenmaterial durch ihre Träger. Seit 4. April 2020 mussten nach den Südkoreanern auch alle EU-Bürger draußen bleiben. Nur wer einen Wohnsitz in Japan hatte, durfte ins Land, musste aber bei einer Ankunft aus der EU 14 Tage in Quarantäne bleiben.²⁴⁴

Japans Premierminister Abe hatte lange gezögert, Maßnahmen zur Eindämmung von SARS-CoV-2 anzuordnen. Anfang April 2020 gab er jedoch dem Druck der Öffentlichkeit nach. Mit 8. April galt für Tokio und für weitere sechs große Bevölkerungs- und Industrieregionen wegen der Coronakrise der Ausnahmezustand – zunächst für einen Monat. Aktivitäten und die Mobilität der Bürger wurden eingeschränkt: „*Wir haben entschieden, den Ausnahmezustand zu verhängen, weil wir der Ansicht sind, dass eine schnelle Ausbreitung der Pandemie im ganzen Land enorme Auswirkungen auf unser Leben und die Wirtschaft hätten*“, begründete Abe seine Entscheidung. Mit Tokio (Großraum 38 Millionen Menschen) waren davon die benachbarten Provinzen Chiba, Kanagawa und Saitama betroffen.²⁴⁵ Der temporäre Notstand galt ab 8. April auch für die Industriezentren Osaka und Hyogo in Zentraljapan und für Fukuoka im Süden. In diesen Landesteilen wurde die Bewegung der Menschen um bis zu 80 Prozent eingeschränkt. Die japanische Regierung verabschiedete gleichzeitig ein Konjunkturpaket im Rahmen von umgerechnet 919 Milliarden Euro – das bisher umfangreichste Paket. Damit sollte vor allem in Not geratenen Familien und kleinen Firmen geholfen werden.²⁴⁶ Der Ausnahmezustand wurde bereits Wochen zuvor vom Parlament bewilligt. Die Bürger Japans wurden lediglich aufgefordert, zu Hause zu bleiben und nur für wichtige Erledigungen wie dem Einkauf oder zum Arztbesuch auf die Straße zu gehen. Das war wohl eher ein Soft-Notstand.²⁴⁷

Richtig harte Maßnahmen wie jene Ausgangssperren in Italien, Spanien oder in Frankreich gab es in Japan nicht – es fehlen dazu die entsprechenden rechtlichen Grundlagen. So bleibt es eine Ermessensfrage der jeweiligen

²⁴⁴ Ebenda.

²⁴⁵ Angela Köhler, Japans Richtungswechsel im Kampf gegen den Virus, in: *Die Presse*, 08.04.2020, S. 4.

²⁴⁶ Ebenda.

²⁴⁷ Ebenda.

Behörden, welche Entscheidungen sie von ihren Bürgern verlangen, welche Einrichtungen, Schulen oder Geschäfte schließen müssen, welche Veranstaltungen angesagt werden.²⁴⁸ Von der Bevölkerung wurde erwartet, dass sie sich mit Blick auf ihre Gesundheit freiwillig zurücknahmen und zu Hause blieben. Firmen sollten es ihren Angestellten ermöglichen, im Home Office zu arbeiten.²⁴⁹ Es gab jedoch keine Strafen bei Mißachtung der Gebote und der empfohlenen Maßnahmen – weder für die Bevölkerung noch für die Unternehmen, die weiterarbeiten wollten. Premierminister Abe hatte die Entscheidung ohnehin zu lange auf die lange Bank geschoben, um die Olympischen Spiele im Sommer 2020 zu retten. Das Großspektakel wurde auf auf 23. Juli 2021 verschoben, so musste und konnte Abe handeln.²⁵⁰ Die Gouverneurin von Tokio, Yuriko Koike, forderte schon zuvor seit längerer Zeit striktere Maßnahmen zur Eindämmung der Infektionsgefahr. Im Großraum Tokio wurde damals fast die Hälfte der landesweiten SARS-CoV-2-Ansteckungen registriert. Am 6. April 2020 hatte die Vereinigung der Ärzte in Tokio noch einmal nachdrücklich vor der Gefahr gewarnt, dass das Gesundheitssystem in der Metropole zusammenbrechen könnte.²⁵¹ In Tokio wurde damals bereits seit Tagen die allgemeine Betriebsamkeit zurückgefahren: mehrere große Karaoke-Ketten, Bars und Restaurants hatten bereits geschlossen (als Vorsichtsmaßnahme und auch wegen fehlender Gäste), ebenso die sonst überfüllten Züge und Bahnhöfe waren nicht mehr ganz so voll. Im globalen Vergleich gab es in Japan dennoch eine sehr geringe Anzahl an SARS-CoV-2-Infektionen. Laut Johns Hopkins University wurden Anfang April 2020 an die 4000 Infektionen und 19 Todesfälle wegen COVID-19 registriert. Experten gingen jedoch von einer sehr viel höheren Dunkelziffer aus, weil in Japan sehr wenig getestet wurde. Um überhaupt zum SARS-CoV-2-Test zugelassen zu werden, musste ein Anwärter zuvor schon vier Tage in Folge hohes Fieber aufweisen.²⁵² Zudem gab es Fälle wie eine stundenlange Irrfahrt eines Japaners mit Fieber und Atemnot. Er wurde von 80 Krankenhäusern in Tokio abgewiesen, weil diese angeblich keine Kapazitäten hatten. Ein anderer Patient hatte mehr Glück. Er fand nach nur 40 Absagen endlich ein Spital. Die Gesellschaft für Notfallmedizin konstatierte schon am 6. April 2020, der Zusammenbruch des notfallmedizinischen Systems war längst

²⁴⁸ Ebenda.

²⁴⁹ Ebenda.

²⁵⁰ Ebenda.

²⁵¹ Ebenda

²⁵² Ebenda.

Wirklichkeit geworden. Ärzte warnten zudem vor einem Kollaps des gesamten Gesundheitssystems. Laut einer Umfrage der Nachrichtenagentur Kyoto waren damals in den Zentren Tokio und Osaka sowie in weiteren sechs dicht besiedelten Präfekturen weniger als 20 Prozent der Spitalsbetten frei. Patienten mit leichten Symptomen wurden vielerorts in Hotels untergebracht. Laut dem Leiter der Japanischen Gesellschaft für Intensivmedizin, Osamu Nishida, standen Mitte April 2020 in Japan nur fünf Intensivbetten für 100.000 Menschen bereit, in Italien dagegen 12 Intensivbetten für 100.000 Menschen.²⁵³

Am 23. April 2020 kündigte Premierminister Abe überraschend an, die Notstandsregelungen bald aufzuheben, wenn sich die Bevölkerung an die Empfehlung hielte und ihre Interaktionen um 80 Prozent reduzierten. Dem folgte die Bevölkerung mehrheitlich nicht. Nur 18 Prozent der Einwohnerschaft gingen einer Umfrage zufolge nicht mehr täglich zu Arbeit. Die meisten Menschen pendelten wie gewohnt, saßen in engen Räumen und in überfüllten Büros sowie gingen in Lokale. Es gab und gibt dafür in Japan keine Bestrafungen.²⁵⁴

„*Kommen Sie bitte nicht nach Japan!*“ lautete ein Appell von japanischen Professoren an Sportler und Funktionäre des Olympischen Komitees: „*Wir müssen die Spiele ohne Zögern absagen, sollte ihre Durchführung nicht länger möglich sein. In diesem Fall müssen wir das entschieden stoppen*“, erklärte kryptisch der Generalsekretär der Regierungspartei LDP, Toshihiro Nikai: „*Sollten die Infektionen wegen Olympia steigen, weiß ich nicht, wofür die Spiele gut sein sollen.*“ Knapp 100 Tage vor Beginn der Olympischen Sommerspiele ging Japan schlecht an den Start.

- In den Metropolen stiegen die Corona-Zahlen (Inzidenzen).
- In Tokio musste erneut der Quasi-Notstand ausgerufen werden. Dies wurde jedoch unter anderem von Millionen von Pendlern in hoffnungslos überfüllten U-Bahnen und S-Bahnen kollektiv ignoriert. Allgemeiner Tenor war: die ganzen Maßnahmen bringen sowieso nichts. Im Großraum Tokio (38 Millionen Einwohner) warnten damals Experten angesichts von Verweigerung und Ignoranz bereits von einer vierten Welle.

²⁵³ Angela Köhler, Japans Sorglosigkeit könnte sich bald rächen, in: *Die Presse*, 24.04.2020, S. 5.

²⁵⁴ Ebenda.

- In Japan waren zu diesem Zeitpunkt nicht einmal ein Prozent der Bevölkerung geimpft. Lokale Medien sprachen damals sogar von nur 0,5 Prozent der rund 126 Millionen Einwohner. Die ersten Spritzen gegen COVID-19 wurden in Japan am 17. Februar 2021 verabreicht, mehr als eineinhalb Monate nach Europa. Den zögerlichen Anfang machten 20.000 Ärzte und Pfleger, die auf freiwilliger Basis den Stoff von *BioNTech/Pfizer* gespritzt bekamen, um mögliche Nebenwirkungen zu erforschen. Nicht einmal ein Viertel der rund 4,8 Millionen Mitarbeiter des Gesundheitswesens war geimpft, nur ein Zehntel davon zweifach. Am 12. April 2021 begann die Inokulation der Über-65-Jährigen (29 Prozent der Bevölkerung).²⁵⁵

Lange durfte nur mit *BioNTech/Pfizer* geimpft werden, Japan war also ausschließlich auf Importe aus der EU angewiesen, wo es damals erhebliche Engpässe gegeben hatte. Präparate anderer Hersteller warteten damals noch auf deren Zulassung. Kritik herrschte deshalb, da *BioNTech/Pfizer* damals hauptsächlich „an Weiße“ verimpft worden war. Also gab es demnach keine ausreichenden und gesicherten Daten über Aus- und Nebenwirkungen bei Japanern.²⁵⁶

USA

US-Präsident Trump gegen Gouverneure und die Ärzteschaft

Zu Beginn der Coronakrise stand in den USA zunächst der Wahlkampf still, jedoch die Sorge um eine Wiederwahl im November 2020 beeinflusste US-Präsident Donald Trump und sein „Krisenmanagement“, das vor allem von starken Schwankungen geprägt war – vom Leugnen und Verharmlosen der Pandemie bis zu Schuldzuweisungen.²⁵⁷ Präsident Trump neigte erst dazu, das Problem zu negieren. Nach einem Schwenk ging es ihm darum, den Schaden für die Wirtschaft zu minimieren, sich vor den Wahlen als Krisenmanager zu präsentieren und die Volksrepublik China als Verursacher

²⁵⁵ Angela Köhler, Die Olympischen Spiele in Tokio stehen auf der Kippe, in: *Die Presse*, 16.04.2021, S. 4.

²⁵⁶ Ebenda.

²⁵⁷ Thomas Vieregge, Corona trifft Trump und die USA mit voller Wucht, in: *Die Presse*, 26.03.2020, S. 1.

zu brandmarken. Die Entwicklung der Coronakrise nutzte insbesondere seiner „America-First“-Strategie, weil viele seiner Argumente für eine Abschottung des US-Marktes zunächst Anhänger fanden.²⁵⁸

Wirtschaftlich machte die Coronakrise den Wirtschaftsboom der USA mit Wachstumsraten von bis zu drei Prozent und einer Arbeitslosenrate von weniger als vier Prozent schlagartig zunichte. Bis Ende März 2020 stellten allein drei Millionen Menschen in den USA einen Antrag auf Arbeitslosenhilfe, so viele wie noch nie zuvor in einer derart kurzen Zeit.²⁵⁹ Die anfangs sich positiv entwickelnden Wirtschaftsdaten waren bis zum Ausbruch von SARS-CoV-2 in den USA Trumps stärkste Wahlkampfmunition.²⁶⁰ Es galt, im Zuge der Coronakrise seitens der US-Führung jedoch alles zu unternehmen, um eine wirtschaftliche Stagnation zu vermeiden. Viele US-Bürgerinnen und -Bürger waren bestrebt, einen Stillstand ihrer persönlichen wirtschaftlichen Entwicklung zu vermeiden. Die soziale Lage war für viele Menschen vor Ausbruch von SARS-CoV-2 bereits prekär genug. Laut einer Untersuchung der US-Zentralbank sagten 40 Prozent der Befragten, sie hätten Schwierigkeit, eine unerwartete Rechnung in Höhe von 400 US-Dollar zu bezahlen: „Die USA sind einfach nicht dafür gemacht, dass wir einfach den Laden schließen“, so US-Präsident Trump am 23. März 2020.²⁶¹

Noch am 22. Januar 2020 während eines Interviews mit dem Sender CNBC beim Weltwirtschaftsforum in Davos machte sich Donald Trump keine Sorgen über eine potenzielle Pandemie: „Wir haben es total unter Kontrolle. Eine Person, die aus China kam, ist gestorben. Alles wird okay sein.“ Fünf Tage später bot Trump der Volksrepublik China sogar Hilfe an, zugleich verhängte er ein Einreiseverbot aus und nach China.²⁶² Am 24. Februar 2020 meinte

²⁵⁸ Gunther Hauser, Die Coronakrise 2020. Unterschiedliche Strategien zu deren Eindämmung im Vergleich, WIFIS aktuell, Band 66, hrsgg. vom Wissenschaftlichen Forum für Internationale Sicherheit e.V (Hamburg), Verlag Barbara Budrich, Opladen-Berlin-Toronto, S. 38f.

²⁵⁹ Guido Mingels, René Pfister, Marc Pitzke, Die verdrängte Katastrophe, in: *Der Spiegel*, Nr. 14, 28.03.2020, S. 80-83, hier S. 81.

²⁶⁰ Thomas Vieregge, Corona trifft Trump und die USA mit voller Wucht, in: *Die Presse*, 26.03.2020, S. 1.

²⁶¹ Guido Mingels, René Pfister, Marc Pitzke, Die verdrängte Katastrophe, in: *Der Spiegel*, Nr. 14, 28.03.2020, S. 80-83, hier S. 81.

²⁶² Julia Raabe und Thomas Vieregge, Wie Donald Trump in der Corona-Krise laviert, in: *Die Presse*, 09.04.2020, S. 4.

Trump, das das neue Coronavirus in den USA „*sehr unter Kontrolle*“ sei, er wasche sich sowieso sehr häufig die Hände, und: „*Wenn jemand niest, versuche ich zu verschwinden.*“²⁶³ Trump betonte, dass das Ansteckungsrisiko für US-amerikanische Unternehmer sehr gering sei, das Land sei „*sehr, sehr gut vorbereitet. Was immer auch passiert, wir sind total vorbereitet.*“²⁶⁴ Nach am 28. Februar erklärte Trump: „*Es (Anmerkung: das SARS-CoV-2) wird verschwinden. Eines Tages, wie ein Wunder, wird es verschwinden.*“²⁶⁵ Trump sprach zu Beginn der Krise über Todesraten, die viel geringer gewesen wären als von Experten behauptet. Am 29. Februar 2020 gab es offiziell den ersten COVID-19-Toten aus den USA, das Weiße Haus sagte an diesem Tag auch den geplanten Besuch des österreichischen Bundeskanzlers Sebastian Kurz in Washington ab, der am 3. März 2020 hätte stattfinden sollen.²⁶⁶

Am 6. März 2020 stattete Präsident Trump der Gesundheitsbehörde CDC in Atlanta/Georgia einen Besuch ab und sagte: „*Jeder, der einen Test will, kann einen Test bekommen.*“ Das entsprach damals jedoch nicht der Realität. Anthony Fauci, Direktor des Nationalen Instituts für Infektionskrankheiten, widersprach Trump später bei einem Hearing des US-Kongresses: „*Das System ist nicht wirklich auf das ausgerichtet, was wir im Moment brauchen. Es ist eine Schwäche, geben wir es zu. Die Vorstellung, dass jeder ihn (Anmerkung: einen Test) leicht bekommt, so wie bei Menschen in anderen Ländern, darauf sind wir nicht eingerichtet. Sollten wir es sein? Ja, aber wir sind es nicht.*“²⁶⁷

Als am 10. März 2020 die Zahl der Infektionen in den USA mehr als 1000 erreichte, bezeichnete Trump die 1200 Coronafälle im Vergleich zu anderen Ländern als „*sehr gering*“.²⁶⁸ Am 12. März kündigte Trump ohne Konsultationen mit den EU-Staaten ein dreißigtägiges Einreiseverbot für Personen aus den EU-Mitgliedstaaten an. Ausnahmen bildeten zunächst Irland sowie das am 31. Januar 2020 aus der EU ausgetretene Vereinigte Königreich. Tage später wurden auch diese beiden Staaten in die US-Einreiseverbotsbestimmungen inkludiert. Trump warf den EU-Staaten vor, nicht rasch genug auf die Verbreitung des neuen Coronavirus reagiert zu haben. Am 17. März – also vier Tage, nachdem Trump den nationalen

²⁶³ Ebenda.

²⁶⁴ Ebenda.

²⁶⁵ Ebenda.

²⁶⁶ Ebenda.

²⁶⁷ Ebenda.

²⁶⁸ Ebenda.

Notstand proklamiert hatte – sagte er: „*Ich hatte das Gefühl, dass dies eine Pandemie sein würde, lange bevor es eine Pandemie genannt wurde.*“²⁶⁹ Am 18. März bezeichnete sich Trump als „*Kriegspräsident*“. Auf die Frage, warum Trump stets von einem „*chinesischen Virus*“ spreche, entgegnete er: „*Es kommt aus China. Ich will nur präzise sein.*“²⁷⁰ Am 22. März kündigte Trump an, die USA am Ostermontag (13. April) wieder „*aufsperrn*“ zu wollen. Die Kirchen sollten wieder sehr gut besucht sein: „*Die Therapie darf nicht schlimmer sein als die Krankheit selbst.*“²⁷¹

Am 26. März 2020 verzeichnete das *Center for Disease Control and Prevention* (CDC) erstmals mehr als 100.000 Infizierte in den USA. Trump forderte die Automobilhersteller *General Motors* und *Ford* daraufhin auf, ihre Produktion auf Beatmungsgeräte umzustellen. Am 29. März kündigte Trump an, die Richtlinie der Ausgangsbeschränkungen und der weitgehenden Quarantäne bis Ende April 2020 zu verlängern. Außerdem stimmte Trump die Bevölkerung in der Anfangsphase der Pandemie in den USA auf 100.000 COVID-19-Tote ein. Zu diesem Zeitpunkt waren mehr als 160.000 US-Amerikaner durch das neue Coronavirus infiziert, 2500 waren damals bereits an COVID-19 gestorben.²⁷² Am 31. März konfrontierte *CNN*-Reporter Jim Acosta Präsident Trump mit seinen Aussagen und fragt: „*Was sagen Sie den Amerikanern, die darüber verärgert sind, wie Sie die Krise in den vergangenen Monaten heruntergespielt haben?*“ Trump kontert: Alles, was er gesagt habe, sei wahr. Er lobte die Arbeit der Regierung und wolle keine Panik verbreiten: „*Wenn ich das wollte, könnte ich das viel besser als Leute wie Acosta*“, erregte er sich.²⁷³

Am 5. April schwor Trump die amerikanische Bevölkerung schon auf „*sehr schreckliche Zeiten*“ ein.²⁷⁴ Zwei Tage später veröffentlichte die *New York Times* eine Aussage des Handelsbeauftragten Peter Navarro, gemäß der Navarro die US-Regierung Ende Januar und im Februar 2020 zweimal vor der Gefahr einer Pandemie informiert habe, die in den USA mehr als eine Million Tote fordern hätte können: „*Ich habe das nicht gesehen. Ich hatte denselben Instinkt. Ich*

²⁶⁹ Ebenda.

²⁷⁰ Ebenda.

²⁷¹ Guido Mingels, René Pfister, Marc Pitzke, Die verdrängte Katastrophe, in: *Der Spiegel*, Nr. 14, 28.03.2020, S. 80-83, hier S. 81.

²⁷² Julia Raabe und Thomas Viergge, Wie Donald Trump in der Corona-Krise laviert, in: *Die Presse*, 09.04.2020, S. 4.

²⁷³ Ebenda.

²⁷⁴ Ebenda.

hätte es nicht besser machen können“, antwortete damals Trump.²⁷⁵ Trump weiter: „Ein Präsident muss Cheerleader sein für sein Land.“ Über die damalige Entwicklung von COVID-19 meinte Trump Anfang April: „Wir sind ganz oben auf der Kurve angekommen.“²⁷⁶ Die Zahl der Infizierten hatte damals bereits die 400.000er-Marke durchbrochen, es gab zu dieser Zeit einen Rekordwert von fast 2000 Toten innerhalb von 24 Stunden, darunter überproportional viele Afroamerikaner.²⁷⁷

Marineminister Thomas Modly trat in der Affäre um die *USS Theodore Roosevelt* – auf dem Flugzeugträger hatten sich schon einige Soldaten mit SARS-CoV-2 infiziert – zurück, über Brett Crozier, den entlassenen Kommandeur des Flugzeugträgers, bemerkte Trump: „Er hätte nicht Hemingway spielen sollen.“²⁷⁸ Trump feuerte zudem den Oberaufseher des Konjunkturprogramms und kritisierte den Oberinspektor des US-Gesundheitssystems, nachdem dieser auf gravierende Mängel hingewiesen hatte. Trump meinte über ihn: „Ein Fake-Dossier. Wo kommt der her? Wie ist sein Name?“²⁷⁹ Stabschef Mark Meadows tauschte zudem die Pressesprecherin des Weißen Hauses aus. Die neue Pressesprecherin, die 31jährige Kayleigh MacEnany, ging daraufhin für Trump durch das Feuer der Talkshows. Am 8. April 2020 übte Trump massive Kritik an der WHO: Mit „Sie haben es vermasselt“ warf er dem WHO-Generaldirektor und der WHO insgesamt Nähe zur Volksrepublik China vor, zudem drohte Trump mit der Einstellung der Zahlungen an die WHO. Die USA leisteten damals mit 117 Millionen US-Dollar den höchsten Beitrag an die Organisation.²⁸⁰ Ende April schlug der Leiter des Seuchenkontrollzentrums CDC Alarm; die USA müssten sich demnach auf eine zweite Coronaviruswelle im Winter 2020 einstellen, die das Land insgesamt noch schlimmer treffen könnte – sie würde gleichzeitig mit der jährlichen Influenza eintreffen. Und das Spitalsystem war völlig überlastet, so Robert Redfield am 22. April 2020.²⁸¹

²⁷⁵ Ebenda.

²⁷⁶ Ebenda.

²⁷⁷ Ebenda.

²⁷⁸ Ebenda.

²⁷⁹ Ebenda.

²⁸⁰ Ebenda.

²⁸¹ Christian Ultsch, China sperrte Diplomaten aus der EU wochenlang weg, in: *Die Presse*, 23.04.2020, S. 4.

Spannungen bei der Bewältigung der Coronakrise gab es in den USA vor allem zwischen dem Präsidenten und den demokratischen Gouverneuren in den Bundesstaaten, hier vor allem dem Gouverneur von New York, Andrew Cuomo, und dem damals fast 80jährigen Immunologen und obersten Gesundheitsberater Anthony Fauci, der US-Präsidenten seit Anfang der 1980er-Jahre in den Bereichen AIDS und Ebola beraten hatte. Während Trump noch erklärt hatte, dass die USA „*sehr sehr bald*“ einen Sieg gegen das Virus davontragen würden, erklärte Fauci die hohe Verbreitungsgeschwindigkeit: „*Der Virus sei ein Hochgeschwindigkeitszug, der alles überrollen werde*“, so der Gouverneur des Bundesstaates New York, Andrew Cuomo. Im März 2020 gab es insgesamt 53.000 Krankenhausbetten im Bundesstaat New York, den Bedarf schätzte Cuomo damals auf 140.000 Betten ein.²⁸² Der Bezirkspräsident von Brooklyn, Eric Adams, erklärte: „*Wir stehen vor dem Kollaps*.“²⁸³ Als die US-Katastrophenschutzbehörde FEMA Cuomo Ende März 400 zusätzliche Beatmungsgeräte zusagte, erklärte der Gouverneur: „*Was soll ich mit 400 Beatmungsgeräten, wenn ich 30.000 brauche?*“²⁸⁴ New Yorker Spitäler begannen damals schon, geplante Operationen abzusagen.

Im März 2020 meinte Donald Trump: „*Wir sehen ein Licht am Ende des Tunnels*.“²⁸⁵ Zur Irritation seiner Chefexperten Anthony Fauci und Deborah Birx kündigte Trump folglich an, zu Ostern (11.-13. April) Beschränkungen und Sperren aufzuheben und zur Normalität zurückzukehren: „*Wir sind offen fürs Geschäft*“, lautete seine Devise.²⁸⁶ Trump führte wie folgt weiter aus: Jährlich würden Abertausende an der Grippe sterben und das Land sperre deshalb auch nicht zu. Zudem kommen Tausende im Verkehr um, und doch würden die Menschen weiter Auto fahren: „*Wir verlieren Tausende Menschen durch Suizid*“, so Trump in Anspielung auf eine Wirtschaftskrise.²⁸⁷ Cuomo entgegnete: ein Wettkampf zwischen Gesundheit und Wirtschaft sei grotesk, im Zweifel würden sich die Menschen für die Gesundheit entscheiden.²⁸⁸ Der Vizegouverneur von Texas, Dan Patrick, meinte sogar in einem

²⁸² Guido Mingels, René Pfister, Marc Pitzke, Die verdrängte Katastrophe, in: *Der Spiegel*, Nr. 14, 28.03.2020, S. 80-83, hier S. 81.

²⁸³ Ebenda.

²⁸⁴ Ebenda.

²⁸⁵ Thomas Vieregge, Corona trifft Trump und die USA mit voller Wucht, in: *Die Presse*, 26.03.2020, S. 1.

²⁸⁶ Ebenda.

²⁸⁷ Ebenda.

²⁸⁸ Ebenda.

Interview sinngemäß, es sei sinnvoller, im Zweifel die Älteren zu opfern, als die Wirtschaft des ganzen Landes: „*Willst du dein Leben riskieren im Tausch für ein Amerika, das wir alle lieben, für deine Kinder und Enkel? Wenn das der Tausch ist, dann bin ich all in.*“, so der 69-Jährige Dan Patrick. Viele, so Patrick, würden so denken wie er.²⁸⁹

Die USA zählten bis 10. Mai 2020 bereits 1,3 Millionen Infizierte, die Opferzahl stieg auf 80.000 – Platz Eins der Pandemie.²⁹⁰ Nach Angaben der US-Gesundheitsbehörde CDC waren Anfang Mai 2020 noch dazu mehr als 5000 Arbeiter in 115 der 800 Schlachthöfe in 19 Bundesstaaten an SARS-CoV-2 erkrankt. Mehr als 20 Arbeiter waren damals an COVID-19 verstorben. Rund 70 Prozent der Beschäftigten in den Schlachthöfen waren damals Latinos und Schwarze. Große Fleischproduktionsfirmen wie *Smithfield*, *JBS* und *Tyson* stellten bei Ausbruch der Coronakrise weder Schutzmasken zur Verfügung noch sorgten sie für den vorgeschriebenen Abstand.²⁹¹

US-Präsident Trump machte Anfang Mai 2020 erstmals während der Pandemie von dem „*War Powers Act*“ Gebrauch und erklärte die Schlachtfabriken nach Intervention der Industrie für essentiell.²⁹² Produktionsausfälle erreichten Burger-Braterien und Tiefkühltruhen. Mehrere Supermarktketten beschränkten die Menge an Fleisch, die einzelne Kunden kaufen durften.²⁹³

Während seiner zweistündigen Pressekonferenz vom 13. April (Ostermontag) 2020 verkündete US-Präsident Trump, dass bei der Entscheidung über die Wiederaufnahme des öffentlichen Lebens und der Wiedereröffnung der Wirtschaft ausschließ er als Präsident das Sagen hätte: „*Ich habe das Heft in der Hand*“, so Trump über Twitter und bekräftigte seinen Anspruch auf die „*totale Autorität*“.²⁹⁴ Widerstand kam stets vom Gouverneur des Bundesstates New York, Andrew Cuomo: Sollte Trump eine derartige Maßnahme anordnen und dies den Interessen New Yorks

²⁸⁹ Jakon Zirm, Zwei Billionen Dollar – auch die USA schnüren historisches Hilfspaket, in: *Die Presse*, 26.03.2020, S. 2.

²⁹⁰ Thomas Vieregge, Corona infiltriert das Weiße Haus, in: *Die Presse*, 11.05.2020, S. 2.

²⁹¹ Thomas Spang, Den Amerikanern geht das Fleisch aus, in: *Salzburger Nachrichten*, 08.05.2020, S. 5.

²⁹² Katrin Pribyl, Trauriger Rekord für London, in: *Salzburger Nachrichten*, 08.05.2020, S. 6.

²⁹³ Ebenda.

²⁹⁴ Thomas Vieregge, „Wir haben keinen Krieg in den USA“, in: *Die Presse*, 15.04.2020, S. 4.

zuwiderlaufen, werde er sich widersetzen.²⁹⁵ Trump sprach daraufhin halbironisch von einer „Meuterei“: „Halten wir die Politik draußen“, und: „Die Meuterei auf der Bounty ist einer meiner Lieblingsfilme.“²⁹⁶ Cuomo entgegnete: „Wir haben eine Verfassung in den USA. Wir haben keinen Krieg.“²⁹⁷ Cuomo verwies in diesem Zusammenhang auf die Debatte, welche die Gründerväter George Washington, Thomas Jefferson oder Alexander Hamilton geführt hätten, um eine Monarchie oder eine Diktatur zu vereiteln. Unter Hinweis auf den Zusatz 10 (*Amendment 10*) zur Verfassung zitierte Cuomo das föderalistische Prinzip der USA, wo Katastrophenhilfe oder die Proklamation des Ausnahmezustandes zunächst die Sache der Bundesstaaten seien – und die Assistenz der Regierung in Washington vorerst als sekundär zu betrachten wäre. Dieser Zusatz heißt im Wortlaut: „*The powers not delegated to the United States by the Constitution, nor prohibited by it to the States, are reserved to the States respectively, or to the people.*“²⁹⁸ Die Gouverneure hatten zuerst, jeder für sich, Ausgangsbeschränkungen und Quarantäne-Bestimmungen für ihre Bundesstaaten verhängt. Trump weigerte sich, das ganze Land unter Quarantäne zu stellen.²⁹⁹

Unter dem Druck der Wirtschaft und der Wall Street versuchte Trump, möglichst rasch zur Normalität zurückzukehren. Der Ausnahmezustand sollte demnach am 30. April 2020 enden, das angepeilte Datum für die graduelle Öffnung sah Trump für den 1. Mai 2020 vor. Trump stellte ein Team zusammen, das ihn bei der „größten Entscheidung“ seines Lebens, dem „Wiederaufsperrn“ des Landes, beriet. Im gehörte eine Reihe von Ministern an wie Finanzminister Stephen Mnuchin, Wall Street Tycoons sowie Anthony Fauci, dem Chefexperten des Krisenstabes. Fauci warnte, das Aufsperrn funktioniere nicht wie bei einem Lichtschalter.³⁰⁰ Den Stichtag 1. Mai hielt Fauci für „*allzu optimistisch*“. Unter der Devise „*Time to Fire Fauci*“ forderten Republikaner seinen Rücktritt, weil er Trump mehrfach widersprach.³⁰¹ Präsident Trump wollte den Krisenstab unter Beteiligung von Fauci sogar auflösen, nur, so Trump: „*Ich wusste nicht, dass er* (Anmerkung:

²⁹⁵ Ebenda

²⁹⁶ Ebenda.

²⁹⁷ Ebenda.

²⁹⁸ United States Information Agency, *The Constitution of the United States of America*, Washington 1987, S. 48.

²⁹⁹ Thomas Vieregge, „Wir haben keinen Krieg in den USA“, in: *Die Presse*, 15.04.2020, S. 4.

³⁰⁰ Ebenda.

³⁰¹ Ebenda.

Fauci) *so populär ist.*³⁰² Währenddessen hatten sich die Gouverneure der Bundesstaaten an der Ost- und Westküste jeweils zum gemeinsamen Vorgehen zusammengeschlossen – mit einer Ausnahme waren es allesamt Demokraten.³⁰³

Das US-Gesundheitssystem auf dem Prüfstand

New York City glich während der Coronakrise einer Geisterstadt: „*Wir brauchen 140.000 Spitalsbetten*“, sagte Gouverneur Andrew Cuomo, mit Stand 25. März 2020 verfügte die Stadt nur über ein Drittel davon.³⁰⁴ Bürgermeister Bill de Blasio richtete eine drastische Warnung an die Regierung in Washington: „*Der April wird schlimmer werden als der März. Und ich fürchte, der Mai wird noch einmal schlimmer als der April.*“³⁰⁵ Cuomo registrierte damals einen „*rasanten, astronomischen Anstieg*“ der Infektion: „*alle drei Tage eine Verdoppelung ... Die Kurve flacht nicht ab.*“³⁰⁶ Das korrelierte damals mit der Einschätzung der WHO, die New York und die USA als ein Zentrum der Pandemie betrachtete. Cuomo übte Druck auf Trump aus: „*Wir benötigen 30.000 Atemschutzgeräte. Und sie schicken uns 400 und denken, wir klopfen ihnen auf die Schulter.*“ Alle New Yorker, die die Stadt verlassen, um auf das Land – etwa in Zweitwohnsitze auf Long Island – zu flüchten, waren aufgefordert, sich in zweiwöchige Quarantäne zu begeben.³⁰⁷

Erstmals seit den schweren Terroranschlägen gegen die USA vom 11. September 2001 („9/11“) dockte am 30. März 2020 ein Lazarettsschiff der U.S. Navy (die „*Comfort*“) in New York City an, das zweite Lazarettsschiff (die „*Mervy*“) dockte im Hafen von Los Angeles an. Trump schätzte am 27. März die Krankheit wie folgt ein: „*It's been a brutal pandemic*“.³⁰⁸ Auch in den Spitälern infizierten sich Krankenhausärzte mit SARS-CoV-2, Ende März betrug die Anzahl der infizierten Ärzte und Spitalsmitarbeiter in Boston 150 Personen.³⁰⁹ Noch am 27. März 2020 wurden in den USA offiziell mit SARS-

³⁰² Thomas Vieregge, Corona infiltriert das Weiße Haus, in: *Die Presse*, 11.05.2020, S. 2.

³⁰³ Thomas Vieregge, „Wir haben keinen Krieg in den USA“, in: *Die Presse*, 15.04.2020, S. 4.

³⁰⁴ Thomas Vieregge, Corona trifft Trump und die USA mit voller Wucht, in: *Die Presse*, 26.03.2020, S. 1.

³⁰⁵ Ebenda.

³⁰⁶ Ebenda.

³⁰⁷ Ebenda.

³⁰⁸ ORF-Pressestunde, 30. März 2020, 11.30 Uhr bis 11.45 Uhr.

³⁰⁹ BBC World News, 26. März 2020, 22.00 Uhr.

CoV-2 über 99.600 Infizierte und 1535 an COVID-19 Verstorbene verzeichnet,³¹⁰ am 30. März bereits 136.106 Infizierte und 2391 Tote, am 22. April 830.000 Coronafälle und 45.000 Tote und am 27. Mai 1,681.418 Coronafälle und 98.929 Tote.³¹¹ Mit Stand 28. April 2020 starben an Covid-19 in den USA mehr als 57.000 Menschen, was etwa jener Zahl der gefallenen US-Soldaten im Vietnamkrieg im Zeitraum von 14 Jahren entsprach. Die USA entwickelten sich in der Zwischenzeit zum globalen Epizentrum der neuen Corona-Pandemie – mit mehr als einer Million Infizierten Ende April 2020.

Während Trump erklärte, die USA würden „*viel, viel früher*“ als gedacht wieder ihren normalen Gang gehen und bald die ersten Lockerungen ins Haus stehen, griff sich Fauci auf die Stirn.³¹² Die größte gesundheitliche Herausforderung mit Todesfolge für die USA waren zuletzt Schusswaffen (knapp 15.280 Menschen starben 2019 durch eine Kugel), durch Drogen- und Medikamentenmißbrauch kamen im Jahr 2017 mehr als 70.000 Menschen allein durch das stark süchtig machende Schmerzmittel Oxycodon ums Leben.³¹³ Als Gesundheitsexperten, darunter auch Fauci, Trump im Januar und Februar 2020 vor dem Ausbruch der Coronakrise in den USA warnten, zeigte sich Trump demgegenüber ziemlich gleichgültig. Es müsse demnach ja nicht sein, dass so ein „*chinesischer Virus*“ auch in die USA kommen würde.³¹⁴ Widerstrebend ließ Trump Geschäfte vorerst zusperren – nicht ohne immer wieder davon zu reden, dass sie „*ganz ganz bald*“ bzw. „*früher als alle denken*“ wieder aufsperrten würden. *Social Distancing* ist, so Trump, schlecht für die Wirtschaft und meinte: „*Die Medizin dürfe nicht schlimmer sein als die Krankheit*“.³¹⁵

Fauci dagegen hielt es für möglich, dass zwischen 100.000 und 200.000 Menschen in den USA an COVID-19 sterben könnten und rechnete mit Millionen Coronafällen in den USA.³¹⁶ Trump darauf: „*Wenn es den USA gelänge, die Zahl der Todesfälle auf 100.000 bis 200.000 zu begrenzen, dann haben wir*

³¹⁰ CNN, 27. März 2020, 22.40 Uhr.

³¹¹ CNN, 30. März 2020, 00.05 Uhr; und Christian Ultsch, China sperrte Diplomaten aus der EU wochenlang weg, in: *Die Presse*, 23.04.2020, S. 4; CNN, 27. Mai 2020, 14.45 Uhr.

³¹² Konstanze Walther, Seine dunkelste Stunde, in: *Wiener Zeitung*, 31.03.2020, S. 6.

³¹³ Ebenda.

³¹⁴ Ebenda.

³¹⁵ Ebenda.

³¹⁶ Ebenda.

*alle sehr gute Arbeit geleistet.*³¹⁷ Frei nach der Devise: Besser das Unvermeidbare annehmen und es als Erfolg verkaufen – immer mit der Perspektive der Präsidentenwahlen im November 2020. Trump setzte seine Hoffnungen stets auf ein etwaiges „*Gottesgeschenk*“ – ein Malaria-Medikament, das am 30. März 2020 von der US-Arzneibehörde grünes Licht bekommen hatte und somit künftig gegen SARS-CoV-2 verwendet werden konnte. Experten wie Fauci hatten erfolglos dagegen gewarnt, einen derartig großen Versuch ohne groß angelegte Studien zu starten.³¹⁸

Als sich jedoch ein weiterer drastischer Anstieg der SARS-CoV-2-Infizierten in den USA abzeichnete, ermunterte Donald Trump Forscher, im Kampf gegen SARS-CoV-2 zu prüfen, ob Menschen direkt Desinfektionsmittel in ihre Körper einspritzen könnten. Er sagte im Weißen Haus: „*Gibt es einen Weg, wie wir so etwas machen könnten – durch Spritzen ... wäre interessant, das zu prüfen.*“³¹⁹ Mediziner reagierten mit Fassungslosigkeit auf die Anregungen des Präsidenten – und warnten dringend davor, Desinfektionsmittel in den Körper zu injizieren. Dies sei giftig. Auch in dieser Krise versuchte Trump, seinen eigenen Weg des „*Krisenmanagements*“ durchzusetzen, in einem Land, dessen Gesundheitssystem sich insgesamt in dieser Krise als äußerst überfordert gezeigt hatte. Kaum ein Gesundheitssystem der westlichen Welt war derart schlecht auf die Coronakrise vorbereitet wie jenes der USA. Das US-Gesundheitssystem erwies sich stets als teuer und wenig ergebnisorientiert. Laut einer Studie der Harvard University aus dem Jahr 2009 starben pro Jahr 45.000 Amerikaner als direkte Folge einer fehlenden Krankenversicherung. Millionen Menschen haben keinen Hausarzt, sie vermeiden medizinische Kosten bis es nicht mehr geht und sie in der Folge schwer erkrankt in die Notfallmedizin fallen. Die durchschnittliche Lebenserwartung ging demnach in den USA zurück: von 78,7 Jahren (2009) auf 78,5 Jahre (2018).³²⁰ Einen derartigen Rückgang hat es in der jüngsten Vergangenheit in keinem anderen entwickelten Land gegeben. Grund für die eher niedrige Lebenserwartung ist vor allem das Übergewicht vieler Bürger.

³¹⁷ Ebenda.

³¹⁸ Ebenda

³¹⁹ Salzburger Nachrichten, Trump irritiert mit Idee im Kampf gegen Corona, in: *Salzburger Nachrichten*, 25.04.2020, S. 8.

³²⁰ Guido Mingels, René Pfister, Marc Pitzke, Die verdrängte Katastrophe, in: *Der Spiegel*, Nr. 14, 28.03.2020, S. 80-83, hier S. 82.

Elf Prozent der Bevölkerung leiden an Diabetes – das erhöhte zudem das Risiko, schwer an COVID-19 zu erkranken.³²¹

Das Geld für das US-Gesundheitssystem fließt zum Großteil in die Kassen der Versicherungskonzerne und in die Pharmaindustrie. Das Gesundheitssystem kümmert sich folglich ausschließlich um die Shareholder der Unternehmen. Für mehr als die Hälfte der Amerikaner hängt die Krankenversicherung zudem direkt am Arbeitsplatz.³²² In den Wochen nach dem Beginn der COVID-19-Pandemie verloren Millionen Amerikaner ihren Arbeitsplatz, so konnten sich noch mehr Menschen den Gang zum Arzt nicht mehr leisten. Ein Corona-Test kostete 2020 in den USA zudem 1700 US-Dollar.³²³ Dazu kamen 27,5 Millionen Menschen, die bereits vor Ausbruch des Virus keinerlei Versicherungsschutz besaßen und für die es den finanziellen Ruin bedeutete, wenn sie mit einer Infektion ins Krankenhaus mussten.³²⁴

Viele Amerikaner sehen sich folglich gezwungen, nach schweren Krankheiten in Privatkonkurs zu gehen. Dennoch geben die USA ca. die Hälfte des Staatshaushaltes pro Jahr für Soziales aus, den Großteil davon für die staatliche Krankenversicherungen.³²⁵ Circa 70 Millionen Amerikaner (23 Prozent der Gesamtbevölkerung) mit sehr niedrigem Einkommen beziehen eine für die Bezieher quasi kostenlose staatliche Krankenversicherung – unter *Medicaid*. Daneben gibt es *Medicare*, die allgemein staatliche Krankenkasse für alle Arbeitnehmer, deren Beiträge ebenfalls als eher moderat gelten.³²⁶ Die meisten Amerikaner können *Medicare* erst mit ihrer Pensionierung in Anspruch nehmen und müssen sich somit vorher privat krankenversichern. In weiterer Folge besteht hier ein großer Unterschied, ob man über den Arbeitgeber in eine günstige Gruppenversicherung gelangt oder eine wesentlich teurere Individualversicherung abschließen muss.³²⁷

³²¹ Ebenda.

³²² Ebenda, hier S. 80.

³²³ Thomas Vieregge, Corona trifft Trump und die USA mit voller Wucht, in: *Die Presse*, 26.03.2020, S. 1.

³²⁴ Guido Mingels, René Pfister, Marc Pitzke, Die verdrängte Katastrophe, in: *Der Spiegel*, Nr. 14, 28.03.2020, S. 80-83, hier S. 81.

³²⁵ Reinhard Heinisch, Der amerikanische Patient, in: *Salzburger Nachrichten*, 02.05.2020, S. 9.

³²⁶ Ebenda.

³²⁷ Ebenda.

Der US-Kongress beschloss Mitte März 2020, dass sich jeder Bürger kostenlos testen lassen kann, ebenso wurde ein Arztbesuch wegen einer Infektion noch aus der Staatskasse bezahlt.³²⁸ SARS-CoV-2 zeigte somit schonungslos die gravierenden Mängel des US-Gesundheitssystems auf. Die Auswirkungen der neuen Coronakrise auf das US-Gesundheitssystem können wie folgt dargestellt werden:

- Sie verstärkt die zentrale Achillesferse des amerikanischen Gesundheitssystems, nämlich die Bindung einer bezahlbaren Krankenversicherung an den Arbeitsplatz.
- Verliert man den Arbeitsplatz, verliert man in der Regel auch die günstige Krankenversicherung. So ist zu erklären, dass von den mehr als 26 Millionen Amerikanern, die bis Mitte April 2020 ihre Arbeit verloren hatten, etwa neun Millionen auch ihre Krankenversicherung verloren.
- Ein Corona-bedingter Krankenhausaufenthalt ohne Komplikationen kostete damals durchschnittlich 30.000 US-Dollar, auf der Intensivstation 73.000 US-Dollar.³²⁹

Die wirtschaftlichen Maßnahmen der US-Regierung

Nach fünf Verhandlungstagen hatten sich Demokraten und Republikaner Ende März 2020 auf ein „*historisches Hilfspaket*“ im Senat geeingt. Zunächst belief sich die Gesamtsumme auf über zwei Billionen US-Dollar, die in die US-Wirtschaft fließen sollten, um die Folgen der Krise und der damit verbundenen Auswirkungen auf die Wirtschaft abzumildern. Allein 500 Milliarden US-Dollar sollten demnach in Form von Hilfszahlungen und Kreditgarantien an betroffene Firmen fließen. 50 Milliarden US-Dollar waren für besonders stark betroffene Fluggesellschaften vorgesehen, weitere 350 Milliarden US-Dollar für Kleinunternehmen, 150 Milliarden US-Dollar für Krankenhäuser und andere Gesundheitseinrichtungen (z.B. für die Besorgung von Ausrüstung und Verbrauchsmaterial, Masken oder Schutzmäntel).³³⁰ Die Zahlungen aus der Arbeitslosenversicherung sollten

³²⁸ Gunther Hauser, Die Coronakrise 2020. Unterschiedliche Strategien zu deren Eindämmung im Vergleich, WIFIS aktuell, Band 66, hrsgg. vom Wissenschaftlichen Forum für Internationale Sicherheit e.V (Hamburg), Verlag Barbara Budrich, Opladen-Berlin-Toronto, S. 46.

³²⁹ Reinhard Heinisch, Der amerikanische Patient, in: *Salzburger Nachrichten*, 02.05.2020, S. 9.

³³⁰ Jakob Zirm, Zwei Billionen Dollar – auch die USA schnüren historisches Hilfspaket, in: *Die Presse*, 26.03.2020, S. 2.

demnach um vier Monate verlängert werden und mehr Amerikanern als bisher zugutekommen.³³¹ Alle, die 2019 weniger als 75.000 US-Dollar verdient hatten, sollten eine Einmalzahlung in der Höhe von 1200 US-Dollar erhalten. Für jedes Kind bis 16 Jahre gab es 500 US-Dollar obendrauf. Damit war dieses US-Konjunkturpaket nahe am „*Helikoptergeld*“, bei dem der Senat jedem Einwohner wahllos Geld in die Hand drückte, um die Wirtschaft anzukurbeln. Auch in Hongkong setzte man auf Direktzahlungen an die Bürgerschaft.³³² Das Corona-Konjunkturrettungspaket in der Höhe von 2,2 Billionen US-Dollar, das Ende März 2020 durch den Präsidenten selbst unterzeichnet wurde, hatte jedoch nicht ausgereicht und musste aufgestockt werden. Teile dieses bisher größten Hilfspakets der USA waren innerhalb von Wochen verbraucht. Also kam der US-Kongress erneut zusammen, um weitere Notmaßnahmen in die Wege zu leiten. Der Senat verabschiedete bereits zuvor ein 484-Milliarden-US-Dollar schweres Programm für Kleinbetriebe und Krankenhäuser, das Repräsentantenhaus folgte in der Nacht auf 24. April 2020: „*Wir werden mehr Hilfskredite benötigen*“, kündigte Charles Schumer, damals oberster Demokrat im Senat, an.³³³ Dieses Paket umfasste noch keine Hilfe für jene damals vor dem Finanzkollaps stehenden Städte wie New York City. Bürgermeister Bill de Blasio sprach im April diesbezüglich von einer Finanzierungslücke von mindestens sieben Milliarden US-Dollar.³³⁴

US-Präsident Trump hatte sich in der Vergangenheit selbst als „*König der Schulden*“ bezeichnet. Noch vor der Coronakrise stieg das jährliche US-Defizit auf knapp fünf Prozent des BIP an, ein Wert, der in Zeiten der Hochkonjunktur noch nie erreicht worden war. *Deficit spending* – ohne Rücksicht auf Verluste – lautete das Credo von Präsident Trump: „*Wir müssen diesen Krieg gewinnen, und wir werden so viel wie nötig ausgeben, um diesen Krieg zu gewinnen*“, meinte der damalige Finanzminister Steven Mnuchin.³³⁵ In den USA riefen damals sowohl linksliberale Demokraten als auch die Regierung selbst nach einem unbegrenzten Stimulusprogramm – auch erneute Direktzahlungen an die Bevölkerung, sogenanntes Helikoptergeld, standen zur Debatte. Hochrangige Republikaner warnten vor den mittel- bis langfristigen Konsequenzen der Schuldenorgie: „*Die Zeit ist gekommen, um auf*

³³¹ Ebenda.

³³² Ebenda.

³³³ Stefan Riecher, Die verschuldeten Staaten von Amerika, in: *Die Presse*, 24.04.2020, S. 6.

³³⁴ Ebenda.

³³⁵ Ebenda.

die Pausetaste zu drücken“, so Mitch McConnell, der damalige Senatsführer, nach seiner Zustimmung zum 484-Milliarden-USD-Paket: *„Wir haben 2,7 Billionen Dollar an neuen Schulden beschlossen, ohne den Folgen für die Zukunft unseres Landes besondere Beachtung zu schenken.“*³³⁶

Im Vergleich dazu stieg in den Nachwehen der Finanzkrise von 2008 das US-Budgetdefizit auf Werte zwischen acht und zehn Prozent. Die Marke von 20 Prozent wurde in den Jahren 1943, 1944 und 1945 überschritten. Die Gesamtverschuldung stieg damals auf einen Rekord von 112 Prozent.³³⁷ US-Finanzminister Mnuchin setzte auf das niedrige Zinsumfeld sowie auf die Vormachtstellung des US-Dollar, die einen US-Bankrott de facto unmöglich machen würden. Der republikanische Senator Rand Paul (Libertärer wie sein Vater Ron) meinte: *„Wir können so nicht weitermachen.“* Der Preis für den jetzigen Stimulus wird demnach im besten Fall eine hohe Inflation sein, verbunden mit realer Geldentwertung. Im schlimmsten Fall könnte, so Rand Paul, der Staatsbankrott der USA drohen.³³⁸

Impfpflicht und das Hilfsprogramm unter US-Präsident Biden

Anfang Juli 2020 gab es einen dramatischen Anstieg der Coronafälle mit 52.300 gemeldeten Neuinfektionen binnen 24 Stunden (laut John-Hopkins-Universität). In Texas ordnete der republikanische Gouverneur Greg Abbott am 2. Juli 2020 eine Maskenpflicht für alle Bezirke mit 20 oder mehr Coronafälle an. Die Ausbreitung des Virus sollte somit verlangsamt und die Wirtschaft in Gang gehalten werden. Mehr als zwölf Bundesstaaten leiteten dieses System ein. Die Arbeitslosenrate in den USA fiel von 13,3 Prozent im Mai 2020 auf 11,1 Prozent im Juni 2020, fast fünf Millionen Amerikaner hatten im Juni 2020 wieder Arbeit gefunden.³³⁹ Die steigenden Zahlen von Corona-Infizierten veranlasste US-Präsident Trump zu sagen: *„Die Lage wird sich weiter verschlechtern, ehe es besser wird.“* Trump hatte die Amerikaner dazu aufgerufen, wieder eine Maske zu tragen. Erstmals seit Anfang Juni 2020 starben Mitte Juli 2020 in einer Woche US-weit wieder mehr als 1000 Menschen pro Tag an COVID-19. Im April 2020 starben noch mehr als

³³⁶ Ebenda.

³³⁷ Ebenda.

³³⁸ Ebenda.

³³⁹ Salzburger Nachrichten, Neue Infektionswelle überrollt USA, in: *Salzburger Nachrichten*, 4.07.2020, S. 6.

2500 Menschen pro Tag an COVID-19.³⁴⁰ Im Vietnamkrieg fielen rund 58.000 US-Soldaten, bis 2021 starben allein sechsmal so viele Amerikaner mit oder an COVID-19.³⁴¹

US-Präsident Joseph R. Biden setzte auf die Impfpflicht zur Eindämmung der Pandemie. Firmen mit mehr als 100 Angestellten wurde vorgeschrieben, dass alle Mitarbeiter geimpft werden oder sich mindestens einmal pro Woche auf eine Infektion mit SARS-CoV-2 testen lassen müssten. Die Regelung wurde unter der Führung des Arbeitsministeriums entwickelt und galt für rund 80 Millionen Beschäftigte der Privatwirtschaft. Zudem mussten künftig alle Mitarbeiter in Krankenhäusern und Einrichtungen des Gesundheitswesens, die Zahlungen der staatlichen Krankenversicherung annahmen, gegen Corona geimpft sein – das galt für 17 Millionen Beschäftigte. Biden forderte alle US-Bundesstaaten weiters dazu auf, die Corona-Impfung für Schulangestellte und Lehrer zur Pflicht zu machen: „*Viele von uns sind frustriert angesichts der fast 80 Millionen Amerikaner, die immer noch nicht geimpft sind, obwohl Impfungen sicher, wirksam und kostenlos sind*“, sagte Biden.³⁴² An die Adresse der Ungeimpften sagte Biden: „*Wir sind geduldig gewesen, aber die Geduld geht uns aus.*“ Angestellte hatten 75 Tage Zeit, sich vollständig impfen zu lassen, so Bidens Sprecherin Jen Psaki. Die US-Regierung verdoppelte die Bußgelder für Maskenverweigerer in Flughäfen, Bahnhöfen, beim Reisen in Flugzeugen, Zügen und Bussen. Ein einmaliger Verstoß gegen die Maskenpflicht konnte ab 17. September 2021 mit einem Bußgeld von 500 bis 1000 US-Dollar geahndet werden. In den USA waren damals 54,3 Prozent der rund 330 Millionen Amerikaner geimpft.³⁴³ Der republikanische Gouverneur von South Carolina, Henry McMaster, gelobte Biden „*bis an die Pforten der Hölle zu kämpfen*“, um „*die Freiheit der Bürger seines Bundesstaates zu schützen*“. Der Gouverneur von Arizona lehnte Bidens 6-Punkte-Plan gegen die Pandemie als „*diktatorisch*“ ab, der republikanische Gouverneur von Texas, Greg Abbott, gebrauchte in diesem Zusammenhang den Begriff „*Machtergreifung*.“³⁴⁴

³⁴⁰ Stefan Riecher, Warum Trump nun auf Masken setzt, in: *Die Presse*, 23.07.2020, S. 3.

³⁴¹ Manfred Rauchensteiner und Michael Gehler (Hg.), *Corona und die Welt von gestern*, Böhlau Verlag, Wien-Köln-Weimar 2021, S. 20.

³⁴² Salzburger Nachrichten, Joe Biden setzt auf die Impfpflicht, in: *Salzburger Nachrichten*, 11.09.2021, S. 5.

³⁴³ Ebenda.

³⁴⁴ Ebenda.

Der US-Kongress verabschiedete ein Corona-Hilfsprogramm – nach monatelangem Ringen: „*Keiner von uns denkt, dass dieses Programm perfekt ist*“, so der damalige republikanische Mehrheitsführer im Senat, Mitch McConnell: „*Das kann es sicher nicht gewesen sein*“, ergänzte Chuck Schumer, der oberste Demokrat in der Kongresskammer. Der damalige designierte Präsident Joseph R. Biden ergänzte: „*Unsere Arbeit ist nicht getan.*“ Das neue Paket sah 900 Milliarden US-Dollar vor, nach 2,3 Billionen US-Dollar (mehr als 10 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung) im März 2020. Es stellt das größte politische Hilfspaket in der US-Geschichte dar. Demokraten hatten im Oktober 2020 diesen Kompromiss „*als viel zu halbherzig*“ abgelehnt, danach hatte Finanzminister Steven Mnuchin mit der Billigung durch US-Präsident Trump einen 1,8 Billionen US-Dollar-Vorschlag präsentiert – ohne Erfolg. Im November 2020 präsentierten Demokraten im Repräsentantenhaus einen 2,2 Billionen US-Dollar-Plan, der Direktzahlungen an hochverschuldete Bundestaaten und ein zusätzliches Arbeitslosengeld in Höhe von 600 US-Dollar pro Woche vorsah. Bei den Republikanern lehnte selbst McConnell den Kompromissvorschlag des Weißen Hauses ab. Die Verschuldung durfte auch in der Krise nicht völlig aus dem Ruder laufen, zudem würden rund zwei Drittel der Arbeitslosen mehr Geld bekommen als sie zuvor in ihrem Job verdient hatten, lautete die Argumentation. Nun gabe es 300 US-Dollar wöchentlich für Arbeitslose, jedoch für elf Wochen. Alleinverdiener mit einem Einkommen von weniger als 75.000 US-Dollar im Jahr sowie Familien unter einer Grenze von 150.000 US-Dollar Jahresverdienst erhielten eine Einmalzahlung von 600 US-Dollar pro Person. Trump lehnte ab.³⁴⁵ Nach tagelanger Weigerung hatte US-Präsident Trump dann doch noch ein vom Kongress mit überparteilicher Mehrheit beschlossenes Corona-Konjunkturpaket in Kraft gesetzt. Das ging aus einer Stellungnahme des Weißen Hauses am 27. Dezember 2020 Abend (US-Zeit) hervor. Trump hatte zuvor indirekt mit einem Veto gegen das Gesetzespaket gedroht, das er als „*Schande*“ bezeichnete. Trump forderte, dass die meisten US-Bürger eine einmalige Hilfszahlung von 2000 US-Dollar pro Erwachsenen bekommen hätten sollen. Das Konjunkturpaket sah dagegen nur eine Zahlung von 600 US-Dollar vor. Die Republikaner lehnten höhere Zahlungen ab.³⁴⁶

³⁴⁵ Stefan Riecher, Wenn 900 Milliarden Dollar lahm erscheinen, in: *Die Presse*, 23.12.2020, S. 4 und 5.

³⁴⁶ Die Presse, Trump genehmigt im letzten Moment Corona-Hilfspaket, in: *Die Presse*, 29.12.2020, S. 4.

Russland

Russlands Präsident Wladimir Putin verordnete zu Beginn der Coronakrise seiner Bevölkerung, zu Hause zu bleiben, um Szenarien wie in Italien, Spanien, in Frankreich oder in den USA zu vermeiden. Die Volksrepublik China wurde in Russland als Ursprungsland des SARS-CoV-2 zwar nicht erwähnt (Russland arbeitet sehr eng mit der Volksrepublik bei der Realisierung des Projektes *Belt and Road Initiative* bzw. „neue Seidenstraße“ zusammen), das „*Corona-Problem*“ wurde somit ausschließlich im Westen geortet. Einige politische Denker in Russland verkündeten bewußt, der westliche Liberalismus habe mit der Coronakrise ausgedient, die Grenzsicherungen in der EU würden demnach eine „*Pleite der europäischen Idee*“ bedeuten. So sah sich das System Putin durch die Regierungsform auf ihrem Kurs bestätigt – zu lautete der Tenor zu Beginn der Coronakrise.³⁴⁷ Einen Tag, nachdem Präsident Putin im gelben Ganzkörperschutzanzug COVID-19-Kranke im Moskauer Infektionsspital *Kommunarka* besucht hatte, wandte sich Putin erstmals in einer Rede an die Nation. Der russische Staat Sorge sich um das „*Leben und Wohl der Bürger*“, so Putin, der Ärzte und Krankenschwestern für ihren Einsatz dankte: „*Das Sicherste ist jetzt, zu Hause zu bleiben.*“ Das Coronavirus könne jeden treffen, so Putin. Er appellierte an „*Disziplin und Verantwortung*“ der russischen Bevölkerung.³⁴⁸ Vor harten Maßnahmen wie einer Ausgangssperre schreckte der Kreml vorerst zurück. Putin erklärte zunächst die Woche vom 30. März bis 3. April 2020 zur Urlaubswoche mit Lohnfortzahlung. Auch eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes, Kulanz bei der Rückzahlung von Verbraucherkrediten und Hilfen für Klein- und Mittelbetriebe kündigte der Präsident an. In Moskau wurden danach die Maßnahmen schrittweise verschärft. Das unmissverständliche Signal war damals: Die Lage ist ernst, aber unter Kontrolle. Zu Beginn der Krise hatte der Kreml die Pandemie noch als Gefahr von außen dargestellt. Doch die Lage hatte sich in kurzer Zeit in Russland zugespitzt: 658 Corona-Fälle zählte man am 25. März – um 163 Fälle mehr als einen Tag zuvor, 120 davon in Moskau. „*Russland kann sich nicht abschotten*“, so Putin, da bereits rund um das Land viele Staaten betroffen sind. Putin kündigte eine Verschiebung des ursprünglich für 22. April 2020

³⁴⁷ Walter Feichtinger, Corona als internationale Propagandafront, in: *Wiener Zeitung*, 31.03.2020, S. 2.

³⁴⁸ Die Presse, Putin macht Coronavirus zur Chefsache, in: *Die Presse*, 26.03.2020, S. 11.

angekündigten Verfassungsreferendums an, lageabhängig sollte dafür ein neuer Termin festgelegt werden.

Innerhalb eines Monats wurde ein Fertigteilkrankenhaus mit bis zu 600 Betten (davon 250 für Intensivpatienten) am südlichen Rand von Moskau errichtet. Russland verfügte damals offiziell über 40.000 Beatmungsgeräte landesweit, also 27 Geräte pro 100.000 Einwohner, im Gegensatz dazu befanden sich damals in Italien 5000 Beatmungsgeräte landesweit, das waren acht Geräte pro 100.000 Einwohner. In Russland war jedoch unklar, ob all diese Geräte einsatzfähig und verfügbar waren. Ein Viertel der Beatmungsgeräte der Geräte befanden sich damals in Moskau, im Moskauer Umland und in Sankt Petersburg.³⁴⁹

Am 27. März 2020 um 00.00 Uhr wurde in Russland der internationale Linienflugverkehr eingestellt, mit 30. März galt in Russland das Ausgehverbot sowie das Verbot des Betriebens von Sport außerhalb der eigenen Wohnung für Moskau und Umgebung.³⁵⁰ Mit 30. März 00.00 Uhr war auch der Verkehr an allen Grenzübergängen auf Straßen, Bahnverbindungen, Häfen und Fußgängerübergängen vorübergehend eingeschränkt, ausgenommen davon waren russische Diplomaten und LKW-Fahrer. Russland zählte Ende März 1264 offiziell Infizierte und vier COVID-19-Tote. Präsident Putin vereinbarte am Wochenende des 21. und 22. März 2020 per Telefon mit dem damaligen italienischen Premierminister Giuseppe Conte die Überstellung russischer Hilfslieferungen nach Italien. Mehrere Militärflugzeuge mit Fachpersonal, mobilen Desinfektionsanlagen und Medizintechnik wurden in der Folge nach Italien geflogen.³⁵¹ „From Russia with Love“ stand auf den Kisten und Kartons, in denen Russland medizinische Ausrüstung wie Schutzanzüge oder Beatmungsgeräte Anfang April nach Italien, in die USA und nach Serbien geliefert hatte. Diese Hilfslieferungen stellten zweifelsohne eine Propaganda für Präsident Putin im In- und Ausland dar. Das erntete aber auch viel Kritik von Teilen der russischen Bevölkerung, zumal in Russland die Neuinfektionen an SARS-CoV-2 vom 5. April auf 6. April um fast 100 Fälle gestiegen war.³⁵²

³⁴⁹ Ebenda.

³⁵⁰ BBC World News, 26. März 2020, 22.00 Uhr.

³⁵¹ Jutta Sommerbauer, Reiche Russen richten sich Hemkliniken ein, in: *Die Presse*, 24.03.2020, S. 12.

³⁵² Burkhard Bischof, Putins eigennützige humanitäre Hilfe, in: *Die Presse*, 07.04.2020, S. 6.

Was die *humanitäre Hilfe* Russlands an Italien betrifft, schrieb die Turiner Tageszeitung *La Stampa*, dass einige der militärischen Unterstützungskräfte aus Russland *Spione* gewesen seien. Der staatliche russische Ferneshsender *Rossija 1* brachte damals Bilder von russischen Militärfahrzeugen, die Hilfslieferungen an ihre Bestimmungsorte in Italien transportierten, mit folgendem Kommentar: „*Jetzt sind russische Militärkonvois auch auf NATO-Straßen unterwegs*“. In der Nähe von Bergamo waren russische Experten für biologische Kriegführung aufgetaucht, ohne dass die italienischen Behörden darüber informiert worden seien, so *La Stampa*. Zudem erwiesen sich demnach 80 Prozent des von Russland gelieferten *Schutzmaterials* als „*nutzlos*“ bei der Bewältigung der Coronakrise.³⁵³ Die russische Seite reagierte daraufhin erbost mit unterschwelligem Drohungen: „*Wer die großherzige russische Mission diskreditiert und russophobe Fake News wie zu Zeiten des Kalten Krieges verbreitet, der schaufelt sich sein eigenes Grab*“, wütete der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalmajor Igor Konaschenkow, auf Facebook.³⁵⁴ Italien reagierte wie folgt: „*Meinungsfreiheit und das Recht, Kritik zu üben, gehört zu den fundamentalen Werten unseres Landes*“, so eine gemeinsame Stellungnahme des Außen- und des Verteidigungsministeriums in Rom, die auch diese russische Drohung gemeinsam zurückgewiesen hatten. Italien war damals innerhalb der EU einer der wichtigsten Fürsprecher Russlands, die Regierungen dieses Landes traten seit Langem dafür ein, die aufgrund der russischen Aggressionspolitik gegenüber der Ukraine verhängten EU-Sanktionen zu beenden. Bei den Bemühungen der russischen Führung, den Zusammenhalt der EU zu unterminieren, war Italien damals auch ein geeigneter Kandidat für gezielte Einflussoperationen.³⁵⁵

Mit 4./5. April 2020 befanden sich auch russische *Hilfskräfte* in Serbien, elf Flugzeuge mit medizinischer Ausrüstung aus Russland landeten in Serbien. Mit dieser *Luftbrücke* wurden auch 90 Soldaten sowie Militärärzte und Virologen nach Serbien geflogen.³⁵⁶ In der Region Westbalkan befinden sich die USA und die EU einerseits sowie Russland und China andererseits im Wettbewerb um politischen und wirtschaftlichen Einfluss. Das war auch im

³⁵³ Ebenda.

³⁵⁴ Ebenda.

³⁵⁵ Ebenda.

³⁵⁶ Euronews, 6. April 2020, 1045 Uhr.

Fall der Corona-Diplomatie spürbar.³⁵⁷ Russlands engste Verbündete in der Region Westbalkan sind Serbien und die Republika Srpska in Bosnien-Herzegowina, ebenso die Serben im Norkosovo und Teile der orthodoxen Bevölkerung in Nordmazedonien und in Montenegro.³⁵⁸ Zudem spielt Russland bei der Energieversorgung dieser Region eine äußerst relevante Rolle. Der russische Staat besitzt und kontrolliert Öl- und Gasfirmen und erreichte eine Monopolstellung in Serbien und in Bosnien-Herzegowina über Produktion und Processing sowie auch über Energietransportrouten. Russland entsendete 87 Militärexperten, acht Ärzteteams, Spezialisten für den Bereich nukleare, biologische und chemische Kampfführung zur Desinfektion von Straßen und Gesundheitseinrichtungen (16 Fahrzeuge) und Ausrüstung zur Bekämpfung der Pandemie in insgesamt elf Lufttransporten.³⁵⁹ Serbien wurde nach Italien und den USA das dritte Land, dass Ärzteteams und Ausrüstung aus Russland erhalten hatte. Das erste russische Flugzeug landete an der Batajnica-Luftwaffenbasis am 3. April 2020. Erst Ende April 2020 kündigte die EU an, für den Westbalkan insgesamt ein 3,3 Milliarden-Euro-Hilfspaket zur Bekämpfung der Pandemie zu schnüren.³⁶⁰ Serbien setzte auf mehrere westliche Impfstoffe sowie auch auf Impfstoffe aus China und Russland, aufgrund von Ausfällen im Rahmen der *Covax*-Initiative bestellten auch Nordmazedonien, Montenegro und Bosnien-Herzegowina und Albanien in China und Russland Impfstoffe.³⁶¹ Serbien, China und die Vereinigten Arabischen Emirate kamen im März 2021 sogar überein, in Serbien eine Sinopharm-Fabrik für Vakzine zu errichten mit dem Ziel, ab 15. Oktober 2021 zwei Millionen Dosen pro Monat zu produzieren.³⁶² Serbien wurde das erste Land in der Region, das imstande war, selbst Impfstoffe herzustellen, viele Menschen aus Österreich, Deutschland und den Niederlanden sowie in und um die Region Westbalkan ließen sich in Serbien impfen. Kurzfristig dachten auch Länder wie Österreich, Kroatien, die Tschechische republik, Deutschland, Italien, Polen und Rumänien darüber nach, den russischen Impfstoff *Sputnik V* oder den chinesischen Impfstoff *Sinopharm* mit oder

³⁵⁷ Michael L. Sailer, Russian and Chinese Corona-Diplomacy in the Western Balkans. A Transformative Moment or just the Continuity of an ongoing Development? Seminar Research paper, research Seminar "The History of Great Transformations" (20215), University of Vienna, Master Interdisciplinary East European Studies, June 2021, S. 2.

³⁵⁸ Ebenda, S. 3.

³⁵⁹ Ebenda, S. 10.

³⁶⁰ Ebenda.

³⁶¹ Ebenda, S. 16.

³⁶² Ebenda, S. 17.

ohne Genehmigung aus der EU anzukaufen. Ungarn (*Sputnik V* und *Sinopharm*) und die Slowakei (ab 7. Juni 2021: *Sputnik V*) setzten dieses Vorhaben zunächst in die Realität um.³⁶³ Gemessen an der Anzahl von bereits erhaltenen Dosen pro 100 Einwohner hatte Ungarn den EU-Durchschnitt Mitte Februar 2021 überholt, Serbien Mitte April 2021, Ungarn wurde dadurch kurzfristig das erfolgreichste Land bei der Vakzinbeschaffung in Europa.³⁶⁴ Die Enttäuschung gegenüber der EU und *Covax* (die USA war bei *Covax* der größte Sponsor)³⁶⁵ gipfelte, wie es Albanien's Präsident Edi Rama ausdrückte – ähnlich wie Serbiens Präsident, dass das Nichtagieren der EU „*moralisch und politisch unakzeptabel war, die EU dachte in diesr Hinsicht an sich.*“ Es kam am Westbalkan insgesamt zu einem enormen Vertrauensverlust gegenüber der EU, die ein Bild der Uneinheitlichkeit und der Unbeholfenheit zeigte. Russland und China waren somit die Nutznießer dieser Uneinigkeit in der EU.³⁶⁶ Die EU war vor allem mit internen Verteilungsfragen bei gleichzeitigen Lieferausfällen beschäftigt. Am 10. Februar 2021 erklärte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen diesbezüglich: „*We were late to authorize. We were too optimistic when it came to massive production and perhaps too confident that what we ordered would actually be delivered on time.*“³⁶⁷

Auch an die USA lieferte Russland Schutzausrüstung und Beatmungsgeräte, die wiederum von US-amerikanischen Institutionen bestellt wurden und zu großen Teilen von diesen selbst bezahlt wurden. Es wurde auch bekannt, dass zwei der russischen Unternehmen, die an der Hilfslieferung beteiligt waren, auf jene Liste russischer Firmen standen, gegen die die USA Sanktionen verhängt hatten: „*Putin zeigt uns den Stinkefinger*“, so ein früherer Analytiker des US-Finanzministeriums. Der Export medizinischer Ausrüstung wurde von der russischen Regierung medial groß ausgeschlachtet, während sich im Inland die Lage allmählich zuspitzte. „*Russland verkauft den USA Masken und medizinische Ausrüstung, während bei uns Ärzten und Krankenschwestern im ganzen Land Masken fehlen und sie einander anstecken. Das ist monströs. Putin ist verrückt*“, kommentierte der

³⁶³ Ebenda.

³⁶⁴ Ebenda.

³⁶⁵ The White House, National Security Strategy, Washington D.C., October 2022, S. 28.

³⁶⁶ Michael L. Sailer, Russian and Chinese Corona-Diplomacy in the Western Balkans. A Transformative Moment or just the Continuity of an ongoing Development? Seminar Research paper, research Seminar “The History of Great Transformations” (20215), University of Vienna, Master Interdisciplinary East European Studies, June 2021, S. 18ff.

³⁶⁷ Ebenda, S. 18.

Regierungskritiker Alexej Nawalny. Ein russischer *Twitter*-Benutzer schrieb dazu: „*Wir schicken Beatmungsgeräte nach New York, die bei uns in Städten wie Saratow und Woronesch dringend benötigt werden würden.*“³⁶⁸

Am 24. April 2020 wurden aus Russland 5800 neue COVID-19-Fälle gemeldet, zu diesem Zeitpunkt gab es knapp 69.000 Infizierte. Für das Zentrum der Epidemie in Moskau stellte sich dadurch die Herausforderung, Krankenhausbetten für COVID-19-Patienten freizumachen.³⁶⁹ Die Quarantänemaßnahmen überließ Putin den Gebietsgouverneuren. Arbeitsminister Anton Kotjakow meldete Anfang März 2020 einen Anstieg der Arbeitslosen von etwa 500.000 auf über 1,2 Millionen. Der Kreml war noch nicht bereit, seinen mit rund 150 Milliarden Euro gefüllten *Nationalen Wohlstandsfonds* anzutasten, um die von der Pleite bedrohten sechs Millionen Kleinunternehmer und private Haushalte zu unterstützen. Viele Unternehmer protestierten vehement, weil die Regierung ihre Finanzhilfe auf eine Liste von gut 500 *systemrelevanten* Betrieben zu konzentrieren beabsichtigte. Laut Experten war ein Drittel davon für Kreml-nahe Personen bestimmt, ein weiteres Drittel für Staatsfirmen.³⁷⁰

Als weltweit erstes Land hatte Russland einen Impfstoff gegen COVID19 offiziell zugelassen – und das vor Beendigung der klinischen Tests. Ab Herbst 2020 bestand bereits die Möglichkeit, geimpft zu werden. Eine seiner beiden Töchter, Katja und Maria, hatte sich bereits, so Präsident Putin, den russischen Impfstoff verabreicht, kurz wäre dabei ihre Körpertemperatur gestiegen: „*Das war alles.*“ Der russische Verband der Organisation für klinische Forschung hatte die Gesundheitsbehörden einmal mehr aufgefordert, mit der Anmeldung des Impfstoffes nichts zu überstürzen und erst das Ergebnis der klinischen Tests abzuwarten. Dieser Impfstoff wurde nicht einmal an ein paar Hundert Menschen getestet, ganz zu schweigen von den Tausenden von Testpersonen, die die Tests der Phase 3 verlangten. Dieser russische Impfstoff (*Sputnik V*) ist ein Vektorimpfstoff – dieser stützt sich auf ein für den Menschen ungefährliches Virus, das so verändert wird, damit es eine Infektion mit dem SARS-CoV-2-Virus verhindert. Laut

³⁶⁸ Burkhard Bischof, Putins eigennützige humanitäre Hilfe, in: *Die Presse*, 07.04.2020, S. 6.

³⁶⁹ Hans-Jörg Schmidt, Die Prager Regierung steigt von der Bremse, in: *Die Presse*, 25.04.2020, S. 6.

³⁷⁰ Ebenda.

russischem Gesundheitsministerium sollte eine zweimalige Impfung eine lange Immunität ermöglichen.³⁷¹

Das britische Unternehmen *AstraZeneca* stellte sogar in Aussicht, seinen Impfstoff mit *Sputnik V* zu kombinieren, das sollte einen hochwirksamen Schutz vor dem Erreger garantieren. Am 21. Dezember 2020 unterzeichneten beide Seiten ein entsprechendes Memorandum für die Kooperation. Beide Impfstoffe befanden sich damals in der dritten Studienphase.³⁷² In Moskau wurde am 5. Dezember 2020 mit groß angelegten Impfungen gegen COVID-19 begonnen. Am darauffolgenden Wochenende wurde das Vakzin in insgesamt 70 Kliniken mehr als 25.000 Freiwilligen verabreicht. Staatliche Medien verglichen den Beginn der Impfkampagne mit dem Vordringen der Sowjetunion in das Weltall – *Sputnik* war 1957 der erste künstliche Erdsatellit im Kosmos. Zum Auftakt bekamen Mitarbeiter des Bildungs- und des Gesundheitswesens sowie sozialer Dienste den Impfstoff. Nur 18-60jährige Menschen waren zur Impfung zugelassen. Nach 21 Tagen war eine zweite Injektion erforderlich. 29.039 Neuinfektionen kamen vom 5. auf 6. Dezember 2020 hinzu – soviel wie noch nie an einem Tag.³⁷³ Die Zahl der Coronatoten betrug zwischen April und November 2020 in Russland 241.000.³⁷⁴

Die meisten Russen zeigten wenig Interesse, die Maskenpflicht einzuhalten. In den U-Bahnen konnten in den Stoßzeiten die Abstandsregeln nicht eingehalten werden. Keine Akzeptanz bei der Bevölkerung hatte der Impfstoff *Sputnik V*. Öffentlichen Angestellten und Mitarbeitern von Staatsbetrieben, die sich der Impfung verweigerten, wurde in Russland mit Entlassung gedroht. Von den 146 Millionen Einwohnern Russlands waren nach offiziellen Angaben im Dezember 2021 nur 30 Prozent geimpft.³⁷⁵ Putin hatte am 30. Oktober 2021 nochmals eine arbeitsfreie Woche bei vollen Bezügen angeordnet, besonders hart getroffene Regionen des Landes konnten auch den Zeitraum erweitern. Zehn Tage zuvor verzeichnete Russland 1028 Coronatote in 24 Stunden, so viele wie noch nie. Es wurden

³⁷¹ Jutta Sommerbauer, Mit „Sputnik V“ gegen Covid-19, in: *Die Presse*, 12.08.2020, S. 3.

³⁷² Sabrina Glas, Der russische Impfstoff als Chance?, in: *Salzburger Nachrichten*, 24.12.2020, S. 25.

³⁷³ Salzburger Nachrichten, 25.000 Moskauer ließen sich impfen, in: *Salzburger Nachrichten*, 7.12.2020, S. 4.

³⁷⁴ Andreas Fink, Russlands Sputnik V ist in der Pampa gelandet, in: *Die Presse*, 30.12.2020, S. 6.

³⁷⁵ Stefan Scholl, In Russland tobt das Virus, in: *Salzburger Nachrichten*, 22.12.2021, S. 6.

34.000 Neuinfektionen gemeldet. Intensivstationen füllten sich rasch. Putin beklagte die „*leider bisher nicht hohe*“ Impfquote.³⁷⁶

Das Vereinigte Königreich

Das Vereinigte Königreich blieb weit hinter den Vorsichtsmaßnahmen in Europa zurück. Zwar waren mit 20. März 2020 die Schulen in Großbritannien geschlossen worden, nicht aber Restaurants und Pubs.³⁷⁷ Bis zuletzt hatten Premierminister Boris Johnson sowie große Teile der Bevölkerung die Gefahr von SARS-CoV-2 auf die leichte Schulter genommen. Als die Coronakrise bereits auf Großbritannien überschwappte, spielte Johnson diese locker herunter („*Hände waschen und zweimal ‚Happy Birthday‘ singen*“). Millionen strömten noch am Wochenende des 21. und 22. März 2020 bei strahlendem Sonnenschein trotz aller Warnungen seitens der Regierung und der britischen Gesundheitsbehörde in die Parks des Landes und an die Strände. Diese sollten nur für Läufer und Hunde geöffnet bleiben. Erst eine Studie des *Imperial College*, wonach die ursprüngliche Aussitzstrategie Johnsons 250.000 Menschenleben gefordert hätte können, erzwang einen Kurswechsel der britischen Regierung. Diese zielte zunächst darauf, die Zahl der Toten auf 20.000 einzudämmen. Ein 329seitiger Gesetzestext betreffend die Sondervollmachten für die COVID-19-Bekämpfung erlaubte Eingriffe in bürgerliche Freiheiten, die Verhängung der Quarantäne sowie die Schließung der Außengrenzen. Premierminister Boris Johnson setzte dabei auf einen Schulterschluss mit der Opposition. Die Tories gingen auf die Forderung der Labour ein, das Gesetz alle sechs Monate durch das Parlament vor einer allfälligen Verlängerung prüfen zu lassen. Ursprünglich wollte die Regierung die Notfallgesetze für ganze zwei Jahre ohne parlamentarische Kontrolle anlegen.

Die britische Regierung hatte am 20. März 2020 weitgehende Ausgangsbeschränkungen für vorerst drei Wochen verhängt.³⁷⁸ Menschen durften ihre Wohnungen nur mehr für unbedingt notwendige Einkäufe

³⁷⁶ Salzburger Nachrichten, Putin ordnet arbeitsfreie Tage an, in: *Salzburger Nachrichten*, 21.12.2020, S. 6.

³⁷⁷ Frankfurter Allgemeine Zeitung, Verschärfte Ausgangsbeschränkungen, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21.03.2020, S. 1.

³⁷⁸ Henry Mance, London’s lacklustre response to crisis rooted in “keep calm and carry on” spirit, in: *Financial Times Weekend*, 21/22.03.2020, S. 3.

verlassen, so Premierminister Johnson am 23. März.³⁷⁹ Gestattet blieb aber einmal am Tag Sport im Freien, etwa Laufen oder Radfahren. Alle Reisen wurden untersagt mit Ausnahme von Berufsfahrten unabkömmlicher Arbeitnehmer. „*Bleiben Sie zu Hause*“, so appellierte Premierminister Johnson. Mit dem Hund durfte man aber Gassi gehen. Bei Verletzungen der Bestimmungen kündigte Johnson hartes Durchgreifen an: „*Die Polizei ist berechtigt, Strafen zu verhängen*“.³⁸⁰ Alle öffentlichen Begegnungen von mehr als zwei Personen wurden untersagt, alle Hochzeiten, Taufen und kirchlichen Feiern mit Ausnahme von Begräbnissen mussten abgesagt werden. „*Kein Premierminister möchte solche Maßnahmen verhängen*“, so Johnson. Sie waren aber die einzige Chance, die Seuche noch einzudämmen. Mit Ausnahme von Lebensmittelgeschäften und Apotheken blieben ab 23. März 2020 alle Geschäfte geschlossen. Johnson rief die Briten auf, die Maßnahmen ernst zu nehmen, „*wenn Sie jemand einlädt, lehnen Sie ab*“.³⁸¹ Die Zahl der SARS-CoV-2-Fälle in Großbritannien betrug am 23. März 2020 offiziell 6650, die Zahl der Todesopfer mindesten 335. Eine Herausforderung bildete das britische Nationale Gesundheitssystem, das knapp vor dem Kollaps stand.³⁸² Krankenhausärzte sprachen von „*schrecklichen*“ („*terrifying*“)³⁸³ Zuständen in den Spitälern. Bis 7. April verstarben ca. 6.000 Briten an Covid-19.³⁸⁴

Mitte März 2020 hatte Premierminister Boris Johnson (er litt unter hohem Fieber und Husten, arbeitete jedoch weiter) während einer Pressekonferenz sich in seiner jovialen Art damit gebrüstet, weiterhin jedem die Hand zu schütteln – SARS-CoV-2-Patienten im Krankenhaus eingeschlossen. Johnson musste jedoch seit 4. April nach seiner Selbstisolation zehn Tage zuvor als Vorsichtsmaßnahme eine kurze Zeit auf der Intensivstation verbringen, nachdem er knapp zwei Wochen davor positiv auf SARS-CoV-2 getestet wurde. Er erhielt zuvor eine Sauerstoffversorgung, musste aber nicht an ein Beatmungsgerät angeschlossen werden.³⁸⁵ Johnson hatte Außenminister Dominic Raab mit der Fortführung seiner Amtsgeschäfte beauftragt. Im Vereinigten Königreich gibt es keine

³⁷⁹ Gabriel Rath, Großbritannien verhängt wochenlange Ausgangssperre, in: *Die Presse*, 24.03.2020, S. 9.

³⁸⁰ Ebenda.

³⁸¹ Ebenda.

³⁸² Ebenda.

³⁸³ BBC World News, 26. März 2020, 22.00 Uhr.

³⁸⁴ Katrin Pribyl, Der britische Außenminister führt nun die Geschäfte, in: *Salzburger Nachrichten*, 08.04.2020, S. 3.

³⁸⁵ Ebenda.

Verfassungsbestimmungen, die solche Fälle regeln würde.³⁸⁶ US-Präsident Donald Trump reagierte auf die Hospitalisierung von Premierminister Johnson wie folgt: „*Er war ein echt guter Freund, etwas ganz Besonderes, stark und entschlossen. Alle Amerikaner beten für ihn*“. Der damalige Prinz Charles war nach einer Woche Quarantäne wieder genesen.³⁸⁷ Johnson mahnte nach wie vor Vorsicht ein und sprach davon, dass „*wir mit äußerster Vorsicht vorgehen und unter allen Umständen eine zweite Welle verhindern müssen*.“³⁸⁸

Am 7. Mai 2020 war der Tag, an dem das Vereinigte Königreich zum „*kranken Mann Europas*“ wurde.³⁸⁹ Es hatte bei den Todesfällen Italien überholt, mehr als 30.000 bekannte COVID-19-Todesfälle verzeichneten die Gesundheitsbehörden in London bis zu diesem Tag. Somit war das Vereinigte Königreich das in Europa am schlimmsten von der Pandemie betroffene Land. Die Daten der nationalen Statistikbehörde *ONS* zeigten, dass seit Mitte März 42.000 Menschen mehr gestorben waren als in durchschnittlichen Jahren zuvor. Im Vereinigten Königreich kam der Lockdown viel zu spät, der Gesundheitsdienst verfügte zudem über zu wenig nationale Ressourcen. Es mangelte eklatant an Nasen-Mund-Schutzanzügen und Tests. Die Organisation des Krisenmanagements war zu ineffizient, der Schutz von Alten- und Pflegeheimen wurde völlig vernachlässigt. Bei Ausbruch der Coronakrise dominierte gerade der in England praktizierte Stolz auf eine „*britische Einzigartigkeit*“, die gern in Arroganz mündet. Das Vereinigte Königreich werde von der Pandemie nicht so hart getroffen werden, meinten offenbar Entscheidungsträger, während diese mit Mitleid die Schreckensbilder aus Italien verfolgten: Es herrschte „*eine von populistischen Kräften getriebene Politik des Unernsts*.“³⁹⁰ So versuchten ein der Sache nicht gewachsener Gesundheitsminister mit einem völlig überforderten Premierminister an der Spitze, Versäumnisse zu kaschieren.³⁹¹

³⁸⁶ Ebenda.

³⁸⁷ Gabriel Rath, Johnson auf die Intensivstation verlegt, in: *Die Presse*, 07.04.2020, S. 5.

³⁸⁸ Gabriel Rath, Boris Johnson in der Coronafalle, in: *Die Presse*, 16.05.2020, S. 7.

³⁸⁹ Katrin Pribyl, Trauriger Rekord für London, in: *Salzburger Nachrichten*, 08.05.2020, S. 6.

³⁹⁰ Ebenda.

³⁹¹ Ebenda.

Hilfsmaßnahmen und wirtschaftliche Herausforderungen

Besonders im ersten Jahr der Coronakrise entwickelten sich die sonst so stark vernetzten globalen Handelsströme zu spärlich fließenden Bächen. Das galt vor allem für den Schiffsverkehr, über den die allermeisten Güter transportiert werden. Frachtkapazitäten im Luftverkehr wurden für den Transport wichtiger medizinischer Ausrüstung genutzt, dazu wurden auch zahlreiche Passagierflugzeuge in Europa und in China zu „Prachtern“ (Passagierflugzeuge als Frachter) umgebaut. Die NATO unterstützte während der Coronakrise ihre Mitgliedstaaten und die Staaten der NATO-Partnerschaft für den Frieden. Im Zentrum stand dabei die Koordination von Hilfsleistungen durch das *Euro-Atlantic Disaster Response Coordination Centre* (EADRCC) der NATO. So organisierte dieses Zentrum strategische Lufttransportfähigkeiten mit dem Ziel, die Versorgung mit medizinischer Schutzausrüstung sicherzustellen. Anfang Mai 2020 wurden so zum Beispiel 18 Tonnen medizinische Ausrüstung nach Italien, Frankreich, Belgien, Spanien, Rumänien und nach Griechenland geflogen. In Italien wurde das *NATO Rapid Deployable Corps Italy* verlegt mit dem Auftrag, das lombardische Gesundheitssystem zu unterstützen. Spanien erhielt Unterstützung seitens der NATO durch das *Euro-Atlantic Disaster Relief Coordination Centre* (EADRCC) und bilateral von der Tschechischen Republik, Estland, Deutschland, der Türkei, Litauen, Luxemburg und Polen. Zum Teil kam auch das *Strategic Airlift International Solution* (SALIS) im Auftrag der NATO zum Einsatz, um medizinische Schutzausrüstung mit ukrainischen *Antonov An-124*-Transportflugzeugen aus China in die betroffenen Länder zu bringen, darunter auch nach Moldawien und Nord-Mazedonien.³⁹²

In manchen europäischen Ländern erwies sich die Situation für Mediziner als besonders prekär: Wegen schlechter Bezahlung und Vetternwirtschaft verließen Mediziner zuvor seit Jahren südosteuropäische Staaten. Sie fehlten massiv in der Coronakrise. Wegen des wachsenden Drucks auf das Gesundheitssystem in Ländern des Westbalkans waren Ärzte, Pfleger und weiteres unterstützendes Gesundheitspersonal im Ausland aufgerufen, mit ihrem Wissen und ihrer Erfahrung im Kampf gegen COVID-19 zu helfen. Mit einem derartigen Appell forderte zum Beispiel die Regierung in Belgrad das medizinische Personal in der Diaspora zur befristeten Heimkehr auf.

³⁹² Globsec, COVID-19 in CEE Weekly Roundup, Bratislava, 15. Mai 2020, S. 2 und 3.

Von 10.000 Ärzten in der Diaspora meldeten sich jedoch wenige. Diejenigen, die sich meldeten, waren oft Mediziner und Pfleger auf Heimaturlaub, die wegen geschlossener Grenzen nicht in ihr jeweiliges Gastland zurückkehren konnten.³⁹³ Andere ausgewanderte Ärzte reagierten auf den aus ihrer Sicht als „*scheinheilig*“ kritisierten Aufruf verbittert. Der Gesinnungswandel komme „*spät*“, so der in Oldenburg praktizierende Traumatologe Nikola Vukelić. 30 Jahre lang hatte demnach der serbische Staat alles getan, „*um die Leute zu vertreiben*“.³⁹⁴ Gründe für die Abwanderung waren höhere Löhne im Westen, die Vernachlässigung des Gesundheitssektors durch die Führung in Belgrad und fehlende Perspektiven in Serbien. In Deutschland hatte sich die Zahl der Beschäftigten im Gesundheitssektor aus Südosteuropa 2019 um zwölf Prozent auf mehr als 50.000 erhöht. Die meisten Mediziner und Beschäftigten aus diesem Sektor stammten aus Bosnien-Herzegowina, Serbien und dem Kosovo. Bei Kroaten, Bulgaren und Rumänen war der Mediziner-Aderlass ähnlich hoch.³⁹⁵ Bis 2015 hatten seit dem EU-Beitritt 2007 mehr als 14.000 Ärzte Rumänien verlassen. Die Zahl der abgewanderten Krankenschwestern wurde von Gewerkschaften auf das zwei- bis dreifache geschätzt. Die absurd niedrigen Gehälter von Jungärzten hatte die rumänische Regierung 2018 zumindest in Spitälern von 344 Euro auf 902 Euro netto aufgestockt.³⁹⁶ Doch in Rumänien – dem Land mit den geringsten Gesundheitsausgaben der EU – sind es am Land nur noch pensionierte Ärzte, die das löchrige System aufrechterhalten. Im Gegenzug waren in der Region Niš/Serbien Anfang April 434 Mediziner arbeitslos gemeldet. Denn in Serbien und in Bosnien-Herzegowina wird Studienabgängern die Möglichkeit der Spezialisierung und damit zum Berufszugang oft verwehrt: „*Entweder musst Du in der Partei sein und Verbindungen haben oder irgendeinen korrupten Oberarzt Tausende von Euros in den Hintern schieben*“, so der serbische Dialysearzt Andreja Matić, der in Ljubljana arbeitet.³⁹⁷

Die International Labour Organization (ILO) schätzte Mitte April 2020, dass an dem von SARS-CoV-2 ausgelösten wirtschaftlichen Lockdown an die 2,7 Milliarden Menschen betroffen waren. Diese Arbeiter waren mit drastischen und existenziell verheerenden Kürzungen ihrer Arbeitszeit, mit

³⁹³ Thomas Roser, Der Exodus der Ärzte rächt sich nun, in: *Die Presse*, 04.04.2020, S. 6.

³⁹⁴ Ebenda.

³⁹⁵ Ebenda.

³⁹⁶ Ebenda.

³⁹⁷ Ebenda.

Lohnkürzungen und Stellenabbau konfrontiert.³⁹⁸ Die ILO rief die Teilnehmerstaaten dazu auf, Soforthilfe zu leisten: „*Es handelt sich um die schwerste globale Krise seit dem Zweiten Weltkrieg*“.³⁹⁹ Der Internationale Währungsfonds (IWF) warnte davor, dass in einigen Ländern durch neue Wellen soziale Proteste entstehen könnten, wenn die Maßnahmen zur Abfederung der Coronakrise von den Bevölkerungen als unzureichend empfunden werden würden. Oder wenn bei ihnen der Eindruck entstünde, die staatlichen Überlebenshilfen kommen auf unfaire Weise vor allem großen Unternehmen, nicht aber der breiten Bevölkerung zugute.⁴⁰⁰

Größere Länder hatten damit begonnen, ihre Ausfuhren von Getreide zu limitieren. Dazu zählte auch Russland, der größte Weizenproduzent der Welt, ebenso Kasachstan und die Ukraine. Es galt, die eigene Versorgungslage sicherzustellen. Vietnam und Indien limitierten die Exporte von Reis drastisch. In Afrika hatte sich der Preis für Speiseöl in manchen Ländern verdoppelt, Saatgut und Düngemittel wurden dringend in den Entwicklungsländern benötigt. Auch Saudi-Arabien, der Irak und Jemen sind fast völlig von Lebensmittelimporten abhängig. Reichere Staaten sind vielleicht imstande, auch höhere Preise für den Import von Lebensmitteln zu zahlen, jedoch nicht die bereits hochverschuldeten Entwicklungsländer.

Das SARS-CoV-2 ließ Aktienkurse und den Ölpreis abstürzen. An den Finanzmärkten war gleich zu Beginn der Krise von einem „*Schwarzen Montag*“ die Rede.⁴⁰¹ Der deutsche Aktienindex *Dax* fiel beispielsweise zu Beginn der Pandemie um mehr als sieben Prozent. Der US-Leitindex *Dow Jones* fiel zur Eröffnung in einer ähnlichen Größenordnung, der Handel wurde kurz ausgesetzt. Der *Dax* steuerte auf den größten Tagesverlust seit dem 11. September 2001 („9/11“) zu. Der Goldpreis stieg zeitweise auf mehr als 1700 US-Dollar je Feinunze an.⁴⁰² Am Ölmarkt gab der Preis für die Nordseesorte *Brent* zeitweise um mehr als 31 Prozent auf 31 US-Dollar je Barrel (Fass zu 159 Litern) nach. Dies bedeutete den stärksten Rückgang seit 1991 (Golfkrieg, Operation „*Desert Storm*“, diese führte zum Abzug

³⁹⁸ Burkhard Bischof, „Es wird Gewalt und großes Leid weltweit geben“, in: *Die Presse*, 17.04.2020, S. 4.

³⁹⁹ Ebenda.

⁴⁰⁰ Ebenda.

⁴⁰¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, Schwarzer Montag an der Börse, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 10.03.2020, S. 15.

⁴⁰² Ebenda

irakischer Truppen aus Kuwait). Die Ausgangslage für einen derartigen Einbruch lag darin, dass die Nachfrage nach Öl sinken dürfte, wenn die Weltwirtschaft wegen SARS-CoV-2 in eine Rezession schlittern würde.⁴⁰³

Die Coronakrise verursachte auf globaler Ebene die größte Rezession seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Viele Unternehmen mussten Kurzarbeit anmelden oder gingen in Konkurs. Die Krise traf alle Produktions- und Industriesparten – von der Automobil- bis zur Luftfahrtindustrie und der Modeindustrie – sowohl die Automobil- wie auch die Luftfahrtindustrie kämpften bereits vor dem „Corona-Ausbruch“ in einem gnadenlosen Wettberb um Kunden und Absätze, ebenso die tourismusorientierten Gastronomie und Reisebranche. Panikkäufe bestimmten insbesondere in den ersten Wochen nach dem Ausbruch der Coronakrise das Wirtschaftsgeschehen. Die Nachfrage der Konsumenten änderte sich während der Coronakrise – vor allem zu Beginn im Jahr 2020 – schlagartig: allein im Vereinigten Königreich wurden zum Beispiel in nur einer Woche Lebensmittel im Wert von zusätzlich einer Milliarde Pfund gekauft, die Lebensmittelproduktion erfuhr eine Steigerung um 50 Prozent.⁴⁰⁴

In der Automobilindustrie ereigneten sich folgende Einbrüche: Der Gewinn von *Daimler* brach im ersten Quartal 2020 um 78 Prozent auf 617 Millionen Euro ein (vor Steuern und Zinsen), *Renault* „verbrannte“ von Januar bis März 2020 rund 5,5 Milliarden Euro – ein Drittel der Barmittel. Wie viele Unternehmen bemühte sich auch *Renault* um staatlich gesicherte Kredite in der Höhe von mehreren Milliarden Euro, so Interimsleiterin Clotilde Delbas am 23. April 2020. Autohersteller *Jaguar Land Rover* schloss mit 45.000 Arbeitnehmern am 21./22. März 2020 seine Produktion.⁴⁰⁵ *Hyundai* vermeldete im ersten Quartal 2020 ein Minus um 42 Prozent (412,6 Millionen Euro), nur 903.000 Autos dieses Konzerns wurden damals weltweit verkauft. 2019 waren es vergleichsweise im ersten Quartal noch mehr als eine Million Fahrzeuge gewesen.⁴⁰⁶ Umgekehrt gab es durch die Coronakrise auch Gewinner auf der Unternehmerseite: Onlinehändler wie *Amazon* und die Supermarktkette *Walmart* verzeichneten enorme Umsätze. Bei *Amazon* beliefen sich die Erlöse im ersten Quartal 2020 auf 75,5 Milliarden US-Dollar – ein Rekord in der Firmengeschichte, der Börsenwert

⁴⁰³ Ebenda.

⁴⁰⁴ Gabriel Rath, Britische Regierung bezahlt Gehälter, in: *Die Presse*, 24.03.2020, S. 19.

⁴⁰⁵ Ebenda.

⁴⁰⁶ Die Presse, Daimler büßt 78 Prozent Gewinn ein, in: *Die Presse*, 24.04.2020, S. 22.

des Unternehmens stieg auf über eine Billion US-Dollar an. Die Onlineverkäufe von *Walmart* stiegen im ersten Quartal 2020 um 74 Prozent, der Gewinn um vier Prozent auf vier Milliarden US-Dollar.⁴⁰⁷ Walmart stellte allein zwischen Februar und Ende April 235.000 neue Mitarbeiter ein – 2500 pro Tag, mehr als 100 pro Stunde.⁴⁰⁸ Die chinesische Wirtschaft – mit Ausnahme des ersten Corona-Jahres 2020 – verzeichnete das schwächste Wachstum seit 1976 und fiel zudem als die globale Konjunkturlokomotive aus. Parallel verzeichnet China einen Rückgang der Bevölkerung, erstmals seit der Großen Hungersnot ging Chinas Bevölkerung zurück. Mit 1,41175 Milliarden lebten Ende 2022 um 850.000 Menschen weniger in China als 2021, Indien verzeichnete dagegen 1,428 Milliarden Menschen.⁴⁰⁹

Diese Pandemie löste gewaltige Umbrüche im Arbeits- und Freizeitverhalten sowie auch im Konsumverhalten der Menschen aus. Laut Internationalem Währungsfonds (IWF) löste die Coronakrise die „größte Wirtschaftskrise seit den 1930er-Jahren“ aus.⁴¹⁰ Die Wirtschaft wurde durch die Corona-Maßnahmen schwer getroffen, weltweit schnellten die Arbeitslosenzahlen in die Höhe, Tausende Unternehmen waren von der Insolvenz bedroht. In Österreich zum Beispiel stiegen die Arbeitslosenzahlen in Tirol um 130 Prozent über dem Niveau von 2019, in Salzburg um 83 Prozent, in Vorarlberg um 48 Prozent. Der Grund: In den Wintersportgebieten fehlten die Urlauber und somit auch die Jobmöglichkeiten vor Ort. Der dritte Lockdown führte zudem laut Johannes Kopf, Vorstand des Arbeitsmarktservice (AMS), zu mehr als einer Verdoppelung der Arbeitslosenzahlen in der Gastronomie und Hotellerie. Der Tourismus war damals Spitzenreiter, was die Anmeldung von Kurzarbeit betraf. In Österreich waren im Januar 2021 417.113 Personen in Kurzarbeit und damit um 140.000 Menschen mehr als noch im November 2020 (so die Zahlen des Arbeitsministeriums). Erstmals gab es im Winter 2020/2021 mehr als 500.000 Arbeitslose (520.918, davon 61.237 Schulungsteilnehmer) und damit eine Dezember-Arbeitslosenrate von 11

⁴⁰⁷ Stefan Riecher, Der Gigant unter den Giganten, in: *Die Presse am Sonntag*, 14.06.2020, S. 17.

⁴⁰⁸ *Walmart* ist mit 524 Milliarden US-Dollar das umsatzstärkste Unternehmen der Welt. Mit knapp 2,2 Millionen Mitarbeitern war damals dieser Einzelhandelskonzern der größte private Arbeitgeber der Welt. Aus: Stefan Riecher, Der Gigant unter den Giganten, in: *Die Presse am Sonntag*, 14.06.2020, S. 17.

⁴⁰⁹ Wiener Zeitung, China fehlt Wachstum, Europa sieht Silberstreif, Peking kämpft mit Konjunktur und Demografie, in: *Wiener Zeitung*, 18.01.2023, S. 1.

⁴¹⁰ Jakob Zirm, Auf der Intensivstation, in: *Private Banking*, Mai 2020, S. 6-9, hier S. 7.

Prozent.⁴¹¹ Das zweite Quartal 2020 brachte in Österreich mit minus 12,8 Prozent den stärksten wirtschaftlichen Einbruch seit dem Zweiten Weltkrieg – eine Rezession von historischem Ausmaß. Das BIP reduzierte sich zwischen Anfang April und Ende Juni 2020 in der Folge um 12,8 Prozent, so das Wirtschaftsforschungsinstitut Wifo. Während der Wirtschaftskrise 2008/2009 ging Österreichs Wirtschaftsleitung in keinem einzigen Quartal stärker als zwei Prozent zurück. Hauptgrund war der Lockdown, der einzelne Branchen komplett zum Erliegen brachte. Den stärksten Rückgang um 28 Prozent verzeichneten damals Handel, Tourismus, Gastronomie und Verkehr. Die Sachgüterproduktion hatte sich damals um rund 21 Prozent verringert.⁴¹² Eine Woche harter Lockdown kostete 700 Millionen Euro, so der österreichische Fiskalrat, ein teilweiser Lockdown 400 Millionen Euro. 370.000 Menschen waren Mitte Dezember 2021 auf Jobsuche, 100.000 Stellen konnten dagegen nicht besetzt werden.⁴¹³

EU-Wirtschaftskommissar Paolo Gentiloni meinte am 30. März 2020, eine große Rezession sei unvermeidbar: „*Danach können wir stark zurückkommen*“.⁴¹⁴ Kurz nach dem Ausbruch der Pandemie erlebten in nicht einmal zwei Wochen Anleger den schlimmsten Tag seit 1987, andererseits auch den besten Tag seit 1933. Die Nervosität war enorm. Am 24. März erlebte der *Dow Jones* mit einem Plus von 11,37 Prozent den fünftbesten Tag seiner mehr als 120jährigen Geschichte. Seit 1933 war es sogar der beste Tag überhaupt. Auslöser für die unerwartete Euphorie war die Einigung auf ein Zwei-Billionen-US-Dollar-Hilfspaket in den USA. Nur acht Tage davor hatten die Börsianer an der Wall Street aufgrund der Angst vor den Folgen der Pandemie noch bei einem Minus von 12,9 Prozent den viertschlimmsten Tag der Börsengeschichte oder den schlimmsten seit 1987 erlitten.⁴¹⁵ Der deutsche Aktienindex erlebte damals einen Niedergang von historischem Ausmaß. Innerhalb weniger Wochen reduzierte sich dieser von mehr als 13.700 bis auf zeitweise 8.400 Punkte. Das bedeutete einen Verlust von fast 40 Prozent. Im Vergleich dazu waren selbst die heftigen Kursverluste aus dem Börsen-Krisenjahr 2018 eher als eine mittelschwere Kurskorrektur zu

⁴¹¹ Simone Hoepke, Jobkiller Lockdown, in: *Kurier*, 5.01.2021, S. 13.

⁴¹² Jakob Zirm, Zarte Hoffnung nach heftigem Crash, in: *Die Presse*, 31.07.2020, S. 1.

⁴¹³ Michael Bachner, Corona reißt Riesenloch von 70 Milliarden Euro ins Budget, in: *Kurier*, 15.12.2021, S. 11.

⁴¹⁴ ORF, Zeit im Bild 2, 30. März 2020, 22.05 Uhr.

⁴¹⁵ Beate Lammer, Warum die Börsen derzeit so extreme stark schwanken, in: *Die Presse*, 26.03.2020, S. 2.

bezeichnen. Am 20. März 2020 ging es wieder spürbar aufwärts mit dem *Dax*, zweitweise auf mehr als 9000 Punkte.⁴¹⁶

In der Anfangsphase der Coronakrise wurde von sämtlichen Nationen begonnen, viel Geld in die Eindämmung von COVID-19 und die wirtschaftlichen Folgen der Krise zu pumpen.⁴¹⁷ Seitens der Regierung in Peking wurden zunächst fiskalische Hilfen für Klein- und Mittelbetriebe, d.h. Maßnahmen für Steuererleichterungen und Sozialversicherungsbeiträge, eingeleitet. Die Kommunistische Partei hatte ein 128-Milliarden-Euro schweres Stimuli-Paket geschnürt, das jedoch die fehlende Auslandsnachfrage nicht wettmachen konnte.⁴¹⁸ In Hongkong wurden aus Haushaltsreserven an jeden Bürger 10.000 Hongkong-Dollar (1.200 Euro) als Krisenhilfe ausbezahlt.⁴¹⁹ Im Vereinigten Königreich hatte zunächst im „*Kampf gegen den unsichtbaren Killer*“ die *Bank of England* den Leitzins auf 0,1 Prozent gesenkt und ihre Anleihekaufprogramme auf 645 Milliarden Pfund (das entspricht einem Drittel der Wirtschaftsleistung) ausgeweitet. Der Finanzminister schnürte drei Hilfspakete: Erst zwölf Milliarden Pfund mit Steuererleichterungen, Krankengeld und Extramilliarden für den Gesundheitsdienst NHS, dann 330 Milliarden Pfund Kreditgarantien für strauchelnde Unternehmen sowie 20 Milliarden Pfund Steuernachlässe für kleine Unternehmen und Direktzahlungen bis zu 25.000 Pfund für Einzelhändler und Gastronomen sowie Milliarden für Arbeitnehmer, die Lohneinbußen erlitten hatten.⁴²⁰ Mit Ende März 2020 übernahm der Staat die Zahlung von 80 Prozent der Monatsgehälter von Arbeitnehmern bis zu einer Höhe des Durchschnittseinkommens von 2500 Pfund netto im Monat. Die Intervention zur Lohnfortzahlung galt rückwirkend ab März 2020 und auf unbestimmte Zeit: „*Das sind beispiellose Maßnahmen für beispiellose Zeiten*“,⁴²¹ begründete der damalige Schatzmeister Rishi Sunak die Maßnahmen der Regierung. Noch am 23. März zählte die britische Arbeitslosenquote einen historischen Tiefststand von vier Prozent. Im ganzen Vereinigten Königreich zählte die Zahl der registrierten unselbständig Beschäftigten 33

⁴¹⁶ Christian Siedenbiedel, Wie tief der Dax noch fallen kann, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21.03.2020, S. 25.

⁴¹⁷ Frankfurter Allgemeine Zeitung, Weltrettung, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21.03.2020, S. 18.

⁴¹⁸ Fabian Kretschmer, China erholt sich nur sehr langsam, in: *Die Presse*, 04.06.2020, S. 15.

⁴¹⁹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, Weltrettung, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21.03.2020, S. 18.

⁴²⁰ Ebenda.

⁴²¹ Gabriel Rath, Britische Regierung bezahlt Gehälter, in: *Die Presse*, 24.03.2020, S. 19.

Millionen.⁴²² Irland beschloss ein ähnliches Paket mit einer Übernahme von 75 Prozent der Kosten durch die Regierung, ebenso andere Staaten in der EU. Folgende erste Finanzmaßnahmen wurden zunächst von folgenden EU-Staaten beschlossen:⁴²³

- Österreich: 38 Milliarden Euro: 4 Milliarden Euro für Kurzarbeit, 10 Milliarden Euro für Steuerstundungen, 15 Milliarden Euro für Notfallhilfen für Branchen, die es besonders hart trifft; 9 Milliarden Euro Garantien und Haftungen für Kredite. In Österreich betonte Bundeskanzler Sebastian Kurz: Es gelte, Arbeitsplätze zu retten: „Koste es, was es wolle“.⁴²⁴
- Deutschland: Über 1,6 Billionen Euro: 10 Milliarden Euro für Kurzarbeit; 50 Milliarden Euro für KMU; 600 Milliarden Euro für den Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF); bis 822 Milliarden Euro Garantien der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW); 200 Milliarden Euro für Unternehmen mit bis zu 2 Millionen Euro Umsatz.
- Frankreich: 45 Milliarden Euro: 32 Milliarden Euro Stundung von Körperschaftssteuer und Sozialversicherungsgebühren; 8,5 Milliarden Euro Zahlungen (Teilarbeitslosigkeit); 2 Milliarden Euro Solidaritätsfonds für kleine und mittlere Unternehmen (KMU); Kreditgarantien für Unternehmen bis zu 5 Millionen Euro Umsatz.
- Italien: 25 Milliarden Euro: 3,5 Milliarden Gesundheitssystem; 10 Milliarden Euro Familien und Ein-Personen-Unternehmen (EPU); Hilfe für Fracht- und Logistikunternehmen und Unternehmen bis 2 Millionen Euro Umsatz; staatliche Kreditgarantien.
- Spanien: 17 Milliarden Euro: Stützungen bei temporären Freistellungen von Arbeitnehmern. Sozialversicherungserleichterungen für „Systemerhalter“; Kreditaufschub für betroffene Arbeiter und Selbstständige; Garantien für Privatkredite.
- Niederlande: 20 Milliarden Euro (Gesamtumfang: 2,5 Prozent des BIP): Notfallsüberbrückung für Fixangestellte; Überziehungskredite für Unternehmen; Kreditgarantien für mittlere und große Unternehmen.⁴²⁵

⁴²² Ebenda.

⁴²³ Ebenda.

⁴²⁴ Ebenda.

⁴²⁵ Jakob Zirm, Auf der Intensivstation, in: *Private Banking*, Mai 2020, S. 6-9, hier S. 7.

Die Maßnahmen der EU und ihrer Mitgliedstaaten

Durfte die EU umfassend eingreifen?

Die Gesundheitsministerien der EU-Mitgliedstaaten dürften die Tragweite der Coronakrise noch Ende Januar 2020 völlig unterschätzt haben. Das ging aus den Protokollen der Europäischen Kommission hervor. Demnach hatte die Europäische Kommission bereits einen Monat vor Ausbruch von COVID-19 in der EU Hilfe bei der gemeinsamen Beschaffung von Nasen-Mund-Schutzmasken, Testkits und Beatmungsgeräten angeboten.⁴²⁶ Die Regierungsvertreter aus den Gesundheitsministerien der EU-Mitgliedstaaten hatten jedoch dieses Angebot bei einer Sitzung am 31. Januar 2020 offenbar abgelehnt – unter dem Verweis, ausreichend für eine mögliche Krisensituation gerüstet zu sein: „*Bisher hat noch kein Land um zusätzliche Unterstützung gebeten*“, so das Protokoll, das der Nachrichtenagentur Reuters vorlag.⁴²⁷ Das sollte sich kurz danach als ein großer Fehler herausstellen.

Am 10. Februar 2020 fand ein Krisentreffen der EU-Gesundheitsminister statt, damals wurden in der gesamten EU 44 nachweislich mit SARS-CoV-2 Infizierte in sieben Ländern registriert, weltweit stiegen die Fälle inzwischen auf 60.000 Corona-Infizierte an. Die Volksrepublik China hatte inzwischen ihre Zählmethode an die WHO angepasst, so wurden offiziell von Peking aus damals 15.000 an SARS-CoV-2 Infizierte an die WHO gemeldet. Das Zentrum des SARS-CoV-2-Ausbruchs in China – Wuhan – war demnach „*gut eingrenzbar, die EU gut abgeschirmt*“.⁴²⁸ Zu diesem Zeitpunkt war kaum bekannt, dass auch Infizierte ohne Symptome dieses Virus übertragen können. Ein tückischer Faktor der Epidemie wurde somit von Beginn an übersehen.⁴²⁹ Im Februar 2020 breitete sich das Virus bereits in Italien aus, 322 Infektionen und elf Tote waren offiziell am 25. Februar 2020 bekannt. An diesem Tag wurden bereits die ersten Fälle von SARS-CoV-2 aus Tirol gemeldet. Gesundheitsminister aus Italien, Österreich, Deutschland, Kroatien und der Schweiz trafen während dieser Zeit in Rom zusammen und

⁴²⁶ Anna Gabriel, Corona: Lehnten Regierungen EU-Hilfe ab?, in: *Die Presse*, 03.04.2020, S. 2.

⁴²⁷ Ebenda.

⁴²⁸ Christian Ultsch und Julia Raabe, China hat vertuscht, die WHO versagt und Europa geschlafen, in: *Die Presse*, 04.04.2020, S. 4.

⁴²⁹ Ebenda.

kamen überein: „*Wir stimmen darin überein, die Grenzen offen zu lassen*“, eine Schließung der Grenzen wäre „*unverhältnismäßig*“ und „*wirkungslos*“.⁴³⁰

Die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten begannen erst Anfang März 2020, den Ernst der Lage zu erkennen. Viele EU-Staaten schlossen zunächst ihre Grenzen, was den Export von dringend benötigter medizinischer Ausrüstung in die Nachbarländer behinderte, anstatt sich – wie von der Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen kritisiert –, auf das Gemeinsame zu konzentrieren.⁴³¹ Österreichs Gesundheitsminister Rudolf Anschober betonte Anfang April 2020 „*seit Wochen um eine Beschleunigung der Beschaffungsprogramme der EU zur Unterstützung der Mitgliedstaaten*“ zu kämpfen.⁴³² Dokumentiert wurde dies etwa durch mehrere Bestellungen aus Österreich im Rahmen des *Joint Procurement Agreement to procure medical counter measures* (JPA) von hochqualitativen Atemschutzmasken für den medizinischen Bereich, Schutzanzügen, Untersuchungshandschuhen und Schutzbrillen. In einer weiteren Bestellung wurden auch Beatmungsgeräte und große Mengen an weiteren Schutzmasken geordert, so Anschober: „*Ich habe auch mehrfach Kommissionsmitglieder auf die äußerst schleppende Umsetzung der Bestellungen angesprochen und schließlich in einem Schreiben an die Gesundheitskommissarin befragt um eine Beschleunigung gekämpft. Da kann ich die EU-Kommission nicht aus der Verantwortung entlassen.*“⁴³³ Auch der damalige Bundeskanzler Österreichs – Sebastian Kurz – sah hier Lücken „*in der EU*“ und meinte: „*Die EU müsse sich nach der Coronakrise einer kritischen Diskussion stellen.*“⁴³⁴ Zudem sah Kurz am 12. März 2021 eine zunehmende Ungleichheit zwischen den EU-Staaten bei der Impfstoffverteilung, den Grund sah er in „*Nebenabsprachen*“, in einem „*Bazar*“ in dem für die Verteilung zuständigen EU-Gremium auf Beamtenebene. Das hätte demnach dazu geführt, dass einige Staaten der EU aus der gemeinsamen Beschaffung mehr Impfstoffdosen erhalten hatten, als diese ihrem Bevölkerungsschlüssel entsprechen würde, andere aber weniger. So war Malta beim Impfen mittlerweile weit voraus, Lettland und Bulgarien hinkten damals hinterher. Österreich lag im Mittelfeld.⁴³⁵ Das von Kurz

⁴³⁰ Ebenda.

⁴³¹ Anna Gabriel, Corona: Lehnten Regierungen EU-Hilfe ab?, in: *Die Presse*, 03.04.2020, S. 2.

⁴³² Ebenda.

⁴³³ Ebenda.

⁴³⁴ Ebenda.

⁴³⁵ Salzburger Nachrichten, Kurz vermutet „Bazar“ bei Impfstoffvergabe, in: *Salzburger Nachrichten*, 13.03.2021, S. 4.

angesprochene EU-Gremium, in dem über die Impfstoffverteilung entschieden wurde, war der Lenkungsausschuss (*Steering Board*). Dort hatte jeder EU-Mitgliedstaat seinen Sitz. Österreich war mit Clemens Auer, dem Sonderbeauftragten des Gesundheitsministeriums, vertreten, Auer war zudem stellvertretender Vorsitzender der EU-Steuerungsgruppe. Laut Kurz konnte in diesem Ausschuss konterkariert werden, was die Staats- und Regierungschefs vereinbart hatten – nämlich, dass alle EU-Mitgliedstaaten gleichzeitig die ihrem Bevölkerungsschlüssel entsprechende Menge an Impfstoff geliefert bekommen. Offenkundigen Nebenabsprachen des *Steering Board* entsprächen nicht „dem Geist der Europäischen Union“, so führte Kurz damals aus, er forderte die Offenlegung der in dem Beamtengremium ausverhandelten Verträge: „*Wie sehen sie aus? Wer hat unterschrieben? Warum weichen sie von der Vereinbarung der Staats- und Regierungschefs ab? Unverständlich sei auch, dass er als Regierungschef in diese Verträge nicht Einsicht nehmen könne*“, so Kurz. Das konnte auch als indirekte Kritik am österreichischen Gesundheitsministerium verstanden werden, das für die Entsendung des *Steering Board* und die dort ausgehandelten Vereinbarungen zuständig gewesen war.⁴³⁶

Im EU-Vertrag in der Fassung des Vertrags von Lissabon zeigt sich, dass die Mitgliedstaaten weiterhin ihre Gesundheitspolitik selbst bestimmen und sowohl dem Europäischen Parlament als auch der Europäischen Kommission keine Rolle in der Gesundheitspolitik zugedacht wurde. Der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) hält zwar in Artikel 4 [Geteilte Zuständigkeiten] im Punkt „k“ fest, dass „*gemeinsame Sicherheitsanliegen im Bereich der öffentlichen Gesundheit*“ zu jenen Politikbereichen gehören, in denen sich Union und Mitgliedstaaten die Zuständigkeiten teilen. Jedoch gemäß Artikel 168 (1) AEUV ergänzt die Union nur die Arbeit der Mitgliedstaaten bei „*Beobachtung, frühzeitiger Meldung und Bekämpfung schwerniegender grenzüberschreitender Gesundheitsgefahren*“. Zudem können gemäß Artikel 168 (5) das Europäische Parlament und der Rat (also die Mitgliedstaaten)

„unter Ausschluss jeglicher Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren und nach Anhörung des Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen auch Fördermaßnahmen zum Schutz und zur Verbesserung der menschlichen Gesundheit sowie insbesondere zur Bekämpfung der weit

⁴³⁶ Ebenda

verbreiteten schweren grenzüberschreitenden Krankheiten, Maßnahmen zur Beobachtung, frühzeitigen Meldung und Bekämpfung schwerverwiegender grenzüberschreitender Gesundheitsgefahren sowie Maßnahmen, die unmittelbar den Schutz der Gesundheit der Bevölkerung vor Tabakkonsum und Alkoholmissbrauch zum Ziel haben, erlassen.“

Insbesondere wird bei der Tätigkeit der EU gemäß Artikel 168 (7) AEUV „die Verantwortung der Mitgliedstaaten für die Festlegung ihrer Gesundheitspolitik sowie für die Organisation des Gesundheitswesens und die medizinische Versorgung gewahrt. Die Verantwortung der Mitgliedstaaten umfasst die Verwaltung des Gesundheitswesens und der medizinischen Versorgung sowie die Zuweisung der dafür bereitgestellten Mittel.“ In Stockholm existiert mit ECDC ein EU-Seuchenortungszentrum, das Forschungs- und Informationsarbeit leistet. Die Kompetenz, gesundheitspolitische Maßnahmen zu verfügen, besitzt dieses Zentrum jedoch nicht.

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen verkündete zu Beginn der Pandemie, dass sich ihre Behörde „alle Instrumente“ ansehe, das gelte demnach auch für die Ausgaben gemeinsamer Anleihen zur Bekämpfung der Krise (sogenannte *Corona-Bonds*): „Wenn sie helfen, wenn sie richtig strukturiert sind, werden sie eingesetzt“. ⁴³⁷ Währungskommissar Paolo Gentiloni fügte hinzu, am besten solle der Euro-Krisenfonds *ESM* derartige *Corona-Bonds* auflegen, die wiederum von Finanzinstitutionen ausgegeben werden müssten. Von der Leyen verwies darauf, dass die EU-Kommission damals bereits unterstützende Maßnahmen für Mitgliedstaaten eingeleitet hatte. Diese benötigten demnach „maximale Beinfreiheit“, um gezielt den Unternehmen, die jetzt in der Krise sind, helfen zu können. ⁴³⁸ Die EU-Kommission gebe ihnen deshalb „sehr viel Freiheit“ bei Staatshilfen und sei auch „sehr viel großzügiger“ bei den Fiskalregeln. ⁴³⁹

Die Pandemie, so Deutschlands damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel am 23. April 2020, „ist eine demokratische Zumutung“. Die Einschränkungen wären demnach für die Gesellschaft nur erträglich, wenn die Gründe dafür akzeptabel und transparent wären. Überdies müsse, so Merkel, die Kritik

⁴³⁷ Frankfurter Allgemeine Zeitung, Verschärfte Ausgangsbeschränkungen, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21.03.2020, S. 1

⁴³⁸ Ebenda.

⁴³⁹ Ebenda.

daran gehört werden.⁴⁴⁰ So wurde „*der EU*“ vor allem zu Beginn des Ausbruchs von SARS-CoV-2 „*Versagen*“ beim Krisenmanagement unterstellt. Nach näherer Betrachtung bezieht sich dieses „*Versagen*“ jedoch auf jene EU-Mitgliedstaaten, die sich abschotten wollten und im März Lieferungen sogar medizinischer Hilfsgüter für andere EU-Mitgliedstaaten blockiert hatten. So entstand innerhalb der EU in der Gesundheitspolitik einzig und allein der Eindruck, eine „*Union nationalstaatlicher Einzelkämpfer*“ zu sein.⁴⁴¹

Die EU-Mitgliedstaaten stimmten sich zunächst bei der Rückholung ihrer Staatsbürger gemeinsam ab. Insgesamt waren rund 250.000 Menschen bis Anfang April 2020 von den EU-Mitgliedstaaten gemeinsam koordiniert in Linienflügen, eigens gecharterten Flugzeugen oder mit Militärflugzeugen (z.B. aus Frankreich) in die jeweiligen Heimatländer gebracht worden. In absoluten Notfällen, wo es keine sonstigen Flugmöglichkeiten gab, war der Zivilschutzmechanismus der EU direkt in Brüssel aktiviert worden.⁴⁴²

Die Europäische Kommission stellte gleich zu Beginn der Coronakrise Gelder für die Forschung in Hinblick auf die Eindämmung von SARS-CoV-2 bereit. Nach der Veröffentlichung einer Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen in Höhe von 10 Millionen Euro im Januar 2020 hatte die Europäische Kommission weitere 37,5 Millionen Euro für dringende Forschungsarbeiten zur Entwicklung eines Impfstoffs gegen Covid-19 sowie zur Behandlung und Diagnose bereitgestellt. Mit diesem zusätzlichen Betrag aus dem Programm *Horizont 2020* hatte die Kommission die Mittel für die im Januar 2020 veröffentlichte dringliche Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für die Bekämpfung von COVID-19 auf 47,5 Millionen Euro aufgestockt. Damit konnten zunächst 17 Projekte ausgewählt werden, an denen 136 Forschungsteams aus der gesamten EU und darüber hinaus beteiligt waren. Diese Teams arbeiteten an der Entwicklung von Impfstoffen, neuen Behandlungsmethoden sowie an medizinischen Systemen, mit denen die weitere Ausbreitung des SARS-CoV-2 verhindert

⁴⁴⁰ Philipp Aichinger, Wo uns zu viel zugemutet wird, in: *Die Presse*, 24.04.2020, S. 1.

⁴⁴¹ Paul Schmidt, Europäerinnen und Europäer vor den Vorhang, in: *Die Presse*, 24.04.2020, S. 31.

⁴⁴² Die Presse, 350.000 weltweit gestrandete Europäer warten auf Heimflug, in: *Die Presse*, 04.04.2020, S. 8.

werden sollte.⁴⁴³ Die Kommission handelte mit ausgewählten Forschungseinrichtungen dazu Finanzhilfvereinbarungen aus. Die 17 Projekte befassten sich mit

- den Entwicklungen neuer Impfstoffe: Schwerpunkt der Forschungsarbeiten war damals die Entwicklung eines prophylaktischen sowie eines therapeutischen Impfstoffs zur Prävention und Behandlung;
- patientennahen Schnelldiagnostiktests: die Anstrengungen konzentrierten sich verstärkt darauf, dass an vorderster Front tätige medizinische Personal in die Lage versetzt wird, schnellere und genauere Diagnosen zu stellen, was wiederum das Risiko einer weiteren Ausbreitung des Virus verringern sollte;
- neue Behandlungen mit einem dualen Ansatz: Zum einen sollte die Entwicklung neuer potenzieller Behandlungsmethoden beschleunigt werden (z.B. therapeutische Peptide, monoklonaler Antikörper und Breitbandvirostatika), zum anderen sollten Moleküle erforscht und ermittelt werden, die das Virus bekämpfen könnten, und zwar mit fortgeschrittenen Modellierungs- und Rechnungstechniken.
- der Verbesserung der Epidemiologie und der öffentlichen Gesundheit, wie der Vorsorge und der Reaktion auf Ausbrüche. Diese Projekte sollten die Entwicklung besserer Überwachungssysteme unterstützen, damit die Ausbreitung des Virus wirksam verhindert und eingedämmt werden konnte.⁴⁴⁴

Im Rahmen der Initiative für innovative Arzneimittel (IMI), einer öffentlich-privaten Partnerschaft zwischen der Europäischen Kommission und der Pharmaindustrie, wurden vorerst zusätzliche Forschungsarbeiten mit bis zu 45 Millionen Euro aus dem Programm *Horizont 2020* unterstützt.⁴⁴⁵ Die Kommission hatte im März 2020 ein Beratergremium aus sieben unabhängigen Epidemiologen und Virologen unter dem Vorsitz von Präsidentin Von der Leyen und dem Ko-Vorsitz von Kommissarin Kyriakides ins Leben gerufen. Ziel des Gremiums war es, Leitlinien für

⁴⁴³ Europäische Kommission, Covid-19: Kommission stockt Forschungsmittel auf und wählt 17 Projekte in den Bereichen Impfstoffentwicklung, Behandlung und Diagnose aus, Pressemitteilung, Brüssel, 6. März 2020, S. 1.

⁴⁴⁴ Europäische Kommission, Covid-19: Kommission stockt Forschungsmittel auf und wählt 17 Projekte in den Bereichen Impfstoffentwicklung, Behandlung und Diagnose aus, Pressemitteilung, Brüssel, 6. März 2020, S. 1.

⁴⁴⁵ Ebenda.

wissenschaftlich fundierte und koordinierte Risikomanagementmaßnahmen vorzugeben und in folgenden Bereichen zu beraten:

- Reaktionsmaßnahmen für alle Mitgliedstaaten;
- Lücken im klinischen Management;
- Priorisierung von Gesundheitsversorgung, Katastrophenschutz und anderen Ressourcen;
- Strategische Maßnahmen zur Eindämmung der langfristigen Folgen der COVID-19--Pandemie.

Finanzielle Maßnahmen der EU-27

Die EU-Kommission hatte noch im März 2020 festgelegt, dass faktisch alle krisenbedingten Staatsausgaben vom Regelwerk des Stabilitätspaktes und den Beihilferegeln ausgenommen werden, und bezog sich auf Artikel 107 Abs. 2 (b) des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV): Demgemäß sind mit dem Binnenmarkt „*Beihilfen zur Beseitigung von Schäden, die durch Naturkatastrophen oder sonstige außergewöhnliche Ereignisse entstanden sind*“, vereinbar. Folglich hatte die EU-Kommission ein *Corona-Paket* aus EU-Mitteln von zunächst 37 Milliarden Euro geschnürt, das direkt zur Bekämpfung der ökonomischen Folgen der Pandemie genutzt werden konnte. Es ermöglichte eine Umwidmung von vorhandenen Mitteln. Die Europäische Investitionsbank hatte anfangs ein Kreditvolumen von bis zu 40 Milliarden Euro für notleidende Unternehmen bereitgestellt und über den EU-Haushalt abgesichert.⁴⁴⁶

Weil SARS-CoV-2 nicht nur Volkswirtschaften, sondern auch Konzerne hart getroffen hatte, hatte sich die Europäische Zentralbank (EZB) am 22. April 2020 Abend dazu entschieden, von den Geschäftsbanken künftig auch Anleihen als Sicherheit für Zentralbankgeld zu akzeptieren, die bis zum 7. April noch über ein positives Rating verfügten – aber seither in den oberen Ramschbereich rutschten. Mit dieser Regelung, die bis September 2021 galt, war die EZB zunächst bestrebt, eine Kreditklemme zu verhindern. Die EZB reagierte damit auf Befürchtungen, dass es in den darauffolgenden Wochen und Monaten einige Herabstufungen in den sogenannten Junk-Bereich geben könnte. Wäre ein derartiger Fall eingetreten, wären große Investoren häufig dazu verpflichtet gewesen, sich von solchen Papieren zu trennen. Für

⁴⁴⁶ Frankfurter Allgemeine Zeitung, Weltrettung, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21.03.2020, S. 18.

Schuldner wäre dies problematisch gewesen, da ihnen so die Geldgeber abhandenkommen wären.⁴⁴⁷

In der EU beschloss die EZB das 750 Milliarden Euro umfassende PEPP (*Pandemic Emergency Purchase Programme*). Mit diesem Geld sollten als Stützungsmaßnahme in der Coronakrise Anleihen der öffentlichen Hand und des privaten Sektors gekauft werden. Bereits Mitte März 2020 hatte die EZB Langfristkredite für Banken zu extrem günstigen Bedingungen bereitgestellt, die diese an ihre Kunden weiterreichen sollten. Die Zinsen lagen zum Teil bei minus 0,75 Prozent, die Banken bekamen also Geld geschenkt, wenn sie die Kredite nehmen. Die monatlichen Anleihekäufe der EZB von 20 Milliarden Euro wurden zweimal aufgestockt. Nach Berechnungen der Allianz-Ökonomen konnten so für mehr als 110 Milliarden Euro im Monat Staats- und Unternehmensanleihen aufgekauft werden, mehr als in der Eurokrise. Es galt in der Folge zu verhindern, dass aus der Coronakrise eine Finanzkrise werde. Mit dieser Maßnahme lehnte sich die EZB auch an das Vorgehen der US-Notenbank Fed an. Letztere hatte angekündigt, Anleihen von Unternehmen zu kaufen, die ihr positives Rating seit einem bestimmten Stichtag verloren hatten. Zudem konnte sie von der Möglichkeit Gebrauch machen, sogenannte börsengehandelte Indexfonds (ETF) auf Hochzinspapiere zu kaufen, um den Druck vom Sektor zu nehmen. Einige Zeit zuvor warnte die OECD, dass ein großer Teil der globalen Unternehmensschulden nur eine Stufe vom Schrottbereich entfernt gewesen war.⁴⁴⁸ Laut den Vorschriften der EZB hätte zum Beispiel die von *Standard & Poors*, *Moody's*, *Fitch* und *DBRS* festgesetzte Wertigkeit von Italien auf Ramsch gesenkt werden müssen, um von den Notenbankprogrammen ausgeschlossen zu werden. Die Herabstufung eines Staates kann sich vor allem auch negativ auf die Unternehmen eines Landes auswirken. Berechnungen von *Bloomberg Intelligence* zufolge standen damals 200 Milliarden Euro an Firmenschulden in Europa kurz davor, in den spekulativen Bereich abzudriften. Firmen, denen das passiert, werden in der Finanzwelt als „*Fallen Angels*“ (gefallene Engel) bezeichnet.⁴⁴⁹

Am 23. April 2020 beauftragten die Staats- und Regierungschefs aus den EU-Mitgliedstaaten die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, einen Plan für das Unionsbudget 2021-2027 sowie einen

⁴⁴⁷ Nicole Stern, EZB fängt gefallene Engel auf, in: *Die Presse*, 24.04.2020, S. 19.

⁴⁴⁸ Ebenda.

⁴⁴⁹ Ebenda.

Wiederaufbaufonds zu erarbeiten. Während der ersten sieben Wochen in der Krise beschloss die EU:

- 100 Milliarden Euro Kredithilfen für nationale Kurzarbeitssysteme („SURE“)
- 200 Milliarden Euro neue Kreditlinien der Europäischen Investitionsbank (EIB), um Unternehmen zu unterstützen.
- Bis zu 240 Milliarden Euro vom Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM) zur Stützung nationaler Gesundheitssysteme sowie zur Deckung anderer unmittelbar durch die Seuche verursachter medizinischer Ausgaben.
- Maximale Lockerung des Staatsbeihilferechts;
- Freimachung von 37 Milliarden Euro Kohäsionsforderungen, die sonst verfallen wären;
- Aussetzung von Defizitregeln;
- ein 750 Milliarden Euro umfassendes Programm der Europäischen Zentralbank (EZB), Staatsanleihen aufzukaufen und somit Zinssätze niedrig zu halten.⁴⁵⁰

Falls die Rezession 2020 im Schnitt rund acht Prozent der Wirtschaftsleistung betragen hätte, hätte das einen Schaden von mindestens 1,5 Billionen Euro verursacht: „*Wir reden nicht von Milliarden, sondern von Billionen*“, stellte damals Ursula von der Leyen fest. Genaue Zahlen nannte sie damals noch nicht.⁴⁵¹

Die Gouverneurin der EZB, Christine Lagarde, sprach sich für *Corona-Anleihen* aus, stellte jedoch klar, dass derartige Finanzoperationen der EZB nicht an etwaige ESM-Programme gekoppelt werden dürfen.⁴⁵² Der ESM ist grundsätzlich für einen ganz anderen Zweck geschaffen worden – nämlich zur Unterstützung von EU-Mitgliedstaaten, die aufgrund von zu hoher Verschuldung in eine finanzielle Notlage geraten sind. Das heißt, im Fall des ESM gilt der Faktor Eigenverantwortung.⁴⁵³

⁴⁵⁰ Oliver Grimm, Auftakt zum Gezerre um Coronahilfen, in: *Die Presse*, 24.04.2020, S. 8.

⁴⁵¹ Ebenda.

⁴⁵² Michael Laczynski, Legende allein auf weiter Flur, in: *Die Presse*, 26.03.2020, S. 3.

⁴⁵³ Julia Löhr, Hilfskredite reichen nicht mehr, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21.03.2020, S. 17.

Die Europäische Kommission hatte am 27. Mai 2020 für den Wiederaufbau nach der Coronakrise einen Fonds von 750 Milliarden Euro vorgeschlagen, also um 250 Milliarden Euro mehr als der ursprüngliche deutsch-französische Plan („Merkel-Macron-Plan“) enthielt. Davon sollten 500 Milliarden Euro als nicht rückzahlbare Zuschüsse für die folgenden drei Jahre (das entsprach damals rund 1,2 Prozent der jährlichen gesamten Wirtschaftsleistung der EU) und 250 Milliarden Euro als Kredite fließen. Zur Finanzierung sollten im Namen der EU Kredite aufgenommen und gemeinsam getilgt werden, die über die Europäische Investitionsbank (EIB) verwaltet und als Garantien an Unternehmen weitergegeben werden. Die Europäische Kommission würde somit Anleihen an den Finanzmärkten auflegen, um diesen Fonds zu füllen: „*Eine dringende und außergewöhnliche Notwendigkeit für eine dringende und außergewöhnliche Situation*“ nannte dies die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, am 27. Mai 2020 bei ihrer Ansprache im Europäischen Parlament.⁴⁵⁴ Die Europäische Kommission hatte damals nach ihrem Plan mit dem Namen „*Nächste Generation EU*“ dreißigjährige Anleihen vorgeschlagen, die aus dem Unionshaushalt zurückgezahlt werden sollten: „*nicht vor 2028, und nicht nach 2058*“.⁴⁵⁵ Als Rechtsgrundlage für ihren Vorschlag zog die Europäische Kommission nach Angaben von Haushaltskommissar Johannes Hahn den Artikel 311 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) heran. Dieser besagt, dass „*die Union sich mit den erforderlichen Mitteln ausstattet, um ihre Ziele erreichen und ihre Politik durchführen zu können*“. Ob dies tatsächlich möglich ist, um das Verschuldungsverbot der Europäischen Kommission zu umgehen, müssten Gerichte entscheiden.⁴⁵⁶ Heikel sind vor allem jene 500 Milliarden Euro, die als Zuschüsse gedacht sind, denn es fließt kein Geld zurück. Am Ende sollte die EU Schulden bis zu maximal 450 Milliarden Euro zurückzahlen müssen, ein Teil der Zuschüsse soll nach Johannes Hahn lediglich der Absicherung von Programmen dienen. Beginnen sollten die Rückzahlungen im Jahr 2028. Bis dahin sollten „nur“ zwei Milliarden Euro an Zinszahlungen fällig werden. Bis 2028 sollten sich die Mitgliedstaaten der EU zwischen drei Varianten entscheiden: entweder die Mitgliedstaaten begleichen ihre Schulden, der übernächste EU-Haushalt schrumpft oder die EU bekommt nach den Vorschlägen der Europäischen Kommission neue Eigenmittel, um die Schulden zu tilgen. Als

⁴⁵⁴ Oliver Grimm, Der 750-Milliarden-Euro-Plan, in: *Die Presse*, 28.05.2020, S. 1.

⁴⁵⁵ Ebenda.

⁴⁵⁶ Hendrik Kafsack und Werner Mussler, Die „sparsamen Vier“ in der Defensive, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 29.05.2020, S. 19.

Einnahmequellen kamen für Hahn Erträge aus dem Emissionshandel, eine grenzüberschreitende CO₂-Abgabe, eine Plastikabgabe oder EU-Steuern in Frage. Im Idealfall ließen sich mit einer Kombination aus Eigenmitteln bis zu 20 Prozent des EU-Budgets finanzieren. Das würde reichen, um wie geplant bis 2058 die Schulden tilgen zu können.⁴⁵⁷

Für die „*sparsamen Vier*“ war jedoch der Vorschlag der Eigenmittel schwer zu akzeptieren, denn je mehr die EU auf eigene Einnahmen zurückgreifen kann, desto stärker schrumpft der politische Einfluss der Beitragszahler. Ins Auge fasste die Kommission auch eine EU-Steuer, die nur Großunternehmen mit einem globalen Jahresumsatz von mindestens 750 Millionen Euro im Jahr zahlen sollen. Jedoch wollte die Kommission, so Steuerkommissar Paolo Gentiloni, diese vorerst nicht vorantreiben. Zunächst wollte er abwarten, wie sich die Diskussion über eine internationale Angleichung der Unternehmensbesteuerung fortsetze. Zu diesem Zeitpunkt wurde in der OECD diskutiert, eine globale Mindestbesteuerung für größere Unternehmen einzuführen. Weitere Pläne zu diesem Thema können in der EU nur dann gefasst werden, wenn sich die OECD einigen sollte. Das gelte auch für eine globale Digitalsteuer, über deren Einführung in der OECD ebenfalls diskutiert wurde. Eine Einigung wäre nur mit Zustimmung aller Staaten möglich.⁴⁵⁸

Aus den 750 Milliarden Euro-Wiederaufbaufonds werden Transfers (390 Milliarden Euro) sowie zinsgünstige Kredite an die Mitgliedstaaten vergeben. Ebenso durch EU-Schulden finanziert ist das EU-Programm für die Arbeitslosenhilfe (SURE), in dem 100 Milliarden Euro vorgesehen sind, sowie der von den Eurostaaten finanzierte Euro-Krisenfonds ESM von 240 Milliarden Euro zur Finanzierung der Gesundheitskosten.⁴⁵⁹ Das Programm setzt damit ebenso wie der ursprüngliche deutsch-französische Plan („*Merkel-Macron-Plan*“) vor allem auf Zuschüsse, ist aber noch deutlich größer dimensioniert. Parallel dazu wurde ein EU-Budget bis 2027 von 1,1 Billionen Euro beschlossen. Die EU-Mitgliedstaaten garantieren für diese neuen Schulden im Fall eines Wiederaufbaufonds über eine Erhöhung der Eigenmittelobergrenze im EU-Haushalt. Damit wäre also die Garantie verbunden, für Ausfälle gegebenenfalls gemeinsam einzustehen.

⁴⁵⁷ Ebenda.

⁴⁵⁸ Ebenda.

⁴⁵⁹ Werner Mussler, Europas Schuldenillusion, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 13.01.2021, S. 16.

Deutschland garantiert mit bis zu 200 Milliarden Euro.⁴⁶⁰ Mit der *EU Recovery and Resilience Facility* (RRF) sollten 672,5 Milliarden Euro direkt an die Mitgliedstaaten verteilt werden, davon 312,5 Milliarden Euro als Zuschüsse und bis zu 360 Milliarden Euro als Darlehen. Der Rest der 750 Milliarden Euro wurde über Programme im EU-Haushalt direkt verwaltet. Mindestens 37 Prozent der Mittel aus dem RRF sind für den Klimaschutz vorgesehen, 20 Prozent für Digitalisierung.⁴⁶¹

Die Impfstoffstrategien der EU, einzelner EU-Mitgliedstaaten und der Schweiz

Die EU war seitens der 27 Mitgliedstaaten am 18. Juni 2020 bevollmächtigt worden, mit folgenden sechs Pharmakonzernen Vorkaufrechte für 2,3 Milliarden Impfdosen für 450 Millionen EU-Bürgerinnen und -Bürger zu verhandeln:⁴⁶² *Curevac* (bis zu 405 Millionen Dosen), *Astra Zeneca* (bis zu 400 Millionen Dosen), *Johnson & Johnson* (bis zu 400 Millionen Dosen), *Moderna* (bis zu 160 Millionen Dosen) *BioNTech/Pfizer* (bis zu 300 Millionen Dosen) sowie mit *Sanofi-GSK* (bis zu 300 Millionen Dosen). Im Fall der Zulassung hatte die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) jeweils ein wissenschaftliches Gutachten zu deren Sicherheit und Wirksamkeit erstellt.⁴⁶³ Die EMA war 2019 aufgrund des Brexits von London nach Amsterdam übersiedelt. Sie stand damals unter der Leitung der Pharmazeutin Emer Cooke, entscheidet über die EU-weite Zulassung von Impfstoffen und beurteilt anhand aller verfügbaren Daten von Tests in Laboren die drei wichtigsten Faktoren jeder Impfung:

- Effektivität, also den Wirkungsgrad der Impfung.
- Sicherheit, also die Vermeidung von schweren oder sogar lebensgefährlichen Nebenwirkungen.
- Verträglichkeit.

⁴⁶⁰ Ebenda.

⁴⁶¹ Dolomiten, Aufbaufonds am Start, in: *WIKU Dolomiten*, 17.02.2021, S. 3.

⁴⁶² Wolfgang Böhm und Anna Gabriel, Impfstoff wird in Europa noch knapper, in: *Die Presse*, 30.01.2021, S. 1.

⁴⁶³ Anna Gabriel, „Hoffe, dass wir Pandemie bis zum Sommer für beendet erklären“, in: *Die Presse*, 28.11.2020, S. 5.

Im Fall von Corona-Impfstoffen erfolgte dies in einem beschleunigten Verfahren, bei dem die Unternehmen Daten bereits vorab vorlegen mussten.⁴⁶⁴

Die Vakzine basieren auf einen Botenstoff (Ribonukleinsäure), der menschlichen Zellen Informationen zur Bekämpfung des Virus vermittelt. Um jedoch den Prozess der Zulassung zu beschleunigen, wurde bei der EMA ein Vorverfahren eingeführt. Pharmaunternehmen können demnach ihre Daten zu laufenden Studien bereits übermitteln, bevor das offizielle Genehmigungsverfahren beginnt.⁴⁶⁵ Die Impfstrategie der EU folgte dem Motto „Jede Impfung ist besser als ein ungeimpftes Leben in Gefahr“, mit diesen Worten fasste zum Beispiel Ungarns leitende Landesärztin Cecilia Müller am 7. Februar 2021 die Impfprioritäten ihres Landes zusammen.⁴⁶⁶

Die Strategie zum Erwerb und zur Verteilung von Impfstoffen wurde von allen EU-Mitgliedstaaten beschlossen. Alle EU-Mitgliedstaaten waren im Lenkungsausschuss (*Steering Committee*) vertreten. Dieser Ausschuss hatte alle Aspekte der vertraglichen Abnahmegarantien für Impfstoffe vor der Unterzeichnung erörtert und überprüft. In den Abnahmegarantien wurde sichergestellt, dass alle EU-Mitgliedstaaten zu den gleichen Bedingungen und zum gleichen Zeitpunkt Zugang zu den einzelnen Impfstoffen haben würden. Österreich spielte dabei eine maßgebliche Rolle im Lenkungsausschuss: Co-Vorsitzender des Ausschusses war Clemens-Martin Auer, Sonderbeauftragter im österreichischen Gesundheitsministerium. Jenes Team, das die Verträge mit den Impfstoffherstellern ausgehandelt hatte, war vom Lenkungsausschuss ernannt worden und musste diesem laufend Bericht erstatten. Bei allen Verträgen bzw. Abnahmegarantien, die im Rahmen der EU-Impfstoffstrategie ausgehandelt worden waren, stand den einzelnen EU-Mitgliedstaaten ein Anteil an den Impfdosen gemäß ihrer Bevölkerungsgröße zu. Jedoch hatten die EU-Mitgliedstaaten die Möglichkeit, von einzelnen Impfstoffen weniger zu bestellen, als ihnen aufgrund der Bevölkerungsgröße zugestanden wäre. Einige EU-Mitgliedstaaten hatten von dieser Option Gebrauch gemacht. Die jeweilige Ausgestaltung der nationalen Impfportfolios konnte von den EU-

⁴⁶⁴ Wolfgang Böhm und Anna Gabriel, Impfstoff wird in Europa noch knapper, in: *Die Presse*, 30.01.2021, S. 1.

⁴⁶⁵ Wolfgang Böhm, 1,2 Mrd. Impfungen für EU, in: *Die Presse*, 19.11.2020, S. 8.

⁴⁶⁶ Ivo Mijnsen, Viktor Orbans Impfpluralismus könnte Schule machen, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 12.02.2021, S. 2.

Mitgliedstaaten gemäß ihren Präferenzen bestimmt werden. Auf der Grundlage der Abnahmegarantien, die auf EU-Ebene ausgehandelt worden waren, hatten die einzelnen EU-Mitgliedstaaten konkrete Lieferverträge mit den einzelnen Herstellern geschlossen, die jeweils auf Ministerebene gebilligt worden waren. Die EU-Mitgliedstaaten konnten auch alle gemeinsam beschließen, ausnahmsweise von der Verteilung auf der Grundlage der Bevölkerungsgröße abzuweichen. Wie die gemeinsam beschafften Impfstoffe national verimpft wurden, lag ausschließlich in der Verantwortung der Regierungen und Verwaltungen der jeweiligen EU-Mitgliedstaaten. Auch die Impfgeschwindigkeit in den einzelnen EU-Mitgliedstaaten hing dabei ausschließlich von deren nationalen Impfkampagnen ab. In diesem Zusammenhang spielten die Leistungsfähigkeit nationaler Gesundheitssysteme, die Alterstruktur der jeweiligen Bevölkerungen und der Digitalisierungsgrad eines Landes eine entscheidende Rolle. Jedoch gab es in der EU sowie auch in der Schweiz aufgrund von Lieferengpässen oder auch Produktionsausfällen wie beim Vakzinhersteller *BioNTech/Pfizer* Verzögerungen der Impfkampagne. Mehrere deutsche Bundesländer zogen Konsequenzen aus den abermaligen Kürzungen der Impfstofflieferungen durch *AstraZeneca*: Das britisch-schwedische Unternehmen hatte am 12. März 2021 Abend mitgeteilt, statt 220 Millionen nur 100 Millionen Dosen bis Sommer 2021 in die EU liefern zu können. Es begründete dies mit Exportbeschränkungen, ohne Details zu nennen. Thüringen stoppte wegen der Ankündigung von *AstraZeneca* vorerst die Terminvergabe für Impfungen und verschob den Start von Impfungen bei Hausärzten.

Hamburg setzte die Vergabe von Impfterminen für unter 80-Jährige Menschen aus. Alle vereinbarten Termine wurden jedoch eingehalten.⁴⁶⁷

Deshalb war es Ziel der jeweiligen Regierungen, zum Beispiel in Österreich und der Schweiz, die Teststrategie auszubauen: „testen, testen, testen“. Das breite Testen sollte dazu beitragen, lokale Infektionsausbrüche frühzeitig zu erkennen und einzudämmen, so auch in Schulen. Das wurde auch in der Schweiz auf der Medienkonferenz des Bundesrates am 27. Januar 2021 verkündet. Der Bund übernahm sowohl in Österreich als auch in der Schweiz die Kosten sämtlicher Corona-Tests, auch bei Personen ohne Symptome. Mehr als die Hälfte der Virusübertragungen fand offensichtlich

⁴⁶⁷ Frankfurter Allgemeine Zeitung, Teilweiser Stopp der Terminvergabe für Corona-Impfungen, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 15.03.2021, S. 1.

durch Personen ohne Symptome statt.⁴⁶⁸ Zudem wurden wie in der Schweiz die Einreisebestimmungen verschärft. Personen, die in die Schweiz einreisten und sich zehn Tage zuvor in einem Gebiet mit erhöhtem Ansteckungsrisiko aufgehalten hatten, benötigten einen negativen PCR-Test. Dieser durfte nicht älter als 72 Stunden sein. Dies galt auch für Personen, die mit dem Flugzeug eingereist waren. Diese Personen mussten sich sofort in eine geeignete Unterkunft begeben und eine zehntägige Quarantäne absolvieren.⁴⁶⁹

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen räumte am Morgen des 10. Februar 2021 in deutscher Sprache im Europäischen Parlament Fehler bei der Zulassung von Impfstoffen ein: „*Wir waren spät dran bei der Zulassung, und wir waren zu optimistisch bei der Massenproduktion, und vielleicht waren wir uns auch zu sicher, dass das Bestellte tatsächlich pünktlich geliefert wird.*“⁴⁷⁰ Erst warnte das Mainzer Unternehmen *BioNTech* und sein US-Partner *Pfizer*, dass sie kurzzeitig weniger Impfstoffe liefern könnten als zugesagt. Im Streit um verspätete Lieferungen hatte *AstraZeneca* der Europäischen Kommission zugesagt, im ersten Quartal 2021 statt der angekündigten 31 Millionen Dosen 39 Millionen Dosen zu liefern, das Pharmaunternehmen blieb jedoch weiter hinter seinen Zusagen von 80 Millionen Dosen bis Ende März 2021 zurück. Diese Menge konnte damals auch von keinem anderen der beiden in der EU zugelassenen Impfstoffen von *BioNTech/Pfizer* und *Moderna* kompensiert werden. Am 29. Januar zeichnete sich auch eine Reduzierung der Lieferungen des US-Unternehmens *Moderna* ab – Italien, Frankreich und die Schweiz wurden bereits über die Reduktion von 20 Prozent informiert. Bei *Johnson & Johnson* wurden damals 400 Millionen Dosen reserviert.⁴⁷¹ Die Impfkampagne in der EU verlief somit äußerst schleppend, für die Bereitstellung war die Europäische Kommission zuständig. Von der Leyen forderte deshalb auch mehr Corona-Tests und dass der wissenschaftliche Austausch zwischen den Laboren über Mutationen verstärkt werde. Zudem wies Von der Leyen Kritik daran zurück, dass die Europäische Arzneimittelbehörde EMA auf eine rasche Notzulassung der Vakzine

⁴⁶⁸ Neue Zürcher Zeitung, Der Bund übernimmt die Kosten für alle Corona-Tests, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 28.01.2021, S. 1.

⁴⁶⁹ Ebenda.

⁴⁷⁰ Björn Finke und Matthias Kolb, Führung mit Defiziten, in: *Süddeutsche Zeitung*, 11.02.2021, S. 2.

⁴⁷¹ Wolfgang Böhm, Pharmaexporte ohne Ende: Warum die EU jetzt schlecht dasteht, in: *Die Presse*, 12.03.2021, S. 2.

verzichtet hatte.⁴⁷² Laut Von der Leyen waren bis 11. Februar 2021 26 Millionen Impfdosen in der EU ausgeliefert und 17 Millionen EU-Bürgerinnen und -Bürger waren zu diesem Zeitpunkt bereits geimpft. Das waren rund 3,7 Prozent der Gesamtbevölkerung in der EU. An der Zielsetzung, bis Sommer 2021 70 Prozent der erwachsenen EU-Bevölkerung geimpft zu haben, hielt die Europäische Kommission damals fest. Die Europäische Kommission war bestrebt, die Zulassung von Impfstoffen zu beschleunigen, in dem die EMA einen schnelleren Zugang zu den Daten klinischer Impfstofftests erhielt. Deutlich verbessert werden sollte auch der Ausbau der Produktionskapazitäten.⁴⁷³

EU-Ratspräsident Charles Michel hatte die Hersteller von Corona-Impfstoffen angesichts von Lieferverzögerungen vor möglichen juristischen Konsequenzen gewarnt: „*Wir erwarten, dass die von den Pharmaunternehmen bestätigten Verträge eingehalten werden.*“ Man verstehe, dass es Probleme geben könne, so Michel. Es brauche aber Klarheit über die Gründe. Nach *BioNTech/Pfizer* hatte auch *AstraZeneca* angekündigt, zeitweise weniger Impfstoff liefern zu können.⁴⁷⁴ Die Zulassung des Vakzins von *AstraZeneca* am 29. Januar 2021 trug zudem nicht zu einer Beruhigung bei. Es folgte ein Streit mit der Europäischen Kommission; vor allem der Umstand, dass *AstraZeneca* das Vereinigte Königreich trotz massiver Lieferreduktion in die EU weiter versorgt hatte. Vorstandschef Pascal Soriot hatte dies mit zwei Argumenten gerechtfertigt:⁴⁷⁵ Das Vereinigte Königreich hatte den Liefervertrag drei Monate vor der EU unterschrieben, zudem hatte *AstraZeneca* der EU im Vertrag nur zugesichert, sein Möglichstes («best effort») zu tun, um die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Der Europäischen Kommission war daraufhin vorgeworfen worden, schlecht verhandelt zu haben. In der Zwischenzeit war ein Vertrag zwischen dem Vereinigten Königreich und *AstraZeneca* aufgetaucht. Die britische Regierung hatte dem US-Fernsehsender *CNN* einen Link mit dem Dokument zugeschickt. Obwohl London eine Veröffentlichung abgelehnt hatte, gelangte der Vertrag „*unbemerkt*“ ins Internet. Jedenfalls widerlegte der

⁴⁷² Björn Finke und Matthias Kolb, Führung mit Defiziten, in: *Süddeutsche Zeitung*, 11.02.2021, S. 2.

⁴⁷³ Daniel Steinvorth, Von der Leyen räumt Fehler ein, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 12.02.2021, S. 1.

⁴⁷⁴ Hamburger Abendblatt, EU erhöht Druck auf Impfstoffhersteller, in: *Hamburger Abendblatt*, 25.01.2021, S. 3.

⁴⁷⁵ Salzburger Nachrichten, Astra Zeneca unterschrieb bei Briten nach der EU, in: *Salzburger Nachrichten*, 19.02.2021, S. 5.

öffentlich gemachte Vertrag vorerst Soriot's Behauptungen. Das Papier trug das Datum 28. August 2020. Die „Best effort“-Klausel fand sich auch im Vertrag mit dem Vereinigten Königreich, der dem Sinn nach auch ansonsten jenem mit der EU ähnelte. Das stützte die Argumentation der Europäischen Kommission, wonach dies eine übliche Formulierung sei und keinesfalls erlaube, Verpflichtungen nicht einzuhalten. Laut Angaben der Europäischen Kommission hatte *AstraZeneca* für die Lieferverkürzungen Schwierigkeiten in einem Werk in Belgien verantwortlich gemacht. Doch die Fabrik, die vom US-Unternehmen *Thermo Fisher* betrieben wird, betonte, alle Aufträge von *AstraZeneca* erfüllt zu haben.⁴⁷⁶

Die EMA hatte zu diesem Zeitpunkt zwar die dritte vorläufige Genehmigung für alle Personen über 18 Jahre erteilt, gleichzeitig aber auf fehlende Studiendaten zur Wirksamkeit bei Personen ab 55 Jahre hingewiesen. Die EMA überließ es den nationalen Impfbehörden, ob sie diese Personen ab 55 Jahre mit dem *AstraZeneca*-Vakzin impften. Deutschland wollte die Impfung älterer Personen verschieben bis mehr Daten vorlagen. In Österreich wurde darüber im Nationalen Impfgremium am 31. Januar 2021 beraten. In letzter Minute vor der Zulassung hatte *AstraZeneca* noch Daten zur Wirksamkeit seines Impfstoffes bei älteren Personen nachgewiesen. Weitere sollten noch im Februar 2021 folgen. *AstraZeneca* verwies darauf, dass sein Vakzin bei den bisherigen Impfungen im Vereinigten Königreich und bei älteren Personen hochwirksam gewesen war. Laut EMA war das auf Grundlage der bisherigen Daten jedoch nicht nachzuprüfen. Zudem war auch nicht geklärt, wie dieses Vakzin bei den damals neuen Mutationen wirkte, noch wie lange seine Wirksamkeit anhielt.⁴⁷⁷ In Ländern wie Japan, Südafrika, Indien, im Vereinigten Königreich und auch in Frankreich waren damals stets neue SARS-CoV-2-Varianten entdeckt worden, wie beispielsweise Anfang Januar 2022 in Südfrankreich die Variante B.1.640.2 – diese Variante gelangte über Reisende aus Kamerun nach Frankreich. Forscher der *IHU Méditerranée Infection* in Marseille beschrieben damals 46 Mutationen.⁴⁷⁸

Am 11. März 2021 hatte die EMA den Impfstoff von *Johnson & Johnson* zugelassen, der auch in der EU produziert und in den USA abgefüllt

⁴⁷⁶ Ebenda.

⁴⁷⁷ Wolfgang Böhm und Anna Gabriel, Impfstoff wird in Europa noch knapper, in: *Die Presse*, 30.01.2021, S. 1.

⁴⁷⁸ Elisabeth Gerstendorfer und Marlene Patsalidis, Neue Variante in Frankreich entdeckt, in: *Kurier*, 5.01.2022, S. 5.

wurde.⁴⁷⁹ *Novavax* war ein neuer rekombinierter (mit Hilfe gentechnischer Veränderungen hergestellter) Proteinimpfstoff (Totimpfstoff: Impfstoff mit abgetöteten chemisch inaktivierten Erregern – trat nur auf Impfstoff *Valneva* zu sowie auf Impfstoffe aus China und Indien zu) und bestand aus virusähnlichen Partikeln, die das Spike-Protein des Coronavirus enthalten. Diese Spike-Proteine werden in Insektenzellen produziert, ungefährliche Viren (Baculoviren) werden gentechnisch so verändert, dass sie die Erbsubstanz für das Spike-Protein enthalten. Insektenzellen werden dann mit diesen Viren infiziert – und produzieren das Spike-Protein. Dieses wird den Zellen entnommen, gereinigt und schließlich verimpft. Bei den mRNA- und den Vektorimpfstoffen findet die Produktion des Spike-Proteins hingegen im Körper statt. Der Impfstoff liefert hier nur den genetischen Bauplan für das Protein.⁴⁸⁰

Novavax wurde zwar noch vor Weihnachten 2021 von der EMA zugelassen. *Novavax* (erster Impfstoff auf Proteinbasis) und der Vektorimpfstoff *Johnson & Johnson* (ähnlich *AstraZeneca*) meldeten jedoch, dass ihre Impfstoffe bei einer Corona-Virus-Mutante zu einem geringen Grad wirksam seien – wie im Fall bei jener aus Südafrika. Auch die beiden anderen Anbieter der bereits zugelassenen mRNA-Vakzine *BioNTech/Pfizer* und *Moderna* meldeten ähnliche Effekte bei ihren Impfstoffen. Dass Virusvarianten früher oder später das Infektionsgeschehen verkomplizieren würden, stand fest. Im Fall der britischen Mutante B.1.1.7 meldeten neben *Novavax* auch *BioNTech/Pfizer* und *Moderna* minimale Wirksamkeitsabfälle bei ihren Impfstoffen. *Novavax* arbeitete wie *BioNTech/Pfizer* und *Moderna* an sogenannten Boostern bzw. kombinierbaren Impfungen, um auf die Virusvarianten zu reagieren.⁴⁸¹

Aufgrund drastischer Lieferausfälle im Jahr 2021 hatte Ungarn als erstes Land der EU grünes Licht für den russischen Impfstoff *Sputnik V* gegeben. Der Kabinettschef des ungarischen Premierministers Viktor Orbán, Gergely Gulyas, hatte die Ankündigung mit einer Kritik an der Europäischen Arzneimittelbehörde EMA verknüpft, diese würde ihre Entscheidungen „zu

⁴⁷⁹ Wolfgang Böhm, Pharmaexporte ohne Ende: Warum die EU jetzt schlecht dasteht, in: *Die Presse*, 12.03.2021, S. 2.

⁴⁸⁰ E. Mauritz und I. Teufl, Novavax: Was Impfstoff Nummer 5 kann, in: *Kurier*, 21.12.2021, S. 3.

⁴⁸¹ Elisabeth Postl, Wie die Südafrika-Mutante die Impfstoffhersteller „überrascht“ hat, in: *Die Presse*, 30.01.2021, S. 4.

langsam“ treffen. Ungarn war zu diesem Zeitpunkt auch bestrebt, den Corona-Impfstoff des chinesischen Pharmagiganten *Sinopharm* großflächig einzusetzen. Auch der Impfstoff von *AstraZeneca* wurde in Ungarn schon im Januar 2021 freigegeben. Die Vorschriften der EMA lassen es grundsätzlich zu, dass nationale Behörden in dringlichen Situationen Impfstoffe freigeben können.⁴⁸² Laut ursprünglichen Plänen hätte auch in der Lombardei die erste Produktionsstätte von *Sputnik V* in Europa entstehen sollen. Entsprechende Vereinbarungen wurden zwischen dem russischen Staatsfonds RDIF und dem Pharmakonzern *Adienne* gezeichnet. Der Produktionsstart war für Januar 2021 geplant. Bis Ende 2021 hätten dort 19 Millionen Impfdosen produziert werden sollen. Damals lief bei der EMA ein *Rolling Review*-Verfahren zur Zulassung des Vakzins *Sputnik V* in der EU. In Abkehr davon hatten mehrere EU-Länder (davon Ungarn und die Slowakei) in Eigenregie sowie auf Grundlage des nationalen Notzulassungsverfahrens den Einsatz des Vakzins bereits zugelassen oder ein entsprechendes Verfahren.⁴⁸³ „*Auf den letzten Metern*“ war Österreich in seinen Verhandlungen über die Lieferung von *Sputnik V*, so der damalige Bundeskanzler Kurz am 31. März 2021 nach seinem Gespräch mit dem Botschafter der Russischen Föderation in Wien, Dmitrij Ljubinski. Hätte Österreich zugegriffen, so Kurz, hätten bis Anfang Juni 2021 eine Million Dosen geliefert werden können.⁴⁸⁴

Die Europäische Kommission instruierte die belgische Gesundheitsbehörde, jenes *AstraZeneca*-Werk in Seneffe zu inspizieren, in dem es nach Aussagen des Pharmaunternehmens zu Produktionsproblemen gekommen war. Dabei sollten Dokumente und Daten sichergestellt worden sein, von denen man sich Klarheit über die wahren Hintergründe der Lieferschwierigkeiten erhoffte.

Am 29. Januar 2021 wurde der auch im August 2020 geschlossene Liefervertrag zwischen *AstraZeneca* und der Europäischen Kommission veröffentlicht – jedoch war dieser an den entscheidenden Stellen geschwärzt.⁴⁸⁵ Die Europäische Kommission setzte sich seither zum Ziel, die Ausfuhr der Vakzine zu überwachen. Jene Unternehmen, mit denen die EU

⁴⁸² ORF Text, 21.01.2021, S. 125.

⁴⁸³ IAP-Dienst Courier, Tagesmeldungen Nr. 047/2021, Mittwoch, 10. März 2021, S. 2.

⁴⁸⁴ Salzburger Nachrichten, Corona und die Impfungen, in: *Salzburger Nachrichten*, 1.04.2021, S. 4.

⁴⁸⁵ Wolfgang Böhm und Anna Gabriel, Impfstoff wird in Europa noch knapper, in: *Die Presse*, 30.01.2021, S. 1.

Lieferverträge vereinbart hatte, wurden dazu verpflichtet, bei etwaigen Ausfuhren um Genehmigung anzusuchen. Die Exporteure mussten außerdem belegen, ob bzw. wie viele Impfdosen sie in drei Monaten vor dem Inkrafttreten der Exportkontrollen ausgeführt hatten – und wohin die Lieferungen transportiert waren. Letzteres richtete sich implizit gegen *AstraZeneca*. Die Europäische Kommission hätte den Verdacht, dass *AstraZeneca* im Spätherbst 2020 in der EU produzierte Impfdosen in das Vereinigte Königreich geliefert hatte, anstatt sie, wie im Vorvertrag vereinbart, für die EU bereitzuhalten.⁴⁸⁶ Nach Artikel 122 AEUV kann die Europäische Kommission „angemessene Maßnahmen“ beschließen, falls „gravierende Schwierigkeiten in der Versorgung mit bestimmten Waren [...] auftreten.“ Laut Ratspräsident Louis Michel gebe Artikel 122 AEUV der EU das Pouvoir, die Produktion ausreichender Mengen von Impfstoff sicherzustellen. Dem Vernehmen nach könnte die Klausel dazu eingesetzt werden, Hersteller von Corona-Impfstoffen dazu zu zwingen, ihre Patente mit anderen Unternehmen zu teilen, um die Produktion auszuweiten. Das geschah damals schon zum Teil auf freiwilliger Basis. So produzierte der Konzern *Sanofi* für *BioNTech/Pfizer* mehr als 100 Millionen Dosen Impfstoff.⁴⁸⁷ Die britische Regierung wollte die Gefahr eines EU-Exportstopps abwenden und beanspruchte den in den Niederlanden produzierten *AstraZeneca*-Impfstoff für sich. Die indische Regierung wollte den Export des Impfstoffs von *AstraZeneca* in das Vereinigte Königreich einschränken, um die indische Bevölkerung schneller gegen COVID-19 zu immunisieren. Der damalige Premierminister Boris Johnson versuchte, ein Stocken der britischen Impfkampagne zu verhindern, im April 2021 bestand plötzlich Diskussionsbereitschaft mit der Europäischen Kommission. Im Vereinigten Königreich wurden damals 44 Impfdosen pro 100 Einwohner verabreicht (London rangierte unter den Top 5 weltweit), dagegen wurden in der EU 13 Impfdosen pro 100 Einwohner zu diesem Zeitpunkt verabreicht. Im Februar / März 2021 wurden 10 Millionen Dosen des Cornaimpfstoffs von der EU in das Vereinigte Königreich exportiert, in die umgekehrte Richtung erfolgten jedoch keine Lieferungen. Das war insofern problematisch, als im Vertrag zwischen EU und *AstraZeneca* vier Produktionsstätten genannt wurden – zwei im Vereinigten Königreich sowie je eine in Belgien und den Niederlanden. Das Unternehmen bestand jedoch seit Januar 2021 darauf, dass die im Vereinigten Königreich produzierten Impfungen vorab für die

⁴⁸⁶ Die Presse, Ausfuhr von Covid-Impfstoffen wird bis Ende März reguliert, in: *Die Presse*, 30.01.2021, S. 2 und 3, hier S. 2.

⁴⁸⁷ Ebenda.

britische Bevölkerung reserviert wurden und daher keine Lieferungen in die EU möglich gewesen waren. Die Produktion des *AstraZeneca*-Werkes in Leiden / Niederlande schien damals ursprünglich nicht für die EU vorgesehen zu sein. In der EU gab es den Verdacht, *AstraZeneca* zögerte absichtlich die Zertifizierung hinaus, um den dort produzierten Impfstoff nicht an die EU liefern zu müssen, sondern stattdessen in das Vereinigte Königreich.⁴⁸⁸ *AstraZeneca* heißt nun seit Ende März 2021 *Vaxzevria*, die Probleme des Impfstoffs zuvor waren:⁴⁸⁹

- aufgrund nicht ausreichender Datenmengen bei Älteren wurden vorerst eine Impfung nur für Jüngere empfohlen;
- nach Verdachtsfällen mit sehr seltenen Nebenwirkungen kam es zu einen vorübergehenden Impfsstopp für Jüngere, der kurz danach wieder aufgehoben wurde;
- das Vakzin sollte aufgrund dieser Verdachtsfälle dann doch vornehmlich an Menschen ab 60 Jahre verimpft werden.

In Deutschland, Finnland, Frankreich und Schweden u.a. wurde das Präparat nur noch eingeschränkt eingesetzt. Die EMA betonte, es gebe „*keinerlei Evidenz*“ dafür, den Impfstoff für eine Altersgruppe einzuschränken. Das Nationale Impfgremium in Österreich hatte am 31. März 2021 eine Weiterführung der Impfungen mit *AstraZeneca* empfohlen.⁴⁹⁰

Widerstand gab es in der EU gegen die von Österreichs Bundeskanzler Sebastian Kurz geforderte Umverteilung von Impfstoffen: Kurz hatte Mitte März 2021 gemeinsam mit den Regierungschefs von Bulgarien, der Tschechischen Republik, Sloweniens und Kroatiens sowie Lettlands eine Korrektur der Verteilung des Impfstoffs innerhalb der EU gefordert. Bulgarien verfügte damals über die geringste Menge an Impfstoffen entsprechend der Einwohnerzahl. Bulgarien hatte zu Beginn der EU-Impfkampagne auf Impfstoffe von *BioNTech/Pfizer* freiwillig verzichtet, auch Österreich schöpfte seinen Anteil nicht völlig aus. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte erreicht, 10 Millionen Dosen des Impfstoffs von *BioNTech/Pfizer* früher zu erhalten. Sie schlug damals vor, diesen zur Kompensation zu verwenden. Allerdings hatte es

⁴⁸⁸ Die Presse, Briten wollen noch mehr Impfdosen, in: *Die Presse*, 23.03.2021, S. 4.

⁴⁸⁹ Salzburger Nachrichten, Neuer Name, alte Probleme: Astra Zeneca bleibt Sorgenkind, in: *Salzburger Nachrichten*, 1.04.2021, S. 1.

⁴⁹⁰ Ebenda.

dazu die Zustimmung aller EU-Regierungen benötigt, die wiederum blockierten. Sie wollten nur 30 Prozent der Dosen neu verteilen, den Rest nach Bevölkerungsanteil. Zugutekommen sollte dies Ländern wie Bulgarien, nicht Österreich.⁴⁹¹

Die Europäische Kommission war bestrebt, nach den Erfahrungen 2021 mit gebrochenen Lieferversprechen, der Umleitung an Drittländer und wachsenden interner Kritik an der Impfstoffbeschaffung ihre Strategie zu ändern. Künftig sollte der Impfstoff sowie dessen Bestandteile für die EU aus Werken aus dem Gebiet der EU-Mitgliedstaaten kommen. Zentrale Grundlage war ein vorbereiteter neuer Vertrag mit *BioNTech/Pfizer* über die Lieferung von 1,8 Milliarden Impfdosen bis 2023. Der Impfstoff *BioNTech/Pfizer* wurde dafür in der EU erzeugt und von hier aus an die Mitgliedstaaten geliefert. Zum wichtigsten Produktionsstandort wurde das von Deutschland mitfinanzierte Werke in Marburg, das pro Jahr rund 75 Millionen Dosen erzeugen kann. Neben *BioNTech/Pfizer* sollte auch das US-Unternehmen *Moderna* künftig mehr auf EU-Boden produzieren. Mit Moderna wurde laut Europäischer Kommission ein Folgeauftrag von 150 Millionen Dosen für 2022 vorbereitet. Damit Hersteller nicht wie in der Vergangenheit zwar in der EU produzieren, dann aber die Dosen in die USA oder in das Vereinigte Königreich exportieren, waren Exportkontrollen eingeführt worden.⁴⁹² Zudem sollten künftige Verträge mit Pharmaunternehmen eine prioritäre Lieferung in die EU vorsehen. Die Impfstoffe von *BioNTech/Pfizer* und *Moderna* waren mRNA-Vakzine,⁴⁹³ die leichter als herkömmliche Vektorimpfstoffe an Mutanten angepasst werden können.

Für die Forschung an diesen Mutanten stellte die EU 123 Millionen Euro aus ihrem Programm „*Horizont Europe*“ zur Verfügung. Zudem kam eine Abkehr von jenen Herstellern, mit denen die EU 2021 schlechte

⁴⁹¹ Die Presse, „Unverschämter Kurz“, in: *Die Presse*, 23.03.2021, S. 4.

⁴⁹² Wolfgang Böhm und Oliver Grimm, So will die EU bei der Impfstoffproduktion autark werden, in: *Die Presse*, 16.04.2021, S. 2.

⁴⁹³ Das Ehepaar Özlem Türeci und Uğur Şahin hatte mit seiner Firma *BioNTech* einen Corona-Impfstoff entwickelt und ihn mit dem US-Pharmagiganten *Pfizer* auf den Markt als mRNA-Impfstoff gebracht: „*mRNA ist ein Stück genetische Information, die Zellen einen bestimmten Bauplan für Proteine zur Verfügung stellt. Es ist ein natürlicher Prozess in Zellen, so wie wenn man von der Festplatte, der DNA, eine Kopie macht, die RNA.*“ Aus diesem Grund heißt diese auch „*Boten-RNA*“. (so Şahin) Aus: Matthias Döpfner, „Uns war klar: Das ist der Tag der Wahrheit“, in: *Die Welt am Sonntag*, 21.03.2021, S. 15-18, hier S. 15.

Erfahrungen gemacht hatte. Mit AstraZeneca, so der EU-Abgeordnete Peter Liese, wurden keine Verträge mehr abgeschlossen. Der britisch-schwedische Hersteller des Vektorimpfstoffes hatte trotz erheblicher Vorauszahlungen der EU im ersten Quartal 2021 statt 120 Millionen Dosen nur 30 Millionen Dosen geliefert. Dazu kamen Probleme mit Thrombosefällen. Dänemark hatte als erstes EU-Land einen völligen Ausstieg aus diesem Impfstoff angekündigt, Frankreich war ebenso nicht mehr gewillt, jene Personen, die bereits eine erste Teilimpfung mit *AstraZeneca* erhalten hatten, ein zweites Mal damit zu impfen. Sie sollten stattdessen *BioNTech/Pfizer* erhalten. Auch beim zweiten in der EU zugelassenen Hersteller eines Vektorimpfstoffes, *Johnson & Johnson*, zeigten sich Probleme ab. Bereits vor der Verabreichung der ersten Dosen in der EU begann die EU-Arzenimittelbehörde EMA eine vertiefte Prüfung der Ursachen für das Auftreten von Blutgerinnseln. Das Unternehmen ersuchte daraufhin die Mitgliedstaaten, mit der Verimpfung vorerst zu warten. Am 15. April 2021 erklärte ein EU-Diplomat, *Johnson & Johnson* hatte seinen Antrag auf Marktzulassung bei der EMA zurückgezogen. Wegen der rascheren Lieferung von *BioNTech-Pfizer* war die Impfkampagne dadurch nicht mehr gefährdet.⁴⁹⁴

Im Zuge der „*Operation Freiheit*“ (Impfkampagne in der britischen Enklave Gibraltar) waren Anfang April 2021 mehr als 90 Prozent der knapp 35.000 Bewohner Gibaltars (Fläche: 6,5 Quadratkilometer) geimpft. In Europa war nur der Heilige Stuhl schneller mit der Impfkampagne fertig. Die nächtliche Ausgangssperre (Beginn um 22 Uhr) wurde aufgehoben, Pubs und Restaurants durften somit wieder bis zwei Uhr nachts öffnen. Drei Prozent der Bevölkerung verweigerten die Impfung. Ab diesem Zeitpunkt durften Bürger auch ohne Maske auf den Straßen Gibaltars unterwegs sein. Den *tödlichen Winter* (Dezember/Januar 2020/2021) hatte man mit 94 Coronatoten in Erinnerung. Nach Berechnung des EU-Zentrums für Krankheitskontrolle verzeichnete Gibraltar damit weltweit die höchste statistische Corona-Todesrate gerechnet auf 100.000 Einwohner. Die Impfkampagne startete am 9. Januar 2021, die *Royal Air Force* brachte den Impfstoff von *BioNTech/Pfizer* aus dem Vereinigten Königreich. Seither wurde pausenlos ohne Nachschubprobleme geimpft. Mitte April 2021 wurde die Impfkampagne in Gibraltar abgeschlossen, ebenso die 15.000

⁴⁹⁴ Wolfgang Böhm und Oliver Grimm, So will die EU bei der Impfstoffproduktion autark werden, in: *Die Presse*, 16.04.2021, S. 2.

Grenzpendler, die jeden Tag von Südspanien nach Gibraltar zum Arbeiten kamen, wurden bis dahin geimpft.⁴⁹⁵

Die Beschaffung von Impfstoffen und deren Herausforderungen

Im November 2020 waren betreffend Schaffung eines COVID-19-Impfstoffs weltweit 202 Projekte in Entwicklung. Nach der präklinischen Phase (Forschung, erste Tests; Identifizieren von Antigenen, Zellstudien, Tierversuchen) erfolgte die klinische Phase, die in drei Abschnitten gegliedert ist: Phase 1 (wenig hundert Probanden), Phase 2 (Sicherheit, Verträglichkeit, spezifische Immunantwort) und Phase 3 (mehrere tausend Probanden; Wirksamkeit und tatsächlicher Schutz).⁴⁹⁶ Schweizer Mediziner ließen wissen, dass gravierende Nebenwirkungen nach einer SARS-CoV-2-Impfung extrem selten wären. Ein ursächlicher Zusammenhang stand bisher nur bei schweren Allergien fest. Laut der Behörde *Swissmedic* sei es höchst unwahrscheinlich, dass es zwischen der SARS-CoV-2-Impfung und dem Tod eines Menschen einen ursächlichen Zusammenhang gebe. *Swissmedic* ist in der Schweiz für die Überwachung der Sicherheit von Arzneimitteln und von Impfstoffen zuständig.⁴⁹⁷ Jedoch setzten Dänemark, Island, Norwegen und Bulgarien das Vakzin *AstraZeneca* nach dem Auftreten von Blutgerinnseln vorläufig aus – zumindest für wenige Wochen. Eine 60-jährige Frau war in Dänemark an einem Blutgerinnsel gestorben. Sie wurde zuvor aus derselben Lieferung mit der Chargennummer *ABV 5300* geimpft worden, die in Österreich seit Anfang März 2021 nach dem Todesfall einer 47-jährigen Krankenschwester in Zwettl gesperrt geworden war.⁴⁹⁸ Dänemarks Gesundheitsminister Magnus Heunicke meinte: „*Es ist derzeit nicht möglich, einen Schluss zu ziehen, ob es eine Verbindung gibt. Wir handeln früh, dass muss gründlich untersucht werden*“, so Heunike.⁴⁹⁹

⁴⁹⁵ Ralph Schulze, In Gibraltar geht das Leben wieder los, in: *Salzburger Nachrichten*, 3.04.2021, S. 6.

⁴⁹⁶ Fabian Kretschmer, Rückschlag für China im Wettlauf um den Corona-Impfstoff, in: *Die Presse*, 11.11.2020, S. 4.

⁴⁹⁷ Alan Niederer, Noch keine Sicherheitsprobleme entdeckt, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 25.02.2021, S. 25.

⁴⁹⁸ Oliver Grimm und Anna Thalhammer, Staaten stoppen Astra Zeneca, in: *Die Presse*, 12.03.2021, S. 1.

⁴⁹⁹ Ebenda.

Bereits zum dritten Mal seit Ausbruch der COVID-19-Pandemie versuchte die US-Regierung unter der Präsidentschaft von Donald J. Trump, sämtliche weltweiten Bestände eines Medikaments und eines zukünftigen Impfstoffes aufzukaufen. Ende Juni 2020 gab US-Gesundheitsminister Alex Azar den Kauf von mehr als 500.000 Dosen des Medikaments *Remdesivir* des US-Arzneimittelkonzerns *Gilead* bekannt. Das entsprach damals fast der gesamten Menge an *Remdesivir*, die bis September 2020 hergestellt wurde. *Remdesivir* konnte laut klinischen Studien die Länge einer COVID-19-Erkrankung verkürzen. Eine Senkung der Sterblichkeit wurde *Remdesivir* damals nicht nachgewiesen. Trump erklärte am 1. Juli 2020, dass er damit rechne, dass das SARS-CoV-2-Virus von selbst verschwinde. Im März 2020 wurde bekannt, dass die US-Regierung in einem ersten Versuch den deutschen Impfstoffentwickler *CureVac* mit üppigen Förderungen in die USA zu locken suchte. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen bewog mit Zusicherung von 80 Millionen Euro aus dem EU-Budget für Forschungs- und Entwicklungszwecke *CureVac*, allen US-Ambitionen zu widerstehen. Der zweite Versuch erfolgte im Mai 2020, als der größte Pharmakonzern der EU, *Sanofi*, einen Vorvertrag mit der US-Regierung abschloss, der den Amerikanern ein Vorrecht auf *Sanofis* etwaigen Impfstoff abgab. „*Sie haben investiert, um ihre Bevölkerung zu schützen und die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen*“, so der damalige britische *Sanofi*-Vorstandsvorsitzende Paul Hudson.⁵⁰⁰ Die USA verfolgten eine gezielte Strategie mit zweckgebundenen Subventionen zum Aufbau einer schlagkräftigen Pharmaindustrie, die in erster Linie auf eigenem Boden investiert und beliefert.⁵⁰¹

Die USA hatten unter Präsident Trump ein Defacto-Ausfuhrverbot für Impfstoffe erlassen, das von seinem Nachfolger Joseph R. Biden in weiterer Folge bis Juni 2021 verlängert wurde.⁵⁰² Das Weiße Haus dementierte jedoch diese Exportverbote für Impfstoffe, die US-Regierung wies den Vorwurf zurück. „*Es gibt keine Exportverbote*“, sagte die Sprecherin der Weißen Hauses, Jan Psaki, am 11. März 2021 in Washington. Allen Impfstoffherstellern in den USA stand es demnach frei, ihre Produkte zu exportieren, solange diese gleichzeitig die Zusagen aus Verträgen mit der US-Regierung einhalten. US-

⁵⁰⁰ Oliver Grimm, Trump bremst die EU erneut aus, in: *Die Presse*, 3.07.2020, S. 1.

⁵⁰¹ Ebenda.

⁵⁰² Wolfgang Böhm, Pharmaexporte ohne Ende: Warum die EU jetzt schlecht dasteht, in: *Die Presse*, 12.03.2021, S. 2.

Präsident Biden versprach: „*Ich werde nicht nachlassen, bevor dieses Virus besiegt ist.*“⁵⁰³

Der US-Pharmakonzern *Pfizer* hatte zusammen mit der deutschen *BioNTech* den ersten in Europa zugelassenen Impfstoff (*Comirnaty* oder *BNT 162b2*) auf den Markt gebracht, *Pfizer* betreibt ebenso ein Werk im österreichischen Orth an der Donau, wo zwar Impfstoffe gegen FSME und Meningokokken C produziert werden, jedoch nicht gegen SARS-CoV-2.⁵⁰⁴ Die Europäische Arzneimittelbehörde EMA hatte *BioNTech/Pfizer* während einer außerordentlichen EMA-Sitzung am 28. Mai 2021 die entsprechende Zulassung erteilt, es war auch das erste Vakzin für 12-15jährige Menschen.⁵⁰⁵ Ungarn scherte gleich im November 2020 aus der gemeinsamen EU-Beschaffungsstrategie von Impfstoffen aus und erteilte dem russischen *Sputnik V*-Vakzin sowie dem chinesischen Produkt von *Sinopharm* eine Notfallzulassung. Ungarn unterlief somit das Ziel der EU, Geschlossenheit zu zeigen. Ungarn sah vor allem seinen Sonderweg durch Engpässe bei den EU-Lieferungen bestätigt, zudem befand sich international Ungarn mit 13.000 Coronatoten im europäischen Spitzenfeld im Verhältnis zur Bevölkerung. Die vielen Opfer waren auch die Folge davon, dass Premierminister Viktor Orbán aus Rücksicht auf die Wirtschaft lange vor strengen Maßnahmen absah, in Ungarn dominierte stets ein „*Lockdown Light*“. Seit 9. Februar 2021 lief in Ungarn die Impfung mit *Sputnik V*, dieser Impfstoff wurde offiziell im August 2020 als erster Corona-Impfstoff registriert.⁵⁰⁶ Der russische Fonds für Direktinvestitionen (RDIF) finanzierte die Entwicklung von *Sputnik V* mit, dieser hatte damals mit Brasilien, Südkorea, Indien, China, der Türkei, Kasachstan sowie Serbien Vereinbarungen zur Lizenzproduktion abgeschlossen.⁵⁰⁷ Als *Wundermittel* hatte sich das russische Vakzin nicht erwiesen, gerade in Ungarn gab es

⁵⁰³ Salzburger Nachrichten, Biden will impfen, impfen, impfen, in: *Salzburger Nachrichten*, 13.03.2021, S. 5.

⁵⁰⁴ Ebenda.

⁵⁰⁵ Neue Zürcher Zeitung, Impfstoff für Jugendliche zugelassen, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 31.05.2021, S. 1.

⁵⁰⁶ Katrin Bückenbacher, Andrea Babst, Markus Ackeret, Eike Hoppmann, Christian Kleeb, China, Russland und Indien impfen die Welt, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 8.03.2021, S. 6 und 7, hier S. 6.

⁵⁰⁷ Ebenda.

wenig transparente Zulassungsverfahren durch hastiges Vorgehen, Moskau besaß zudem eingeschränkte Lieferkapazitäten des Vazkzins.⁵⁰⁸

Die Europäische Kommission stellte sich auf den Standpunkt, der *Sputnik V* aus Russland werde in der EU nicht benötigt. Bis dieser aus der Sicht der Europäischen Kommission zudem geliefert werden würde, wäre genügend Impfstoff aus anderen Quellen verfügbar gewesen. Nach Ungarn hatten zunächst auch die Slowakei und Österreich entschieden, *Sputnik V* zu bestellen. Mitte April 2021 führte Deutschland ebenso Kaufverhandlungen mit Russland durch. Bayern sowie Regionalregierungen in Frankreich, Italien und Spanien beabsichtigten damals ebenso, *Sputnik V* zu ordern. Nach offiziellen Angaben hatten von den knapp sieben Millionen Einwohnern Serbiens bereits 1,8 Millionen die erste und 1,2 Millionen die zweite Dose eines Vazkzins gegen SARS-CoV-2 erhalten. In Europa stellt dieses Faktum ein Spitzenresultat dar. Zehntausende Impfwillige aus Nordmazedonien, Bosnien-Herzegowina, Kroatien und Montenegro waren extra nach Serbien gereist, ebenso eine Flugzeugcrew der *Air Albania* aus Tirana sowie auch Impfwillige aus Deutschland, Österreich und der Schweiz.⁵⁰⁹ Auch das südkoreanische Biotech-Unternehmen *Huons Global* kündigte damals an, dass es im Bund mit anderen Firmen monatlich 100 Millionen Dosen von *Sputnik V* herstellen würde. Der russische Staatsfonds RDIF und die südkoreanische Biotech-Firma *GL Alpha* hatten bereits publik gemacht, dass sie ein Abkommen über die Herstellung von 150 Millionen Impfdosen jährlich geschlossen hätten. Ziel war es, bis Ende Juni 2021 zwölf Millionen Menschen zu impfen. Die südkoreanische Regierung war bestrebt, bis Herbst 2021 Herdenimmunität zu erreichen. Im August 2021 hätte die Probeproduktion von *Sputnik V* beginnen sollen, so *Huons Global*. *Sputnik V* hatte Mitte April 2021 in mehr als 60 Ländern Genehmigungen erhalten.⁵¹⁰ Die Slowakei blieb auf 200.000 *Sputnik V*-Impfdosen, die man nicht überprüfen konnte, sitzen, weil die Angaben nicht mit den veröffentlichten Studien zusammenpassten.⁵¹¹ Der russische Fonds für Direktinvestitionen hatte am 14. April 2021 bekanntgegeben, dass das serbische Impfinstitut

⁵⁰⁸ Ivo Mijnsen, Viktor Orbans Impfpfpluralismus könnte Schule machen, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 12.02.2021, S. 2.

⁵⁰⁹ Andreas Ernst, Serbien beginnt mit der Produktion von Sputnik V, *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 19.04.2021, S. 4.

⁵¹⁰ Neue Zürcher Zeitung, Südkorea will gut 100 Millionen Impfstoffe im Monat herstellen, *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 19.04.2021, S. 4.

⁵¹¹ Ulrike Weiser, Sputnik V: Nur bis zum Sommer sinnvoll, in: *Die Presse*, 9.04.2021, S. 2 und 3, hier S. 2.

Toriak in Belgrad mit der Produktion des Vakzins *Sputnik V* begonnen hatte. Wenig später wurde eine Probeflieferung von 1100 Impfdosen aus Belgrad nach Russland geschickt, wo eine Qualitätsprüfung erfolgte. Mit Ende Mai 2021 sollte die Produktion aufgenommen werden, das sah in Serbien das zuständige Ministerium für Innovation und Technologie vor.

Die Beschaffungsvorgänge der EU hinkten zwei bis drei Monate hinter jenen des Vereinigten Königreichs und der USA nach. Mit den Beschaffungsvorgängen wurde eine Direktorin aus dem Haus der Generaldirektion für Wettbewerb betraut. Der Impfstoff *AstraZeneca* wurde in England Ende Dezember 2020 zugelassen, die Zulassung der EU erfolgte erst am 29. Januar 2021, ein Monat war dazwischen vergangen.⁵¹² Die von erheblichen Lieferausfällen begleitete gemeinsame Impfstoffbeschaffung der Europäischen Kommission stand in der Kritik. Bis Anfang Juni 2021 holten die EU-Mitgliedstaaten diesbezüglich international auf und lagen bereits „in Reichweite der USA und sogar vor zahlreichen anderen europäischen Staaten, die auf die eigene Beschaffung der Vakzine gesetzt hatten.“ So hinkten damals die Schweiz und Norwegen der EU diesbezüglich nach. Während damals in der EU im Durchschnitt rund 41 Prozent der Bevölkerung zumindest eine erste Impfung gegen SARS-CoV-2 erhalten hatten, waren es in der Schweiz 37 Prozent, Norwegen kam damals auf ein knappes Drittel der Bevölkerung (32 Prozent). Die Schweiz hatte sich ähnlich wie die EU auf mehrere Anbieter gestützt. Insgesamt wurden in der Schweiz eine ausreichende Menge von 35 Millionen Dosen für die damals 8,5 Millionen zählende Einwohnerschaft bestellt. Eine verzögerte Zulassung durch die zuständige Behörde sowie eine schleppende staatliche Kampagne bremsten über die ersten Monate den Impffortschritt. Bei der Impfung lagen damals das Vereinigte Königreich mit 59 Prozent und Island mit 55 Prozent klar vor der EU. In Russland erhielten 12 Prozent der Bevölkerung damals zumindest eine Impfung mit *Sputnik V*, in der Ukraine erhielten nur 2,7 Prozent eine Dosis mit zumindest einer Impfung (Grund dafür: hohe Impfskepsis). In Serbien lag damals die Impfquote bei 33 Prozent, ebenso existierte in Serbien eine hohe Impfskepsis in der Bevölkerung. Österreich verzeichnete damals eine Impfquote von 43 Prozent, Dänemark 40,7 Prozent, Bulgarien 12,1 Prozent, Japan 10,2 Prozent, Australien 17,5 Prozent sowie Israel 63 Prozent.⁵¹³

⁵¹² Sui-Lee Wee, Ernesto Londoño, Support for 2nd China vaccine, in: *The New York Times International Edition*, January 9-10, 2021, S. 7.

⁵¹³ Wolfgang Böhm, EU holt bei Impfungen deutlich auf, in: *Die Presse*, 9.06.2021, S. 7.

Mexiko hatte ursprünglich auf wöchentliche Lieferungen des Impfstoffs von *BioNTech/Pfizer* gesetzt. Es kam zu Lieferausfällen, bereits am 11. Februar 2021 lieferte China zwei Millionen Dosen des Cansino-Vakzins. Drei Tage später trafen 870.000 Dosen des *AstraZeneca*-Impfstoffes aus Indien ein, Russland lieferte noch dazu 200.000 Dosen *Sputnik V*. So kreuzte sich in Mexiko die Impfdiplomatie von China, Indien und Russland. Aber auch Serbien und Algerien hatten sich bei allen drei Anbietern mit Impfdosen eingedeckt. Bahrain und die Vereinigten Arabischen Emirate hatten in der ersten Dezemberhälfte 2020 den Impfstoff von *Sinopharm* zugelassen.⁵¹⁴ Marokko platzierte sich auf Nummer 1 bei den Impfungen in Afrika, bis Mitte April 2021 waren bereits 11 Prozent der 36 Millionen Einwohner Marokkos geimpft, im Vergleich: In Deutschland waren sechs Prozent der Bevölkerung vollständig geimpft, in Frankreich 5,6 Prozent. Marokko hatte aufgrund von Verzögerungen bei der Lieferung des Vakzins erst Ende Januar 2021 mit den Impfungen begonnen. Marokko setzt auf unterschiedliche Anbieter aus China (*Sinopharm*) und dem Vereinigten Königreich (*AstraZeneca*). Die Impfkampagne in Marokko stand unter dem Slogan „*Ich schütze mich, ich schütze mein Land.*“ Ihr Erfolg beruhte ganz wesentlich auf der ausgefeilten Logistik und der unkomplizierten Anmeldung. Rund 3000 Impfzentren und 10.000 mobile Einheiten gewährleisteten einen beinahe flächendeckenden Zugang zu den Impfungen. Um einen Termin zu vereinbaren, reichte es, eine SMS an eine kostenlose Nummer zu schicken, und man erhielt Zeit und Ort mitgeteilt. Wer beide Impfdosen erhalten hatte, konnte auf einer Website nach Eingabe von Passnummer und Geburtsdatum ein Zertifikat herunterladen.⁵¹⁵

Die links-peronistische Regierung in Argentinien setzte sehr früh auf *Sputnik V*. Doch die Lieferungen aus Russland gingen nur schleppend voran. Und jene Firmen, die in Indien und in Südkorea „Export-*Sputniks*“ erzeugen hätten sollen, waren nicht einmal dafür eingerichtet. Zwar wurde begonnen, die ersten 300.000 Impfdosen von *Sputnik V* am 29. Dezember 2020 aus Russland in Argentinien zu verteilen (mit damals 1,6 Millionen SARS-CoV-2-Infektionen lag Argentinien damals auf Rang 12 weltweit; fast 43.000 Corona-Todesfälle wurden in Argentinien damals gemeldet), weitere 20

⁵¹⁴ Katrin Bückenbacher, Andrea Babst, Markus Ackeret, Eike Hoppmann, Christian Kleeb, China, Russland und Indien impfen die Welt, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 8.03.2021, S. 6 und 7, hier S. 6.

⁵¹⁵ Ulrich von Schwerin, Marokko impft doppelt so schnell wie Frankreich, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 15.04.2021, S. 2.

Millionen *Sputnik V*-Dosen erwartete die Regierung in Buenos Aires aus Russland.⁵¹⁶ Jedoch gab es ebenso Lieferengpässe. So wurde von der Regierung ein *Airbus A340* der *Aerolineas Argentinas* von Buenos Aires nach Moskau geschickt mit dem Ziel, 600.000 Impfdosen des *Sputnik*-Vakzins nach Argentinien zu bringen, doch die russische Regierung gab damals nur 220.000 Impfdosen für Argentinien frei.⁵¹⁷ Der Impfstoff selbst passte in zwei Kühlcontainer. Fünf Millionen Dosen des *Sputnik V* hätten bis Ende Januar 2021 aus Russland nach Argentinien exportiert werden sollen, gefolgt von 15 Millionen Dosen im Februar 2021. Das hatte Argentinien mit dem *Russian Direct Investment Funds* vereinbart, der die Vakzine des staatlichen *Gamaleja*-Instituts vermarktet hatte. Argentinien war das erste Land, das auf die wenig transparente Vektor-Impfung aus Moskau gesetzt hatte. Dem Fonds lagen damals insgesamt Bestellungen aus 25 Ländern vor, 200.000 Injektionen von *Sputnik V* verliefen „ohne größere Komplikationen“.⁵¹⁸

Brasiliens damaliger Präsident Jair Bolsonaro hatte bereits öffentlich angekündigt, er werde sich nicht impfen lassen. Er redete die Gefahr von SARS-CoV-2 klein sowie auch den Impfschutz. Zudem hatte Brasilien zu dieser Zeit den fachfremden Gesundheitsminister General Eduardo Pazuello.⁵¹⁹ *Sputnik V* war Anfang Mai 2021 bereits in 62 Ländern für den Notfalleinsatz zugelassen. Die Nationale Behörde für Gesundheitsüberwachung Brasiliens (*Anvisa*) hatte Ende April 2021 jedoch den Import von *Sputnik V* untersagt. Es hätte demnach Mängel in den Protokollen zu klinischen Studien und den Analysen der Nebenwirkungen gegeben. Zudem fehlte ein Sicherheitsprofil nach Altersgruppen sowie nach Vorerkrankungen. Außerdem war die Sterilität in den russischen Fabriken zweifelhaft. Am schwerwiegendsten war die Feststellung, dass sich Adenoviren des Impfstoffs in menschlichen Zellen replizieren könnten. Das Adenovirus nimmt das genetische Material des Coronavirus auf, um die Produktion von Antikörpern im Menschen anzuregen. Es soll sich aber nicht selbst weiterverbreiten. *Anvisa* kritisierte, dass der Adenovirus-Träger sich in allen Proben replizierte, obwohl der Hersteller erklärte, er sei in einem inaktiven Status. Brasilien war somit das erste Land, das *Sputnik V* die

⁵¹⁶ Andreas Fink, Russlands Sputnik V ist in der Pampa gelandet, in: *Die Presse*, 30.12.2020, S. 6.

⁵¹⁷ Andreas Fink, Viele Südamerikaner müssen bis 2022 auf die Impfung warten, in: *Die Presse*, 30.01.2021, S. 5.

⁵¹⁸ Ebenda.

⁵¹⁹ Ebenda.

Genehmigung verweigert hatte. Die Reaktion aus Russland kam prompt: *Amviva* verbreite Fake News und zwar auf Druck der USA, erklärte der CEO des staatlichen russischen Private-Equity Funds. Der Fund hatte den Impfstoff finanziert und organisierte auch den Verkauf und die Verteilung des Wirkstoffes weltweit.⁵²⁰

In Kuba wurde 80 Prozent der Bevölkerung vollständig mit drei Dosen geimpft, Kuba lag diesbezüglich unter den zehn besten Ländern der Welt. Kinder im Alter ab zwei Jahren wurden geimpft. Kuba verfügt über eine sehr gute Biotech-Industrie und hatte das hohe Forschungsniveau beibehalten. Kuba hatte bis zu fünf Millionen eigene Vakzine entwickelt (nicht von der WHO anerkannt), es gab auch kaum Impfgegner und Impfkritiker. In jedem Stadtteil gab es Familienärzte. Kuba war das einzige Land in Lateinamerika mit eigener Impfstoffentwicklung.⁵²¹

Der chinesische Pharmakonzern *Sinovac* war 2003 der erste Hersteller weltweit, der ein Versuchsmedikament gegen den Ausbruch der damals neuesten Coronaepidemie SARS (*Severe acute respiratory syndrome*) entwickelt hatte. Bis Ende 2020 verkaufte *Sinovac* mehr als 300 Millionen Dosen Impfstoff, beinahe 50 Prozent jener Dosen, die 2020 verfügbar waren (laut chinesischen Angaben). China wollte sich so auch als *Leader* in der Gesundheitsdiplomatie präsentieren nach den Umstimmigkeiten in Zusammenhang mit dem Ausbruch von COVID-19 Ende 2019 / Anfang 2020. China hatte sich im Inland zum Ziel gesetzt, bis Mitte Februar 2021 50 Millionen Menschen zu impfen. Für das Ausland galt es gemäß der chinesischen Impfstrategie, die westlichen Impfstoffausfälle zu kompensieren. Bis Anfang 2021 hatten chinesische Hersteller mit mindestens 15 Ländern und Regionen Übereinkommen unterzeichnet, um den rechtzeitigen Zugang zu Impfdosen sicherzustellen. So wurden chinesische Medikamente den Vereinigten Arabischen Emiraten und Bahrain übergeben, nachdem diese von beiden Staaten für die Notfallsbenützung bewilligt wurden. Ebenso bekam Brasilien 10,8 Millionen Dosen und beabsichtigte, diesen Impfstoff selbst zu produzieren, ebenso erhielten Indonesien und die Türkei *Sinovac*-Impfstoff. *Sinovac* stellte 2020 in Aussicht, 600 Millionen Dosen zu produzieren. Nur fünf chinesische Vakzine wurden seitens der WHO vorbewilligt. Die Türkei gab bekannt, dass

⁵²⁰ Alexander Busch, In Brasilien wogt ein Streit um Sputnik V, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 3.05.2021, S. 4.

⁵²¹ Klaus Ehringfeld, Kubas Impfstoff: Ein Hoffnungsschimmer im globalen Süden, in: *Salzburger Nachrichten*, 22.01.2022, S. 9.

der *Sinovac*-Impfstoff eine Effizienzrate von 91,25 Prozent aufweise – auf der Grundlage einer kleineren klinischen Untersuchung zuvor. In Brasilien verzeichnete der *Sinovac*-Impfstoff die meisten Freiwilligen, das Land wies damals eine sehr hohe Fallrate: so verstarben am 7. Januar 2021 in Brasilien 200.000 Menschen an und durch COVID-19.⁵²² Für China war die Suche nach einem Impfstoff ähnlich wie bei Russland ein „patriotisches Prestigeprojekt“.⁵²³ Die brasilianische Gesundheitsbehörde setzte die finale klinische Testphase des von *Sinovac* entwickelten Impfstoffes aus, da sich am 29. Oktober 2020 ein „schweres unerwünschtes Ereignis“ zugetragen hatte. Weitere Informationen darüber wurden damals nicht bekannt. Brasiliens Präsident Jair Bolsonaro hatte die Effektivität des chinesischen Impfstoffes stets öffentlich in Frage gestellt. Er sprach davon, dass sich die Brasilianer nicht als „Versuchskaninchen“ mißbrauchen lassen.⁵²⁴ China bewilligte am 31. Dezember 2020 noch ein anderes Medikament, welches durch *Sinopharm* hergestellt wurde: *CoronaVac*, das sich auf eine traditionelle Technologie stützte, ein aktivierter Virus, der das Immunsystems des Körpers anregt, eigene Antikörper herzustellen. Diese Vakzine tendieren dazu, eine geringere Effizienzrate zu entwickeln. Das Problem zeigte sich auch an der bescheidenen Infrastruktur in den südlichen Ländern, um die gefrorenen Vakzine von *BioNTech/Pfizer* und *Moderna* einlagern zu können. Die chinesischen Impfstoffe zeigten sich damals als widerstandsfähiger, da eine derartige Kühlung nicht notwendig war.⁵²⁵

Das globale Impfprogramm *Covax* konnte bis Ende 2020 deutlich weniger Impfstoffe ausliefern als zuvor angenommen. Statt den bis zu diesem Zeitpunkt in Aussicht gestellten zwei Milliarden Dosen waren es bis Ende 2021 nur 1,425 Milliarden Dosen, so *Covax*. Zu den Spendern von *Covax* zählten USA, Deutschland, Japan, das Vereinigte Königreich und die EU. *Covax* wurde von der WHO, der Koalition für die Vorbereitung auf Epidemien (CEPI), der Impfstoffallianz GAVI und dem Kinderhilfswerk UNICEF getragen.⁵²⁶ Warum gab es bei *Covax* nicht genügend Impfstoffe?

⁵²² Wolfgang Böhm, EU holt bei Impfungen deutlich auf, in: *Die Presse*, 9.06.2021, S. 7.

⁵²³ Fabian Kretschmer, Rückschlag für China im Wettlauf um den Corona-Impfstoff, in: *Die Presse*, 11.11.2020, S. 4.

⁵²⁴ Ebenda.

⁵²⁵ Wolfgang Böhm, EU holt bei Impfungen deutlich auf, in: *Die Presse*, 9.06.2021, S. 7.

⁵²⁶ Patrick Zoll, Natalie Wenger, Eike Hoppmann, Arme Länder müssen auf Vakzin warten, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 10.09.2021, S. 2.

- Die WHO benötigte für die Zulassung von Impfstoffen viel Zeit. *Covax* durfte darüber hinaus nur jene Hersteller berücksichtigen, die bei der WHO zugelassen waren.
- Weil andere Impfstoffe fehlten, setzte *Covax* lange Zeit auf den Impfstoff von *AstraZeneca* und die Produktion des *Serum Institute* in Indien. Als im März 2021 die Fallzahlen in die Höhe schnellten, stoppte Indien die Exporte.
- Als *Covax* andere Impfstoffe zu erwerben suchte, musste es hintenanstehen. Reichere Länder hatten bei den Herstellern schon größere Mengen bestellt. In dem Fall ein Mehrfaches von dem, was diese zur Impfung ihrer gesamten Bevölkerung benötigten.
- *Covax* selbst zählte drei Hauptgründe für die Reduzierung von Lieferungen bis Ende 2021 auf: Exportrestriktionen, die v.a. Indien mit dem *Serum Institute* auferlegt hatte; technische Probleme bei mehreren Produzenten, die Produktion von Vakzinen zu erhöhen; Unsicherheiten bei der Zulassung von zusätzlichen Impfstoffen (noch in der Versuchssphase).⁵²⁷
- Zudem hatten sich bei *AstraZeneca* bei Frauen unter 55 Jahre Nebenwirkungen gezeigt.⁵²⁸

Nach Taiwan belieferte Japan auch Vietnam mit Vakzinen. Nach Russland, China, Indien und den USA stieg Japan damals ebenso in die Impfdiplomatie ein. Anfang Juni 2021 lieferte Japan 1,24 Millionen Dosen *AstraZeneca*-Impfstoff nach Taiwan. Im Juni 2021 erfolgte die Lieferung von einer Million Dosen *AstraZeneca* an Vietnam. Peking machte klar, dass es die Impfstofflieferungen an Taiwan als Affront empfand: „*Wir sind entschieden gegen diejenigen, die die Pandemie ausnutzen, um politische Shows zu veranstalten oder sich in die inneren Angelegenheiten Chinas einzumischen*“, so der Sprecher der chinesischen Regierung Wang Wenbin. *AstraZeneca*-Impfstoff wurde in Japan hergestellt, Japan selbst hatte zu diesem Zeitpunkt erst 5,6 Prozent der Bevölkerung geimpft. Die japanischen Gesundheitsbehörden setzten damals nur die mRNA-Vakzine von *BioNTech/Pfizer* und *Moderna* ein, weil diese als sicherer betrachtet wurden. Die chinesischen Impfstoffe galten als weniger wirksam als jene von westlichen Firmen. China hatte Taiwan ebenso

⁵²⁷ Ebenda.

⁵²⁸ Stephanie Lahrtz, Warnhinweis für den Impfstoff von *AstraZeneca*, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 22.03.2021, S. 5.

angeboten, Impfstoffe zu liefern.⁵²⁹ Strategie war es weiterhin, durch Impfungen Überlastungen der Gesundheitssysteme zu verhindern und dadurch jene zu schützen, die damals noch nicht schwer an COVID-19 erkrankt waren.

Die USA und UNO plädierten für einen Vorstoß zur Aussetzung des Patentschutzes für COVID-19-Impfstoffe. Das sollte den Impfstoffherstellern die Möglichkeit eröffnen, das Wissen und die Technologie zu teilen, um den effektiven Ausbau örtlich hergestellter Impfstoffe zu ermöglichen, so der Sprecher von UN-Generalsekretär António Guterres am 6. Mai 2021 in New York. Der Generaldirektor der WHO sprach hier von einer „*historischen Entscheidung*“, damit könnte der Ungleichheit bei der Verteilung begegnet werden. Die amerikanische Handelsbeauftragte Katherine Tai stellte klar, Washington stehe nach wie vor hinter dem Schutz des geistigen Eigentums, die Pandemie war aber eine globale Krise, die außerordentliche Maßnahmen erfordere. Deutschlands damaliger Gesundheitsminister Jens Spahn erklärte, entscheidend wäre nicht der Patentschutz, sondern der schnelle Ausbau der Produktionskapazitäten.⁵³⁰

Die Entwicklung der Pandemie im zweiten Halbjahr 2020

Nach dem Aufheben von Lockdowns und Teillockdowns im Frühjahr 2020 spitzte sich die Coronalage ab Juli wieder zu. Österreich, die Schweiz und auch Slowenien gerieten beispielsweise aufgrund steigender Infektionszahlen wieder auf die *rote Liste* anderer Staaten. Als erster EU-Mitgliedstaat seit der weitgehenden Liberalisierung des Reiseverkehrs knapp zwei Monate zuvor führte Finnland ab 27. Juli 2020 wieder eine Quarantänepflicht für Einreisende aus diesen drei Ländern ein. Damit mussten Personen, die zuvor aus einem der drei oben erwähnten Ländern nach Finnland eingereist waren, für 14 Tage in ihrer jeweiligen Unterkunft bleiben. Ebenso hatte Tunesien eine 14-tägige Quarantänepflicht eingeführt. Österreich wurde mit anderen

⁵²⁹ Martin Kölling, Japan kontert Chinas Impfdiplomatie, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 18.06.2021, S. 5.

⁵³⁰ Frankfurter Allgemeine Zeitung, UN für Aussetzung des Patentschutzes von Covid-Impfstoff, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 7.05.2021, S. 1.

Ländern nach einer Mitteilung der zuständigen Behörden in Tunis vom 23. Juli 2020 von der grünen Liste gestrichen (14 Tage Selbstisolation für Einreisende, tägliche Überwachung mittels Telefonanrufe). Waren COVID-19-Symptome aufgetreten, wurde ein Test vorgeschrieben, bei positivem Test musste die betroffene Person in ein staatliches COVID-19-Zentrum.⁵³¹

In Oberösterreich ließen sich im Juli 2020 zahlreiche Infektionen auf eine Freikirchengemeinde zurückzuführen, in der großteils Rumänen verkehrten.⁵³² Nachdem vor allem in Oberösterreich Heimkehrer nach Aufhalten in Südosteuropa für einen Anstieg von Neuinfektionen gesorgt hatten, verhängte der damalige Gesundheitsminister Rudolf Anschober am 15. Juli 2020 ein Landeverbot für Flugzeuge aus den Corona-Risikogebieten. Die Maskenpflicht wurde in Oberösterreich wieder eingeführt. Mit 16. Juli 2020 durften auch Flugzeuge aus allen Ländern des Westbalkans sowie aus Bulgarien, Rumänien und Moldawien sowie aus Ägypten vorübergehend nicht mehr in Österreich landen. Mit 18 Ländern gab es damals keine Flugverbindungen nach Österreich – so auch aus Belarus, China, dem Vereinigten Königreich, dem Iran, Portugal, Russland, Schweden und der Ukraine. Das Gesundheitsministerium hatte damals jedoch das Flugverbot aus der Lombardei aufgehoben. In Gütersloh / Deutschland hatten hohe Infektionszahlen unter Mitarbeitern der Fleischfabrik *Tönnies* vor Ort für einen Lockdown gesorgt.⁵³³

Ab 24. Juli 2020 galt in Österreich für Supermärkte sowie in Bank- und Postfilialen wieder die Maskenpflicht. Die Einreise aus Risikogebieten war nur mit negativem Test erlaubt. Das Ampelsystem wurde wieder angekündigt. Die „magische Schwelle“, nämlich dreistellige Infektionszahlen pro Tag, wurden seit geraumer Zeit wieder überschritten, so der damalige Bundeskanzler Sebastian Kurz. Vizekanzler Werner Kogler betonte: „*Im Hinblick auf den Herbst*“ sollten „*eine zweite, große Welle verhindert und speziell ein zweiter, flächendeckender Lockdown vermieden werden.*“⁵³⁴ Alle Grenzkontrollen wurden gemeinsam mit den Gesundheitsbehörden durchgeführt. Heimquarantäne wurde, so Kurz, „*noch stärker überwacht*“ – jedoch soll keine Fußfessel eingeführt werden, so der damalige Innenminister Karl

⁵³¹ Die Presse, Urlauber aus Österreich auf roter Liste, in: *Die Presse*, 25.07.2020, S. 7.

⁵³² Thomas Prior und Irene Zöch, Flüge aus Rumänien nach Österreich gestoppt, in: *Die Presse*, 17.07.2020, S. 3.

⁵³³ Ebenda.

⁵³⁴ Die Presse, Wie die zweite Welle verhindert werden soll, in: *Die Presse*, 22.07.2020, S. 7.

Nehammer.⁵³⁵ Die österreichische Bundesregierung riet vor allem Migranten massiv davon ab, den Urlaub in Serbien, Bosnien-Herzegowina, in Nordmazedonien, in Montenegro oder in Albanien zu verbringen. In diesen Staaten stiegen auch die Corona-Infektionszahlen bedenklich rasch an. Die Bundesregierung verkündete die Regelung, dass sich jeder einem Coronatest unterziehen oder für 14 Tage in Heimquarantäne begeben musste, der aus diesen Ländern nach Österreich einzureisen beabsichtigte. Kroatien verschärfte Ende Juni 2020 nach einer vorübergehenden Lockerung ebenso die Maßnahmen für Reisende aus anderen südosteuropäischen Staaten wie Serbien, Kosovo und Nordmazedonien (wie auch 14-Tage-Quarantäne für jene Personen, die aus diesen Ländern kommen, auch Kroaten).⁵³⁶ Serbiens Präsident Aleksandar Vučić wurde vorgeworfen, er habe wegen der Parlamentswahl Ende Juni 2020 die Anti-Corona-Maßnahmen schleifen lassen. Für den Wahlkampf war das Versammlungsverbot aufgehoben worden. Zudem wurden Sportveranstaltungen mit Publikum wieder zugelassen. So kamen etwa 20.000 Zuschauer am 10. Juni 2020 zum Fußballspiel zwischen *Partizan* und *Roter Stern* Belgrad. Auch viele Funktionäre von Vučićs Fortschrittspartei hatten sich damals bereits infiziert.⁵³⁷ Als erstes Land der EU scherte Kroatien Ende Juli 2020 aus der gemeinsamen Coronastrategie der EU aus und ließ Touristen aus den USA ins Land – unter der Voraussetzung, dass generell Drittstaatsangehörige bei ihrer Einreise einen negativen PCR-Test vorlegten, der nicht älter als 48 Stunden sein musste. Bei Nichtvorlage mussten zwei Wochen Quarantäne verordnet werden.⁵³⁸ Am 16. August 2020 betonte Bundeskanzler Kurz: „Das Virus kommt mit dem Auto nach Österreich“, und meinte damit die „besorgniserregenden Entwicklungen in den Ländern des Westbalkans“,⁵³⁹ erstmals fielen um diese Zeit die Worte „zweiter Lockdown“.⁵⁴⁰

Spanien war Ende Juli 2020 das Land mit den meisten Neuerkrankungen in der EU – nach offizieller Zählung hatten sich innerhalb von sieben Tagen in der zweiten Julihälfte 13.400 Personen mit SARS-CoV-2 infiziert. Es folgte die Ankündigung des deutschen Robert-Koch-Instituts (RKI), Nordspanien

⁵³⁵ Ebenda.

⁵³⁶ Christian Ultsch, Wieland Schneider, Reisewarnung für den Westbalkan, in: *Die Presse*, 1.07.2020, S. 1.

⁵³⁷ Ebenda.

⁵³⁸ Oliver Grimm, Kroatien ignoriert EU-Reisepolitik, in: *Die Presse*, 31.07.2020, S. 3.

⁵³⁹ Hans Bürger, Günther Mayr, Knock down. Menschheit auf dem Prüfstand, Verlag Braumüller, Wien 2021, S. 60.

⁵⁴⁰ Ebenda, S. 61.

zum Risikogebiet zu erklärten – dies betraf Katalonien, Aragonien, Navarra. Für Urlauber, die zurückgekehrt waren, galt eine 14tägige Quarantäne, außer bei Nachweis, dass man nicht infiziert sei. Es folgte eine formelle Reisewarnung des deutschen Auswärtigen Amtes für Nordspanien. Eine derartige Warnung konnte ausgesprochen werden, wenn in einem Land oder in einer Region die Zahl der Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner innerhalb einer Woche 50 Fälle überschritten hatte.⁵⁴¹

Im Vereinigten Königreich hatte der damalige Premierminister Boris Johnson weitere Lockerungsmaßnahmen in der Coronakrise gestoppt: „*Wir müssen schnell reagieren*“, so Johnson angesichts weiter steigender Infektionszahlen. Als Risikogebiete galten damals Teile von Nordengland: der Großraum Manchester, Teile von West Yorkshire und East Lancashire. Mitglieder unterschiedlicher Haushalte durften sich nicht mehr in Innenräumen oder Privatgärten treffen, sie durften auch nicht gemeinsam Pubs oder Restaurants besuchen. Die Ursache bei der Verbreitung von Corona lag in der Nachlässigkeit bei der Einhaltung von Abstandsregeln, so der damalige Gesundheitsminister Matt Hancock.⁵⁴²

In der ersten Augushälfte 2020 gab es in Griechenland in einer Woche 1000 neue COVID-19-Fälle, doppelt so viel wie in einer Woche zuvor. Auch dort war die zweite Welle im Entstehen.⁵⁴³ Mit 1. September 2020 wurden die Grenzen Ungarns für Ausländer geschlossen – als Reaktion auf die stark gestiegenen Coronazahlen. Am 30. August 2020 war mit 292 neuen Corona-Infektionen binnen 24 Stunden der höchste Tageswert seit Beginn der Pandemie in Ungarn verzeichnet worden. Die Einreise nach Ungarn war nur in Sonderfällen gestattet – Pendler waren ausgenommen sowie Ausländer, die über eine länger als 90 Tage gültige Aufenthaltsgenehmigung für Ungarn verfügten. Ungarn oder Ausländer mit Wohnsitz in Ungarn mussten sich bei der Einreise zu einer 14-tägigen Quarantäne verpflichten oder zwei negative Coronatests innerhalb von fünf Tagen vorlegen. Zuvor hatte Ungarn zehn Wochen lang geöffnet gehalten. Die Grenzschießung stand im Zusammenhang mit dem Schulbeginn in Ungarn und dem zuvor starken Infektionsanstieg in Kroatien. Ungarn gab die Devise aus, den Urlaub am Plattensee zu verbringen. Doch Premierminister Viktor Orbán und

⁵⁴¹ Ralph Schulze, Nordspanien wird zum „Risikogebiet“, in: *Die Presse*, 1.08.2020, S. 10.

⁵⁴² Ebenda.

⁵⁴³ Christian Gonsa, Griechenland hat Kontrolle über Virus verloren in: *Die Presse*, 12.08.2020, S. 3.

Außenminister Peter Szijjártó zogen es vor, an die kroatische Adria zu reisen. Aufgrund der Teilnahme an einem Gartenfest waren bereits mehrere Regierungsmitglieder in Quarantäne. Das Grenzmanagement zu Österreich lief wie im Frühjahr 2020 durch Ausnahmeregelungen und in enger Abstimmung ab. Pendler durften aus einem maximalen Umkreis von 30 Kilometern nach Ungarn einreisen und sich dort maximal 24 Stunden aufhalten, sieben Grenzübergänge im Burgenland blieben dafür rund um die Uhr geöffnet: Nickelsdorf, Pamhagen, Klängenbach, Deutschkreutz, Rattersdorf, Schachendorf und Heiligenkreuz. In St. Margarethen war der Grenzübergang von 5 Uhr bis 19 Uhr geöffnet, in Andau von 5 Uhr bis 21 Uhr.⁵⁴⁴

Österreichs Bundeskanzler Kurz warnte Anfang September 2020 vor einem „*schwierigen Herbst, Verschärfungen seien möglich*“.⁵⁴⁵ Am 1. September 2020 traten zunächst neue Regelungen in Kraft: bei Veranstaltungen im Freien (etwa Fußball) durften nun bis zu 10.000 Zuseher teilnehmen, im Inneren waren 5000 Zuseher zugelassen: „*Die Veranstalter haben es verdient, die Chance zu bekommen*“, betonte Vizekanzler Werner Kogler. Großveranstalter mussten jedoch Präventionskonzepte vorlegen.⁵⁴⁶ Deutschland hatte am 16. September 2020 um *Punkt 19 Uhr* nach der Schweiz und Belgien Wien gemeinsam mit Prag und Budapest (Dänemark folgte einen Tag später) als Hochrisikogebiet (*rot*) eingestuft. Diese Städte standen somit auf der *roten Liste* des Robert-Koch-Instituts (RKI), der obersten deutschen Gesundheitsbehörde. Das Auswärtige Amt in Berlin warnte aufgrund der hohen Infektionszahlen „*vor nicht notwendigen touristischen Reisen*“ – ein Verbot war das jedoch nicht.⁵⁴⁷ Am 15. Oktober 2020 wandte sich Bundeskanzler Kurz in einem Brief an die österreichischen Landeshauptleute wie folgt: „*Es muss allen im Land klar sein: Die Lage ist ernst.*“⁵⁴⁸ In mehreren Bundesländern hatten die SARS-CoV-2-Infektionen ein „*sehr besorgniserregendes Ausmaß*“ angenommen. Eine Neuinfektionrate wie in der Tschechischen Republik zu diesem Zeitpunkt führe, so Kurz, zum zweiten Lockdown. Es ging vor allem darum, dass die besonders betroffenen Bundesländer in den Regionen gezielt

⁵⁴⁴ Martin Stuhlpfarrer, Madlen Stottmayer, Thomas Vieregge, Geschlossene Grenzen in Ungarn, in: *Die Presse*, 1.09.2020, S. 1.

⁵⁴⁵ Philipp Aichinger, Empfehlungen statt Verboten, in: *Die Presse*, 3.09.2020, S. 1.

⁵⁴⁶ Ebenda.

⁵⁴⁷ Martin Stuhlpfarrer, Jürgen Streihammer, Berlin warnt vor Wien, in: *Die Presse*, 17.09.2020, S. 1.

⁵⁴⁸ Oliver Pink, Ulrike Weiser, Neuer Höchststand und ein Appell an die Länder, in: *Die Presse*, 16.10.2020, S. 4.

Verschärfungen einleiteten, da ab einem gewissen Zeitpunkt weder schnelle Tests noch gezielte Kontaktnachverfolgung (*Contact Tracing*) für die Behörden in den betroffenen Bundesländern umsetzbar waren. 1552 Neuinfektionen wurden am 15. Oktober 2020 in Österreich verzeichnet – ein damals neuer Höchststand – davon im Burgenland 35, in Kärnten 22, in Niederösterreich 242, in Oberösterreich 224, in Salzburg 66, in der Steiermark 119, in Tirol 295, in Vorarlberg 69 sowie in Wien 480. Als erster der Landeshauptleute verschärfte Wilfried Haslauer am 15. Oktober 2020 die Maßnahmen für die stark betroffene Gemeinde Kuchl (ab 17. Oktober 2020 für 14 Tage unter Quarantäne gestellt) noch einmal. Die *Corona-Ampel-Kommission* hatte inzwischen vier Bezirke auf Rot gestellt: Wels-Stadt, Hallein, Innsbruck-Land sowie Innsbruck-Stadt. In ganz Salzburg wurden private Feiern und Zusammenkünfte außerhalb der eigenen Wohnung verboten. Kultur- und Sportveranstaltungen durften nur mit zugewiesenen Sitzplätzen durchgeführt werden. Gastronomiebetriebe mussten ihre Gäste registrieren, die Sperrstunde blieb (zum Beispiel bis 22 Uhr für Schüler ab 14 Jahren). In fast allen Bezirken setzte man wieder auf Homeschooling. Mehrere private Feiern dürften zur starken Virusverbreitung beigetragen haben. Von den 6700 Einwohnern von Kuchl waren damals rund 90 Personen infiziert. Es gab viele Cluster, die ineinander übergingen, so Landessanitätsrätin Petra Juhasz. Die Zufahrt nach Kuchl und das Verlassen waren nur für die Grundversorgung möglich. Für Pendler aus systemrelevanten Berufen – wie der Gesundheitsversorgung – gab es Ausnahmen. Die Wohnung verlassen durften Kuchler während der Quarantäne nur, um spazieren zu gehen oder einzukaufen. Im Bundesland Salzburg waren bis 15. Oktober 2020 knapp 800 Personen infiziert, Anfang Oktober wurden noch unter 300 Personen gemeldet. Die meisten Infektionen gab es damals im Tennengau: Kuchl, Adnet, Scheffau, Hallein, Golling, Krispl. In den Spitälern hatte sich seit 8. Oktober 2020 die Zahl der mit Covidpatienten belegten Betten verdoppelt, bei den Intensivbetten verfünffacht, so der Gesundheitsreferent des Landes Salzburg, Christian Stöckl. Wenn sich die Lage derart weiterentwickelt hätte, wäre das Bundesland Salzburg 10 bis 12 Tage später an die Kapazitätsgrenze gelangt. Es wurde auch schon überlegt, das Behelfsspital im Salzburger Messezentrum wieder aufzubauen. Am 15. Oktober 2020 wurde der medizinische Krisenstab des Landes und jener der Salzburger Landeskliniken aktiviert.⁵⁴⁹

⁵⁴⁹ Claudia Lagler, Salzburg stellt erste Gemeinde unter Quarantäne, in: *Die Presse*, 16.10.2020, S. 4-5, hier S. 4.

Ab 17. Oktober 2020 wurde in Frankreich für 20 Millionen Einwohner in Großstädten angeordnet, zwischen 21 Uhr und 6 Uhr für zunächst vier Wochen zu Hause zu bleiben. Die Lage auf den Intensivstationen verschlimmerte sich aber weiter. Paris verzeichnete mehr als 400 Neuinfizierte pro 100.000 Einwohner. Die Anordnung galt für die Städte Paris, Grenoble, Lille, Lyon, Aix-en-Provence und Marseille, Montpellier, Rouen, Saint-Etienne und Toulouse.⁵⁵⁰

Am 19. Oktober 2020 verkündete die österreichische Bundesregierung die neuen Maßnahmen-Verschärfungen, die zweite Welle breitete sich in Europa aus. Es galt wieder: 1. Abstand halten; 2. Maske tragen; 3. Reduktion der sozialen Kontakte. Die Polizei, so Innenminister Karl Nehammer, sollte den Kontrolldruck erhöhen, die Polizei sei hier „Partner der Bevölkerung“. Die Regelungen lauteten für private Veranstaltungen indoor maximal sechs Personen, outdoor maximal zwölf. Das galt für Restaurants, Geburtstagsfeiern, Hochzeiten, Vereine sowie Tanzschulen. Ausnahmen gab es für Begräbnisse. Bei Profi-Veranstaltungen (Theater, Fussball) galten folgende Regeln: indoor maximal 1000 Personen, outdoor maximal 1500 Personen. Vorgeschrieben waren zugewiesene Sitzplätze, Masken-Tragepflicht während der gesamten Dauer, keine Speisen und Getränke sowie behördliche Genehmigungen. Die Bundesländer konnten eigene Verschärfungen verordnen: Sperrstunden, Alkoholverbot, Maskenpflicht an belebten öffentlichen Plätzen, in Schulen, regionale Quarantäne etc; demnach hätten diese Vorschriften mit Freitag, 23. Oktober 2020, null Uhr, in Kraft treten sollen. Seitdem wartete die österreichische Bevölkerung vergeblich auf die entsprechende Verordnung aus dem Gesundheitsministerium. Am 22. Oktober 2020 wurde die Verordnung mit stundenlanger Verspätung veröffentlicht. Gelten sollten die damals neuen Regeln jedoch mit Sonntag, 25. Oktober 2020.⁵⁵¹ Bei 2425 neuen Fällen wurden 25 Bezirke auf *rot* geschaltet, bisher waren es Wels, Hallein, Innsbruck-Stadt und Innsbruck-Land. Hinzu kamen nun Neusiedl am See, St. Pölten, Amstetten, Bruck an der Leitha, Mödling, Tulln, Gmunden, Grieskirchen, Ried im Innkreis, Rohrbach, Schärding, Vöcklabruck, Salzburg Umgebung, St. Johann im Pongau, Zell am See, Leoben, Voitsberg, Imst, Schwaz, Landeck und Rheintal / Walgau. Dies erfolgte mit Beschluss der

⁵⁵⁰ Ebenda.

⁵⁵¹ Niki Fellner, Herr Minister, haben Sie Ihren Laden noch im Griff, in: *Österreich*, 23.10.2020, S. 6.

Corona-Ampel-Sitzung der Corona-Kommission⁵⁵² am 22. Oktober 2020.⁵⁵³ Zudem befanden sich in Österreich wieder 1002 COVID-19-Patienten im Spital, die Zahl der Intensivpatienten stieg innerhalb einer Woche von 112 auf 161. Am 22. Oktober 2020 verstarben 16 Menschen in Österreich an den Folgen von COVID-19. Der Sieben-Tages-Schnitt, den die Corona-Kommission bewertete, lag damit bei 8,1 Prozent, die WHO wertete 5 Prozent als kritische Marke für ein sehr hohes Infektionsgeschehen.⁵⁵⁴ Deutschland stellte fast ganz Österreich (außer Kärnten) am 22. Oktober 2020 unter Reisewarnung (nach Heimkehr 14 Tage in Quarantäne, außer bei negativem Coronatest). In Deutschland selbst gab es vom 21. auf den 22. Oktober 2020 11.000 neue Ansteckungen, es herrschten auch in Deutschland chaotische Regelungen: jedes Bundesland regelte seine Reglementierungen für sich. Deutschland stellte Reisewarnungen für Regionen aus, die in einer Woche mehr als 50 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner aufgewiesen hatten. In Österreich lag die Sieben-Tages-Inzidenz bei 134, in Salzburg bei 227. Die Niederlande beschloss ebenso Reisewarnungen für alle Bundesländer außer Kärnten, die Steiermark und das Burgenland. Bundeskanzler Kurz appellierte, zu Allerheiligen und Allerseelen auf gemeinsame Friedhofsbesuche und auf Familienfeiern zu

⁵⁵² Die Corona-Kommission war ein beratendes Gremium und gab Empfehlungen an die Politik ab, welche Ampelfarbe (rot, orange, gelb, grün) für eine bestimmte Region gelten konnte. Dargestellt wurde, wie hoch das Risiko durch COVID-19 in den verschiedenen Regionen des Landes war. Die erste Ampelschaltung gab es am 4. September 2020 – kurz vor Schulbeginn im Osten Österreichs. Am 7. August 2020 traf die Corona-Kommission erstmals zusammen, am 27. August 2020 fand die Generalprobe statt. Bei nicht öffentlichen Sitzungen wurde geprüft, ob die Abläufe wie geplant durchführbar waren. Ampelfarben wurden auf Bundes-, Länder- und Bezirksebene vergeben. In Wien wurde nicht nach Bezirken differenziert. Die Corona-Kommission bestand aus 19 Mitgliedern: Mediziner, Vertreter des Krisenstabs, Bundeskanzleramt, Gesundheitsministerium, Public Health-Experten, alle Bundesländer hatten Experten entsendet, meist aus den Landessanitätsdirektionen sowie Experten der Medizinuniversitäten Wien, Graz und Innsbruck. Für einzelne Regionen waren die Bezirksverwaltungsbehörden in Abstimmung mit den Landeshauptleuten und dem Gesundheitsminister die Entscheidungsträger. Zusätzlich gehörte je ein Experte aus dem Bildungs-, dem Tourismus, dem Außen- und dem Verteidigungsministerium der Kommission als „beratendes Mitglied ohne Stimmrecht“ an. Wer in der Kommission saß, entschied der Gesundheitsminister, die Bundesregierung und die Bundesländer. Aus: Eva Walisch, Donnerstag, der D-Day für die Corona-Ampel, in: Die Presse, 27.08.2020, S. 3.

⁵⁵³ Österreich, Auch immer mehr Regionen wurden auf Orange geschaltet, in: *Österreich*, 23.10.2020, S. 6.

⁵⁵⁴ Ebenda.

verzichten – aus Rücksicht aufeinander und Umsicht für die Gesundheit:
„Das wird ein rot-weiß-roter Kraftakt.“⁵⁵⁵

In Belgien musste die Außenministerin Sophie Wilmés auf einer Intensivstation behandelt werden, sie dürfte sich im Kreis der Familie mit COVID-19 infiziert haben. Belgien verzeichnete am 22. Oktober 2020 240.000 Infizierte, die Sieben-Tages-Inzidenz belief sich auf 9000 Infizierte. Bis 22. Oktober 2020 verzeichnete Belgien 10.539 Coronatote.⁵⁵⁶

Am 15. Oktober 2020 hatte die französische Regierung Ausgangssperren verhängt, ab 17. Oktober 2020 sollten somit 20 Millionen Einwohner von Großstädten ab 21 Uhr zu Hause bleiben. Die Sperren galten in Paris, Grenoble, Lille, Lyon, Aix-en-Provence, Marseille, Montpellier, Rouen, Saint-Étienne und Toulouse. Präsident Macron hatte für diese Städte den Notstand ausgerufen. Das Ausgangsverbot galt zwischen 21 Uhr und 6 Uhr für mindestens vier Wochen, es konnte nur vom Parlament verlängert werden. Wer nach der Sperrstunde ohne triftigen Grund bei Polizeikontrollen auf der Straße angetroffen wurde, riskierte Geldstrafen von 135 bis 1500 Euro. Nicht betroffen waren Personen, die in der Nacht oder bis spätabends arbeiteten – sie benötigten jedoch eine schriftliche Bestätigung. Macron sprach von einer „*besorgniserregenden Situation*“ – die Zahl der Neuinfektionen war in Frankreich auf mehr als 30.000 pro Tag angestiegen.⁵⁵⁷ In Frankreich trat am 30. Oktober 2020 ein Lockdown vorerst bis 1. Dezember 2020 in Kraft: nächtliche Ausgangssperren, öffentliche Maskenpflicht in Teilen des Landes. Ausgenommen davon waren Schulen und Kindergärten. Präsident Macron sprach dieses Mal nicht von einem „*Krieg gegen einen unsichtbaren Feind*“ wie im Frühjahr 2020, aber: die zweite Welle sollte härter und tödlicher sein als die erste. Die Spitäler waren bereits wieder überlastet. Mit dem Ende der Sommerferien hatte sich im August 2020 die Lage verschlimmert, es gab wieder einen Spitzenwert von täglich 50.000 Neuinfektionen: „*Das Virus breitet sich mit einer Geschwindigkeit aus, die nicht einmal die pessimistischen Prognosen vorhergesagt haben*“, so Macron. Gesundheitsminister Olivier Véran schwor Frankreich auf einen

⁵⁵⁵ Österreich, Deutsche und niederländische Reisewarnung. Wintertourismus vor dem Aus, in: *Österreich*, 23.10.2020, S. 7.

⁵⁵⁶ Die Presse, Außenministerin Belgiens auf der Intensivstation, in: *Die Presse*, 23.10.2020, S. 5.

⁵⁵⁷ Rudolf Balmer, „Gute Nacht“: Unmut über Ausgangssperre, in: *Die Presse*, 16.10.2020, S. 4.

„gemeinsamen Feind“ ein, eine dritte Welle sollte nicht ausgeschlossen werden.⁵⁵⁸

Mit Ende Oktober 2020 befand sich das Vereinigte Königreich am Beginn einer verheerenden zweiten Welle: „*The UK has become swamped by a second wave of infections*“, titelte damals die *New York Times*.⁵⁵⁹ Die Mitarbeiter in den Spitälern zeigten sich überarbeitet und erschöpft, die britische Regierung wurde dafür kritisiert, keine einheitliche Strategie für die zweite Coronawelle und die Eindämmung des Virus ausgearbeitet zu haben: jene Vorsicht, die die Öffentlichkeit in der ersten Welle aufgewendet hatte, schien zu Beginn der zweiten Welle nicht mehr gegeben zu sein. Spitäler hatten nicht notwendige Operationen verschoben.⁵⁶⁰

In der Schweiz galten seit 29. Oktober 2020 neue Maßnahmen, Bars und Restaurants mussten um 23 Uhr schließen. Veranstaltungen mit mehr als 50 Personen und sportliche sowie kulturelle Freizeitaktivitäten mit mehr als 15 Personen waren untersagt, so der Schweizer Bundesrat am 28. Oktober 2020. Tanzlokale wurden geschlossen, die Maskenpflicht ausgedehnt. Die Maßnahmen waren zudem zeitlich unbefristet. Bern hatte am 29. Oktober 2020 die seit September 2020 als Risikogebiete eingestuften Bundesländer Wien, Niederösterreich, Burgenland, Oberösterreich und Salzburg von der *roten Liste* genommen. Diese Verordnung trat am 30. Oktober 2020 in Kraft. Personen aus allen Bundesländern konnten wieder ohne Quarantänemaßnahmen in die Schweiz einreisen.⁵⁶¹

In Italien traten am 6. November 2020 wieder verschärfte Corona-Schutzvorkehrungen in Kraft. Die nächtliche Ausgangssperre war landesweit zwischen 22 Uhr und 5 Uhr früh angeordnet worden. Museen und Ausstellungen wurden geschlossen. Höhere Schulen und Universitäten mussten auf Onlineunterricht umgestellt werden. In vier Regionen (Lombardei, Piemont, Aostatal, Kalabrien) trat ein Teil-Lockdown in Kraft. In diesen *roten Zonen* mussten die Menschen zwar weitgehend zu Hause

⁵⁵⁸ Die Presse, „Die zweite Welle wird tödlicher sein als die erste“, in: *Die Presse*, 30.10.2020, S. 34.

⁵⁵⁹ Benjamin Mueller, This time, no cheers for health workers, in: *The New York Times International Edition*, October 29, 2020, S. 1 und 4, hier S 1.

⁵⁶⁰ Ebenda.

⁵⁶¹ Die Presse, Schweizer Regierung setzt neue Beschränkungen in Kraft, in: *Die Presse*, 30.10.2020, S. 3.

bleiben, sie durften jedoch zum Arzt und in die Arbeit gehen sowie einkaufen. Die Einteilung des Landes erfolgte in drei Risikozonen: rot, orange, gelb. Gesundheitsminister Roberto Speranza meinte: „*Ohne beträchtliche Einschränkungen bei der Bewegungsfreiheit und ohne Respekt der Regeln des Zusammenlebens werden wir im Kampf gegen die Epidemie nicht siegen.*“⁵⁶²

Deutschlands damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel plädierte Ende November 2020 für die Umsetzung eines europaweiten Skiverbots: die 16 Ministerpräsidenten – an vorderster Front Bayerns Ministerpräsident Markus Söder – hatten Merkel aufgetragen, „*auf europäischer Ebene darauf hinzuwirken, dass bis 10. Jänner (2021) Skitourismus nicht zugelassen wird*“. Merkel erkannte aber auch die geringen Erfolgsaussichten dieses Vorhabens: „*Es sieht leider nicht so aus, wenn man die österreichischen Verlautbarungen hört, dass uns das so einfach gelingen könnte*“.⁵⁶³

Aufgrund der schlechten epidemiologischen Lage hatte auch Slowenien Anfang November den Lockdown verlängert, zumindest noch um einen Monat. Für alle Schüler galt Fernunterricht, strenge Kontakteinschränkungen blieben aufrecht. Restriktionen für den Wirtschaftssektor wurden jedoch gelockert, vor allem waren Geschäfte mit Kinderartikeln und Möbel- sowie Autohäuser geöffnet. In Slowenien war die Belastung der Intensivstationen mehr als doppelt so hoch wie im Frühjahr 2020, diese Situation brachte das Gesundheitssystem an den Rand seiner Kapazitäten.⁵⁶⁴

In Dänemark gab es Einschränkungen für Nord-Jütland: Bewohner mussten dort innerhalb ihrer Kommunen bleiben. Der öffentliche Nahverkehr wurde am 9. November 2020 eingestellt, Restaurants, Schwimmbäder und Fitnessstudios schlossen. In Dänemark hatten sich seit Juni 2020 mindestens 214 Menschen mit einer ursprünglich bei Nerzen aufgetretenen Variante des Coronavirus infiziert, 200 Fälle wurden in Nord-Jütland nachgewiesen. Die Regierung in Kopenhagen ordnete daraufhin an, alle Nerze im Land – 15-17 Millionen Tiere – zu keulen.⁵⁶⁵

⁵⁶² Salzburger Nachrichten, Teil-Lockdown startet in Italien unter Protesten, in: *Salzburger Nachrichten*, 7.11.2020, S. 31.

⁵⁶³ Die Presse, Auch Merkel für ein europaweites Skiverbot, in: *Die Presse*, 27.11.2020, S. 13.

⁵⁶⁴ Salzburger Nachrichten, Teil-Lockdown startet in Italien unter Protesten, in: *Salzburger Nachrichten*, 7.11.2020, S. 31.

⁵⁶⁵ Ebenda.

Die Coronalage nannte Deutschlands Bundeskanzlerin „*dramatisch*“ und den zweiten Lockdown „*geeignet, erforderlich, verhältnismäßig*“.⁵⁶⁶ FDP-Chef Christian Lindner zweifelte den Nutzen der Schließungen in der Gastronomie an. Wenn Menschen aus Lokalen mit Hygienekonzepten in „*unkontrollierte Graubereiche*“ gedrängt würden, dann helfe das niemandem, so Lindner: er währte die Gefahr, dass die „*parlamentarische Demokratie deformiert*“ werde, da die Kanzlerin und die Ministerpräsidenten den Lockdown bereits verabredeten und das Parlament nachträglich nur kommentieren durfte. Alexander Gauland (AfD) verstieg sich sogar dazu, von einer „*Coronadiktatur*“ zu sprechen.⁵⁶⁷

Mitte November 2020 verkündete der damalige österreichische Bundeskanzler Kurz erneut einen harten Lockdown: Alle Geschäfte und Dienstleitungen, die nicht Grundbedürfnisse deckten, mussten wieder schließen. Zudem herrschte wieder eine gantztägige Ausgangssperre. Die Bürger durften das Haus nur zu Zwecken von beruflichen Verpflichtungen, für wichtige Besorgungen sowie die Pflege von Angehörigen und zur körperlichen und geistigen Erholung verlassen: „*Jeder Kontakt ist einer zu viel*“, sagte Bundeskanzler Kurz: „*Treffen Sie niemanden.*“ Die Reduktion des Soziallebens sei der einzige Weg, diese Pandemie in den Griff zu bekommen. Dieser Lockdown sollte zunächst drei Wochen dauern. Massenhafte Antigen-Tests wurden in der Folge durchgeführt, auch unter Einsatz des Bundesheeres. Österreich lag im Spätherbst 2020 bei den Neuinfektionen pro Kopf im weltweiten Vergleich mit an der Spitze. Diese nahmen zu, obwohl die österreichische Bundesregierung im Oktober 2020 das öffentliche Leben drastisch eingeschränkt hatte. Bereits damals wurden Bars, Restaurants, Sportstätten und Kultureinrichtungen geschlossen, eine weitgehende Ausgangssperre zwischen 20 und 6 Uhr wurde verhängt. Dennoch hatte sich die Zahl der täglichen Ansteckungen seither auf knapp unter 10.000 verdoppelt. Die meisten Menschen steckten sich im Haushalt an, die Mobilität ging deutlich weniger stark zurück als im Frühjahr 2020. Die lange äußerst professionell vorgenommene Rückverfolgung der Fälle brach zudem zusammen – lediglich 23 Prozent konnten damals einem Cluster zugeordnet werden. Infektionsquellen konnten somit nicht mehr effizient eruiert werden. Unter diesen Umständen eine kohärente wissenschaftlich fundierte Politik zu betreiben, erwies sich als äußerst

⁵⁶⁶ Jürgen Streihammer, „Erforderlich und verhältnismäßig“, in: *Die Presse*, 30.10.2020, S. 3.

⁵⁶⁷ Ebenda.

schwierig. Kritisiert wurden die mangelnde Transparenz und die schlechte Datenlage, die den Entscheidungen der Regierung zugrunde gelegt waren. Die Abstimmung regionaler mit nationalen Behörden funktionierte zudem äußerst schlecht – die Ursachen lagen im österreichischen Föderalismus. Zudem waren sich in entscheidenden Fragen auch die Experten uneinig, dies zeigte sich an der Kontroverse um die vollständige Schließung von Schulen, die Mitte November 2020 verkündet worden war. Durchgesetzt hatte diese Bundeskanzler Kurz – gegen den Widerstand des Koalitionspartners Die Grünen und auch gegen den Widerstand von Vertretern seiner eigenen Partei in den Bundesländern. Unter Wissenschaftlern in Österreich blieb stark umstritten, wie stark Kinder und Jugendliche als Infektionstreiber agierten. Studien kamen dabei zu unterschiedlichen Ergebnissen. An einer Presskonferenz liess Kurz durchblicken, dass Schulen deshalb nicht als Quellen für Infektionen abgeschrieben werden dürften, weil oft unklar war, wo diese stattgefunden hätten. Mitte November 2020 hatten sich die Experten der *Corona-Ampel*-Kommission der Bundesregierung dennoch gegen Schulschließungen für Kinder unter 14 Jahren ausgesprochen.⁵⁶⁸

In Österreich gab es Mitte November 2020 erstmals über 100 Coronatote innerhalb von 24 Stunden (109 Tote), über 500 Tote sogar während einer Woche. Seit Oktober 2020 stieg die Todesrate signifikant an – Corona-bedingte Übersterblichkeit.⁵⁶⁹ Bis Ende Dezember 2020 stieg die Zahl der Coronatoten in Österreich auf über 6000 an, über 1000 Coronatote wurden damals in der Steiermark (1292), Oberösterreich (1175) und in Wien (1175) gemeldet.⁵⁷⁰

In der Schweiz wurde kein landesweiter Lockdown ausgerufen, es gab jedoch ebenso keine freien Betten mehr auf den Intensivstationen. Cafés und Restaurants mussten in der Schweiz um 23 Uhr schließen. Die Infektionen gingen langsam zurück. Kleinere Veranstaltungen waren erlaubt. Auch in der Schweiz gab es mehr als 80 Tote pro Tag durch Corona, mehr Tote als bei der ersten Welle.⁵⁷¹

⁵⁶⁸ Ivo Mijnsen, Österreich geht in “harten” Lockdown, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 16.11.2020, S. 1.

⁵⁶⁹ ORF Zeit im Bild 2, 18.11.2020, 22.00 Uhr bis 22.05 Uhr.

⁵⁷⁰ Köksal Baltacı, Corona: Die Motive hinter den Grenzwerten, in: *Die Presse*, 30.12.2020, S. 7.

⁵⁷¹ ORF Zeit im Bild 2, 18.11.2020, 22.00 Uhr bis 22.05 Uhr.

Ende November 2020 waren regional teilweise sehr unterschiedliche Fallzahlen zu verzeichnen, zum Beispiel in der Tschechischen Republik: in Prag betrug die Sieben-Tages-Inzidenz 155 Infizierte pro 100.000 Einwohner, in der Stadt Havlíčkův Brod / Deutschbrod dagegen 651. Am 3. Dezember 2020 kam es zum Ende des Lockdowns, die nächtliche Ausgangssperre fiel weg, nahezu alle Dienstleistungseinrichtungen, alle Restaurants, Hotels und auch Museen öffneten neuerlich ihre Tore, ein paar Tage später gab es auch wieder Unterricht in den Schulen. In den Geschäften sollten jedem Kunden 15 Quadratmeter Fläche zur Verfügung stehen, die Gastronomie durfte zwischen 6 Uhr und 22 Uhr öffnen und bis zur Hälfte gefüllt sein. An jedem Tisch konnten nur vier Personen sitzen, in den Fitnesszentren galt auch an den Geräten Maskenpflicht. Weihnachtsmärkte durften öffnen. Der Staat delegierte die Verantwortung an die örtlichen Behörden. An den Weihnachtsmärkten war der Erwerb von Nahrungsmitteln und Getränken erlaubt – aber nur zum Mitnehmen. Wie jedoch die Kontrolle der Maßnahme erfolgen sollte, blieb offen. Gerade dies war in der Tschechischen Republik einer der großen Schwachpunkte. Mehr als 8000 Todesopfer hatte COVID-19 in der Tschechischen Republik bis Spätherbst 2020 gefordert.

Doch die Pandemie belastete die Gesellschaft nicht nur, sie spaltete sie auch – wie in zahlreichen Staaten Europas und in den USA.⁵⁷²

In Schweden wurden Ende November 2020 die Maßnahmen gegen die Ausbreitung von SARS-CoV-2 etwas verschärft, Staatsepidemiologe Anders Tegnell schloss jedoch einen Lockdown aus: „*Wir brauchen Maßnahmen, die die Menschen lang mittragen können. Doch viele seien müde geworden und hielten sich nicht mehr an die Empfehlungen*“, sagte der damalige schwedische Premierminister Stefan Löfven. Tegnell erschien zu den täglichen Pressekonferenzen stets persönlich mit einem Getränkebecher aus Pappe, jedoch danach ließ er sich digital zuschalten.⁵⁷³ Die schwedische Gesetzgebung wollte nicht in die individuelle Bewegungsfreiheit eingreifen. Die Möglichkeiten der schwedischen Regierung, das öffentliche Leben einzuschränken, waren äußerst begrenzt. So konnte auch niemandem verboten werden, hinauszugehen, mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu fahren und auch private Feiern zu veranstalten. Die Einkaufszentren waren voll, ebenso Züge und

⁵⁷² Hans-Jörg Schmidt, Tschechien riskiert die große Öffnung und eine dritte Welle, in: *Die Presse*, 1.12.2020, S. 7.

⁵⁷³ Gudrun Doring, Corona erreicht das schwedische Königshaus, in: *Salzburger Nachrichten*, 28.11.2020, S. 8.

Restaurants. Tausende Menschen aus Risikoländern konnten in Schweden ein- und ausreisen ohne in Quarantäne zu gehen. So kam ein Reisender aus Mailand nach Hause, bekam von der Gesundheitsbehörde die Erlaubnis zu arbeiten, drei Tage später war dieser krank.⁵⁷⁴ Ungeschminkt erklärte der schwedische König Carl Gustav XVI. deshalb in einem Fernsehinterview im öffentlich-rechtlichen SVT die Strategie seines Landes zur Bekämpfung der COVID-19-Pandemie für gescheitert: „*Wir haben versagt. Wir haben eine hohe Zahl an Verstorbenen, und das ist furchtbar. Wir alle leiden darunter.*“ Schweden hatte einen Kurs gegen die Pandemie eingeschlagen, der einen Lockdown weitgehend vermieden und keine Maskenpflicht vorgesehen hatte. Der schwedische Chefepidemiologe Anders Tegnell verteidigte unterdessen weiter seine Strategie. Niemand, so Tegnell, könne sagen, dass die schwedische Strategie gescheitert sei. In Schweden galten die Krankenhäuser bzw. Intensivstationen bis November 2020 als nicht überbelastet, das änderte sich jedoch einen Monat später. Eine von der damaligen rot-grünen Regierung in Stockholm eingesetzten Untersuchungskommission kam Mitte Dezember 2020 in einem Teilgutachten zum Ergebnis, dass vor allem die Altenpflege schlecht für die Pandemie gerüstet war. Die Angestellten wurden in großem Umfang damit allein gelassen, die Krisensituation zu bewältigen.⁵⁷⁵

In der Schweiz schlossen am 22. Dezember 2020 Kinos, Museen, Büchereien und Lokale, Geschäfte und Schigebiete blieben geöffnet. Gemessen an der Einwohnerzahl wies die Schweiz eine der höchsten Infiziertenraten in Europa auf. Österreich verkündete am 26. Dezember 2020 seinen dritten Lockdown, in Schweden wurden *strikte Verhaltensregeln* eingeführt: Einkaufszentren und Fitnesszentren sollten nur eine begrenzte Anzahl von Kunden aufnehmen, in öffentlichen Verkehrsmitteln sollte Mund-Nasen-Schutz getragen werden, dies wurde von der damaligen schwedischen Regierung empfohlen. In der Slowakei wurde am 19. Dezember 2020 der Lockdown vorverlegt. In Italien galt zwischen 24. Dezember und 6. Januar 2021 erneut ein Lockdown, Gastronomie und Geschäfte blieben geschlossen. Ähnlich war die Lage seit 18. Dezember 2020 in der

⁵⁷⁴ Salzburger Nachrichten, „Schweden hat alle Warnungen ignoriert“, Interview mit Henriikka Gröndahl, Sopranistin an der Königlichen Oper in Stockholm, in: *Salzburger Nachrichten*, 28.11.2020, S. 8.

⁵⁷⁵ André Anwar, König erklärt schwedischen Weg für gescheitert, in: *Die Presse*, 18.12.2020, S. 4.

Tschechischen Republik.⁵⁷⁶ Nach sechswöchigem Lockdown verhängte die tschechische Regierung am 18. Dezember 2020 neue Restriktionen: Gastwirte mussten Lokale schließen, ihnen wurde ein einhundertprozentiger Ersatz ihrer Ausfälle seitens der tschechischen Regierung versprochen. Zahlreiche Wirte hatten sich zuletzt bereits nicht mehr an die Sperrstunde von 20 Uhr gehalten und damit ganz bewusst ihren Protest zum Ausdruck gebracht. Sie hatten dabei auch Geldbußen in der Höhe von umgerechnet bis zu 120.000 Euro riskiert. Neben Hotels und Restaurants mussten damals nur noch Galerien, Museen und Fitnesscenter schließen. Der Unmut seitens der Bevölkerung wuchs, so war dieser neue Lockdown eher halbherzig: Die Geschäfte blieben alle geöffnet, auch sonntags. Das Weihnachtsfest sollte so gewohnt wie möglich ablaufen, also kulinarisch anspruchsvoll und sehr umfangreich. Zudem wurden am 18. Dezember 2020 ebenso die Skipisten in der Tschechischen Republik geöffnet, Schifahrer mussten jedoch abends wieder nach Hause fahren. Hotels blieben geschlossen. Die Anfahrt von Schifahrern aus dem Ausland wurde kontrolliert (negativer Test, sonst Quarantäne zu Hause). Es galt im ganzen Land ein öffentliches Alkoholverbot. Bis Januar 2021 konnte sich die Bevölkerung auch freiwillig und kostenlos testen lassen /Antigen-Tests), ohne Tests war es nicht möglich, Angehörige in den Seniorenheimen zu besuchen.⁵⁷⁷

In Israel kam es Ende 2020 zu stufenweisen Lockerungen der Coronamaßnahmen – am 6. Dezember 2020 waren die Mittelschulen nach dem zweiten Lockdown wieder geöffnet worden. Die Zahl der Neuinfektionen hatte wieder zugenommen und lag auf dem höchsten Stand seit Wochen.⁵⁷⁸

Ende 2020 verzeichneten die USA fast 350.000 Coronatote bei einer Bevölkerung von fast 330 Millionen Einwohnern, die EU (inklusive das Vereinigte Königreich) kam auf insgesamt 430.000 Tote (513 Millionen Einwohner) – die Volksrepublik China meldete 5000 Coronatote bei fast 1,4 Milliarden Einwohnern.⁵⁷⁹ Das Durchschnittsalter jener Menschen, die behandelt werden mussten, wurde immer niedriger. Die Slowakei ließ als erstes EU-Land bereits Kinder ab fünf Jahre impfen, diese bekamen die

⁵⁷⁶ Euronews, 19.12.2020, 08.15 Uhr, in: *Die Presse*, 1.12.2020, S. 7.

⁵⁷⁷ Hans-Jörg Schmidt, Tschechien muss wieder zusperren, in: *Die Presse*, 18.12.2020, S. 4.

⁵⁷⁸ Salzburger Nachrichten, Israel spekuliert über einen dritten Lockdown, in: *Salzburger Nachrichten*, 7.12.2020, S. 4.

⁵⁷⁹ Jürgen Gerhards und Michael Zürn, Corona, Sonderbeilage, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 13.01.2021, S. N4.

Impfung nur auf Wunsch der Eltern im Beisein eines Kinderarztes. In Kuba wurden zweijährige Kinder mit einem *selbstentwickelten* Impfstoff geimpft. Ebenso ließ Chile Kinder impfen.⁵⁸⁰ In Chile (19 Millionen Einwohner) gehörte die Bevölkerung zu den Spitzenreitern bei den Impfungen gegen COVID-19. Laut Datenplattform „*Our World in Data*“ der Universität Oxford wurden damals in den sieben Tagen zuvor nur in Israel und in den Vereinigten Arabischen Emiraten täglich mehr Personen geimpft als in Chile. Außerdem zählte Chile zu den sieben Nationen weltweit, die gemessen an der Bevölkerungszahl damals am meisten Impfdosen verabreicht hatten. In weniger als zwei Wochen wurden über zwei Millionen Personen gegen COVID-19 geimpft. Eingekauft wurde bei *BioNTech/Pfizer*, *AstraZeneca*, *Sinovac* und *Johnson&Johnson*. Chile verfügt über ein robustes Netzwerk von medizinischen Grundeinrichtungen wie Gesundheitszentren und Arztpraxen, das sich über das gesamte Staatsgebiet erstreckte. Dies hat nicht nur die Logistik vereinfacht, sondern auch die jahrelange Erfahrung bei der Durchführung von großangelegten Impfstoffkampagnen kam zum Tragen. Zusätzlich zu diesen bestehenden Einrichtungen hatte die Regierung mit den Regionalregierungen Schulen, Sportstadien und öffentliche Plätze zu Impfstationen umfunktioniert. Um Personalengpässe zu vermeiden, waren neben Krankenschwestern und Pflegern auch Personen von verwandten Gesundheitsberufen – wie Hebammen oder Zahnärzte – zugelassen worden, um die Bevölkerung zu impfen. Chile zählte mit Mexiko und Costa Rica zu den ersten Ländern Lateinamerikas, die mit dem Impfen begonnen hatten. Ab Ende Dezember 2020 wurden die ersten 50.000 Dosen an das Gesundheitspersonal von Chile verabreicht, das mit Risikopatienten in Kontakt stand.⁵⁸¹

⁵⁸⁰ ORF, ZIB 1, 9.09.2021, 19.30 Uhr.

⁵⁸¹ Nicole Anliher, Chile ist beim Impfen ein Musterknabe, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 18.02.2021, S. 2.

Die Entwicklung der Pandemie im Jahr 2021

Das erste Halbjahr 2021

Mit dem Auftreten der britischen Virusmutation B.1.1.7 war die Pandemie auch im Vereinigten Königreich außer Kontrolle. In Londons Spitälern herrschte der Ausnahmezustand. Straßen waren verlassen, die Pubs verriegelt, Geschäfte geschlossen, die U-Bahn leer, Millionen Menschen zu Hause. Bürgermeister Sadiq Khan hatte am 8. Januar 2021 aufgrund der *schwerwiegenden Situation* in den Kliniken den Ausnahmezustand erklärt. Damals war allein in London jeder 30. Mensch mit SARS-CoV-2 infiziert. Die Zahl der Patienten mit COVID-19 hatte sich in nur zwei Wochen verdoppelt. Landesweit waren laut offiziellen Daten bereits Anfang Januar 2021 jede 50. Person infiziert. Die Pandemielage war außer Kontrolle geraten, seit sich eine um bis zu 70 Prozent ansteckendere Mutation des Virus „*in frustrierender und alarmierender Weise*“ ausgebreitet hatte, so der britische Premierminister Boris Johnson. Seither galt erneut ein harter Lockdown in ganz England. Die Bevölkerung durften ihre Wohnungen nur mehr für nötige Aktivitäten wie Arztbesuche verlassen. Schulen waren außer für Kinder von Eltern in systemrelevanten Berufen geschlossen, Freizeitsport war nicht erlaubt, Kontakte zu anderen Menschen ebenso nicht. Ähnliche Regeln wurden in Schottland, Wales und Nordirland verordnet. In den Krankenhäusern waren die Betten belegt, das Gesundheitspersonal stand „*kurz vor dem Burnout*“.⁵⁸² Der Vorsitzende des britischen Ärztebunds *British Medical Association* (BMA), Chand Nagpaul, meinte dazu: „*Die Ärzte sind verzweifelt, manche vergleichen ihr Arbeitsumfeld mit einem Kriegsgebiet.*“⁵⁸³ Eine der leitenden Krankenschwestern im Londoner *University College Hospital* sagte mit zitternder Stimme und mit einer Niedergeschlagenheit: „*Ich bin sehr besorgt, dass viele Schwestern und Pfleger daran zerbrechen.*“⁵⁸⁴ Operationssäle waren vielerorts zu Intensivstationen umfunktioniert. In Kinderabteilungen lagen schwer kranke Erwachsene. Der NHS steuerte seinem Zusammenbruch entgegen, in manchen Teilen war er bereits kollabiert. Patienten warteten bis zu zwölf Stunden auf einen Rettungswagen. Ein Patient musste mit einem gebrochenen Bein sechs

⁵⁸² Katrin Pribyl, England befürchtet Lockdown bis Ostern, in: *Salzburger Nachrichten*, 12.01.2021, S 6.

⁵⁸³ Ebenda.

⁵⁸⁴ Ebenda.

Stunden in der Kälte ausharren, bis ein Krankenwagen kam. 68.053 Corona-Fälle wurden am 8. Januar 2021 binnen 24 Stunden gemeldet – damals ein neuer Rekordwert, die Behörden registrierten 1325 neue Corona-Todesfälle. Bis Anfang Januar waren im Vereinigten Königreich mehr als 82.000 Menschen an COVID-19 gestorben, sie waren in den letzten 28 Tagen vor ihrem Tod positiv getestet worden.⁵⁸⁵ Seit Anfang Dezember 2020 wurde im Vereinigten Königreich flächendeckend geimpft, mehr als 2,4 Millionen Menschen hatten ihre erste Dosis bereits damals erhalten.⁵⁸⁶

„Die Mutation breitet sich mit schwindelerregender Geschwindigkeit aus“, so die Epidemiologin Maria João Brito aus Portugal. Diese damals neue Mutation dürfte von der großen britischen Auslandsgemeinde in Portugal eingeschleppt worden sein. Die Leichenhalle im Spital Barreiro Montijo in Lissabon war voll, vor dem Krankenhaus wurden Ende Januar 2021 sogar Kühlcontainer aufgestellt, um die vielen Coronatoten bis zur Bestattung aufzubewahren. Man musste vielerorts die Regeln der Katastrophenmedizin anwenden, so der Leiter der portugiesischen Ärztekammer, Miguel Guimarães. Für zwei Notfallpatientinnen gab es nur ein Beatmungsgerät, diejenige mit den besseren Überlebenschancen bekam den Vorrang. Die Krankenhäuser befanden sich am Limit. Vor vielen Spitälern stauten sich die Krankenwagen, die wegen der Überfüllung der Krankenhäuser oft stundenlang warten mussten, bis sie ihre COVID-19-Patienten übergeben konnten. Deshalb wurden in ganz Portugal Feldlazarete aufgestellt. Auf Hilferufe seitens der Regierung in Lissabon entsandte die deutsche Bundeswehr medizinisches Personal und Material nach Portugal. Österreich nahm Intensivpatienten aus Portugal zur Behandlung auf. Die Sieben-Tages-Inzidenz schoss laut John-Hopkins-Universität in Portugal auf über 840 Fälle pro 100.000 Einwohner hinauf. Pro Tag kamen 13.000 neue Infektionsfälle hinzu, zwischen 30. und 31. Januar 2021 gab es 300 Coronatote.⁵⁸⁷ Kein Land in der EU wurde Anfang Februar 2021 so schwer von Corona-Pandemie heimgesucht wie Portugal (10,3 Millionen Einwohner). Mit 850 Intensivbetten war Portugal über drei Wochen völlig mit der Situation überfordert. Seit 3. Februar 2021 war die deutsche Bundeswehr mit einem Team von 26 Ärztinnen und Ärzten, Hygienefachleuten und Pflegerinnen und Pflegern vor Ort. Deutschland schickte auch Beatmungsgeräte und Krankenbetten nach Lissabon, sie

⁵⁸⁵ Ebenda.

⁵⁸⁶ Ebenda.

⁵⁸⁷ Ralph Schulze, Zweite Welle überrollt Portugal, in: *Salzburger Nachrichten*, 1.02.2021, S 6.

kamen auf Hilfesuch der portugiesischen Gesundheitsministerin Marta Temido: „*Wenn wir geahnt hätten, wie ansteckend die britische Variante ist, hätten wir die Regeln für Weihnachten geändert*“, so Portugals Ministerpräsident António Costa Ende Januar 2021. Seine Regierung hatte Portugal einen neuen harten Lockdown verordnet: alle Kindergärten, Schulen und Universitäten wurden geschlossen, den meisten Angestellten Homeoffice verordnet, alle Flugverbindungen in das Vereinigte Königreich und Brasilien gestrichen sowie die Grenze zu Spanien abgeriegelt. Doch die Maßnahmen kamen zu spät.⁵⁸⁸

Ebenso stiegen aufgrund der britischen Variante die Infektionszahlen in Israel rasch an. Die Regierung war in sich zerstritten, die Impfkampagne lag somit ausschließlich in Händen des Gesundheitsministers, der Polikliniken und der Krankenhäuser.⁵⁸⁹

Österreich verkündete am 17. Januar 2021 einen neuerlichen Lockdown: der Abstand zwischen Personen wurde auf zwei Meter begrenzt, FFP-2-Masken in öffentlichen Einrichtungen sowie in Apotheken und Einkaufszentren blieben Pflicht, der Lockdown wurde noch vor dem ursprünglich geplanten Ende (24. Januar 2021) bis 8. Februar 2021 ausgeweitet. Grund waren Coronamutationen aus dem Vereinigten Königreich. In Deutschland wurde am 19. Januar 2021 ein Lockdown bis 14. Februar 2021 verkündet: verschärfte Maskenpflicht in öffentlichen Verkehrsmitteln – dazu hatten sich Bundeskanzlerin und Ministerpräsidenten geeinigt, zuvor gaben acht Experten ihre jeweilige Einschätzung ab. Seit 13. Dezember 2020 galt: Schulen bleiben geschlossen, Notbetreuung für Kitas: „*Alle sind gestresst, viele genervt, alle sind in einer schwierigen Situation*“, betonte Bayerns Ministerpräsident Markus Söder.⁵⁹⁰ In Österreich begann man jedoch wieder mit vorsichtigen Öffnungen, aber mit zusätzlichen Sicherheitsmaßnahmen verbunden. Die Strategie der Bundesregierung lag in der vorsichtigen Lockerung des Lockdowns. Komplette Öffnen durften damals ab 8. Februar 2021 Volksschulen und Unterstufen; höhere Schulstufen wurden wieder im Schichtbetrieb unterrichtet. Am Präsenzunterricht durfte nur teilnehmen, wer getestet war, ansonsten: Homeschooling. Geschäfte, Museen, Tiergärten

⁵⁸⁸ Ute Müller, Schlangen vor Portugals Spitälern, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 5.02.2021, S 2.

⁵⁸⁹ Norbert Jessen, Impfweltmeister Israel im Lockdown, in: *Kurier*, 31.01.2021, S 9.

⁵⁹⁰ Tageschau, 19.01.2021, 22.15 Uhr, und: ORF 2, Presskonferenz der Bundesregierung, 17.01.2021, 11.00 Uhr ca.

und körpernahe Dienstleister konnten ebenso unter strengen Auflagen wieder öffnen. Mittels Schnelltests und FFP-2-Masken sollte das Risiko einer dritten Welle reduziert werden. „Bitte verstehen Sie die Lockerungen nicht als Entwarnung“, betonte Bundeskanzler Sebastian Kurz; „Sollte sich die Situation bis zum 15. Februar verschlechtern, müssen wir wieder neu beraten.“ Durch die Lockerungen durften sich die Angehörigen von zwei Haushalten wieder treffen: „Je weniger soziale Kontakte, desto besser“, appellierte Kurz. Die Strafen für Verstöße gegen Coronaregeln wurden erhöht, Einreisebestimmungen verschärft (Ziel: Verhinderung der weiteren Einschleppung der britischen und südafrikanischen Mutanten).⁵⁹¹ Das Lehrpersonal musste einmal pro Woche zum Berufsgruppentest, regelmäßig getestete Lehrer mussten keinen FFP-2-Schutz tragen (nur Mund-Nasen-Schutz). Volksschüler mussten gar keine Maske tragen, Mittel- und Unterstufenschüler aber einen Mund-Nasen-Schutz. Im Handel durften Geschäfte öffnen, jedoch begrenzt: durfte sich nur ein Kunde pro 20 Quadratmeter im Geschäft. Es waren FFP-2-Maske zu tragen. Bei Friseuren hatten Kunden einen negativen Coronatest vorzulegen, der nicht älter als 48 Stunden sein durfte. Ausgangsbeschränkungen galten zwischen 20 Uhr und 6 Uhr. Coronastrafen wurden von 25 Euro auf 50 Euro erhöht (bei Ausstellung eines Organmandats), Masken- und Abstandsverweigerer mussten mit Strafen von bis zu 90 Euro rechnen.⁵⁹²

Gleich zu Beginn des Jahres 2021 schossen auch die Infektionszahlen in der Slowakei und in der Tschechischen Republik neuerlich in die Höhe. Mit 9. Januar 2021 kontrollierte Österreich die Grenzen zu beiden Ländern. Kleine Grenzübergänge wurden geschlossen, fixe Kontrollen ersetzten die bisherige mobile Überwachung im Hinterland. Die Lage in beiden Ländern war damals „extrem angespannt“.⁵⁹³ Vor allem in der Tschechischen Republik gab es zu diesem Zeitpunkt bedeutende Neuinfektionszahlen mit einer Sieben-Tages-Inzidenz von 680, in der Slowakei von 367, in Österreich im Vergleich dazu von 149. Auf eine Million Einwohner gerechnet lag die Tschechische Republik demnach Anfang 2021 bei den Neuinfektionen weltweit an erster und die Slowakei an zehnter Stelle.⁵⁹⁴ Am 13. Januar schloss Österreich 45

⁵⁹¹ Salzburger Nachrichten, Schulen und Handel dürfen langsam wieder öffnen, in: *Salzburger Nachrichten*, 2.02.2021, S 1.

⁵⁹² Salzburger Nachrichten, Der Lockdown bekommt nur kleine Lücken, in: *Salzburger Nachrichten*, 2.02.2021, S 2.

⁵⁹³ Die Presse, Österreich macht die Grenzen dicht, in: *Die Presse*, 9.01.2021, S 9.

⁵⁹⁴ Ebenda.

Grenzübergänge zur Slowakei und zur Tschechischen Republik.⁵⁹⁵ Alle Einreisenden nach Österreich mussten nach damaliger geltender Einreiseverordnung des Gesundheitsministers eine Selbstverpflichtung zur Quarantäne unterzeichnen, anderenfalls hätte die Einreise verweigert werden können. Ausnahmen galten für Pendler und den Güterverkehr (keine Tests, Quarantäne für Pendler). Sie mussten bei der Einreise glaubhaft machen, über einen Arbeitgeber in Österreich zu verfügen.⁵⁹⁶ Laut Angaben von Innenminister Karl Nehammer wurden zwischen 19. Dezember 2020 und 8. Januar 2021 mehr als eine Million polizeiliche Grenzkontrollen an der österreichischen Grenze durchgeführt, rund 12.000 Einreiseverweigerungen waren dabei ausgesprochen worden, 73.000 Personen wurden in Heimquarantäne geschickt.⁵⁹⁷ Deutschland hatte aufgrund der hohen Infektionszahlen in der Tschechischen Republik die Einreiseregulungen auch für Pendler verschärft. Pendler und Grenzgänger zwischen beiden Staaten hatten sich mit 11. Januar 2021 mindestens zweimal pro Woche auf das Coronavirus testen zu lassen, so der tschechische Außenminister Tomáš Petříček und Sachsens Sozialministerin Petra Köpping in einer gemeinsamen Presseerklärung.⁵⁹⁸

In Frankreich erfolgte Anfang Januar die Ausweitung der Ausgangssperre von 18 Uhr bis 6 Uhr in zehn weiteren Departements. In Griechenland wurde Anfang Januar das Verbot des Überschreitens der Bezirksverwaltungsgrenzen erlassen.⁵⁹⁹ In England verkündete Premierminister Boris Johnson: jeder muss sich vor Abflug rechtfertigen, warum er reist. Freizeit Zweck ist verboten.⁶⁰⁰ Eine neue Einreiseverordnung wurde in Österreich am 3. Februar 2021 geltend, am 10. Februar 2021 trat diese in Kraft. Sie regelte den Bereich der verpflichtenden Einreisetests neu. Künftig musste auch, wer sich regelmäßig testen ließ, ein negatives Testergebnis mit sich führen, falls die Person aus einem Land mit hoher Infektionsrate kam. Als Pendler galten Personen, die mindestens einmal pro Monat aus beruflichen oder privaten Gründen ins Ausland reisen mussten. Pendler hatten sich zudem elektronisch im Rahmen einer *Pre Travel Clearance*

⁵⁹⁵ Frankfurter Allgemeine Zeitung, Debatte über Corona-Impfpflicht für Pflegekräfte, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 13.01.2021, S. 1.

⁵⁹⁶ Die Presse, Österreich macht die Grenzen dicht, in: *Die Presse*, 9.01.2021, S. 9.

⁵⁹⁷ Ebenda.

⁵⁹⁸ Ebenda.

⁵⁹⁹ Euronews, 11.01.2021, 08.30 Uhr.

⁶⁰⁰ BBC, 27.01.2021, 20.08 Uhr.

zu registrieren. Alle anderen Einreisenden benötigten einen negativen Test – die zehntägige Quarantäne konnte jedoch nach fünf Tagen durch Freitesten verkürzt werden. Ohne Einschränkungen war damals eine Einreise möglich, *„wer aus unvorhersehbaren, unaufschiebbaren, besonders berücksichtigungswürdigen Gründen oder bei Inanspruchnahme unbedingt notwendiger medizinischer Leistungen keine andere Option hat, nach Österreich zu kommen“*.⁶⁰¹ Ab 8. Februar 2021 galt wieder *„Schau auf dich, schau auf mich“* bzw. *„Vorwärts. Mit Vorsicht“*: FFP-2-Maskenpflicht statt bisherigem Mund-Nasen-Schutz, zwei Meter Mindestabstand zu anderen Personen, Ausgangsbeschränkung zwischen 20 Uhr und 6 Uhr, Treffen von maximal zwei Haushalten zwischen sechs und 20 Uhr gestattet – höchstens vier Erwachsene mit ihren aufsichtspflichtigen Kindern; Geschäfte waren zwischen sechs und 19 Uhr geöffnet, zudem durften öffnen: Museen, Bibliotheken, Büchereien, Archive, Tierparks und botanische Gärten. Die FFP-2-Maskenpflicht galt für alle Innenräume. Körpernahe Dienstleistungen durften nur mit Zutrittstests durchgeführt werden – Friseur Tätigkeiten, Massagen, Pediküre nur mit negativem PCR-Test oder Antigen-Test. Keine Testpflicht bestand für Personen, die in sechs Monaten zuvor mit COVID-19 infiziert oder die in der Zwischenzeit genesen waren. Schulen sollten nach den Semesterferien wieder öffnen – voller Regelbetrieb für Volksschulen, Zwei-Tage-Schichtbetrieb in der Sekundarstufe I und II, Maskenpflicht galt mit FFP-2 ab 14 Jahren, Mund-Nasen-Schutz ab sechs Jahren, regelmäßige Testungen sollten regelmäßig durchgeführt werden.⁶⁰²

In Indien dagegen flachte die Infektionsrate zu diesem Zeitpunkt ab, obwohl Sicherheitsmaßnahmen gelockert wurden. Insgesamt hatten sich damals 10,7 Millionen Menschen in Indien mit COVID-19 infiziert, nur die USA hatten mehr COVID-19-Fälle: *„Indien hat die Pandemie erfolgreich eingedämmt“*, erklärte Gesundheitsminister Harsh Vardhan. Das Land lockerte nach und nach die verbliebenen Coronabeschränkungen. Die Kinos waren wieder vollbesetzt, die öffentlichen Schwimmbäder öffneten. Die Restaurants waren wieder voller Gäste, in den Metropolen war kaum eine Maske zu sehen. Jedoch erfasste Indien *„nur einen kleinen Teil seiner tatsächlichen Fälle“*, so der Epidemiologe Jayaprakash Muliyil (Leiter des wissenschaftlichen Beirates des Nationalen Instituts für Epidemiologie). Viele Menschen würden in abgelegenen Dörfern leben und konnten nicht getestet werden. Dass die

⁶⁰¹ Kurier, Testpflicht bei Einreise künftig auch für Pendler, in: *Kurier*, 4.02.2021, S 5.

⁶⁰² Bundesregierung, *„Schau auf dich, schau auf mich“* *„Vorwärts. Mit Vorsicht“*, in: *Salzburger Nachrichten*, 6.02.2021, S 3.

Zahlen sinken, dafür war die Regierung nicht verantwortlich, so Muliyl. Das Erreichen einer Herdenimmunität in Indien war nicht ausgeschlossen. Antikörpertests stützten diese Hypothese. Laut WHO mussten 60 bis 70 Prozent der Bevölkerung immun sein, um eine Übertragungskette zu brechen. Im Sommer 2020 zeigten Antikörpertests in den Slums von Mumbai, dass bereits 57 Prozent der Bewohner Antikörper besaßen. Muliyl hatte im Sommer 2020 betont, dass die Herdenimmunität für Indien die einzige Möglichkeit sei, das Virus langfristig in den Griff zu bekommen. Der nationale Lockdown im Frühjahr 2020 hatte fatale Folgen: Millionen von Inder konnten nicht mehr arbeiten und hatten auch kaum Ersparnisse. Sechs Prozent der Bevölkerung Indiens waren damals über 65 Jahre alt, in Europa waren es 20 Prozent. Gemäß der Theorie der angeborenen Immunität wäre abzuleiten, dass Inder so vielen Krankheiten ausgesetzt sind, dass sie gegen das SARS-CoV-2-Virus resilienter seien: „Das würde erklären, wieso viele Infizierte asymptomatisch waren oder nur schwache Symptome zeigten“, so Sahid Jameel, Virologe und Direktor an der Ashoka-Universität in Delhi. Er warnte jedoch davor, auf Herdenimmunität zu vertrauen. Dafür mussten sich noch viel mehr Menschen infizieren, aber es würden dann auch mehr Menschen hospitalisiert und mehr sterben.⁶⁰³

Am 10. Januar 2021 war in Schweden ein im Eiltempo verabschiedetes Pandemiegesetz in Kraft getreten, das der Regierung deutlich schärfere Instrumente zur Einschränkung des öffentlichen Lebens als bisher in die Hand gab. So konnten Einrichtungen wie Einkaufszentren, Sportstätten oder Bibliotheken zur Reduktion der Zahl ihrer Besucher verpflichtet werden oder bei Bedarf auch ganz geschlossen werden. Auch bei den öffentlichen Verkehrsmitteln war dies während der rund neunmonatigen Gültigkeit des Gesetzes möglich. Das öffentliche Leben konnte nun auch in Schweden de jure eingeschränkt werden. Das vorher angewandte Prinzip der Freiwilligkeit hatte nicht funktioniert, auch weil Staatsvertreter die von ihnen selbst empfohlenen Maßnahmen missachtet hatten.⁶⁰⁴

Mit 11. Februar 2021 befand sich Griechenland im dritten Lockdown. Erst zehn Tage zuvor waren die Schulen für die Altersklassen von sechs bis 14 Jahre wieder geöffnet worden. Alle Schulen und Kindergärten im

⁶⁰³ Andreas Babst, Indiens Corona-Rätsel, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 5.02.2021, S. 2.

⁶⁰⁴ *Neue Zürcher Zeitung*, In Schweden spielt der „Circus Corona“, *Neue Zürcher Zeitung Online*, 11.01.2021, <https://www.nzz.ch/international/in-schweden-spielt-der-circus-corona> [11.01.2021].

Ballungsraum Athen-Piräus, wo über ein Drittel der griechischen Bevölkerung lebt, waren vom dritten Lockdown betroffen. Es galten in diesen *roten Regionen* strenge Ausgangsbeschränkungen, ab 18 Uhr hieß es, zu Hause zu bleiben. Seit Mitte November 2020 durfte man nur noch mit Maske auf die Straße und musste sich mit SMS oder Bestätigung des Arbeitgebers dafür rechtfertigen. Zudem war man darüber hinaus verpflichtet, ab 21 Uhr unter der Woche sowie ab 18 Uhr am Wochenende das Leben ausschließlich in den eigenen vier Wänden zu verbringen. Der griechische Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis gab dafür folgende Gründe an:

- Die Angst vor den auch in Griechenland verstärkt auftretenden Coronavirus-Mutationen;
- Anstieg der Bettenauslastung in den Intensivstationen (drei Viertel der Betten waren zu diesem Zeitpunkt belegt). Laut griechischen Angaben gab es zu diesem Zeitpunkt 6017 Corono-Tote bei knapp 11 Millionen Einwohnern.⁶⁰⁵

In Italien galten ab Februar 2021 verschärfte Einreiseregeln für Österreicher aufgrund der damals neuen „*Südafrika-Mutation*“ (B.1.351),⁶⁰⁶ die die „*britische Variante*“ (B.1.1.7) abgelöst hatte, diese wurden ab 7. April 2021 wieder gelockert. Bis zu dieser Zeit war eine Einreise aus Island, Österreich und dem Vereinigten Königreich nur in Ausnahmefällen und mit 14tägiger Quarantänepflicht möglich. Ab 7. April 2021 galt für Einreisende aus diesen

⁶⁰⁵ Christian Gonsa, Mitsotakis schickt Griechen überfallsartig in dritten Lockdown, in: *Die Presse*, 11.02.2021, S. 2.

⁶⁰⁶ Am 23. Dezember 2020 wurde im Bezirkskrankenhaus Schwaz in Tirol ein Patient positiv auf SARS-CoV-2 getestet. Dass es sich um B.1.351 handelte, war damals noch unbekannt. Am 12. Januar 2021 wurden in Jochberg (Bezirk Kitzbühel) 17 Fälle mit der Variante B.1.1.7 entdeckt. An 51 Stellen (auf Straßen, Zugstrecken, am Flughafen Innsbruck) wurden damals Kontrollen bei Übertritten in Nachbarstaaten und -bundesländer durchgeführt. Kinder unter 10 und Durchreisende waren von der Testpflicht entbunden. Ab 12. Februar 2021 war für die Ausreise aus Tirol (Osttirol und die Exklaven Jungholz und Hinterriß waren ausgenommen) ein negativer nicht mehr als 48 Stunden alter Coronatest notwendig. Ab 14. Februar 2021 wurden zusätzlich Grenzkontrollen zwischen Deutschland und Österreich sowie zwischen Deutschland und der Tschechischen Republik wiedereingeführt. In Dublin hatte man Österreich zur *roten Zone* erklärt. Aus: Christian Willim, Gurgeln, kontrollieren, suchen, in: *Kurier*, 12.02.2021, S. 4; und: Konrad Kramer, „Mutationszone Tirol“: Druck auf Österreich steigt, in: *Kurier*, 12.02.2021, S. 5.

drei Ländern in Italien eine fünftägige Quarantänepflicht, danach wurde jedoch ein Test vorgeschrieben.⁶⁰⁷

In Israel wurden Bilder von über 10.000 ultraorthodoxen Juden veröffentlicht, die sich trotz Corona-Lockdowns für ein Begräbnis auf die Straßen begaben. Ebenso geriet Ende Januar 2021 die größte ultraorthodoxe jüdische Gemeinschaft Europas in London (ca. 30.000 Angehörige) in die Schlagzeilen. In Stamford Hill / London beendete die Polizei ein Hochzeitsfest, zu der sich trotz Lockdowns über 150 Personen eingefunden hatten. Das Fest selbst fand in einer orthodoxen Mädchenschule statt, die Fenster waren zugeklebt worden, damit die Feierlichkeiten von der Straße aus nicht zu sehen waren. Den meisten Gästen gelang während des Polizeieinsatzes die Flucht. Die Organisatoren mussten die Höchststrafe von 10.000 Pfund bezahlen. Die *London School of Hygiene and Tropical Medicine* hatte eine Studie veröffentlicht, die zu dem Schluss kam, dass die jüdisch-orthodoxe Gemeinschaft Londons zu den globalen Hotspots der Pandemie gehört hatte. Die Forscher hatten im Dezember 2020 von Angehörigen von 340 jüdisch-orthodoxen Haushalten Blutproben entnommen, die ergaben, dass sich 2020 rund zwei Drittel der lokalen Haredi mit dem Coronavirus angesteckt hatten.⁶⁰⁸ In Israel bestätigte der COVID-19-Beauftragte Romni Gamzu, dass 40 Prozent aller Corona-Patienten ultraorthodox seien, ihr Anteil an der israelischen Gesamtbevölkerung belief sich damals auf 12 Prozent.⁶⁰⁹

In Frankreich ließ Präsident Macron zum dritten Mal einen Lockdown verhängen, in weiten Teilen Frankreichs wurden neuerlich Ausgangsbeschränkungen erlassen. Premierminister Jean Castex sprach von „*pragmatischen, verhältnismäßigen und territorialen Methoden*“. Der Slogan „*Bremsen, ohne einzusperren*“ (Castex) sollte eine Art „Light“-Version eines erneuten Lockdowns ausdrücken. So galten seit 20. März 2021 in der Region um Nizza, in Paris und der umliegenden Ile-de-France sowie im gesamten Nordwesten verschärfte Ausgangsbestimmungen. Betroffen waren rund 21 Millionen Einwohner – ein Drittel der Gesamtbevölkerung. Die Beschränkungen waren jedoch weniger streng als im Frühjahr und Herbst 2020 und erstmals regional angepasst. In den betroffenen 16 Départements

⁶⁰⁷ Salzburger Nachrichten, Erleichterte Einreise nach Italien, in: *Salzburger Nachrichten*, 6.04.2021, S. 2.

⁶⁰⁸ Niklaus Nuspliger, Jüdisch-orthodoxe Gemeinde bildet Corona-Hotspot, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 11.02.2021, S. 4.

⁶⁰⁹ Mareike Enghusen, Lockdown spaltet Israels Gesellschaft, in: *Die Presse*, 2.10.2020, S. 4.

sollten die Menschen für mindesten vier Wochen grundsätzlich zu Hause bleiben, zudem war es ihnen aus beruflichen oder anderen dringenden Gründen untersagt, in andere Regionen zu fahren. Für Einkäufe, Spaziergänge oder Sport im Umkreis von maximal zehn Kilometern benötigte es eine digitale oder schriftliche Ausnahmegewilligung mit einem amtlichen Formular. Menschen durften jedoch in die Arbeit fahren, sofern ihre Aktivität nicht im Homeoffice möglich war. Auch blieben die Kindergärten und die Schulen von der Primärstufe bis zu den unteren vier Klassen der Mittelschule geöffnet wie bis zuvor. Im Detailhandel durften nur *lebenswichtige* Läden weiterhin Kunden (in beschränkter Zahl) einlassen: Nahrungsmittel, Hygieneprodukte und damals neu: Buch-, Musikhandel und Friseurie blieben offen.⁶¹⁰ In Frankreich wurden mit 22. März 2021 mehr als 2200 COVID-19-Patienten in Intensivstationen behandelt – dies stellte die höchste Zahl seit Ende November 2020 dar. Neuinfektionen waren auf über 30.580 Fälle angestiegen, davon gingen 71 Prozent auf die hochansteckende britische Mutante zurück. Besonders betroffen war der Großraum Paris. So sah sich die französische Regierung gezwungen, den dritten Lockdown zu verhängen. Dieser trat am 20. März 2021 in Kraft. Fast alle Geschäfte mit Gütern, die nicht zum täglichen Bedarf zählten, mussten für vier Wochen schließen. Die Bewegungsfreiheit wurde massiv eingeschränkt. Am 21. März 2021 feierten dennoch Tausende Menschen in Marseille Karneval. Bei einem nicht genehmigten Umzug zogen 6500 Feiernde ohne Mund-Nasen-Schutz und dicht gedrängt durch die Straßen. Am Abend schritt dann die Polizei ein. Der Impfbeauftragte der französischen Regierung, Alain Fischer, weckte zugleich Hoffnungen, dass Frankreich bis Sommer / Herbst 2021 zum *normalen Leben* zurückkehren könne. Eine Beschleunigung der Impfkampagne sollte dies ermöglichen. In Frankreich konnten seit März 2021 Apotheken Impfungen vornehmen, die Hausärzte waren zuvor schon damit betraut worden.⁶¹¹ Präsident Macron zog Anfang April 2021 die *Notbremse*. Erstmals wurden auch die Schulen geschlossen. Das war ein spätes Eingeständnis, dass der Weg nicht wirksam genug war. Der Druck auf Macron war zu groß. Ärzte hatten gewarnt, dass die Zahl der Intensivpatienten weiter steige und die Spitäler an die Belastungsgrenzen kämen. Politiker hatten gefordert, die Schulen zu schließen, weil sich die Infektionen dort vervierfachten. Nun musste Macron handeln. Er hatte am 31. März 2021 angekündigt, die bestehenden Coronamaßnahmen

⁶¹⁰ Rudolf Balmer, Macron wird vom Virus desavouiert, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 22.03.2021, S. 5.

⁶¹¹ Die Presse, Frankreichs dritte Welle, in: *Die Presse*, 23.03.2021, S. 3.

auszuweiten und hoffte, so die exponential steigende Kurve an Neuinfektionen abflachen zu können. Am 27. und 28. März 2021 schlugen Mediziner Alarm, die Auslastung der Intensivstationen im Großraum Paris betrug bereits mehr als 100 Prozent, es gab bereits Warnungen vor Triagen in Spitälern. Von Karsamstag, 3. April 2021, an galt in ganz Frankreich für vier Wochen ein „Lockdown Light“: nicht lebensnotwendige Geschäfte mussten schließen, Reisen zwischen den Regionen waren verboten. Für Spaziergänge oder Sport durften die Menschen sich nicht weiter als zehn Kilometer von ihrer Wohnung fortbewegen. Diese Regelungen galten bereits in weiten Teilen des Landes, im Vergleich zu den Restriktionen im Frühjahr oder Herbst 2020 waren diese aber deutlich weniger strikt. Damals hatte es einen Bewegungsradius von einem Kilometer gegeben. Weiterhin galt eine abendliche Ausgangssperre ab 19 Uhr, zudem schlossen nach Ostern die Schulen für mehrere Wochen. Zunächst eine Woche Distanzunterricht, dann folgen zwei Wochen Frühlingsferien. Der Präsenzunterricht sollte dann schrittweise wieder anlaufen. Frankreich hatte seine Schulen seit Beginn der Pandemie im EU-Vergleich länger als andere Staaten offengehalten. Bildungsminister Jean-Michel Blanquer hatte Schulschließungen als letzten Ausweg bezeichnet. Vereinzelt forderten Lehrer Präsident Macron in einem Brief auf, sofort alle Schulen zu schließen, vor allem in jenem Gymnasium, in dem Ende März 2021 20 Elternteile gestorben waren (Gymnasium Eugène-Delaacroix im Pariser Vorort Drancy). Die Sieben-Tages-Inzidenz lag in Frankreich Ende März 2021 bei 380 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner, in manchen Departements sogar bei 800.⁶¹²

In Indien waren am 22. März 2021 die Neuinfektionen so hoch wie seit Anfang November 2020 nicht mehr. Die Behörden meldeten damals 46.951 COVID-19-Fälle, zwei Drittel davon im Bundesstaat Maharashtra (Mumbai). Der Anstieg der Fälle erfolgte auch aufgrund des hinduistischen Mahakumbh-Fests, das im April 2021 seinen Höhepunkt erreicht hatte. Erwartet wurden damals 150 Millionen Teilnehmer.⁶¹³ In Indien kämpften die Gesundheitsbehörden zu diesem Zeitpunkt gegen eine gewaltige neue Coronawelle, ausgelöst von der im März 2021 erstmals in Indien gemeldeten Doppelmutante B.1.617: sie trug zwei Mutationen im Spike-Protein des Virus, mit dem sich der Erreger an menschliche Zellen andockte. Die Übertragbarkeit war dadurch viel höher als bei der Variante zuvor. Die Zahl der Neuinfektionen binnen eines Tages stieg am Sonntag, 25. April 2021, auf

⁶¹² Lisa Louis, Rückschlag für Macron, in: *Salzburger Nachrichten*, 2.04.2021, S. 5.

⁶¹³ Die Presse, Indien: schneller Anstieg der Infektionen, in: *Die Presse*, 23.03.2021, S. 3.

einen neuen Höchstwert von fast 350.000, und auch mit 2767 Toten meldeten die Behörden einen neuen Tageshöchststand. In einer Woche waren zwei Millionen Neuinfektionen zu beobachten, 58 Prozent mehr als in der Woche davor. Als Konsequenz beendeten immer mehr Staaten den Reiseverkehr mit Indien.⁶¹⁴

In vielen Ländern erreichten die Neuinfektionen Anfang April 2021 wieder einen Höchststand, so auch in der Türkei. Dort meldeten Gesundheitsbehörden „einen Inzidenzrekord nach dem anderen“. In kaum einem anderen Land grassierte das Virus damals so schnell wie in der Türkei. Die Regierung verhängte wieder Ausgangssperren. Am 27. März 2021 wurden erstmals in diesem Jahr über 30.000 Neuinfektionen gemeldet, diese stiegen am 2. April 2021 auf mehr als 40.000 Fälle – am 3. April 2021 auf 45.000 Fälle. Die Türkei verzeichnete damals weltweit nach Indien und Frankreich die dritthöchste Anzahl. Die Sieben-Tages-Inzidenz in der Türkei lag damals bei 330,7 – dies war in der Türkei der höchste Wert seit Beginn der Pandemie. Auch China meldete wieder steigende Infiziertenzahlen – jedoch auf extrem niedrigem Niveau. Binnen 24 Stunden wurden 32 bestätigte Fälle gemeldet – diese Zahl stellte in China die größte Zahl innerhalb von zwei Monaten dar. In den USA wurden binnen 24 Stunden 38.578 Neuinfektionen und 246 Todesfälle gemeldet. In weiten Teilen von Griechenland dagegen durften am 5. April 2021 nach wochenlangem Lockdown Geschäfte wieder öffnen, ausgenommen davon waren die Städte Thessaloniki, Kozani und Patras. Unbegrenzt eingekauft durfte jedoch nicht werden, eine Voranmeldung per SMS war notwendig.

In Schottland sollen Anfang April 2021 nach monatelangem Lockdown Friseure und Gartencenter wieder öffnen.⁶¹⁵

In Kiew wurde im März 2021 ein strenger Lockdown verhängt – vor allem galt es, einen Zusammenbruch des Gesundheitssystems zu verhindern. In Brasilien wurde ebenso im März 2021 die Strände von Rio de Janeiro gesperrt, erstmals wieder seit Juli 2020. Die Krankenhäuser in Rio waren mit COVID-19-Patienten überlastet, es galt somit, die Zahl an Bewegungen auf den Straßen zu reduzieren.⁶¹⁶ Unterdessen trat am 15. März 2021 auch in Italien aufgrund steigender Fallzahlen (Neuinfektionen) in zahlreichen

⁶¹⁴ Natalie Mayrath, Globale Angst vor Indiens Coronakatastrophe, in: *Die Presse*, 26.04.2021, S. 3.

⁶¹⁵ Gerd Höhler, Corona International, in: *Salzburger Nachrichten*, 6.04.2021, S. 2.

⁶¹⁶ Euronews, 21.03.2021, 14.45 Uhr.

Regionen ein faktischer Lockdown in Kraft. Zu den *roten Zonen* mit dem größten Infektionsrisiko zählten neben anderen die bevölkerungsreichen Regionen Lombardei, Venetien, Latium, die Emilia Romagna sowie Piemont. Von den umfassenden Einschränkungen waren rund 43 Millionen Menschen betroffen. Schulen, Kindergärten und der Einzelhandel mussten schließen, gleiches galt für Restaurants. Kulinarischen Produkte konnten nur noch zum Mitnehmen und zur Lieferung nach Hause angeboten werden. In Italien war damals die einzige *weiße Zone* Sardinien, dort galten die geringsten Einschränkungen. Alle übrigen Regionen waren als *orangene Zonen* ausgewiesen, dort galten erhebliche Einschränkungen. Von Karfreitag bis Ostermontag bestand faktisch eine nationale Ausgangssperre – die Gemeinde des Wohnortes durfte nur in Ausnahmefällen verlassen werden.

In der Nacht vom 22. auf den 23. März 2021 hatten Bundeskanzlerin Merkel und die Ministerpräsidenten der Bundesländer in rund zwölfstündigen Verhandlungen eine Verlängerung des bestehenden Lockdowns bis 18. April 2021 beschlossen. Am Osterwochenende (1. bis 5. April 2021) wurde das öffentliche Leben zudem so stark heruntergefahren wie noch nie seit Beginn der Pandemie. Lediglich am Karfreitag war noch der Einkauf von Lebensmitteln möglich. Private Zusammenkünfte waren während dieser sogenannten „Osterruhe“ nur mit maximal fünf Personen erlaubt, die zudem im eigenen oder höchstens einem weiteren Haushalt leben mussten. Kinder bis 14 Jahre wurden dabei nicht mitgezählt. Paare galten als ein Haushalt, Gottesdienste waren an den Feiertagen nur virtuell möglich. Für Ferienreisende, die aus dem Ausland zurückkamen, wurde eine generelle Testpflicht beschlossen. Nur wer einen Test vor dem Rückflug absolviert hatte, durfte wieder nach Deutschland einreisen. Man appellierte, auf nicht notwendige Reisen zu verzichten.⁶¹⁷ In Deutschland beschloss die Bundesregierung am 13. April 2021 weitere Regelungen zur Eindämmung von COVID-19. Das Regierungskabinett brachte eine Verschärfung des Infektionsschutzgesetzes auf den Weg, der Lockdown wurde damit zu einem *Dauerzustand*. Bundeskanzlerin Merkel betonte: Die Entscheidung sei ein „*ebenso wichtiger wie auch dringender Beschluss*.“ Dabei ging es darum, Ärzte und Pfleger in den deutschen Spitälern „*nicht im Stich zu lassen*“. Tatsächlich stieg die Zahl der COVID-19-Patienten auf den Intensivstationen ständig, auch die Neuinfektionen nahmen rapide zu. Das RKI verzeichnete eine Sieben-Tages-Inzidenz von 140 Infektionen pro 100.000 Einwohnern. Die meisten

⁶¹⁷ Hansjörg Friedrich Müller, Osterruhe für Deutschland beschlossen, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 24.03.2021, S. 1.

Landkreise lagen damals über eine Inzidenz von 1000 – dort sollten bei „über 100“ strengere Maßnahmen greifen. Neu war, dass die Maßnahmen dann als Bundesgesetz Gültigkeit erlangten und den Bundesländern, Kreisen und Kommunen keinen Spielraum belassen wurde. Eine der drastischen Einschränkungen waren nächtliche Ausgangssperren, manche Bundesländer hatten den Bürgern bereits verboten, abends und nachts ihre Wohnungen zu verlassen. Der Unmut war dementsprechend groß in der Bevölkerung. So beendete in Baden-Württemberg eine erfolgreiche Klage die vor Weihnachten verhängte Ausgangssperre ab 20 Uhr. Die von Bundeskanzlerin Merkmels Kabinett Mitte April 2021 beschlossene Beschränkung hätte von 21 Uhr bis fünf Uhr wirksam werden sollen, falls die Sieben-Tages-Inzidenz in einer bestimmten Region an drei aufeinanderfolgenden Tagen über 100 gelegen wäre. Geschäfte hätten dann auch nicht mehr öffnen dürfen (mit Ausnahme von Lebensmittelgeschäften, Tankstellen, Apotheken – mit reduzierter Kundenzahl sowie der Pflicht des Tragens von FFP-2-Masken). Auch Zoos, Theater, Opern, Kinos und Museen hätten nicht öffnen dürfen. Private Treffen wären nur mit Angehörigen desselben Haushalts sowie einer weiteren Person gestattet gewesen. Kinder bis 14 Jahre wurden dabei nicht mitgezählt. Schüler und Lehrer hätten zweimal pro Woche auf das Coronavirus getestet werden müssen. Hätte die Inzidenz an drei Tagen in der Folge den Wert von 200 überschritten, wären Schulen und Hochschulen zu schließen gewesen. Der Gesetzesentwurf sah jedoch Ausnahmen für Abschlussklassen und Fördererschulen vor. Das Gesetz hätte bis Ende April 2021 in Kraft treten sollen. Anfang März 2021 einigten sich Bund und Länder auf eine sogenannte *Notbremse*, die ab einer Inzidenz von 100 greifen sollte und ähnliche Einschränkungen vorsah wie jene Mitte April 2021 vereinbarten. Dabei handelte es sich um nicht verbindliche Regelungen, sondern ausschließlich um ein Abkommen, das nicht einheitlich umgesetzt wurde. Mancherorts traten Verschärfungen ab einer Inzidenz von 50 in Kraft, während Brandenburg die Notbremse erst bei 200 zu ziehen beabsichtigte. Dies wäre mit der Novelle des Infektionsschutzgesetzes nicht mehr möglich gewesen. Diese neuen Regelungen hätten dann als Bundesgesetz einheitliche Geltung, die Ministerpräsidenten sowie die lokalen Verantwortungsträger wären somit in Hinblick auf unterschiedliche Maßnahmenpakete entmachtet gewesen. Neben der Novelle des Infektionsschutzgesetzes war das Kabinett bestrebt, Unternehmen zu verpflichten, ihre Belegschaft auf das Coronavirus zu testen – mindestens einmal pro Woche sollte den Beschäftigten seitens der Unternehmenschaft ein Gratis-Test angeboten werden, ob die

Arbeitnehmer davon Gebrauch machten, hätte ihnen selbst überlassen werden sollen.⁶¹⁸

Israel wies zu Beginn ein hohes Impftempo auf – in allen Altersgruppen ab 40 Jahre hatten bereits 70 Prozent der Personen mehr als die zwei benötigten Impfdosen erhalten. Bei den 60 bis 70-Jährigen betrug damals die komplette Durchimpfung sogar 80 Prozent. Bei den über 70-Jährigen sogar rund 90 Prozent. Demgegenüber hatten in der Schweiz laut Bundesamt für Gesundheit (BAG) erst knapp fünf Prozent der Bevölkerung zwei Impfdosen erhalten. Der Kanton Zug schnitt dabei am besten ab: 50 Prozent der über 80-Jährigen wurde damals schon geimpft, im Kanton Waadt nur 30 Prozent.⁶¹⁹

In Tirol wurden die Kontrollen bei der Ausreise aus Tirol bis 5. Mai 2021 verlängert. Nur wer einen negativen Coronatest vorweisen konnte, durfte Tirol verlassen. Ziel war es, die Ausbreitung der neuen Virusmutation B.1.1.7 + E484K zu unterbinden. Diese Mutation stand im Verdacht, schlechter auf die Impfungen anzusprechen und so zu vermehrten Infektionen zu führen. Die Variante des Coronavirus war Ende Januar 2021 im Vereinigten Königreich und in Oregon / USA aufgetreten, verschwand dort aber rasch wieder. Auch das südafrikanische Coronavirus trat nirgendwo sonst in Europa so gehäuft auf wie im Tiroler Bezirk Schwaz. Um die Ausbreitung des Virus zu verhindern, wurden seitens der EU noch 100.000 Dosen Impfstoff von *BioNTech/Pfizer* zusätzlich zur Verfügung gestellt, damit die Bevölkerung rasch durchgeimpft werden konnte.⁶²⁰ Fast 50 Prozent aller Neuinfektionen mit der *Delta*-Mutation (49,7 Prozent) hatten in Österreich Mitte Juli 2021 unter 25-Jährige zu verzeichnen, zu Beginn der Pandemie waren dagegen Senioren am meisten betroffen – so die Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit AGES. In der Großstadt war die Durchimpfungsrate geringer, es gab auch bei Jugendlichen Sprachprobleme und es existierten historisch bedingte Abneigungen gegen staatliche Empfehlungen – vor allem bei Migrant*innen aus autoritären Ländern.⁶²¹ Auch

⁶¹⁸ Jonas Hermann, Ausgangssperren im ganzen Land?, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 15.04.2021, S. 1.

⁶¹⁹ Alan Niederer und Florian Seliger, Die Corona-Impfung zeigt Wirkung, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 24.03.2021, S. 25.

⁶²⁰ Alfred Pfeiffenberger, Tirol, der ständige Hotspot, in: *Salzburger Nachrichten*, 24.04.2021, S. 10.

⁶²¹ Die Presse, Hälfte der Neuinfizierten ist unter 25, in: *Die Presse*, 23.07.2021, S. 9.

in Brasilien wurden die Kranken „wesentlich jünger, und ihr klinischer Zustand ist deutlich schlechter“, meinte damals Jean Gorinchteyn, Gesundheitsminister des Bundesstaates São Paulo.⁶²²

Auf Drängen des Gouverneurs Kicilloff Fernández wurde in Argentinien am 16. April 2021 eine nächtliche Ausgangssperre über die gesamte Hauptstadtzone von Buenos Aires zwischen 20 Uhr und sechs Uhr verhängt; Truppen der Bundespolizei sowie der Streitkräfte wurden herangezogen, um diese durchzusetzen. Erstmals seit dem Ende der Diktatur wurden Streitkräfte im Inland eingesetzt. Fernández schloss zudem alle Schulen, begründet wurde dieser Schritt mit der Überlastung der öffentlichen Verkehrsmittel durch den Transport von Schülern, Eltern und Lehrern. Zunächst kam es zu einer Befristung der Sperren von 15 Tagen. Es gab kaum Impfstoffe, erst 1,7 Prozent der Bevölkerung hatten beide Dosen erhalten. Russische und chinesische Produzenten lieferten nicht wie vereinbart. Fernández hatte aus nie erklärten Gründen keine Verträge mit US-Herstellern abgeschlossen.

In Österreich wurden im Bregenzerwald sowie in Lustenau die Maßnahmen zur Eindämmung von COVID-19 ab 27. April 2021 nach dem Ansteigen der Infektionszahlen verschärft. An bestimmten öffentlichen Orten wurde wieder eine Test- und Maskenpflicht eingeführt, so die damalige Gesundheitslandesrätin Martina Rüscher am 25. April 2021. Außerdem wurden die Oberstufen in den Schulen auf *Distance Learning* umgestellt, die Ausreisetestpflicht im Bregenzerwald wurde verlängert. Vorarlberg war zu dieser Zeit jenes Bundesland in Österreich mit der höchsten Sieben-Tages-Inzidenz. Zuvor bestand bereits seit Wochen eine weitreichende Öffnung in der Gastronomie. Am 25. April 2021 betrug die Inzidenz in Vorarlberg 233, in Wien 188. Wien führte ab 2. Mai 2021 Lockerungen ein.⁶²³ Ab Ostermontag, 5. April 2021, traten im oberösterreichischen Bezirk Braunau Ausreisekontrollen in Kraft – aufgrund des rasanten Anstiegs der Fallzahlen und zunächst auf eine Woche begrenzt. Die Sieben-Tages-Inzidenz lag am 2. April 2021 bei 415 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner. Die Polizei führte gemeinsam mit dem Bundesheer mobile Schwerpunktkontrollen an den Ausfahrtsstraßen durch.⁶²⁴

⁶²² Andreas Fink, Das brasilianische Coronadesaster, in: *Die Presse am Sonntag*, 7.03.2021, S. 6.

⁶²³ Die Presse, Schärfere Maßnahmen in Teilen Vorarlbergs, in: *Die Presse*, 26.04.2021, S. 3.

⁶²⁴ Fritz Pessl, Braunau ist dunkelrote Zone, in: *Salzburger Nachrichten*, 3.04.2021, S. 6.

In Ungarn wurden ab dem Wochenende 24./25. April 2021 die Gastgärten wieder geöffnet. Mehr als 17 Prozent der ungarischen Bevölkerung waren bereits zu diesem Zeitpunkt vollimmunisiert. Insgesamt starben bis April 2021 in Ungarn über 26.800 Menschen an einer COVID-19-Erkrankung, in Österreich 10.126 Menschen. In Österreich verfügten jedoch zu dieser Zeit erst 8,8 Prozent der Bevölkerung über einen vollen Impfschutz (nach John-Hopkins-Universität).⁶²⁵ Am 3. Mai 2021 sperrten in Österreich Handel, körpernahe Dienstleister und Museen wieder auf. Die Kunden mussten dabei ein negatives Testergebnis vorweisen. Mit einer Sieben-Tages-Inzidenz von rund 70 sperrten in Westösterreich am 15. März 2021 Lokale, Restaurants, Kaffeehäuser sowohl ihre Gastgärten als auch Innenräume unter Einhaltung bestimmter Regeln wie etwa dem Vorweisen eines negativen Coronatests wieder auf. Im Mai 2021 stiegen jedoch die Neuinfektionen in Vorarlberg wieder an – dort sollten vorerst regionale Maßnahmen die Ausbreitung von SARS-CoV-2 eindämmen. Im Falle steigender Infektionszahlen schloss der Wiener Bürgermeister Michael Ludwig eine Rücknahme der Öffnungen nicht aus. Die Lage auf den Intensivstationen blieb weiterhin kritisch. Mehr als 33 Prozent der Patienten auf Intensivstationen waren zu diesem Zeitpunkt an COVID-19 erkrankt. Ludwig betonte: „*Ich halte eine generelle Öffnung für sehr schwierig, sehe mich da auch eins mit den allermeisten Expertinnen und Experten.*“⁶²⁶ Ab 3. Mai 2021 galt in den Schulen in Wien wieder gestaffelter Präsenzunterricht, das Testangebot wurde ausgebaut.

Auch Niederösterreich hatte ein Ende der harten Maßnahmen ab 3. Mai 2021 verkündet, im Burgenland galten diese seit 26. April 2021 nicht mehr.⁶²⁷

In Taiwan war 2020 rigides Contact Tracing vorgenommen worden, die Bevölkerung bewies hohe Disziplin. Am 17. Mai 2021 wurden jedoch 333 neue Infektionen gemeldet, Österreich lag im Vergleich dazu unter 500. Bereits Mitte Mai 2021 verhängten die Behörden in Taiwan Lockdowns, Schulen sperrten in Taipeh und Neu-Taipeh für zwei Wochen zu. Grenzen wurden geschlossen. Präsidentin Tsai Ing-wen rief auf Facebook dazu auf, die Hamsterkäufe zu stoppen. Die Impfkampagne in Taiwan verlief schleppend. Aufgrund der niedrigen Infektionszahlen sahen etliche

⁶²⁵ Wiener Zeitung, Ungarn öffnet wieder – trotz hoher Zahlen, in: *Wiener Zeitung*, 28.04.2021, S. 5.

⁶²⁶ Matthias Winterer, Wien öffnet ein bisschen, in: *Wiener Zeitung*, 28.04.2021, S. 13.

⁶²⁷ Ebenda.

Taiwanesen in einer raschen Immunisierung keine Notwendigkeit. Die Behörden hofften zudem – ähnlich wie in Japan – auf ein eigenes Vakzin, die Produktion war für Juli 2021 festgesetzt worden. Die größte Oppositionspartei in Taiwan hatte die internationale Gemeinschaft dazu aufgerufen, Taiwan mit Impfstoffen zu beliefern. In Taiwan verbietet ein Gesetz die Einfuhr von chinesischen Impfstoffen.⁶²⁸

Die Corona-Schutzimpfungen in Japan verliefen nur schleppend. Zwischen 8. Januar und 28. März 2021 verhängte die Regierung über den Großraum Tokio und andere Regionen den zweiten Virusnotstand. Die Bevölkerung war aufgerufen, von zu Hause aus zu arbeiten und den öffentlichen Raum zu meiden. Restaurants und Bars mussten abends früh schließen. Die Impfbereitschaft blieb mäßig. Im Mai 2021 befand sich Japan in der vierten Welle. Die Zahl der Neuinfektionen lag mit 6000 pro Tag ähnlich hoch wie Mitte Januar 2021. Die Olympischen Spiele sollten am 23. Juli 2021 beginnen, für Tokio und Osaka galt seit Ende April 2021 der dritte Virusnotstand, dieser wurde auf neun Präfekturen ausgeweitet.⁶²⁹

Das zweite Halbjahr 2021

Mit der *Delta*-Variante (B.1.617.2) stiegen die Fallzahlen in Europa neuerlich – ausgehend vom Vereinigten Königreich und Portugal. Die *Delta*-Variante war um 50-60 Prozent ansteckender als die Alpha-Variante, die seit Anfang des Jahres 2021 auch in der Schweiz stark verbreitet war. Ende Juni / Anfang Juli 2021 verdoppelte sich der Anteil an *Delta*-Infektionen in der Schweiz rund jede Woche, so Martin Ackermann, Präsident der wissenschaftlichen COVID-19-Task Force in der Schweiz.⁶³⁰ Im Vereinigten Königreich war im Juli 2021 somit die dritte Welle zu erwarten, bereits einen Monat zuvor stieg die Anzahl an Neuinfektionen rapide an. Dennoch hob Premierminister Boris Johnson fast alle Maßnahmen gegen die Pandemie auf. In England fiel die Maskenpflicht in den Zügen, Geschäften, bei Veranstaltungen sowie in den Kinos. Die Regierung ersuchte jedoch alle, freiwillig die Maske weiterhin zu tragen. Betriebe klagten jedoch über fehlende klare Leitlinien. Die Leitlinie des damaligen Premier Johnson lautete: „Selbstverantwortung“. Jeder

⁶²⁸ Christoph Zotter, Taiwan schließt Schulen wegen 333 Infektionen, in: *Die Presse*, 18.05.2021, S. 4.

⁶²⁹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, Japan droht in die zweite Pandemie-Rezession zu rutschen, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 19.05.2021, S. 18.

⁶³⁰ Larissa Rhyn, Delta-Variante verbreitet sich rasant, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 8.07.2021, S. 1.

sollte selbst entscheiden, wie er es mit den Masken halten würde. Das Vereinigte Königreich verzeichnete zu diesem Zeitpunkt 27.000 *Delta*-Infektionen pro Tag. Die ansteckende *Delta*-Variante machte über 90 Prozent der Fälle aus, wobei zu diesem Zeitpunkt 64 Prozent aller erwachsenen Briten zweimal sowie 86 Prozent einmal geimpft waren.⁶³¹ Am 19. Juli 2021 hatte die britische Regierung sämtliche Einschränkungen des öffentlichen Lebens wieder aufgehoben, die Infektionszahlen begannen für sieben Tage zu fallen. Der wöchentliche Mittelwert reduzierte sich von über 50.000 Fälle auf 25.000 Fälle pro Tag. Auf *Twitter*, *TikTok*, *Snapchat* und *Instagram* sowie auf Plakatwänden wurde darauf hingewiesen, dass ohne Impfschutz keine Auslandsreisen oder Diskobesuche möglich seien. „*Lasst euch den Spaß nicht entgehen*“, lautete andererseits die Botschaft. Laut dem Wirtschaftsforum SAGE verhielten sich die Briten immer noch vorsichtig – acht von zehn Personen trugen immer noch eine Maske, Erwachsene hatten durchschnittlich mehr als drei Kontakte, vor der Pandemie, elf Kontakte pro Tag.⁶³² Johnson kehrte somit zum liberalen Staat zurück, der seinen Bürgern weitestgehend freie Hand ließ und der von vielen Tories seit Beginn der Pandemie herbeigesehnt wurde. In Wales und Schottland bestand weiterhin eine Maskenpflicht. Die Zahl der Fälle in einer Woche war im Vergleich zur Vorwoche um 43 Prozent gestiegen, Krankenhauseinweisungen nahmen zu. Kritiker warfen Johnson und der britischen Regierung vor, „*sehenden Auges in eine Katastrophe zu steuern*“. Mehr als 1200 Experten, Mediziner und Wissenschaftler forderten in einem offenen Brief eine Verschiebung der Lockerungen. Vor allem junge Menschen, die erst eine Impfdosis erhalten hatten, sowie Menschen mit chronischen Krankheiten waren in Gefahr.⁶³³

In Israel waren im August 2021 mehr als 58 Prozent der rund 9,4 Millionen Einwohner geimpft – und das vollständig. Seit Juni 2021 kam es auch dort zu einem Ansteigen der Infektionszahlen. Von 9. auf 10. August 2021 gab es erstmals seit sechs Monaten wieder 6000 Infektionen an einem Tag. Gleichzeitig stieg die Zahl der schwer kranken Coronapatienten auf 400 – erstmals seit März 2021. Israel dehnte die Anwendung des „Grünen Passes“

⁶³¹ Niklaus Nuspliger, London riskiert Öffnung trotz *Delta*-Variante, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 8.07.2021, S. 2.

⁶³² Jochen Wittmann, Gute Laune in Großbritannien, in: *Salzburger Nachrichten*, 13.08.2021, S. 2.

⁶³³ *Salzburger Nachrichten*, Bye-bye, Maske: Johnson lockert in England weiter, in: *Salzburger Nachrichten*, 17.07.2021, S. 4.

auf fast alle Bereiche des öffentlichen Lebens aus. Alle Personen ab drei Jahre hatten eine Bescheinigung mitzuführen, dass sie geimpft, genesen oder getestet waren, wie das Coronakabinett am 11. August 2021 entschied. Das galt ab 18. August u.a. für Sport- und Kulturveranstaltungen und Fitnessstudios, Restaurants und Konferenzen. Veranstaltungen in geschlossenen Räumen ohne Sitzplätze durften nur von bis zu 1000 Menschen besucht werden, im Freien von bis zu 5000 Menschen. Private Veranstaltungen wurden in geschlossenen Räumen auf 50, im Freien auf 100 Besucher begrenzt. In Geschäften mit mehr als 100 Quadratmetern Verkaufsfläche durfte sich ab 16. August nur ein Kunde pro sieben Quadratmetern aufhalten. Mit 18. August mussten Reiserückkehrer sieben Tage in Quarantäne, das galt auch für Geimpfte und Genesene.⁶³⁴

Mit 380 Neuinfektionen von 14. Juli auf 15. Juli 2021 stieg in Österreich die Sieben-Tages-Inzidenz von sieben auf 17. Folglich hatte sich die Bundesregierung auf schärfere Maßnahmen geeinigt. Die meisten Infektionen betrafen damals junge Menschen, 40 Prozent der Infektionen betrafen 15-24jährige. Die Registrierungsverpflichtung in der Gastronomie und bei Veranstaltungen blieb, für Nachtlokale waren Antigentests nicht mehr ausreichend, sondern ein negativer PCR-Test. Wenige Tage zuvor hatte Bundeskanzler Sebastian Kurz die Restriktionen zur Bekämpfung der Pandemie de facto für beendet erklärt. Die Impfung sei ein *Game Changer*, Schutz vor Krankheit liege in der Eigenverantwortung jedes Einzelnen, Einschränkungen für alle wären demnach nicht mehr rechtfertigen. Der damalige Gesundheitsminister Wolfgang Mückstein meinte jedoch, der starke Anstieg der Infektionszahlen wären für ihn „*Anlass zur Sorge und Vorsicht*“, man müsse rasch „*gegensteuern*“ und diskutieren, welche Maßnahmen zu setzen wären. Nach einer Sitzung einer *Taskforce* mit Vertretern mehrerer Ministerien und des Landeshauptmannvorsitzenden (Land Tirol) verkündete Mückstein mit Tourismus-Ministerin Elisabeth Köstinger bereits am 15. Juli 2021 abends eine Einigung. Von einer 3G-Regelung (getestet, geimpft, genesen) sollte zumindest in der Nachtgastronomie abgegangen werden.⁶³⁵

Australien nahm Anfang September 2021 Abstand von seiner bisherigen Coronastrategie („*Null COVID*“) im Kampf gegen die besonders

⁶³⁴ Sabine Brandes, Israel führt 3-G-Regel für Kleinkinder ein, in: *Salzburger Nachrichten*, 13.08.2021, S. 3.

⁶³⁵ Martin Fritzl, Delta zwingt zu Restriktionen, in: *Die Presse*, 16.07.2021, S. 1.

ansteckende *Delta*-Variante. Premierminister Scott Morrison hatte angekündigt, „mit dem Virus zu leben“: „Es ist unmöglich, die *Delta*-Variante zu eliminieren“, so der Ministerpräsident von New South Wales, Gladys Berejiklian. Die aggressive *Delta*-Variante bildete einen Wendepunkt in der Covid-19-Pandemie: „Jeder Bundesstaat in Australien wird früher oder später mit *Delta* leben müssen.“ Der Kampf gegen das Coronavirus lag in Australien in der Verantwortung der Bundesstaaten. Unter dem Regierungschef des Bundesstaates Victoria, Daniel Andrews, hatte die Hauptstadt Melbourne 200 Tage im Lockdown verbracht. Seine Gegner beschimpften ihn als „Diktator“, seine Fans nannten ihn „Dan, den Starke“. Zu dieser Zeit waren 28 Prozent der australischen Einwohner vollständig geimpft, 48 Prozent hatten bereits die erste Dosis erhalten: „Die meisten Leute dachten, sie hätten Zeit und brauchten sich nicht impfen lassen“, meinte die Epidemiologin Sharon Lewin vom Peter Doherty Institute in Melbourne.⁶³⁶

Lockdowns wurden auch noch in China verhängt: aufgrund des Ausbruchs der *Delta*-Variante im Südosten des Landes forderten die Behörden von Xiamen (Provinz Fujian) die Bewohner am 13. September 2021 dazu auf, die Stadt nicht mehr zu verlassen. Großveranstaltungen wurden abgesagt, Restaurants und Einkaufszentren angewiesen, die Zahl der Besucher zu reduzieren. Schulen schwenkten auf Online-Unterricht um. Die Sieben-Tages-Inzidenz zeigte eine Infektionsrate in der Provinz Fujian von über 100.⁶³⁷

In Portugal wurde das öffentliche Leben ab 1. Oktober 2021 nicht mehr eingeschränkt. Impfnachweise wurden in Cafés und Restaurants nicht mehr abgefragt, es bestanden auch keine Namens-Registrierungspflicht sowie keine Zugangsregeln bei den Eingängen mehr: „Das Vertrauen in Umarmungen kehrt zurück.“ 98 Prozent der Über-12-Jährigen waren damals geimpft – weltweit ein Spitzenwert.⁶³⁸ Italien und Portugal machten den Kampf gegen COVID-19 zum parteiunabhängigen Feldzug: In Italien setzte Premier Mario Draghi dafür auf den (parteilosen) General Francesco Paolo Figliuolo, in Portugal machte Premier António Costa den Vize-Admiral Henrique de

⁶³⁶ Till Fähnders, Null-Covid scheidet an Delta-Covid, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 3.09.2021, S. 2.

⁶³⁷ Neue Zürcher Zeitung, Die neuesten Entwicklungen. Metropole Xiamen geht in den Lockdown, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 14.09.2021, Onlineausgabe.

⁶³⁸ Gudrun Doring, Die Zuversicht kehrt nach Lissabon zurück, in: *Salzburger Nachrichten*, 18.11.2021, S. 1.

Gouveia e Melo zum Leiter der Impfkampfkampagne, dieser wurde „Nationalheld“ und meinte: Portugal führe einen „Krieg gegen das Coronavirus“ – er trat dabei demonstrativ im Kampfanzug auf.⁶³⁹

Österreich schlitterte dagegen „*unvorbereitet in den Herbst*“ und verspielte dabei „*viel Vertrauen*“ und reagierte „*lediglich hektisch*“. In mehreren Bundesländern waren Krankenhäuser nicht mehr in der Lage, Intensivpatienten in andere Kliniken in der Umgebung zu verlegen. Dazu wurde ein bundesweiter Mechanismus zur Verteilung von Patienten aktiviert. So wurde zum Beispiel am 24. November 2021 eine Verlegung von vier Corona-Patienten von Salzburg nach Wien mit einem zivilen Helikopter und einem Militärhubschrauber durchgeführt. Die Deutsche Interdisziplinäre Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin (DIVI) hatte am 23. November 2021 mitgeteilt, dass zwei der bundesweit fünf Versorgungsregionen den Notstand erklärt haben. Dazu gehörten Bayern (Versorgungsregion Süd) sowie die Länder Thüringen, Sachsen, Berlin und Brandenburg (Versorgungsregion Ost). In Deutschland belegten am 24. November 2021 mehr als 4000 COVID-19-Patienten 18 Prozent der bundesweit verfügbaren Intensivbetten, in Bayern lag der Anteil bei 31 Prozent, in Sachsen bei 37 Prozent. In zahlreichen Krankenhäusern waren die Intensivstationen bereits vollkommen ausgelastet, die bundesweite Tagesinzidenz lag am 24. November 2021 bei 404,5. Der Verband der Universitätskliniken hatte die Bundesländer damals aufgefordert, nicht notwendige Eingriffe in den Krankenhäusern abermals zu verschieben.⁶⁴⁰ Die Spitäler standen sprichwörtlich mit dem Rücken zu Wand.

Auch in der Schweiz warnten Experten des Bundes vor einer Überlastung der Spitäler, die Entwicklung der Corona-Fallzahlen musste deshalb eingedämmt werden. In Pflegeheimen fehlte das Fachpersonal. In Waadt war die Absenzquote des Personals in den Pflegeheimen doppelt so hoch wie sonst üblich und dies bei einer anhaltenden Verdoppelung der Fallzahlen alle zwei Wochen.⁶⁴¹ In Salzburg betonte der Betriebsrat des Salzburger Landeskrankenhauses (SALK), Markus Pitterka: „*Die Leute sind verzweifelt, weil sie nicht mehr können. Wir haben viel zu wenige Mitarbeiter in der Pflege.*“ Überstunden, sich ständig ändernde Dienstpläne und Überlastung würden

⁶³⁹ Susanna Bastaroli, Wie Südeuropa das Virus bekämpft, in: *Die Presse*, 17.11.2021, S. 8.

⁶⁴⁰ Frankfurter Allgemeine Zeitung, Intensivpatienten müssen verlegt werden, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 25.11.2021, S. 1.

⁶⁴¹ Frank Sieber, Der Schweiz drohen Österreichs Zahlen, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 24.11.2021, S. 1.

viele an ihre Leistungsgrenzen bringen, es käme zu Krankenständen und Burnout.⁶⁴²

In Sachsen trat am 22. November 2021 ein teilweiser Lockdown für alle – also auch für Geimpfte oder Genesene – in Kraft. Kultur-, Freizeiteinrichtungen, Sportstätten, Schwimmbädern und Großveranstaltungen sowie Weihnachtsmärkte wurden geschlossen bzw. abgesagt. Nur der Einzelhandel und die Gastronomie durften für Geimpfte oder Genesene öffnen. Auch die Schulen blieben für alle in Betrieb. In Landkreisen mit einer Zahl von mehr als 1000 Neuinfektionen je Woche traten zudem Ausgangsbeschränkungen für Ungeimpfte zwischen 22 Uhr und sechs Uhr in Kraft. In Thüringen galten ähnliche Beschränkungen, in Bayern seit 24. November 2021 in Hotspots ähnliche Einschränkungen für alle Menschen unabhängig vom Impfstatus.⁶⁴³

Der Spätherbst 2021 stand unter dem Einfluss einer neuen Corona-Variante: *Omikron*. Mitte Dezember vermeldete der damalige österreichische Gesundheitsminister Wolfgang Mückstein: *„Je schneller sich Omikron ausbreitet, desto größer das Risiko für schwere Verläufe. Die Entscheidung ist: Lasse ich mich impfen oder bekomme ich die Corona-Erkrankung?“*, so Mückstein: *„Das Wesen eines Virus ist, dass es sich anpasst, um zu überleben.“* Über Omikron hatte man damals noch nicht ausreichend Bescheid gewusst, so Mückstein: *„Wir wissen schon vieles, aber noch nicht genug.“* Der Molekularbiologe Andreas Bergthaler informierte über eine Verdoppelung der Fälle alle drei Tage. *„Omikron sei um vieles infektiöser als Delta“*, so Bergthaler. Die Krankheitsverläufe sollten jedoch laut ersten Studien aus Südafrika und Norwegen milder sein. Aus Südafrika wurde gemeldet, Genesene wiesen ein 2,4faches Risiko, angesteckt zu werden, auf. In den Intensivstationen blieb die Lage daher *„bis weit nach Weihnachten hochangespannt“*. Während die vierte Welle langsam abebbte, baute sich parallel eine Omikronwelle auf.⁶⁴⁴ Forscher in England gingen davon aus, dass dies *„die größte Welle“* seit Beginn der Pandemie 2020 sei. Vieles war damals noch ungewiss, es gab auch divergierende Expertenmeinungen dazu. Um die Ausbreitung der Mutante zu verlangsamen, galt ab 14. Dezember 2021 – egal ob geimpft oder genesen – eine 14tägige Quarantänpflicht für

⁶⁴² Claudia Lagler, Spitäler bereiten Triage vor in: *Salzburger Nachrichten*, 17.11.2021, S. 3.

⁶⁴³ Frankfurter Allgemeine Zeitung, Lockdown für Geimpfte, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 25.11.2021, S. 4.

⁶⁴⁴ R. Lindhofer, C. Bartos und M. Patsalidis, Omikron-Welle: Was wir wissen und was jetzt getan wird, in: *Kurier*, 15.12.2021, S. 4. und 5.

jede Kontaktperson eines Infizierten. Infizierte wussten oft selbst nicht, ob sie Träger der *Omikron*-Variante waren. Sequenzierungen (nähere Überprüfungen eines positiven PCR-Tests auf die Variante) wurden nur stichprobenartig durchgeführt, weil diese sehr aufwendig waren, so der Virologe Christoph Steininger. Zumindest waren schon angepasste Corona-Impfstoffe für Kinder verfügbar, sie hatten denselben Wirkstoff in geringerer Dosierung sowie einen Stabilisator, der die Lagerung erleichterte. Wien startete am 16. Dezember 2021 mit der Verimpfung an Kinder über fünf Jahren – ohne Terminvereinbarung.⁶⁴⁵

In Lettland kam es zu einer neuen Ausgangssperre zwischen 20 Uhr und fünf Uhr, der Grund lag in der sehr geringen Impfquote. Lettland war hier im Oktober 2021 das „*Schlusslicht Europas*“. ⁶⁴⁶ Ab Ende 2021 wurden die Infektionswellen immer flacher – trotz neuer Varianten. Eine gewisse Grundimmunität in der Bevölkerung schien also schon gegeben, das unterstrich Mathias Pletz, Leiter des Instituts für Infektionsmedizin und Krankenhaushygiene am Universitätsklinikum Jena. Das Grundproblem war gewesen, dass SARS-CoV-2 zu Beginn der Pandemie auf eine Bevölkerung mit keinerlei Abwehrmechanismus getroffen sei. Der Mutante *Omikron* stand nun eine weitgehend geboostete Bevölkerung gegenüber, wodurch sich die daraus resultierenden Verläufe sehr leicht entwickelten: „*Und dass es dadurch eine Hybridimmunität gibt – also eine Immunität, die sich aus Impfung und Infektion zusammensetzt.*“⁶⁴⁷ Im australischen Bundesstaat New South Wales (mit Sydney) wurde innerhalb weniger Tage *Omikron* zur dominanten Variante. Von rund 500 Neuinfektionen pro Tag explodierten die Zahlen innerhalb von zwei Wochen auf mehr als 6000. Die Einweisungen in die Spitäler stiegen jedoch nur langsam an. *Omikron* erwies sich somit tatsächlich als weniger gefährlich als die *Delta*-Variante.⁶⁴⁸ Der deutsche Virologe Christian Drosten schrieb nach der Auswertung der australischen Daten auf *Twitter*: „*New South Wales ist die ideale Fallstudie, um den Schweregrad von Omikron zu messen.*“⁶⁴⁹ Auch in den USA stiegen mit *Omikron* die Fallzahlen rapide an. Innerhalb eines Monats hatten sich die Infektionen in den USA bis 29. Dezember 2021 auf 267.000 pro Tag mehr als verdreifacht und damit den

⁶⁴⁵ Ebenda.

⁶⁴⁶ Euronews, 20.10.2021, 10.05 Uhr.

⁶⁴⁷ Barbara Barkhausen, Australien gibt Hoffnung, in: *Salzburger Nachrichten*, 28.12.2021, S. 7.

⁶⁴⁸ Ebenda.

⁶⁴⁹ Ebenda.

damaligen Tagesrekordwert von 250.000 Ende 2020 übertroffen. Mit 37.000 täglichen Fällen wurde der Bundesstaat New York zum Hotspot. Personalnot gab es nach wie vor in den Spitälern, bei Pflegeeinrichtungen sowie auch in Restaurants und Verkehrsbetrieben. Die US-Gesundheitsbehörde CDC lockerte die Auflagen: wer positiv getestet wurde, musste sich nur noch fünf statt zehn Tage isolieren.⁶⁵⁰

Im Dezember 2021 ordnete die griechische Regierung die Impfpflicht für Senioren ab 60 Jahre an. Wer sich bis zum 16. Januar 2022 nicht für die erste Dosis einer COVID-19-Impfung angemeldet hatte, musste ein Strafgeld von über 100 Euro monatlich (bei einer monatlichen Durchschnittsrente von 725 Euro) bezahlen, so Ministerpräsident Mitsotakis. Das Geld floss in einen Sonderfonds für griechische Spitäler. Mitsotakis sagte damals, es handelte sich nicht um eine Buße, sondern um einen Gesundheitsbeitrag. Im Juli 2021 folgte Griechenland dem französischen Beispiel und verfügte ein Impfblogatorium für Mitarbeiter im Gesundheitswesen.⁶⁵¹ Auch in Österreich wurde zu dieser Zeit die Impfpflicht als möglicher längerfristiger Ausweg aus der Coronakrise genannt. Sowohl von Experten als auch Politikern – insbesondere, wenn es um eine Impfpflicht für bestimmte Berufsgruppen ging. Den Anfang machte in Österreich Gesundheitsminister Wolfgang Mückstein. Im Land Salzburg sollte eine Impfung gegen SARS-CoV-2 künftig als „wünschenswertes Kriterium“ für Personalneuaufnahmen aufgenommen werden. Bonuspunkte für Bewerber wurden eingeführt, sondern sie geimpft oder genesen waren. Eine Impfung konnte demnach angesichts der Bewerberdichte bei enger Punktezahl den Ausschlag geben, ob jemand einen Arbeitsplatz im Landesdienst erhalten sollte oder nicht.⁶⁵² Viele Experten von Bildungseinrichtungen drängten auf eine Impfpflicht, so auch der Jurist und Rektor der Linzer Johannes-Kepler-Universität Meinhard Lukas: darunter sei jedoch nicht zu verstehen, dass „alle Bürger *zwangsweise gegen Corona geimpft werden, sondern dass es Folgen hat, wenn man nicht geimpft*“ sei.⁶⁵³

⁶⁵⁰ Karl Doemens, Die USA stehen vor einem Omikron-Blizzard, in: *Salzburger Nachrichten*, 30.12.2021, S. 8.

⁶⁵¹ Volker Pabst, Neue Zürcher Zeitung Online, 30.11.2021, 17.07 Uhr.

⁶⁵² Salzburger Nachrichten, Die Regierung tastet sich an die Impfpflicht heran, in: *Salzburger Nachrichten*, 18.11.2021, S. 1.

⁶⁵³ Ebenda.

In Europa kam es im März 2022 wieder zu Höchstständen von Corona-Infektionen. Erstmals seit Beginn der Pandemie am 11. März 2020 verzeichnete das Robert-Koch-Institut (RKI) am 10. März 2022 mehr als 260.000 Neuinfektionen binnen eines Tages in Deutschland. Die Sieben-Tages-Inzidenz stieg auf 1388,5, binnen 24 Stunden wurden in Deutschland 259 Corona-Todesfälle verzeichnet. In Österreich gab es am 9. März 2022 ebenso einen Höchststand von 48.000 Infektionen, binnen 24 Stunden wurden in Österreich 42 Coronatote gemeldet.⁶⁵⁴

Noch im März 2022 entschloss sich die österreichische Bundesregierung nach knapp zwei Wochen Öffnung wieder zu einer umfassenden Maskenpflicht in geschlossenen Räumen. Am 18. März 2022 wurde mit 3540 Coronafällen pro 100.000 Einwohner die höchste Sieben-Tages-Inzidenz in der Pandemie gemessen. Fast alle Regeln wurden dahingehend geändert, wie sie vor den umfassenden Lockerungen am 5. März 2022 bestanden haben. Die Maskenpflicht galt somit im gesamten Handel und nicht wie zuletzt in Geschäften des täglichen Bedarfs, sowie auch bei Veranstaltungen in Innenräumen, im gesamten Kulturbetrieb sowie in den Schulen. In Salzburg meldeten die Landeskliniken 15-20 Prozent Personalausfälle in den Spitälern, dazu befanden sich 203 Mitarbeiter von Seniorenheimen im Krankenstand (Corona-positiv): „*Wenn ich etwas gelernt habe in dieser Pandemie, dann dass man nichts ausschließen kann*“, so Landeshauptmann Wilfried Haslauer. Planbare Operationen mussten verschoben werden.⁶⁵⁵

In Schweden wurden alle COVID-19-Maßnahmen mit September 2021 abgeschafft – es gab keine Maskenpflicht mehr, auch nicht bei der Polizei. Mit Januar 2022 wurde die Maskenpflicht ab einer Zusammenkunft von 50 Personen seitens der Regierung in Stockholm aber wieder eingeführt.⁶⁵⁶ SARS-CoV-2 entwickelte sich schließlich zu einer Endemie: Diese ist gekennzeichnet durch wiederkehrende Infektionswellen, die Spitäler zwar durchaus belasten können, diese jedoch nicht an die Kapazitätsgrenzen bringen. Zudem besteht eine sehr geringe Gefahr eines komplikationsbehafteten Verlaufs für einzelne Personen, da wirksame

⁶⁵⁴ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 260.000 Corona-Infektionen an einem Tag, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 11.03.2022, S. 1.

⁶⁵⁵ Salzburger Nachrichten, Immer neue Infektionsrekorde: Maske wird wieder zur Pflicht, in: *Salzburger Nachrichten*, „Aus Stadt und Land“, 19.03.2022, S. 8-9, hier S. 8.

⁶⁵⁶ Auslandsjournal ZDF, 26.01.2022, 22.20 Uhr.

Medikamente und Impfungen vorhanden sind (ähnlich der „saisonalen Grippe“).⁶⁵⁷

Der philippinische Präsident Rodrigo Duterte war bestrebt, Ungeimpfte im Land notfalls festnehmen zu lassen, sofern sie das Haus verlassen. Er hatte die Dorfvorsteher im ganzen Land angewiesen, diese Personen zu verfolgen, zurückzuhalten und falls nötig festzunehmen, so sein Sprecher Karlo Nograles am 7. Januar 2022. Duterte hatte die Verordnung am 6. Januar 2022 Abend während einer Sitzung der nationalen Anti-COVID-19-Einsatzgruppe erlassen. Behörden in Manila hatten zuvor für die Hauptstadtregion zusätzliche Reise- und Aktivitätseinschränkungen verhängt – für Ungeimpfte. Ihnen wurde nur noch für dringend notwendige Fälle gestattet, aus dem Haus zu gehen.⁶⁵⁸

Fake News und „Corona-Leugner“

Verschwörungstheorien und Fake News

Die WHO warnte damals im Hinblick auf die Verbreitung von bewusster Desinformation: die Welt befindet sich in einer „Infodemie“: *„Zu viel Information inklusive falscher oder irreführender Information rund um den Ausbruch einer Seuche sowohl im digitalen Raum als auch offline verursache Verwirrung und gefährliches Verhalten, führe zu einem Misstrauen den Gesundheitsbehörden gegenüber und untergrabe Maßnahmen, die für die öffentliche Gesundheit nötig seien.“*⁶⁵⁹ Die Europäische Kommission hat deshalb auch den *Digital Services Act* gegen die Eindämmung von Desinformation unterterstützt, denn gerade die Digitalisierung hatte die damit verbundenen Gefahren von Desinformation aufgezeigt. In Österreich wurde das Bundeskanzleramt beauftragt, mittels einer *Fake News Task Force* Desinformationen aufzuspüren und zu beobachten. Es existierte bereits das Kommunikationsplattformen-Gesetz gegen Hass im Netz. Dadurch sollen Plattformen in die Pflicht genommen werden, gegen die Verbreitung

⁶⁵⁷ Köksal Baltacı, Ende der Pandemie in Reichweite, in: *Die Presse*, 24.01.2022, S. 1.

⁶⁵⁸ Neue Zürcher Zeitung, Coronavirus weltweit: Beginn der Impfpflicht in Österreich wird wohl verschoben, philippinischer Präsident bläst zur Jagd auf Ungeimpfte, <https://www.nzz.ch>, 7.01.2022 13.45 Uhr.

⁶⁵⁹ Juliane Fischer, Was tun gegen die Flut an Falschinfos?, in: *Salzburger Nachrichten*, 22.01.2022, S. 3.

strafrechtlich relevanter Inhalte vorzugehen.⁶⁶⁰ Seit April 2021 sind Onlineplattformen wie *Facebook*, *Instagram* oder *Twitter* verpflichtet, einfachere Möglichkeiten anzubieten, um rechtswidrige Inhalte zu löschen. Enthalten Beiträge Hetze, Verleumdung, gefährliche Drohungen oder stellen Mobbing dar, müssen diese innerhalb von 24 Stunden entfernt werden – innerhalb einer Woche ist eine genaue Prüfung notwendig. Dazu muss jedoch jemand Inhalte als gefährlich melden, denn viele Falschmeldungen sind strafrechtlich nicht relevant. Sie richten dennoch großen Schaden an und führen zu Verunsicherung, Ärger und Gewalt, vor allem bei Menschen in isolierten Wahrnehmungswelten. Fake News sind auch Geschäftsmodelle geworden, „weil sie vermeintliche Lösungen oder irgendwelche Heilmittel anbieten.“⁶⁶¹

Dies wurde auch notwendig, da es jede Menge Fake News bzw. „*alternative Thesen*“ und Verschwörungstheorien über COVID-19 – vor allem und besonders in den sozialen Medien – gab. Dort grassierten Gerüchte, dass Kokain das Virus eliminiere, ebenso, dass Alkoholkonsum gegen COVID-19 helfen solle, oder wer zehn Sekunden die Luft anhalten kann, ohne zu husten, hätte demnach kein Corona. Auch meinten manche Menschen, Pakete aus der Volksrepublik China seien gefährlich, andere wiederum gaben zu verstehen, dass Knoblauch und Zwiebel gegen COVID-19 helfen sollten.⁶⁶² Islamisten bezeichneten COVID-19 als Geißel der „*Ungläubigen*“ oder als Zeichen für deren „*Niedergang*“, Rechtsextreme bezeichneten Ostasiaten in diesem Zusammenhang als „*Parasiten*“ und „*Ungeziefer*“. Zudem sollte demnach das Virus aus einem Labor stammen – ob aus einem amerikanischen oder chinesischen, darüber schieden sich damals die Geister. Aus Sicht des Außenministeriums der Volksrepublik China war das Virus in einem US-Militärlabor geschaffen worden. Russische Medien verbreiteten dies weiter. Auch in Südosteuropa wurde diese Desinformationskampagne spürbar. So stellte Serbiens Außenminister Ivica Dačić die Frage, ob das Virus natürlich entstanden sei oder nicht bzw. doch in einem Labor geschaffen worden sei. Er verlangte von der UNO eine Erklärung, ob es sich bei „*Corona*“ um eine biologische Waffe handeln könnte.⁶⁶³ „*Vielleicht wurde*

⁶⁶⁰ Ebenda.

⁶⁶¹ Ebenda.

⁶⁶² Ralf Hillebrand, Lügen im Netz schüren die Coronapank in: *Salzburger Nachrichten*, 14.03.2020, S. 12.

⁶⁶³ Enver Hoxhaj, Chinesisch-russische Coronakampagne auf dem Balkan, in: *Die Presse*, 20.05.2020, S. 23.

SARS-CoV-2 auch von Wirtschaftsmagnaten entwickelt, um mit Arzneien das große Geld zu machen“.⁶⁶⁴

Inzwischen setzte in ganz Europa die Entfremdung zwischen staatlichen Institutionen (vor allem gegenüber der Bundesregierung und des Gesundheitsministeriums) bei weiten Teilen der Bevölkerung ein. Gesellschaftliche Risse drohten unkontrolliert zu wachsen. Aufrufe zu Demonstrationen erfolgten über Messenger-Dienste wie *Telegram*, zunehmend begannen Menschen, jene staatlichen Ordnungssysteme abzulehnen, die ihnen das Recht auf freie Meinungsäußerung garantieren. In Bristol / England eskalierten am 23. März 2021 beispielsweise Proteste gegen ein geplantes Polizeigesetz. Demonstranten griffen eine Polizeistation an und setzten Einsatzfahrzeuge in Brand. 20 Beamte, so die Polizei, wurden dabei verletzt. Die von den Tories eingebrachte Neuregelung sah vor, dass auch friedliche Demonstrationen stärker eingeschränkt werden können, wenn sie die „*Öffentlichkeit einschüchtern*“.⁶⁶⁵ In den Niederlanden – vor allem in Eindhoven und Amsterdam – ereigneten sich schwere Ausschreitungen, diese richteten sich gegen Coronamaßnahmen der Regierung. Steine und Feuerwerkskörper waren gegen Beamte und Fahrzeuge der Polizei eingesetzt, erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg wurde in den Niederlanden deshalb eine nächtliche Ausgangssperre angeordnet.⁶⁶⁶ Am 31. Oktober und 1. November 2020 gab es Ausschreitungen in Florenz und Barcelona gegen die Coronamaßnahmen der jeweiligen Regierungen.⁶⁶⁷

Mit finanziellen Anreizen und Werbekampagnen wollten Regierungen die Bevölkerung von der Notwendigkeit der Impfung gegen SARS-CoV-2 überzeugen. Doch das Misstrauen gegenüber Behörden ließ sich in vielen Staaten nicht mehr beseitigen. So hatte auch Serbien mit einer fehlenden Impfbereitschaft der Bevölkerung zu kämpfen, es öffnete das Impfprogramm somit auch für Ausländer. Daraus resultierte zusätzlich ein PR-Effekt zum Überangebot an Vakzinen, zu diesem Zeitpunkt hatte sich nur circa ein Viertel der erwachsenen Bevölkerung um einen Termin bemüht. Damals hatte Präsident Aleksander Vučić sogar finanzielle Anreize zur Immunisierung angekündigt. Alle, die sich bis Ende des Monats Mai

⁶⁶⁴ Alexandra Grass, Krisenzeit ist Verschwörungszeit, in: *Wiener Zeitung*, 31.03.2020, S. 18.

⁶⁶⁵ Neue Zürcher Zeitung, Krawalle und Angriffe auf die Polizei in Bristol, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 24.03.2021, S. 5.

⁶⁶⁶ Euronews, 24.01.2021, 21.50 Uhr.

⁶⁶⁷ France 24, 1.11.2020, 23.35 Uhr.

2021 impfen ließen, hätten seitens der Regierung eine Entschädigung von 3000 Dinar erhalten sollen. Dieser Betrag entsprach damals gut zehn Prozent des Mindestlohns. Gleichzeitig sollte ungeimpften Angestellten im öffentlichen Dienst ein Teil des Krankengeldes gestrichen werden. In der Republika Sprska (Bosnien-Herzegowina) waren Behörden dazu übergegangen, in persönlichen telefonischen Anrufen Impfangebote zu machen. Eine Ärztin aus Banja Luka erzählte, dass gemäß ihrer Erfahrung aber nur einer von fünf Angerufenen das Angebot angenommen hatte. Auch im Kosovo sowie in Nordmazedonien gab es eine weitverbreitete Impfskepsis.⁶⁶⁸ Thesen über „*unlautere Machenschaften der Pharmaindustrie*“ und „*Ränkespiele der Großmächte*“ verbreiteten sich rasch. Im Kosovo schloss die Regierung aus politischen Gründen die Verwendung russischen und chinesischen Impfstoffs kategorisch aus, die Unabhängigkeit des Kosovo wurde von beiden Regierungen in Moskau und in Peking nicht anerkannt. Es fehlte in den Ländern eine klare gesundheitspolitische Kommunikationsstrategie, es fehlte an Kapazitäten und Kompetenzen, um die Bevölkerung gezielt über den Nutzen von Impfstoffen zu informieren: „*Ein Korrektiv zu den sozialen Netzwerken, dem wichtigsten Verbreitungsgrad für Verschwörungstheorien, gibt es kaum.*“⁶⁶⁹ Zudem war noch zu beobachten: „*In autoritär geführten Staaten wie Serbien und Albanien, aber auch im EU-Land Bulgarien dominieren schrille, regierungsfeindliche Massenmedien, die oft selber zur Desinformation beitragen.*“ In Rumänien führte das Dracula-Schloss Bran seit 8. Mai 2021 eine kostenlose Immunisierung durch und warb für die Aktion mit dem Spruch: „*Wer hat schon Angst vor einer Impfung?*“⁶⁷⁰

Aufgrund der sich schlechter entwickelnden Wirtschaft kam aus den USA zudem noch eine soziale Protestwelle gegen COVID-19-Maßnahmen nach Europa. So wurden Mitte Mai 2020 Demonstrationen aus Warschau, London, Madrid und mehreren Schweizer und deutschen Städten gemeldet – es versammelten sich Rechtsextremisten und Linksextremisten, Ausländerhasser und Antisemiten, Anhänger von Verschwörungstheorien und Impfgegner. Der Präsident des Europäischen Jüdischen Kongresses, Moshe Kantor, beklagte: „*Seit Ausbruch der COVID-19-Pandemie haben die individuellen und kollektiven Anschuldigungen, wonach Juden das Virus verbreitet und*

⁶⁶⁸ Volker Pabst, Europas Hochburg der Impfskeptiker, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 11.05.2021, S. 5.

⁶⁶⁹ Ebenda.

⁶⁷⁰ Ebenda.

*aus der Krise Profit schlagen, signifikant zugenommen.*⁶⁷¹ Er fühlte sich dabei an mittelalterliche Ritualmordlegenden erinnert, als *die Juden* auch beschuldigt wurden, Seuchen zu verbreiten, Brunnen zu vergiften und Krisengewinnler zu sein.

Der damalige US-Präsident Donald J. Trump war ebenso wie Brasiliens Präsident, Jair Bolsonaro,⁶⁷² der Meinung, dass sich das Anti-Malaria-Medikament *Chloroquin* (*Hydroxychloroquine*) zur Behandlung von COVID-19 eignen würde.⁶⁷³ Zudem attackierten Trump und Bolsonaro jene Organisation, die auch imstande gewesen wäre, diese Pandemie mit zu bekämpfen: die Panamerikanische Gesundheitsorganisation (*Pan-American Health Organization* – PAHO). Diese soll in ihrer Koordination vermeintlich mit Impfstoffprogrammen Kubas involviert gewesen sein, so blockierten die beiden Präsidenten an einem der Höhepunkte der Pandemie kurzerhand wichtige Finanzmittel für diese Organisation. Stattdessen machten sich beide Präsidenten für die Verwendung des Medikaments *Hydroxychloroquine* in beiden Ländern stark, trotz Warnungen der *U.S. Food and Drug Administration* im April 2020 und anderer Institutionen vor dem Gebrauch dieses Medikaments zur COVID-19-Behandlung. Noch im Mai 2020 hatte Trump Bolsonaro versprochen, Brasilien zwei Millionen Dosen dieses Medikaments zur Verfügung zu stellen.⁶⁷⁴ Bolsonaro selbst verglich eine Coronainfektion mit einer „*kleinen Grippe*“ und verhöhnte offen COVID-19-Opfer. Eine Untersuchungskommission des brasilianischen Senats empfahl deshalb, Bolsonaro wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit, Verletzung von Gesundheitsvorschriften und sieben weiterer Vergehen und Verbrechen vor Gericht zu bringen. Gefahren von COVID-19 wurden von ihm kleingeredet, falsche Maßnahmen wurden gesetzt. Für den Kommissionsbericht wurden sechs Monate lang Hunderte Zeugen befragt und tausende Dokumente gesichtet. Brasilien beklagte damals mit rund 604.000 Corona-Opfern nach den USA die meisten Coronatoten weltweit. Neben Bolsonaro sollten vier seiner Minister sowie 61 Beamte juristisch belangt werden. Der Untersuchungsausschuss habe „*die Fingerabdrücke*“ des Präsidenten bei

⁶⁷¹ Burkhard Bischof, Wie Radikale den Staat in der Krise schwächen wollen, in: *Die Presse*, 20.05.2020, S. 7.

⁶⁷² Hans Bürger, Günther Mayr, Knock down. Menschheit auf dem Prüfstand, Verlag Braumüller, Wien 2021, S. 38.

⁶⁷³ Gerhard Schwischi, Die FPÖ polarisiert weiter zum Selbstzweck, in: *Salzburger Nachrichten*, 11.12.2021, S. 4.

⁶⁷⁴ David D. Kirkpatrick and José María León Cabrera, Crippled by ideology, in: *The New York Times International Edition*, October 29, 2020, S. 1 und 5, hier S 1.

Tausenden von COVID-19-Toten nachgewiesen, so Senator Renan Calheiros, Verfasser des Berichts. Bolsonaro meinte dagegen: „*Wir haben von Anfang an die richtigen Dinge getan.*“ Die Senatoren versuchten mit dem Untersuchungsbericht, Verfahren gegen Bolsonaro vor dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) in Den Haag anzustrengen.⁶⁷⁵

Zudem gab es Irritationen über Zählweisen von Coronafällen, beispielsweise in der Türkei: die Coronafälle waren offenbar sehr viel höher als offiziell angegeben. Gesundheitsminister Fahrettin Koca musste unter Druck der Opposition einräumen, dass Infizierte ohne Symptome nicht in die amtliche Statistik aufgenommen wurden. In der Türkei wurden daraufhin seit Ende Juli 2020 nicht mehr alle positiv Getesteten (Infizierten), die auch COVID-19-Fälle ohne Symptome beinhalteten, sondern nur noch Patienten mit Krankheitssymptomen gezählt. Dadurch waren die offiziellen Zahlen in der Türkei im internationalen Vergleich niedrig gewesen. Koca begründete diese Art der Zählung, nicht jeder Infizierte werde krank. Die „*große Mehrheit*“ der Infizierten hatte demnach keine Beschwerden. So wurden am 10. September 2020 mehr als 29.000 Menschen positiv getestet, doch die offizielle Statistik für diesen Tag berichtete nur von 1500 neuen „*Patienten*“, so landesweite Laboruntersuchungen.⁶⁷⁶ Mit 28.351 Neuinfektionen am 25. November 2020 breitete sich SARS-CoV-2 in der Türkei damals schneller aus als in vielen Ländern Europas. Gesundheitsminister Koca musste ebenso einräumen, dass in einigen Krankenhäusern Betten knapp wurden.⁶⁷⁷

Mitte November 2020 marschierten in der Slowakei radikale Impfgegner wiederholt vor Spitälern auf und griffen mehrmals das Gesundheitspersonal an. Sie ignorierten dabei, dass die Intensivstationen mit COVID-19-Patienten belegt waren. Die Zahl der Neuinfektionen lag damals in der Slowakei bei fast 9000 Infizierten pro Tag. Deshalb mussten nicht notwendige Operationen verschoben werden. Der damalige Ministerpräsident Eduar Heger verhängte deshalb ab 22. November 2021 einen Lockdown für Ungeimpfte – zu ihrem eigenen Schutz, wie er damals verkündete. Spitäler waren auch in der Slowakei völlig überlastet. Seit 18.

⁶⁷⁵ Klaus Ehringfeld, Bolsonaro kommt in Bedrängnis, in: *Salzburger Nachrichten*, 22.10.2021, S. 6.

⁶⁷⁶ Susanne Güsten, Erdoğan schummelt bei Coronazahlen, in: *Die Presse*, 2.10.2020, S. 4; und Susanne Güsten, Ankara bestätigt offiziell die katastrophale Corona-Lage, in: *Die Presse*, 27.11.2020, S. 13.

⁶⁷⁷ Ebenda.

November 2021 waren 400 Soldaten zur Unterstützung des Gesundheitspersonals eingesetzt, ihre Zahl sollte laufend erhöht werden. Der Lockdown für Ungeimpfte sollte die Bevölkerung endlich dazu bewegen, sich impfen zu lassen. Am 2. November 2021 hatte das Parlament in Bratislava ein Gesetz beschlossen, dass es Arbeitgebern erlaubte, Mitarbeiter ohne 3G-Nachweis auszusperrern, ohne ihnen Lohnersatz zahlen zu müssen. Denn wenn kein Homeoffice möglich war, durften Ungeimpfte nur mit einem aktuellen Corona-Test zur Arbeitsstelle.⁶⁷⁸

In Brüssel hatten am 23. Januar 2022 nach Aufrufen von europäischen Impf- und Maßnahmegegnern laut Polizeiangaben 50.000 Menschen demonstriert. Sie lieferten sich zum Teil heftige Auseinandersetzungen mit der Polizei, es kam dazu von beiden Seiten zu Gewalt. Wasserwerfer und Tränengas wurden eingesetzt. Demonstranten warfen Steine und setzten Feuerwerkskörper ein. Aus anderen EU-Staaten angereiste Teilnehmer schwenkten u.a. polnische, niederländische und rumänische Fahnen.⁶⁷⁹

In Kanada starteten Ende Januar 2022 Fernfahrer den sogenannten „*freedom convoy*“, der als Protest gegen Coronamaßnahmen („*vaccine mandates*“) in Hinblick auf Einfahrtsbestimmungen für Lastkraftwagenfahrer, die von den USA nach Kanada fahren mussten, begann. Grund war die Impfpflicht für Fernfahrer, die aus den USA nach Kanada zurückkehrten. Die kanadische Hauptstadt Ottawa wurde dadurch lahmgelegt. Am 14. Februar 2022 hatte deshalb Kanadas Premierminister Justin Trudeau erstmals den *Emergencies Act* umgesetzt. Mit diesem Gesetz wurden andere kanadische Gesetze nachrangig sowie die Vorrangigkeit des Bundes über regionale Regierungen wirksam. Bankverbindungen der protestierenden Lastwagenfahrer ohne richterlichen Beschluss wurden eingefroren. Am 13. Februar 2022, nachdem der Premierminister von Ontario, Dovy Ford, den Notstand erklärt hatte, räumte die Polizei die Blockade einer Brücke, die Windsor / Ontario mit Detroit in den USA verbindet. Über diese Brücke wurde damals ein Viertel des Warenhandels zwischen Kanada und den USA transportiert.⁶⁸⁰ Mehr als

⁶⁷⁸ Kurier, Niedrige Impftrate: Slowakei verhängt Lockdown für Ungeimpfte, in: *Kurier*, 20.11.2021, S. 10.

⁶⁷⁹ Der Standard, Gewalt bei Demos in Brüssel, in: *Der Standard*, 24.01.2022, S. 1.

⁶⁸⁰ The Economist, No truck with Trudeau, *The Economist*, February 19th, 2022, S. 39 und 40, und: Tagesschau, 7.02.2022, 08.02 Uhr.

die Hälfte der Kanadier betrachteten diesen Konvoy als Angriff auf die Demokratie („*fundamental attack on democracy*“).⁶⁸¹

In den USA stieg während der Pandemie der Rassismus gegen Personen asiatischen Ursprungs. Diese wurden oft ausgeschlossen, angefeindet oder sogar physisch angegriffen. So erschoss am 16. März 2021 im Cherokee County – rund 60 Kilometer nördlich von Atlanta – ein 21-jähriger US-Amerikaner acht Menschen in drei Massagesalons. Sechs der Opfer waren Frauen asiatischer Herkunft. Seit Anfang 2020 waren laut Studie des *Center for the Study of Hate and Extremism* in US-Metropolen mehr als doppelt so viele Verbrechen gegen asiatische Menschen gemeldet worden als 2019. In Los Angeles und New York registrierten Justizbehörden sogar einen Anstieg von rassistischer Gewalt bzw. von derartigen Übergriffen um rund 150 Prozent. Zudem brachte der damalige US-Präsident Trump die These vom „*China-Virus*“ einer breiten Öffentlichkeit mehrmals ins Spiel.⁶⁸²

Der Kampf gegen das neue Coronavirus schien in China auch einen tief verwurzelten Rassismus zum Ausbruch zu bringen. Besonders getroffen wurde die afrikanische Diaspora. Mitte April 2020 hob China bereits seit Wochen den scheinbar gewonnenen Kampf gegen das Virus hervor, während die danach eingetretene Bedrohung einer erneuten Verbreitung des SARS-CoV-2 aus Sicht der Regierung in Peking von „*importierten Fällen aus dem Ausland*“ stammte.⁶⁸³ Verschwiegen wurde jedoch in den Staatsmedien stets, dass es sich bei den eingereisten Infizierten bis zu 90 Prozent um Staatsbürger aus der Volksrepublik China handelte. Ausländer, darunter auch Diplomaten, durften damals nur in Ausnahmefällen ins Land. Vor Filialen der amerikanischen Fastfoodkette *McDonald's* in Guangzhou wurden damals Besucher darauf hingewiesen, „*dass künftig keine schwarzen Leute im Restaurant erlaubt sind.*“⁶⁸⁴ Das US-Konsulat in Guangzhou gab eine Warnung heraus, Afroamerikaner sollten die Stadt meiden. Vorfälle häuften sich, „*in dem Leute, die dem Äußeren nach eine afrikanische Herkunft hätten, nachts aus ihrem Hotel geschmissen, ihre Reisepässe konfisziert und sie in Quarantäne geschickt wurden.*“⁶⁸⁵ Die

⁶⁸¹ Ebenda.

⁶⁸² Anika Dang, Manuela Honsig-Erlenburg, Noura Maan, Das andere tödliche Virus, in: *Der Standard*, 20.03.2021, S. 12.

⁶⁸³ Damien Cave und Tiffany May, World feared Asia. Now the tables have turned, in: *The New York Times International Edition*, March 21-22, 2020, S. 1.

⁶⁸⁴ Fabian Kretschmer, „Im Restaurant sind keine Schwarzen erlaubt“, in: *Die Presse*, 17.04.2020, S. 5.

⁶⁸⁵ Ebenda.

Regierung in Peking dementierte darauf umgehend, dass „*keine Diskriminierung in China gegen afrikanische Brüder*“ gegeben sei, so der damalige Sprecher des chinesischen Außenministeriums Zhao Lijian.⁶⁸⁶ Demnach war die Warnung des US-Konsulats aus chinesischer Sicht nur der Versuch gewesen, „*einen Keil zwischen China und Afrika zu treiben*.“⁶⁸⁷ Es ergriffen jedoch Botschafter afrikanischer Staaten die Initiative, in dem sie in einem Brief an Chinas Topdiplomaten Diskriminierungen afrikanischer Menschen in der Volksrepublik anprangerten – der falsche Eindruck wurde vermittelt, SARS-CoV-2 könnte von Afrikanern stammen.

Impfzentren wurden beschmiert, die Hetze im Netz nahm in erschreckendem Ausmaß zu, Cyberattacken auf Medikamentenhersteller fanden statt, Sicherheitsbehörden waren alarmiert. Rechte Trolle brachten das Gerücht auf, die Bundeswehr würde kommen, jeden der über 80 Millionen Deutschen abholen „*und zum Impfzentrum bringen und euch dort die Mordspritze / Sterilisationspritze reinjagen*“. Die Impfkampagne war das neue Feindbild radikaler Gegner der Corona-Politik. Für die Behörden war klar: sie mussten nicht nur die Vakzine sicher transportieren, sondern auch Impfzentren selbst gegen Übergriffe schützen. Entwickler, Hersteller und Lieferanten waren seit Monaten Cyberattacken ausgesetzt. Zu den Opfern zählten Biomedizinfirmen wie *Miltenyi Biotec* aus Bergisch Gladbach, die in Genf ansässige Impfallianz *GAVI*, die Logistikfirma *Americold* (Spezialist für temperaturgesteuerte Lieferketten) sowie auch kurz vor Weihnachten 2020 die Europäische Arzneimittelagentur EMA: „*Die Gefahr von Cyberangriffen muss als hoch eingestuft werden*“, so Deutschlands Bundesinnenministerium zur Gefahr von Sabotageattacken auf Impfstoffhersteller. Der Angriff auf *GAVI* begann mit Phishing-Mails. Kriminelle nutzten den Absender des chinesischen Unternehmens *Haier Biomedical* (eines Lieferanten von Kühlaggregaten für ein *GAVI*-Programm) – als Täter gingen hervor: *Kimsuky*, *APT32* und *Lazarus*.⁶⁸⁸

In Israel überlappten sich im Sommer 2020 die Coronakrise mit einer Wirtschaftskrise sowie persönlicher Unzufriedenheit mit dem Krisenmanagement von Premier Benjamin Netanjahu. Wütende nächtliche

⁶⁸⁶ Ebenda.

⁶⁸⁷ Ebenda.

⁶⁸⁸ Miguel Sanches, Christian Unger, Angriff auf die Impfkampagne?, in: *Hamburger Abendblatt*, 25.01.2022, S. 3.

Proteste gegen ihn fanden in Jerusalem (auch vor seinem Privathaus) sowie in Tel Aviv statt. Die Arbeitslosenrate in Israel betrug damals 21 Prozent.⁶⁸⁹

Die Lage in Österreich

In Wien und anderen Städten Österreichs kam es ähnlich wie in Rom und Madrid 2021 verstärkt (auch zu gewalttätigen) Demonstrationen größerer und kleinerer Gruppen von „Corona-Skeptikern“ und Impfgegnern – oft mit Transparenten „*Kurz muss weg*“ und Österreich-Flaggen. Am 6. März 2021 erreichten die Proteste ihren vorläufigen Höhepunkt, als Tausende an insgesamt 37 teilweise unbewilligten Versammlungen teilgenommen hatten. Die meisten Menschen weigerten sich, während der Proteste Masken zu tragen und Mindestabstände einzuhalten. Im Wiener Prater kamen Demonstranten zu einer Kundgebung der *Freiheitlichen Partei Österreichs* (FPÖ) zusammen. Danach zog eine Gruppe in Richtung Wiener Innenstadt, wobei Hooligans und Rechtsextreme auch antisemitische Parolen gerufen hatten. Am Donaukanal kam es dann auch zu Übergriffen und Gewalt. Während die FPÖ behauptet hatte, die Bereitschaftspolizei habe friedliche Demonstranten absichtlich eingekesselt, warf das Bundesministerium für Inneres der FPÖ vor, „*eine Stimmung der Gewalt*“ erzeugt zu haben. Mehr als 3000 Personen wurden damals angezeigt, vier Polizisten verletzt. Die Bewegung, die hinter diesen Demonstrationen stand, war schwer einzuordnen.⁶⁹⁰ Österreichs Außenminister Alexander Schallenberg meinte damals: „*Wir haben zu viele politische Kräfte in dem Land, die vehement gegen das Impfen ankämpfen. Das ist ein Attentat auf unser Gesundheitssystem.*“⁶⁹¹

Unter den Demonstranten fanden sich Neonazis, radikale Tierschützer, Menschen mit Kreuzen, Alternative mit Bob-Marley-Mützen, ältere Menschen sowie Mütter mit Kinderwagen.⁶⁹² Der kleinste gemeinsame Nenner schien lediglich die Unzufriedenheit mit den Coronamaßnahmen zu sein. Manche leugnen bis heute die Existenz von SARS-CoV-2, manche glauben an „*dunkle Mächte*“, die den Menschen mittels Impfungen Chips

⁶⁸⁹ Thomas Vieregge, Multikrise in Israel: „Wir steuern auf Abgrund zu“, in: *Die Presse*, 23.07.2022, S. 2 und 3.

⁶⁹⁰ Ivo Mijnsen, Wütende Corona-Skeptiker halten Wien in Atem, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 17.03.2021, S. 4.

⁶⁹¹ Kurier, Wie die Nacht der Entscheidung abließ, in: *Kurier*, 20.11.2020, S. 3.

⁶⁹² Marian Smetana und Alexander Purger, Wer geht auf Corona-Demos?, in: *Salzburger Nachrichten*, 2.02.2021, S. 4.

einpflanzen.⁶⁹³ Sogenannte „*Stadtspaziergänge*“ bildeten österreichweite Kundgebungen, so gab es seitens der Landespolizeidirektion Wien Anfang Februar 2021 1766 Anzeigen, elf Festnahmen sowie fünf leicht verletzte Polizisten. In Tirol kam es zu 18 Festnahmen und 1054 Anzeigen. Rund 1600 der 2300 Verstöße bei allen Protestkundgebungen richteten sich gegen die Covid-Maßnahmen-Verordnungen. Für Missachtung der Abstandsregeln oder den Mund-Nasen-Schutz drohten jeweils bis zu 500 Euro Geldstrafe, für Verstöße gegen das Versammlungsverbot sogar bis zu 720 Euro. Für die Exekutive war „*es in der momentan sehr aufgeheizten Stimmung besonders schwierig, das richtige Maß zwischen unauffälligem Begleiten eines Protestzuges und dem Anwenden der Körpergewalt zur Durchsetzung der Rechtsordnung zu finden.*“⁶⁹⁴ Wiens Polizeichef Gerhard Pürstl meinte: es war klar gewesen, dass man den Demonstranten „*nachgeben und Raum bieten*“ müsse, immerhin waren auch Mütter mit Kindern im Kinderwagen unter den Protestierenden gewesen.⁶⁹⁵

Am 20. November 2021 fand eine *Corona-Demonstration* in Wien statt – 40.000 Teilnehmer protestierten – auch gewalttätig – gegen die am Vortag beschlossenen Coronamaßnahmen der Bundesregierung. An diesem Tag wurden 15.297 Neuinfektionen gemeldet, die Sieben-Tages-Inzidenz betrug 1061 Infizierte. 524 COVID-19-Patienten befanden sich auf Intensivstationen. Ausschreitungen gab es an diesem Tag mit Hooligans (dabei wurden Bier, Schnaps und *Red Bull* sichergestellt), auch Böller und Bengalos wurden geworfen. Polizeibeamte setzten Pfeffersprays ein. Auf *Telegram*-Gruppen wurde ebenso zu Gewalt aufgerufen.⁶⁹⁶ In Wien versuchte ein Demonstrant, einem Beamten die Dienstwaffe aus dem Holster zu reißen. Andere bewarfen Uniformierte mit Bierdosen und Flaschen und zündeten Bengalos. Wenige Demonstranten hielten sich an die Maskenpflicht. Die FPÖ wies mehrmals auf die Maskenpflicht hin, da sonst eine Auflösung der Demonstration gedroht hätte. Der Bundesparteiobmann der FPÖ, Herbert Kickl, befand sich damals mit einer Corona-Infektion in Heimquarantäne, er meldete sich in einer Videobotschaft jedoch an die „*Bewahrer der Freiheit*“. Kickl zeigte sich kampfbereit und betonte, dass die Regierung bei den Coronamaßnahmen vergesse, dass „*alles, was man mit Gewalt bekommt, auch mit Gewalt gehalten werden kann.*“ Auch das von Kickl

⁶⁹³ Ebenda.

⁶⁹⁴ Fritz Pessl, Die Polizei gibt bei Protestmärschen den Takt vor, in: *Salzburger Nachrichten*, 2.02.2021, S. 4.

⁶⁹⁵ Ebenda.

⁶⁹⁶ Kurier, Wie konnte es soweit kommen?, in: *Kurier*, 21.11.2021, S. 1.

angepriesene Pferdewurmmittel *Ivermectin* wurde dabei hochgelobt. So meinte die Grazer Allgemeinmedizinerin Maria Hubmer-Mogg, dass dieses Medikament „wunderbar bei COVID-Infektionen“ wirke. Der Hersteller selbst warnte ausdrücklich davor.⁶⁹⁷

Die FPÖ versuchte, aus der Polarisierung der Gesellschaft politisches Kapital zu schlagen. Gesundheitssprecherin Dagmar Belakowitsch hatte bei der *Corona-Demonstration* in Wien nachweislich Unwahrheiten von sich gegeben, als sie behauptete, es seien „nicht die bösen Ungeimpften“, die die Spitäler füllten, sondern die Geimpften, die wegen eines Impfschadens behandelt werden müssten.⁶⁹⁸ Zudem hatte sich eine neue Partei gebildet: MFG (Menschen, Freiheit, Grundrechte), die mit ähnlichen Methoden in der gleichen Zielgruppe der Impfgegner sowie Verschwörungstheoretiker ihr Anhänger Klientel zu rekrutieren versuchte. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der Bevölkerung war offenkundig nicht mehr bereit, den von der Regierung vorgegebenen Kurs bei der Pandemiebekämpfung zu befolgen.⁶⁹⁹

Auf diversen Kundgebungen wurden auch in Österreich Falschnachrichten und Verschwörungstheorien verbreitet. Bill Gates wurden dabei auch „alle üblen Machenschaften“ im Zusammenhang mit der Pandemie unterstellt. Demonstriert wurde auch gegen das 5G-Netz sowie gegen alle Arten von Impfungen. Populistische Parteien versuchten, Profit aus dem zunehmenden Frust der Bevölkerung in Hinblick auf wirtschaftliche Einbußen und *Freiheitseinschränkungen* für sich zu verbuchen. Ende Oktober 2020 veröffentlichte die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) in Salzburg eine Werbeeinschaltung mit folgendem Inhalt: „*Freiheit, die ich meine: Sagen, was ist!*“ (unterzeichnet von der Landesparteiobfrau Marlene Svazek).⁷⁰⁰ Angesichts des wirtschaftlichen Stillstands, der wachsenden Arbeitslosigkeit, sozialer Depression und gesellschaftlicher Perspektivlosigkeit bestanden fruchtbare Rahmenbedingungen für extremistisches Gedankengut. Die Infektionswelle schadete somit wesentlich der „*sozialen Bindekraft*“ – einerseits wurde gezielte Desinformation durch „*Corona-Leugner*“ durchgeführt, andererseits liefen

⁶⁹⁷ Sophie Seeböck, Antonio Šecerovic, Paul Haider, Michaela Reibenwein, Gilbert Novy, „Dieser Weg wird kein leichter sein“, in: *Kurier*, 21.11.2021, S. 7.

⁶⁹⁸ Ebenda.

⁶⁹⁹ Ebenda.

⁷⁰⁰ Die Salzburger Freiheitlichen, Freiheit, die ich meine: Sagen, was ist!, Zeitungseinschaltung der FPÖ Salzburg, in: *Salzburger Nachrichten*, Beilage „Aus Stadt und Land“, 31.10.2020, S. 11.

Kampagnen gegen eine EU-abgestimmte Impfpolitik.⁷⁰¹ Teilnehmer an den Protestmärschen verleugneten nicht nur Corona, sie verweigerten auch Auskünfte an die Behörden. Unter den Teilnehmern befanden sich Hooligans von „Eisern Wien“ – eines langjährigen Zusammenschlusses rechter Fußballhooligans von *Austria* und *Rapid Wien* sowie „Die Österreicher“ (ehemals Identitäre) und dessen Anführer Martin Sellner und auch Anhänger von bekannten Extremisten wie Gottfried Küssel. Veranstaltungen hatten *Volksfestcharakter* und waren *Superspreader-Events*.⁷⁰²

Ein äußerst tragischer Fall ereignete sich in Seewalchen / Oberösterreich: Auch aufgrund zahlreicher monatelanger Hasspostings, Beschimpfungen und Drohungen begang die Medizinerin Lisa-Maria Kellermayr Suizid, unmittelbar in ihrer Praxis.⁷⁰³ Von Beleidigungen, Drohungen und Hassnachrichten waren zahlreicher Mediziner in COVID-19-Zeiten betroffen, vor allem dann, wenn diese für das Impfen entraten oder Coronabeschränkungsmaßnahmen erklärten bzw. verteidigten. Der Salzburger Primar Richard Greil schilderte seine Lage nach einem Fernsehauftritt wie folgt: „Nach einer Diskussionsrunde in *Servus TV* hat es 500 bis 600 Reaktionen gegeben. 90 Prozent waren negativ“, sagte Greil.⁷⁰⁴ Auf der Bewertungsplattform *docfinder* war er anschließend massiv negativ bewertet worden. Greil hatte aus Briefen und E-Mails zitiert, die er bekommen hatte: „Hure der Pseudowissenschaft, dreckiger Bastard, ich werde dir die Dreckfresse polieren, schau dich um, wer hinter dir geht.“ Er bekam auch Postkarten, auf denen Henkerszenen abgebildet waren. Die Klinik und der Gartenzaun waren mit Parole beschmiert: „Greil, der Killer.“⁷⁰⁵

Bei einer Großdemonstration in Wien wurden *Impfverschwörungen* mit folgenden Inhalten verbreitet:

- Polizeihubschrauber könnten Impfstoff auf Demonstranten versprühen («Körperöffnungen dichthalten»);

⁷⁰¹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, Debatte über Corona-Impfpflicht für Pflegekräfte, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 13.01.2021, S. 1.

⁷⁰² Fritz Pessl, Infektionsgefahr auf Demos?, in: *Salzburger Nachrichten*, 13.03.2021, S. 12.

⁷⁰³ Salzburger Nachrichten, Hass im Netz in Zugzwang, in: *Salzburger Nachrichten*, 4.08.2022, S. 1.

⁷⁰⁴ Salzburger Nachrichten, „Schau dich um, wer hinter dir geht“, in: *Salzburger Nachrichten*, 4.08.2022, S. 2.

⁷⁰⁵ Ebenda.

- Impfungen könnten aus dem Hinterhalt aus Kanaldeckeln erfolgen («Hohe Stiefel anziehen») und
- «Impfgewehre der WEGA» (WEGA ist eine Sondereinheit der Wiener Polizei) wären im Umlauf («Tragt am besten drei Schichten Kleidung»).⁷⁰⁶

Rechtsextreme, Antisemiten, Hooligans, Betrunkene und Vermummte brüllten Beamte an und beschimpften sie. Auf Höhe der Babenbergerstraße in Wien eskalierte bei einem der Aufmärsche die Lage – Polizisten wurden mit Gegenständen beworfen. Es gab Anzeigen wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt sowie nach dem Verbotsgesetz.⁷⁰⁷

Die Stadt Wien gab Ende 2021 nach damaligen Wissensstand einen Informationsfolder heraus, in dem versucht wurde, sämtlichen Gerüchten und Mythen über die Corona-Impfung zu entgegnen. Folgende Behauptungen werden dort widerlegt:⁷⁰⁸

- «Wird Menschen durch die Corona-Schutzimpfung ein Mikrochip eingebaut? Nein. Es handelt sich um eine Verschwörungstheorie.»
- «Langzeitfolgen der Corona-Schutzimpfung können noch nicht abgeschätzt werden. Nein. Nebenwirkungen zeigen sich generell bei Impfungen meistens nach wenigen Stunden. Seltene Nebenwirkungen treten in der Regel innerhalb weniger Wochen nach Impfungen auf. Das gilt auch für die Corona-Schutzimpfung.»
- Macht die Corona-Schutzimpfung unfruchtbar? Nein. Die Fruchtbarkeit wird durch die Corona-Schutzimpfung nicht beeinträchtigt. Es kann zu einer längeren Dauer des Menstruationszyklus kommen. Dies pendelt sich allerdings schnell wieder ein. Frauen mit Kinderwunsch wird die Corona-Schutzimpfung sogar empfohlen, damit sie bereits vor Eintritt der Schwangerschaft vor einer Erkrankung geschützt sind.»
- «Ist der Impfstoff wirkungslos, nachdem sich geimpfte Menschen trotzdem anstecken können? Tatsächlich? Nein. Mit der Corona-Schutzimpfung sind Sie geschützt.: Das Risiko, schwer an COVID-19 zu erkranken oder zu versterben, wird durch die Corona-Schutzimpfung viel kleiner. Wenn es ganz selten trotz Impfung zu einer COVID-19-

⁷⁰⁶ Sophie Seeböck, Antonio Šecerovic, Paul Haider, Michaela Reibenwein, Gilbert Novy, „Dieser Weg wird kein leichter sein“, in: *Kurier*, 21.11.2021, S. 7.

⁷⁰⁷ Ebenda.

⁷⁰⁸ Stadt Wien, Aussendung, Covid-Schutzimpfung, November / Dezember 2021.

Erkrankung kommt, ist diese viel milder. Komplikationen und Todesfälle wurden durch die Impfung vermieden.»

- «Sind die neuen Impfstoffe wegen des beschleunigten Zulassungsverfahrens unsicher? NEIN. DIE IMPFSTOFFE SIND SICHER. COVID-19-Impfstoffe wurden viel schneller entwickelt als andere, weil das Virus so gefährlich ist. In die Forschung ist alles eingeflossen, was man bereits über Corona-Viren und Impfstoffe wusste. Um die Entwicklung zu beschleunigen, setzen Unternehmen und Forschungseinrichtungen wesentlich mehr Personal und mehr Geld in kürzester Zeit ein als sonst. COVID-19-Impfstoffe sind genauso streng und umfangreich geprüft wie andere Impfstoffe auch.»
- «Stimmt es, dass die Corona-Schutzimpfung nicht hilft und Geimpfte trotzdem ins Spital kommen? DIE IMPFUNG HILFT UND SCHÜTZT. Von 100.000 vollständig geimpften Menschen kommen nur rund neun Personen Corona-bedingt ins Spital. Die Daten belegen: 8 von 10 Menschen in den Spitälern sind nicht geimpft. Auf den Intensivstationen ist dieser Wert noch deutlich höher. Die Corona-Schutzimpfung schützt also vor schweren Krankheitsverläufen und davor, an COVID-19 zu sterben.»
- «Stimmt es, dass die Corona-Schutzimpfung nicht vor allen Varianten des Corona-Virus schützt? NEIN, DAS STIMMT NICHT. Bei Geimpften ist das Risiko, an COVID-19 zu erkranken oder daran zu sterben im Vergleich zu Ungeimpften viel geringer. Impfstoffe trainieren das Immunsystem darauf, die Oberfläche der unterschiedlichen Varianten des Corona-Virus zu erkennen und damit die Virusinfektion erfolgreich und rasch zu verhindern.»
- « Können mRNA-Impfstoffe mein Erbgut verändern? Wirklich? NEIN. Die Impfstoffe können ihr Erbgut nicht verändern. mRNA-Impfstoffe können nicht in unser Erbgut eindringen und unsere DNA verändern. Ein Teil der Impfstoff-Produktion – die Gewinnung der Antigene – wird aus dem Labor in die menschlichen Zellen verlagert.» Diese Art von Impfstoffen (mRNA) wurde in der Cornakrise erstmals eingesetzt.

Auch in Österreich wurde ein Lockdown für Ungeimpfte eingeführt, man durfte nur aus vier Gründen die Wohnung verlassen: Arbeit; Einkauf von Waren des täglichen Bedarfs; Spaziergänge; Nachbarschaftshilfe. Diesbezüglich galt, so Salzburgs Landeshauptmann Wilfried Haslauer, die

Polizei hier nicht mit Kontrollen zu überfordern: „Man kann nicht von einem Landeshauptmann verlangen, dass er einzelnen Personen mit einem Federstrich die Grund- und Freiheitsrechte entzieht. Das sind massive Eingriffe. Dazu braucht es demokratische Legitimation.“⁷⁰⁹ Die Polarisierung entwickelte sich entlang „des Spannungsfeldes zwischen Gesundheitsschutz und Freiheitsrechten“.⁷¹⁰ Das äußerte sich in einem „Vertrauensverlust gegenüber der Regierung und generell des politischen Systems.“⁷¹¹

In Österreich versuchte die FPÖ, die sogenannten „Querdenker“ politisch zu vereinen. Es kam bei Demonstrationen zu Gratwanderungen zwischen Deeskalation und Repression. Der ehemalige Innenminister Herbert Kickl (FPÖ) setzte sich an die politische Spitze der „Anti-Coronamaßnahmen-Bewegung“, im Detail sprach er: „Die da oben wollen uns beherrschen“, bis „von der Freiheit nur noch eine Leiche übrig ist“. Er sprach auch vom „Corona-Wahnsinn“ und die „Propaganda der Medien“. Laut Kickl würde zur Überwindung der Pandemie ausschließlich „ein intaktes Immunsystem, Lebensfreude, Optimismus und ein gesundes Bauchgefühl“ reichen. Auf Israel bezogen meinte Kickl damals, es sei „kein Gesundheitsparadies, sondern ein Land der Unfreiheit“ und warnte in diesem Zusammenhang vor einer „Zwangsimpfung“.⁷¹² In der Zeit im Bild 2 (ORF) vom 28. Dezember 2021 behauptete Kickl, „dass der Nationalsozialismus ja nicht mit einem Weltkrieg begonnen hat und nicht mit irgendwelchen Vernichtungslagern, sondern er hat damit begonnen, dass man Menschen systematisch ausgegrenzt hat.“ Zudem bediente sich die FPÖ zunehmend einer NS-Diktion und sprach von „ÖVP-Rollkommandos“ (Kickl), „türkis-grünem Volkssturm“ (Kickl) und von der „Blockwart-Mentalität“ (Belakowitsch) in Hinblick auf die Anti-Coronamaßnahmen der Regierung.⁷¹³

Am 13. April 2021 trat in Österreich ein sichtlich bewegter Gesundheitsminister Rudolf Anschober zurück: „Ich muss für mich eine Notbremse ziehen“. Es war ein Rücktritt unter „unterdrückten Tränen“, er fühlte sich nach eigenen Angaben „überarbeitet und ausgepowert“ und meinte: „Ich kann und will mich nicht kaputt machen. Ich bin nicht fit.“ Es waren 15 Monate

⁷⁰⁹ Salzburger Nachrichten, Der Bund spricht ein Machtwort: Lockdown für Ungeimpfte, in: *Salzburger Nachrichten*, Aus Stadt und Land, 13.11.2021, S. 2.

⁷¹⁰ Simon Rosner, Aufarbeitung für die Versöhnung, in: *Wiener Zeitung*, 11./12.02.2023, S. 3.

⁷¹¹ Ebenda.

⁷¹² Ivo Mijnsen, Wütende Corona-Skeptiker halten Wien in Atem, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 17.03.2021, S. 4.

⁷¹³ Österreich, 22 Ruffel für „Bad Guy“ Kickl, in: *Österreich*, 25./26.12.2021, S. 10.

Dauerarbeit ohne einen wirklich freien Tag, die ihm wie 15 Jahre vorgekommen wären. Es nahmen Interessenskonflikte zu, zudem erhielt Anshober Morddrohungen, ebenso seine eigenen Angehörigen. Seit November 2020 befand sich Anshober unter Polizeischutz. Anshober war von einem Umfragehoch in ein Tief abgestürzt. Die Energiequelle Anshobers, „*der Kontakt mit den Menschen sei abgebrochen*.“ Als Fehlleistungen galten missglückte Verordnungen sowie jenes „*Ampel-System*“, das sich nicht umsetzen ließ: „*Ich habe mich sehr oft alleine gefühlt*“, betonte Anshober.⁷¹⁴ Alleine gefühlt hatten sich auch viele Schülerinnen und Schüler, Lockdowns verursachten „*verheerende Schäden*“, und zwar: sozial, physisch, emotional und den Lernfortschritt betreffend.⁷¹⁵ Aus den Protesten gegen die Pandemiemaßnahmen der Bundesregierung bildete sich in Österreich auch eine neue Partei: MFG (Menschen, Freiheit, Grundrechte). Sie trat nach ihren Wahlerfolgen in Oberösterreich in der Folge auch in mehr als 50 Kommunen bei den Tiroler Gemeinderatswahlen Ende Februar 2022 an,⁷¹⁶ konnte nach anfänglichen Überraschungserfolgen jedoch mit dem Ende der Pandemie im ersten Halbjahr 2023 keine Wahlerfolge mehr verbuchen.

Österreich und die Coronamaßnahmen

Mit 16. Juli 2020 wurde die Strategie „*Testen, Testen, Testen*“ in Österreich wieder aufgenommen. Getestet wurde ohne konkreten Verdacht auf eine Infektion, jedoch nicht nach dem Zufallsprinzip, sondern in besonders gefährdeten Zielgruppen. Nach dem starken Rückgang der Neuinfektionen ab Anfang April 2020 hatte die Bundesregierung ihre Strategie, so viele Tests wie möglich durchzuführen, geändert und das Hauptaugenmerk seither auf Verdachtsfälle gerichtet. So auf Menschen, die eindeutige Symptome wie Fieber, Atemnot und Verlust des Geschmacks- bzw. Geruchssinns aufwiesen oder engen Kontakt zu Infizierten hatten. Daher wurden auch die Testkapazitäten – möglich gewesen waren rund 15.000 Tests pro Tag – bei Weitem nicht ausgeschöpft. Das änderte sich ab dem 6. Juli 2020 – in

⁷¹⁴ ORF, Sonderpressestunde zum Rücktritt des österreichischen Gesundheitsministers Rudolf Anshober am 13. April 2021, beginnend um 09.05 Uhr. Die Erklärung des Rücktritts erfolgte an diesem Tag um 10.05 Uhr.

⁷¹⁵ Juliane Fischer, Schule schließen oder offen lassen?, in: *Salzburger Nachrichten*, 27.11.2021, S. 3.

⁷¹⁶ Salzburger Nachrichten, ÖVP läutet das Aussetzen der Impfpflicht ein, in: *Salzburger Nachrichten*, 14.02.2022, S. 1.

Kooperation mit den Ländern konnten sich daraufhin bis Ende 2020 25.000-30.000 Menschen pro Woche zusätzlich zu jenen, die aufgrund von Symptomen ohnehin getestet wurden – einem Test unterziehen: darunter Erntehelfer aus dem Ausland sowie Mitarbeiter von Fleischfabriken und größeren Logistikzentren. Vermehrt getestet wurden auch Rückkehrer aus dem Ausland, Obdachlose, Asylwerber in Heimen und Menschen, die aufgrund ihrer wirtschaftlichen Lage in beengten Räumen leben und bei denen davon ausgegangen werden konnten, dass sie aus Angst vor Jobverlust auch mit Krankheitssymptomen zur Arbeit gehen würden. Verpflichtend waren die Tests nicht, sie konnten also ohne Angaben von Gründen verweigert werden. Lediglich Kontaktpersonen von nachweislich Infizierten mussten sich einem Test unterziehen. Ziel der neuen Strategie war der Schutz vor sogenannten Risikogruppen – also älteren Menschen und jene mit relevanten Vorerkrankungen wie etwa COPD, Bluthochdruck und Diabetes. Fieber galt nicht mehr als Bedingung für einen Test. Leichte Erkältungssymptome wie Halskratzen, Husten und ein allgemeines Unwohlsein genügten.⁷¹⁷

Mit 25. Oktober 2020 galten in Österreich folgende neue Regelungen:⁷¹⁸

- Abstand 1 Meter: Beim Betreten öffentlicher Orte im Freien war gegenüber Personen, die nicht im gemeinsamen Haushalt lebten, ein Abstand von mindestens 1 Meter einzuhalten. Beim Betreten von öffentlich zugänglichen geschlossenen Räumen kam dazu noch die Verpflichtung, eine den Mund- und Nasenbereich abdeckende und enganliegende mechanische Schutzvorrichtung (Mund-Nasen-Schutz-Maske) zu tragen. Bei Nichteinhaltung waren Strafen von bis zu 500 Euro möglich.
- Nach der Sperrstunde (maximal 1 Uhr früh) sollte ein Alkoholverbot 50 Meter rund um das Lokal gelten.
- Gesichtsschilder hatten ausgedient (Übergangsfrist von zwei Wochen) – mit 7. November 2020 waren nur noch enganliegende Masken erlaubt. Die Maskenpflicht galt in allen Innenräumen (außer in Wohnungen oder am Büro am Platz), outdoor, wenn viele Personen zusammengekommen waren;
- Private Treffen zu 6 Personen waren möglich, das Outdoor-Limit lag bei 12 Personen.

⁷¹⁷ Köksal Baltacı, „Testen, testen, testen“ reloaded, in: *Die Presse*, 3.07.2020, S. 7.

⁷¹⁸ Österreich, Mega-Chaos um Corona-Gesetz, in: *Österreich*, 23.10.2020, S. 7.

- Sitzplätze: für 7 Personen im Lokal und ab 12 Gästen outdoor galt Sitzplatzpflicht.
- In der Gastronomie: 6 Gäste (plus Kinder) durften an einem Tisch sitzen.
- Veranstaltungen: indoor: maximal 1000 Personen, outdoor: maximal 1500. Alle Veranstaltungen benötigten ein Präventionskonzept. Bei Veranstaltungen unter drei Stunden galt ein Verbot von Speisen und Getränken.

Ab 3. November 2020 galten wiederum neue Regelungen in Österreich wie folgt:⁷¹⁹

- Gastronomie musste schließen – Abholen und Liefern von Essen und Getränken war erlaubt;
- Schließung aller Beherbergungsbetriebe wie Hotels, Pensionen. Ausnahmen gab es nur für Berufsreisende.
- Kindergärten und Pflichtschulen blieben geöffnet. Oberstufen und Universitäten mussten komplett auf E-Lernen umstellen.
- Industrie und Handel blieben geöffnet, auch Dienstleistungsbetriebe wie Friseure oder Physiotherapeuten durften weiterarbeiten;
- In den Büros sollte weitgehend auf Homeoffice umgestellt werden.
- Maximal zwei Haushalte durften sich treffen, egal wie viele Personen in diesem jeweils lebten.
- Veranstaltungen im Bereich Sport und Kultur, auch Hochzeits- und Geburtstagsfeiern sowie Weihnachtsmärkte waren verboten. Nur Profisportveranstaltungen durften ohne Publikum stattfinden.
- Fitness-Studios und Schwimmbäder mussten schließen.
- Der Kulturbereich wurde stillgelegt: Opernhäuser, Theater, Kinos mussten ebenso schließen wie Museen und Tiergärten.
- Bibliotheken und Parks blieben geöffnet.
- Gottesdienste durften mit Masken stattfinden. Begräbnisse nur mit 50 Personen – auch hier galt die Maskenpflicht.
- Besuche in Krankenhäusern, Kuranstalten und in Alters- und Pflegeheimen wurden zum Schutz der Kranken, Senioren, Pflegebedürftigen und des Personals limitiert. Bis einschließlich 17.

⁷¹⁹ ORF Text, 1.11.2020, S. 113 und 114.

November 2020 waren Besuche nur noch alle zwei Tage erlaubt, wobei pro Tag maximal 1 Besucher zugelassen war. Insgesamt konnten bis 17. November 2020 Patienten, Senioren, Pflegebedürftige in Spitälern und Heimen maximal zwei verschiedene Besucher empfangen.

- Sämtliche Besucher mussten entweder ein negatives Testergebnis vorweisen oder adäquaten Atemschutz – eine FFP-2-Maske – tragen.
- In AHS-Oberstufen, BMHS und Berufsschulen wurde zwischen 3. bis vorerst 30. November 2020 im Distance Learning unterrichtet.

Die neuen Coronamaßnahmen wurden fast von allen Landeshauptleuten unterstützt – mit Ausnahme des burgenländischen Landeshauptmannes Hans Peter Doskozil (SPÖ). Doskozil sah diese Verschärfungen nicht als gerechtfertigt an. Die damalige SPÖ-Bundesparteivorsitzende und Virologin Pamela Rendi-Wagner warnte dagegen davor, „*dass in ein bis zwei Wochen der Kollaps der Intensivstationen und des Gesundheitssystems droht*“ und deshalb „*gehandelt werden müsse*.“⁷²⁰ FPÖ und die liberalen Neos sprachen sich gegen diese neuen Maßnahmen aus, vor allem gegen die Ausgangseinschränkungen zwischen 20 Uhr und sechs Uhr ab 3. November 2020. Der Hauptausschuss des Nationalrates hatte diese Corona-Regeln am 1. November 2020 genehmigt.

Mit 2. Dezember 2020 stand das digitale Anmeldesystem für die Coronatests der breiten Öffentlichkeit in Wien zur Verfügung. Am 4. Dezember begannen die Antigentests. Von 4. bis 13. Dezember 2020 wurde ein Massenantigentest in Wien durchgeführt. Es wurden drei Standorte zu Testzentren umfunktioniert: die Messe Wien, die Marx-Halle sowie die Stadthalle. Allein in Wien sollten dann pro Tag 250.000 Tests durchgeführt werden. Auch wurden 286 Testlinien für Schnelltests und 20 für PCR-Tests (die auf einen positiven Antigentest folgten) installiert. Die größte derartige Einrichtung wurde in zwei Messehallen untergebracht: Dort standen fast 200 Stationen zur Verfügung. In Wien ging man davon aus, dass 60 Prozent der Bevölkerung derartige Tests in Anspruch nehmen würden. Damit wären rund 1,2 Millionen Menschen getestet gewesen. 5400 Bedienstete des Bundesheeres unterstützten diese Testkampagne.⁷²¹ Im Zuge der *Omikron*-Welle betrieb das Bundesheer auch ab 1. Dezember 2021 auf Ansuchen des

⁷²⁰ ORF Text, 1.11.2020, S. 117 und 118.

⁷²¹ Christine Imlinger, Testen, testen, testen? Wie die Großaktion gelingen soll, in: *Die Presse*, 1.12.2020, S. 4-5.

Landes Salzburg vier Impfstreifen in der Schwarzenbergkaserne, das medizinische Personal stellte das Land Salzburg. Das Bundesheer wurde gleichfalls eingesetzt, wenn Behörden das *Contact Tracing* nicht mehr schafften oder die Tests für die Ausreise aus Hochinzidenzgebieten nicht mehr von der Polizei allein kontrolliert werden konnten. So war das Bundesheer mit ca. 600 Soldaten wieder in Teilbereichen des Corona-Krisenmanagements eingebunden: Beim *Contact Tracing*, mit mobilen Testteams in Tirol; beim Betreiben von neun Teststationen in Niederösterreich, bei Einreisekontrollen an den Flughäfen Wien und Salzburg sowie am Bahnhof in Salzburg.⁷²² Im Fall des Verdachts auf eine Omikron-Mutation bestand wieder ein strenges Vorgehen beim Absondern der Person: die positiv Getesteten wurden so wie bei früheren Infektionswellen nach ihren Kontakten befragt, den Kindern wurde der Schulbesuch untersagt, geimpfte wie ungeimpfte Kontaktpersonen wurden abgesondert: „Die Impfung ist Schutz für mich und für andere. Das Impfmotiv sollte nicht sein, dass ich danach in Quarantäne komme“, sagte die Salzburger Landessanitätsdirektorin Petra Juhasz. Im Salzburger Flachgau gab es im November 2021 700 neue Fälle an einzelnen Tagen, so Bezirkshauptfrau Karin Gföllner: „Das war extrem, da sind wir fast untergegangen“. Das Personal wurde für das *Contact Tracing* aufgestockt, bis 23. Dezember 2021 erfolgte auch eine Unterstützung durch Mitarbeiter des Energieversorgers *Salzburg AG* und von pensionierten Bediensteten aus (insgesamt 70 für das Absondern infizierter Personen und ihrer Kontakte).⁷²³

Im Vergleich dazu hatte in der Schweiz der Bundesrat während der Omikron-Phase am 13. Januar 2021 weitere Maßnahmen gegen die Ausbreitung des SARS-CoV-2 beschlossen. Die schon im Dezember 2020 getroffenen Maßnahmen wurden bis Ende Februar 2021 verlängert. Restaurants, Kulturbetriebe, Sportanlagen und Freizeiteinrichtungen blieben geschlossen. Andererseits hatte der Bundesrat neue Maßnahmen erlassen, um die Kontakte drastisch zu reduzieren:⁷²⁴

- Schließung von Einkaufsläden und Märkten (ausgenommen waren Läden und Märkte, die Güter des täglichen Bedarfs anboten). Das Abholen

⁷²² Marian Smetana, Sind Militärs die besseren Pandemiebekämpfer?, in: *Salzburger Nachrichten*, 11.12.2021, S. 4.

⁷²³ Anton Prlić, Omikron: Land schickt Geimpfte wieder in Quarantäne, in: *Salzburger Nachrichten*, Aus Stadt und Land, 11.12.2021, S. 2 und 3.

⁷²⁴ Neue Zürcher Zeitung, Bundesrat verschärft Massnahmen, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 14.01.2021, S. 1.

bestellter Waren vor Ort war möglich. Die Regelung, dass Läden, Tankstellenshops und Kioske nach 19 Uhr sowie sonntags geschlossen bleiben mussten, wurde aufgehoben;

- Homeoffice-Pflicht: Die Arbeitgeber wurden dazu verpflichtet, Homeoffice überall dort anzuordnen, wo dies aufgrund der Art der Tätigkeit möglich und mit verhältnismäßig geringem Aufwand umsetzbar wurde.
- Eine erweiterte Maskenpflicht war damals neu, sie galt zum Schutz von Arbeitnehmern in Innenräumen überall dort, wo sich mehr als nur eine Person in einem Raum aufgehalten hatte.
- Schutz besonders gefährdeter Personen.
- Ausweitung des Härtefallprogramms: Es wurde für Unternehmen einfacher, Härtefallhilfe zu erhalten. Betriebe, die seit 1. November 2020 insgesamt mindestens 40 Kalendertagen behördlich geschlossen waren, galten nun ohne Nachweis eines Umsatzrückganges als Härtefall. Damit fiel die umständliche Einzelfallprüfung durch die Kantone weg.
- Private Treffen: an privaten Veranstaltungen durften maximal fünf Personen teilnehmen (einschließlich Kinder). Menschenansammlungen im öffentlichen Bereich wurden ebenso auf fünf Personen eingeschränkt.

Wenige Länder überwachten die zirkulierenden Coronaviren in großen Sequenzierprogrammen.

Das Bundesland Vorarlberg begann am 15. März 2021 mit einem Pilotversuch: in der Gastronomie galt ein negativer Coronatest als Bedingung für den Zutritt. Ab 20 Uhr blieb nach wie vor die Ausgangsbeschränkung in Kraft, die meisten Gastronomen legten deshalb um 19.30 Uhr die letzte Runde fest. Nur am Tisch, wo ohnehin maximal vier Personen aus zwei Haushalten Platz nehmen durften, konnten Gäste ihre FFP-2-Masken abnehmen. Laut Umfragen öffnete ein jeder dritte Gastronom seinen Betrieb.⁷²⁵

Ende Januar 2022 nahmen erste Länder und Regionen wie England endgültig Abschied von der Maskenpflicht und vielen anderen Coronamaßnahmen. Im Vereinigten Königreich galt eine Empfehlung zum

⁷²⁵ Die Presse, Jedes dritte Vorarlberger Lokal öffnete: Großer Andrang am Mittagstisch, in: *Die Presse*, 16.03.2021, S. 10.

Maskentragen in geschlossenen Räumen, jedoch nicht in Klassenzimmern. Dort war es ebenso wie in Deutschland und in anderen Ländern wie Österreich ein *Flickenteppich*, was die Vorschriften und deren Umsetzung betraf. In Wales fiel die Maskenpflicht in Schulen im Februar 2022, in Schottland wurde noch der Impfpass kontrolliert, es galt auch die Maskenpflicht im öffentlichen Nahverkehr und in geschlossenen Räumen. Es kam zur Anweisung der Regierung, in England ungeimpfte NHS-Mitarbeiter zu entlassen. Zudem wurde befürchtet, dass dies in den Monaten danach für 73.000 Menschen zum Jobverlust führen könnte. Zwischen 17. und 23. Januar 2022 straben noch pro Tag 270 Briten an oder mit COVID-19. Die Zahl der Toten pro eine Million Einwohner lag damals im Vereinigten Königreich bei 2247, in Österreich bei 1539 Menschen.⁷²⁶

Noch Ende März 2022 legte sich die Bundesregierung auf eine Maskenpflicht fest – und zwar in allen geschlossenen Räumen an öffentlichen Orten. Das waren u.a. Verkehrsmittel, der gesamte Handel, körpernahe Dienstleistungen, die Gastronomie (nur am Weg zum Platz), die Hotellerie, Sportstätten (außer bei der Sportausübung), Kultur- und Freizeiteinrichtungen, Alten- und Pflegeheime sowie Krankenanstalten und der Arbeitsplatz. Ebenso war bei Zusammenkünften mit zugewiesenem Sitzplatz (z.B. Theater, Oper, Kino) eine Maske vorgeschrieben gewesen – aber erst ab 100 Personen. Im Entwurf für diese Verordnung war noch von 25 Personen die Rede gewesen. Bei Zusammentreffen ohne fixe Plätze ab 100 Personen (z.B. Parties, Hochzeiten) hatte der Veranstalter Wahlfreiheit: entweder 3G-Kontrolle oder Maske. Selbiges galt für die Nachtgastronomie. Die Verordnung trat am 24. März 2022 in Kraft und galt bis 16. April 2022. Die Zahl der täglichen Neuinfektionen war noch extrem hoch, so der Gesundheitsminister Johannes Rauch. Diese Entwicklung zeichnete sich bereits in den Wochen zuvor ab, deshalb war es Zeit, zu handeln.⁷²⁷ Infizierte konnten sich bereits ab dem fünften Tag wieder frei bewegen, sofern sie mindestens 48 Stunden zuvor symptomfrei waren, und dies ohne negativen Test. Jedoch mussten sie noch fünf Tage Verkehrsbeschränkungen in Kauf nehmen – FFP-2-Pflicht bei Kontakt mit anderen, auch im privaten Wohnbereich. Sie durften keine Großveranstaltungen oder Einrichtungen wie Gastronomie oder Fitnessstudios besuchen. Freitesten war möglich – bei

⁷²⁶ Sebastian Berger, London sieht Sieg gegen Covid nahen, in: *Der Standard* 24.01.2022, S. 5.

⁷²⁷ Kurier, Verordnung: Diese neuen Corona-Regeln gelten ab heute, in: *Kurier*, 24.03.2022, S. 3.

negativem Ergebnis oder einem CT-Wert über 30. Pro Person gab es nur mehr fünf PCR- und fünf Antigentests – diese wurden auch von Apotheken abgewickelt. In Gesundheits- und Pflegeheimen wurde das ungeimpfte Personal verpflichtend getestet, das geimpfte bzw. genesene freiwillig. Selbiges galt für Besucher. Überwachungsmaßnahmen der Infektionslage waren über Abwasser-Analysen und „repräsentative Stichproben“ in der Bevölkerung erfolgt.⁷²⁸

Mitte April 2022 erfolgte in Österreich ein großer Lockerungsschritt: FFP-2-Maskenpflicht galt nur noch in geschlossenen Räumen und in Krankenanstalten und Heimen, in Apotheken und im Kundenbereich des lebensnotwendigen Handels, im Parteienverkehr der Verwaltungsbehörden sowie in Einrichtungen zur Religionsausübung außerhalb von Messen die Maskenpflicht dagegen in öffentlichen Verkehrsmitteln sowie in Taxis. Seit 1. Juni 2022 wurde für drei Monate pausiert, einzig in Spitälern, in Alten- und in Pflegeheimen bleibt die Maskenpflicht aufrecht.⁷²⁹

Am 1. Juni 2022 entfielen in Österreich fast alle Coronamaßnahmen, ausgenommen in Wien:

- In den öffentlichen Verkehrsmitteln gab es keine Maskenpflicht mehr – ausgenommen in Wien.
- Im lebensnotwendigen Handel wurde die Maskenpflicht ausgesetzt, Wien verblieb bei strengeren Regeln.
- In ganz Österreich blieb in den Spitälern sowie in Alten -und Pflegeheimen die Maskenpflicht aufrecht.
- Auch an den Schulen wurde gelockert – nach 5. Juni 2022 (nach Pfingsten) endete das PCR-Testprogramm.
- Antrigentests wurden nur noch bei Bedarf eingesetzt. In Wien konnte an Schulen jedoch weiterhin auf freiwilliger Basis weitergetestet werden. In Wien blieb auch die Maskenpflicht in Arztpraxen und Apotheken noch weiter bestehen.⁷³⁰

⁷²⁸ Kurier, Quarantäne: Symptomlose sind nach fünf Tagen (fast) frei, in: *Kurier*, 24.03.2022, S. 3.

⁷²⁹ Wiener Zeitung, Am Mittwoch fallen fast alle Corona-Maßnahmen, in: *Wiener Zeitung*, 31.05.2022, S. 1.

⁷³⁰ Ebenda.

In Österreich starben mit oder durch COVID-19 insgesamt 18.651 Menschen (Beginn der Pandemie bis 30. Mai 2022). Innerhalb von 24 Stunden gab es ab dieser Zeit laut Bundesministerium für Inneres / Gesundheitsministerium keinen Todesfall mehr im Zusammenhang mit COVID-19.⁷³¹

Lessons identified – Lessons learned: Europäische Union

Die EU besitzt keine Zuständigkeit in Gesundheitsfragen, „*sie ist so unvorbereitet wie alle Nationalstaaten in Europa und auf allen Kontinenten (Ausnahme: Teile Südasiens) und verhält sich weitgehend passiv.*“⁷³² Das schlussfolgerte der ehemalige österreichische Gesundheitsminister Rudi Anschober zu Beginn der Pandemie. Ebenso kam seitens der WHO „*wenig konkretete Unterstützung. Bei der Entscheidung über Gegenmaßnahmen bleibt also jeder Staat weitgehend auf sich allein gestellt.*“⁷³³ Anschober kam deshalb zu folgender Conclusio: „*Eine Pandemie ohne enge internationale Abstimmung mit teilweise widersprüchlichen Vorgangsweisen auf nationaler und regionaler Ebene bekämpfen zu wollen – das ist mehr als ein Paradoxon, es ist verrückt.*“⁷³⁴ Die Europäische Kommission hatte in ihrer Mitteliung zum Vorsorgeprinzip vor mehr als 30 Jahren festgehalten, dass die vorsorglich gesetzten Maßnahmen einer ständigen Überprüfung und einer allfälligen Weiterentwicklung zu unterziehen sind, um den zunehmenden Erkenntnisstand korrekt abzubilden:⁷³⁵ „*Schutzmaßnahmen, die zunächst geboten schienen, wurden (neuen Erkenntnissen entsprechend) revidiert – ihre Effektivität zu beurteilen war ein stetiger Lernprozess.*“⁷³⁶

⁷³¹ Petra Templer, Maske rauf und Maske runter, in: *Wiener Zeitung*, 31.05.2022, S. 3.

⁷³² Rudi Anschober, *Pandemia. Einblicke und Aussichten*, Paul Zsolnay Verlag, 2. Auflage, Wien 2022, S. 32f.

⁷³³ Ebenda, S. 33.

⁷³⁴ Ebenda.

⁷³⁵ Thomas Jakl, Zeit für Bilanz: Wie gut war unser Covid-Management? in: *Die Presse*, 17.04.2023, S. 26-27, hier S. 26f.

⁷³⁶ Ebenda, S. 27.

Die EU-Gesundheitsminister hatten am 13. Februar 2020 ein gemeinsames Vorgehen gegen COVID-19 vereinbart,⁷³⁷ nachdem in der zweiten Januarhälfte Infektionszahlen gemeldet worden waren: „*Sie bewerteten die Lage aber nicht als Krise, obwohl die WHO tags zuvor gewarnt hatte, es bestünde womöglich die Gefahr einer globalen Pandemie.*“⁷³⁸ Jedoch suchten die meisten Regierungen von den EU-Mitgliedstaaten „*ihr Heil in nationalen Alleingängen. Staaten verhängten Exportverbote für Schutzmasken, medizinisches Gerät und andere Ausrüstung, unilateral wurden Grenzen geschlossen, die Produktion etwa von Masken wurde individuell abzusichern gesucht.*“⁷³⁹ Als sich jedoch US-Präsident Donald Trump exklusive Rechte an Anti-Corona-Impfstoffen sichern wollte, an dem das Unternehmen *CureVac* arbeitete, bot die EU der Firma am 15. März 2020 einen 80-Millionen-Euro-Kredit an, um diese Firma in Deutschland zu halten.⁷⁴⁰

Am CEMM Forschungszentrum für Molekulare Medizin der Österreichischen Akademie der Wissenschaften wurde Ende März 2020 mit ersten Virusequenzierungen begonnen. Anfangs waren nur zwei Mutationen pro Monat im SARS-CoV-2-Genom nachgewiesen worden: das war weniger als man vom Grippevirus gewohnt war. Das sollte sich jedoch Ende 2020 ändern, als SARS-CoV-2 mit der *Alpha*-Varianze (zuvor auch *britische* Variante genannte) plötzlich mehr als 20 weitere Mutationen aufwies. Darauf folgten u.a. die Mutationen *Beta* (*südafrikanische* Variante), *Delta* (*indische* Variante) und schließlich *Omikron*, die seither mit ihren Untervarianten dominierte.⁷⁴¹ Die Europäische Union (EU) stand also vor folgenden Problemen:

- Konfrontation mit einem völlig neuen Krankheitserreger;

⁷³⁷ August Pradetto, *Multiples Versagen: WHO, EU und Deutschland in der Corona-Krise*, WIFIS-Arbeitspapier Nr. 3, hrsgg. vom Wissenschaftlichen Forum für Internationale Sicherheit e.V., Hamburg 2020, S. 11.

⁷³⁸ Michael Gehler, *Europa wachte langsam auf, handelte verspätet und ringt weiter mit sich. Die EU und ihr Umgang mit der Corona-Krise*, in: Manfred Rauchensteiner und Michael Gehler (Hg.), *Corona und die Welt von gestern*, Böhlau Verlag, Wien-Köln-Weimar 2021, S. 67-94, hier S. 67.

⁷³⁹ August Pradetto, *Multiples Versagen: WHO, EU und Deutschland in der Corona-Krise*, WIFIS-Arbeitspapier Nr. 3, hrsgg. vom Wissenschaftlichen Forum für Internationale Sicherheit e.V., Hamburg 2020, S. 16.

⁷⁴⁰ Ebenda, S. 17.

⁷⁴¹ Sabrina Glas, „Das Virus hat seinen Schrecken verloren“, in: *Salzburger Nachrichten*, 25.02.2023, S. 18.

- nur partiell anwendbare Normen im Bereich einschlägiger medizinischer Gegenmaßnahmen;
- Schwäche von EU-Lieferketten für kritische medizinische Gegenmaßnahmen;
- Mangel an einem koordinierten und systematischen Konzept zur Unterstützung der Entwicklung, Produktion und Beschaffung der benötigten medizinischen Gegenmaßnahmen.
- Mangel an einer mit der US-Behörde für fortgeschrittene biomedizinische Forschung und Entwicklung (*Biomedical Advanced Research and Development Authority* – BARDA – diese existiert seit 2006) vergleichbaren Einrichtung, die dieses Arbeitsfeld koordinieren und vorantreiben könnte. In ihrer Rede zur Lage der Union stellte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen den Aufbau einer europäischen BARDA in Aussicht. Eine derartige EU-Behörde würde strukturelle Lücken in den gesundheitsbezogenen Vorsorge- und Reaktionskapazitäten in Hinblick auf biomedizinische Entwicklung, Produktion und den Aufbau von Kapazitätspuffern schließen. Sie würde auch die strategische Früherkennung übernehmen, mit einem Schwerpunkt auf neue biomedizinische Technologien, die in Krisenzeiten für die Anwendung in der Praxis bestimmt werden könnten. Die Behörde sollte sich mit der Industrie, Wissenschaft, mit Hochschulen und Einrichtungen der klinischen Forschung vernetzen, um erfolgreiche öffentlich-private Partnerschaften zu verwirklichen.

Die COVID-19-Pandemie verdeutlichte darüber hinaus enorme Schwachstellen in der Arzneimittelversorgungskette. Der Politikwissenschaftler Herfried Münkler sah dieses „europäische Impfstoffdesaster“ als „Folge neoliberalen Denkens und Handelns, bei dem man auf globale Lieferketten vertraut und das strategische Ausnutzen von Knappheit seitens der Konkurrenten völlig übersehen hat.“⁷⁴² Unter den reicheren Regionen des globalen Nordens gehörte die EU in der Impfstatistik anfangs zu den Schlusslichtern – mit Ausnahme des Vereinigten Königreiches. Ungarn, die Tschechische Republik und die Slowakei setzten zu dem *Sputnik V* ein, Österreich und Dänemark tätigten separate Absprachen mit Israel, ohne sich mit der EU abzusprechen. Das „Demokratieprinzip in der EU hat sich zur zentrifugalen Kraft

⁷⁴² Herfried Münkler, Europa ist der Konkurrenz nicht gewachsen, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 17.03.2021, S. 16.

entwickelt.“⁷⁴³ Notwendig ist hier eine engermaschigere Überwachung der Versorgung in Notsituationen; besser koordinierte klinische Prüfungen und die Beratung bei der Zulassung von Arzneimitteln für neue Indikationen („repurposing“) im Gesundheitsnotfall. Die meisten Maßnahmen waren im Vorschlag der Europäischen Kommission für das Programm *EU4Health* für 2021-2027 enthalten. *EU4Health* enthält eine Liste förderfähiger Unterstützungsmaßnahmen wie die Erarbeitung eines EU-Vorsorgeplans, die Unterstützung von Stresstests der nationalen Gesundheitssysteme und Vorsorgeübungen, die Schulung von Angehörigen der Gesundheitsberufe sowie Investitionen in die Digitalisierung. Ein Teil des Vorhabens könnte aus anderen Unionsprogrammen wie *InvestEU* finanziert werden.⁷⁴⁴ Die EU stellte zwischen dem Ausbruch der Pandemie und November 2020 insgesamt 2,7 Milliarden Euro Soforthilfe zur Bekämpfung von SARS-CoV-2 – zum Beispiel für Arzneimittel, Impfstoffe und Schutzausrüstung – zur Verfügung. Die Lehren aus der Pandemie stellen sich aus Sicht der Europäischen Kommission wie folgt dar:⁷⁴⁵

- Notwendigkeit der Verbesserung der Vorsorge- und Reaktionsfähigkeit, um schwerwiegende grenzüberschreitende Gesundheitsgefahren auf EU-Ebene und auf Ebene der Mitgliedstaaten wirkungsvoller zu bewältigen. Auf EU-Ebene sollten einheitliche Maßnahmen gegen künftige grenzüberschreitende Gesundheitsbedrohungen ergriffen werden, auch sollte die EU in die Lage versetzt werden, eine gesundheitliche Notlage auf EU-Ebene zu erklären.
- Im Rahmen einer *Gesundheitsunion* soll der Rahmen für Vorsorge, Überwachung, Risikobewertung, Frühwarnung und Reaktion verbessert werden. Diesbezüglich soll auch ein neues Mandat für das Europäische Zentrum für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) und die Europäische Arzneimittelagentur (EMA) geschaffen werden. Zudem ist der Rechtsrahmen über grenzüberschreitende Gesundheitsgefahren zu überarbeiten.

⁷⁴³ Ebenda.

⁷⁴⁴ Europäische Kommission, Fragen und Antworten: Schaffung einer europäischen Gesundheitsunion: Stärkung der Krisenvorsorge und -reaktion für Europa, Brüssel, 11. November 2020, S. 4.

⁷⁴⁵ Europäische Kommission, Eine europäische Gesundheitsunion: Gesundheitskrisen gemeinsam bewältigen, Brüssel, 11. November 2020, S. 1; und: Europäische Kommission, Fragen und Antworten: Schaffung einer europäischen Gesundheitsunion: Stärkung der Krisenvorsorge und -reaktion für Europa, Brüssel, 11. November 2020, S. 1-4.

- Der Ausbruch von COVID-19 hatte die Schwachpunkte in der Aufgabenstellung von ECDC aufgezeigt. ECDC konnte nur technische Leitlinien veröffentlichen und war nicht in der Lage, Analysen der von ihm erhobenen Daten vorzulegen. Ein neues weiteres Mandat würde ECDC erlauben, wirksame Empfehlungen für Maßnahmen zur Bekämpfung von Ausbrüchen abzugeben. Eine *EU Gesundheits-Task Force* zur Unterstützung der lokalen Reaktion in den Mitgliedstaaten wäre zu mobilisieren und zu entsenden, die Analyse und Modellierung zu intensivieren, um Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung von Ausbrüchen zu unterstützen (Bsp.: vermehrte Datenerhebung und Verarbeitung). Die Kernkompetenz für den Gesundheitsschutz in den Mitgliedstaaten soll durch ein neues Netz von EU-Referenzlaboratorien für öffentliche Gesundheit aufgebaut werden. Die Prävention übertragbarer Krankheiten und spezifischer Gesundheitsprobleme (wie antimikrobielle Resistenzen, Impfung und Biosicherheit) soll zudem intensiviert werden.
- Stärkung der Rolle der EMA: EMA ist für die Bewertung, Zulassung und Überwachung von Arzneimitteln zur Behandlung der Patienten in der EU unverzichtbar. Während des COVID-19-Ausbruchs wurden die Zusammenarbeit mit Sachverständigen der Mitgliedstaaten und die Bewertung potenzieller Therapeutika und Vakzine durch befristete Sondermaßnahmen intensiviert, jedoch sollte die EMA per Verordnung folgende (erweiterte) Kompetenzen bekommen: Vorkommnisse, die in Krisen zu Arzneimittelengpässen führen könnten, sind dauerhaft zu beobachten; die Gefahr von tatsächlichen Versorgungsempässen bei Arzneimitteln und Medizinprodukten während einer Krise sollen zukünftig beobachtet und darüber Bericht erstattet werden; eine Schlüsselrolle bei der Entwicklung von Therapie oder Prävention einer Krankheit, die eine Krise im Bereich der öffentlichen Gesundheit auslöst, wäre vorzusehen; die wissenschaftliche Beratung zu den Protokollen klinischer Prüfungen müssten beschleunigt durchgeführt und die Daten aus klinischen Prüfungen und anderen Studien fortlaufend überprüft (*rolling review*) werden; Sachverständigengruppen für Medizinprodukte wären dauerhaft eine Plattform zu bieten. Durch diese Verordnung würde die EMA keine Regulierungsfunktion im Bereich Medizinprodukte erhalten.
- Intensivierung der Kooperationen und Schaffung tragfähiger Strukturen auf EU-Ebene zur wirksamen Bekämpfung von SARS-CoV-2.
- Ständige Durchführung gemeinsamer Risikobewertungen.

- Die Zusammenarbeit bei der Datenverknüpfung zu verstärken, um mehr an Informationen und bessere Ressourcen für die Planung von Vorsorge und Reaktion zu erhalten.

Die EU erkannte folgende Defizite bzw. Bedarfe:

- koordiniertere und bessere Abstimmungen in Hinblick auf Pandemiebekämpfung; eine EU-weite Notstandserklärung zur Gewährleistung von EU-Maßnahmen; eine *EU-Gesundheits-Taskforce* und permanente Schulung des Personals im Gesundheitswesen; bessere Orientierungshilfen der EU in Bezug auf gemeinsame Bewältigungsmaßnahmen und Durchführungszuständigkeiten.
- Genauere Daten zur Überwachung der epidemiologischen Lage nach dem neuesten Stand der Technik; Risikobewertung auf der Grundlage einheitlicher Daten.
- Gezielteres Testen und effiziente Kontaktnachverfolgung (*Contact Tracing*): eine neue Behörde für die Entwicklung und Beschaffung biomedizinischer Produkte und anderer Lösungen für gezielteres Testen und effizientere Kontaktnachverfolgung.
- Gezieltere Vorsorgeplanung, und zwar: harmonisierte Vorsorge- und Reaktionspläne auf EU-Ebene sowie auf nationaler und regionaler Ebene. Regelmäßige Audits und Stresstests der nationalen Vorsorgepläne sollen zudem durchgeführt werden.
- Versorgungssicherheit bei Arzneimitteln und Schutzausrüstungen: Überwachung der Versorgung mit Arzneimitteln und Medizinprodukten. Die neue Behörde für die Entwicklung und Beschaffung biomedizinischer Produkte sollte die rasche Deckung dringender Bedürfnisse in gesundheitlichen Notlagen sicherstellen.

Inzwischen hatten im Herbst 2020 die EU-Mitgliedstaaten von ihren unilateralen Maßnahmen Abstand genommen und waren zunehmend zur gegenseitigen Unterstützung übergegangen, und zwar

- durch die Aufnahme von COVID-19-Patienten aus ihren Nachbarländern;
- durch die Entsendung von Gesundheitsfachkräften und die
- Bereitstellung wichtiger medizinischer Ausrüstung.

Zusammenarbeit und Koordinierung waren schließlich auf EU-Ebene im Laufe der Zeit zur Regel geworden. Das Europäische Zentrum für die

Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) sowie die Europäische Arzneimittelagentur EMA hatten somit die fachliche Schlüsselrolle bei der Bekämpfung der Pandemie übernommen. ECDC hatte kontinuierlich Risikobewertungen und wissenschaftliche Leitlinien auf der Grundlage der epidemiologischen Ausbreitung des Virus bereitgestellt. EMA hatte ihre Prüfverfahren gestrafft, um effizientere Bewertungen von COVID-19-Impfstoffen oder -Behandlung zu ermöglichen. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hatte in ihrer Rede zur Lage der EU 2020 dazu aufgerufen, aus der COVID-19-Krise zu lernen und eine *Europäische Gesundheitsunion* zu schaffen: „*Eine Gefahr für unsere Gesundheit ist auch eine Gefahr für unsere Wirtschaft.*“ Von der Leyen führte weiter aus: „*Noch nie war deutlicher, wie eng die Rettung von Menschenleben und die Rettung von Existenzen zusammenhängen.*“ Ziel sei es deshalb, auch einen resilienteren Binnenmarkt zu schaffen und eine nachhaltigere wirtschaftliche Erholung durch eine *Gesundheitsunion* zu gewährleisten. Es gilt, einen „*systemischen, vorausschauenden Ansatz, bei dem die Wechselwirkungen zwischen der Gesundheit von Mensch und Tier und der Umwelt berücksichtigt werden, um strukturelle, zukunftsichere Lösungen zu entwickeln, die mit einem Konzept ‚Eine Gesundheit‘ vereinbar sind*“, zu schaffen. Artikel 168 Absatz 5 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV) hat zum Ziel, den EU-Rahmen für grenzüberschreitende Gesundheitsgefahren zu modernisieren. Das Paket würde die Grenzen des AEUV nicht überschreiten, es würde sich sowohl auf Artikel 168 AEUV über die öffentliche Gesundheit als auch auf Artikel 114 AEUV über den Binnenmarkt beziehen. Die Verordnung über schwerwiegende grenzüberschreitende Gesundheitsgefahren beruht auf Artikel 168 Absatz 5 AEUV.

Die EU-Bürgerbeauftragte Emily O'Reilly hatte gegen die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, ermittelt – „wegen deren *intransparenten Bestellungen von COVID-Impfstoff*“, jedoch im Jahr 2022 ihre Untersuchung „*resigniert eingestellt*.“⁷⁴⁶ In einem Sondergutachten hatte der Europäische Rechnungshof kritisiert, dass man nur spekulieren könne, wieviel die EU für welche Medikamente ausgegeben hatte. Der Rechnungshof hatte keinen Einblick in die Bestellverträge bekommen, Kommissionspräsidentin von der Leyen hatte offenbar Details der Bestellungen mit *Pfizer*-Chef Albert Bourla direkt per Textnachricht

⁷⁴⁶ Werner Mussler, Was hat die EU-Impfkampagne gekostet?; in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 15.07.2023, S. 22.

ausgetauscht.⁷⁴⁷ Seitens des Europäischen Parlaments hatten Abgeordnete der Grünen vor dem Europäischen Gerichtshof geklagt, sie forderten einen lückenlosen Zugang zu den Verträgen mit den Vakzinherstellern. Seit Herbst 2022 ermittelt die Europäische Staatsanwaltschaft „zum Erwerb von Covid-Impfstoffen in der Europäischen Union“.⁷⁴⁸ Die Vakzinbestellungen könnten demnach also strafrechtlich relevant werden. Im Abschlussbericht eines Sonderausschusses des Europäischen Parlaments zu den Lehren aus der COVID-19-Pandemie, der Mitte Juli 2023 verabschiedet wurde, hieß es dazu schlicht: die Impfstoffbeschaffung sowie deren Finanzierung solle künftig transparenter gemacht werden. Kommissionspräsidentin Von der Leyen blieb dem Europäischen Parlament eine Rechenschaft über die Lieferverträge – insbesondere in Hinblick auf den mit 1,8 Milliarden Euro dotierten dritten Liefervertrag mit *Pfizer* vom Mai 2021 – weitgehend schuldig. So bleibt weiterhin offen, wie viel der Impfstoff tatsächlich gekostet hatte.⁷⁴⁹ Dem Europäischen Parlament war es nicht gestattet, die Verträge vertraulich in vollem Umfang einzusehen. Der Europäische Rechnungshof schätzte in seinem Bericht vom September 2022, die EU habe COVID-19-Impfstoff im Wert von 71 Milliarden Euro bestellt: „Das ist freilich eine gegriffene Zahl. Sie beruht auf der Schätzung, dass die zwischen August 2020 und November 2021 bei verschiedenen Herstellern bestellten 4,6 Milliarden Impfstoffdosen im gewichteten Mittel 15 Euro je Dosis kosteten.“⁷⁵⁰ Ob das tatsächlich zutrifft, bleibt nach wie vor unklar. Die Gebühr bei der Abbestellung lag bei etwa 10 Euro pro Dosis – so Recherchen der britischen *Financial Times*. Stornogebühren verursachten somit Kosten in Milliardenhöhe. Die Lieferverträge wurden wie alle anderen Verträge ebenso in Kenntnis und mit Beteiligung der EU-Mitgliedstaaten abgeschlossen und auch unterschrieben. Die Europäische Kommission hatte damals im Namen aller EU-Mitgliedstaaten verhandelt und bereitgestellt, ansonsten hätten nur wenige EU-Mitgliedstaaten frühzeitig Impfstoff bekommen.⁷⁵¹ Seitens der EU-Mitgliedstaaten wurde als Folge von „Unterschätzungen des Ausmaßes der Pandemie“ zu spät reagiert, die EU im Zusammenwirken mit der Europäischen Investitionsbank (EIB), dem Europäischen

⁷⁴⁷ Ebenda.

⁷⁴⁸ Ebenda.

⁷⁴⁹ Ebenda.

⁷⁵⁰ Mit 2,4 Milliarden Impfstoffdosen kamen von BioNTech/Pfizer mehr als die Hälfte der Vakzine damals für die EU. Aus: Werner Mussler, Was hat die EU-Impfkampagne gekostet?; in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 15.07.2023, S. 22.

⁷⁵¹ Werner Mussler, Was hat die EU-Impfkampagne gekostet?; in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 15.07.2023, S. 22.

Stabilisierungsmechanismus (ESM), der Europäischen Zentralbank (EZB) und der Europäischen Kommission war jedoch imstande, „nach einigen Wochen einzelstaatlicher Maßnahmen dann einen gangbaren und sinnvollen Ausweg aus der Krise aufzuzeigen. Es wurden einmalige Hilfsmaßnahmen in wahrscheinlich historischem und bis dahin unvorstellbarem Ausmaß von Milliardenbeträgen als Kredite und Zuschüsse vereinbart.“⁷⁵² Erstmals in der Geschichte der EU wurde dabei „eine erhebliche Verschuldung der EU auf Kosten mindestens einer Generation, wenn nicht der nächsten Generationen (!) in Kauf genommen.“⁷⁵³

Lessons identified – Lessons learned: Beispiele aus unterschiedlichen Staaten

Andreas Bergthaler, Virologe an der Medizinischen Universität Wien, führte aus, dass es Ende Januar 2020 für die „ausgewiesenen Experten alles andere als klar (war), dass sich das neu entdeckte Virus zu einer Pandemie entwickeln würde.“⁷⁵⁴ Die Bedrohlichkeit, die von SARS-CoV-2 ausging, rührte insbesondere „daher, dass es sich dabei um einen Erreger handelt, den wir noch nicht kennen. Wir haben weder ein Medikament noch einen Impfstoff dagegen. Mit den Worten des Militärs ausgedrückt: Wir haben zum jetzigen Zeitpunkt noch keine geeignete ‚Waffe‘ gegen dieses Virus.“⁷⁵⁵

Tomas Pueyo, Stanford-Absolvent und Datenanalytiker, beschrieb die Coronastrategie zahlreicher Länder nach dem Modell „*The Hammer and the Dance*“: strikte Lockdowns (genannt „*Hammer*“) gefolgt von Phasen der Lockerungen (also „*Dance*“). Der „*Hammer*“ war somit Werkzeug für die Anfangsphase der Pandemie – durch die rasante Ausbreitung von SARS-CoV-2 wurde diese Strategie aufgrund der Tatsache, dass man über den

⁷⁵² Michael Gehler, „Die EU von heute ist bestenfalls eine imperial Halbmacht“, Interview, in: Michael Gehler, Deborah Cuccia, Jakob Iser, Philipp Strobl (Hrsg.), *Geschichte Europas. Seine Desintegration und Integration schreiben; Vorläufer, Perzeptionen und Perspektiven der europäischen Idee*, Teilband 1, Universitätsverlag Hildesheim, Georg Olms Verlag, Hildesheim-Zürich-New York 2023, S. 578-635, hier S. 624f.

⁷⁵³ Ebenda, hier S. 624f.

⁷⁵⁴ Sabrina Glas, „Das Virus hat seinen Schrecken verloren“, in: *Salzburger Nachrichten*, 25.02.2023, S. 18.

⁷⁵⁵ Militär Aktuell, „Wir haben noch keine ‚Waffe‘ gegen das Virus“, Interview mit Brigadier Sylvia Sperandio, Leiterin des militärischen Gesundheitswesens des Bundesheeres, *Corona Spezial*, in: *Militär Aktuell*, Ausgabe 2/2020, S. 20-21, hier S. 20.

Virus wenig wusste, angewendet. Der „*Hammer*“ war zunächst der Weg, um die Infektionswelle zu reduzieren: „*Um besser zu verstehen, wie wir Corona bekämpfen können und um uns Zeit zu verschaffen*“, so Pueyo, der auch Regierungen im Coronamanagement beraten hatte: „*Sobald das erledigt war, wäre es an der Zeit gewesen, zu tanzen. Aber Europa hat nie tanzen gelernt. In der Phase des Tanzes ist das Contact Tracing ein wesentlicher Faktor. Darauf hat Europa vergessen.*“⁷⁵⁶ Der Tenor lautete, so viel wie möglich zu testen, um Infizierte und deren Kontakte zu erfassen. In der EU wurde zwar getestet, das *Contact Tracing* funktionierte jedoch nicht. Kontakte wurden selten nachverfolgt, so war nicht bekannt, wer infiziert war: „*Länder, die das Contact Tracing gut hinbekommen haben, haben auch die Pandemie besser gemanagt.*“, so Pueyo. Australien, Japan, Neuseeland, Südkorea und Island waren zu Beginn wie viele andere Länder gut mit der Bewältigung der Pandemie zurechtgekommen, dann kamen die Mutationen: die Länder insgesamt waren nicht darauf vorbereitet. Der Fokus wurde nach Erhalt der Impfstoffe auf das Impfen gesetzt.⁷⁵⁷ Regionalen Ansätzen wurde der Vorzug gegeben, auch im Sinne eines „*Ampel-Systems*“. So mussten beispielsweise in Bayern in November 2021 Landkreise mit einer Inzidenz von über 1000 Bewohner wie das Berchtesgadener Land, Rottal-Inn und Traunstein in den Lockdown, für drei Wochen wurden in den betroffenen Landkreisen alle Klubs und Nachtlokale geschlossen. Restaurants, Hotels, Sport- und Kulturstätten, Schulen und Kitas blieben dort geöffnet, Weihnachtsmärkte wurden verboten, so Bayerns Ministerpräsident Markus Söder am 19. November 2021. Bayern war damals an diesem Tag jenes Bundesland mit der höchsten Sieben-Tages-Inzidenz von 625 Infektionen pro 100.000 Einwohner. Aus Sicht von Lothar Wieler, dem Leiter des Robert-Koch-Instituts (RKI), war damals ganz Deutschland ein einziger Corona-Ausbruch.⁷⁵⁸ In Vorarlberg wurden am 27. April 2021 die Coronamaßnahmen verschärft. Nach dem weiteren Ansteigen der Infektionszahlen wurde an bestimmten öffentlichen Orten eine Test- und Maskenpflicht eingeführt. Außerdem wurden die Oberstufen auf *Distance Learning* umgestellt, die Ausreisetestpflicht für den Bregenzerwald verlängert.⁷⁵⁹ Vorarlberg zeigte sich damals als das Bundesland mit der höchsten Sieben-Tages-Inzidenz in Österreich. In Salzburg war zum Beispiel St. Koloman – eine 1800-Einwohner-Gemeinde

⁷⁵⁶ Valerie Krb, „Europa hat nie gelernt zu tanzen“, in: *Kurier*, 29.08.2021, S. 7.

⁷⁵⁷ Ebenda.

⁷⁵⁸ Salzburger Nachrichten, Bayern verschärft Coronaregeln, in: *Salzburger Nachrichten*, 20.11.2021, S. 8.

⁷⁵⁹ Die Presse, Schärfere Maßnahmen in Teilen Vorarlbergs, in: *Die Presse*, 26.04.2021, S. 3.

– der erste Ort, über den Ausreisekontrollen verhängt wurden. Im Oktober 2021 betrug dort die Inzidenz 1100.⁷⁶⁰ Die Bevölkerung an sich wurde immer ungeduldiger, folglich sollten lokale Lockdowns Entlastungen bringen.⁷⁶¹

Neuseeland befand sich schon geografisch in einer abgeschlossenen Lage, die Erfolgsstrategie zur Überwindung der Pandemie seitens der Regierung in Wellington lautete:

- geschlossene Außengrenzen;
- ein Quarantänesystem, um den «Import» von COVID-19 zu verhindern;
- stringente Tests;
- flächendeckende Kontaktverfolgung;
- im Fall einer Neuinfektion wurden Blitz-Lockdowns von großen Städten wie Auckland durchgeführt, um die Ausbreitung des Virus schnell und effizient zu unterbinden.⁷⁶²

In Neuseeland und in Australien galt die Devise „*Hit early, hit hard*“ – also konsequente und rigorose Lockdowns bereits bei ersten Anzeichen. „*Keine Kompromisse*“ – auch China ging diesen Weg.⁷⁶³ In Neuseeland wurden offiziell bis Mitte August 2021 über 2900 Fälle an COVID-19 registriert, es gab 26 Coronatote seit Beginn der Pandemie. Die Grenzschießungen hätten dabei als eine Art „*kollektive Rüstung*“ gedient, so Neuseelands damalige Premierministerin Jacinda Ardern am 12. August 2021. Durch die Impfungen erhielten die Neuseeländer eine „*individuelle Rüstung*“, wodurch die Landesgrenzen wieder geöffnet werden konnten, so Ardern.⁷⁶⁴

An der Impfpflicht schieden sich die Geister: während Italien, Portugal und Spanien im April 2021 eine Impfpflicht für Gesundheitspersonal und auch für Veterinärmediziner und Apotheker eingeführt hatten, hielten die meisten Regierungen in der EU davor Abstand. In Österreich gab es anfangs zwar

⁷⁶⁰ Claudia Lagler, Die Pannen entlang des Salzburger Weges, in: *Salzburger Nachrichten*, 15.11.2021, S. 2.

⁷⁶¹ Hans Bürger, Günther Mayr, Knock down. Menschheit auf dem Prüfstand, Verlag Braumüller, Wien 2021, S. 73.

⁷⁶² Barbara Barkhausen, Neuseeland will vorsichtig öffnen, in: *Salzburger Nachrichten*, 13.08.2021, S. 7.

⁷⁶³ Hans Bürger, Günther Mayr, Knock down. Menschheit auf dem Prüfstand, Verlag Braumüller, Wien 2021, S. 73.

⁷⁶⁴ Barbara Barkhausen, Neuseeland will vorsichtig öffnen, in: *Salzburger Nachrichten*, 13.08.2021, S. 7.

Bestrebungen, die Impfpflicht als erstes EU-Land generell einzuführen, die Impfquote war jedoch zu niedrig. Im November 2021 wurde wieder eine Ausgangssperre eingeführt für drei Wochen, das Wohnumfeld durfte wieder nur noch aus wenigen Gründen verlassen werden: Arbeit, Arzt, Impfen. Es galt der Zwei-Meter-Mindestabstand zu anderen Personen. In der Schule ersuchte die Politik, sofern möglich, Kinder zu Hause zu lassen, vor allem in Regionen mit hohen Inzidenzen. Grundsätzlich blieben die Schulen aber offen. Im Handel hatten nur Geschäfte des täglichen Bedarfs geöffnet – Supermärkte, Drogerien, Apotheken, Postämter und Telekom-Geschäfte.⁷⁶⁵ Ursprünglich für Ostern in Österreich geplante Öffnungen der Außenbereiche von Restaurants (*Schanigärten*) wurden abgesagt.⁷⁶⁶ Gesundheitsminister Anschöber meinte dazu resignierend: „*Was glauben Sie, was ich mache? Ich dränge, ich drücke, ich fordere, doch ein Gesundheitsminister ist manchmal allein auf weiter Flur.*“⁷⁶⁷ Der „*Ostgipfel*“ (Wien, Niederösterreich, Burgenland) brachte dann die von Anschöber verlangten Verschärfungen: von Gründonnerstag (1. April) bis Dienstag nach Ostern (6. April) sollte im Osten Österreichs eine Osterruhe gelten, für die alle Läden außer Supermärkte und Apotheken ebenso schließen mussten wie Friseure, Massagesalons oder Kosmetikinstitute. Rund um die Uhr gab es Ausgangsbeschränkungen, jedoch war Sport oder Erholung im Freien erlaubt. Schulen stellten den ohnehin reduzierten Präsenzunterricht ein. Am 29. März 2021 verkündete Wiens Bürgermeister Ludwig, die „*Osterruhe*“ bis 11. April 2021 zu verlängern. Die Intensivstationen in Wien waren damals seit Tagen überlastet, Ärzte berichteten von Triage-Entscheidungen. Die Sieben-Tages-Inzidenz lag bei allen Bundesländern außer in Vorarlberg bei über 200, bei einem derartigen Wert „*müssten die Alarmglocken schrillen*“, so Bundeskanzler Kurz Anfang Februar 2021. Im Osten Österreichs war damals die britische Variante vorherrschend – zu über 90 Prozent. Die Lage in Ungarn und der Tschechischen Republik war damals deutlich schlechter.⁷⁶⁸ Die Wirtschaftshilfe lief in Österreich bis Juni 2022 weiter, die EU gab grünes Licht dafür. FFP2-Maskenpflicht galt in allen Innenräumen

⁷⁶⁵ Kurier, Politik beschliesst, zu Hause zu bleiben, in: *Kurier*, 20.11.2021, S. 1.

⁷⁶⁶ Meret Baumann, Julia Mann, Ulrich von Schwerin, Andrea Spalinger, In Berlin herrscht Chaos, in Rom Disziplin, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 29.03.2021, S. 2.

⁷⁶⁷ Ebenda.

⁷⁶⁸ Meret Baumann, Julia Mann, Ulrich von Schwerin, Andrea Spalinger, In Berlin herrscht Chaos, in Rom Disziplin, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 29.03.2021, S. 2.

(ausgenommen in privaten), auch in Volksschulen und Unterstufen musste stets Mund-Nasen-Schutz getragen werden.⁷⁶⁹

In der Schweiz erlebte die Bevölkerung „eine Enttäuschung nach der anderen“.⁷⁷⁰ Die Strategie des Bundesrates war auf Virenkontrolle fokussiert, wirtschaftliche und soziale Aspekte wurden vernachlässigt. Es bestand die Sorge, dass die Kurzarbeitslosen zu Langzeitarbeitslosen werden könnten, die Zahl der Stellensuchenden war um 40 Prozent gestiegen. Um die Virenkontrolle selbst stand es Anfang Februar 2021 bedenklich:

*„In einem Land, das exakt weiss, wie hoch der Milchkuhbestand im September 2020 war, fehlen elf Monate nach Pandemiebeginn noch immer wesentliche Covid-19-Daten. Das Contact Tracing funktioniert mangelhaft. Es wird zu wenig sequenziert und noch immer viel zu wenig getestet. Nicht einmal die Experten wissen, wo sich die Menschen überhaupt anstecken. Dennoch bleiben Restaurants und Geschäfte geschlossen. Für private Besuche gilt die Fünfer-Regel.“*⁷⁷¹

Es schien, als ob der Bundesrat nach Bauchgefühl agierte: „Die geschlossenen Betriebe brauchen Planungs- und Rechtssicherheit“.⁷⁷² Die Schweizer Parteien SVP und FDP forderten nach einer Exitstrategie, auch der Präsident des Gewerkschaftsbundes Pierre-Yves Maillard meinte, die Bevölkerung brauche eine Perspektive: „Er weiss: Wenn der Bundesrat nicht bald einen Marschplan vorlegen kann, wird er die Unterstützung der Schweizerinnen und Schweizer verlieren.“⁷⁷³ Es fehlte demnach die Aussicht auf Besserung, deshalb zeigten sich viele Menschen „resigniert und deprimiert“.⁷⁷⁴ In der Schweiz kam die Impfkampagne nur „stotternd in Gang“ und verspätete sich. Das Contact Tracing war „nie richtig angelaufen“.⁷⁷⁵ Die Kantone, die dafür verantwortlich waren, hatten es nicht geschafft, „sich auf ein System zu einigen. Lieber bastelten

⁷⁶⁹ Kurier, Politik beschliesst, zu Hause zu bleiben, in: *Kurier*, 20.11.2021, S. 1.

⁷⁷⁰ Christina Neuhaus, Wo bitte geht es zum Ausstieg, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 5.02.2021, S. 15.

⁷⁷¹ Ebenda.

⁷⁷² Ebenda.

⁷⁷³ Ebenda.

⁷⁷⁴ Larissa Rhy und Christof Forster, Bundesrat schweigt zu Corona-Ausstieg, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 5.02.2021, S. 1.

⁷⁷⁵ Ebenda.

sie an eigene Lösungen“⁷⁷⁶. Das großangelegte Testen begann nur, „*weil der Kanton Graubünden steinbockstur darauf hingewirkt hat.*“⁷⁷⁶

Der ehemalige Chefberater des damaligen britischen Premierministers Johnson, Dominic Cummings, schied im November 2020 im Streit aus dem Kabinett von Johnson, und meinte über das britische Krisenmanagement zur Coronakrise: „*Als die Öffentlichkeit uns am meisten brauchte, hat die Regierung am meisten versagt.*“ Er führte weiter aus: „*Führende Minister, Beamte und Berater wie ich blieben katastrophal hinter jenen Standards zurück, die das Volk in einer solchen Krise von uns erwarten durfte.*“⁷⁷⁷ Ausdrücklich entschuldigte sich Cummings dafür, dass nicht früher gehandelt wurde, „*dann wären möglicherweise viele Menschen noch am Leben.*“⁷⁷⁸ Die Regierung von Premierminister Johnson hatte das Coronavirus zuerst unterschätzt, dann nicht ernst genommen und schließlich auf die falsche Taktik gesetzt. Als erste Berichte über das Virus die Runde machten, war Johnson zwei Wochen auf Urlaub gegangen. „*Nicht sehr viel Zeit*“ war damals für die Bekämpfung des Krankheitserregers aufgewendet worden. Als sich die Fälle häuften, wurde die Gefahr völlig falsch eingeschätzt. Johnson hatte SARS-Cov-2 mit der Schweinegrippe verglichen und den Vorschlag gemacht: „*Ich lasse mir im Fernsehen live das Virus infizieren, damit jeder sehen kann, dass es keinen Grund zur Sorge gibt.*“⁷⁷⁹ Die britische Regierung setzte im März 2020 auf Herdenimmunität: „*Wir dachten, die Krankheit würde sich ausbreiten, es werde im Jahr 2020 keinen Impfstoff geben und es wird einen Gipfelpunkt der Opferzahlen geben.*“⁷⁸⁰ Für diese Strategie waren zwei Überlegungen ausschlaggebend: das Gesundheitssystem sei eine rauchende Ruine gewesen und in keiner Form in der Lage, mit einer Pandemie zurecht zu kommen. Johnson hatte zudem bis in den März 2020 größere Sorgen um die wirtschaftlichen als die gesundheitlichen Folgen der Coronakrise gehabt: „*Er sagte, die wahre Gefahr ist nicht die Krankheit, sondern die wirtschaftliche Zerstörung.*“ Johnson: „*Chaos ist nicht schlecht. Es bedeutet, dass alle sich nach mir richten müssen, um zu wissen, wer das letzte Wort hat.*“ Erst als man sich bewusst wurde, dass man auf ein Szenario einer nicht mehr einschätzbaren Zahl von Opfern zusteuerte, wurde ein Kurswechsel vollzogen: „*Wir rechneten mit einem*

⁷⁷⁶ Christina Neuhaus, Nächste Station: Mittelmass, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 6.04.2021, S. 15.

⁷⁷⁷ Gabriel Rath, Generalabrechnung mit Boris Johnsons Corona-Chaos, in: *Die Presse*, 27.05.2021, S. 5.

⁷⁷⁸ Ebenda.

⁷⁷⁹ Ebenda.

⁷⁸⁰ Ebenda.

Punkt, an dem wir die Toten nicht mehr würdig begraben können.“ Mitte März 2020 wurde erkannt, dass man einen Plan B brauche: *„Wen werden wir nicht retten?“*, steht auf einer Tafel, die Cummings fotografierte. Die Beamten des Gesundheitsressorts hatten am 12. März 2020 *„den Alarm ausgelöst“* und einschneidende Maßnahmen gefordert. Doch erst am 23. März 2020 sprach Johnson zur Nation und verkündete den ersten Lockdown. Zwei weitere sollten folgen. Fast 130.000 Menschen starben allein im Vereinigten Königreich nach offiziellen Angaben. Gesundheitsminister Matthew Hancock bezichtigte Cummings der Lüge: *„Er hat dem Kabinett offen die Unwahrheit gesagt“*. Die Regierungszentrale in der Downing Street *„sei völlig funktionsunfähig gewesen.“*⁷⁸¹ Im Vereinigten Königreich half wegen Personalmangel durch die Omikron-Welle seit 7. Januar 2022 in London die Armee in Spitälern aus (200 Militäranghörige für zwei Wochen). Landesweit waren Militäranghörige im Einsatz, um Behörden bei der Bewältigung der Coronapandemie zu unterstützen.⁷⁸²

In Schweden wurde die Corona-Politik über Monate von der Gesundheitsbehörde *Folkhälsomyndigheten* (FHM) bestimmt. Die Regierung selbst trat mit eigenen Initiativen erst ab Spätherbst 2020 in Erscheinung, als sie im Zuge der zweiten Welle unter massivem Druck geriet und irreparabler politischer Schaden zu erkennen war. Der klare Vorrang der schwedischen Gesundheitsbehörde – einer Institution ohne politische Verantwortung – bei der Gestaltung der Corona-Strategie hatte bewirkt, dass eine kontroverse Diskussion möglicher Maßnahmen in der Öffentlichkeit weitgehend ausgeblieben war. Die FHM war von der Richtigkeit ihres Ansatzes überzeugt. Widerspruch von der Regierung gab es kaum. Auch die Opposition hielt sich bis Sommer 2020 zurück. In der Anfangsphase der Coronakrise war dieses Modell nachvollziehbar, zumal dieses Modell der Freiwilligkeit und Selbstverantwortung des Einzelnen zunächst zu funktionieren schien. Eine produktive gesellschaftliche Streitkultur, die es in Schweden ohnehin nur in Maßen gibt, bildete sich damit nicht heraus. Bis heute haben weder FHM noch Regierung grundsätzliche Mängel an ihrer Strategie eingeräumt, abgesehen von einem gewissen Versagen beim Schutz

⁷⁸¹ Ebenda.

⁷⁸² Neue Zürcher Zeitung, Coronavirus weltweit: Beginn der Impfpflicht in Österreich wird wohl verschoben, philippinischer Präsident bläst zur Jagd auf Ungeimpfte, <https://www.nzz.ch>, 7.01.2022 13.45 Uhr.

der Senioren.⁷⁸³ Jedoch war die Gelassenheit des schwedischen Sonderwegs Ende November 2020 bereits obsolet, der damalige Premierminister Stefan Löfven stimmte sein Land auf einen harten Winter ein. Prinz Carl Philipp und seine Frau Prinzessin Sofia hatten sich bereits damals mit SARS-CoV-2 angesteckt. Mit ihren Kindern hatten sie sich am 25. November 2020 in häusliche Quarantäne begeben. Im Anschluss war erst in der Quarantänezeit die Coronainfektion festgestellt worden. Premierminister Löfven appellierte an seine Landsleute: „*Gebt nicht ins Fitnessstudio, nicht in die Bibliothek, verabredet euch nicht zum Essen, macht keine Partys.*“⁷⁸⁴

In Portugal wurde die Impfkampagne in die Hände des Militärs, genaugenommen eines Marineoffiziers, gelegt. Die portugiesische Armee hatte 1974 in der Nelkenrevolution der Diktatur ein Ende gesetzt. Erst nach der Revolution wurde in Portugal ein staatliches Gesundheitssystem eingeführt. Die Kindersterblichkeit war damals sehr hoch, viele Eltern verloren Töchter und Söhne durch Masern oder andere Krankheiten. Die Einführung von Impfungen empfanden viele Menschen dadurch als Segen, es gab in Portugal kaum Zweifler. Deshalb wurden die Impfungen gegen COVID-19 „*generalstabsmäßig*“ organisiert: „*Niemand musste sich um einen Termin bemühen, zuständige Teams riefen an und ermutigten dazu. Wenig Impfskeptiker, dafür große Solidarität – so ließe sich der Weg Portugals zusammenfassen.*“⁷⁸⁵ Zudem fiel die Maskenpflicht mit Anfang Oktober 2021, viele Menschen trugen jedoch die Maske weiterhin im Freien. Die Impfbereitschaft war in Portugal nach dem „*Trauma der ersten Welle*“⁷⁸⁶ äußerst hoch. Anfang 2021 meldete Portugal noch eine der höchsten Sterblichkeitsraten der Welt.⁷⁸⁷

In Israel war die Impfbereitschaft ebenso sehr hoch, der Epidemiologe Gabi Barbash war überzeugt: „*Der Booster hat Israel gerettet*“. Die vierte Welle war in Israel Mitte November 2021 vorbei. Bis zu diesem Zeitpunkt war die dritte Spritze des Vakzins von *BioNTech/Pfizer* mehr als 4,25 Millionen Mal verabreicht worden, somit hatten diese damals 45 Prozent der Bevölkerung erhalten. Bei den Über-60-Jährigen lag die Quote der

⁷⁸³ Rudolf Hermann, Das Coronavirus rafft die nordische Harmonie dahin, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 18.03.2021, S. 2.

⁷⁸⁴ Gudrun Doring, Corona erreicht schwedisches Königshaus, in: *Salzburger Nachrichten*, 28.11.2020, S. 8.

⁷⁸⁵ Gudrun Doring, Die Zuversicht kehrt nach Lissabon zurück, in: *Salzburger Nachrichten*, 18.11.2021, S. 1.

⁷⁸⁶ Ebenda.

⁷⁸⁷ Ebenda.

Auffrischungsimpfungen bei rund 80 Prozent, begonnen hatte in Israel die Aktion im August 2021 – bei letzterer Altersgruppe. Die Regierung des damaligen Premierministers Naftali Bennett verfolgte die Impfkampagne konsequent. Noch im September 2021 verzeichnete Israel ein Hoch mit mehr als 10.000 neuen Coronafällen.⁷⁸⁸

In Deutschland kritisierten bereits vor Ausbruch der COVID-19-Pandemie Virologen, dass eine Struktur zur Sequenzierung von Viren fehlte – erst Anfang 2021 nahm die Politik das Problem ernst. Bemühungen um eine systematische molekulare Überwachung sollten in Deutschland dringend verstärkt werden. Damit war gemeint, dass die Gesundheitsämter und auch das Robert-Koch-Institut (RKI) keine Systematik sowie keine Laborstrukturen aufgebaut hatten, die es erlaubten, Mutationen des SARS-CoV-2-Virus sicher aufzuspüren. Das führte schließlich dazu, dass Virologen bei der Bewertung der Ausbreitung der britischen Mutation lediglich über eine dünne Datengrundlage verfügten, was die Genomsequenzierung betraf. Zur Beurteilung, ob Lockdowns verlängert werden sollten, ob Schulen öffnen könnten, ob der Einzelhandel wieder Produkte verkaufen könnte, war es wichtig, zu wissen, welche Virusvariante sich gerade mit welcher Geschwindigkeit ausbreitete. In Deutschland fehlte also eine molekulare Überwachung des Coronavirus, mit der Mutationen entdeckt werden konnten. Zudem gab es keine Strategie, nach welcher Systematik Proben erhoben und analysiert werden sollten.⁷⁸⁹ „Die Idee der sogenannten Osterruhe war ein Fehler. Es war einzig und allein mein Fehler. Für die entstandene Verunsicherung bitte ich die Bürger um Verzeihung“, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel am 24. März 2021.⁷⁹⁰ Es durfte also gearbeitet und eingekauft werden. Ein fünftägiger harter Lockdown hätte eine dritte Welle brechen sollen, die aufgrund der Virusmutation gefährlicher und tödlicher verlief, so Merkel. Die Sieben-Tages-Inzidenz lag in Deutschland damals jedoch bei rund 124 Neuinfektionen pro 100.000 Einwohner, ähnlich wie in der Schweiz. Beide Ländern standen diesbezüglich jedoch besser da als Italien, Frankreich oder Österreich. Die Impfkampagne verlief auch in Deutschland schleppend:

⁷⁸⁸ Sabine Brandes, „Der Booster hat Israel gerettet“, in: *Salzburger Nachrichten*, 18.11.2021, S. 6.

⁷⁸⁹ Heike Schmoll, Rüdiger Soldt, Timo Steppat, Auf der Suche nach Corona und seinen engen Verwandten, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 13.01.2021, S. 3.

⁷⁹⁰ Meret Baumann, Julia Mann, Ulrich von Schwerin, Andrea Spalinger, In Berlin herrscht Chaos, in Rom Disziplin, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 29.03.2021, S. 2.

Politik und Wissenschaft waren sich einig, dass Kontakte reduziert werden sollten, die Umsetzung blieb jedoch uneinheitlich. Viele Regelungen in der Pandemiebekämpfung lagen in der Verantwortung der Bundesländer. Bis 18. April 2021 galt in Deutschland bundesweit ein Lockdown, Hotels durften nur Geschäftsreisende beherbergen. Auf nicht zwingende Reisen ins In- und Ausland sollte verzichtet werden. Neu galt für Flugreisende bei der Rückkehr aus dem Ausland eine Testpflicht vor dem Abflug. In Landkreisen, in denen die Sieben-Tages-Inzidenz dreimal aufeinanderfolgend über 100 lag, konnten zusätzliche Maßnahmen verordnet werden. Regional konnte es dann zu Ausgangsbeschränkungen, verschärften Kontaktbeschränkungen und einer allgemeinen Maskenpflicht kommen.⁷⁹¹

In Frankreich hatte Präsident Emmanuel Macron seit dem Ende des damals letzten „*confinement*“ Mitte Dezember 2020 versprochen, dass es zu einem weiteren derartigen Lockdown nicht mehr kommen werde. Doch angesichts der damals rapide angestiegenen Infektionszahlen und der Auslastung der Spitäler im Großraum Paris, der Region um Nizza sowie im Norden Frankreichs sah sich die französische Regierung gezwungen, neue Einschränkungen für die am stärksten betroffenen Regionen zu verhängen. Seit 20. März 2021 galten in den Regionen Île-de-France und Hauts-de-France in den Départements Eure, Seine-Maritime und Alpes-Maritimes neuen Regeln. Die 21 Millionen Einwohner der 16 betroffenen Départements konnten sich nach Belieben an der frischen Luft bewegen, jedoch durften sie sich dabei nicht weiter als zehn Kilometer von ihrer Wohnung entfernen. Für Behördengänge, zum Schulbesuch und zum Einkaufen waren auch Fahrten bis zu 30 Kilometer innerhalb des Départements erlaubt.⁷⁹²

In Frankreich sorgte ein Formular, das Bürger im Zuge der Impfung ausfüllen sollten, für viel Spott: es war so kompliziert formuliert, dass es kaum jemand verstanden hatte.⁷⁹³

In Italien verhielt sich die Bevölkerung disziplinierter als anderswo in Europa, diese befolgte weitgehend die strikten Vorschriften. Der eigene Wohnort durfte nur verlassen werden, um einzukaufen, für Arztbesuche,

⁷⁹¹ Ebenda.

⁷⁹² Meret Baumann, Julia Mann, Ulrich von Schwerin, Andrea Spalinger, In Berlin herrscht Chaos, in Rom Disziplin, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 29.03.2021, S. 2.

⁷⁹³ Ebenda.

und wenn die Arbeit Präsenz erforderte. Alle Schulen blieben geschlossen. Nur Geschäfte mit lebensnotwendigen Gütern blieben geöffnet. Gründe dafür waren die ersten Ereignisse in Norditalien 2020 sowie ein transparentes Ampelsystem. 20 Regionen in Italien wurden in weiße, gelbe, orange und rote Zonen aufgeteilt. Entscheidend dabei war der Reproduktionsfaktor, also die Zahl der Personen, die ein Infizierter anstecken würde und die Zahl der Neuinfektionen. Die Kriterien waren streng: Bereits bei einem Reproduktionsfaktor von 1,25 oder 250 Neuinfektionen auf 100.000 Einwohner pro Woche wurde eine Region zur *roten Zone* und musste in den Voll-Lockdown.⁷⁹⁴ Unter der Vorgängerregierung geschah die Einteilung unregelmäßig und ohne Vorankündigung, was in der Bevölkerung für große Unsicherheit gesorgt hatte. Unter Ministerpräsident Mario Draghi wurde dann der Ablauf systematisiert. Beurteilt wurde die Gesamtlage jeden Freitag, alle zwei Wochen wurden die Zonen angepasst. Anfang 2021 konnten die Maßnahmen in vielen Regionen auf Stufe *Gelb* gelockert werden. Nach ein paar Wochen stieg die Infektionsrate jedoch wieder an – aufgrund der britischen Variante. Die Regierung beschloss deshalb, über die Osterfeiertage 2021 ganz Italien zur *roten Zone* zu erklären.⁷⁹⁵ In Italien wie auch in Spanien wurde zudem jeder verstorbene Mensch, bei dem das Virus nachgewiesen wurde, offiziell in das Register der Coronaopfer eingetragen.⁷⁹⁶ Italien selbst wurde in eine *gelbe*, in eine *orange* und in eine *rote Zone* aufgeteilt, je nach COVID-19-Risiko galten unterschiedliche strenge Lockdown-Bestimmungen. In den *roten Zonen* durften die Menschen nur in Ausnahmefällen ihre Häuser verlassen. Jedoch war auch dieses System kompliziert in der Anwendung, denn 21 Kriterien sollten die Farbe jeder Region bestimmen. Zuerst feilschten der Gesundheitsminister und die 20 Regionalpräsidenten um die Gewichtung der einzelnen Parameter. Dann lieferten die Regionen unvollständige, veraltete oder irreführende Zahlen. Es sollte eigentlich darum gehen, schnelle Entscheidungen auf solider Grundlage zu ermöglichen, die für die Öffentlichkeit nachvollziehbar waren. Doch es wurde mit bürokratischer Akribie ein allzu perfektes System geschaffen, das genau diesen Zweck nicht erfüllt hatte. Besser wäre es gewesen, sich auf zwei, maximal vier Kriterien abzustützen und vor allem auf neueste Zahlen, so Managementexperten und der Chefberater des Gesundheitsministers Roberto Speranza, Walter Ricciardi. Der

⁷⁹⁴ Ebenda.

⁷⁹⁵ Ebenda.

⁷⁹⁶ Karina Reiss, Sucharit Bhakdi, Corona Fehlalarm? Zahlen, Daten und Hintergründe, Goldegg Verlag, 10. Auflage, Berlin 2020, S. 18.

Regionalpräsident von Kampanien, Vincenzo De Luca, hatte im Oktober 2020 im Alleingang einen Lockdown für Kampanien angeordnet, er musste diesen jedoch zurücknehmen und forderte, man müsse ganz Italien schließen. In den Spitälern in Italien mangelte es aufgrund zunehmender Überlastungen an geeignetem Fachpersonal, besonders an Anästhesisten. Die Zahl der Intensivbetten wurden beinahe verdoppelt, von 6000 auf 11000.⁷⁹⁷

Seit Herbst 2020 waren die Regierungen in Prag und Bratislava „aus dem Tritt“ und verpassten es, die richtigen Massnahmen zu ergreifen. Relativ schwache Ministerpräsidenten mit starker populistischer Ader, Skandale, schwache unabhängige Medien sowie eine starke gesellschaftliche Polarisierung trugen zum Misstrauen der Bürger gegenüber der Politik bei. Mit vollmundigen Ankündigungen und anschließenden Rückziehern hatten der damalige tschechische Regierungschef Andrej Babis sowie der damalige slowakische Ministerpräsident Igor Matovič die allgemeine Skepsis weiter gefördert (am 28. März 2021 war dem slowakischen Ministerpräsidenten nach sechs Ministerrücktritten in der Kalenderwoche 22. bis 28. März nur noch der Rückzug aus der Politik geblieben, Nachfolger wurde der bisherige Finanzminister Eduard Heger).⁷⁹⁸

In der Slowakei musste Premier Igor Matovič die zweite Runde der Massentests verschieben. Es regierte das Chaos. Wenn Österreichs Gesundheitsminister Anshober die damals geplanten Massentests als „Lernprojekt“ bezeichnete, dann war die Slowakei das naheliegendste „Lernobjekt“, aus dessen Erfolgen und Fehlern sich ableiten ließ, was in Österreich sicherlich nicht gemacht werden sollte. Als überhaupt erster Staat führte die Slowakei am Allerheiligenwochenende 2020 Corona-Massentests durch. Formell war die Teilnahme zwar freiwillig, doch wer keinen negativen Test vorweisen konnte, durfte anschließend zwei Wochen nicht mehr zur Arbeit gehen. Deshalb unterzogen sich in der ersten von mehreren Testrunden 3,6 Millionen der 5,5 Millionen Einwohner einem Antigen-Schnelltest. In der eigenen Koalition in Bratislava bröckelte jedoch die Unterstützung für den in Meinungsumfragen abrutschenden

⁷⁹⁷ Andres Wysling, Italiens Lockdown führt zum Streit um Zonen, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 16.11.2020, S. 2.

⁷⁹⁸ Ivo Mijnsen, Der Regierungschef der Slowakei gibt auf, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 31.03.2021, S. 3.

Premierminister.⁷⁹⁹ Nach regierungsinternen Unstimmigkeiten kündigte Matovič an, die für das erste Dezemberwochenende 2020 geplanten Corona-Massentests auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Schuld daran wäre Wirtschaftsminister Richard Sulik, so der Regierungschef. Dieser hätte es demnach nicht geschafft, ausreichende Mengen an Schnelltests bis 2. Dezember 2020 zu beschaffen. Doch danach meldete sich der Bund der Städte und Gemeinden der Slowakei (ZMOS) zu Wort und verlangte, überhaupt keine solchen flächendeckenden Tests mehr durchzuführen. Stattdessen sollten sich Testaktionen auf besonders gefährdete Bevölkerungsgruppen konzentrieren. Die Gemeinden sollten nach Regierungsplänen die Hauptverantwortung für weitere Testdurchgänge an zwei bis drei Wochenenden vor Weihnachten tragen, sie klagten jedoch über organisatorische und finanzielle Überforderung. Sulik hielt das Experiment für Geldverschwendung, die Kapazitäten des Gesundheitssystems wurden zu stark belastet und hatten, am Aufwand gemessen, bisher viel zu wenig Nutzen gezeigt, lautete auch der Tenor der Kritiker. Gesundheitsbehörden meldeten zudem Tage zuvor, dass die Neuinfektionen zuletzt trotz Massentests wieder leicht anstiegen. Der Expertenvowurf lautete, dass die Schnelltests überhaupt völlig inkompetent vorgenommen worden waren. Slowakische Mediziner kritisierten die improvisierte Durchführung, die zu unzuverlässigen Ergebnissen geführt hatten. Aus Mangel an qualifiziertem Personal waren die Tests oft unsachgemäß durchgeführt worden. Von den über 50.000 positiv Getesteten wurde rund die Hälfte in Quarantäne geschickt, während andererseits Infizierte nicht entdeckt worden waren, hieß es in einer Strafanzeige eines Ärztesverbandes. Eine weitere Strafanzeige drohte, da der Auftrag zur Beschaffung von Millionen Tests ohne Ausschreibung an eine Firma aus der Heimatregion von Matovič vergeben worden war, die obendrein noch Steuerschulden aufgewiesen hatte – nach slowakischem Gesetz ein Ausschlussgrund von öffentlichen Aufträgen.⁸⁰⁰ Ausschlaggebend für die slowakische Testmüdigkeit war letztlich das Chaos: *„Regierung und mehrere Kommissionen und Krisenstäbe präsentieren täglich neue Pläne und Verordnungsentwürfe, die oft noch am selben Tag von einem anderen Gremium umgestoßen wurden. Für die größte Verwirrung sorgt meist Matovič, wenn er unausgegorene Vorhaben verkündet.“*⁸⁰¹ Matovič polarisierte zu stark, das war sein Hauptproblem. Er stellte seit seinem Amtsantritt wechselnde Sündenböcke

⁷⁹⁹ Christoph Thanei, Was in der Slowakei bei Massentests schiefläuft, in: *Die Presse*, 28.11.2020, S. 6.

⁸⁰⁰ Ebenda.

⁸⁰¹ Ebenda.

an den Pranger: „undisziplinierte Bürger“, „schlampig arbeitende Mitarbeiter des Gesundheitswesens“, „Koalitionspartner“, die „Präsidentin“, liberale Medien, „die mit ihrem permanenten Schlehtreden den Zusammenhalt zwischen Bevölkerung und Regierung untergraben“ und die von ihm als „Klugscheißer“ titulierten Experten, die seine Vorhersagen und Strategien nicht glauben würden. Staatspräsidentin Zuzana Čaputová meinte dazu: „Alle Welt beschäftigt sich mit der Pandemie, nur wir befassen uns vor allem mit den Stimmungslagen unseres Präsidenten.“⁸⁰² Im Februar 2021 geriet in der Slowakei die Lage außer Kontrolle, als das Land mehrere Wochen einen traurigen internationalen Spitzenplatz bei den neuen COVID-19-Todesfällen innehatte. Auf die Probleme der EU mit der Impfstoffbeschaffung reagierte Matovič erneut eigenmächtig und beschaffte das russische Vakzin *Sputnik V* und forderte dazu eine nationale Notfallzulassung. Zuvor hatte die Regierung genau dies abgelehnt. Dieser Alleingang spaltete die vier Regierungsparteien, unter Druck seiner Partei musste Matovič Mitte März 2021 den Gesundheitsminister opfern, einen engen Vertrauten. Matovič attackierte zudem seine koalitionsinternen Gegner und nannte Wirtschaftsminister Sulik einen „Idioten“. Zuletzt forderte Matovič den Abgang zahlreicher Regierungsvertreter und ein neues Anti-Korruptionsministerium – für sich selbst. Erst dann würde er abtreten. Schließlich trat Richard Sulik mit drei weiteren Ministern der *SaS* zurück und setzte Matovič ein Ultimatum. Matovič selbst wartete dennoch tagelang zu und spekulierte auf eine Fortführung der Regierung ohne die *SaS*. Die drei verbliebenen Parteien hätten zwar weiterhin eine knappe Mehrheit aufgewiesen, die aufgrund von Parteiaustritten wegen Matovič aber zunehmend unsicher wurde. Die zaudernden Partner machten Matovič klar, er sei als Regierungschef untragbar.⁸⁰³ Er setzte gegen den Rat der Experten Anfang November 2020, landesweit Massentests durch und versprach so, einen Lockdown zu vermeiden. Es gelang somit zwar kurzfristig, die Infektionszahlen zu senken, doch gleichzeitig wurden die Ressourcen des Gesundheitssystems über alle Maßen strapaziert. Der Lockdown kam trotzdem. Staatspräsidentin Zuzana Čaputová warf der Regierung vor, ein falsches Sicherheitsgefühl zu erzeugen, indem sie die Schnelltests zur Voraussetzung für größere Bewegungsfreiheit machten.⁸⁰⁴ Die Regierung hatte alle Bewohner über 10 Jahren einem

⁸⁰² Christoph Thanei, Sputnik V und die slowakische Krise, in: *Die Presse*, 23.03.2021, S. 3.

⁸⁰³ Ivo Mijnsen, Der Regierungschef der Slowakei gibt auf, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 31.03.2021, S. 3.

⁸⁰⁴ Ivo Mijnsen, Tschechien und die Slowakei drohen die Kontrolle zu verlieren, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 25.02.2021, S. 4.

Schelltest unterzogen. Staatspräsidentin Čaputová sprach von der „größten logistischen Herausforderung in der Geschichte der Slowakischen Republik“.⁸⁰⁵ Wer keinen negativen Coronatest vorweisen konnte, durfte seit 9. November 2020 nicht mehr die eigene Wohnung verlassen und auch nicht zur Arbeit gehen. Nur Schulkinder bis 10 Jahre waren ausgenommen. Der Anteil an positiv Getesteten war mit 0,6 Prozent deutlich geringer ausgefallen als noch eine Woche zuvor, da lag der Wert über 1 Prozent. In der ersten Runde (Testrunde) hatte man mehr als 38.000 positive Fälle in Quarantäne geschickt, die sonst unentdeckt geblieben wären.⁸⁰⁶ Schnelltests sind weniger genau als PCR-Tests, daher waren Infizierte ohne Symptome fälschlicherweise als unbedenklich ausgewiesen worden. In der Slowakei tappten die Behörden also im Dunkeln: Man hatte keine Ahnung, weshalb die Spitalsweisungen so stark angestiegen waren und wusste nicht, wo sich im Land die Hotspots befunden hatten, klagte der Mathematiker Richard Kollar während einer Pressekonferenz mit der Staatspräsidentin: „Wir sind in der Datenhölle“.⁸⁰⁷ Ein großes Gesundheitsexperiment konnte zwar in der Slowakei innerhalb von wenigen Tagen ablaufen. Personal wurde abgezogen – von einer zur anderen Teststation oder auch Stationen wurden zusammengelegt. Jedoch war der Mangel an Personal für die überdimensionierte Aktion auch Grund dafür, dass es überhaupt keine Nachbereitung gab: weder eine Auswertung der Daten noch eine Kontaktverfolgung.⁸⁰⁸

In der Tschechischen Republik stellte sich die Lage wie folgt dar: In Cheb (Eger), so erklärte der Bestatter, gab es damals so viele Beerdigungen wie nie (seit der Bombardierung der Kleinstadt im Zweiten Weltkrieg) zuvor. Corona-Patienten mussten über Hunderte von Kilometern verlegt werden. Die Regierung in Prag hatte drei Landkreise im Februar 2021 abgeriegelt, in denen das Virus umso stärker grassierte, „in einem Land, das seit Monaten kontinuierlich die höchste Infektions- und Todesraten der EU“ aufwies.

Ebenso war in Bratislava Wochen zuvor die Anzahl der Toten pro Kopf der Bevölkerung nirgends in der EU höher. Laut Medienberichten starben damals 30 Prozent der slowakischen Patienten, die mit COVID-19 in

⁸⁰⁵ Christoph Thanei, „Jetzt geht es Corona an den Kragen“, *Die Presse*, 12.11.2020, S. 4.

⁸⁰⁶ Ebenda.

⁸⁰⁷ Ebenda.

⁸⁰⁸ Christoph Thanei, Was in der Slowakei bei Massentests schief läuft, in: *Die Presse*, 28.11.2020, S. 6.

Spitälern eingeliefert wurden.⁸⁰⁹ Um einen Zusammenbruch des Gesundheitssystems zu vermeiden, bat die Regierung Mitte Februar 2021 die EU-Mitgliedstaaten, medizinisches Personal zur Entlastung zu entsenden.

In Prag entzogen die Kommunisten (Minderheitsregierung) Babis im Streit um Coronamaßnahmen Mitte Februar 2021 die Unterstützung. Babis sah sich gezwungen, die Coronaregeln auf rechtlich zweifelhafter Grundlage zu verlängern. Am 22. Februar 2021 erklärte das tschechische Verfassungsgericht zum wiederholten Mal Schutzmaßnahmen der Regierung für nichtig und, dass diese willkürlich und ungenügend begründet waren. Von den für den gleichen Tag angekündigten Ladenöffnungen rückte Babis kurzfristig wieder ab. Im März 2021 hatte der Moskau zugeneigte damalige tschechische Präsident Miklos Zeman verlangt, dass der Gesundheitsminister Jan Blatný zurücktrete, weil dieser den russischen Impfstoff *Sputnik V* erst nach einer EU-Zulassung beschaffen wollte. Babis lehnt diese Forderung Zemans ab, „*Personalveränderungen in der Regierung stehen derzeit nicht an der Tagesordnung*“. Babis merkte auch an, er fühlte sich nicht von Zeman unter Druck gesetzt. Zeman meinte, Blatný trage mit seinem Nein zu *Sputnik V* „*die Verantwortung für den Tod von Covidkranken*“. Sollte Premier Babis an Blatný festhalten, würde das „*nicht zur Verbesserung unserer freundschaftlichen Beziehungen beitragen*.“ Zwar hatte Zeman zugestimmt, dass von der EU anerkannte Vakzine in der Tschechischen Republik verimpft werden, aber kurz danach fragte er beim russischen Präsidenten Wladimir Putin an, ob Russland mit *Sputnik V* helfen könne, dem dieser damals erfreut zustimmte.⁸¹⁰

Im Frühling 2020 lockerte Südtirol die strikten Regeln vorzeitig „*trotz Protest aus Rom*“. Im November erklärte man sich selbst zur *roten Zone*. In der Woche vom 16. bis 20. November 2020 konnte sich die Bevölkerung in Südtirol freiwillig testen lassen. Landeshauptmann Arno Kompatscher kündigte an: „*Wir wollen, ähnlich wie es die Slowakei gemacht hat, flächendeckend testen*.“ Experten hätten damals berechnet, zwei Drittel der Bevölkerung wären für ein umfassendes Bild nötig. 350.000 Antigenschnelltests wurden dafür bestellt. – ein Teil davon vom Land Südtirol, ein anderer Teil wurde vom

⁸⁰⁹ Ivo Mijnsen, Tschechien und die Slowakei drohen die Kontrolle zu verlieren, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 25.02.2021, S. 4.

⁸¹⁰ Hans-Jörg Schmidt, Zeman zettelt für Sputnik V einen Machtkampf an, *Die Presse*, 12.03.2021, S. 5.

Gesundheitsministerium in Rom in Aussicht gestellt. Tests waren in Südtirol freiwillig, im Vergleich: in der Slowakei waren Tests Pflicht. Anders als in der Slowakei mussten Menschen, die nicht daran teilnahmen, auch nicht besondere Sicherheitsmaßnahmen einhalten. War der Gentest positiv, hatten sich die Betroffenen jedoch in Quarantäne zu begeben. Südtirol war die erste Provinz in Italien, die derartige Massentests angeboten hatte. Als in Südtirol die italienische Corona-Ampfel auf *Gelb* gestellt wurde, erklärte es Kompatscher selbst zur *roten Zone*. Die italienische Bundesregierung hatte ihre Entscheidung auf der Grundlage von veralteten Zahlen getroffen – währenddessen waren die Zahlen explosionsartig gestiegen, hieß es in Südtirol: „*Wir haben uns gezwungen gefühlt, schneller zu handeln. Massentests sollen nun dazu führen, dass sich die Lage entspannt.*“, so Kompatscher.⁸¹¹ Im Februar 2021 waren aufgrund der britischen und vor allem südafrikanischen Variante Meran, St. Pankraz, Moos und Riffian ab 18. Februar 2021 nur mit einem 72 Stunden alten Antigentest zu erreichen. Kitas, Kindergärten und Schulen blieben eine Woche landesweit geschlossen, die Baustellen wurden auf öffentliche und dringend notwendige Arbeiten eingeschränkt, die Industrie auf essentielle Lieferketten beschränkt. Friseure und Schönheitspfleger mussten bis 7. März 2021 schließen. Die Wirtschaft wurde in den vier Gemeinden stark heruntergefahren, die Bildungseinrichtungen blieben dort ebenso bis 7. März 2021 geschlossen. Landesweit waren ab 22. Februar 2021 alle Bildungseinrichtungen für eine Woche geschlossen. Kleinkinder kehrten bis 1. März 2021 nicht in die Kitas zurück. Grundschulen, Mittelschulen und Oberschulen blieben eine Woche lang im Fernunterricht. Diese Entscheidung fiel auf Wunsch von Ärzten und Bürgermeister, weil in den Bildungseinrichtungen viele Fälle aufgetreten waren. Für Kleinkindbetreuung, Kindergärten und Grundschule gab es einen Notdienst, sofern deren Eltern im sozio-sanitären Bereich, im öffentlichen Sektor wie Nahverkehr und im Lebensmittelhandel tätig waren.⁸¹²

⁸¹¹ Iris Bonavida, Südtirol plant flächendeckende Coronatests, *Die Presse*, 12.11.2020, S.4.

⁸¹² Dolomiten, Schule bleibt zu, 4 Gemeinden Sperrgebiet, *Dolomiten*, 17.02.2021, S. 13.

Lessons identified – Lessons learned: Österreich

Österreichs unzureichende Vorbereitungen auf die Pandemie

Bei COVID-19 handelte es sich gemäß der Verordnung für *Anzeigepflichtige übertragbare Krankheiten 2020* um eine anzeigepflichtige Krankheit im Sinne des Epidemiegesetzes (EpG). Folglich kamem auch die einschlägigen Bestimmungen des § 5 des Epidemiegesetzes entsprechend zur Anwendung:

„Die behördlichen Erhebungen und Untersuchungen nach § 5 EpG können somit auch im Zusammenhang mit dem Auftreten von COVID-19 allenfalls unter Einsatz von Zwangsmitteln unter Beziehung der Organe des öffentlichen Sicherheitsdienstes nach § 28a EpG durchgeführt werden. Zusätzlich können wegen COVID-19 als anzeigepflichtiger Krankheit auch Überwachungsmaßnahmen nach § 17 EpG ergriffen werden. Sobin können für bestimmte Berufsgruppen (Beschäftigte im Bereich der Krankenbehandlung und Pflege sowie der ‚Leichenbesorgung‘ und Hebammen) sowohl Verkehrs- und Berufsbeschränkungen als auch besondere Schutzmaßnahmen, wie insbesondere Schutzimpfungen, angeordnet werden. Weiters kann auch für bestimmte gefährdete Personen die Durchführung von Schutzimpfungen oder die Gabe von Prophylaktika angeordnet werden.“⁸¹³

In Österreich waren bis Ende Februar 2023 an die 5,9 Millionen Infektionen gemeldet worden, es gab 21.800 an und mit COVID-19 verstorbene Menschen. 90.000 Corona-Medikamente wurden ausgegeben, mehr als 20 Millionen Impfungen waren verabreicht worden.⁸¹⁴

Österreichs Vorbereitungen auf eine Pandemie wurden bereits Anfang 2020 als „*unzureichend kritisiert*“, so vor allem seitens der Leiterin des militärischen Gesundheitswesens des Bundesheeres, Brigadier Sylvia Sperandio. Pandemie-, Katastrophen- und Krisenpläne müssen demnach regelmäßig

⁸¹³ Alexander Hierschke, Kerstin Holzinger, Birgit Eibl, Handbuch des Epidemierechts unter besonderer Berücksichtigung der Regelungen betreffend COVID-19, Manz'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien 2020, S. 107.

⁸¹⁴ Sabrina Glas, „Das Virus hat seinen Schrecken verloren“, in: *Salzburger Nachrichten*, 25.02.2023, S. 18.

evaluiert werden, der letzte Influenza-Pandemieplan stammte damals aus dem Jahr 2006 (und war somit lediglich auf Grippe ausgelegt):⁸¹⁵

„Aktualisierte Krisenpläne ermöglichen ein rasches Hochfahren der nationalen Krisenstäbe, da die Ressourcen und Kompetenzen der Stakeholder wie beispielsweise des Bundesheeres bekannt sind, in denen auch die aktuellen infrastrukturellen Änderungen berücksichtigt werden. Viele der militärischen Krankenanstalten, die im Fall einer Pandemie das zivile Gesundheitssystem mit zusätzlichen Bettenkapazitäten unterstützen könnten, haben wir leider heute nicht mehr, nachdem basierend auf einem Rechnungshofbericht massive Einsparungen und Reduktionen durchgeführt wurden.“⁸¹⁶

Dementsprechend muss hinsichtlich der Strukturen und Kapazitäten Klarheit bestehen, um im Ernstfall tatsächlich unterstützend eingreifen zu können: *„Ob die vorhandenen Krisenpläne auch wirklich durchführbar sind und funktionieren, kann im Rahmen von Übungen oder Planspielen realitätsnah überprüft werden.“⁸¹⁷*

Uneinigkeit von Politik und Coronaexperten

Virologen, Epidemiologen, Komplexitätsforscher, Mathematiker, Psychologen, Soziologen und Historiker vertraten jeweils in ihrem entsprechenden Fachbereich abgeleitete Thesen, die sich auch zum Teil widersprochen hatten.⁸¹⁸ Eine Infektiologin sah Ende Januar 2020 durch COVID-19 *„keine große Gefahr für unser Land“*, ein Virologe sah das Virus *„nicht so gefährlich wie die Grippe“*, ein anderer verglich das Virus zur selben Zeit mit der Influenza, *„nur, dass es deutlich weniger ansteckend“* sei. Anfang März 2020 meinte völlig konträr dazu der Mikrobiologe Michael Wagner: *„Es ist eine dramatisch andere Situation. Erstens ist die Sterblichkeit bei COVID-19 deutlich*

⁸¹⁵ Dass Österreich auf COVID-19 *„schlecht vorbereitet“* war, kritisierte auch der Rechnungshof am 4. April 2023 sowie der Epidemiologe Gerald Gartlehner. Aus: Militär Aktuell, *„Wir haben noch keine ‚Waffe‘ gegen das Virus“*, Interview mit Brigadier Sylvia Sperandio, Leiterin des militärischen Gesundheitswesens des Bundesheeres, Corona Spezial, in: *Militär Aktuell*, Ausgabe 2/2020, S. 20-21, hier S. 20, sowie ORF ZIB 2 vom 4. April 2023, 22.11 Uhr bis 22.26 Uhr, Interview mit dem Epidemiologen Gerald Gartlehner von der Donau-Universität Krems.

⁸¹⁶ Militär Aktuell, *„Wir haben noch keine ‚Waffe‘ gegen das Virus“*, Interview mit Brigadier Sylvia Sperandio, Leiterin des militärischen Gesundheitswesens des Bundesheeres, Corona Spezial, in: *Militär Aktuell*, Ausgabe 2/2020, S. 20-21, hier S. 20.

⁸¹⁷ Ebenda.

⁸¹⁸ Hans Bürger, Günther Mayr, Knock down. Menschheit auf dem Prüfstand, Verlag Braumüller, Wien 2021, S. 9.

*höher. Zweitens werden durch einen Infizierten mehr Personen angesteckt als bei der saisonalen Grippe. Drittens gibt es gegenüber dem neuartigen Coronavirus keine Immunität in der Bevölkerung.*⁸¹⁹ Zu Beginn der Pandemie meinten Kinder- und Jugendmedizinerkreise, „Kinder sind keine Treiber der Pandemie“, was aber auch zunächst nicht zu widerlegen war. Es gab einfach zu wenig Daten aus diesem Bereich.⁸²⁰ Der allgemeine Tenor lautete: „Kinder können schon wegen ihrer Körpergröße nicht so viel in sich tragen. Ihre Lungen sind kleiner und können deshalb nicht so viele ansteckende Erreger durch Husten oder Niesen in die Umwelt abgeben. Kinder erkranken auch statistisch gesehen viel seltener am Virus, also ist anzunehmen, dass sie keine großen Verbreiter sind.“⁸²¹

Derartige Thesen hatten jedoch nicht alle Virologen und Infektiologen von Anfang an überzeugt: Es war einfach nicht schlüssig, dass sich das Virus bei einer bestimmten Altersgruppe zurückhalten würde. So wurden zum Beispiel in Österreich am 16. März 2020 1,2 Millionen junge Menschen durch Schulschließungen vom öffentlichen Leben isoliert, die Schulen traf diese Entscheidung jedoch weitestgehend unvorbereitet. Hier rächte sich vor allem der Rückstand des österreichischen Bildungssystems für den Bereich der Digitalisierung. Laut Erhebungen der Arbeiterkammer hatten 16 Prozent der Schüler keinen Zugang zu digitalen Endgeräten für *Distance Learning*.⁸²² Die Krankheit wurde oft übersehen, da Kinder selten Symptome entwickelten⁸²³. Lehrer und Schüler verlangten, dass die Schulen geöffnet werden sollten, Bildungsforscher und Soziologen warnten vor einer „verlorenen Generation“. Der Molekularbiologe Michael Wagner entwickelte einen Gurgeltest, mit dem die Kinder und Jugendlichen selbst eine Probe erstellen konnten, diese wurden dann in einem verlässlichen PCR-Test analysiert. Kinder brachten das Virus nach Hause.⁸²⁴ Schließungen von Schulen und Kindertagesstätten (wie in Deutschland) waren „völlig sinnlos“ (Sucharit Bhakdi) bzw. „ein Fehler“ (Gerald Gartlehner), Epidemiologen und Virologen äußerten sich dazu insgesamt äußerst kritisch.⁸²⁵ Derartige

⁸¹⁹ Rudi Anschöber, *Pandemia. Einblicke und Aussichten*, Paul Zsolnay Verlag, 2. Auflage, Wien 2022, S. 36.

⁸²⁰ Hans Bürger, Günther Mayr, *Knock down. Menschheit auf dem Prüfstand*, Verlag Braumüller, Wien 2021, S. 79.

⁸²¹ Ebenda.

⁸²² Ebenda, S. 80.

⁸²³ Ebenda, S. 79.

⁸²⁴ Ebenda, S. 80.

⁸²⁵ Karina Reiss, Sucharit Bhakdi, *Corona Fehlalarm? Zahlen, Daten und Hintergründe*, Goldegg Verlag, 10. Auflage, Berlin 2020, S. 38.

Maßnahmen bewirken „*bekanntermaßen nichts*“ und schützten „*auch nicht die Risikogruppe*“. Bhakdi meinte dazu: „*Schon gar kein Grund, das gesamte soziale und wirtschaftliche Leben an die Wand zu fahren.*“⁸²⁶

Bundeskanzler Sebastian Kurz folgte zum Teil einer Strategie der „*Angstmache*“ als notwendiges Mittel, Gesundheitsminister Anchober vertraute seiner „*Überzeugungskraft*“.⁸²⁷ So meinte Kurz am 30. März 2020, dass die Bevölkerung „*in den kommenden Wochen gefordert*“ sein würde und deshalb „*Disziplin, Geduld und Ausdauer*“ notwendig wären: „*Die schweren Zeiten stehen noch vor uns*“, so Kurz: „*Jeder wird in Österreich jemanden kennen, der an Corona verstorben ist*“.⁸²⁸ Man befinde sich „*in der Ruhe vor dem Sturm*“, so Kurz, und bezog sich diesbezüglich auf Expertenmeinungen. Demnach hätte ohne weitere Maßnahmen bereits Mitte April (Ostern) 2020 eine Überlastung des Gesundheitssystems gedroht.

Während der *Delta*-Welle (Höhepunkt Ende 2021) versank die Pandemiebekämpfung „*zunehmend im Chaos*“, deshalb sollte das Corona-Krisenmanagement auf neue Beine gestellt werden. Die Bundesregierung setzte im Dezember 2021 die *Gesamtstaatliche Covid-Krisenkoordination* (GECKO – die GECKO-Kommission umfasste 22 Expertinnen) ein, und dies in einer äußerst chaotischen Phase des Pandemiemanagements: die Impfpflicht wurde damals von der Bundesregierung angekündigt, die damals neue *Oмикron*-Variante verbreitete sich rasch. Fast genau drei Monate danach gab es neue Rekordwerte bei den Infektionen. Eine Vielzahl von Beratungskommissionen – vom Nationalen Impfgremium bis zur Ampel-Kommission – machte es zunehmend schwierig, seitens der Bundesregierung zu effektiven Entscheidungen zu gelangen. Die GECKO-Kommission äußerte zudem ihren Unmut über die Politik, ein GECKO-Mitglied hatte sich bereits entschlossen, die GECKO zu verlassen (Bundesrettungskommandant des Roten Kreuzes, Gerry Foitik – er gab am 18. März 2022 seinen Rückzug bekannt). Je länger die Coronakrise dauerte,

⁸²⁶ Ebenda.

⁸²⁷ Wolfgang Brandstetter, Freiheit und /oder Verantwortung. Persönliche Erfahrungen und Erkenntnisse aus der Coronazeit, in: Manfred Rauchensteiner und Michael Gehler (Hg.), Corona und die Welt von gestern, Böhlau Verlag, Wien-Köln-Weimar 2021, S. 179-193, hier S. 191.

⁸²⁸ Gunther Hauser, Österreich und die Coronakrise, ISS-Aktuell 3/2020, hrsgg. vom Institut für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie, Wien, 20. Juli 2020, S. 11.

desto öfter kritisierten Forscher, dass sich ihre Empfehlungen sowie die politische Umsetzung widersprüchen.⁸²⁹ Die offizielle *Taskforce Corona* wurde am 28. Februar 2020 noch von Gesundheitsminister Anchober einberufen, der Expertenstab sollte medizinisch-wissenschaftlich beraten, um besser für das Krisenmanagement gerüstet zu sein. Salzburgs Landeshauptmann Haslauer meinte jedoch: „*Virologen würden die Menschen aus Schutz vor einer Infektion am liebsten überhaupt einsperren.*“⁸³⁰ Der Komplexitätsforscher Peter Klimek darauf: „*Da fragt man sich schon, welchen Umgang man mit der Wissenschaft in Österreich pflegt. Wenn das wissenschaftsfeindliche Klima weiter voranschreite, mache das Land einen Schritt weiter zur Bananenrepublik.*“⁸³¹ GECKO sollte eine gesamtstaatliche Perspektive auf den Umgang mit der Pandemie ermöglichen. Als stellvertretender Kabinettschef im Bundesministerium für Landesverteidigung wurde der damals erst 27-jährige Milizsoldat Roman Markhart Leiter der Geschäftsstelle GECKO im Bundeskanzleramt. Die Geschäftsstelle sollte eine Brücke zwischen dem Gesundheits- und dem Verteidigungsministerium bilden sowie die operative Arbeit der Kommission organisieren.⁸³² GECKO hatte zwei operative Leiter: Katharina Reich (medizinischer Teil) und General Rudolf Striedinger (Logistik). Die GECKO-Kommission wurde schließlich mit 31. März 2023 komplett aufgelöst. Mehrere im Gremium vertretenen Experten – wie auch der Virologe Bergthaler von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften – wollten das Gremium zuvor verlassen. Bundeskanzler Karl Nehammer kritisierte im Februar 2023, bei der Pandemiebekämpfung wäre die Regierung zu „*expertenhörig*“ gewesen. Es gelte auf jeden Fall die Qualität des Krisenmanagements bei der Pandemiebekämpfung umfassend zu untersuchen, ebenso die Koordination zwischen politischen Entscheidungsträgern und Expertengremien, so Nehammer damals.⁸³³

⁸²⁹ Salzburger Nachrichten, Unmut im Krisenstab wächst, in: *Salzburger Nachrichten*, 19.03.2022, S. 5.

⁸³⁰ Salzburger Nachrichten, Politik und Wissenschaft: Reibungspunkte vorhersehbar, in: *Salzburger Nachrichten*, 19.03.2022, S. 5.

⁸³¹ Ebenda.

⁸³² Bundesministerium für Landesverteidigung, Eilmeldung: stv. Kabinettschef BMLV wird Leiter der Geschäftsstelle GECKO im BKA, BMLV IntKomm, 20.12.2021 16:16 Uhr.

⁸³³ Wiener Zeitung, Gecko als verpasste Chance, in: *Wiener Zeitung*, 22.03.2023, S. 1.

Teststrategien waren gescheitert

Das deutsche Robert-Koch-Institut (RKI) gab in der Anfangsphase der Pandemie vor, dass nicht in der Breite, sondern lediglich gezielt getestet werden sollte, „und nur bei Menschen, die auch Symptome zeigten.“⁸³⁴ Zunächst galt: wer sich in einem Risikogebiet aufgehalten oder Kontakte mit einem Infizierten hatte sowie gleichzeitig unter grippeähnlichen Symptomen litt, sollte sich testen lassen. Ende März 2020 änderte das RKI die empfohlenen Testkriterien ab und gab nun vor: bei grippeähnlichen Symptomen und gleichzeitigem Kontakt zu einem Infizierten. Ab Mai 2020 sollten dann auch Patienten „bei kleinsten Symptomen“ getestet werden: Es blieb beim „strategischen Testen“, „da ein wahlloses Testen wenig bringe.“⁸³⁵ Zudem hatten die Zahlen an Neuinfektionen keinen Aufschluss darüber gegeben, wieviele Infizierte es tatsächlich in einem Land gab – je höher die Testkapazität sowie die Testanzahl, desto höher waren auch die Zahlen, zumal eine große Dunkelziffer zu berücksichtigen war: „Die Dunkelziffer bei COVID-19 war enorm groß, da eine erhebliche Anzahl an Infektionen ohne bzw. mit milden Symptomen“ verlief.⁸³⁶ Je intensiver also getestet wurde, desto mehr Coronainfizierte wurden auch festgestellt – man sprach von einer „Laborpandemie“.⁸³⁷ Laut Aussage des RKI ging jeder Todesfall, bei dem ein positiver Befund zum Todeszeitpunkt bestand, in die Coronastatistik ein.⁸³⁸ In Hamburg hatten damals alle COVID-19-Toten bereits größtenteils mehrere Vorerkrankungen, jeder zweite litt an koronaren Herzerkrankungen; dazu kamen Bluthochdruck, Arteriosklerose, Diabetes, Fettleibigkeit, Krebs, Lungen- oder Nierenleiden sowie Leberzirrhose. Das wurde auch vom italienischen Gesundheitsministerium bestätigt, 96 Prozent litten neben COVID-19 mindestens an einer weiteren Krankheit, knapp 50 Prozent wiesen überhaupt drei oder mehr Vorerkrankungen auf.⁸³⁹ In Hamburg litt jeder dritte Patient an Lungenembolie, welche bei Thrombosen (Blutgerinnsel) in tiefen Beinvenen entsteht. Diese lösen sich ab und werden in die Lunge eingeschwenkt. Thrombosen treten vor allem bei älteren Menschen auf, wenn sich diese nicht genügend bewegen, vor allem bei bettlägerigen

⁸³⁴ Karina Reiss, Sucharit Bhakdi, Corona Fehlalarm? Zahlen, Daten und Hintergründe, Goldegg Verlag, 10. Auflage, Berlin 2020, S. 22.

⁸³⁵ Ebenda.

⁸³⁶ Ebenda, S. 24.

⁸³⁷ Ebenda.

⁸³⁸ Ebenda, S. 25.

⁸³⁹ Ebenda, S. 26.

Patienten.⁸⁴⁰ Deshalb würden die echten Zahlen nie ans Tagelicht kommen, so der Epidemiologe John P.A. Ioannidis von der Stanford University, es gäbe einen Unterschied, ob ein Mensch *an* oder *mit* Corona gestorben war.⁸⁴¹

Die Massentests (in Österreich wurde damals wie in Dänemark und Zypern am meisten getestet – in Form von Massentests) im Dezember vor Weihnachten 2020 erwiesen sich als nicht zielführend, dies war eine „*politische Entscheidung*“. Zwei Wochen später war Österreich wieder im Lockdown. Es gab hinter den Massentests keine wirkliche Strategie, außerdem waren sie „*sehr teuer*“ und ein „*freundlicher Bürgerservice*“. So gesehen waren die Massentests „*epidemiologisch falsch*“, betonte der Epidemiologe Gerald Gartlehner von der Donau-Universität Krems. Zudem verfügte Österreich über keine Studien zum Thema der Massentests. Ebenso hatte der „*Lockdown für Ungeimpfte*“ fast keine Auswirkungen, so Gartlehner: das war ebenso eine „*politische Entscheidung*“. Als Fehler wurde auch die Impfpflicht von Gartlehner beurteilt, obwohl er ursprünglich deren Einführung in Österreich stark befürwortet hatte. Personen, die sich nicht impfen lassen wollten, konnten nicht überzeugt werden. Zudem ging mit *Omikron* die Krankheitslast ohnehin drastisch zurück. Wie viele Epidemiologen hatte auch Gartlehner COVID-19 zu Beginn unterschätzt, der Politik, so Gartlehner, kann somit kein Versagen vorgeworfen werden. Aufgrund des Fehlens wissenschaftlicher Daten war auch Österreich „*im Blindflug*“ unterwegs.⁸⁴²

Bereits Ende 2020 war klar, dass es hohe Dunkelziffern von Infizierten gab. Etwa drei Prozent der österreichischen Bevölkerung dürfte damals, so die *Statistik Austria* und das Bildungsministerium, im November 2020 mit SARS-CoV-2 infiziert gewesen sein. Das wären noch zusätzliche 228.000 Menschen gewesen – zusätzlich zu den damals bereits bekannten COVID-19-Patienten in den Spitälern. Getestet wurden zwischen dem 12. und dem 14. November 2020 2263 zufällig ausgewählte und in Privathaushalten lebende Personen ab 16 Jahren nach dem PCR-Verfahren (mittels Nasen-Rachen-Abstrich, nicht mit Gurgelwasser). Bei 48 von ihnen war der Befund positiv. 24 Probanden, die zwar zugesagt hatten, jedoch nicht zum Test kamen, befanden sich aufgrund eines positiven Testergebnisses in

⁸⁴⁰ Ebenda, S. 27.

⁸⁴¹ Ebenda, S. 29.

⁸⁴² ORF ZIB 2 vom 4. April 2023, 22.11 Uhr bis 22.26 Uhr, Interview mit dem Epidemiologen Gerald Gartlehner von der Donau-Universität Krems.

behördlicher Quarantäne. In Summe waren damals also 72 infiziert. Hochgerechnet und unter Berücksichtigung der statistischen Schwankungsbreite dürften damals somit zwischen 166.000 und 295.000 Menschen mit SARS-CoV-2 infiziert gewesen sein, das würde einer Dunkelziffer (Prävalenz) von 2,2 bis 4,0 Prozent entsprechen: „Im Vergleich zu den letzten Prävalenzstudien im April und Mai (Anmerkung: 2020) zeigt sich damit ein erheblicher Anstieg des Infektionsgeschehens kurz vor dem zweiten Lockdown“, sagte damals Tobias Thomas, Generaldirektor der *Statistik Austria*. Anfang April 2020 galten höchstens 0,8 Prozent der Bevölkerung als infiziert, Ende April und Ende Mai 2020 waren es jeweils nur 0,1 Prozent. „Die vergleichsweise hohe Dunkelziffer zeigt uns, dass Instrumente wie die bevorstehenden Massentestungen dringend notwendig sind, um die Infektionsketten zu durchbrechen und die Verbreitung der Pandemie einzudämmen“, sagte der damalige Bildungsminister Heinz Faßmann. Auch asymptomatische Personen wären infektiös und könnten das Virus weitertragen: „Mit der Massentestung wollen wir möglichst viele dieser Personen orten, damit sie nicht andere Personen anstecken können.“ Von den 72 infizierten Personen gaben 20 an, zum Testzeitpunkt keine für eine Coronainfektion typische Beschwerde aufzuweisen. Neun nannten ein Symptom, zumeist eine *verstopfte Nase*, 43 zwei oder mehr.⁸⁴³ Quer durch Österreich gab es also eine hohe Zahl nicht erkannter SARS-CoV-2-Infizierter. Ein Drittel der Coronafälle in Tiroler Kliniken waren Zufallsfunde, so der Krankenhaussprecher. Beispiele dafür: ein Handgelenk beim Snowboarden gebrochen, Blinddarmdurchbruch – und plötzlich findet man im Spital Corona-Infizierte wieder.⁸⁴⁴ In Tirol, Salzburg und Vorarlberg wurde am wenigsten getestet, in Wien wurde der größte Teil asymptomatischer Fälle entdeckt. Bei zwei von drei festgestellten Infektionen gab es in Wien keine typischen Symptome – ohne Tests wären sie also gar nicht als Coronapatienten registriert worden. Aufgrund der rasant steigenden Inzidenzzahlen war schon lange nicht mehr nachvollziehbar, wo sich Menschen angesteckt hatten. Darüber informierte die sogenannte Clusteranalyse, die die Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit (AGES) erstellte. Dann schossen die Infektionszahlen durch die Decke. Die Kontaktnachverfolgung brach zusammen. In Oberösterreich gab es zu dieser Zeit 8172 Neuinfektionen, davon 1790 Schüler und Lehrende. Die Durchimpfungsrate bei Schülern lag österreichweit damals bei 45 Prozent, anstecken konnte man sich überall. An der Universität Wien wurden damals

⁸⁴³ Köksal Baltaci, Dunkelziffer stark gestiegen, in: *Die Presse*, 27.11.2020, S. 14.

⁸⁴⁴ Juliane Fischer, Woher kommen all die Infizierten?, in: *Salzburger Nachrichten*, 12.03.2022, S. 9.

fast alle Coronamaßnahmen aufgehoben – nur Masken waren vorgeschrieben. Studenten bekamen in vollen Hörsälen COVID-19, manche Lehrende verlegten ihre Vorlesungen wieder ins Internet.⁸⁴⁵ Slowenien hatte ebenso die Kontaktnachverfolgung komplett aufgegeben, es gab keinen Überblick mehr über die Infektionszahlen.

Auch der Berater des italienischen Gesundheitsministeriums, Walter Ricciardi, sprach davon, dass 88 Prozent der italienischen COVID-19-Toten nicht ursächlich an COVID-19 gestorben waren.⁸⁴⁶ Weiterhin konnten in Österreich einfache Daten nicht verknüpft werden, es war nicht bekannt, wieviel Intensivbetten in Österreich vorhanden bzw. verfügbar waren. Die Impfrate war in Österreich „*sehr schlecht*“, Teile der Bevölkerung taten sich schwer, verlässliche von nicht verlässlichen Daten zu unterscheiden. Es gab und gibt Personen, die leugneten, dass es überhaupt eine COVID-19-Pandemie gegeben hatte (wie Randgruppen oder „*Personen, die sehr laut sind*“). Für medizinisches Personal waren diese Rahmenbedingungen äußerst schwierig. Die Lockdownfrage wurde weltweit unterschiedlich seitens der Regierungen gehandhabt, so hatte im Gegensatz zu Österreich Schweden keine Lockdowns, die Bilanz fiel jedoch ungleich schlechter aus.⁸⁴⁷

Dissonanzen Bund-Länder

In Österreich war die zweite Welle der Pandemie vor allem von Dissonanzen zwischen Bund und Ländern geprägt, die sich gegenseitig im Weg standen, Verantwortung zu übernehmen. Der damalige Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) war auch in jenen Bundesländern, in denen die ÖVP regierte, oft auf Konfrontationskurs. Er forcierte Massentests. „*Mit der aktuellen extrem belasteten Struktur von Personal über Logistik bis hin zu IT wird das nicht machbar sein*“, meinte jedoch der Salzburger Gesundheitslandesrat Christian Stöckl (ÖVP).⁸⁴⁸

⁸⁴⁵ Ebenda.

⁸⁴⁶ Karina Reiss, Sucharit Bhakdi, Corona Fehlalarm? Zahlen, Daten und Hintergründe, Goldegg Verlag, 10. Auflage, Berlin 2020, S. 40.

⁸⁴⁷ ORF ZIB 2 vom 4. April 2023, 22.11 Uhr bis 22.26 Uhr, Interview mit dem Epidemiologen Gerald Gartlehner von der Donau-Universität Krems.

⁸⁴⁸ Thomas Prior, Julia Neuhauser, Iris Bonavida, Oliver Pink, Das Bund-Länder-Dilemma, in: *Die Presse*, 24.11.2020, S. 1.

Wien führte eine verpflichtende Registrierung von Gästen in der Gastronomie ein, die Verordnung trat am 28. September 2020 in Kraft. Entwickelt wurde ein loses Formblatt, das die Gäste ausfüllen mussten. Die Blätter hatten von den Gastronomen vier Wochen aufbewahrt zu werden. Der Grund: die Wiener Behörden hatten die größten Schwierigkeiten beim *Contact Tracing* – also dem Ermitteln, Testen und Isolieren der Kontaktpersonen von Infizierten. Die Registrierungspflicht sollte die Nachverfolgung erleichtern. Die Hotline 1450 sowie das gesamte Team der Kontaktrückverfolgung war unterbesetzt und überfordert. Es dauerte zum Teil mehrere Tage, bis Verdachtsfälle getestet bzw. Kontaktpersonen von Infizierten erreicht wurden. Erschwert wurde diese Maßnahmen dadurch, dass Personen, die in unsicheren Arbeitsverhältnissen beschäftigt waren oder nicht erlaubten Nebentätigkeiten nachgingen, keine oder falsche Angaben machten sowie Symptome verschwiegen, um Verdienstentgänge zu vermeiden und keine Probleme mit Behörden zu bekommen. Wirte durften keinesfalls die Identität von Gästen überprüfen und Ausweise verlangen. Zudem waren Falschangaben der Gäste üblich. Namen wie Micky Mouse oder auch Fußballernamen waren populär. Bei stichprobenartigen Kontrollen in St. Pauli (Hamburg) waren in Lokalen zwei von drei Angaben unbrauchbar.⁸⁴⁹ Wien forderte die Registrierungspflicht in der Gastronomie, Gesundheitsminister Anschöber stellte sich dagegen. Er verwies vor allem auf Bedenken betreffend *Zettelwirtschaft* in Betrieben und sah auch Datenschutzprobleme. Zudem konnten die Angaben nicht kontrolliert werden. In der am 23. September 2020 beschlossenen Novelle zum COVID-19-Gesetz war im ersten Entwurf eine Gastronomie-Registrierungspflicht vorgesehen – nach der Begutachtungsfrist wurde diese jedoch ersatzlos gestrichen. Die Wirtschaftskammer Österreich, Teile der Grünen, die FPÖ und der Neos-Abgeordnete Gerald Loacker hatten Kritik geübt. Es gab viele offene Fragen, die sich auch nach wochenlangen Diskussionen nicht restlos klären ließen.⁸⁵⁰

In Österreich hatte der Bund zwar den Impfstoff beschafft, die Bundesländer waren jedoch für die organisatorische Umsetzung zuständig. Diese Aufgabe war in einer Videokonferenz der Landeshauptleute mit Bundeskanzler Kurz den Ländern übertragen worden.⁸⁵¹ Der Vorarlberger

⁸⁴⁹ Köksal Baltacı, Anna Thalhammer, Jürgen Streihammer, Wien führt Gästelisten ein, in: *Die Presse*, 25.09.2020, S. 1.

⁸⁵⁰ Ebenda.

⁸⁵¹ Martin Fritzl, Die Länder übernehmen das Impfen, in: *Die Presse*, 9.01.2021, S. 9.

Landeshauptmann Markus Wallner meinte dazu: *„Weg mit dieser sinnlosen Zentralbürokratie, denn da ist uns das Gesundheitsministerium ordentlich auf die Nerven gegangen.“*⁸⁵² Der Landeshauptmann von Tirol, Günther Platter, meinte: *„Es darf nicht sein, dass Impfdosen in Wiener Lagern herumstehen, wir müssen so rasch wie möglich alle vulnerablen Gruppen durchimpfen.“*⁸⁵³

Rechtliche Verordnungen und das Scheitern der „Ampel“

Der Verfassungsgerichtshof kippte bis August 2020 zwei Coronaverordnungen, und zwar jene zu den Ausgangsbeschränkungen und jene zu den Öffnungsregeln für den Handel. In der Erstfassung der Einreiseverordnung hatte der frühere Chef der Präsidialsektion im Bundeskanzleramt, Manfred Matzka, sogar 27 Fehler gefunden. Gemäß geplanten Ostererlass 2020 durften sich maximal fünf Personen aus unterschiedlichen Haushalten im selben Raum aufhalten, hieß es in einer verwaltungsinternen Anordnung (Erlass) Anfang April 2020. Aber: Wozu gab es diese Vorgabe, wenn es ohnehin Ausgangsbeschränkungen gab. Gesundheitsminister Anschöber zog den Erlass schließlich zurück. Stets hatte sich Anschöber für Missverständnisse und Missgeschicke in seinem Haus entschuldigt, Ende Juli 2020 kündigte Anschöber dann eine Organisationsreform an. Das juristische Personal, von seinen Vorgängern kontinuierlich ausgedünnt, wurde um 5-6 Personen aufgestockt. Anschöber gab zu, seine Mitarbeiter waren auf diesen Ausnahmezustand *„nicht vorbereitet gewesen.“*⁸⁵⁴

Das COVID-19-Maßnahmengesetz war die Grundlage der Ausgangsbeschränkungen und Abstandsregelungen. Darin war festgeschrieben, dass durch Verordnung das Betreten bestimmter Gebiete verboten werden kann. Daraus wurde im Lockdown ein weitgehendes Verbot des Betretens des öffentlichen Raumes. Dieses Gesetz – vor allem auch das Ausgangsverbot – *„war juristisch äußerst unordentlich ausgearbeitet. Genau das hat auch das Verfassungsgericht bemängelt.“*⁸⁵⁵ Der ehemalige Präsident des österreichischen Verfassungsgerichtshofes, Ludwig Adamovich, meinte dazu:

⁸⁵² Ebenda.

⁸⁵³ Ebenda.

⁸⁵⁴ Thomas Prior, Anschobers fehleranfällige Juristen, in: Die Presse, 25.08.2020, S. 6.

⁸⁵⁵ Ludwig Adamovich, Wo wir stehen. Vom langjährigen Präsidenten des österreichischen Verfassungsgerichtshofes, edition. A, Wien 2020, S. 51.

„Diesem allgemeinen Betretungsverbot für öffentliche Orte fehlte es an einer gesetzlichen Basis. Es war zu umfassend: Das Hinausgehen war – bis auf einige, unklar definierten Ausnahmen – verboten. Doch laut Verfassungsgericht hätte es genau andersrum sein müssen: Das Betreten von öffentlichem Raum muss erlaubt sein, während es Ausnahmen dazu geben darf.“⁸⁵⁶

Demnach hielt der österreichische Verfassungsgerichtshof auch fest, dass „unter gewissen Umständen“ ein Ausgangsverbot gerechtfertigt ist.⁸⁵⁷ Dieses Gesetz lag bereits im Sommer 2020 beim Verfassungsgerichtshof, weil das Verwaltungsgericht Wien meinte, es könne nicht sein, dass vom Betreten bestimmter Orte die Rede ist und daraufhin dann ein Großteil des öffentlichen Raumes nicht mehr zugänglich gemacht werden kann.⁸⁵⁸ In der Vergangenheit hatte man Verordnungen nicht direkt beim Verfassungsgerichtshof anfechten (Individualantrag) können, wenn die Regeln noch vor der Entscheidung der Richter wieder außer Kraft getreten waren. Nun erlaubten die Höchst Richter dies erstmals. Gerade die Coronaregeln änderten sich oft und aus Sicht der Verfassungsrichter konnte es deshalb relevant sein, auch bei bereits überholten Verordnungen Antworten auf die rechtlichen Fragen zu bekommen. Bundeskanzler Kurz hatte im April 2020 nach Kritik an den Verordnungen erklärt, dass die Richter ohnedies erst dann am Zug sein würden, wenn die Verordnungen nicht mehr in Kraft seien. Überdies hatte Kurz wenig Verständnis für „juristische Spitzfindigkeiten“.⁸⁵⁹ Ein Universitätsassistent, der gegen die Coronaregeln geklagt hatte, hatte dies im Frühjahr 2020 mit seiner persönlichen Situation begründet. Ihm war es nicht möglich gewesen, legal von seinem aktuellen Standort bei seiner Mutter in Niederösterreich zu seiner Wohnung in Wien zu kommen. Denn öffentliche Verkehrsmittel hatte man zu diesem Zeitpunkt nur aus bestimmten (etwa beruflichen) Gründen verwenden dürfen, seine Universität hatte ihm Homeoffice verordnet.⁸⁶⁰

Der Verfassungsgerichtshof entschied auch, dass die Maskenpflicht in Schulen sowie die Teilung von Klassen im Frühjahr 2020 gesetzeswidrig

⁸⁵⁶ Ebenda.

⁸⁵⁷ Ebenda.

⁸⁵⁸ Die Zeit, „Das hätte Kurz nicht sagen sollen“, Interview mit Karl Stöger, Professor für öffentliches Recht an der Universität Graz, in: *Die Zeit*, 16.07.2020, S. 17.

⁸⁵⁹ Ebenda.

⁸⁶⁰ Ebenda.

war.⁸⁶¹ Zudem wurde der Maskenschutz auch von der EU-Agentur ECDC in Frage gestellt: „Der erwartbare Mehrwert des allgemeinen Einsatzes von FFP-Masken in der Gesellschaft ist sehr gering“, so ein ECDC-Sprecher: „Zusätzlich rechtfertigen die potenziellen Kosten und Nachteile eine Empfehlung für ihre Verwendung in der Öffentlichkeit anstelle von anderen Arten von Masken nicht.“ Auch das Auftreten der mutierten Virusformen „erfordert keine anderen Typen von Masken als jene, die derzeit schon verwendet wurden.“ Bis zu dieser Zeit propagierten Experten, dass der Schutz einer Einmalmaske bei 80 Prozent und der einer FFP2-Maske bei rund 94 Prozent lag, ebensolche Studien gab es von der WHO. In Bereichen mit Kontakthäufungen wurde es als „fachlich sinnvoll erachtet, FFP2-Masken zu tragen.“⁸⁶²

Im Fall der Grundrechte, so der ehemalige Präsident des österreichischen Verfassungsgerichtshofes Ludwig Adamovich, existieren sogenannte „Gesetzesvorbehalte“, diese formulieren exakt, wann Eingriffe in die Grundrechte gestattet werden können. Im Fall eines Demonstrationsverbotes regelt es somit auch ein temporäres „Wegnehmen“ bzw. „Beschränken“ von bürgerlichen Rechten.⁸⁶³ Artikel 11 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) zur Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit regelt dazu:

„Die Ausübung dieser Rechte darf nur Einschränkungen unterworfen werden, die gesetzlich vorgesehen sind und in einer demokratischen Gesellschaft notwendig sind für die nationale oder öffentliche Sicherheit, zur Aufrechterhaltung der Ordnung oder zur Verhütung von Straftaten, zum Schutz der Gesundheit oder der Moral oder zum Schutz der Rechte und Freiheiten anderer.“

Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit darf in der Folge „im äußersten Fall“ eingeschränkt werden. Zu welcher Zeit genau „etwas gefährlich für die Gesundheit ist, liegt letztlich im Ermessen der Regierung.“⁸⁶⁴

⁸⁶¹ Köksal Baltacı, Erste Impfung am Sonntag in Wien, in: *Die Presse am Sonntag*, 24.12.2020, S. 13.

⁸⁶² Salzburger Nachrichten, EU-Agentur rät von FFP2-Pflicht ab, in: *Salzburger Nachrichten*, 3.02.2021, S. 4.

⁸⁶³ Ludwig Adamovich, Wo wir stehen. Vom langjährigen Präsidenten des österreichischen Verfassungsgerichtshofes, edition. A, Wien 2020, S. 52.

⁸⁶⁴ Ebenda, S. 53.

Mitte August 2020 startete der Probetrieb für das sogenannte *Ampelsystem* in vier Farben. Eine bestimmte Farbe sollte unterschiedliche Folgen für unterschiedliche Regionen haben können, so 1. *Grün*: niedriges Risiko; 2. *Gelb*: mittleres und 3. *Orange*: hohes und 4. *Rot*: sehr hohes Risiko. Gesundheitsminister Anchober nannte am 29. Juli 2020 vier zentrale Kriterien:

- Die Zahlen der Coronainfektionen spielten eine Rolle. Dabei wurde die Entwicklung der vergangenen sieben Tage in einer Region reflektiert;
- Die noch vorhandenen Bettenkapazitäten wurden in den lokalen Spitälern analysiert.
- Eine Rolle spielte auch, wie hoch der Anteil positiver Tests an den aktuellen Untersuchungen war;

Und ob man die Steigerung der Fallzahlen leicht erklären konnte, etwa durch einen Cluster in einem Schlachthof, während die Region selbst vorerst vom Virus verschont blieb.

Jedes Bundesland sollte nach der Ampelfarbe beurteilt werden – auch jeder einzelne politische Bezirk.⁸⁶⁵ Am 14. September 2020 Abend beschloss nach einer stundenlangen Debatte die Corona-Kommission bei einer außerordentlichen Sitzung erstmals in Österreich, dass sieben Bezirke die Ampelfarbe *Orange* erhielten: Wien, Innsbruck-Stadt, Kufstein, Dornbirn, Bludenz, Mödling und Neunkirchen; auf *Gelb* befanden sich damals Bregenz, Graz, Graz-Umgebung und fast ganz Oberösterreich.⁸⁶⁶ In der Expertenkommission saßen Vertreter des Bundes (Kanzleramt, Gesundheitsministerium) ebenso wie Vertreter der Bundesländer, des Krisenstabes und der Fachexperten (Virologen und *Public Health*). Ihre Aufgabe war es, mögliche Konsequenzen für jede Ampelfarbe auszuarbeiten – jedoch mit einem pragmatischen Ansatz. Es ging um eine Bandbreite an Möglichkeiten für jede Ampelfarbe, anhand derer die Politik die im Einzelfall für die jeweilige Region nötigen Maßnahmen auswählen sollte. Ein unverbindliches Ampelsystem hätte jedoch nicht ausgereicht, um Schulen in einem Bezirk zu schließen. Es hätte einen behördlichen Akt benötigt, etwa eine Verordnung des Bezirkshauptmannes, des Landeshauptmannes oder

⁸⁶⁵ Philipp Aichinger, Corona-Ampel: Vier Farben, aber keine fixen Konsequenzen, in: *Die Presse*, 30.07.2020, S. 2.

⁸⁶⁶ Ulrike Weiser und Oliver Pink, Corona-Ampel: „Orange Premiere“ für sieben Städte, in: *Die Presse*, 15.09.2020, S. 2.

des Gesundheitsministers. Unterschiedliche Farben für die verschiedenen Wiener Bezirke erachtete der Wiener Gesundheitsstadtrat Peter Hacker als sinnlos. Der Vorteil der Neubewertung lag darin, dass nicht mehr einzelne Punkte (wie Infektionen) miteinander verglichen wurden, sondern die Bewertung durch die Einbeziehung weiterer Faktoren seriöser wurde. Das Streitpotenzial lag darin, dass Bundes- und auch Landespolitiker trotz Ampelsystems unterschiedlicher Meinung sein konnten, wo welche Maßnahmen behördlich nötig sein würden. Anschöber meinte: „*Die Ampel ist jetzt kein Wintermodell, sie wird Corona nicht beseitigen.*“⁸⁶⁷

Noch bevor diese in Betrieb genommen wurde, sorgte die *Corona-Ampel* für Unmut und Skepsis. Die Corona-Ampel zog für ihre „Schaltung“ vier Kriterien heran:

- die Zahl der Neuninfektionen pro 100.000 Einwohner;
- die Nachvollziehbarkeit von Clustern;
- die Häufigkeit der Testungen;
- Spitalskapazitäten, insbesondere jene auf den Intensivstationen.⁸⁶⁸

Diese *Corona-Ampel* stellte sich von Anfang an jedoch als eine „überladene Fehlkonstruktion voller Widersprüche“⁸⁶⁹ dar. Der größte *Konstruktionsfehler* zeigte sich in ihrem Hauptzweck als Frühwarnsystem, den sie nicht erfüllt hatte. Bei Neuinfektionen wurden zur Beurteilung der Gefahrenlage die bestätigten Fälle pro 100.000 Einwohnern innerhalb von sieben Tagen herangezogen, dabei handelte es sich aber nicht um die Zahlen der laufenden, sondern der vergangenen Woche – um Testergebnisse von Personen also, deren Ansteckung ihrerseits rund eine Woche zurücklag. Schließlich dauerte es oftmals lange, bis Symptome auftraten, ein Test durchgeführt wurde und ein Resultat vorlag. Die Infektionszahlen, die als Grundlage für die Empfehlungen der Kommission dienten, waren also bereits zwei Wochen alt. „*Von einem Frühwarnsystem kann also keine Rede sein*“, meinte Bernd Lamprecht, Vorstand der Klinik für Lungenheilkunde des Kepler-Universitätsklinikums in Linz: „*Dieser Indikator des Ampelmodells entspricht daher einem Monitoring, um mehr über das Infektionsgeschehen in den jeweiligen Bezirken zu erfahren, ist aber nicht geeignet, um wöchentliche Prognosen zu stellen.*“ Ein Cluster (wie

⁸⁶⁷ Philipp Aichinger, Corona-Ampel: Vier Farben, aber keine fixen Konsequenzen, in: *Die Presse*, 30.07.2020, S. 2.

⁸⁶⁸ Köksal Baltaci, Warum die Corona-Ampel gescheitert ist, in: *Die Presse*, 17.09.2020, S.5.

⁸⁶⁹ Ebenda.

ein Sportverein) konnte zudem zwei Wochen später wieder unter Kontrolle gebracht worden sein. Einerseits hatte die *Corona-Ampel* das Risiko für die Belastung des Gesundheitssystems zu bewerten, andererseits eine Einschätzung über die Dynamik der Ausbreitung des Coronavirus abzugeben. Es wären zwei *Corona-Ampeln* nötig gewesen – eine, die das Gesundheitssystem berücksichtigte, sowie eine, die sich auf Neuinfektionen konzentriert hätte, so Lamprecht. Gesundheitsminister Anschober war stets gegen ein Ampelsystem, zudem wollten Bundesländer wie Kärnten oder Vorarlberg keine Einschränkungen akzeptieren, die wegen Clusterbildungen in Wien, Linz oder in Graz angeordnet wurden. Bezirksgrenzziehungen aus epidemiologischer Sicht waren gleichfalls nicht immer sinnvoll. Niemand hatte verstanden, warum in einem Geschäft in Linz eine Maske getragen werden musste, in einem Einkaufszentrum an der Stadtgrenze jedoch nicht.⁸⁷⁰ Die *Corona-Ampel* war de facto also außer Betrieb. Die zuständige Kommission hatte sich im Januar 2021 entschieden, bis zur Vorlage eines neuen Bewertungsrasters die regionale Bewertung auszusetzen. Es war notwendig, die verwendeten Schwellenwerte aufgrund internationaler Entwicklungen, etwa neuer Varianten des Virus, anzupassen, so die Kommission. So blieb ganz Österreich *Rot*, obwohl damals elf Regionen die alten Kriterien für *Orange* erfüllt gehabt hätten.⁸⁷¹

Die Kontaktnachverfolgung mittels App „*ermies sich als letztlich bei uns nicht machbar*.“⁸⁷² Die Impfpflicht sorgte in Österreich für eine starke Polarisierung „*der mittlerweile höchstunterschiedlichen Positionen in der öffentlichen und auch in der veröffentlichten Meinung*.“ Das gemeinschaftliche „*Wir-Gefühl*“ war verloren gegangen, der Feind war „*jener mit anderer Auffassung*“. Die Polarisierung der Meinungen dominierte den zu Beginn der Pandemie noch vielbeschworenen *Schulterschluss*.⁸⁷³ Es entwickelten sich dazu noch teils anarchistische Tendenzen, „*egal, worum es geht, Hauptsache gegen den Staat*.“ Sogenannte *Querdenkerbewegungen* versammelten sich zu nicht genehmigten Kundgebungen, deren Slogan lautete „*Heimatschutz – statt – Mundschutz*“.⁸⁷⁴

⁸⁷⁰ Christian Willim, Tourismus-Cluster: Vorboten von Omikron, in: *Kurier*, 5.01.2022, S. 4.

⁸⁷¹ ORF Text, 21.01.2021, S. 139.

⁸⁷² Wolfgang Brandstetter, Freiheit und /oder Verantwortung. Persönliche Erfahrungen und Erkenntnisse aus der Coronazeit, in: Manfred Rauchensteiner und Michael Gehler (Hg.), *Corona und die Welt von gestern*, Böhlau Verlag, Wien-Köln-Weimar 2021, S. 179-193, hier S. 189.

⁸⁷³ Ebenda, S. 189 und 190.

⁸⁷⁴ Ebenda, S. 190.

Anfang 2021 ging die Polizei bei einer Demonstration in der Stadt Salzburg nicht gegen die Teilnehmer eines Protestmarsches vor, die ohne Maske und Mindestabstand unterwegs waren, „die Lage wäre sonst in unverhältnismäßiger Weise eskaliert.“⁸⁷⁵

In Österreich wurden im Dezember 2020 und im Januar 2021 Massentestungen⁸⁷⁶ durchgeführt, die Ergebnisse blieben jedoch äußerst bescheiden (Beispiele aus den Bundesländern):⁸⁷⁷

Bundesländer	Teilnehmer	Prozent	Davon Corona-Positiv	Prozent
Niederösterreich	542.960	36	770	0,1
Tirol	226.451	33	652	0,3
Vorarlberg	105.361	31	404	0,4
Salzburg	124.995	28	531	0,4
Kärnten	106.188	22	568	0,5
Steiermark	248.282	21	996	0,4
Wien	234.889	14	591	0,3

Die Regierung setzte auf: „*Schau auf dich, schau auf mich. Teste dich. Jetzt.*“ Durch Massentests sollte eine hohe Zahl von infizierten Personen entdeckt werden und so die Infektionskette durchbrochen werden. Massentestst sollten eine Alternative zu den Lockdowns darstellen, je mehr Menschen sich daran beteiligten, umso weniger Maßnahmen sollten notwendig sein. Jedoch konnten man durch ein aktuelles negatives Testergebnis kurz danach dennoch angesteckt werden.

⁸⁷⁵ Ebenda, S. 191.

⁸⁷⁶ So wurden bei den Testungen in Wien vom 4. bis 13. Dezember 2020 in der Stadthalle, in der Messe Wien, in der Marxer Halle an die 2000 Bundesheersoldaten und zivile Bedienstete des Bundesministeriums für Landesverteidigung eingesetzt (Grundwehrdiener, Milizsoldaten, Garde, Jägerbataillone). Als Reservetage galten noch der 14. sowie der 15. Dezember. Abgewickelt wurden dabei die Antigentests, der jeweilige Abstrich wurde durch einen Fachsanitäter durch ein Stäbchen in die Nase des jeweiligen Probanden durchgeführt. Als Fachkräfte galten damals die Wiener Rettung, der Arbeitersamariterbund und auch Medizinstudenten.

⁸⁷⁷ Salzburger Nachrichten, Österreich: Ergebnisse der Corona-Massentests, in: *Salzburger Nachrichten*, 15.12.2020, S. 3.

Abstands- und Hygieneregeln waren weiterhin zu beachten.⁸⁷⁸ Die Tests wurden in den Bundesländern zu unterschiedlichen Terminen durchgeführt.

Der Nationalrat nahm inzwischen die Beschaffung von FFP2-Schutzmasken unter die Lupe. Am 18. März 2021 waren dazu Wirtschaftsministerin Margarete Schramböck sowie Finanzminister Gernot Blümel in den kleinen Unterausschuss des Rechnungshofausschusses geladen. Im Mittelpunkt stand dabei der Anbieter *Hygiene Austria*, dem ein Naheverhältnis zur Regierung nachgesagt wurde. Dieser Anbieter vermischte sein inländisches Sortiment „*still und heimlich*“ mit Masken aus China. Laut Aktenlage des Gesundheitsministeriums und der Bundesbeschaffungsgesellschaft (Finanzministerium) gab es Zweifel an der Qualität der Masken aus Wiener Neustadt – zumindest im November 2020: „*Die nicht nachvollziehbare Preisgestaltung der Hygiene Austria geht auch mit Fragen zur Qualität einher. Die FFP2-Masken wurden im Rahmen der Prüfung durch das Amt für Rüstung und Wehrtechnik (ARWT) des Verteidigungsministeriums als problematisch gesehen*“, hieß es in den Akten des Gesundheitsministeriums: „*Dazu ist festzuhalten, dass nach Ansicht des Wirtschaftsministeriums das ARWT keine Kompetenz bei der Beurteilung von FFP2-Masken hat und die CE-Kennung auf Grundlage einer ungarischen notifizierten Stelle für die Marktfähigkeit ausreicht.*“⁸⁷⁹ Das ARWT ist ein anerkanntes technisches Kompetenzzentrum und hatte alle Masken geprüft, die das Bundesheer selbst sowie auch für andere Dienststellen der Republik Österreich gekauft hatte, betonte Oberst Michael Bauer, Sprecher des Bundesministeriums für Landesverteidigung. Und gegen Kostenersatz konnten auch externe Bedarfsträger ihre Masken beim ARWT testen lassen. Faktum war: die Masken von *Hygiene Austria* hatten den nötigen Qualitätsstempel von einer ungarischen Zertifizierungsstelle erhalten. Der Zuschlag ging an das Unternehmen – in der Größenordnung von 18,1 Millionen Masken für alle Über-65-Jährige. Und die Regierung wollte eine heimische Produktion zum Zug kommen lassen. Laut Bundesbeschaffung wurden im *Hygiene Austria*-Angebot wesentliche Anforderungen nicht erfüllt. Auf jeden Fall sollte eine einhundertprozentige inländische Produktion geliefert werden, so die Vorgabe der Bundesbeschaffer. Die

⁸⁷⁸ Salzburger Nachrichten, „Wie kann ich mich wo testen“, in: *Salzburger Nachrichten*, 7.12.2020, S. 3.

⁸⁷⁹ K. Möchel, R. Lindorfer, Dominik Schreiber, Die Krux mit den Masken „Made in Austria“, in: *Kurier*, 17.03.2021, S. 10.

Qualitätsstandards erfüllten diese Masken, jedoch war der Preis mit 79 Cent pro Maske hoch.⁸⁸⁰

Impfpflicht gescheitert

Das Leben in der Pandemie bestimmten „*wiederkehrende Einschränkungen und sich ändernde Regeln*“: „*Maskenpflicht, Lockdowns, Kontakt- und Zutrittsbeschränkungen, Kurzarbeit, Homeoffice und Homeschooling betreffen jede und jeden auf unterschiedliche Art und Weise.*“⁸⁸¹ Die Regierung zeigte sich deshalb überzeugt, dass die Coronaschutzimpfung „*sicher, wirksam*“ ist und „*zuverlässig vor einem schweren Krankheitsverlauf*“ schützt.⁸⁸² Am 26. Dezember 2020 kamen schließlich die ersten Impfdosen in Österreich an, die Impfung sollte einen „*Game Changer*“ gegen COVID-19 darstellen, so der damalige Bundeskanzler Kurz. Über Passau kamen die ersten 10.000 Dosen des am 21. Dezember 2020 zugelassenen Impfstoffs von *BionTech/Pfizer* nach Österreich.⁸⁸³ Das Bundesheer brachte im Bundesland Salzburg die ersten 96 Impfdosen am 27. Dezember 2020 in ein Seniorenwohnhaus in Salzburg-Liefering. Die ersten Injektionen am 27. Dezember 2020 waren eher ein „*symbolischer Akt*“, von einem organisierten Impfstart konnte damals noch nicht die Rede sein.⁸⁸⁴ Die damals 84jährige Theresia Hofer ließ sich an diesem Tag als erste Österreicherin gegen SARS-CoV-2 impfen.⁸⁸⁵

Der Impfplan des Gesundheitsministeriums war wie folgt gegliedert:

- Phase 1: Bis Februar 2021 sollten ausschließlich Bewohner und Mitarbeiter von Alten- und Pflegeheimen sowie das Personal im Gesundheitsbereich mit hohem Expositionsrisiko und Risikopatienten mit Vorerkrankungen geimpft werden.
- Phase 2: Zwischen Februar und April 2021 durften zudem ältere Menschen und Personal in kritischen Infrastrukturen wie Polizei, Bundesheer und Bildungswesen geimpft werden.

⁸⁸⁰ Ebenda.

⁸⁸¹ Bundesregierung (Republik Österreich), Information zur COVID-19-Impfpflicht in Österreich, Wien 2022, S. 1.

⁸⁸² Ebenda.

⁸⁸³ Köksal Baltaci, Erste Impfung am Sonntag in Wien, in: *Die Presse am Sonntag*, 24.12.2020, S. 13.

⁸⁸⁴ Salzburger Nachrichten, Bundesheer brachte die ersten 96 Impfdosen am 27.12.2020 nach Liefering / Seniorenwohnhaus, in: *Salzburger Nachrichten*, Aus Stadt und Land, 28.12.2020, S. 4-5, hier S. 4.

⁸⁸⁵ Köksal Baltaci, Stichtag für Corona-Impfungen, in: *Die Presse*, 28.12.2020, S. 1.

- Phase 3: ab 2. Quartal 2021 sollte die Impfung der Allgemeinbevölkerung zugänglich sein, über die Reihung entschied das Nationale Impfgremium.⁸⁸⁶

Ab 26. Dezember 2020 wurde seitens der Bundesregierung ein Lockdown für ganz Österreich nach der Devise „*Schau auf dich, schau auf mich*“ verhängt. Es galt:

- Reduktion der Kontakte; wenn möglich, zu Hause bleiben.
- Abstand halten an öffentlichen Orten, Mund-Nasen-Schutz tragen;
- Ausgangsbeschränkungen galten den ganzen Tag. Ausnahmen: zur Arbeit gehen, Grundbedürfnisse des täglichen Lebens, anderen helfen, Sport und Bewegung im Freien.
- Von zu Hause arbeiten, wo es möglich ist.
- Alle Gastronomiebetriebe blieben geschlossen. Speisen und Getränke konnten weiterhin abgeholt oder geliefert werden
- Geschäfte schlossen wieder, Abholung von bestellter Ware war möglich.
- Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen blieben geschlossen, Parks und Outdoor-Sporteinrichtungen blieben geöffnet.
- Nach den Weihnachtsferien öffneten die Schulen im *Distance Learning*.
- Hotelaufenthalte waren nur für berufliche Zwecke gestattet.⁸⁸⁷

Der damalige FPÖ-Obmann Norbert Hofer zeigte sich „*sehr befremdlich*“, dass sich die Mitglieder der Bundesregierung nicht sofort gegen SARS-CoV-2 impfen lassen wollten, sondern erst dann, wenn Systemrelevante sowie Risikogruppen ihre Impfung erhalten hätten. So schickte er die subtile Botschaft mit, dass die Regierungsmitglieder offenkundig abwarten wollten, ob die zuvor genannten Gruppen die Impfung auch unbeschadet überstanden, „*ehe sie die eigene kostbare Haut der Spritze nähern*“.⁸⁸⁸ Hätte sich die Bundesregierung aus Gründen der Vorbildwirkung als erste zur Impfung begeben, wäre es der FPÖ jedoch auch nicht recht gewesen: „*Er hätte dann von einer empörenden Privilegierung der Regierung auf Kosten der geschundenen*

⁸⁸⁶ Salzburger Nachrichten, Bundesheer brachte die ersten 96 Impfdosen am 27.12.2020 nach Lieferung / Seniorenwohnhause, in: *Salzburger Nachrichten*, Aus Stadt und Land, 28.12.2020, S. 4-5, hier S. 5.

⁸⁸⁷ Bundesregierung, Corona-Lockdown für ganz Österreich, in: *Salzburger Nachrichten*, 28.12.2020, S. 3.

⁸⁸⁸ So der Journalist Andreas Koller, Jenseits von Richtig und Falsch, in: *Salzburger Nachrichten*, 4.01.2021, S. 4.

*Bevölkerung gesprochen. Und das hätte das Bild von Kapitänen gezeichnet, die sich feige ins Rettungsboot flüchten, während das gemeine Volk dem Untergang geweiht ist.*⁸⁸⁹

In Österreich hatten sich Anfang 2022 „mehr als 7 von 10 Personen impfen lassen“.⁸⁹⁰ Spitäler standen noch Ende 2021 vor einem Kollaps, Salzburgs Gesundheitslandesrat Christian Stöckl erklärte, warum: „Erstens hat noch im Sommer niemand damit rechnen können, dass der Impfschutz bei so vielen Menschen deutlich rascher abnimmt, als die Experten und die Daten das vorausgesagt haben. Und zweitens: Wir haben eine deutlich zu niedrige Durchimpfungsquote.“⁸⁹¹

Am 20. Januar 2022 hatten Bundeskanzler Karl Nehammer und Vizekanzler Werner Kogler gemeinsam mit der damaligen Bundesparteiobfrau der SPÖ, Pamela Rendi-Wagner, angekündigt, dass eine Impflotterie in Österreich stattfinden solle, um all jene zu belohnen, die sich bisher impfen ließen. Jedoch wurde dieser Plan endgültig begraben, nachdem sich zuvor kein Partner gefunden hatte, der die Lotterie umsetzen wollte. Ursprünglich wurde angekündigt, dass der ORF die Impfinitiative koordinieren sollte, nachdem dieser bereits zuvor eine Impflotterie durchgeführt hatte. Aufgrund rechtlicher Bedenken hatte sich der ORF jedoch *außerstande gesehen*, die Abwicklung zu übernehmen. Nehammer sagte daher am 13. Februar 2022 die Umsetzung einer Impflotterie ab.⁸⁹² An diesem Tag wurden 26.000 SARS-CoV-2-Neuinfektionen in Österreich gemeldet, im Osten Österreichs sowie auch in Oberösterreich und in der Steiermark mussten in geschlossenen Räumlichkeiten dennoch keine Maske mehr getragen werden. Der Großteil des Infektionsgeschehens stand damals mit Schulen in Verbindung, die meisten der Unter-12-Jährigen waren ungeimpft. Zudem fiel immer mehr Krankenhaus- und Pflegepersonal aus – die Fallzahlen waren viel zu hoch. In den Bundesländern hatte es aufgrund einer Neuvergabe der Schultests nach Weihnachten 2021 massive Probleme gegeben – abgesehen von Wien, wo das Testen seither über die stadt eigene Schiene „*Alles gurgelt*“ lief. In sieben Bundesländern (ohne Wien und Niederösterreich) hatten laut Bildungsministerium in der Woche vom 7. bis

⁸⁸⁹ Ebenda.

⁸⁹⁰ Ebenda.

⁸⁹¹ Heidi Huber, Wie konnte es soweit kommen, Herr Stöckl?, Interview mit dem Gesundheitslandesrat des Landes Salzburg, Christian Stöckl, in: *Salzburger Nachrichten*, Aus Stadt und Land, 18.11.2021, S. 2 und 3, hier S. 2.

⁸⁹² Salzburger Nachrichten, Impflotterie ist endgültig passé, in: *Salzburger Nachrichten*, 14.02.2022, S. 2.

11. Februar 2022 8700 Tests positive Ergebnisse, einige Schulen mussten ganz geschlossen werden – das betraf rund 1500 Schulklassen. Die meisten Infektionen wurden in Oberösterreich gemeldet.⁸⁹³

Viele Experten begründeten die Impfpflicht mit einem Argument: „*Wir sind nicht nicht in normalen Zeiten, wir sind in einer Pandemie*“, so die Bioethikerin Christiane Druml: „*Wir können nicht dem Einzelnen hier erlauben, sowie in normalen Zeiten autonom über sein Selbst oder seine Freiheit zu entscheiden. Denn die Freiheiten des Einzelnen gehen nur so weit, wie die Freiheiten eines anderen dadurch nicht tangiert sind.*“⁸⁹⁴ Die Bio-Ethik-Kommission hatte am 30. November 2020 eine Impfpflicht gegen SARS-CoV-2 für das Gesundheitspersonal sowie körpernahe Dienstleister (Friseure etc.) für die Dauer der Pandemie empfohlen. Die Bundesregierung lehnte jedoch eine derartige Impfpflicht vorerst am 3. Dezember 2020 ab, Begründung für diese Entscheidung gab es keine.⁸⁹⁵

„*Die Impfung ist jetzt die Antwort, nicht der Lockdown*“, meinte der damalige Bundeskanzler Sebastian Kurz beim ÖVP-Bundesparteitag in St. Pölten dann am 29. August 2021.⁸⁹⁶ In Österreich wurde am 19. November 2021 die Einführung einer generellen Impfpflicht für Februar 2022 angekündigt. Folgender Plan wurde von der Bundesregierung beschlossen:⁸⁹⁷

- 8. November 2021: 2G-Regel für Gastronomie, Theater, körpernahe Dienstleister, FFP2-Masken im gesamten Handel, Museen;
- 15. November 2021: Ausgangsbeschränkungen für Ungeimpfte;
- 22.11.2021: Bundesweiter Lockdown (bis 12. Dezember 2021). FFP2-Maskenpflicht in allen geschlossenen Räumen.
- 27. November 2021: erste nachgewiesene *Omikron*-Infektion.
- Danach: 5. Coronawelle: *Omikron*, *BA1*, *BA2*.
- 5. März 2022: Die meisten Coronamaßnahmen wurden aufgehoben.

⁸⁹³ Salzburger Nachrichten, Volksschulen starten im Osten mit Lockerungen, in: *Salzburger Nachrichten*, 14.02.2022, S. 2.

⁸⁹⁴ Stefan Veigl, Was bringt die Impfpflicht, in: *Salzburger Nachrichten*, 20.11.2021, S. 6.

⁸⁹⁵ Die Presse, Regierung lehnt Impfpflicht für Ärzte ab, in: *Die Presse*, 4.12.2020, S. 4.

⁸⁹⁶ J. Hager, M. Hammerl, J. Christandl, Türkise Show-Highlights, in: *Kurier*, 29.08.2021, S. 4.

⁸⁹⁷ Ernst Mauritz, Caroline Bartas, Christa Breineder, „Welle ist größer, als die Zahlen vermitteln“, in: *Kurier*, 24.06.2022, S. 5.

- 16. April 2022: FFP2-Maske nur mehr verpflichtend im lebensnotwendigen Handel, in öffentlichen Verkehrsmitteln, in Spitälern und in Pflegeheimen; die 3G-Regel in der Nachtgastronomie und bei größeren Veranstaltungen wurde aufgehoben.
- 1. Juni 2022: „Maskenpause“: keine FFP-2-Maskenpflicht mehr im lebensnotwendigen Handel, in öffentlichen Verkehrsmitteln (ausgenommen in Wien), Apotheken etc.

In Österreich hätte zwischen Februar 2022 und 31. Januar 2024 die allgemeine Impfpflicht eingeführt werden sollen, die Begründung dazu lautete:

- höhere Anfälligkeit der Senioren ab 60 Jahre für einen schweren Krankheitsverlauf;
- großer Anteil an hospitalisierten Patienten;
- die Impfung eines 70jährigen habe für das Gesundheitssystem eine 34-Mal größere Wirkung als jene eines jungen Erwachsenen.

Am 21. Januar 2022 wurde im Nationalrat die Impfpflicht gegen COVID-19 beschlossen – von 183 Abgeordneten waren 170 anwesend: 137 befürworteten die Impfpflicht, 33 waren dagegen. Die anwesenden 28 FPÖ-Mandatare stimmten geschlossen gegen die Impfpflicht. Fünf Abgeordnete anderer Fraktionen stimmten gegen ihre jeweilige Parteilinie gleichfalls gegen die Impfpflicht. Die „*wilde Abgeordnete*“ Philippa Strache votierte für die Impfpflicht, obwohl sie ursprünglich dagegen agitiert hatte. SPÖ-Sozialsprecher Josef Muchitsch stimmte dagegen, obwohl die Parteiführung ein „Ja“ empfohlen hatte. Der Grund: u.a. die durch die vielen zu erwartenden Einsprüche drohende Überforderung der Bezirksverwaltungsbehörden. Vier Neos-Sprecher sagten „Nein“: Stephanie Krisper, Sozialsprecher Gerald Loacker, Gesundheitssprecherin Fiona Fiedler sowie Justizsprecher Johannes Margreiter.⁸⁹⁸

Zunächst verschob die Bundesregierung die Impfpflicht, die technische Umsetzung wäre erst ab April 2022 möglich gewesen, so österreichische Medien am 7. Januar 2022 unter Berufung auf die Elektronische Gesundheitsakte *ELGA GmbH* – diese wäre für die Umsetzung der Impfpflicht zuständig gewesen. Am 6. Januar 2022 wurde noch die FFP2-

⁸⁹⁸ Salzburger Nachrichten, Impfpflicht: Wer von der Parteilinie abwich, in: *Salzburger Nachrichten*, 22.01.2022, S. 2.

Maskenpflicht im Freien verschärft (infolge der Omikron-Variante), der Handel wurde zu 2G-Kontrollen verpflichtet.⁸⁹⁹ In einem Interview Anfang Januar 2022 meinte Bundeskanzler Karl Nehammer noch: „Die Impfpflicht wird auf jeden Fall kommen und sie wird umsetzbar sein.“⁹⁰⁰ Inzwischen zeigten sich jedoch in Dänemark, Norwegen und im Vereinigten Königreich, dass bei Omikron mildere Verläufe zu beobachten waren. So rückten auch in Österreich immer mehr Experten und Politiker ab Februar 2022 von der Impfpflicht ab. Am 13. Februar 2022 schloss auch Bundeskanzler Karl Nehammer ein Aussetzen der Impfpflicht nicht mehr aus. Sollten sich die von der Regierung beauftragten Experten dafür aussprechen, werde man dieser Empfehlung folgen, so Nehammer. In Gang gesetzt hatte diese Debatte u.a. der Landeshauptmann von Salzburg, Wilfried Haslauer, der die Impfpflicht Anfang Februar 2022 in Frage gestellt hatte. Nehammer verwies darauf, dass ohnehin laut Gesetz alle drei Monate evaluiert werden müsse, ob die Impfpflicht noch erforderlich sei. Die besagte Kommission, die aus zwei Juristen und zwei medizinischen Experten bestehen sollte, war zudem noch nicht ernannt. Ab Mitte März 2022 waren für Ungeimpfte Geldstrafen vorgesehen gewesen, sofern sie von der Polizei kontrolliert worden wären.⁹⁰¹

Die Landeshauptleute äußerten sich zur Impfpflicht kritisch. Für Verweigerer drohten im Ernstfall bis zu 3600 Euro Strafe.⁹⁰² Bundeskanzler Karl Nehammer meinte dazu im Februar 2022:

„Die Impfpflicht haben wir mit großer Zustimmung im Parlament beschlossen. Sie ist für mich wie ein Werkzeugkoffer, mit dem wir gegen das Virus arbeiten. Und wir werden dann ein Werkzeug einsetzen, wenn es notwendig ist. Eine Kommission von Juristen und Ärztinnen und Ärzten beurteilt ständig neu, ob Impfen noch das rechtmäßige Mittel ist. Und auf der anderen Seite ist es wichtig, den Menschen ihre Freiheiten zurückzubringen. Das geht also gut zusammen.“

⁸⁹⁹ Neue Zürcher Zeitung, Coronavirus weltweit: Beginn der Impfpflicht in Österreich wird wohl verschoben, philippinischer Präsident bläst zur Jagd auf Ungeimpfte, <https://www.nzz.ch>, 7.01.2022 13.45 Uhr.

⁹⁰⁰ Ida Metzger, „Ein Lockdown ist kein Allheilmittel“, Interview mit Österreichs Bundeskanzler Karl Nehammer, in: *Kurier*, 9.01.2022, S. 4.

⁹⁰¹ Salzburger Nachrichten, ÖVP läutet das Aussetzen der Impfpflicht ein, in: *Salzburger Nachrichten*, 14.02.2022, S. 1.

⁹⁰² Österreich: Regelchaos. Tourismusindustrie steht mit dem Rücken zur Wand, in: *Österreich*, 25./26.12.2021, S. 4.

Das Gesetz wird, so Nehammer, „*ohnehin ständig evaluiert*“.⁹⁰³ In Österreich verbreitete sich damals die Virusvariante *Omikron* wesentlich schneller als bisherige Varianten, mehr Menschen steckten sich an: „*Ein aktiver Impfschutz ist daher auch in Zukunft sehr wichtig für uns alle. Auch deshalb, um auf allfällige weitere Virusvarianten vorbereitet und dagegen geschützt zu sein.*“⁹⁰⁴ Es braucht zudem eine „*höhere Durchimpfungsrate. Nur so können wir die Corona-Pandemie erfolgreich eindämmen und unsere gewohnten Freiheiten zurückgewinnen. Daher wird in Österreich im Februar eine allgemeine COVID-19-Impfpflicht eingeführt. Im Vorfeld fand seine breite Abstimmung auf politischer sowie gesellschaftlicher Ebene statt, um möglichst viele Aspekte und Auswirkungen auf unser Zusammenleben berücksichtigen zu können.*“⁹⁰⁵ Die Bundesregierung führte weiter aus: „*Dass die Corona-Schutzimpfung wirkt, sieht man am Rückgang der Krankenhausaufenthalte und Todesfälle bei geimpften Personen. Die Impfung schützt jede und jeden Einzelnen, sie schützt unsere Spitäler vor Überlastung. Die Bevölkerung muss sich auf ein funktionierendes Gesundheitssystem verlassen können, gerade in einer Gesundheitskrise.*“⁹⁰⁶ So betonte die Bundesregierung abschließend:

„*Zum Schutz der Bevölkerung hat sich die österreichische Bundesregierung entschlossen, eine COVID-19-Impfpflicht einzuführen. Alle in Österreich lebenden Menschen ab 18 Jahren, die nicht aus medizinischen Gründen von der Impfpflicht befreit sind, sind gesetzlich dazu verpflichtet, sich impfen zu lassen. Personen, die noch keine Corona-Schutzimpfung erhalten haben, werden regelmäßig über die Notwendigkeit ihrer Impfung mit einem Erinnerungsschreiben informiert. Wer der Impfpflicht nicht nachkommt, muss künftig mit Verwaltungsstarfen rechnen.*“⁹⁰⁷

„*Es braucht jetzt Zusammenhalt und das Mitwirken aller in Österreich lebenden Menschen, um uns allen die langersehnte Rückkehr in einen gewohnten Alltag zu ermöglichen. Helfen Sie bitte mit!*“⁹⁰⁸

Am 20. Januar 2022 wurde das Impfpflichtgesetz im Nationalrat beschlossen – für Personen ab 18 Jahre. Am 4. Februar 2022 trat die allgemeine

⁹⁰³ Conny Bischofberger, Sind die Roten “Gsindl”, Herr Bundeskanzler?, Interview mit dem österreichischen Bundeskanzler Karl Nehammer, in: *Kronen Zeitung*, 13.02.2022, S. 4-6, hier S. 6.

⁹⁰⁴ Bundesregierung (Republik Österreich), Information zur COVID-19-Impfpflicht in Österreich, Wien 2022, S. 2.

⁹⁰⁵ Ebenda.

⁹⁰⁶ Ebenda.

⁹⁰⁷ Ebenda.

⁹⁰⁸ Ebenda.

Impfpflicht in Kraft, gestraft werden sollte ab 16. März 2022. Am 9. März 2022 setzte die Bundesregierung die Impfpflicht bis 1. Juni 2022 jedoch aus, am 24. Mai 2022 wurde diese Frist bis Ende August 2022 verlängert. Die Impfpflicht war unter anderen Voraussetzungen eingeführt worden, als sie danach gegeben waren, betonte Gesundheitsminister Johannes Rauch (Die Grünen). Die Omikron-Variante hatte die Lage völlig verändert, in Spitälern wurde die Lage deutlich entspannter. Johannes Rauch und ÖVP-Klubobmann August Wöginger erklärten am 23. Juni 2022: die Impfpflicht hatte zudem nicht den gewünschten Effekt gebracht, sie hatte zur Polarisierung in der Gesellschaft geführt. Die Impfpflicht hinderte manche Menschen sogar, sich impfen zu lassen gemäß dem Motto: „*Ich lasse mir nichts vorschreiben*“, meinte Rauch. Die Bereitschaft zur Impfung konnte nur auf Freiwilligkeit basieren, so Rauch. Wöginger meinte: „*Wir haben keine Menschen zusätzlich zum Impfen gebracht.*“⁹⁰⁹ Rauch betonte mit Blick auf die krisenhafte Gesamtlage (Ukrainekrise ab 24. Februar 2022, mögliche Gasversorgungsausfälle etc.): „*Wir brauchen jeden Millimeter Solidarität und Zusammenarbeit: Daher gelte es nun, Gräben wieder zuzuschütten.*“ Der Antrag zur Abschaffung der Impfpflicht wurde schließlich am 23. Juni 2022 in einer Sondersitzung des Nationalrats eingebracht, im Juli 2022 erfolgte die Beschlussfassung auf deren Aufhebung.⁹¹⁰ Bei den niederösterreichischen Landtagswahlen Anfang 2023 führte die ÖVP ihr schlechtestes Abschneiden zumindest teilweise auf Verwerfungen zurück, die die letztlich gescheiterte Impfpflicht ausgelöst hatte. Daten, die der Politikwissenschaftler Laurenz Ennsner-Jedenastik dazu ausgewertet hatte, stützten diese These.⁹¹¹

Wie in Österreich und vielen anderen Ländern gab es auch in Deutschland eine Impfpflichtdebatte. Bayerns Ministerpräsident Markus Söder war mit seinem Vorstoß, eine Impfpflicht während der Pandemie für Pflegekräfte einzuführen, ebenso auf breiten Widerstand gestoßen. Bundesarbeitsminister Hubertus Heil sagte am 12. Januar 2021, er „*verbiete sich*“, jetzt über eine Impfpflicht zu spekulieren.⁹¹² Epidemiologen in Österreich wie Gerald Gartlehner wollten eine Impfpflicht zumindest

⁹⁰⁹ Rudolf Mitlöhner und Caroline Bartas, Impfpflicht: Nie „scharf“, jetzt endgültig abgeschafft, in: *Kurier*, 24.06.2022, S. 5.

⁹¹⁰ Ebenda.

⁹¹¹ Simon Rosner, Aufarbeitung für die Versöhnung, in: *Wiener Zeitung*, 11./12.02.2023, S. 3.

⁹¹² Frankfurter Allgemeine Zeitung, Debatte über Corona-Impfpflicht für Pflegekräfte, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 13.01.2021, S. 1.

„überdenken“, jedoch könnte eine „hohe Zahl an Ansteckungen [...] dazu führen, dass so viele Menschen gegen COVID-19 immun werden wie noch nie.“⁹¹³ Wenn sich also viele Menschen rasch anstecken, wäre demnach eine Impfpflicht überflüssig. Der österreichische Infektiologe Herwig Kollaritsch (Mitglied der Corona-Kommission und der gesamtstaatlichen Krisenkommunikation GECKO) meinte: „Es geht darum, die Krankheitslast in der Bevölkerung langfristig zu vermeiden“ und äußerte sich für die Impfpflicht.⁹¹⁴

Es gab zahlreiche Diskussionen um die Einführung einer Impfpflicht in vielen Ländern. Eine gesetzliche Impfpflicht wäre zweifellos ein bedenklicher Eingriff in das Grundrecht auf Privatleben und auf körperliche Integrität, und zwar auch dann, wenn kein physischer Zwang ausgeübt wird, sondern lediglich Geldstrafen drohen. Das hatte auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EuGHfMR) in Straßburg in einem Verfahren zur Impfpflicht in der Tschechischen Republik bestätigt. Jedoch, so der EuGHfMR, kann eine Impfpflicht gerechtfertigt sein, um die Allgemeinheit vor Ansteckungen und schweren Erkrankungen zu schützen.⁹¹⁵ Rein rechtlich wäre es möglich gewesen, in Österreich eine Impfpflicht einzuführen, beispielsweise gab es auch die Pflicht, sich gegen Pocken impfen zu lassen. So wurde 1948 in Österreich die Impfpflicht gegen die Pocken (Blattern) in einem Bundesgesetz von Bruno Pittermann am 30. Juni im „Ausschuss für soziale Verwaltung“ beschlossen, diese war bis 1979 Pflicht (bis zum „Weltpockentag“). In Österreich gab es zudem im September 2021 ein Volksbegehren zur Impfpflicht: „Impfpflicht – Notfalls ja“, es wurde nur von 65.729 Stimmberechtigten unterzeichnet, davon in Niederösterreich von 16.375 und in Wien von 15.516 Menschen. Allgemeine Impfpflicht bestand nur in Tadschikistan, Turkmenistan und im Vatikan, in vielen anderen Staaten der Welt wurde diese auch nur für bestimmte Berufsgruppen eingeführt.⁹¹⁶

Laut einem Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EuGHfMR) ist eine unfreiwillige Impfpflicht erlaubt, das Urteil kam im Jahr 2012 aufgrund einer verpflichtenden Impfung gegen Diphtherie in der Ukraine zustande. Der EuGHfMR in Straßburg erachtete hierbei den

⁹¹³ C. Böhmer, D. Kittner, I. Teufl, Ein-Aus-Schalter für die Impfpflicht, in: *Kurier*, 6.01.2021, S. 4.

⁹¹⁴ Ebenda.

⁹¹⁵ Jakob Pflügl, Eine Frage der Rechtmäßigkeit, in: *Der Standard*, 18./19.12.2021, S. 7.

⁹¹⁶ *Kurier*, Zur Impfpflicht, in: *Kurier*, 14.11.2021, S. 5.

Eingriff in die körperliche Integrität eines Beschwerdeführers durch das Interesse des öffentlichen Gesundheitsschutzes als gerechtfertigt. Dahinter stand auch eine Interessensabwägung: Je schlimmer die Krankheit, umso stärker sind die möglichen Eingriffe eines Staates. Zudem gibt es keine milderen Eingriffsmöglichkeiten, um die Krankheit zu bekämpfen. Menschen könnte man auch indirekt zu Impfungen zwingen, indem sie bestimmte Dienstleistungen nicht mehr in Anspruch nehmen durften. Jedoch würde der Staat aus gesundheitsrechtlichen Gründen z.B. ein Lokalverbot für Ungeimpfte nur schwer vorschreiben können. Zunächst würde das unsachlich jene benachteiligen, die noch keine Chance auf die Impfung hatten. Und wenn die Pandemie später im Griff gewesen wäre, hätte es für solche Verbote keinen Grund gegeben. Unternehmen dürften grundsätzlich Kunden ablehnen, wenn sie nicht geimpft sind. Rechtlich schwierig wird es jedoch, wenn das Unternehmen eine Monopolstellung einnimmt und der Kunde die Dienstleistung nicht anderwertig bekommen kann. Erlaubt ist es zudem, dass Staaten die Einreise an bestimmte Impfungen knüpfen. Rechtswissenschaftler Karl Stöger (Abteilung für Medizinrecht der Universität Wien) hält eine Impfpflicht in Österreich deshalb für rechtlich zulässig, diese würde alle Menschen gleich treffen und wäre daher „*rechtlich in Ordnung*“.⁹¹⁷

In Österreich waren bis Mitte Februar 2023 5,8 Millionen Infektionsfälle gemeldet worden, der Höchststand war im März 2022 mit 60.000 Neuinfektionen erreicht. Die Coronatestkosten beliefen sich insgesamt auf 4,8 Milliarden Euro, registriert wurden in Österreich 21.795 Corona-Todesfälle.⁹¹⁸ Mit 1. August 2022 kam in Österreich das Quarantäne-Aus, das Arbeiten ist seither für positiv Getestete mit FFP2-Masken erlaubt. Symptomlose unterliegen keinen Einschränkungen. Eine telefonische Krankmeldung war nur mehr für Coronainfizierte möglich. In Linz dagegen durften Coronapositive nicht am Arbeitsplatz erscheinen, das galt auch für das Personal in städtischen Kinderbetreuungs- und Altenpflegeeinrichtungen. Wer symptomlos war und seine Arbeit von zu Hause aus erledigen konnte, musste ins Homeoffice.

⁹¹⁷ Die Presse, Impfzwang rechtlich möglich, in: *Die Presse*, 15.12.2020, S. 2.

⁹¹⁸ Martin Gebhart, Trauma Corona: Regierung will „gesellschaftliche Wunden“ heilen, in: *Kurier*, 16.02.2023, S. 6.

War das nicht möglich, wurde man dienstfrei gestellt. So sollten Kinder, Pflegebedürftige und Kollegen bestmöglich geschützt werden.⁹¹⁹

Das Bundesheer im Coroneinsatz

Am 25. Februar 2020 wurden die ersten COVID-19-Fälle in Österreich entdeckt, zwei 24-Jährige in Innsbruck lebende italienische Staatsbürger hatten sich infiziert.⁹²⁰ So traf an diesem Tag das Bundesministerium für Landesverteidigung Maßnahmen, die zu einer Erhöhung der Bereitschaft für einen möglichen Assistenzeinsatz erforderlich waren: „*Sollte das Bundesheer zur Assistenz angefordert werden, können unsere Soldatinnen und Soldaten rasch reagieren und umfassend helfen*“,⁹²¹ sagte Verteidigungsministerin Klaudia Tanner nach einem Treffen mit dem Generalstab. Anfang März 2020 – also zu Beginn des Coronakrise – fand bereits ein Assistenzeinsatz der ABC-Abwehr in einer mit dem COVID-19-Virus verseuchten Polizeistation in Niederösterreich statt. Ein 10-Mann-Team aus Korneuburg rückte dazu aus und desinfizierte sowohl die Räumlichkeiten als auch die Polizeifahrzeuge. Am 15. März 2020 verkündete Tanner die Teilmobilisierung der Miliz und die Verlängerung des Präsenzdienstes für all jene Grundwehrdiener, die Ende März 2020 abgerüstet hätten. Soldaten halfen seither auch bei der Produktion von Desinfektionsmitteln und bei der Lagerlogistik von Lebensmittelkonzernen sowie der Post. Vier Tage später standen rund 1000 Soldaten und Zivilbediente im *Corona-Einsatz*, Soldaten des Bundesheeres übernahmen an diesem Tag auch den Schutz der Botschaften und ähnlicher Objekte in Wien von der Polizei. Am 20. März 2020 aktivierte das Bundesministerium für Inneres den Assistenzeinsatz des Bundesheeres für ganz Österreich. Am 2. Februar 2020 flog Frankreich zahlreiche EU-Bürger aus China aus, darunter auch sieben aus Österreich. Das Außenministerium ersuchte das Verteidigungsministerium um Weitertransport der österreichischen Staatsbürger von Frankreich nach Österreich. Der Transport wurde mit einer *Lockheed C-130 Hercules* des Bundesheeres durchgeführt. Am 12. März 2020 starb erstmals ein COVID-19-Patient in Österreich. Das Bundesheer setzte daraufhin Mitte März die Stellung / Musterung aus und verstärkte seinen Einsatz zur Bewältigung der Coronakrise. Dadurch konnte eine

⁹¹⁹ Hannah Mauracher, Tag 1 der neuen Corona-Regeln, in: *Salzburger Nachrichten* 2.08.2022, S. 3.

⁹²⁰ Sabrina Glas, „Das Virus hat seinen Schrecken verloren“, in: *Salzburger Nachrichten*, 25.02.2023, S. 18.

⁹²¹ Jürgen Zacharias und Sarah Wetzlmayr, Im Kampf gegen das Virus, in: *Militär Aktuell*, Ausgabe 2/2020, S. 10-24, hier S. 12.

Ansteckung unter den Stellungspflichtigen und dem medizinischen Personal des Bundesheeres verhindert werden. Daraus resultierend wurde durch die Bundesregierung für alle Soldaten des Einrückungstermines Oktober 2019 ein zweimonatiger Aufschubpräsenzdienst (von Anfang April bis Ende Mai 2020) verfügt. Der Aufschubpräsenzdienst ist ein verlängerter Grundwehrdienst und hat den Zweck, in Krisensituationen mit schnell verfügbaren Kräften die Einsatz- und Durchhaltefähigkeit des Bundesheeres sicherzustellen. Mit dieser Maßnahme wurde bewirkt, dass bis zur Übernahme durch die einberufenen Milizsoldaten weiterhin alle Aufgaben des Bundesheeres erfüllt werden konnten. Soldaten halfen zudem beim gesundheitsbehördlichen Abreisemanagement ausländischer Urlaubsgäste und unterstützten die Polizei bei Grenzkontrollen. Am 29. März 2020 endete seitens des Bundesheeres die Unterstützung der Lebensmittelketten zur Versorgung der Supermärkte, der Einsatz hatte am 14. März 2020 begonnen, zum Höchststand waren 753 Soldaten sowie Zivilbedienstete in insgesamt 31 Lagern in allen neun Bundesländern eingesetzt. Mit 3. April 2020 begann die Produktion eigener Gesichtsmasken.⁹²² Am 18. Mai 2020 begann der Milizeinsatz des Bundesheeres. Rund 1400 Milizsoldaten übernahmen in allen Bundesländern ihre Einsatzaufgaben. Zwei Tage zuvor übernahm das Bundesheer den Betrieb des Postlogistikzentrums in Hagenbrunn bei Wien, da es dort viele SARS-CoV-2-Infizierte gegeben hatte. Am 19. Mai übernahm das Bundesheer auch das Postzentrum in Inzersdorf / Wien.⁹²³

Das Jagdkommando des Bundesheeres dient als *„Mittel der Wahl für die Bundesregierung im Falle notwendiger Evakuierungsmaßnahmen von Personen aus Krisengebieten“*, so wurde bei Beginn der Pandemie bei diversen durch das Außenministerium organisierten Rückholflügen für österreichische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger aus Ländern mit Eskalationspotenzial Jagdkommandosoldaten *„zur sicheren Begleitung eingesetzt“*.⁹²⁴

Das Bundesheer reduzierte als Reaktion auf *Corona* vorübergehend die Einsatzstärken der Auslandskontingente. Dies geschah *„im Gleichklang mit anderen europäischen Truppenstellern und in Absprache mit den internationalen Organisationen“*, so das Bundesministerium für Landesverteidigung am 14.

⁹²² Ebenda.

⁹²³ Ebenda, hier S. 15.

⁹²⁴ Philipp Segur-Cabanac, Das Jagdkommando – die Spezialeinsatzkräfte des ÖBH, in: Perspektiven. Freunde der Landesverteidigungsakademie, Heft 2/2022, S. 25-27, hier S. 26.

April 2020. Die Einsatzfähigkeit der einzelnen Missionen blieb jedoch weiterhin sichergestellt. Das Bundesheer holte Personen aus den Einsatzräumen zurück, die nicht unmittelbar an der Erfüllung der Missionsziele beteiligt waren. Dies betraf vor allem Personen, die aufgrund ihres Alters einer Risikogruppe angehörten bzw. nationale Unterstützungselemente. Bei Kleinmissionen konnte es auch zu ausgeweiteten Maßnahmen kommen. So wurde etwa die Ausbildungstätigkeit der EU-Trainingsmission EUTM in Mali eingestellt. Bei allen Entscheidungen wurden die medizinischen Möglichkeiten vor Ort sowie die Kapazitäten für eine Rückholung von infizierten Soldaten berücksichtigt. So hatte man bereits Angehörige aus Mali und aus Bosnien-Herzegowina unter intensiver medizinischer Betreuung zurückgeholt. Soldaten, die repatriert wurden, kamen in eine 14tägige Quarantäne. Das Bundesheer stand somit in einem „*Spannungsfeld zwischen internationaler Solidarität und der Fürsorgepflicht gegenüber unseren Soldatinnen und Soldaten*“, so Ministerin Klaudia Tanner.⁹²⁵ Im Zuge der COVID-19-Pandemie wurden zudem insgesamt 8000 Soldatinnen und Soldaten sowie Zivilbedienstete des Bundesministeriums für Landesverteidigung im Zuge der Massentestung der Bevölkerung herangezogen. Der Einsatz zur Pandemiebekämpfung umfasste Testen, Impfen, Contact-tracing und Grenzmanagement.⁹²⁶

Für den COVID-19-Einsatz des Bundesheeres wurde ab 4. Mai 2020 erstmals in der Zweiten Republik die Miliz zu einem Einsatz teilmobilisiert, deren Stärke betrug 1400 Soldaten. Die Milizsoldaten lösten jene Grundwehrdiener ab, deren Turnus zuvor verlängert worden war. Drei Monate sollte der Einsatz dauern. Nach dem Einrücken erfolgten zunächst zweiwöchige Einsatzvorbereitungen, der Einsatz selbst war hauptsächlich „*sicherheitspolizeilicher Natur*“ und lag vor allem in der Bewachung von Botschaften, Generalkonsulaten und Konsulaten, in der Grenzsicherung oder zum Schutz kritischer Infrastruktur. Der Großteil der Milizsoldaten kam an den Grenzen zum Einsatz. Die Milizsoldaten waren am 4. Mai 2020 in die Maria-Theresien-Kaserne eingerückt und absolvierten in den Wochen zuvor eine Einsatzvorbereitung. Der Schwerpunkt der Ausbildung lag unter anderem auf einem interaktiven Szenarien-Training mit der Landespolizeidirektion Wien, einer Funk- und Schießausbildung, aber auch

⁹²⁵ Die Presse, Bundesheer verkleinert Truppen im Ausland, in: *Die Presse*, 15.04.2020, S. 8.

⁹²⁶ Gunther Hauser, Das Bundesheer im Spannungsfeld zwischen Reformen und politisch-gesellschaftlicher Akzeptanz, Allgemeine Reihe Nr. 78, Österreichische Gesellschaft für Landesverteidigung und Sicherheitspolitik, Wien, Februar 2023, S. 44.

die erforderlichen rechtlichen Bestimmungen sowie deren korrekte Anwendung wurden geschult.⁹²⁷

Beim Bundesheer waren Heeresspitäler 2012 geschlossen worden. Wenn also mehr Spitalsbetten für Coronapatienten benötigt worden wären, hätte das Bundesheer diese nicht bereitstellen können. Als Grund für deren Schließung wurde eines der vielen Sparpakete angeführt, das dem Bundesheer seitens der damaligen Bundesregierung zuvor auferlegt wurde. Die Grundlage für die Schließung bildete zudem der Rechnungshofbericht aus dem Jahr 2009. Dort stellten die Prüfer den drei Heeresspitälern – sie befanden sich in Wien, Graz und Innsbruck – ein vernichtendes Zeugnis aus.⁹²⁸ Die Auslastung lag damals nur bei 25 Prozent, und dies auch nur deshalb, da Ambulanzfälle stationär aufgenommen worden waren. Die tatsächliche Auslastung betrug damals tatsächlich nur fünf Prozent; viele Heeresärzte waren innerhalb der Dienstzeit in ihren Privatpraxen anzutreffen. Die Kosten für die Heeresspitäler betrugen zu diesem Zeitpunkt 16 Millionen Euro. Der Rechnungshof stellte daher fest, die medizinische Versorgung der Soldaten könne durch Kooperationen mit zivilen Einrichtungen wesentlich günstiger sichergestellt werden, so die Conclusion der Prüfer, der auch die Politik gefolgt war. Die Heeresspitäler waren ursprünglich nicht nur für die Behandlung von Soldaten vorgesehen gewesen, sondern auch als Ausweichspitäler für die Allgemeinheit, falls die öffentlichen Spitäler überlastet gewesen wären. Ein Fall, der erstmals mit *Corona* hätte eintreten können. Die Funktion des Bundesheeres als *strategische Reserve der Republik* wurde auch hier in den vergangenen Jahrzehnten sukzessive reduziert. Lange Zeit verfolgte das Bundesheer die Idee der Autarkie als grundlegendes Konzept: man wollte von ziviler Infrastruktur unabhängig sein, um auch dann agieren zu können, wenn diese zusammenbräche. Zudem wurden auch Heerestankstellen abgebaut, was im Katastrophenfall, beispielsweise bei einem Blackout, zum Problem werden könnte. Denn ohne Stromversorgung kann bei zivilen Tankstellen nicht mehr getankt werden. Auch die Nahrungsmittelversorgung der Soldaten ist für Krisenzeiten nicht unbedingt sichergestellt. Zumal in den letzten Jahren von autonomer Versorgung in den Kasernen (inklusive der Feldküchen) auf Zentralküchen umgestellt worden war. Und diese verfügen bei Weitem nicht über die Kapazitäten von Feldküchen. Ebenso zurückgefahren wurde die Bevorratung von Medikamenten und Verbandstoffen.

⁹²⁷ Ebenda, S. 44f.

⁹²⁸ Martin Fritzl, Dem Bundesheer fehlen die Spitäler, in: *Die Presse*, 27.03.2020, S. 4.

Durch den Verkauf von Heeresliegenschaften gingen auch Unterbringungsmöglichkeiten verloren.⁹²⁹

Ableitungen

Das Ziel der Bundesregierung in den Jahren während der Hochphasen der Coronapandemie lag vornehmlich darin, das Gesundheitssystem nicht durch Überlastung zu gefährden: „*Ausgangssperren, Wirtshausschließungen, Verordnungen zu Heimschule und Heimarbeit oder sonstige Beschränkungen wie Besuchsverbote in Krankenhäusern sind damit begründet worden, die Intensivstationen in den Spitälern vor Überfüllung zu bewahren.*“⁹³⁰ In Österreich gab der damalige Gesundheitsminister Anschöber Anfang 2021 bekannt, dass von den 7450 Coronatoten in Österreich 43 Prozent in Alters- und Pflegeheimen gestorben waren. Laut Anschöber gab es unter den knapp 100.000 institutionell untergebrachten Senioren mehr als 18.000 Covid-19-Fälle.⁹³¹ Die Diskussion darüber, ob genug getan werde, um die ältere Bevölkerung zu schützen, war naturgemäß eine emotionale. Pläne, Bewohner und Angestellte regelmäßig zu testen, funktionierte lange kaum.⁹³² „*Koste es, was es wolle*“ – so lautete die Devise der Bundesregierung bei der Bereitstellung von Hilfsmitteln. Über die Treffsicherheit der Hilfsmaßnahmen beanstandete der Rechnungshof selbst

- die fehlende Abstimmung innerhalb und zwischen Ministerien und den Gebietskörperschaften sowie die zeitgerechte Einbindung des Verfassungsdienstes;
- zudem fehlte auf Länderebene auch ein öffentlich einsehbares Berichtswesen.⁹³³

Der Verfassungsgerichtshof betonte im Juli 2020, dass die im März und April von der Bundesregierung verordneten Ausgangsregeln gesetzeswidrig waren. Ein Jurist, Assistent an der Sigmund-Freud-Universität, hatte die Bestimmungen angefochten. Alle Strafen nach der Betretungsverordnung hielten nicht mehr. Der Verfassungsgerichtshof entschied, dass den Ausgangsregeln für den öffentlichen Raum die gesetzlichen Grundlagen

⁹²⁹ Ebenda.

⁹³⁰ Manfred Perterer, Lehren aus der Pandemie, in: *Salzburger Nachrichten*, 19.03.2022, S. 1.

⁹³¹ Ivo Mijnsen, Corona wütet in Österreichs Altersheimen, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 28.01.2021, S. 2.

⁹³² Ebenda.

⁹³³ Helmut Kretzl, Wohin die Covid-Hilfen wirklich flossen, in: *Salzburger Nachrichten*, 26.06.2021, S. 21.

fehlten. Die Verordnung des Gesundheitsministers Anschöber war zu weitreichend. Das Parlament hatte zwar den Minister dazu ermächtigt, per Verordnung Betretungsverbote für bestimmte Orte zu erlassen. Anschöbers Regeln waren laut Verfassungsgerichtshof jedoch von der Idee getragen, dass man den öffentlichen Raum grundsätzlich nicht mehr betreten dürfe, es sei denn, es läge ein Ausnahmegrund vor. Zu einer so weitreichenden Einschränkung, laut der die Bevölkerung grundsätzlich zu Hause bleiben musste, war der Gesundheitsminister jedoch nie ermächtigt worden, so der Verfassungsgerichtshof. Die zentralen Bestimmungen in der Verordnung wurden somit gekippt. Die Ausgangsbestimmungen waren bis Ende April 2020 in Kraft gewesen. Die Ein-Meter-Abstandsregel wurde nur allgemein für öffentliche Orte angeordnet. Der Verfassungsgerichtshof kam zu folgendem Ergebnis: es wäre grundsätzlich möglich, strikte Ausgehverbote zu verhängen, wenn diese nötig sind, aber es brauche dafür eine dementsprechende gesetzliche Grundlage.⁹³⁴

Laut einer Verordnung von Gesundheitsminister Anschöber musste man nur beim *Betreten* des öffentlichen Raumes einen Meter Abstand zu anderen halten. Nach dieser Bestimmung gab es aber für das weitere Verweilen keine Abstandsregeln mehr. Dies erkannte das Landesverwaltungsgericht Wien und kippte aufgrund der vom Gesundheitsministerium gewählten Formulierung eine Coronastrafe. Coronamaßnahmen wurden insgesamt von der Regierung legislativ zweifelhaft umgesetzt. Das zeigten bereits frühere Gerichtsentscheidungen. Im Juli 2020 gab es gleich drei neue Erkenntnisse von Landesverwaltungsgerichten, die die Rechtmäßigkeit von Strafen in Frage gestellt hatten:⁹³⁵

- Dabei handelte es sich um eine Person, die Mitte April 2020 auf einer Parkbank in Wien angetroffen wurde. Sie hielt den Mindestabstand von einem Meter zu Personen aus anderen Haushalten nicht ein. Dafür sollten 360 Euro Strafe gezahlt werden, so der Magistrat Wien im Mai 2020. Diese Strafe kippte das Landesverwaltungsgericht Wien. Schließlich war seit 1. Mai 2020 das Betreten öffentlicher Orte generell wieder erlaubt, solange der Ein-Meter-Abstand («Baby-Elefanten-Abstand»)⁹³⁶ eingehalten wurde.

⁹³⁴ Philipp Aichinger, Richter erteilen Regierung Lektion, in: *Die Presse*, 23.07.2020, S. 1.

⁹³⁵ Philipp Aichinger, Gericht: Ein-Meter-Abstand meist nicht Pflicht, in: *Die Presse*, 4.07.2020, S. 9.

⁹³⁶ Bundesregierung / Österreichisches Rotes Kreuz, Reisen zur Corona-Zeit: Mit Hausverstand und Babyelefant, in: *Salzburger Nachrichten*, 25.07.2020, S. 4.

Und die neuere Regel galt wegen des Günstigkeitsprinzips für Betroffene nun auch für ältere Fälle. Und was den Ein-Meter-Abstand betrifft, so hatte der Mann ihn ja eingehalten, als er den öffentlichen Park betrat. Ein Verweilen mit einem Meter Abstand sah Anschobers Verordnung nicht vor. Das Covidgesetz, auf dem diese Verordnung fußte, hatte Strafen nur für das Betreten angedroht.

- Das Landesverwaltungsgericht Niederösterreich entschied über einen Schüler. Er war Ende März 2020 mit einer anderen Person (laut dem Schüler seine Freundin) im selben Auto gesehen worden. Regeln, die Fahrgemeinschaften ausdrücklich erlaubten, kamen erst im April 2020. Und so sollte der Schüler Strafe zahlen, weil er im Auto zu einer Person aus einem anderen Haushalt weniger als einem Meter Abstand gehalten hatte. Das Auto sei kein öffentlicher Ort, sondern ein privater, urteilte das Gericht. Also bestanden auch keine Mindestabstandsregeln. Die Strafe wurde aufgehoben.
- Eine Richterin des Landesverwaltungsgerichts Wien beantragte beim Verfassungsgerichtshof die Aufhebung weiter Teile von Anschobers Verordnung. Es ging dabei um die Frage, ob die (ursprüngliche) Verordnung zu weit ging, wenn sie generell das Betreten der Öffentlichkeit und nicht nur bestimmter Orte untersagen wollte. Ein generelles Verbot wäre verfassungswidrig. Damit war auch allen (noch nicht bezahlten) Strafen die Grundlage entzogen.⁹³⁷

Karl Stöger, Professor für öffentliches Recht damals an der Universität Graz, meinte dazu: *„Es ist wichtig, dass Klarheit herrscht. Und man für spätere Lockdowns oder für Epidemien in 20 Jahren weiß, welche der Maßnahmen gesetzeskonform waren.“*⁹³⁸ Es wäre empfehlenswert gewesen, weniger, dafür aber durchdachte und für Menschen verständliche Maßnahmen anzuordnen. Mangelnde Bereitschaft der Bevölkerung, bei den gesundheitlichen Maßnahmen mitzuziehen, sah in diesem Zusammenhang im Oktober 2020 der Salzburger Soziallandesrat Heinrich Schellhorn: *„Die Politik kann Maßnahmen verordnen. Sie wirken nur, wenn die Bevölkerung mitmacht.“*⁹³⁹ *„Der Lockdown hat seine Wirksamkeit verloren“*, betonte der damalige Bundeskanzler Sebastian Kurz

⁹³⁷ Philipp Aichinger, Gericht: Ein-Meter-Abstand meist nicht Pflicht, in: *Die Presse*, 4.07.2020, S. 9.

⁹³⁸ Ebenda.

⁹³⁹ Claudia Lagler, Salzburg stellt erste Gemeinde unter Quarantäne, in: *Die Presse*, 16.10.2020, S. 4-5, hier S. 5.

am 25. Februar 2021. Massentestungen hatten kein wirksames Ergebnis gebracht, die Ansteckungszahlen blieben hoch, so der Infektiologe Günter Weiss von der Universität Innsbruck.⁹⁴⁰

Unterricht in der Schule wurde ermöglicht, soweit dies damals auch verantwortbar war. Die Frage der Schulöffnung blieb eine der schwierigsten Gradwanderungen in der Pandemie. Durch den breiten Einsatz von Tests sowie die Zunahme der Impfungen gab es jedoch etwas mehr Spielraum, Schulen offenzulassen bzw. wieder zu öffnen. In den Schulen musste deshalb umfassend getestet werden, jede Schule benötigte eine eigene Teststrategie. Zudem nahm skizzierte *digitaler* Unterricht und auch das Homeoffice zu.

Im Tourismus griff Susanne Kraus-Winkler, Sprecherin der Hotellerie, das „Chaosmanagement“ des zuständigen Ministers an: *„Das Chaosmanagement des Ministers, das ist einfach nicht akzeptabel. Mann kann sich nicht einmal zwei Tage lang auf eine neue Verordnung verlassen, dann kommt schon die nächste. Über die technische Umsetzung von Verordnungen spricht obnehin niemand mehr. So geht das nicht.“*⁹⁴¹ Ausfallsbonus, Fixkostenzuschuss, Umsatz- und Verlustersatz: unter diesen Titeln hatte die Republik Österreich den krisengeplagten Behergungsbetrieben bis Mitte Dezember 2021 mehr als 1,8 Milliarden Euro an Coronahilfen überwiesen. Zur Krisenbewältigung hatte es Förderungen gegeben, *„die wir sonst nie bekommen hätten.“*⁹⁴² So berichtete der Inhaber des Hotel *Cortisen* in St. Wolfgang (Oberösterreich), Roland Ballner, dass es nicht bei den 1,2 Millionen Euro an Förderungen für seinen 25 Meter langen Indoorpool blieb. Die Bauarbeiten wurden im Winter 2020/2021 ausgedehnt auf die Errichtung eines neuen Bootshauses, auf die thermische Sanierung des Gebäudes, die Renovierung von acht Gästezimmern und die Erneuerung des gesamten Eingangsbereiches. So war der Umbau aufgrund der umfassenden Förderungen umfangreicher ausgefallen: *„Und auf einmal waren wir bei drei Millionen.“*⁹⁴³ Eine COVID-19-Investitionsprämie konnte für Ausgaben von 5000 bis 50 Millionen Euro beantragt werden, sieben Prozent flossen als Prämie. Wenn Umbauten mit Digitalisierung, Ökologisierung,

⁹⁴⁰ ORF Zeit im Bild, 25.02.2021, 08.05 Uhr.

⁹⁴¹ Österreich, Hotellerie-Obfrau: „Erwarten ein Minus zwischen 30 und 50 Prozent“, in: *Österreich*, 25./26.12.2021, S. 4.

⁹⁴² Salzburger Nachrichten, 340 Millionen Euro flossen in die Hotellerie, in: *Salzburger Nachrichten*, Aus Stadt und Land, 29.12.2021, S. 1.

⁹⁴³ Ebenda.

Gesundheit und „*Life Science*“ zusammenhängen, stieg der Fördersatz auf 14 Prozent. Es gab zudem einen Lockdown-Umsatzersatz für den Zeitraum vom 3. November bis 6. Dezember 2020, direkt betroffenen Betriebe erhielten 80 Prozent des Umsatzentfalles (gedeckt bei 800.000 Euro). Laut Ballner war dieser „*besonders üppig*“.⁹⁴⁴ „*Das war etwas übertrieben, muss ich ganz ehrlich sagen. Auch gegenüber den anderen Branchen.*“ Ob und wieviel und wann Fördergelder überwiesen wurden, hatten die Unternehmer selbst mitunter nicht in der Hand. Ballner: „*Es hängt auch davon ab, wie schnell und genau man seine Unterlagen einreicht. Ein guter Steuerberater ist hier sicher sehr hilfreich.*“⁹⁴⁵

Die anfängliche Schockstarre sowie der draufhin mit eiserner Disziplin gezeigte Durchhaltewillen der Bevölkerung im ersten Halbjahr 2020 wurde in Österreich von einem „*Laissez-faire*“-Sommer abgelöst, in dem jeder in Eigenverantwortung sich so zu verhalten hätte, wie er sollte, aber in Wahrheit häufig so tat, wie er wollte. Bundeskanzler Kurz erblickte damals sogar schon das „*Licht am Ende des Tunnels*“.⁹⁴⁶ Die Infektionszahlen stiegen über den Sommer 2020 in Österreich wieder an, die Stimmung in der Bevölkerung schwankte „*zwischen depressiv, aggressiv und allgemeiner Wurstigkeit*“.⁹⁴⁷ Das Vertrauen in die Bundesregierung und in die Wissenschaft begann damals zu schwinden:

- zu viele Prognosen hatten den «*Charakter von Prophezeiungen*», diese erwiesen sich oftmals als unrichtig.
- Zu viele Konzepte wurden zwar medienwirksam und fast täglich angekündigt, jedoch nicht oder mangelhaft umgesetzt.
- Zu viele Maßnahmen wurden «überfallsartig» eingeführt, die Menschen wurden dadurch ihrer privaten und wirtschaftlichen Planungssicherheit beraubt.
- Die zu Beginn vielgepriesene Corona-App wurde als Instrument der Rückverfolgung von Kontakten kaum genutzt und war somit nicht brauchbar.

⁹⁴⁴ Thomas Sendlhofer, Hotelier verdoppelte dank Covidhilfen Investitionen, in: *Salzburger Nachrichten*, Aus Stadt und Land, 29.12.2021, S. 4.

⁹⁴⁵ Ebenda.

⁹⁴⁶ Manfred Perterer, Die Regierung hat den Sommer verschlafen, in: *Salzburger Nachrichten*, 19.09.2020, S. 1.

⁹⁴⁷ Ebenda.

- Die «Ampel-Maßnahmen» waren ein «Rohrkrepierer». Niemand verstand wirklich, was die unterschiedlichen Farben bedeuteten und welche Konsequenzen sie hatten.
- Die Testkapazität wurde als «viel zu niedrig» beschrieben. Private und universitäre Labors sollten derartige Tests auch gar nicht durchführen, obwohl sie dazu in der Lage waren. Es ging hier offensichtlich um viel Geld.
- Notrufnummer 1450: Hilferufe landeten oft in viel zu langen Warteschleifen. Bis letztlich ein Team zur Testung vorbeikam, konnten Tage vergehen. Weiterwarten hieß es schließlich auch bis zum Vorliegen eines Ergebnisses. Zudem musste ausreichend Personal eingestellt werden, um die Telefone in zumutbarer Zeit bedienen sowie auch Tests abwickeln zu können.
- Damals gab es noch keine Regeln für die Heimarbeit.
- Große Firmen begannen mit Kündigungen.
- Berlin hatte Wien zur «Roten Zone» erklärt.⁹⁴⁸

Manfred Perterer, Journalist, beschrieb die Lage später - im März 2022 – in Österreich wie folgt:

„Momentan hat man das Gefühl, die Regierung habe ihren Kampf gegen das Virus mehr oder weniger aufgegeben. Nach allen möglichen und unmöglichen Versuchen, die Virenverbreitung durch Lockdowns, Impfungen oder Abstandsregeln sowie andere Gebote und Verbote einzudämmen, lässt man es jetzt mit Ausnahme Wiens einfach laufen. Politiker und Expertinnen in den vielen Krisenstäben (Ampel, Gecko, Länderkommissionen) sind scheinbar müde geworden. Was auch immer sie getan und entschieden haben, sie wurden und werden dafür kritisiert. Kommen Öffnungen für die einen zu früh, sind sie für die anderen noch immer zu spät. Sind Maßnahmen für die einen noch immer zu hart, erscheinen sie den anderen als zu weich. Das ergibt ein ständiges Hin und Her. Auch weite Teile der Gesellschaft sind ‚coronamüde‘ geworden. Ausgerechnet jetzt, da die Zahl der Infektionen so hoch ist wie nie zuvor, lässt die allgemeine Wachsamkeit nach. Kaum jemand will noch etwas von Covid hören.“⁹⁴⁹

Zum Auftakt der neuen ÖVP-FPÖ-Koalitionsregierung in Niederösterreich wurde auf Druck der FPÖ in Niederösterreich ein mit 30 Millionen Euro

⁹⁴⁸ Ebenda.

⁹⁴⁹ Manfred Perterer, Lehren aus der Pandemie, in: *Salzburger Nachrichten*, 19.03.2022, S. 1.

dotierter Fonds zur Entschädigung von „Coronaopfern“ (Diktion der FPÖ) eingerichtet. Bezahlt sollen daraus die Folgekosten von Impfschäden, die Behandlung psychischer Folgen der Pandemie, die Mehraufwendungen für Heimunterricht etc. werden. Darüber hinaus war das Land Niederösterreich bestrebt, jene Strafgeelder zurückzuzahlen, die aufgrund der Verletzung von Coronabestimmungen eingekerkert und in der Folge durch den Verfassungsgerichtshof aufgehoben wurden. Auch wird das Land Niederösterreich alle Postenbewerber, die aufgrund der fehlenden Coronaimpfungen abgelehnt worden sind, zu einer neuerlichen Bewerbung einladen.⁹⁵⁰ Während der Koalitionsbildung zwischen der ÖVP und FPÖ im Bundesland Salzburg im Frühjahr 2023 war eine derartige Vorgangsweise wie in Niederösterreich jedoch nicht vereinbart worden.

Es gilt jedoch weiterhin, die während der Pandemie entstandene Spaltung in der Bevölkerung gemeinsam zu überwinden. So führte Bundeskanzler Karl Nehammer aus: *„Es war etwas völlig Neues, das uns mit voller Wucht getroffen hat und uns als Gesellschaft vor nie genannte Herausforderungen gestellt hat. Eine kritische, schonungslose Analyse ist daher Pflicht und gleichzeitig Voraussetzung, um diese gesellschaftlichen Wunden zu heilen und das Trauma zu bewältigen.“*⁹⁵¹ Nehammer führte weiter aus: *„Ziel ist es, zu jener Gemeinsamkeit zurückzufinden, die unser Land seit Jahrzehnten stark macht und eine gesellschaftliche Versöhnung zu schaffen. Es braucht Transparenz in der Frage, wie Entscheidungen zu Corona-Maßnahmen zustande gekommen sind und welche Auswirkungen sie auf die Gesellschaft hatten.“*⁹⁵² Neben den Lockdowns soll auch die beschlossene Impfpflicht, die nie umgesetzt worden ist, ein Thema der Aufarbeitung sein.: *„Viele Menschen fühlen sich abgehängt, vom Staat nicht mehr vertreten. Das alles geht in Österreich, einem der reichsten Länder der Erde, an die Substanz der Demokratie. Drei Jahre nach Beginn der Pandemie braucht es ein neues Miteinander“*, sagte Gesundheitsminister Johannes Rauch.⁹⁵³ Die FPÖ betonte im Vorfeld des parlamentarischen Gesundheitsausschusses am 15. Februar 2023, eine *„ausnahmslose Amnestie für alle Betroffenen in Verwaltungsstrafverfahren im Zusammenhang und in Folge von Coronamaßnahmen“* erreichen zu wollen, so die Abgeordnete Dagmar Belakowitsch. Sie setzt weiterhin auch auf die *„Rücküberweisung aller bisher*

⁹⁵⁰ Salzburger Nachrichten, Coronafonds, in: *Salzburger Nachrichten*, 18.03.2023, S. 3.

⁹⁵¹ Martin Gebhart, Trauma Corona: Regierung will „gesellschaftliche Wunden“ heilen, in: *Kurier*, 16.02.2023, S. 6..

⁹⁵² Ebenda.

⁹⁵³ Ebenda.

durch die Verwaltungsstrafbehörden eingehobenen und eingetriebenen Strafen⁹⁵⁴, die wegen Übertretungen von Corona-Verordnungen angefallen waren.⁹⁵⁴

COVID-19 – die Forschung nach dem Virus und die Reaktion auf die Pandemie

Nicht gefunden wurden die direkten Vorfahren des SARS-CoV-2. Damit bleibt auch die Frage, wie genau und über welche Stationen das Virus seinen Weg in den Menschen fand, weiterhin offen. Die nächsten Verwandten des Virus waren noch immer zwei Fledermaus-Coronaviren, die 1500 Kilometer von Wuhan entfernt entdeckt wurden, in Wuhan selbst wurde SARS-CoV-2 erstmals nachgewiesen. Jedoch trennten sich die Wege der beiden Viren laut Forscher bereits vor etwa 50 Jahren von SARS-CoV-2. Forscher analysierten weitere Coronaviren aus Fledermäusen und Schuppentieren mit Blick auf den Ursprung des Virus.⁹⁵⁵

Am 20. Februar 2020 hatte ein Team der Harvard University – es bestand aus Experten in den Bereichen Epidemiologie, Infektionskrankheiten, Ökonomie, Politik u.a. – vor einer weltweiten Pandemie gewarnt. Die Maßnahmen, die China als Reaktion auf die Verbreitung von SARS-CoV-2 eingeleitet hatte, hätten zwar die Ausbreitung des Virus verlangsamt, konnten jedoch die Ausbreitung außerhalb China nicht verhindern, so das Team aus den USA.⁹⁵⁶ Am 6. März 2020 erschien in der Fachzeitschrift „*Science*“ eine Studie, geschrieben von einer Gruppe von Autoren aus China und den USA. Sie wiesen darauf hin, dass nur eine „*Kombination von Grenzschließungen und lokalen Ausgangssperren effektiv sei*“, derartige Maßnahmen wären geeignet, „*die Verbreitung des Virus um 90 Prozent einzudämmen.*“⁹⁵⁷ Die Schweizer Behörden waren jedoch der Ansicht, „*Grenzschließungen würden nichts bringen, weil sich die meisten sowieso zu Hause anstecken würden.*“⁹⁵⁸ Die

⁹⁵⁴ Ebenda.

⁹⁵⁵ Stephanie Kusma, Schwierige Suche nach Ursprung des Coronavirus, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 5.02.2021, S. 16.

⁹⁵⁶ August Pradetto, Multiples Versagen: WHO, EU und Deutschland in der Corona-Krise, WIFIS-Arbeitspapier Nr. 3, hrsgg. vom Wissenschaftlichen Forum für Internationale Sicherheit e.V., Hamburg, Juni 2020, S. 9.

⁹⁵⁷ Ebenda, S. 10.

⁹⁵⁸ Ebenda.

Coronakrise und dessen administrative Folgen – Lockdowns – erreichten die meisten europäischen Staaten im März 2020.

Wer zu Beginn der Coronakrise der sogenannte *Patient Null* war und wie das Virus SARS-CoV-2 auf den Menschen übersprang, wird sich wahrscheinlich nie mehr klären lassen. Empirisch lässt sich der Ursprung dieses Virus nicht erfassen: „Möglicherweise wird er das auch nie, schließlich ist es eine *Sisiphos-Aufgabe herauszufinden, von welchem konkreten Tier der Erreger erstmals auf den Menschen übersprungen ist.*“⁹⁵⁹ Französische Mediziner berichteten über den Fall eines Patienten, der an COVID-19 litt und ab 27. Dezember 2019 in Paris behandelt wurde. Eine Studie britischer Forscher folgte aufgrund des Genom-Vergleichs von 7500 SARS-CoV-2-Viren aus aller Welt, dass die internationale Ausbreitung vermutlich schon im Jahr 2019 begonnen haben dürfte.⁹⁶⁰ Tatsache ist, dass die Dimension von SARS-CoV-2 bzw. COVID-19 von den meisten Regierungen weltweit komplett unterschätzt wurde. Der damalige österreichische Gesundheitsminister Anschöber meinte in Bezug auf die Nichterfassung der Problematik des COVID-19, „*Fabrlässigkeit ist niemandem vorzuwerfen: Zu Beginn der Pandemie weiß noch niemand, wie das Virus mit der Fachbezeichnung SARS-CoV-2 funktioniert.*“⁹⁶¹

Die Situation schien zwar aus politischer Sicht im Juni 2020 offensichtlich unter Kontrolle zu sein, dennoch warnten damals Virologen vor einer zweiten Infektionswelle, wie sie während der *Spanischen Grippe* zu verzeichnen war. Auch Richard Greil, Primar der III. Medizin am Uniklinikum in Salzburg und damaliger Leiter des vorübergehend eingerichteten medizinischen Krisenstabs des Landes Salzburg, schloss im April 2020 eine zweite Infektionswelle nicht aus, er berief sich bei seiner Einschätzung auf Rechenmodelle, die von Pandemien abgeleitet werden konnten. Dass sich im Juni 2020 keine zweite Welle angedeutet hatte, hing vor allem mit der Dauer des Lockdowns über einen Monat und schrittweise erfolgten Lockerungen zusammen, so Greil: „*Deswegen haben wir eine größere Verzögerung für das Auftreten weiterer Fälle. Es war aber auch bei vergangenen*

⁹⁵⁹ Fabian Kretschmer, Wie China den Ursprung des Virus verschleiert, in: *Die Presse*, 1.12.2020, S. 6.

⁹⁶⁰ Gunther Hauser, Österreich und die Coronakrise, ISS aktuell Nr. 2/2020, hrsgg. vom Institut für Strategie und Sicherheitspolitik (ISS) der Landesverteidigungsakademie, Wien, 20. Juli 2020, S. 4.

⁹⁶¹ Rudi Anschöber, *Pandemia. Einblicke und Aussichten*, Paul Zsolnay Verlag, 2. Auflage, Wien 2022, S. 10.

*Pandemien der Influenza unklar, warum zu welchem Zeitpunkt die Infektionen wieder massiver aufgetreten sind. Dies bleibt auch für COVID-19 offen.*⁹⁶² Greil verwies in diesem Zusammenhang auf zehn dokumentierte große Influenza-Pandemien seit dem Jahr 1700: „Bei allen diesen Pandemien ist es zu zweiten Wellen gekommen, die teilweise größer waren als die erste.“⁹⁶³ Es bleibt demnach aber auch wahrscheinlich, dass es künftig ebenso nur zu kleineren bis mittleren Infektionsherden komme, die bis zur Verfügbarkeit einer Impfung durch ein sehr gutes *Contact Tracing* (Nachverfolgung, wer Kontakt mit einer infizierten Person hatte) und frühe Quarantänemaßnahmen kontrolliert werden könnten.

Beim ersten Lockdown, der hart und konsequent durchgeführt wurde, war das Verständnis der Bevölkerung für die seitens der jeweiligen Regierung eingeleiteten Maßnahmen noch vorhanden. Lockerungen mussten sehr vorsichtig beginnen und von einer durchdachten Teststrategie mit verlässlichen Zahlen aus allen Bereichen gestützt werden. Zudem musste offen kommuniziert werden, „die Öffentlichkeit muss möglichst schnell von den aktuellen Daten und neuesten Entwicklungen erfahren.“⁹⁶⁴ Demnach hatte sowohl die Wissenschaft als auch die Politik „in der Anfangsphase der Ausbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 in Deutschland und Europa versagt.“ So schlussfolgerte der Rechtswissenschaftler August Pradetto: „Ein wesentlicher Teil der Infektionen, der tödlichen Opfer des Virus und der Beschädigung des ökonomischen und sozialen Lebens ist auf dieses Versagen zurückzuführen.“⁹⁶⁵ In zahlreichen Ländern Europas wurden „eklatante Fehler bei der Einabschätzung der Pandemie, bei der Festlegung von Strategien und der Implementierung von Maßnahmen gemacht.“⁹⁶⁶ Viele Ärzte und Wissenschaftler in Deutschland vertraten noch im März 2020 die Auffassung, bei COVID-19 handelte sich um eine „Art Grippe, mit der jedes Jahr zu rechnen sei. Diese fordere je nach Schwere der Infektion auch tausende Tote.“⁹⁶⁷ Damals war schon „überdeutlich“ zu sehen, dass die Pandemie „eine andere Qualität hatte“ – aufgrund der Entwicklungen in Wuhan im Dezember 2019

⁹⁶² Salzburger Nachrichten, „Selbstverständlich kann ein Fall Ischgl auch im Sommer passieren“, in: *Salzburger Nachrichten*, Aus Stadt und Land, 13.06.2020, S. 7.

⁹⁶³ Ebenda.

⁹⁶⁴ Hans Bürger, Günther Mayr, Knock down. Menschheit auf dem Prüfstand, Verlag Braumüller, Wien 2021, S. 74.

⁹⁶⁵ August Pradetto, Multiples Versagen: WHO, EU und Deutschland in der Corona-Krise, WIFIS-Arbeitspapier Nr. 3, hrsgg. vom Wissenschaftlichen Forum für Internationale Sicherheit e.V., Hamburg, Juni 2020, S. 1.

⁹⁶⁶ Ebenda.

⁹⁶⁷ Ebenda.

und im Januar 2020. Im Februar 2020 zeigten die Entwicklungen in Italien und Spanien eine plötzliche Überfüllung von Kliniken mit Patienten derselben Diagnose. Zudem gab es eine überaus hohe Rate von Infektionen bei Ärzten und Pflegepersonal mit ebenfalls hoher Mortalität. Es kam zu einem dadurch ausgelösten Mangel an Beatmungsgeräten, wodurch es zu Patientenselektionen im Fall medizinischer Operationen kam. Weiters wurde ein massiver Mangel an Medikamenten und Material aufgrund der massiven Ausbreitung von SARS-CoV-2 deutlich.⁹⁶⁸

Eine Vorhersage bleibt jedoch weiterhin schwierig, insbesondere ob die Verbreitung des Virus einer Saisonalität unterliegt – vor allem welchen Einfluss Umweltfaktoren wie Temperatur und Luftfeuchtigkeit auf SARS-CoV-2 haben. Greil hatte auch gewarnt, dass sich ein neuerlicher großer Ausbruch des Coronavirus zwischen September und November mit einer ersten Grippewelle überlappen könnte. Es erforderte daher „eine ausgewogene Position mit guter Vorbereitung, aber ohne Panik.“⁹⁶⁹ EU-weit mussten folglich einheitliche Testhäufigkeiten und -strategien eingeführt werden. Urlauber aus bzw. in Regionen mit unterschiedlichen Verhaltensregeln konnten laut Greil auch das Vorgehen nach Ausbrüchen erschweren: „Je heterogener die Population wird, desto schwieriger wird es nachzuvollziehen, wer in welchem Restaurant, in welchem Bad oder in welcher Bar war.“ So war es damals nicht ausgeschlossen, dass ein „Fall Ischgl“ an verschiedenen Orten in Europa nochmals auftreten hätte können.⁹⁷⁰ Von Ischgl aus erfolgte zu Beginn der Pandemie eine enorme geografische Verbreitung des Virus, das bestätigten auch genetische Analytiker des *Forschungszentrums für Molekulare Medizin* (CeMM).⁹⁷¹ Fest steht bisher, dass trotz eindringlicher Warnungen das Skigebiet Ischgl zu spät „heruntergefahren“ wurde (das Paznauntal wurde erst am 13. März 2020 unter

⁹⁶⁸ Ebenda

⁹⁶⁹ Hans Bürger, Günther Mayr, Knock down. Menschheit auf dem Prüfstand, Verlag Braumüller, Wien 2021, S. 74.

⁹⁷⁰ Skiurlauber, die sich im März 2020 vor allem in Ischgl mit SARS-CoV-2 angesteckt hatten, begehrten Entschädigung von der Republik Österreich. Ende November 2020 hatten sich bereits mehr als 6000 Geschädigte beim Verbraucherschutzverein (VSV) gemeldet. Mehrere Ischgl-Gäste hätten sich bereits vor Antritt ihres Urlaubs über die Gefahr einer Ansteckung erkundigt – so beim Tourismusverband Paznauntal oder in den Hotels. Doch waren die Menschen, so der Obmann des VSV, Peter Kolba, „belogen“ worden. Aus: Die Presse, Ischgl: Weitere Corona-Klagen eingebracht, in: *Die Presse*, 27.11.2020, S. 14.

⁹⁷¹ Zum *Fall Ischgl*: Gunther Hauser, Österreich und die Coronakrise, ISS aktuell Nr. 2/2020, hrsgg. vom Institut für Strategie und Sicherheitspolitik (ISS) der Landesverteidigungsakademie, Wien, 20. Juli 2020, S. 5f.

Quarantäne gestellt).⁹⁷² Dies bestätigte im Herbst 2020 der Bericht der sechsköpfigen Expertenkommission mit Vertretern aus Deutschland, der Schweiz und Österreich, die im Mai 2020 vom Tiroler Landtag eingesetzt worden war.⁹⁷³ Bereits am 3. März 2020 und somit acht Tage vor der WHO-Einstufung von COVID-19 als Pandemie waren in E-Mails aus Island an ein Hotel in Ischgl Hinweise erfolgt, wonach Erkrankte zuvor in Ischgl gewesen waren. Laut diesem Bericht waren Tausende Coronainfektionen in Europa auf Menschen, die in Tirol Urlaub gemacht hatten, zurückzuführen.⁹⁷⁴ Am 5. März 2020 erklärte Island Ischgl zum Risikogebiet, die Verantwortlichen jedoch verharmlosten noch am 8. März 2020 die Ausbreitung des Virus per Presseaussendung: „Eine Übertragung des Corona-Virus auf Gäste der Bar ist auch in medizinischer Sicht eher unwahrscheinlich.“⁹⁷⁵ Erst am 10. März 2020 wurden in Ischgl die Après-Skilokale geschlossen, drei Tage später folgte die Schließung der Lifte und Pisten, einige Tage später wurde der Betrieb sämtlicher Skigebiete in Tirol, mit 18. März 2020 wurde das ganze Bundesland Tirol unter Quarantäne gestellt. Später hatten sich mehr als 1000 infizierte Gäste aus aller Welt einer Sammelklage gegen die Verantwortlichen angeschlossen.⁹⁷⁶ Infektionen im COVID-19-Hotspot Ischgl hatten laut einer Studie des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel besonders stark zur Ausbreitung des Virus in Deutschland beigetragen, aber auch in Dänemark und Schweden erheblichen Anteil am Infektionsgeschehen gehabt. Zu ähnlichen Ergebnissen kamen Untersuchungen in Island und Norwegen.⁹⁷⁷

Um COVID-19 zu verhindern, war es einerseits wichtig, Basisimmunität in den jeweiligen Bevölkerungen zu bewirken, jedoch bleibt die Frage offen, ob sich überhaupt und wie genau sich künftige Veränderungen von Viren voraussagen ließen. Dazu wäre der Aufbau einer „möglichst digitalisierten, automatisierten Erfassung von Atemwegserkrankungen, die zu Hospitalisierungen führen“, notwendig gewesen, so Andreas Bergthaler, Virologe an der

⁹⁷² Manfred Rauchensteiner, Einleitung: Es ist einmal, in: Manfred Rauchensteiner, Michael Gehler (Hg.), Corona und die Welt von gestern, Böhlau Verlag, Wien-Köln-Weimar 2021, S. 7-11, hier S. 8.

⁹⁷³ Hans Bürger, Günther Mayr, Knock down. Menschheit auf dem Prüfstand, Verlag Braumüller, Wien 2021, S. 39.

⁹⁷⁴ Ebenda, S. 40.

⁹⁷⁵ Rudi Anschober, Pandemia. Einblicke und Aussichten, Paul Zsolnay Verlag, 2. Auflage, Wien 2022, S. 32.

⁹⁷⁶ Ebenda.

⁹⁷⁷ Ebenda.

Medizinischen Universität Wien.⁹⁷⁸ In Hinblick auf *Long COVID* (gesundheitliche Langzeitfolgeschäden⁹⁷⁹ von COVID-19) bleibt jedoch weiterhin noch vieles offen: „*Zu Long COVID sind die Daten noch relativ diffus und wir müssen besser verstehen, wie es dazu kommt, um zielgerichtete Therapien zu entwickeln*“, so Bergthaler. So sind die Risikofaktoren noch nicht vollständig geklärt. Impfungen reduzieren demnach das Risiko, an *Long COVID* zu erkranken, zudem gibt es Fachleute, die die Wirkung von Impfungen im Hinblick auf Folgeschäden untersuchen. Weitere Pandemien können jedoch weiterhin nicht verhindert werden, so der Virologe.⁹⁸⁰

Mit SARS-CoV-2 sind auf jeden Fall die Probleme der Gesundheitssysteme offengelegt worden, seither haben sich diese sogar noch verschärft: „*Das Personal ist ausgelaugt und die Fluktuation hoch*“, so Wilhelm Marhold, Gynäkologe und Leiter des Wiener Krankenanstaltenverbundes: „*Wenn wir im Spital so weitermachen, wird das System an die Wand gefahren.*“ Die Spitäler müssen „*komplett neu strukturiert werden.*“⁹⁸¹ So verließen in den Jahren 2022 und 2023 immer mehr Pflegerinnen und Pfleger erschöpft ihren Arbeitsplatz – vor allem in den besonders betroffenen Bereichen wie auf Intensivstationen und der Notfallmedizin. Andere hatten ihr Arbeitspensum reduziert, da sie dem Dauerdruck am Arbeitsplatz nicht mehr standhalten konnten.⁹⁸²

Insgesamt legte die COVID-19-Pandemie auf internationaler Ebene die Resilienzschwachstellen der internationalen Gesellschaften offen: Kommunikations- und Vernetzungsprobleme der einzelnen Ministerien, Verharmlosung und sogar Vertuschung der möglichen Gefahr aus nationalen (Prestige-)Gründen, Probleme bei der Versorgung mit Schutzausrüstung sowie auch zwischen EU-Mitgliedstaaten, sogar

⁹⁷⁸ Sabrina Glas, „Das Virus hat seinen Schrecken verloren“, in: *Salzburger Nachrichten*, 25.02.2023, S. 18.

⁹⁷⁹ Dazu zählen alle Beschwerden, die mehr als vier Wochen nach Beginn der akuten Infektion nicht abklingen oder auch neu hinzukommen „*und sich nicht anders erklären lassen*“. Mögliche Symptome sind beispielsweise Atembeschwerden, Erschöpfung / Fatigue sowie verminderte Leistungsfähigkeit. Aus: *Salzburger Nachrichten*, Covid-Ambulanz sperrt zu, in: *Salzburger Nachrichten*, 12.08.2023, S. 13.

⁹⁸⁰ Sabrina Glas, „Das Virus hat seinen Schrecken verloren“, in: *Salzburger Nachrichten*, 25.02.2023, S. 18.

⁹⁸¹ *Salzburger Nachrichten*, Spitäler „fahren an die Wand“, in: *Salzburger Nachrichten*, 6.04.2023, S. 2.

⁹⁸² Ebenda.

Weigerungen der Grenzbehörden, dringend benötigte Schutzausrüstungen – die bereits von den Empfängern bezahlt wurden – den dafür vorgesehenen Mitgliedstaaten der EU zukommen zu lassen. Zudem gab es auch Probleme bei der Internetversorgung der Bevölkerung. Schulunterrichte konnten nicht für alle Schüler virtuell zeitgleich bei Ausbruchsbeginn der Pandemie sichergestellt werden. Allein in den USA kam die „digitale Ungleichheit“ (*digital inequality*) insofern zum Ausdruck, als bereits zu Beginn des Ausbruchs der Pandemie geschätzte zwölf Millionen Kinder Schulaufgaben oder vorwissenschaftliche Arbeiten auf elektronischem Weg nicht fertigstellen konnten, da es zu Hause sowohl an Computern als auch an Internetverbindungen gemangelt hatte. Es entstand dadurch ein „Homework Gap“. Allein in New York City waren davon auch rund 300.000 Studenten betroffen.⁹⁸³ Vorwürfe standen zudem im Raum, Regierungen hätten mit Angstmache die Bevölkerung verunsichert.⁹⁸⁴

Im Fall der hochansteckenden *Delta*-Variante waren rund 90 Prozent der Spitalspatientinnen und -patienten auf den Intensivstationen in Österreich „nicht vollständig geimpft“, das Nationale Impfgremium empfahl daher Auffrischungsimpfungen. Eine Auffrischung wurde bereits ab 28 Tagen nach dem ersten Teil der Schutzimpfung empfohlen, außer bei *Johnson & Johnson*. Zudem wurde eine Auffrischung nach dem zweiten Teil der Schutzimpfung ab vier Monaten empfohlen. Als Impfstoffe waren damals *BioNTech/Pfizer* und *Moderna*, letzterer wurde erst ab dem Alter von 30 Jahren empfohlen, verfügbar.⁹⁸⁵ Weiters waren Testsysteme aufgrund sehr hoher Fallzahlen überlastet, so hatten beispielweise in der Schweiz Mitte Januar 2022 Winterthur und im Februar 2022 Zürich die Pooltests gestoppt, in Österreich wurde die Kontaktnachverfolgung nicht mehr möglich. Im Bundesland Salzburg bestätigte Landeshauptmann Wilfried Haslauer Anfang November 2020 den „Zusammenbruch der Kontaktverfolgung“ (*Contact Tracing*), Grund war die Überlastung des Systems: „Die Entwicklung der COVID-19-Pandemie in Salzburg muss als dramatisch bezeichnet werden: heute hatten wir einen neuen Rekordwert von fast 700 Neuinfektionen, mittlerweile stehen Stadt und Land bei fast 4500 aktiven Infektionen“, schrieb Haslauer damals in einem zweiseitigen

⁹⁸³ The New York Times, Locked out of the Virtual Classroom, in: *The New York Times International Edition*, 31.03.2020, S. 11.

⁹⁸⁴ Karina Reiss, Sucharit Bhakdi, Corona Fehlalarm? Zahlen, Daten und Hintergründe, 10. Auflage, Goldegg Verlag, Berlin 2020, S. 82 und 143.

⁹⁸⁵ Stadt Wien, Brief zur 4. Welle der Corona-Pandemie, ohne Zeitangabe (November / Dezember 2021).

Schriftstück an alle Bürgermeister des Landes Salzburg.⁹⁸⁶ Die Mitarbeiter in den Gesundheitsämtern waren damals am Ende ihrer Leistungsfähigkeit. Das Land konnte zwar innerhalb der vorgesehenen Zeit infizierte Personen rechtzeitig unter Quarantäne stellen. Bei Kontaktpersonen funktionierte das aber nicht mehr durchgängig: *„Ich muss daher mitteilen, dass mit den vorhandenen Ressourcen nicht mehr das Auslangen gefunden werden kann, andererseits sind die Ressourcen auch aus organisatorischen Gründen nicht beliebig ausdehnbar.“*⁹⁸⁷ So ersuchte Haslauer die Gemeinden, im Wege der Amtshilfe das *Contact Tracing* für die eigenen Gemeindebürger zu übernehmen: *„Das heißt, die telefonische Kontaktaufnahme und Erhebung sowie die Verkündung der mündlichen Quarantänebescheide am Telefon“*, so Haslauer. Mit den Kapazitäten, so ein Sprecher des Landeshauptmannes, war *„man damals am Ende“*.⁹⁸⁸ Dies kommentierte der Bürgermeister von Hallein, Alexander Stangassinger, es wäre nicht vorstellbar, dass eine Gemeinde das gesamte *Contact Tracing* übernehmen könne.⁹⁸⁹ So konnte eine *Cluster-Fahndung* auch gar nicht funktionieren, in der eine infizierte Person gefunden und versucht wurde, *„zurückzuverfolgen, wo sie sich angesteckt haben könnte, wie viele Menschen beteiligt waren und wo der Ursprung des Infektionsherdes war.“*⁹⁹⁰ Die Herausforderung bei diesen Clustern lag darin, dass diese ziemlich schnell an Größe gewannen und somit kaum noch zu überblicken waren. Beim *Contact Tracing* war es relevant, den sogenannten *Index-Fall* ausfindig zu machen, also *„jene Personen zu finden, bei der sich eine als identifiziert gemeldete Person angesteckt hat.“*⁹⁹¹

In der Coronakrise kristallisierte sich jener Grundsatz heraus, der für den Erfolg eines jeden Krisenmanagements entscheidend ist: Je später und zögerlicher die Reaktion, umso größer erweist sich der Schaden. Unterschiedliche Strategien zur Eindämmung des Coronavirus existierten sowohl in Europa als auch auf globaler Ebene. Nicht alle Strategien erwiesen sich als erfolgreich. Bereits 100 Jahre zuvor konnte man selbst in den USA die Folgen einer Pandemie deutlich beobachten: Während der *„Spanischen Grippe“* (1918-1922) wurde in Saint Louis das öffentliche Leben weitgehend eingestellt, Schulen, Geschäfte und Kultureinrichtungen wie Theater wurden

⁹⁸⁶ Heidi Huber, Land mit Contact Tracing am Ende: Haslauer ruft gemeinden zu Hilfe, in: *Salzburger Nachrichten*, Aus Stadt und Land, 7.11.2020, S. 5.

⁹⁸⁷ Ebenda.

⁹⁸⁸ Ebenda.

⁹⁸⁹ Ebenda.

⁹⁹⁰ Hans Bürger, Günther Mayr, Knock down. Menschheit auf dem Prüfstand, Verlag Braumüller, Wien 2021, S. 64.

⁹⁹¹ Ebenda.

damals rasch geschlossen, Gottesdienste verboten. Es gab in Saint Louis wenig Todesfälle (die Zahl belief sich auf 700) und eine rasche wirtschaftliche Erholung.⁹⁹² In Philadelphia dagegen ließ die Stadtverwaltung noch eine Parade von über 200.000 Menschen anlässlich des Endes des Ersten Weltkrieges zu, drei Tage später waren die Spitäler überfüllt, nach sechs Tagen wurden 45.000 Infizierte festgestellt. Nach weiteren sechs Wochen zählte man 12.000 Tote, die an dieser Krankheit gestorben waren.⁹⁹³ Die Lehren aus der *Spanischen Grippe* waren damals: „*Im Pandemiefall können zögerliche Reaktionen und ein dezentrales Vorgehen der Behörden zu Beginn einer Folgewelle dazu führen, dass diese stärker ausfällt, länger dauert und fataler endet.*“⁹⁹⁴

Während der Coronakrise wurden Ärzte und medizinisches Pflegepersonal weltweit als Helden gefeiert – von den USA über Europa bis in den Iran. Irans Gesundheitsminister Saeed Namaki meinte sogar: „*Defenders of health will be treated like defenders of our borders*“ und bezeichnete damals an COVID-19 gestorbene Ärzte als „*Märtyrer*“.⁹⁹⁵ Viel medizinisches Personal verlor durch COVID-19 weltweit ihr Leben – vor allem weil die dazu erforderliche Schutzausrüstung fehlte. Im Laufe der Jahre verzeichneten die Spitäler zunehmend weitere Ausfälle beim Personal, immer mehr SARS-CoV-2-Patienten brachten die Spitäler vor allem in den Jahren 2020 und 2021 in Notsituationen. Die Lage hatte sich besonders in Spitälern und Seniorenheimen zugespitzt.⁹⁹⁶

⁹⁹² Rudi Anschöber, *Pandemia. Einblicke und Aussichten*, Paul Zsolnay Verlag, 2. Auflage, Wien 2022, S. 87.

⁹⁹³ Ebenda.

⁹⁹⁴ Ebenda.

⁹⁹⁵ Najmeh Bozorgmehr, und Monavar Khalaj, *Iran's exhausted medics face high risks*, in: *Financial Times Weekend*, 21./22.03.2020, S. 4.

⁹⁹⁶ Salzburger Nachrichten, *Immer neue Infektionsrekorde: Maske wird wieder zur Pflicht*, in: *Salzburger Nachrichten*, „Aus Stadt und Land“, 19.03.2022, S. 8-9, hier S. 8.

Lehren für die Zukunft

Das Auftreten der Pandemie zeigte ebenso: „*Neue Krisen sind schwer zu prognostizieren. Man weiß nur, dass sie kommen werden.*“⁹⁹⁷ Daraus ist abzuleiten, dass der stete Ausbau der gesamtstaatlichen Fähigkeiten der strategischen Früherkennung wichtig ist.⁹⁹⁸ In Bezug auf Ischgl meinte Gesundheitsminister Anschöber: „*Es ist sicherlich nicht alles gut gelaufen in dieser Frage. Ja, da sind Fehler passiert.*“⁹⁹⁹ Als Vorsorgemaßnahmen eines Staates zählen der Aufbau von Reserven für wirtschaftliche Krisenvorsorge, eigene Medikamentensicherung, der Ausbau des Gesundheitswesens sowie eine möglichst unabhängige Energieversorgung. In diesem Zusammenhang erweist sich die Abstimmung gerade der Mitgliedstaaten der EU in Krisenzeiten als äußerst relevant: „*Solche Krisen kann man nur gemeinsam lösen.*“¹⁰⁰⁰

Die Coronakrise hatte insgesamt durch anfängliche Grenzsicherungen und Impfnationalismus eine Krise des Multilateralismus ausgelöst, jedoch gab es kurz danach Anzeichen für eine globale Solidarität wie etwa der COVAX-Initiative zur Beschaffung und globalen Verteilung von Corona-Impfdosen (im Ansatz, es kam jedoch zu Verzögerungen). Die Pandemie führte andererseits „*zur Verstärkung autoritärer Überwachungsstrukturen und zur Derogation von Menschenrechten,*“ förderte andererseits aber auch „*die globale Vernetzung und ermöglichte einen beispiellosen internationalen Austausch von Forschern bei der Entwicklung von Impfstoffen.*“¹⁰⁰¹

Renationalisierung bei der Koordination derartiger Krisen in Hinblick auf deren Bewältigung war folglich eine „*falsche Strategie*“.¹⁰⁰² Hier gaben Bilder wie beispielsweise das Zurückhalten von Ladungen von Schutzausrüstung, die von Österreich bezahlt wurden, durch deutsche Behörden sowie

⁹⁹⁷ Iris Bonavida, „Geopolitik verschwindet trotz Corona nicht“, Interview mit Generalmajor Johann Frank, in: *Die Presse*, 24.04.2020, S. 9.

⁹⁹⁸ Ebenda.

⁹⁹⁹ Die Presse, Kritik an Kanzler Sebastian Kurz, in: *Die Presse*, 15.10.2020, S. 9.

¹⁰⁰⁰ Iris Bonavida, „Geopolitik verschwindet trotz Corona nicht“, Interview mit Generalmajor Johann Frank, in: *Die Presse*, 24.04.2020, S. 9.

¹⁰⁰¹ Roman Schmidt-Radefeldt, Die Corona-Pandemie als Herausforderung für das Völkerrecht. Braucht die Welt einen globalen Pandemievertrag? WIFIS-aktuell Band 71, hrsgg. vom Wissenschaftlichen Forum für Internationale Sicherheit e.V., vertreten durch Prof. Dr. Michael Staack, Helmut-Schmidt-Universität / Universität der Bundeswehr, Verlag Barbara Budrich, Opladen-Berlin-Toronto 2022, S. 7.

¹⁰⁰² Ebenda.

entsprechende Exportbeschränkungen aus Frankreich oder ungehörte Hilferufe aus Italien in der Anfangsphase der Ausbreitung von SARS-CoV-2 ein desaströses Bild der EU-Mitgliedstaaten untereinander ab. Zudem versuchten die Volksrepublik China und Russland aus der Uneinigkeit der EU-Mitgliedstaaten politisches Kapital – sowohl innen- wie auch außenpolitisch – zu generieren, indem sie nicht nur Hilfsgüter (wie Hunderttausende unbrauchbare Schutzmasken und Test-Kits) vor allem nach Italien und Spanien lieferten: „*From Russia with Love*“ oder auch „*Siamo con voi*“ („*Wir sind mit euch*“) stand auf den Hilfsgütern, die aus Russland oder aus der Volksrepublik China geliefert wurden. Exportbeschränkungen von Mitgliedstaaten gegen andere darf es folglich bei einem gesamteuropäischen Krisenmanagement nie wieder geben. Die Europäische Kommission und auch die NATO hatten in der Folge gemeinsame Beschaffungen von Schutzausrüstung in die Wege geleitet. Die EU hat als Solidaritätsgemeinschaft zwischen den Mitgliedstaaten beim Ausbruch von SARS-CoV-2 nicht funktioniert, dies änderte sich jedoch, als die Grenzen eigenen nationalstaatlichen Agierens in den Hauptstädten der EU-Staaten erkannt wurden. Die Zukunft der EU als Gesamtes, die gerade und vor allem in derartigen schweren Krisenfällen vom gemeinsamen Handeln der EU-Mitgliedstaaten abhängig ist, hing schließlich auch davon ab, ob ihre Bürgerinnen und Bürger nach der Pandemie sagen konnten: „*Die EU hat uns geholfen*“, oder ob sie feststellen mussten: „*Die EU hat uns im Stich gelassen*“.¹⁰⁰³ Insgesamt wirkte die EU zu Beginn der Pandemie machtlos, auch und gerade deshalb, weil die EU-Mitgliedstaaten sich so verhielten.

Zudem war in der EU der Ansatz zur Eindämmung der Pandemie äußerst unterschiedlich: Lockdowns gab es in fast allen EU-Staaten, eine Ausnahme bildete jedoch Schweden. In Schweden waren höchstens Einschränkungen für das soziale Leben beispielsweise in Kultureinrichtungen und in der Gastronomie in Kraft, es gab keine Lockdowns. Mobilitätsdaten deuteten in Schweden darauf hin, dass sich die Menschen „*in hohem Ausmaß*“ an die Empfehlungen der Experten gehalten hatten, ihre jeweiligen Kontakte zu reduzieren.¹⁰⁰⁴ Ab 2021 begannen sich im Vergleich dazu in Ländern wie Österreich, behördliche Verordnungen *abzunutzen*. Zum Beispiel hatte im Herbst 2021 die österreichische Bundesregierung den umstrittenen *Lockdown*

¹⁰⁰³ Sylvia Wörgetter, Die EU wird solidarisch sein. Oder sie wird nicht sein, in: *Salzburger Nachrichten*, 08.04.2020, S. 1.

¹⁰⁰⁴ Simon Rosner, Aufarbeitung für die Versöhnung, in: *Wiener Zeitung*, 11./12.02.2023, S. 3.

für Ungeimpfte verordnet. Befragungen und Mobilitätsdaten hatten jedoch gezeigt, dass sich die Kontakthäufigkeit bei Ungeimpften weniger reduziert hatte als bei Geimpften. Diese Maßnahme hatte somit nicht funktioniert. Daraus lässt sich jedoch nicht ableiten, dass Lockdowns grundsätzlich nicht wirksam gewesen sind. Im Frühjahr 2020 waren diese sogar nachweislich besonders effektiv.

Die Wissenschaft konnte insgesamt keine qualitativen Erkenntnisse liefern, die zu einer echten Evaluierung der Maßnahmen notwendig gewesen wären. Folglich war in den zunehmend polarisierten Gesellschaften vor allem in Europa und Nordamerika die Gefahr groß, dass dadurch erst recht wieder Raum für Interpretationen und Meinungen in Hinblick auf die Notwendigkeit und die Befolgung von Coronamaßnahmen vorhanden blieb. Eine Polarisierung konnte sich in den Gesellschaften vertiefen.¹⁰⁰⁵ Während der Pandemie war es somit einfach, echte Influencerinnen und Influencer mit großem Publikum für die Verbreitung von Falschnachrichten zu engagieren. Die COVID-19-Pandemie bildete in der Folge den perfekten Nährboden für Verschwörungstheorien, zudem existierten gefälschte *Social Media-Profiles* und *Bots*: „In unübersichtlichen Krisensituationen sind Menschen besonders empfindlich für Geschichten und Theorien, die vorgeben, die Welt zu erklären.“¹⁰⁰⁶ Laut dem Schweizer Wissenschaftsbarometer glaubten beispielsweise 16 Prozent der Bevölkerung, dass „mächtige Leute die Corona-Pandemie geplant haben.“ Neun Prozent bezweifelten, dass es „Beweise für die Existenz des neuartigen Coronavirus“ gäbe.¹⁰⁰⁷ Insbesondere jene Menschen glauben an Verschwörungstheorien, die sich hauptsächlich über soziale Netzwerke informieren. Abgeleitet davon ließen sich auch Personen deshalb nicht impfen, da sie auf soziale Medien gelesen hatten, dass aufgrund der Impfung Menschen sterben könnten. Dadurch gefährdeten sie sich nicht nur selbst, sondern auch andere.¹⁰⁰⁸ Die Omnipräsenz von Auffassungsunterschieden hat zudem zu einer der Fakten überdrüssigen Gesellschaftsschicht des „Nicht-wissen-Wollens“ geführt, so der Schweizer Physiker und Philosoph Eduard Kaeser: „Sich unter den Schutzmantel der

¹⁰⁰⁵ Thomas Jakl, Zeit für Bilanz: Wie gut war unser Covid-Management? in: *Die Presse*, 17.04.2023, S. 26-27, hier S. 27.

¹⁰⁰⁶ Gioia da Silva, Gegen Pfizer/Biontech läuft eine Cyberkampagne, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 31.05.2021, S. 14.

¹⁰⁰⁷ Ebenda.

¹⁰⁰⁸ Ebenda.

*Meinungsfreiheit flüchtend, gedieh so eine Fakten verleugnende Trotzhaltung, die den Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie generell ihre Sinnhaftigkeit absprach.*¹⁰⁰⁹

Der Deutungskampf in der Pandemie wurde vor allem mit Studien geführt, bei 327.000 Arbeiten bis Anfang 2023 war für jede Interpretation und Meinung etwas dabei. Österreichs Gesundheitsminister Johannes Rauch meinte deshalb: *„Symposien, politische Debatten, sozialwissenschaftliche Forschungsprojekte und parlamentarische Gremien sind nicht genug. Wir müssen uns vor allem Formate überlegen, denen sich auch jene Menschen annähern können, die in den letzten beiden Jahren auf maximale Distanz gegangen sind.“*¹⁰¹⁰ Ein interdisziplinäres Team von Forscherinnen u.a. von der Universität Wien und vom Institut für Höhere Studien (IHS) schlug Fokusgruppen und Bürgerräte vor, *„wo gemeinsam und öffentlich Aufarbeitung betrieben wird. Der Dialog steht im Vordergrund.“*¹⁰¹¹ Dieses Papier stammte vom Juli 2022. Darin heißt es: *„Polarisierung verschlechtert nicht nur das Wohlbefinden von Individuen, sondern sie stellt auch eine Bedrohung für den generellen Zusammenhalt und für die Demokratie dar.“*¹⁰¹² Bundeskanzler Karl Nehammer meinte Mitte Februar 2023: *„Corona war für unsere Gesellschaft eine Art Trauma, das wir nun gemeinsam aufarbeiten sollten.“*¹⁰¹³ Im Zuge der niederösterreichischen Landtagswahlen vom Januar 2023 hatte die ÖVP in den impfkritischen Gemeinden stark verloren, die FPÖ konnte dort stark punkten. Coronamaßnahmen hatten in der Bevölkerung *„tiefe Wunden hinterlassen“*.¹⁰¹⁴ Deshalb wurde seitens der Bundesregierung eine umfassende Aufarbeitung dieser Zeit angekündigt. Ähnliches kündigten Regierungen in anderen Ländern an, so auch im Vereinigten Königreich.

Die politische Führung eines Staates ist – und das zeigte auch die COVID-19-Pandemie – in Pandemiezeiten mehr denn je gefordert, die *„Sicherheit der Bevölkerung und Funktionsfähigkeit eines Staates“* sowie in der Folge die Stabilität der Gesellschaftssysteme zu gewährleisten und dazu die Machtinstrumente eines Staates koordiniert für die Vorgaben klarer Ziele sowie abgeleitet davon effizienter und effektiver Maßnahmen zu koordinieren. Der österreichische Generalstabsoffizier Andreas Rotheneder leitete die klassischen

¹⁰⁰⁹ Ebenda.

¹⁰¹⁰ Thomas Jakl, Zeit für Bilanz: Wie gut war unser Covid-Management? in: *Die Presse*, 17.04.2023, S. 26-27, hier S. 27.

¹⁰¹¹ Ebenda.

¹⁰¹² Ebenda.

¹⁰¹³ Martin Gebhart, Trauma Corona: Regierung will „gesellschaftliche Wunden“ heilen, in: *Kurier*, 16.02.2023, S. 6.

¹⁰¹⁴ Ebenda.

Machtbereiche eines Staates bzw. eines Bündnisses – Diplomatie (**D**iplomacy), Information (**I**nformation), Militär (**M**ilitary) und Wirtschaft (**E**conomy (**DIME**))¹⁰¹⁵ – auf die medizinische Versorgung eines Staates im Fall einer Pandemie wie folgt ab:¹⁰¹⁶

Diplomatie: internationaler Austausch von Gesundheitsdaten, Abstimmung von Maßnahmen, Involvierung internationaler Organisationen sowie das *Offenhalten* internationaler Beziehungen.

Information: Stärkung der Resilienz der Bevölkerung, Eindämmung von Falschinformationen, Schaffung des Verständnisses für zutreffende, allenfalls einschränkende Maßnahmen.

Militär: Unterstützung bei der Umsetzung bzw. Durchsetzung von notwendigen Maßnahmen durch Führungsleistung und Logistik; Erhöhung des Bereitschaftsgrades zur Reaktion auf Lageentwicklungen.

Wirtschaft: Sicherstellung der Grundversorgung der Bevölkerung, Gewährleistung der Versorgung von Kranken – Garantie der Medikamentenversorgung; Aufrechterhaltung medizinischer Produktionskapazitäten, *Offenhalten* internationaler Handelsbeziehungen.

Der österreichische Rechnungshof gab in Bezug auf die Pandemiebekämpfung im Jahr 2022 folgende Empfehlungen ab (Auswahl):¹⁰¹⁷

Punkt 5: „*Innerhalb der Bundesregierung wäre koordinierend zu wirken und dafür zu sorgen, dass abgestimmt und nach einheitlichen Vorgaben vorgegangen wird, z.B. bei den pandemiebedingten und damit gesundheitsbezogenen Massentestungen, ...*“

Punkt 6: „*In der Bundesregierung wäre auf die Entwicklung eines Konzepts hinzuwirken, damit entsprechend qualifiziertes Personal innerhalb des öffentlichen*

¹⁰¹⁵ Andreas Rotheneder, Das „Ends-Ways-Means“-Paradigma und die Bedeutung der Zweckdefinition, in: Andreas Alexa (Hrsg.), Streitkräfte Quo Vadis, Tagungsband der Militärwissenschaftlichen Tagung 2022. Militär. Schafft. Wissen, Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, Band 3/2023, S. 17-25, hier S. 20.

¹⁰¹⁶ Ebenda, hier S. 22.

¹⁰¹⁷ Rechnungshof Österreich, Pandemiemanagement der Gesundheitsbehörden im ersten Jahr der COVID-19-Pandemie, Wien, im Juni 2022, hier S. 87f.

Dienstes im Krisenfall zeitnah verfügbar ist. Darin wäre die Unterstützung der Behörden vorzusehen, wenn deren Arbeitsvolumen krisenbedingt so stark ansteigt, dass die ordnungsgemäße Bewältigung der Aufgaben in der erforderlichen Zeit und Qualität gefährdet ist.“

Punkt 9: Es wäre empfehlenswert, ein „nachhaltiges Personalmanagement (Personalrekrutierung, -entwicklung und -bindung) zu implementieren, um mittel- bis langfristig das erforderliche Know-how aufbauen und erhalten zu können.“

Punkt 10: „Gemeinsam mit den Ländern und anhand der bisherigen Erfahrungen aus der COVID-19-Pandemie wäre – für das laufende Pandemiemanagement sowie künftige Pandemien – ein neuer allgemeiner nationaler Pandemieplan für Ausbrüche von Infektionskrankheiten aufgrund bekannter wie auch unbekannter hochansteckender Erreger zu entwickeln. Dieser Plan sollte den Krisenmechanismus, der im Zuge der Modernisierung des Epidemiegesetzes vorzugeben wäre, operationalisieren. Damit sollten im Fall einer neuen Pandemie die wechselseitige Information und Zusammenarbeit aller wesentlichen Akteure (Gesundheitsbehörden, Krankenversicherungsträger und Krankenanstalten) und damit auch die bestmögliche Ressourcennutzung zu deren Bewältigung gewährleistet werden.“

Punkt 11: „Der Pandemieplan wäre regelmäßig zu aktualisieren; dabei wären die jeweils geltenden Standards der WHO zu berücksichtigen.“

Punkt 12: Es wäre eine „klargesetzliche Regelung zur Zuständigkeit für die Durchführung von Kostentragung von Schutzimpfungen in einer Pandemie, unabhängig vom auslösenden Erreger, zu schaffen.“ Zudem gilt es eine „[z]entrale Rolle der Krankenversicherungsträger – wie für den Fall einer Grippe-Pandemie vorgesehen“, anzustreben. Für die Bewältigung einer Pandemie äußerst relevant bleibt das „institutionenübergreifende Krisenmanagement.“

Punkt 13: Es gilt eine „klare Aufgabenteilung zwischen dem Krisenstab des Gesundheitsministeriums und dem staatlichen Krisen- und Katastrophenschutzmanagement“ (Bundministerium für Inneres) zu schaffen.

Punkt 14: Zu erreichen gilt „ein besseres Zusammenspiel der Behörden auf Bundes-, Landes- und Bezirksebene ohne Doppelgleisigkeiten“ sowie der „zentralen rechtlichen Zuständigkeit des Gesundheitsministers und seines Krisenstabs“, in diesem Kontext wäre die „Rolle des staatlichen Krisen- und Katastrophenschutzmanagements des Innenministeriums im künftigen nationalen Pandemieplan einzugrenzen.“

Punkt 15: „Im Zuge der Entwicklung eines neuen nationalen Pandemieplanes sollte auch ein Krisenkommunikationsplan erarbeitet werden.“ Es gilt im Zuge eines „[b]esseren Zusammenspiels der Bundes-, Landes- und Bezirksebene auf Grundlage der Erfahrungen aus der COVID-19-Pandemie klare Verantwortlichkeiten festzulegen, um künftig eine klare Kommunikationslinie anhand von nachvollziehbaren Grundlagen sicherzustellen, die von allen Beteiligten mitgetragen wird.“

Punkt 21: „Im Krisenmanagement wäre die rechtzeitige und unmissverständliche Information insbesondere der ausführenden Ebene zu gewährleisten.“

Der Rechnungshof kritisierte weiters, dass zunächst zu wenige, dann zu viele COVID-19-Präparate bestellt wurden. Seitens der österreichischen Bundesregierung war zunächst freiwillig auf Impfdosen verzichtet worden, die später erfolgte Bestellung von Präparaten über das nach Einwohnerzahl vorgesehene Kontingent hinaus hatte „dagegen möglicherweise zu einem ‚Verwurf von Impfstoffen geführt‘“, so ein Sonderbericht des Rechnungshofes.¹⁰¹⁸ Das Gesundheitsministerium hatte zu Beginn der Impfstoffbeschaffung im Jahr 2020 weniger Impfstoffe bestellt, als Österreich nach dem damals festgelegten EU-Verteilungsschlüssel zugestanden war. Österreich blieb in der Folge um 3,36 Millionen bzw. 12 Prozent unter seinem Kontingent. Die Auswirkungen des freiwilligen Verzichts auf COVID-19-Impfstoffe waren wie folgt:¹⁰¹⁹

- Die Durchimpfungsrate der Erstgeimpften zum 30. Juni 2021 hatte sich von 53,6 Prozent auf 56,9 Prozent bzw. 56,2 Prozent erhöht, die Rate der Zweitgeimpften hätte laut Rechnungshof von 35,3 Prozent auf 37,4 Prozent bzw. 37,0 Prozent erhöht werden können.
- Ab Oktober 2021 bis Ende Februar 2022 bestellte das Gesundheitsministerium im Gegensatz zur Anfangsphase rund 15 Millionen Impfdosen über dem Bevölkerungsschlüssel. Bis Februar 2022 wurden rund 70 Millionen Impfdosen angekauft – bei damals rund 8,9 Millionen Einwohnern.

¹⁰¹⁸ Salzburger Nachrichten, Impfstoffbeschaffung im Blindflug, in: *Salzburger Nachrichten*, 17.06.2023, S. 2.

¹⁰¹⁹ Ebenda.

- Der Gesamtkostenrahmen wurde damit zwischen Juli 2020 und Juli 2021 von «bis zu 200 Millionen Euro» auf bis zu 1,252 Milliarden Euro erhöht. Bis Februar 2022 ging das Gesundheitsministerium Verpflichtungen von 1,085 Milliarden Euro ein.

Das Gesundheitsministerium wies darauf hin, dass im Jahr 2022 die Impfstoffbeschaffung „*neu aufgestellt worden sei*“.¹⁰²⁰

Aufarbeitung der Pandemie ex ante und weitere Vorgehensweise

Eine umfassende Aufarbeitung der COVID-19-Pandemie kann nur auf einer Betrachtung ex-ante erfolgen, also auf der Grundlage des damaligen Wissens. Dieser Zugang war zum Beispiel auch von der sogenannten *Ischgl-Kommission* gewählt worden, um mögliches Fehlverhalten der Behörden in den ersten Pandemiewochen zu untersuchen. Die rechtliche Aufarbeitung der Coronamaßnahmen hat in Österreich bereits „*zu einem Gutteil*“ stattgefunden – ebenso ex ante: „*Der Verfassungsgerichtshof hat geprüft, ob die Entscheidungen mit dem damaligen Wissen und unter Berücksichtigung der notwendigen Eile im verfassungsrechtlichen Rahmen waren*“, sagte der auf Medizinrecht spezialisierte Verfassungsrechtler Karl Stöger. „*Eine Maßnahme kann zu einem späteren Zeitpunkt, mit neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen und einer anderen epidemiologischen Lage, anders bewertet werden.*“ Und: „*Irren ist verfassungsrechtlich nicht verboten*“, so Stöger.¹⁰²¹ Fast 1000 Anträge waren bis Februar 2023 beim Verfassungsgerichtshof eingelangt, der Großteil war bis zu dieser Zeit abgearbeitet. In rund 15 Prozent der Fälle waren die Antragsteller erfolgreich, die allermeisten Maßnahmen wurden vom Verfassungsgerichtshof bestätigt. Das bedeutet jedoch nicht, dass der Verfassungsgerichtshof mit heutigem Wissensstand zu denselben Erkenntnissen gelangen würde. Um für die Zukunft zu lernen, ist es zielführender, mit dem heutigen Wissensstand zu analysieren – auch die Rechtsfragen: „*Ex-post-Beurteilung kann Aufschlüsse darüber ergeben, wie man*

¹⁰²⁰ Ebenda.

¹⁰²¹ Simon Rosner, Aufarbeitung für die Versöhnung, in: *Wiener Zeitung*, 11./12.02.2023, S. 3.

*zukünftig besser agieren kann.*¹⁰²² Für eine nachträgliche Aufarbeitung sollten vor allem beantwortet werden:

- Die Grundsatzfragen: wie, was, warum soll aufgeklärt werden, sonst droht die Aufarbeitung zu scheitern.
- Wo gab es rechtliche Hindernisse in der Infektionsprävention?
- Wo haben juristische Grundlagen für Reibungsverluste gesorgt? (Bsp.: Föderalismus – Konflikte Bund – Länder, die auch dazu beigetragen hatten, dass zwei Gesundheitsminister zurücktreten mussten).

Der ehemalige Gesundheitsminister Anschöber hatte eine Aufarbeitung unter Einbindung der Wissenschaft gefordert. Sowohl in Österreich als auch in Deutschland hatten amtierende Politiker bekundet, dass die Schulschließungen ein Fehler waren. Unstrittig bleibt, dass es durch Schulschließungen weniger Infektionen gab. Weniger Kontakt bedeutete weniger Ansteckungen: Bildungsminister Heinz Faßmann hatte hier eine schwierige Rolle: *„Die Schulen möglichst offen zu halten und gleichzeitig sicherzustellen, dass es zu keinen Clusterbildungen kommt, ist die Quadratur des Kreises.*¹⁰²³

In späten Phasen der Pandemie boten die divergierende epidemiologische Entwicklung, unterschiedliche Impffortschritte und voneinander abweichende Regeln keine geeignete Grundlage für eine Bewertung der einzelnen Maßnahmen – von der Schulschließung über die Maskenpflicht bis zur Absperrung des Schankbereichs in Lokalen: *„Es ist ein Riesenkonvolut an Maßnahmen und ein hochdynamisches Geschehen“*, sagte der Komplexitätsforscher Peter Klimek von der Medizinischen Universität Wien.¹⁰²⁴

Eine nachhaltige Beurteilung der Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit von Grundrechtseingriffen bei rasch wechselndem Gefahrenszenario ist zudem praktisch äußerst schwer möglich: *„In so einer Ausnahmesituation staatliche Maßnahmen entsprechend dem verfassungsrechtlich vorgegebenen Legalitätsprinzip und allen erforderlichen demokratischen Prozessen zeitlich punktgenau*

¹⁰²² Ebenda.

¹⁰²³ Hans Bürger, Günther Mayr, Knock down. Menschheit auf dem Prüfstand, Verlag Braumüller, Wien 2021, S. 81.

¹⁰²⁴ Simon Rosner, Aufarbeitung für die Versöhnung, in: *Wiener Zeitung*, 11./12.02.2023, S. 3.

*und legislativ treffsicher zu setzen, ist in der Praxis eine extrem schwierige Aufgabe.*¹⁰²⁵
Der damalige österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz meinte: einige
legistische Maßnahmen, falls sie vor dem Verfassungsgerichtshof nicht halten
würden, wären zu diesem Zeitpunkt wahrscheinlich ohnehin bereits außer
Kraft – der Verfassungsgerichtshof konnte in diesen Fällen zum Teil nichts
mehr aufheben, sondern nur noch „die gegebene gewesene Rechtswidrigkeit
feststellen.“¹⁰²⁶

Eine umfassende „Manöverkritik“, um überhaupt gesetzliche Maßnahmen
beurteilen zu können, schließt deren „Treffsicherheit, verursachte Kollateralschäden,
Effizienz, Rechtmäßigkeit, Verhältnismäßigkeit“ ein. Daraus abzuleiten wäre, wie
geeignete Maßnahmen für eine „zukünftige, ähnlich gelagerte Krisensituation“ zu
setzen wären.¹⁰²⁷ In der Pandemie kam eine sich ständig ändernde
Erkenntnislage hinzu, zudem erweiterte sich der Erfahrungshorizont. In der
Wissenschaft waren darüber hinaus Befunde „unterschiedlicher Qualität“
vorhanden.¹⁰²⁸

Das Infektionsspektrum eskalierte weltweit oft in Clustern – wie bei
Schiléhern zum Beispiel in Österreich oder in Religionsgemeinschaften in
Frankreich oder im Vereinigten Königreich. Allein in Tirol waren am 4.
Januar 2022 insgesamt 111 Schiléhler infiziert, so gelangte auch das Omikron-
Virus in die Personalherbergen. Touristisch geprägte Bezirke in Tirol hatten
Anfang Januar 2022 die höchsten Sieben-Tages-Inzidenzen: Kitzbühel lag
bei 1144,2, St. Johann im Pongau bei 1086,1, Landeck (mit St. Anton am
Arlberg und Ischgl) bei 971,9, jedoch wurde diese durch die
Nichtberücksichtigung von Urlaubern und Saisonkräften bei der
Einwohnerzahl verfälscht.¹⁰²⁹

Es gab und gibt nach wie vor viele an COVID-19 Erkrankte, die Wochen,
Monate und auch Jahre nach der Infektion mit gravierenden Folgeschäden
kämpften und kämpfen (*Long COVID*). Vereinzelt berichteten junge

¹⁰²⁵ Wolfgang Brandstetter, Freiheit und /oder Verantwortung. Persönliche Erfahrungen
und Erkenntnisse aus der Coronazeit, in: Manfred Rauchensteiner und Michael Gehler
(Hg.), Corona und die Welt von gestern, Böhlau Verlag, Wien-Köln-Weimar 2021, S.
179-193, hier S. 184.

¹⁰²⁶ Ebenda.

¹⁰²⁷ Thomas Jakl, Zeit für Bilanz: Wie gut war unser Covid-Management? in: *Die Presse*,
17.04.2023, S. 26-27, hier S. 26.

¹⁰²⁸ Ebenda.

¹⁰²⁹ Köksal Baltaci, Wieso die Corona-Ampel defekt ist, in: *Die Presse*, 12.09.2020, S. 1.

Menschen, keine 30 Jahre alt, die wegen COVID-19 in Rollstühlen sitzen, dass sie am Tag keinen halben Kilometer gehen konnten und können und dass sie unter lähmender Müdigkeit liden und leiden. Für Personen, die aufgrund von COVID-19 ins Spital mussten, schätzte das deutsche Robert-Koch-Institut (RKI) im Januar 2021 die Wahrscheinlichkeit von Langzeitschäden auf 40 Prozent ein.¹⁰³⁰ Über *Long COVID*-Symptome wie Müdigkeit, Atemnot, Schwierigkeiten bei der Erfassung von Gedanken und Herzzrasen, Kopfschmerzen und Schwindel und dessen künftige Auswirkungen auf die Gesundheit und Genesung von ehemaligen COVID-19-Patienten wird in diesem Zusammenhang bereits auf internationaler Ebene geforscht. In den USA wurde beispielsweise mit Finanzmitteln von mehr als einer Milliarde US-Dollar das „*Recover-Projekt*“ gestartet, in dem zumindest elf mögliche Therapien gegen schwere Folgeprobleme durch COVID-19 getestet werden. Im Rahmen dieses Projekts werden Schlafstörungen und Hypersomnie, Störungen des autonomen Nervensystems mit Herzrhythmusstörungen und auch ähnliche Beschwerden wie auch der physischen Belastungsfähigkeit angegangen werden. Ein Subprogramm testet zudem eine verlängerte Einnahme des COVID-19-Medikaments *Pax Covid* auf Wirksamkeit.¹⁰³¹ Das Vereinigte Königreich hat die Absicht geäußert, ein neues Forschungszentrum für Pandemien zu eröffnen. In dem Institut auf dem Gelände des Forschungslabors Porton Down (Südengland) sollen Krankheitserreger erforscht werden.¹⁰³²

Je länger die COVID-19-Pandemie andauert hatte, umso größer wurde die Verdrossenheit über die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie bei großen Teilen der Bevölkerung und desto stärker wurden die Säulen der demokratischen Gesellschaft wie Politik, Medien und Gesellschaft untergraben. So sank das Vertrauen gegenüber staatlichen Institutionen: Millionen Menschen waren demnach für Politik, Medien und Wissenschaft „*nicht mehr erreichbar*“, so Umfragen des Instituts SORA: „*Staats- und Verfassungsschutz stellen bei einem Kern der Corona-Leugner und Impfgegner eine starke*

¹⁰³⁰ Kathrin Alder und Simon Hehli, Ist Long Covid die neue Volkskrankheit?, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 26.01.2021, S. 18.

¹⁰³¹ Salzburger Nachrichten, USA bauen Forschung zu Long Covid aus, in: *Salzburger Nachrichten*, 8.08.2023, S. 10.

¹⁰³² Ebenda.

*Radikalisierung und zunehmende Gewaltbereitschaft fest.*¹⁰³³ Darüber hinaus legten Seuchen in der Menschheitsgeschichte „*stets extreme Ressentiments und Aggressionen frei*“ – „*Sündenböcke*“ wurden „*identifiziert*“, es kam oft zur „*Flucht ins Irrealé*“. Zu Schuldigen der Pandemien und deren Auswirkungen wurden einmal asiatische Zuwanderer um 1900 in San Francisco gemacht, einmal Landstreicher und Migranten. Auch religiöse Gruppen wurden zu Schuldigen von Katastrophen hochstilisiert: die Pestepidemie Mitte des 14. Jahrhunderts brachte zuerst Spannungen zwischen Christen und Juden hervor, die dann später Pogrome mit Zehntausenden Toten zur Folge hatten, bedeutende jüdische Gemeinden (Juden wurden damals zu „*Brunnenvergiftern*“ deklariert) wurden ausgelöscht.¹⁰³⁴

Von vielen *Coronaleugnern* wurde aus deren Sicht eine Moralisierung der Politik und der staatlichen Behörden wahrgenommen, und zwar im Sinne eines „*Lamentieren mit erhobenem Zeigefinger darüber, was richtig und was falsch, was gut und was schlecht, was korrekt und was nicht korrekt sei*“. Das schweißte die Gesellschaft in der Krise nicht zusammen, im Gegenteil: Es trieb die Mitte auseinander, der Verlust der Mitte war im Gang.¹⁰³⁵ Übereinander, jedoch nicht miteinander wurde gesprochen. Die große Gespaltenheit in der Gesellschaft gilt es nun, wenn möglich, so weit wie möglich zu schließen – so auch mit offenen Kommunikationsprozessen über *Lessons identified* und *Lessons learned* dieser Pandemie.

Schlussfolgerungen und Ausblick

Das Ziel einer umfassenden Sicherheitsvorsorge eines Staates setzt gerade in Krisenfällen ein resilientes Gesundheitssystem voraus. Die Überforderung vieler Gesundheitssysteme insbesondere in Europa und Nordamerika während der COVID-19-Pandemie im Hinblick auf deren Eindämmung sowie hinsichtlich der Koordinantion der für das Krisenmanagement verantwortlichen Institutionen (sowohl innerstaatlich als auch auf internationaler Ebene) stellten Regierungen vor enorme Herausforderungen.

¹⁰³³ Rudi Anschober, *Pandemia. Einblicke und Aussichten*, Paul Zsolnay Verlag, 2. Auflage, Wien 2022, S. 206.

¹⁰³⁴ Ebenda, S. 207.

¹⁰³⁵ Manfred Perterer, *Von der Kunst der Versöhnung*, in: *Salzburger Nachrichten*, 8.04.2023, S. 1.

Zahlreiche Gesundheitssektoren erwiesen sich in der Folge (auf staatlicher Ebene) als äußerst mangelhaft. Besonders in französischen, italienischen und spanischen Krankenhäusern herrschte akuter Personalmangel, selbst die für die Bekämpfung der Pandemie erforderliche Schutzausrüstung fehlte innerhalb der EU und in den USA vielerorts. Vor der Coronakrise waren zudem über Jahre staatliche Gesundheitssysteme mit drastischen Einsparungsmaßnahmen konfrontiert. Die dringend benötigte (und anfangs teils mangelhafte) Schutzausrüstung wie Mund-Nasenschutzmasken oder Test-Kits musste großteils aus der Volksrepublik China, aus Malaysia oder aus Südkorea importiert werden, die Koordination in den Mitgliedstaaten in Hinblick auf Früherkennung und Frühwarnung scheiterte in den ersten beiden Monaten zu Beginn des ersten Pandemiejahres 2020. Kein Land auf der Welt ist den „perfekten Königsweg“ zur Bekämpfung der Pandemie gegangen.¹⁰³⁶ Überall wurden schwere Defizite im Management zur Eindämmung der Pandemie sichtbar.

Den Ursprung dieser COVID-19-Pandemie herauszufinden erweist sich bis heute als äußerst schwierig, Forschungen zur Pandemieprävention sollten dies jedoch nicht sein. In diesem Zusammenhang bleibt eine Intensivierung der Präventivforschung sowie folglich ein vertiefter internationaler Austausch von Wissen und Forschungsergebnissen unabdingbar und relevanter denn je zuvor. Der Zugang zu Wissenschaft und Medizin sollte ein Grundrecht sein.¹⁰³⁷

Auch die Debatte um Grundrechte prägte die Zeit der COVID-19-Pandemie entscheidend, da der Staat in Grundrechte massiv eingriff. Die COVID-19-Pandemie führte zum größten Einschnitt in das Privatleben in der jüngeren Geschichte.¹⁰³⁸ Viele Menschen befürchteten, dass sich die Gesellschaften auf dem Weg zu einem „Kontrollstaat“ befinden würde.¹⁰³⁹ Der ehemalige Präsident des österreichischen Verfassungsgerichtshofes, Ludwig Adamovich, kommentierte in diesem Zusammenhang ein Plakat mit den Worten: „*Der ärgste Virus ist der blinde Gehorsam.*“¹⁰⁴⁰

¹⁰³⁶ Ebenda.

¹⁰³⁷ W. Ian Lipkin, A pandemic needs action over dabate, in: The New York Times International Edition, April 27, 2023, S. 1 und 11, hier S. 11.

¹⁰³⁸ Ludwig Adamovich, Wo wir stehen. Vom langjährigen Präsidenten des österreichischen Verfassungsgerichtshofes, edition. A, Wien 2020, S. 40.

¹⁰³⁹ Ebenda, S. 41.

¹⁰⁴⁰ Ebenda.

Zu Beginn der Pandemie hatten sich noch viele Menschen zufrieden über die rasch eingeleiteten Maßnahmen zu deren Eindämmung gezeigt. Jedoch regte sich ab Sommer 2020 zunehmend stärkerer Widerstand gegen diese Maßnahmen:

„Gesetze wurden als rechtswidrig eingestuft, Demonstrationen von Corona-Leugnern ziehen durch die Straßen und selbst jenen, die eine Gefahr durch Corona nicht bestreiten, gehen die Restriktionen der Regierungen zu weit. Diese Leute sehen ihre Grundrechte bedroht und bezweifeln überhaupt die Sinnhaftigkeit der getroffenen Maßnahmen.“¹⁰⁴¹

In der Folge nahmen in der Gesellschaft „autokratische und diktatorische Tendenzen“ zu.¹⁰⁴² Im Vereinigten Königreich waren derartige Entwicklungen gleichfalls sichtbar: in der britischen Bevölkerung sahen viele die COVID-19-Maßnahmen als falsch an, zudem stolperte gerade der damalige Premierminister Boris Johnson über sein *Partygate*: Er leugnete zunächst, mit Mitgliedern seines unmittelbaren Teams gefeiert zu haben – in Zeiten des Lockdowns. Sogenannter „Lockdown-Skeptizismus“ wurde seitens der britischen Regierung zunächst als Verhalten von „Covidioten“ abgetan, jedoch gestalteten sich derartige Sichtweisen zunehmend zum „mainstream“ in der britischen Gesellschaft.¹⁰⁴³ Waren also die jeweiligen Maßnahmen gerechtfertigt und somit wissenschaftlich vertretbar? Ludwig Adamovich meinte dazu: „Ob diese Maßnahmen zweckmäßig und sinnvoll sind, ist eine medizinische Frage. Der Jurist und der Gesetzgeber müssen sich auf die vorgelegten naturwissenschaftlichen Behauptungen (die mitunter divergieren) verlassen können.“¹⁰⁴⁴ Nach den Lockerungen der ersten Monate der Pandemie 2020 schossen die Fallzahlen „wieder in die Höhe“.¹⁰⁴⁵

¹⁰⁴¹ Ebenda.

¹⁰⁴² Michael Gehler, „Die EU von heute ist bestenfalls eine imperial Halbmacht“, Interview, in: Michael Gehler, Deborah Cuccia, Jakob Iser, Philipp Strobl (Hrsg.), Geschichte Europas. Seine Desintegration und Integration schreiben; Vorläufer, Perzeptionen und Perspektiven der europäischen Idee, Teilband 1, Universitätsverlag Hildesheim, Georg Olms Verlag, Hildesheim-Zürich-New York 2023, S. 578-635, hier S. 623.

¹⁰⁴³ Simon Rynn, *Pandemic Politics: Shaping the Future Global Health Response*, RUSI Commentary, Royal United Services Institute (RUSI), London, 31 July 2023, S. 1.

¹⁰⁴⁴ Ludwig Adamovich, *Wo wir stehen. Vom langjährigen Präsidenten des österreichischen Verfassungsgerichtshofes*, edition. A, Wien 2020, S. 41.

¹⁰⁴⁵ Ebenda.

Der Rektor der Medizinischen Universität Wien, Markus Müller, gab folgende Beurteilung der Lage ab: *„Ab Frühsommer 2020 war Corona keine ausschließliche medizinische Frage mehr, da haben Politik und Medien gesehen, dass man die Energie dieses Themas nutzen kann. Da traten je nach Phase auch Verbarmloser und Hysteriker in den Vordergrund.“*¹⁰⁴⁶ Dass die persönliche Freiheit *„zum Wohle anderer eingeschränkt“* wurde, diente vor allem dem *„Schutz vor Menschen aus den Hochrisikogruppen.“*¹⁰⁴⁷ Dass jedoch *„Gesetze ohne Eigenverantwortung der Bürgerinnen und Bürger wirkungslos blieben“*, zeichnete sich zunehmend vor allem im zweiten Jahr der Pandemie ab.¹⁰⁴⁸ Folglich waren oft Lockdowns kein *„Allheilmittel“* bei der Eindämmung von COVID-19 – in den Niederlanden wurde beispielsweise sichtbar, dass die Infektionszahlen trotz harten Lockdowns wieder anstiegen. Mit einem Lockdown wurde nur erreicht, dass die Infektionsanstiege nach hinten verschoben wurden – wie auch das Beispiel der Volksrepublik China verdeutlichte.¹⁰⁴⁹

August Pradetto, emeritierter Professor für Politikwissenschaft an der Universität der Bundeswehr in Hamburg, fasste die Herausforderungen der Pandemieprävention wie folgt zusammen:

- *„Der insgesamt bedeutsamste Faktor für eine mehr oder weniger erfolgreiche Bekämpfung der Pandemie sind die Akteure, die für die Wahl der Strategie und die Implementierung von Maßnahmen verantwortlich sind.“*¹⁰⁵⁰
- *„Im Bereich Gesundheit sind in den letzten Jahrzehnten eine Kommerzialisierung und Einsparungen zur Wirkung gekommen, die die gesundheitliche sowie ökonomische und soziale Sicherheit ganzer Länder aufs Spiel setzten.“*¹⁰⁵¹
- Aus vergangenen Epidemien wie SARS, MERS und Ebola schienen die Verantwortlichen wenig gelernt zu haben: *„Gelder, die notwendig gewesen wären, um den Seuchen, ihren Ursachen und ihren Auswirkungen auf den Grund zu geben*

¹⁰⁴⁶ Bernhard Gaul, Daniela Kittner, „Die Zweiklassenmedizin ist offenbar gewollt“, Interview mit dem Rektor der MedUni Wien Markus Müller, in: *Kurier*, 14.05.2023, S. 6 und 7, hier S. 7.

¹⁰⁴⁷ Ludwig Adamovich, *Wo wir stehen. Vom langjährigen Präsidenten des österreichischen Verfassungsgerichtshofes*, edition. A, Wien 2020, S. 44.

¹⁰⁴⁸ Ebenda.

¹⁰⁴⁹ Ida Metzger, „Ein Lockdown ist kein Allheilmittel“, Interview mit Österreichs Bundeskanzler Karl Nehammer, in: *Kurier*, 9.01.2022, S. 4.

¹⁰⁵⁰ August Pradetto, *Multiples Versagen: WHO, EU und Deutschland in der Corona-Krise*, WIFIS-Arbeitspapier Nr. 3, hrsgg. vom Wissenschaftlichen Forum für Internationale Sicherheit e.V., Hamburg 2020, S. 34.

¹⁰⁵¹ Ebenda, S. 38.

*und Strategien dagegen zu entwickeln, wurden in dem Augenblick eingespart oder gestrichen“.*¹⁰⁵² Das Problem, eine Pandemie einzudämmen, erschien nicht mehr so dringlich gegeben, somit waren die Vorbereitungen auf COVID-19 unzureichend.

- Führungsstärke beweist man durch Transparenz, zuverlässige Informationssysteme, Forschung und wissenschaftlichen Austausch, Multilateralismus und Institutionalismus sowie die Unabhängigkeit zuständiger Organisationen – d.h. ihrer Wissenschaftlichkeit gegenüber politischer Instrumentalisierung.¹⁰⁵³

Der Historiker Michael Gehler von der Universität Hildesheim übte diesbezüglich heftige Kritik am Krisenmanagement der deutschen Bundesregierung:

*„Ein auf die Spitze getriebener Föderalismus war in der Geschichte öfter schon ein Hemmschub für europäische Intergationspolitik. Das war noch mehr der Fall, als jedes Bundesland seine eigene Anti-Corona-Suppe kochte. Der deutsche Föderalismus im Zeichen von COVID-19 entpuppte sich als eine EU im Kleinen, verkomplizierte die Entscheidungsmöglichkeiten und erschwerte die Reaktionsfähigkeit auch mit Blick auf die grenzüberschreitende Kooperation.“*¹⁰⁵⁴

Der Biologe und Erdwissenschaftler Thomas Jakl (Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus, Österreich) übte heftige Kritik gegenüber „Wissenschaftlern“ und sogenannten „Experten“:

„Unter ‚Expertinnen‘ gab und gibt es zudem üble Krisengewinnler. Zum Zweck der eigenen Profilierung instrumentalisierten und befeuerten sie die bestehende Ungewissheit, überzeichneten wild kritisierend und fischten im trüben Gewässer der Schwurbler nach willigen ‚Klickern‘ und Käufern ihrer teils obskuren Werke. Diese Personen ‚infizierten‘ auch die Einstellung gegenüber der Impfung – das Schüren von Zweifeln, das

¹⁰⁵² Ebenda.

¹⁰⁵³ Ebenda, S. 39.

¹⁰⁵⁴ Michael Gehler, „Die EU von heute ist bestenfalls eine imperial Halbmacht“, Interview, in: Michael Gehler, Deborah Cuccia, Jakob Iser, Philipp Strobl (Hrsg.), Geschichte Europas. Seine Desintegration und Integration schreiben; Vorläufer, Perzeptionen und Perspektiven der europäischen Idee, Teilband 1, Universitätsverlag Hildesheim, Georg Olms Verlag, Hildesheim-Zürich-New York 2023, S. 578-635, hier S. 624.

*Überzeichnen von Gefahren wurde zum Marketinginstrument und kostete letztendlich Menschenleben.*¹⁰⁵⁵

Der Rektor der Medizinischen Universität Wien, Markus Müller, kritisierte auch in diesem Kontext die mangelnde Kommunikation bei Impfungen: *„Impfung ist ein Vertrauensbema, und ein Politiker ist nicht geschult, das professionell zu erzählen. Da sind schwere Schnitzer, kommunikative Fehler passiert. Jeder suchte sich einen Experten aus, die sagten, was einem am besten liegt. Das war eine Kakophonie obnegleichen.“*¹⁰⁵⁶ Ein „österreichischer Fauci“ (wie Fauci in den USA) wäre für Müller besser gewesen.¹⁰⁵⁷

In Krisenfällen muss zudem die strategische Autonomie eines Landes und auch der EU sichergestellt sein. Nach der Flucht in nationale Egoismen durch EU-Mitgliedstaaten (nach der Devise: „*Rette sich, wer kann*“) hat jedoch die Europäische Kommission versucht, gemeinsam mit den EU-Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament wieder Tritt in Hinblick auf die Bewältigung dieser Pandemie zu fassen. Um die strategische Autonomie der EU zu stärken, muss die Unterstützung beim operativen Krisenmanagement funktionieren, vor allem auch bei der gemeinsamen Beschaffung der medizinischen Ausrüstung und durch die Fähigkeit, Medikamente selbst herzustellen und die EU-Außengrenzen zu schützen. Hier gab es zu Beginn enorme Defizite, die es in Hinblick auf künftige Pandemien künftig zu beheben gilt.

Die EU-Mitgliedstaaten zeigen sich auch hier für das Schicksal der Union verantwortlich. Die COVID-19-Pandemie hat innerhalb der EU – hier vor allem bei den Mitgliedstaaten – aufgezeigt, in welchen Bereichen die EU als Union widerstandsfähiger werden muss, um Fehleinschätzungen bei Ausbrüchen von Pandemien und mangelnde Koordination in Zukunft zu vermeiden. Wenn in der Folge die EU sowie staatliche Systeme nicht mehr das Vertrauen der Bevölkerung vorfinden, können weitere größere Herausforderungen für die nationale Sicherheit entstehen – und weiters für

¹⁰⁵⁵ Thomas Jakl, Zeit für Bilanz: Wie gut war unser Covid-Management? in: *Die Presse*, 17.04.2023, S. 26-27, hier S. 27.

¹⁰⁵⁶ Bernhard Gaul, Daniela Kittner, „Die Zweiklassenmedizin ist offenbar gewollt“, Interview mit dem Rektor der MedUni Wien Markus Müller, in: *Kurier*, 14.05.,2023, S. 6 und 7, hier S. 7.

¹⁰⁵⁷ Ebenda.

die Sicherheit der gesamten EU.¹⁰⁵⁸ In der EU geht es nun einerseits um die Stärkung der jeweiligen gesamtstaatlichen Resilienz der Mitgliedstaaten und andererseits um den Aufbau einer unionsweiten Resilienz.¹⁰⁵⁹ Dazu kann auch eine Vertiefung und eine verbesserte Koordination bei der Pandemiebekämpfung von großem Nutzen sein.

So forderte der Präsident des Europäischen Rates, Louis Michel, erstmals Ende Dezember 2020 einen neuen globalen Pandemievertrag, der die Kooperationen und vor allem Koordination im Falle neuer Pandemien verbessern soll.¹⁰⁶⁰ 25 Staats- und Regierungschefs hatten Ende März 2021 in einem offenen Brief für einen globalen Pandemievertrag geworben und dahingehend erste Eckpunkte formuliert, darunter die Staats- und Regierungschefs aus Deutschland, Frankreich, dem Vereinigten Königreich, Portugal, Spanien, Norwegen, den Niederlanden, Griechenland, der Ukraine, Kenia, Südkorea, Chile, Südafrika und Indonesien. Die USA, Russland und China hatten sich an diesem Aufruf vorerst nicht beteiligt.¹⁰⁶¹ Aufgegriffen wurde das Konzept Ende April 2021 schließlich vom WHO-Exekutivrat auf dem Gipfeltreffen der G7. Auch die Aufteilung des Impfstoffes sollte in Zukunft besser funktionieren: WHO-Präsident Tedros Adhanom Ghebreyesus hatte kritisiert, dass zehn reiche Länder 75 Prozent der verfügbaren Impfdosen aufgekauft hätten.¹⁰⁶² Im Dezember 2021 hatte die WHO-Gesundheitsversammlung in Genf beschlossen, Verhandlungen „*über ein neues vertragliches Instrument zur Stärkung der Pandemieprävention, Präventionsvorsorge und -reaktion*“ (*Treaty on pandemic prevention, preparedness and response*) aufzunehmen. Dieses Projekt zielt auf Prävention und Vorsorge in Hinblick auf eine wirksamere künftige Koordination bereits im Vorfeld einer möglichen Epidemie bzw. Pandemie. China, Russland und Indien zeigten sich vorerst tendenziell skeptisch bis ablehnend gegenüber einem

¹⁰⁵⁸ Josep Borrell und Thierry Breton, Coronakrise zeigt: Die Ära des naiven Europas ist vorbei, in: *Die Presse*, 12.06.2020, S. 23.

¹⁰⁵⁹ Ebenda.

¹⁰⁶⁰ Simon Rynn, *Pandemic Politics: Shaping the Future Global Health Response*, RUSI Commentary, Royal United Services Institute (RUSI), London, 31 July 2023, S. 4.

¹⁰⁶¹ Roman Schmidt-Radefeldt, *Die Corona-Pandemie als Herausforderung für das Völkerrecht. Braucht die Welt einen globalen Pandemievertrag?* WIFIS-aktuell Band 71, hrsgg. vom Wissenschaftlichen Forum für Internationale Sicherheit e.V., vertreten durch Prof. Dr. Michael Staack, Helmut-Schmidt-Universität / Universität der Bundeswehr, Verlag Barbara Budrich, Opladen-Berlin-Toronto 2022, S. 11.

¹⁰⁶² Salzburger Nachrichten, Merkel warnt bei WHO-Tagung vor neuer Pandemie, in: *Salzburger Nachrichten*, 25.05.2021, S. 6.

Pandemievertrag, die USA konzentrieren sich primär auf eine Revision der geltenden eigenen Gesundheitsvorschriften. 26 Staaten hatten sich jedoch zu einer „Gruppe von Freunden des Pandemievertrages“ zusammengeschlossen, darunter auch Deutschland, Kenia, Chile und Südkorea. Das *Global Health Center* in Genf begleitet das *Projekt Pandemievertrag*. Staaten des globalen Südens bezweifeln jedoch einen normativen Mehrwert des Pandemievertrages und befürchten eine fragmentierende Wirkung auf das internationale Gesundheitsrecht.¹⁰⁶³ Am 1. Dezember 2021 hatten sich die WHO-Mitglieder auf einer Sondersitzung der WHO-Generalversammlung einstimmig auf Verhandlungen über ein neues Instrument zur Stärkung der Pandemieprävention, -vorsorge und -reaktion geeinigt.¹⁰⁶⁴ Ziel soll es sein, in erster Linie *Impfnationalismen* einzudämmen und Interessenkonflikte zwischen den Sitzstaaten der Pharmaindustrie in Nordamerika und in Westeuropa einerseits und in den Staaten des Globalen Südens andererseits sowie den Streit über den völkerrechtlich flankierten Patentschutz zu überwinden – vor allem Indien und Südafrika fordern einen Patentverzicht. Weitere Themen sind auch die Vermeidung unkoordinierter Schließungen von Grenzen in Pandemiefällen und die Verhinderung von internationalen Exportstopps von medizinischer Ausrüstung. Eine Herausforderung bleibt die sino-amerikanische Rivalität, die sich 2020 in einer vehement geführten Debatte über mögliche Corona-Schadensersatzklagen gegen die Volksrepublik China in Hinblick auf eine von den USA nicht ausgeschlossene Mitverantwortung chinesischer Labore am Ausbruch der Pandemie entladen hatten.¹⁰⁶⁵

Grundsätzlich bleibt die Pandemiebekämpfung in erster Linie Kern einer staatlichen Aufgabe, die ein globaler Pandemievertrag nur in begrenztem Maße normativ zu steuern vermag, es bedarf also weiterhin eines „gesamtgesellschaftlichen Ansatzes der Pandemiebekämpfung.“¹⁰⁶⁶

Die COVID-19-Pandemie wurde Anfang 2022 eine Endemie, in Dänemark wurde zu dieser Zeit beispielsweise verkündet, dass COVID-19 keine

¹⁰⁶³ Roman Schmidt-Radefeldt, Die Corona-Pandemie als Herausforderung für das Völkerrecht. Braucht die Welt einen globalen Pandemievertrag? WIFIS-aktuell Band 71, hrsgg. vom Wissenschaftlichen Forum für Internationale Sicherheit e.V., vertreten durch Prof. Dr. Michael Staack, Helmut-Schmidt-Universität / Universität der Bundeswehr, Verlag Barbara Budrich, Opladen-Berlin-Toronto 2022, S. 8f.

¹⁰⁶⁴ Ebenda, S. 12.

¹⁰⁶⁵ Ebenda, S. 13f.

¹⁰⁶⁶ Ebenda, S. 9.

gesellschaftsgefährdende Krankheit sowie keine Belastung für das Gesundheitssystem mehr darstelle. Viele Staaten in Europa, so auch Norwegen, hoben Anfang Februar 2022 den Großteil der Corona-Maßnahmen auf, in Frankreich fiel die Maskenpflicht im Freien, es folgte in Paris die Strategie der schrittweisen Aufhebungen der Maßnahmen. Die WHO warnte parallel weiterhin vor der Gefährlichkeit des Virus.¹⁰⁶⁷ Auch der Schweizer Bundesrat hob Anfang Februar 2022 die Homeofficepflicht sowie die Quarantänepflicht für Kontaktpersonen mit 3. Februar 2022 auf. Die Arbeit im Homeoffice wurde jedoch weiterhin als wirkungsvolle Schutzmaßnahme empfohlen, ebenso blieb die Maskenpflicht am Arbeitsplatz vorerst bestehen. Die Isolation von Personen, die positiv auf Corona getestet wurden, bestand weiter.¹⁰⁶⁸ Ab Mitternacht, 17. Februar 2022 null Uhr, waren seitens des Schweizer Bundesrates fast alle Corona-Maßnahmen aufgehoben worden. Läden, Restaurants, Kulturbetriebe sowie öffentlich zugängliche Einrichtungen sowie Veranstaltungen waren somit wieder ohne Maske und Zertifikat zugänglich. Nur die Maskenpflicht im öffentlichen Nahverkehr und in Gesundheitseinrichtungen sowie die Isolation positiv getesteter Personen blieben damals noch bestehen. Ähnlich war die Lage in den meisten europäischen Ländern.

In vielen Ländern, so auch in Österreich, beginnt sich die Situation nach der Pandemie wieder drastisch zu verschlechtern. Viele Spitalsambulanzen sind bereits wieder überlastet, es kommt zu lebensbedrohlichen Wartezeiten aufgrund von wegen Personalmangels gesperrter Betten. In der Notaufnahme in Wien-Ottakring blieben beispielsweise im April 2023 insgesamt 200 Betten wegen Personalmangels gesperrt. Im LKH Universitätsklinikum Graz blieb jedes sechste Bett aus Personalmangel gesperrt. Eine würdige Patientenversorgung wird in vielen Spitälern immer weniger möglich.¹⁰⁶⁹ Es drohe in Österreich in manchen Spitälern ein „kompletter Ausfall der Versorgung kritischkranker PatientInnen“, hieß es in einem Schreiben der Klinik Ottakring: „Immer noch liefere die Rettung mehr Menschen ab, als Betten verfügbar sind“, eine würdevolle Sterbebegleitung war zu dieser Zeit nicht möglich.¹⁰⁷⁰ Die Lage stellte sich in Österreich Anfang Mai 2023 wie folgt dar: „Der Druck auf die Krankenhäuser steigt und steigt. Ärztinnen und Pfleger,

¹⁰⁶⁷ Euronews, 2.02.2022, 12.47-12.48 Uhr.

¹⁰⁶⁸ Euronews, 2.02.2022, 12.47-12.48 Uhr.

¹⁰⁶⁹ Ö1 Morgenjournal, 19. April 2023, ca. 07.05-07.10 Uhr.

¹⁰⁷⁰ Eva Linsinger, Edith Meinhart und Jakob Winter, Notruf Spital, in: *profil*, Nr. 19, 53. Jg., 7. Mai 2023, S. 12-15, hier S. 12.

*ausgelaugt nach der Pandemie, werfen das Handtuch. Quer durch das Land fehlt fachkundiges Personal. Das Gesundheitssystem droht zu kippen.*¹⁰⁷¹

Es gibt Ärzte, die verzweifelt nach verfügbaren Betten telefonieren. Dieser Trend hat sich in Österreich seit Herbst 2021 entwickelt. Arbeitsplätze im Gesundheits- und Pflegebereich sind zunehmend unattraktiv geworden, es geht darum, so der Rektor der Medizinischen Universität Graz, Helmut Samonigg, die negative Arbeitsspirale zu stoppen, um weitere Abwärtstrends zu verhindern. Der Mangel an Pflegekräften hat eine enorme Auswirkung auf den stationären Bereich.¹⁰⁷²

Für alle Staaten gilt es nun, die Qualität ihrer Gesundheitssysteme nach der COVID-19-Pandemie zu verbessern, die Herausforderung liegt nun in der Gewinnung qualifizierten Personals in Zeiten drastischer Personalknappheit. Gleichzeitig müssen Pandemiepläne und auch das Krisenmanagement in Hinblick auf künftige Pandemie überprüft, evaluiert sowie auf der Grundlage aktueller wissenschaftlicher Erkenntnisse überarbeitet werden; dies auf der Grundlage umfassender *Lessons identified*- und *Lessons learned*-Prozesse sowohl auf staatlicher wie auch auf internationaler Ebene.

¹⁰⁷¹ Ebenda.

¹⁰⁷² Ö1 Morgenjournal, 19. April 2023, ca. 07.05-07.10 Uhr.

Literaturverzeichnis

Adamovich, Ludwig: Wo wir stehen. Vom langjährigen Präsidenten des österreichischen Verfassungsgerichtshofes, edition.a, Wien 2020.

Aichinger, Philipp: Wo uns zu viel zugemutet wird, in: *Die Presse*, 24.04.2020, S. 1.

Aichinger, Philipp: Gericht: Ein-Meter-Abstand meist nicht Pflicht, in: *Die Presse*, 4.07.2020, S. 9.

Aichinger, Philipp: Richter erteilen Regierung Lektion, in: *Die Presse*, 23.07.2020, S. 1.

Aichinger, Philipp: Corona-Ampel: Vier Farben, aber keine fixen Konsequenzen, in: *Die Presse*, 30.07.2020, S. 2.

Aichinger, Philipp: Empfehlungen statt Verboten, in: *Die Presse*, 3.09.2020, S. 1.

Alder, Kathrin, *Hebli*, Simon: Ist Long Covid die neue Volkskrankheit?, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 26.01.2021, S. 18.

Allen, Bethany: Beijing Rules. China's Quest for Global Influence, John Murray (Publishers), London 2023.

Anliher, Nicole: Chile ist beim Impfen ein Musterknabe, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 18.02.2021, S. 2.

Anschöber, Rudi: Pandemia. Einblicke und Aussichten, Paul Zsolnay Verlag, 2. Auflage, Wien 2022, S. 10.

Anwar, André: „Herdenimmunität war nicht unser Ziel“, Interview mit Anders Tegnell, Schwedens Staatsepidemiologe, in: *Die Presse*, 14.08.2020, S. 4.

Anwar, André: König erklärt schwedischen Weg für gescheitert, in: Die Presse, 18.12.2020, S. 4.

Arbeiter, Armin: Corona nicht zu stoppen: Schon 1.000.000 Infizierte, in: Kurier, 03.04.2020, S. 6.

Babst, Andreas: Indiens Corona-Rätsel, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 5.02.2021, S. 2.

Bachner, Michael: Corona reißt Riesenloch von 70 Milliarden Euro ins Budget, in: Kurier, 15.12.2021, S. 11.

Balmer, Rudolf: „Gute Nacht“: Unmut über Ausgangssperre, in: Die Presse, 16.10.2020, S. 4.

Balmer, Rudolf: Macron wird vom Virus desavouiert, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 22.03.2021, S. 5.

Baltaci, Köksal: Virus kann Nervensystem befallen, in: Die Presse, 15.04.2020, S. 9.

Baltaci, Köksal: „Testen, testen, testen“ reloaded, in: Die Presse, 3.07.2020, S. 7.

Baltaci, Köksal: Wieso die Corona-Ampel defekt ist, in: Die Presse, 12.09.2020, S. 1.

Baltaci, Köksal: Warum die Corona-Ampel gescheitert ist, in: Die Presse, 17.09.2020, S.5.

Baltaci, Köksal: „Weitere Verschärfung ist nicht angebracht“, in: Die Presse, 16.10.2022, S. 5.

Baltaci, Köksal: Dunkelziffer stark gestiegen, in: Die Presse, 27.11.2020, S. 14.

Baltaci, Köksal: Erste Impfung am Sonntag in Wien, in: Die Presse am Sonntag, 24.12.2020, S. 13.

Baltaci, Köksal: Stichtag für Corona-Impfungen, in: *Die Presse*, 28.12.2020, S. 1.

Baltaci, Köksal: Corona: Die Motive hinter den Grenzwerten, in: *Die Presse*, 30.12.2020, S. 7.

Baltaci, Köksal: Ende der Pandemie in Reichweite, in: *Die Presse*, 24.01.2022, S. 1.

Baltaci, Köksal, *Thalhammer*, Anna, *Streibhammer*, Jürgen: Wien führt Gästelisten ein, in: *Die Presse*, 25.09.2020, S. 1.

Barkhausen, Barbara: China will ein Exempel an Australien statuieren, in: *Die Presse*, 13.06.2020, S. 5.

Barkhausen, Barbara: Neuseelands erfolgreiche Selbstisolation, in: *Die Presse*, 10.08.2020, S. 3.

Barkhausen, Barbara: Neuseeland will vorsichtig öffnen, in: *Salzburger Nachrichten*, 13.08.2021, S. 7.

Barkhausen, Barbara: Australien gibt Hoffnung, in: *Salzburger Nachrichten*, 28.12.2021, S. 7.

Bartsch, Mathias, *Friedmann*, Jan et al.: Test beim Tierarzt, in: *Der Spiegel*, Nr. 14, 28.03.2020, S. 40-42.

Bastaroli, Susanna: Tödliche Coronawelle überrollt Südostasien, in: *Die Presse*, 23.07.2021, S. 8.

Bastaroli, Susanna: Wie Südeuropa das Virus bekämpft, in: *Die Presse*, 17.11.2021, S. 8.

Baumann, Meret, *Mann*, Julia, *von Schwerin*, Ulrich, *Spalinger*, Andrea: In Berlin herrscht Chaos, in Rom Disziplin, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 29.03.2021, S. 2.

Berger, Sebastian: London sieht Sieg gegen Covid nahen, in: *Der Standard* 24.01.2022, S. 5

Bischof, Burkhard: Wie Radikale den Staat in der Krise schwächen wollen, in: *Die Presse*, 20.05.2020, S. 7.

Bischof, Burkhard: „Es wird Gewalt und großes Leid weltweit geben“, in: *Die Presse*, 17.04.2020, S. 4.

Bischof, Burkhard: Coronavirus greift an, aber die Waffen schweigen nicht, in: *Die Presse*, 10.04.2020, S. 3.

Bischof, Burkhard: Putins eigennützige humanitäre Hilfe, in: *Die Presse*, 07.04.2020, S. 6.

Bischofberger, Conny: Sind die Roten “Gsindl”, Herr Bundeskanzler?, Interview mit dem österreichischen Bundeskanzler Karl Nehammer, in: *Kronen Zeitung*, 13.02.2022, S. 4-6.

Böhm, Wolfgang: 1,2 Mrd. Impfungen für EU, in: *Die Presse*, 19.11.2020, S. 8.

Böhm, Wolfgang: Pharmaexporte ohne Ende: Warum die EU jetzt schlecht dasteht, in: *Die Presse*, 12.03.2021, S. 2.

Böhm, Wolfgang: EU holt bei Impfungen deutlich auf, in: *Die Presse*, 9.06.2021, S. 7.

Böhm, Wolfgang, *Gabriel*, Anna: Impfstoff wird in Europa noch knapper, in: *Die Presse*, 30.01.2021, S. 1.

Böhm, Wolfgang, *Grimm*, Oliver: So will die EU bei der Impfstoffproduktion autark werden, in: *Die Presse*, 16.04.2021, S. 2.

Böhmer, C., *Kittner*, D., *Teufel*, I.: Ein-Aus-Schalter für die Impfpflicht, in: *Kurier*, 6.01.2021, S. 4.

Bonavida, Iris: Die Hürden für den (freiwilligen) Zivildienst, in: *Die Presse*, 27.03.2020, S. 3.

Bonavida, Iris: „Geopolitik verschwindet trotz Corona nicht“, Interview mit Generalmajor Johann Frank, seit April 2020 Leiter des Instituts für Friedenssicherung und Konfliktmanagement, in: *Die Presse*, 24.04.2020, S. 7.

Bonavida, Iris: Südtirol plant flächendeckende Coronatests, *Die Presse*, 12.11.2020, S.4.

Borrell, Josep, Breton, Thierry: Coronakrise zeigt: Die Ära des naiven Europas ist vorbei, in: *Die Presse*, 12.06.2020, S. 23.

Bozorgmehr, Najmeh, Kbalaj, Monavar: Iran's exhausted medics face high risks, in: *Financial Times Weekend*, 21./22.03.2020, S. 4.

Brandes, Sabine: Israel führt 3-G-Regel für Kleinkinder ein, in: *Salzburger Nachrichten*, 13.08.2021, S. 3.

Brandes, Sabine: „Der Booster hat Israel gerettet“, in: *Salzburger Nachrichten*, 18.11.2021, S. 6.

Brandstetter, Wolfgang: Freiheit und /oder Verantwortung. Persönliche Erfahrungen und Erkenntnisse aus der Coronazeit, in: Manfred Rauchensteiner und Michael Gehler (Hg.), *Corona und die Welt von gestern*, Böhlau Verlag, Wien-Köln-Weimar 2021, S. 179-193.

Bückenbacher, Katrin, Babst, Andrea, Ackeret, Markus, Hoppmann, Eike, Kleeb, Christian: China, Russland und Indien impfen die Welt, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 8.03.2021, S. 6 und 7.

Bundesministerium für Landesverteidigung: Eilmeldung: stv. Kabinettschef BMLV wird Leiter der Geschäftsstelle GECKO im BKA, BMLV IntKomm, 20.12.2021 16:16 Uhr.

Bundesregierung: Corona-Lockdown für ganz Österreich, in: *Salzburger Nachrichten*, 28.12.2020, S. 3.

Bundesregierung: „Schau auf dich, schau auf mich“ „Vorwärts. Mit Vorsicht“, in: *Salzburger Nachrichten*, 6.02.2021, S 3.

Bundesregierung: Information zur COVID-19-Impfpflicht in Österreich, Wien 2022.

Bundesregierung / Österreichisches Rotes Kreuz: Reisen zur Corona-Zeit: Mit Hausverstand und Babyelefant, in: *Salzburger Nachrichten*, 25.07.2020, S. 4.

Bürger, Hans, Mayr, Günther: Knock down. Menschheit auf dem Prüfstand, Verlag Braumüller, Wien 2021.

Busch, Alexander: In Brasilien wogt ein Streit um Sputnik V, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 3.05.2021, S. 4.

Cave, Damien, May, Tiffany: World feared Asia. Now the tables have turned, in: *The New York Times International Edition*, March 21-22, 2020, S. 1.

Che, Chang, Fu, Claire, Chien, Amy Chang: China divisions on display online, in: *The New York Times International Edition*, January 13, 2023, S. 3.

China Rundschau: China unterstützt Europa bei der Bekämpfung von COVID-19, in: *China Rundschau*, Nr. 064, Mai 2020.

China Rundschau: China wird COVID-19-Bekämpfung weiter verbessern, in: *China Rundschau*, Nr. 099, KW 50, 2022, S. 6.

Dang, Anika, Honsig-Erlenburg, Manuela, Maan, Noura: Das andere tödliche Virus, in: *Der Standard*, 20.03.2021, S. 12.

da Silva, Gioia: Gegen Pfizer/Biontech läuft eine Cyberkampagne, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 31.05.2021, S. 14.

Der Spiegel: Der Stresstest, in: *Der Spiegel* Nr. 13, 21.03.2020, S. 8-14.

Der Spiegel: Strategiewechsel in Peking, in: *Der Spiegel*, Nr. 12, 19.03.2022, S. 82.

Der Standard: Jedes Land muss mit Covid-19-Fällen rechnen, in: *Der Standard*, 28.02.2020, S. 3.

Der Standard: Gewalt bei Demos in Brüssel, in: *Der Standard*, 24.01.2022, S. 1.

Deutsche Welle: Wie Japan Covid-19 unter Kontrolle hält, in: *Deutsche Welle*, 08.04.2020, <https://www.dw.com/de/wie-japan-covid-19-unter-kontrolle-h%C3%A4lt/a-52896128> [13. Mai 2020].

Die Presse: Erneut Corona-Ausbruch auf Großmarkt in China, in: *Die Presse am Sonntag*, 14.06.2020, S. 8.

Die Presse: Trumps Krieg mit WHO, in: *Die Presse*, 20.05.2020, S. 7.

Die Presse: Coronahilfe 2: „Großer Beitrag“ Österreichs, in: *Die Presse*, 16.05.2020, S. 6

Die Presse: Beben auf dem Arbeitsmarkt, in: *Die Presse*, 30.04.2020, S. 2.

Die Presse: Bundesheer verkleinert Truppen im Ausland, in: *Die Presse*, 15.04.2020, S. 8.

Die Presse: Taiwan fordert China in der Krise heraus, in: *Die Presse*, 25.04.2020, S. 6.

Die Presse: China spendet 30 Millionen Dollar an die WHO, in: *Die Presse*, 24.04.2020, S. 7.

Die Presse: Daimler büßt 78 Prozent Gewinn ein, in: *Die Presse*, 24.04.2020, S. 22.

Die Presse: Chinas Kampf gegen Corona verlagert sich an russische Grenze, in: *Die Presse*, 14.04.2020, S. 2.

Die Presse: WHO kontra Taiwan: „Wer diskriminiert wen?“, in: *Die Presse*, 11.04.2020, S. 8.

Die Presse: 107-jährige Holländerin überlebt Coronavirus, in: *Die Presse*, 10.04.2020, S. 4.

Die Presse: Chinesische Masken in Südtirol unbrauchbar, in: *Die Presse*, 07.04.2020, S. 6.

Die Presse: Panama und Peru trennen Geschlechter, in: *Die Presse*, 04.04.2020, S. 6.

Die Presse: 350.000 weltweit gestrandete Europäer warten auf Heimflug, in: *Die Presse*, 04.04.2020, S. 8.

Die Presse: Maskendiplomatie bröckelt, in: *Die Presse*, 31.03.2020, S. 2.

Die Presse: Putin macht Coronavirus zur Chefsache, in: *Die Presse*, 26.03.2020, S. 11.

Die Presse: Außenamt ist „kein Reisebüro“, in: *Die Presse*, 23.03.2020, S. 2.

Die Presse: „Biologischer Terroranschlag“, in: *Die Presse*, 11.03.2020, S. 7.

Die Presse: Wie die zweite Welle verhindert werden soll, in: *Die Presse*, 22.07.2020, S. 7.

Die Presse: Urlauber aus Österreich auf roter Liste, in: *Die Presse*, 25.07.2020, S. 7.

Die Presse: Kritik an Kanzler Sebastian Kurz, in: *Die Presse*, 15.10.2020, S. 9.

Die Presse: Außenministerin Belgiens auf der Intensivstation, in: *Die Presse*, 23.10.2020, S. 5.

Die Presse: „Die zweite Welle wird tödlicher sein als die erste“, in: *Die Presse*, 30.10.2020, S. 3.

Die Presse: Schweizer Regierung setzt neue Beschränkungen in Kraft, in: *Die Presse*, 30.10.2020, S. 3.

Die Presse: Auch Merkel für ein europaweites Skiverbot, in: *Die Presse*, 27.11.2020, S. 13.

Die Presse: Ischgl: Weitere Corona-Klagen eingebracht, in: *Die Presse*, 27.11.2020, S. 14.

Die Presse: Regierung lehnt Impfpflicht für Ärzte ab, in: *Die Presse*, 4.12.2020, S. 4.

Die Presse: Impfwang rechtlich möglich, in: *Die Presse*, 15.12.2020, S. 2.

Die Presse: Trump genehmigt im letzten Moment Corona-Hilfspaket, in: *Die Presse*, 29.12.2020, S. 4.

Die Presse: Österreich macht die Grenzen dicht, in: *Die Presse*, 9.01.2021, S. 9.

Die Presse: Ausfuhr von Covid-Impfstoffen wird bis Ende März reguliert, in: *Die Presse*, 30.01.2021, S. 2 und 3.

Die Presse: Frankreichs dritte Welle, in: *Die Presse*, 23.03.2021, S. 3.

Die Presse: Indien: schneller Anstieg der Infektionen, in: *Die Presse*, 23.03.2021, S. 3.

Die Presse: Briten wollen noch mehr Impfdosen, in: *Die Presse*, 23.03.2021, S. 4.

Die Presse: „Unverschämter Kurz“, in: *Die Presse*, 23.03.2021, S. 4.

Die Presse: Schärfere Maßnahmen in Teilen Vorarlbergs, in: *Die Presse*, 26.04.2021, S. 3.

Die Presse: Schärfere Maßnahmen in Teilen Vorarlbergs, in: *Die Presse*, 26.04.2021, S. 3.

Die Presse: Jedes dritte Vorarlberger Lokal öffnete: Großer Andrang am Mittagstisch, in: *Die Presse*, 16.03.2021, S. 10.

Die Presse: Hälfte der Neuinfizierten ist unter 25, in: *Die Presse*, 23.07.2021, S. 9.

Die Presse: Neues gesetz in Kraft: 1,3 Millionen Verstöße gegen die Impfpflicht, *Die Presse am Sonntag*, 6.02.2022, S. 8.

Die Salzburger Freiheitlichen: Freiheit, die ich meine: Sagen, was ist!, Zeitungseinschaltung der FPÖ Salzburg, in: *Salzburger Nachrichten*, Beilage „Aus Stadt und Land“, 31.10.2020, S. 11.

Die Zeit: „Das hätte Kurz nicht sagen sollen“, Interview mit Karl Stöger, Professor für öffentliches Recht an der Universität Graz, in: *Die Zeit*, 16.07.2020, S. 17.

Doemens, Karl: Die USA stehen vor einem Omikron-Blizzard, in: *Salzburger Nachrichten*, 30.12.2021, S. 8.

Dolomiten: Schule bleibt zu, 4 Gemeinden Sperrgebiet, *Dolomiten*, 17.02.2021, S. 13.

Dolomiten: Aufbaufonds am Start, in: *WIKU Dolomiten*, 17.02.2021, S. 3.

Döpfner, Matthias: „Uns war klar: Das ist der Tag der Wahrheit“, in: *Die Welt am Sonntag*, 21.03.2021, S. 15-18

Doringe, Gudrun: Corona erreicht schwedisches Königshaus, in: *Salzburger Nachrichten*, 28.11.2020, S. 8.

Doringe, Gudrun: Die Zuversicht kehrt nach Lissabon zurück, in: *Salzburger Nachrichten*, 18.11.2021, S. 1.

Dumes, Abigail A.: What long Covid shows us about the limits of medicine, in: *The New York Times International Edition*, March 19-20, 2022, S. 14.

Dtv Verlagsgesellschaft: Europa-Recht, 27. Auflage, Beck-Texte im dtv, München 2017.

Eder, Marlies: Wie Peking die EU in der Coronakrise ausbootet, in: *Die Presse*, 11.04.2020, S. 10.

Eder, Marlies: Die Maskendiplomatie der Volksrepublik, in: *Die Presse*, 25.03.2020, S. 10.

Ebringfeld, Klaus: Brasilien taumelt führungslos, in: *Salzburger Nachrichten*, 23.05.2020, S. 4.

Ebringfeld, Klaus: Bolsonaro kommt in Bedrängnis, in: Salzburger Nachrichten, 22.10.2021, S. 6.

Ebringfeld, Klaus: Kubas Impfstoff: Ein Hoffnungsschimmer im globalen Süden, in: Salzburger Nachrichten, 22.01.2022, S. 9.

Engbusen, Mareike: Lockdown spaltet Israels Gesellschaft, in: Die Presse, 2.10.2020, S. 4.

Ernst, Andreas: Serbien beginnt mit der Produktion von Sputnik V, Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 19.04.2021, S. 4.

Europäische Kommission: Sicherstellung der Materialversorgung, https://ec.europa.eu/info/live-work-travel-eu/health/coronavirus-response/public-health_de [4. Mai 2020]

Europäische Kommission: Krisenmanagement und Solidarität, https://ec.europa.eu/info/live-work-travel-eu/health/coronavirus-response/crisis-management-and-solidarity_de [4. Mai 2020]

Europäische Kommission: COVID-19: Kommission stockt Forschungsmittel auf und wählt 17 Projekte in den Bereichen Impfstoffentwicklung, Behandlung und Diagnose aus, Pressemitteilung, Brüssel, 6. März 2020.

Europäische Kommission: Eine europäische Gesundheitsunion: Gesundheitskrisen gemeinsam bewältigen, Brüssel, 11. November 2020.

Europäische Kommission: Fragen und Antworten: Schaffung einer europäischen Gesundheitsunion: Stärkung der Krisenvorsorge und -reaktion für Europa, Brüssel, 11. November 2020.

Fähnders, Till: Null-Covid scheidet an Delta-Covid, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.09.2021, S. 2.

Fellner, Niki: Herr Minister, haben Sie Ihren Laden noch im Griff, in: Österreich, 23.10.2020, S. 6

Feichtinger, Walter: Corona als internationale Propagandafront, in: Wiener Zeitung, 31.03.2020, S. 2.

Fink, Andreas Fink: Russlands Sputnik V ist in der Pampa gelandet, in: *Die Presse*, 30.12.2020, S. 6.

Fink, Andreas: Viele Südamerikaner müssen bis 2022 auf die Impfung warten, in: *Die Presse*, 30.01.2021, S. 5.

Fink, Andreas: Das brasilianische Coronadesaster, in: *Die Presse am Sonntag*, 7.03.2021, S. 6.

Finke, Björn, *Kolb*, Matthias: Führung mit Defiziten, in: *Süddeutsche Zeitung*, 11.02.2021, S. 2.

Fischer, Juliane: Schule schließen oder offen lassen?, in: *Salzburger Nachrichten*, 27.11.2021, S. 3.

Fischer, Juliane: Was tun gegen die Flut an Falschinfos?, in: *Salzburger Nachrichten*, 22.01.2022, S. 3.

Fischer, Juliane: Woher kommen all die Infizierten?, in: *Salzburger Nachrichten*, 12.03.2022, S. 9.

Fritzl, Martin: Die Länder übernehmen das Impfen, in: *Die Presse*, 9.01.2021, S. 9.

Fritzl, Martin: Delta zwingt zu Restriktionen, in: *Die Presse*, 16.07.2021, S. 1.

Frankfurter Allgemeine Zeitung: Verschärfte Ausgangsbeschränkungen in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21.03.2020, S. 1.

Frankfurter Allgemeine Zeitung: Weltrettung, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21.03.2020, S. 18.

Frankfurter Allgemeine Zeitung: Schwarzer Montag an der Börse, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 10.03.2020, S. 15.

Frankfurter Allgemeine Zeitung: Debatte über Corona-Impfpflicht für Pflegekräfte, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 13.01.2021, S. 1.

Frankfurter Allgemeine Zeitung: Teilweiser Stopp der Terminvergabe für Corona-Impfungen, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 15.03.2021, S. 1.

Frankfurter Allgemeine Zeitung: UN für Aussetzung des Patentschutzes von Covid-Impfstoff, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 7.05.2021, S. 1.

Frankfurter Allgemeine Zeitung: Japan droht in die zweite Pandemie-Rezession zu rutschen, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 19.05.2021, S. 18.

Frankfurter Allgemeine Zeitung: Intensivpatienten müssen verlegt werden, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 25.11.2021, S. 1.

Frankfurter Allgemeine Zeitung: Lockdown für Geimpfte, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 25.11.2021, S. 4.

Frankfurter Allgemeine Zeitung: 260.000 Corona-Infektionen an einem Tag, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 11.03.2022, S. 1.

Freudenthaler, David: Die teure Seuche im Schatten von Corona, in: *Die Presse am Sonntag*, 25.04.2021, S. 20.

Fritzl, Martin: Dem Bundesheer fehlen die Spitäler, in: *Die Presse*, 27.03.2020, S. 4.

Gabriel, Anna: Corona: Lehnten Regierungen EU-Hilfe ab?, in: *Die Presse*, 03.04.2020, S. 2.

Gabriel, Anna: "Hoffe, dass wir Pandemie bis zum Sommer für beendet erklären", in: *Die Presse*, 28.11.2020, S. 5.

Gaul, Bernhard, *Kittner*, Daniela: „Die Zweiklassenmedizin ist offenbar gewollt“, Interview mit dem Rektor der MedUni Wien Markus Müller, in: *Kurier*, 14.05.2023, S. 6 und 7.

Gehler, Michael: Europa wachte langsam auf, handelte verspätet und ringt weiter mit sich. Die EU und ihr Umgang mit der Corona-Krise, in: Manfred Rauchensteiner und Michael Gehler (Hg.), *Corona und die Welt von gestern*, Böhlau Verlag, Wien-Köln-Weimar 2021, S. 67-94.

Gehler, Michael: „Die EU von heute ist bestenfalls eine imperial Halbmacht“, Interview, in: Michael Gehler, Deborah Cuccia, Jakob Iser, Philipp Strobl (Hrsg.), *Geschichte Europas. Seine Desintegration und Integration schreiben; Vorläufer, Perzeptionen und Perspektiven der europäischen Idee*, Teilband 1, Universitätsverlag Hildesheim, Georg Olms Verlag, Hildesheim-Zürich-New York 2023, S. 578-635.

Gerhards, Jürgen, Zürn, Michael: Corona, Sonderbeilage, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 13.01.2021, S. N4.

Gerstendorfer Elisabeth, Patsalidis, Marlene: Neue Variante in Frankreich entdeckt, in: *Kurier*, 5.01.2022, S. 5.

Glas, Sabrina: Der russische Impfstoff als Chance?, in: *Salzburger Nachrichten*, 24.12.2020, S. 25.

Glas, Sabrina: „Das Virus hat seinen Schrecken verloren“, in: *Salzburger Nachrichten*, 25.02.2023, S. 18.

Gonsa, Christian: Griechenland hat Kontrolle über Virus verloren in: *Die Presse*, 12.08.2020, S. 3.

Gonsa, Christian: Mitsotakis schickt Griechen überfallsartig in dritten Lockdown, in: *Die Presse*, 11.02.2021, S. 2.

Grass, Alexandra: Krisenzeit ist Verschwörungszeit, in: *Wiener Zeitung*, 31.03.2020, S. 18.

Greber, Wolfgang: Gegner der USA testen erkrankte Supermacht, in: *Die Presse*, 17.04.2020, S. 2.

Grimm, Oliver: Kroatien ignoriert EU-Reiselisten, in: *Die Presse*, 31.07.2020, S. 3.

Grimm, Oliver: Der 750-Milliarden-Euro-Plan, in: *Die Presse*, 28.05.2020, S. 1.

Grimm, Oliver: Die Geburtsstunde der Eurobonds, in: *Die Presse*, 20.05.2020, S. 1.

Grimm, Oliver: Auftakt zum Gezerre um Coronahilfen, in: *Die Presse*, 24.04.2020, S. 8.

Grimm, Oliver: „China hat schon immer Statistiken gefälscht“, in: *Die Presse*, Interview mit der Chinaexpertin Didi Kirsten Tatlow, 11.04.2020, S. 10.

Grimm, Oliver: Trump bremst die EU erneut aus, in: *Die Presse*, 3.07.2020, S. 1.

Grimm, Oliver, Thalhammer, Anna: Staaten stoppen Astra Zeneca, in: *Die Presse*, 12.03.2021, S. 1.

Güsten, Susanne: Warum ein großer Fehler Erdoğan's Innenminister stärkt, in: *Die Presse*, 14.04.2020, S. 2.

Güsten, Susanne: Erdoğan verhängt Ausgehverbot für Senioren, in: *Die Presse*, 24.03.2020, S. 11.

Güsten, Susanne: Erdoğan schummelt bei Coronazahlen, in: *Die Presse*, 2.10.2020, S. 4.

Güsten, Susanne: Ankara bestätigt offiziell die katastrophale Corona-Lage, in: *Die Presse*, 27.11.2020, S. 13.

Hager, J., Hammerl, M., Christandl, J.: Türkische Show-Highlights, in: *Kurier*, 29.08.2021, S. 4.

Hamburger Abendblatt: EU erhöht Druck auf Impfstoffhersteller, in: *Hamburger Abendblatt*, 25.01.2021, S. 3.

Hauser, Gunther: Das Bundesheer im Spannungsfeld zwischen Reformen und politisch-gesellschaftlicher Akzeptanz, Allgemeine Reihe Nr. 78, Österreichische Gesellschaft für Landesverteidigung und Sicherheitspolitik, Wien, Februar 2023.

Hauser, Gunther: Die Coronakrise 2020 – Unterschiedliche Strategien zu deren Eindämmung im Vergleich, hrsgg. vom Wissenschaftlichen Forum für Internationale Sicherheit e.V. (Hamburg), WIFIS-aktuell Band, Verlag Barbara Budrich, Opladen – Berlin – Toronto 2021.

Hauser, Gunther: Österreich und die Coronakrise – Reaktionen, Maßnahmen, Ausblick, ISS-Aktuell Nr. 3/2020, hrsgg. vom Institut für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie, Wien, 20. Juli 2020.

Heinisch, Reinhard: Hochfahren mit Nebenwirkungen, in: *Salzburger Nachrichten*, 14.05.2020, S. 9.

Heinisch, Reinhard: Der amerikanische Patient, in: *Salzburger Nachrichten*, 02.05.2020, S. 9.

Hermann, Jonas: Ausgangssperren im ganzen Land?, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 15.04.2021, S. 1.

Hermann, Rudolf: Das Coronavirus rafft die nordische Harmonie dahin, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 18.03.2021, S. 2.

Hierschke, Alexander, Holzinger, Kerstin, Eibl, Birgit: Handbuch des Epidemierechts unter besonderer Berücksichtigung der Regelungen betreffend COVID-19, Manz'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Wien 2020.

Hillebrand, Ralf: Lügen im Netz schüren die Coronapanik in: *Salzburger Nachrichten*, 14.03.2020, S. 12.

Hoepke, Simone: Jobkiller Lockdown, in: *Kurier*, 5.01.2021, S. 13.

Höhler, Gerd: Türkei zwischen Pandemie und Pleite, in: *Salzburger Nachrichten*, 25.04.2020, S. 8.

Höhler, Gerd: Corona International, in: *Salzburger Nachrichten*, 6.04.2021, S. 2.

Hoxhaj, Enver: Chinesisch-russische Coronakampagne auf dem Balkan, in: *Die Presse*, 20.05.2020, S. 23.

Huber, Heidi: Land mit Contact Tracing am Ende: Haslauer ruft gemeinden zu Hilfe, in: *Salzburger Nachrichten*, Aus Stadt und Land, 7.11.2020, S. 5.

Huber, Heidi: Wie konnte es soweit kommen, Herr Stöckl?, Interview mit dem Gesundheitslandesrat des Landes Salzburg, Christian Stöckl, in: *Salzburger Nachrichten*, Aus Stadt und Land, 18.11.2021, S. 2 und 3.

Imlinger, Christine, Testen, testen, testen? Wie die Großaktion gelingen soll, in: *Die Presse*, 1.12.2020, S. 4-5.

Jakl, Thomas, Zeit für Bilanz: Wie gut war unser Covid-Management?, in: *Die Presse*, 17.04.2023, S. 26-27.

Jessen, Norbert: Impfweltmeister Israel im Lockdown, in: *Kurier*, 31.01.2021, S. 9.

Kafsack, Hendrik, Mussler, Werner: Die „sparsamen Vier“ in der Defensive, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 29.05.2020, S. 19.

Kamp, Matthias: Erholung in China schwächt ab, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 19.10.2021, S. 1.

Kamp, Matthias: Der Covid-Sturm fegt gerade Chinas Wirtschaftsplanung hinweg, NZZ Online, 6.04.2022 05:30 Uhr, https://www.nzz.ch/wirtschaft/china-covid-in-shangha-schadet-der-wirtschaft-ld.1678049?kid=nl165_2022-4-5&ga=1&mktcid_nled&mktcval=165_2022-04-06qreduced=true [6. April 2022]

Kauffmann, Sylvie: For France, a historic call to arms, in: *The New York Times International Edition*, March 21-22, S. 1.

Kirkpatrick David D., Cabrera, José María León: Crippled by ideology, in: *The New York Times International Edition*, October 29, 2020, S. 1 und 5.

Köbler, Angela: Nordkoreas unheimliche Drohung, in: *Die Presse*, 15.06.2020, S. 1.

Köbler, Angela: Japans Sorglosigkeit könnte sich bald rächen, in: *Die Presse*, 24.04.2020, S. 5.

Köhler, Angela: Japans Richtungswechsel im Kampf gegen das Virus, in: Die Presse, 08.04.2020, S. 4.

Köhler, Angela: Die Olympischen Spiele in Tokio stehen auf der Kippe, in: Die Presse, 16.04.2021, S. 4.

Koller, Andreas: Jenseits von Richtig und Falsch, in: Salzburger Nachrichten, 4.01.2021, S. 4.

Kölling, Martin: Japan kontert Chinas Impfdiplomatie, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 18.06.2021, S. 5.

Kramer, Thomas: Katzen können sich mit Covid-19 anstecken, in: Die Presse, 10.04.2020, S. 7.

Kramer, Konrad: „Mutationszone Tirol“: Druck auf Österreich steigt, in: Kurier, 12.02.2021, S. 5.

Krb, Valerie: „Europa hat nie gelernt zu tanzen“, in: Kurier, 29.08.2021, S. 7.

Kretschmer, Fabian: China erholt sich nur sehr langsam, in: Die Presse, 04.06.2020, S. 15.

Kretschmer, Fabian: Die totale Gesundheitsüberwachung, in: Die Presse, 27.05.2020, S. 9.

Kretschmer, Fabian: China will elf Millionen Bürger in Wuhan testen, in: Die Presse, 13.05.2020, S. 2.

Kretschmer, Fabian: China als großer Gewinner der Viruskrise, in: Die Presse, 24.04.2020, S. 4 und 5.

Kretschmer, Fabian: Chinas Angst vor der zweiten Viruswelle, in: Die Presse, 04.04.2020, S. 3.

Kretschmer, Fabian: Geringer Impfschutz bereitet China große Sorgen, in: Die Presse, 15.04.2021, S. 9.

Kretzl, Helmut: Die Rolle Österreichs beim Coronaimpfstoff, in: Salzburger Nachrichten, 24.04.2021, S. 17.

Kretzl, Helmut: Wohin die Covid-Hilfen wirklich flossen, in: Salzburger Nachrichten, 26.06.2021, S. 21.

Kurier: 5900 Passagiere wieder in Österreich, in: Kurier, 29.03.2020, S. 4.

Kurier: Wie die Nacht der Entscheidung ablief, in: Kurier, 20.11.2020, S. 3.

Kurier: Testpflicht bei Einreise künftig auch für Pendler, in: Kurier, 4.02.2021, S. 5.

Kurier: Zur Impfpflicht, in: Kurier, 14.11.2021, S. 5.

Kurier: Politik beschliesst, zu Hause zu bleiben, in: Kurier, 20.11.2021, S. 1.

Kurier: Niedrige Impftrate: Slowakei verhängt Lockdown für Ungeimpfte, in: Kurier, 20.11.2021, S. 10.

Kurier: Wie konnte es soweit kommen?, in: Kurier, 21.11.2021, S. 1.

Kurier: Verordnung: Diese neuen Corona-Regeln gelten ab heute, in: Kurier, 24.03.2022, S. 3.

Kretschmer, Fabian: Wie China den Ursprung des Virus verschleierte, in: Die Presse, 1.12.2020, S. 6.

Kusma, Stephanie: Schwierige Suche nach Ursprung des Coronavirus, in: Neue Zürcher Zeitung, Internationale Ausgabe, 5.02.2021, S. 16.

Jessen, Norbert: Massive Proteste gegen Big Data in Israel, in: Kurier, 29.03.2020, S. 11.

Lagler, Claudia: Salzburg stellt erste Gemeinde unter Quarantäne, in: Die Presse, 16.10.2020, S. 4-5.

Lagler, Claudia: Die Pannen entlang des Salzburger Weges, in: Salzburger Nachrichten, 15.11.2021, S. 2.

- Lagler, Claudia*: Spitäler bereiten Triage vor in: *Salzburger Nachrichten*, 17.11.2021, S. 3.
- Labrtz, Stephanie*: Warnhinweis für den Impfstoff von AstraZeneca, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 22.03.2021, S. 5.
- Lammer, Beate*: Warum die Börsen derzeit so extreme stark schwanken, in: *Die Presse*, 26.03.2020, S. 2.
- Li, Yuan*: Beijing finds grief intolerable, in: *The New York Times International Edition*, August 16, 2023, S. 3.
- Liang, Tingbo* (Hrsg.): Handbuch zur Prävention und Behandlung von COVID-19, erstellt von der Zhejiang Universität in Kooperation mit der Jack Ma Foundation, Hangzhou 2020.
- Lindbofer, R., Bartos, C., Patsalidis, M.*: Omikron-Welle: Was wir wissen und was jetzt getan wird, in: *Kurier*, 15.12.2021, S. 4. und 5.
- Linsinger, Eva, Meinbart, Edith, Winter, Jakob*: Notruf Spital, in: *profil*, Nr. 19, 53. Jg., 7. Mai 2023, S. 12-15.
- Lipkin, W. Ian*: A pandemic needs action over dabate, in: *The New York Times International Edition*, April 27, 2023, S. 1 und 11.
- Löbr, Julia*: Hilfskredite reichen nicht mehr, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21.03.2020, S. 17.
- Louis, Lisa*: Rückschlag für Macron, in: *Salzburger Nachrichten*, 2.04.2021, S. 5.
- Mance, Henry*: London´s lacklustre response to crisis rooted in “keep calm and carry on” spirit, in: *Financial Times Weekend*, 21/22.03.2020, S. 3.
- Mauracher, Hannah*: Tag 1 der neuen Corona-Regeln, in: *Salzburger Nachrichten* 2.08.2022, S. 3.
- Mauritz, Ernst*: So schützt sich Österreich, in: Kuratorium Sicheres Österreich (Hrsg.), *Fakten. Sicherheit. Analyse. Konsequenzen. Perspektiven*, Nr. 34, Februar 2020, S. 6.

Mauritz, E., Teufel, I.: Novavax: Was Impfstoff Nummer 5 kann, in: *Kurier*, 21.12.2021, S. 3.

Mauritz, Ernst, Bartas, Caroline, Breineder, Christa: „Welle ist größer, als die Zahlen vermitteln“, in: *Kurier*, 24.06.2022, S. 5.

Mayrath, Natalie: Der Subkontinent macht dicht, in: *Die Presse*, 26.03.2020, S. 11.

Mayrath, Natalie: Globale Angst vor Indiens Coronakatastrophe, in: *Die Presse*, 26.04.2021, S. 3.

Metzger, Ida: „Die EU hat am falschen Platz gespart“, Interview mit Martin Bartenstein, in: *Kurier*, 31.01.2021, S. 8.

Metzger, Ida: „Ein Lockdown ist kein Allheilmittel“, Interview mit Österreichs Bundeskanzler Karl Nehammer, in: *Kurier*, 9.01.2022, S. 4.

Mijnssen, Ivo: Österreich geht in „harten“ Lockdown, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 16.11.2020, S. 1.

Mijnssen, Ivo: Corona wütet in Österreichs Altersheimen, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 28.01.2021, S. 2.

Mijnssen, Ivo: Viktor Orbans Impfpluralismus könnte Schule machen, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 12.02.2021, S. 2.

Mijnssen, Ivo: Tschechien und die Slowakei drohen die Kontrolle zu verlieren, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 25.02.2021, S. 4.

Mijnssen, Ivo: Wütende Corona-Skeptiker halten Wien in Atem, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 17.03.2021, S. 4.

Mijnssen, Ivo: Der Regierungschef der Slowakei gibt auf, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 31.03.2021, S. 3.

Militär Aktuell: „Bei uns laufen mehrere Krisen parallel“, Interview mit Oberst des höheren militärfachlichen Dienstes Nikolaus Rottenberger,

2016-2020 Militärattaché für Italien, Malta, Spanien, Albanien und Griechenland, Corona Spezial, in: *Militär Aktuell*, Ausgabe 2/2020, S. 19.

Militär Aktuell: „Wir haben noch keine ‚Waffe‘ gegen das Virus“, Interview mit Brigadier Sylvia Sperandio, Leiterin des militärischen Gesundheitswesens des Bundesheeres, Corona Spezial, in: *Militär Aktuell*, Ausgabe 2/2020, S. 20-21.

Mingels, Guido, Pfister, René, Pitzke, Marc: Die verdrängte Katastrophe, in: *Der Spiegel*, Nr. 14, 28.03.2020, S. 80-83.

Mitlöhner, Rudolf, Bartas, Caroline: Impfpflicht: Nie „scharf“, jetzt endgültig abgeschafft, in: *Kurier*, 24.06.2022, S. 5.

Möchel, K, Lindorfer, R, Schreiber, Dominik: Die Krux mit den Masken „Made in Austria“, in: *Kurier*, 17.03.2021, S. 10.

Mueller, Benjamin: This time, no cheers for health workers, in: *The New York Times International Edition*, October 29, 2020, S. 1 und 4.

Müller, Hansjörg Friedrich: Osterruhe für Deutschland beschlossen, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 24.03.2021, S. 1.

Müller, Matthias: WHO-Mission besucht Wuhans Virologie-Institut, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 5.02.2021, S. 2.

Müller, Ute: Schlangen vor Portugals Spitälern, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 5.02.2021, S. 2.

Müller, Matthias: WHO-Mission verlässt Wuhan mit Fragen, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 11.02.2021, S. 4.

Münkler, Herfried: Europa ist der Konkurrenz nicht gewachsen, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 17.03.2021, S. 16.

Mussler, Werner: Europas Schuldenillusion, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 13.01.2021, S. 16.

Mussler, Werner: Was hat die EU-Impfkampagne gekostet?, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 15.07.2023, S. 22.

Myers, Steven Lee Myers: Reluctance to send bad news cost China weeks, in: *The New York Times International Edition*, March 31, 2020, S. 1 und 4.

Neue Zürcher Zeitung: In Schweden spielt der „Circus Corona“, *Neue Zürcher Zeitung Online*, 11.01.2021, <https://www.nzz.ch/international/in-schweden-spielt-der-circus-corona> [11. Januar 2021].

Neue Zürcher Zeitung, Bundesrat verschärft Massnahmen, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 14.01.2021, S. 1.

Neue Zürcher Zeitung: Der Bund übernimmt die Kosten für alle Corona-Tests, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 28.01.2021, S. 1.

Neue Zürcher Zeitung: Krawalle und Angriffe auf die Polizei in Bristol, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 24.03.2021, S. 5.

Neue Zürcher Zeitung: WHO-Experten bekräftigen These zum Corona-Ursprung, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 31.03.2021, S. 5.

Neue Zürcher Zeitung: Südkorea will gut 100 Millionen Impfstoffe im Monat herstellen, *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 19.04.2021, S. 4.

Neue Zürcher Zeitung: Impfstoff für Jugendliche zugelassen, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 31.05.2021, S. 1.

Neue Zürcher Zeitung, Die neuesten Entwicklungen. Metropole Xiamen geht in den Lockdown, in: *Neue Zürcher Zeitung*, 14.09.2021, Onlineausgabe.

Neue Zürcher Zeitung: Coronavirus weltweit: Beginn der Impfpflicht in Österreich wird wohl verschoben, philippinischer Präsident bläst zur Jagd auf Ungeimpfte, <https://www.nzz.ch>, [7. Januar 2022 13.45 Uhr].

Neubaus, Christina: Wo bitte geht es zum Ausstieg, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 5.02.2021, S. 15.

Neubaus, Christina: Nächste Station: Mittelmass, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 6.04.2021, S. 15.

Niederer, Alan: Noch keine Sicherheitsprobleme entdeckt, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 25.02.2021, S. 25.

Niederer, Alan, Seliger, Florian: Die Corona-Impfung zeigt Wirkung, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 24.03.2021, S. 25.

Nuspliger, Niklaus: Jüdisch-orthodoxe Gemeinde bildet Corona-Hotspot, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 11.02.2021, S. 4.

Nuspliger, Niklaus: London riskiert Öffnung trotz Delta-Variante, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 8.07.2021, S. 2.

ORF-Weltjournal: Asien – der andere Umgang mit Corona, ORF, 8. April 2020.

Osterholm, Michael T., Olshaker, Mark: Cronicle of a Pandemic Foretold, in: *Foreign Affairs*, July / August 2020, S. 10-14.

Österreich: Auch immer mehr Regionen wurden auf Orange geschaltet, in: *Österreich*, 23.10.2020, S. 6.

Österreich: Deutsche und niederländische Reisewarnung. Wintertourismus vor dem Aus, in: *Österreich*, 23.10.2020, S. 7.

Österreich: Mega-Chaos um Corona-Gesetz, in: *Österreich*, 23.10.2020, S. 7.

Österreich: Hotellerie-Obfrau: „Erwarten ein Minus zwischen 30 und 50 Prozent“, in: *Österreich*, 25./26.12.2021, S. 4.

Österreich: Regelchaos. Tourismusindustrie steht mit dem Rücken zur Wand, in: *Österreich*, 25./26.12.2021, S. 4.

Österreich: 22 Rüffel für „Bad Guy“ Kickl, in: *Österreich*, 25./26.12.2021, S. 10.

Pabst, Volker: Europas Hochburg der Impfskeptiker, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 11.05.2021, S. 5.

Perterer, Manfred: Die Regierung hat den Sommer verschlafen, in: *Salzburger Nachrichten*, 19.09.2020, S. 1.

Perterer, Manfred: Lehren aus der Pandemie, in: *Salzburger Nachrichten*, 19.03.2022, S. 1.

Perterer, Manfred, Von der Kunst der Versöhnung, in: *Salzburger Nachrichten*, 8.04.2023, S. 1

Pessl, Fritz: Die Polizei gibt bei Protestmärschen den Takt vor, in: *Salzburger Nachrichten*, 2.02.2021, S. 4.

Pessl, Fritz: Infektionsgefahr auf Demos?, in: *Salzburger Nachrichten*, 13.03.2021, S. 12

Pessl, Fritz: Braunau ist dunkelrote Zone, in: *Salzburger Nachrichten*, 3.04.2021, S. 6.

Pfeiffenberger, Alfred: Tirol, der ständige Corona-Hotspot, in: *Salzburger Nachrichten*, 24.04.2021, S. 10.

Pflügl, Jakob: Eine Frage der Rechtmäßigkeit, in: *Der Standard*, 18./19.12.2021, S. 7.

Pink, Oliver, Weiser, Ulrike: Neuer Höchststand und ein Appell an die Länder, in: *Die Presse*, 16.10.2020, S. 4.

Pollack, Karin, Redl, Bernadette: „Nur eine Epidemie, keine Pandemie“, in: *Der Standard*, 28.02.2020, S. 3.

Pollard, Martin, Quin, Engen, Tham: Ärzte in China nähren Zweifel an offiziellen Corona-Todeszahlen, in: *Wiener Zeitung*, 18.01.2023, S. 5.

Postl, Elisabeth: Wie die Südafrika-Mutante die Impfersteller „überrascht“ hat, in: *Die Presse*, 30.01.2021, S. 4.

Pradetto, August: Multiples Versagen: WHO, EU und Deutschland in der Corona-Krise, WIFIS-Arbeitspapier Nr. 3, hrsgg. vom Wissenschaftlichen Forum für Internationale Sicherheit e.V. (WIFIS), Hamburg, Juni 2020.

Pribyl, Katrin: Trauriger Rekord für London, in: *Salzburger Nachrichten*, 08.05.2020, S. 6.

Pribyl, Katrin: Der britische Außenminister führt nun die Geschäfte, in: *Salzburger Nachrichten*, 08.04.2020, S. 3.

Pribyl, Katrin: England befürchtet Lockdown bis Ostern, in: *Salzburger Nachrichten*, 12.01.2021, S. 6.

Prlić, Anton: Omikron: Land schickt Geimpfte wieder in Quarantäne, in: *Salzburger Nachrichten*, Aus Stadt und Land, 11.12.2021, S. 2 und 3.

Prior, Thomas: Anschobers fehleranfällige Juristen, in: *Die Presse*, 25.08.2020, S. 6.

Prior, Thomas, Zöch, Irene: Flüge aus Rumänien nach Österreich gestoppt, in: *Die Presse*, 17.07.2020, S. 3.

Prior, Thomas, Neubauser, Julia, Bonavida, Iris, Pink, Oliver: Das Bund-Länder-Dilemma, in: *Die Presse*, 24.11.2020, S. 1.

Raabe, Julia: Was hinter dem Verdacht gegen das Labor in Wuhan steckt, in: *Die Presse*, 05.05.2020, S. 2.

Raabe, Julia: Die Irrfahrt des Luxuskreuzers „MS Zaandam“, in: *Die Presse*, 31.03.2020, S. 10.

Raabe, Julia, Vieregge, Thomas: Wie Donald Trump in der Corona-Krise laviert, in: *Die Presse*, 09.04.2020, S. 4.

Rath, Gabriel: Boris Johnson in der Coronafalle, in: *Die Presse*, 16.05.2020, S. 7.

Rath, Gabriel: Johnson auf die Intensivstation verlegt, in: *Die Presse*, 07.04.2020, S. 5.

Rath, Gabriel: Britische Regierung bezahlt Gehälter, in: *Die Presse*, 24.03.2020, S. 19.

Rath, Gabriel: Generalabrechnung mit Boris Johnsons Corona-Chaos, in: *Die Presse*, 27.05.2021, S. 5.

Rauchensteiner, Manfred: Einleitung: Es ist einmal, in: Manfred Rauchensteiner, Michael Gehler (Hg.), *Corona und die Welt von gestern*, Böhlau Verlag, Wien-Köln-Weimar 2021, S. 7-11.

Rechnungshof Österreich, Pandemiemanagement der Gesundheitsbehörden im ersten Jahr der COVID-19-Pandemie, Wien, im Juni 2022.

Reiss, Karina, Bhakdi, Sucharit, *Corona Fehllalarm? Zahlen, Daten und Hintergründe*, Goldegg Verlag, 10. Auflage, Berlin 2020.

Resch, Christine: „Man hat schon dazugelernt. Und zwar, dass der Staat eingreifen darf und muss“, in: *Salzburger Nachrichten*, Wochenendbeilage, Rubrik „Ursache und Wirkung“, 04.04.2020, S. 3.

Rhyn, Larissa: Delta-Variante verbreitet sich rasant, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 8.07.2021, S. 1.

Rhyn, Larissa, Forster, Christof: Bundesrat schweigt zu Corona-Ausstieg, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 5.02.2021, S. 1.

Riecher, Stefan: Der Gigant unter den Giganten, in: *Die Presse am Sonntag*, 14.06.2020, S. 17.

Riecher, Stefan: Die verschuldeten Staaten von Amerika, in: *Die Presse*, 24.04.2020, S. 6.

Riecher, Stefan: Warum Trump nun auf Masken setzt, in: *Die Presse*, 23.07.2020, S. 3.

Riecher, Stefan: Wenn 900 Milliarden Dollar lahm erscheinen, in: *Die Presse*, 23.12.2020, S. 4 und 5.

Roser, Thomas: Der Exodus der Ärzte rächt sich nun, in: *Die Presse*, 04.04.2020, S. 6.

Rosner, Simon: Aufarbeitung für die Versöhnung, in: *Wiener Zeitung*, 11./12.02.2023, S. 3.

Rotheneder, Andreas: Das „Ends-Ways-Means“-Paradigma und die Bedeutung der Zweckdefinition, in: *Alexa*, Andreas (Hrsg.), *Streitkräfte Quo*

Vadis, Tagungsband der Militärwissenschaftlichen Tagung 2022. Militär. Schafft. Wissen, Schriftenreihe der Landesverteidigungsakademie, Band 3/2023, S. 17-25.

Rynn, Simon: Pandemic Politics: Shaping the Future Global Health Response, RUSI Commentary, Royal United Services Institute (RUSI), London, 31 July 2023.

Sailer, Michael L.: Russian and Chinese Corona-Diplomacy in the Western Balkans. A Transformative Moment or just the Continuity of an ongoing Development? Seminar research Paper, Research Seminar "The History of Great Transformations" (2015), University of Vienna, master Interdisciplinary East European Studies, June 2021.

Salzburger Nachrichten: „Selbstverständlich kann ein Fall Ischgl auch im Sommer passieren“, in: *Salzburger Nachrichten*, Aus Stadt und Land, 13.06.2020, S. 7.

Salzburger Nachrichten: Woran wir sterben, in: *Salzburger Nachrichten*, Wochenendbeilage, 23.05.2020, S. 3.

Salzburger Nachrichten: Trump irritiert mit Idee im Kampf gegen Corona, in: *Salzburger Nachrichten*, 25.04.2020, S. 8.

Salzburger Nachrichten: Covid-19 zieht rote Spur in Chinas Wirtschaft, in: *Salzburger Nachrichten*, 18.04.2020, S. 16.

Salzburger Nachrichten: EU-Finanzminister berieten Hilfen um 500 Milliarden Euro, in: *Salzburger Nachrichten*, 08.04.2020, S. 3.

Salzburger Nachrichten: Neue Infektionswelle überrollt USA, in: *Salzburger Nachrichten*, 4.07.2020, S. 6.

Salzburger Nachrichten: Teil-Lockdown startet in Italien unter Protesten, in: *Salzburger Nachrichten*, 7.11.2020, S. 31.

Salzburger Nachrichten: „Schweden hat alle Warnungen ignoriert“, Interview mit Henriikka Gröndahl, Sopranistin an der Königlichen Oper in Stockholm, in: *Salzburger Nachrichten*, 28.11.2020, S. 8.

Salzburger Nachrichten: „Wie kann ich mich wo testen“, in: *Salzburger Nachrichten*, 7.12.2020, S. 3.

Salzburger Nachrichten: 25.000 Moskauer ließen sich impfen, in: *Salzburger Nachrichten*, 7.12.2020, S. 4.

Salzburger Nachrichten: Israel spekuliert über einen dritten Lockdown, in: *Salzburger Nachrichten*, 7.12.2020, S. 4.

Salzburger Nachrichten: Österreich: Ergebnisse der Corona-Massentests, in: *Salzburger Nachrichten*, 15.12.2020, S. 3.

Salzburger Nachrichten: Bundesheer brachte die ersten 96 Impfdosen am 27.12.2020 nach Lieferung / Seniorenwohnhaus, in: *Salzburger Nachrichten*, Aus Stadt und Land, 28.12.2020, S. 4-5.

Salzburger Nachrichten: Schulen und Handel dürfen langsam wieder öffnen, in: *Salzburger Nachrichten*, 2.02.2021, S 1.

Salzburger Nachrichten: Der Lockdown bekommt nur kleine Lücken, in: *Salzburger Nachrichten*, 2.02.2021, S 2.

Salzburger Nachrichten: EU-Agentur rät von FFP2-Pflicht ab, in: *Salzburger Nachrichten*, 3.02.2021, S. 4.

Salzburger Nachrichten: EU zählt mehr als eine halbe Million Coronafälle, in: *Salzburger Nachrichten*, 19.02.2021, S. 5.

Salzburger Nachrichten: Astra Zeneca unterschrieb bei Briten nach der EU, in: *Salzburger Nachrichten*, 19.02.2021, S. 5.

Salzburger Nachrichten: Kurz vermutet „Bazar“ bei Impfstoffvergabe, in: *Salzburger Nachrichten*, 13.03.2021, S. 4.

Salzburger Nachrichten: Biden will impfen, impfen, impfen, in: *Salzburger Nachrichten*, 13.03.2021, S. 5.

Salzburger Nachrichten: Neuer Name, alte Probleme: Astra Zeneca bleibt Sorgenkind, in: *Salzburger Nachrichten*, 1.04.2021, S. 1.

Salzburger Nachrichten: Corona und die Impfungen, in: *Salzburger Nachrichten*, 1.04.2021, S. 4.

Salzburger Nachrichten: Erleichterte Einreise nach Italien, in: *Salzburger Nachrichten*, 6.04.2021, S. 2.

Salzburger Nachrichten: Merkel warnt bei WHO-Tagung vor neuer Pandemie, in: *Salzburger Nachrichten*, 25.05.2021, S. 6.

Salzburger Nachrichten: Bye-bye, Maske: Johnson lockert in England weiter, in: *Salzburger Nachrichten*, 17.07.2021, S. 4.

Salzburger Nachrichten: Joe Biden setzt auf die Impfpflicht, in: *Salzburger Nachrichten*, 11.09.2021, S. 5.

Salzburger Nachrichten: Der Bund spricht ein Machtwort: Lockdown für Ungeimpfte, in: *Salzburger Nachrichten*, Aus Stadt und Land, 13.11.2021, S. 2.

Salzburger Nachrichten, Die Regierung tastet sich an die Impfpflicht heran, in: *Salzburger Nachrichten*, 18.11.2021, S. 1.

Salzburger Nachrichten: Corona-Kompakt, in: *Salzburger Nachrichten*, 18.11.2021, S. 2.

Salzburger Nachrichten: Bayern verschärft Coronaregeln, in: *Salzburger Nachrichten*, 20.11.2021, S. 8.

Salzburger Nachrichten: Putin ordnet arbeitsfreie Tage an, in: *Salzburger Nachrichten*, 21.12.2021, S. 9.

Salzburger Nachrichten: 340 Millionen Euro flossen in die Hotellerie, in: *Salzburger Nachrichten*, Aus Stadt und Land, 29.12.2021, S. 1.

Salzburger Nachrichten: Immer neue Infektionsrekorde: Maske wird wieder zur Pflicht, in: *Salzburger Nachrichten*, „Aus Stadt und Land“, 19.03.2022, S. 8-9.

Salzburger Nachrichten: Impfpflicht: Wer von der Parteilinie abwich, in: *Salzburger Nachrichten*, 22.01.2022, S. 2.

Salzburger Nachrichten: ÖVP läutet das Aussetzen der Impfpflicht ein, in: *Salzburger Nachrichten*, 14.02.2022, S. 1.

Salzburger Nachrichten: Impflotterie ist endgültig passé, in: *Salzburger Nachrichten*, 14.02.2022, S. 2.

Salzburger Nachrichten: Volksschulen starten im Osten mit Lockerungen, in: *Salzburger Nachrichten*, 14.02.2022, S. 2.

Salzburger Nachrichten: Unmut im Krisenstab wächst, in: *Salzburger Nachrichten*, 19.03.2022, S. 5.

Salzburger Nachrichten: Politik und Wissenschaft: Reibungspunkte vorhersehbar, in: *Salzburger Nachrichten*, 19.03.2022, S. 5.

Salzburger Nachrichten: Warnung vor dem nächsten Corona-Chaos, in: *Salzburger Nachrichten* 22.07.2022, S. 1.

Salzburger Nachrichten: Hass im Netz in Zugzwang, in: *Salzburger Nachrichten*, 4.08.2022, S. 1.

Salzburger Nachrichten: „Schau dich um, wer hinter dir geht“, in: *Salzburger Nachrichten*, 4.08.2022, S. 2.

Salzburger Nachrichten: Coronafonds, in: *Salzburger Nachrichten*, 18.03.2023, S. 3.

Salzburger Nachrichten: Spitäler „fahren an die Wand“, in: *Salzburger Nachrichten*, 6.04.2023, S. 2.

Salzburger Nachrichten: Ursprung von Corona: WHO kritisiert China, in: *Salzburger Nachrichten*, 7.04.2023, S. 14.

Salzburger Nachrichten: Impfstoffbeschaffung im Blindflug, in: *Salzburger Nachrichten*, 17.06.2023, S. 2.

Salzburger Nachrichten: USA bauen Forschung zu Long Covid aus, in: *Salzburger Nachrichten*, 8.08.2023, S. 10.

Salzburger Nachrichten: Covid-Ambulanz sperrt zu, in: *Salzburger Nachrichten*, 12.08.2023, S. 13.

Sanches, Miguel, *Unger*, Christian: Angriff auf die Impfkampagne?, in: *Hamburger Abendblatt*, 25.01.2022, S. 3.

Sander, Matthias: „Viele lockern Einschränkungen zu rasch“, Interview mit Taiwans Gesundheitsminister Chen Shih-chung, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 2.03.2021, S. 5.

Sander, Matthias: Taiwans neues Selbstbewusstsein, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 24.03.2021, S. 6.

Sander, Matthias: Twitter, Instagram und Ttaiwanelgram erleichtern den Protest, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 30.11.2022, S. 2.

Schmidt, Hans-Jörg: Die Prager Regierung steigt von der Bremse, in: *Die Presse*, 25.04.2020, S. 6.

Schmidt, Hans-Jörg: Tschechien riskiert die große Öffnung und eine dritte Welle, in: *Die Presse*, 1.12.2020, S. 7.

Schmidt, Hans-Jörg: Tschechien muss wieder zusperren, in: *Die Presse*, 18.12.2020, S. 4.

Schmidt, Hans-Jörg: Zeman zettelt für Sputnik V einen Machtkampf an, *Die Presse*, 12.03.2021, S. 5.

Schmidt, Paul: Europäerinnen und Europäer vor den Vorhang, in: *Die Presse*, 24.04.2020, S. 31.

Schmidt-Radefeldt, Roman: Die Corona-Pandemie als Herausforderung für das Völkerrecht. Braucht die Welt einen globalen Pandemievertrag? WIFIS-aktuell Band 71, hrsgg. vom Wissenschaftlichen Forum für Internationale Sicherheit e.V., vertreten durch Prof. Dr. Michael Staack, Helmut-Schmidt-

Universität / Universität der Bundeswehr, Verlag Barbara Budrich, Opladen-Berlin-Toronto 2022.

Schmoll, Heike, *Soldt*, Rüdiger, *Steppat*, Timo: Auf der Suche nach Corona und seinen engen Verwandten, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 13.01.2021, S. 3.

Scholl, Stefan: Das Virus schwächt den Kreml, in: *Salzburger Nachrichten*, 08.05.2020, S. 6.

Scholl, Stefan: In Russland tobt das Virus, in: *Salzburger Nachrichten*, 22.12.2021, S. 6.

Schulze, Ralph: Spaniens Spitäler stehen vor Kollaps, in: *Die Presse*, 23.03.2020, S. 4.

Schulze, Ralph: Nordspanien wird zum „Risikogebiet“, in: *Die Presse*, 1.08.2020, S. 10.

Schulze, Ralph: Zweite Welle überrollt Portugal, in: *Salzburger Nachrichten*, 1.02.2021, S. 6.

Schulze, Ralph: In Gibraltar geht das Leben wieder los, in: *Salzburger Nachrichten*, 3.04.2021, S. 6.

Schwischei, Gerhard: Die FPÖ polarisiert weiter zum Selbstzweck, in: *Salzburger Nachrichten*, 11.12.2021, S. 4.

Seeböck, Sophie, *Šćerović*, Antonio, *Haider*, Paul, *Reibenwein*, Michaela, *Novy*, Gilbert: „Dieser Weg wird kein leichter sein“, in: *Kurier*, 21.11.2021, S. 7.

Segur-Cabanac, Philipp: Das Jagdkommando – die Spezialeinsatzkräfte des ÖBH, in: *Perspektiven. Freunde der Landesverteidigungsakademie*, Heft 2/2022, S. 25-27.

Seibert, Thomas: Gefährliches Zündeln am Persischen Golf, in: *Die Presse*, 24.04.2020, S. 7.

Sendlhofer, Thomas: Hotelier verdoppelte dank Covidhilfen Investitionen, in: *Salzburger Nachrichten*, Aus Stadt und Land, 29.12.2021, S. 4.

Sieber, Frank: Der Schweiz drohen Österreichs Zahlen, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 24.11.2021, S. 1.

Shepherd, Christian: Beijing focuses on frozen food after virus find, *Financial Times*, 18.11.2020, S. 4.

Siedenbiedel, Christian: Wie tief der Dax noch fallen kann, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21.03.2020, S. 25.

Smetana, Marian: Sind Militärs die besseren Pandemiebekämpfer?, in: *Salzburger Nachrichten*, 11.12.2021, S. 4.

Smetana, Marian, Purger, Alexander: Wer geht auf Corona-Demos?, in: *Salzburger Nachrichten*, 2.02.2021, S. 4.

Sommerbauer, Jutta: Mit „Sputnik V“ gegen Covid-19, in: *Die Presse*, 12.08.2020, S. 3.

Sommerbauer, Jutta: Der leise Protest der Belorussen, in: *Die Presse*, 04.06.2020, S. 6.

Sommerbauer, Jutta: Reiche Russen richten sich Heimkliniken ein, in: *Die Presse*, 24.03.2020, S. 12.

Spang, Thomas: Den Amerikanern geht das Fleisch aus, in: *Salzburger Nachrichten*, 08.05.2020, S. 5.

Stadt Wien: Aussendung, Covid-Schutzimpfung, November / Dezember 2021.

Stadt Wien: Brief zur 4. Welle der Corona-Pandemie, ohne Zeitangabe (November / Dezember 2021).

Steinvorth, Daniel: Von der Leyen räumt Fehler ein, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 12.02.2021, S. 1.

Stern, Nicole: EZB fängt gefallene Engel auf, in: *Die Presse*, 24.04.2020, S. 19.

Streibhammer, Jürgen: Merkel in Quarantäne, in: *Die Presse*, 23.03.2020, S. 5.

- Streibhammer*, Jürgen: „Erforderlich und verhältnismäßig“, in: *Die Presse*, 30.10.2020, S. 3.
- Stublfarrner*, Martin, *Stottmayer*, Madlen, *Vieregge*, Thomas: Geschlossene Grenzen in Ungarn, in: *Die Presse*, 1.09.2020, S. 1.
- Stublfarrner*, Martin, *Streibhammer*, Jürgen: Berlin warnt vor Wien, in: *Die Presse*, 17.09.2020, S. 1.
- Taiwan Center for Disease Control*, <https://www.cdc.gov.tw/En> [8. April 2020, 15.40 Uhr]
- Templer*, Petra: Maske rauf und Maske runter, in: *Wiener Zeitung*, 31.05.2022, S. 3.
- Thalhammer*, Anna: Maskenmangel: Kapazitäten durch Upcycling verdoppeln, in: *Die Presse*, 23.03.2020, S. 2.
- Thanei*, Christoph: „Jetzt geht es Corona an den Kragen“, *Die Presse*, 12.11.2020, S. 4.
- Thanei*, Christoph: QWas in der Slowakei bei Massentests schief läuft, in: *Die Presse*, 28.11.2020, S. 6.
- Thanei*, Christoph: Sputnik V und die slowakische Krise, in: *Die Presse*, 23.03.2021, S. 3.
- The Economist*: No truck with Trudeau, *The Economist*, February 19th, 2022, S. 39 und 40.
- The Economist*: The protests and ethnicity. Solidarity, of a sort, in: *The Economist*, December 3rd, 2022, S. 50-51.
- The New York Times*: Locked out of the Virtual Classroom, in: *The New York Times International Edition*, 31.03.2020, S. 11.
- The White House*: National Security Strategy, Washington, October 2022.

Truscheit, Karin: „Wir brauchen den Lockdown“, Interview mit dem Infektiologen Clemens Wendtner, Chefarzt der Infektiologie in der Münchner Klinik Schwabing, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 25.11.2021, S. 8.

Ultsch, Christian: China sperrte Diplomaten aus der EU wochenlang weg, in: *Die Presse*, 23.04.2020, S. 4.

Ultsch, Christian: Warum Europas Seuchenagentur so daneben lag, in: *Die Presse*, 10.04.2020, S. 4.

Ultsch, Christian, Raabe, Julia: China hat vertuscht, die WHO versagt und Europa geschlafen, in: *Die Presse*, 04.04.2020, S. 4.

Ultsch, Christian, Vierегge, Thomas: Wie Kurz und Netanjahu in der Krise kooperieren, in: *Die Presse*, 22.04.2020, S. 5.

Ultsch, Christian, Schneider, Wieland: Reisewarnung für den Westbalkan, in: *Die Presse*, 1.07.2020, S. 1.

United States Information Agency: The Constitution of the United States of America, Washington 1987.

Veigl, Stefan: Was bringt die Impfpflicht, in: *Salzburger Nachrichten*, 20.11.2021, S. 6.

Vierегge, Thomas: Corona infiltriert das Weiße Haus, in: *Die Presse*, 11.05.2020, S. 2.

Vierегge, Thomas: „Wir haben keinen Krieg in den USA“, in: *Die Presse*, 15.04.2020, S. 4.

Vierегge, Thomas: Corona trifft Trump und die USA mit voller Wucht, in: *Die Presse*, 26.03.2020, S. 1.

Vierегge, Thomas: Multikrise in Israel: „Wir steuern auf Abgrund zu“, in: *Die Presse*, 23.07.2022, S. 2 und 3.

Von Schwerin, Ulrich: Marokko impft doppelt so schnell wie Frankreich, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 15.04.2021, S. 2.

Walisch, Eva: Donnerstag, der D-Day für die Corona-Ampel, in: *Die Presse*, 27.08.2020, S. 3.

Walther, Konstanze: Seine dunkelste Stunde, in: *Wiener Zeitung*, 31.03.2020, S. 6.

Wee, Sui-Lee, Londoño, Ernesto: Support for 2nd China vaccine, in: *The New York Times International Edition*, January 9-10, 2021, S. 7.

Weiser, Ulrike: Sputnik V: Nur bis zum Sommer sinnvoll, in: *Die Presse*, 9.04.2021, S. 2 und 3.

Weiser, Ulrike, Pink, Oliver: Corona-Ampel: „Orange Premiere“ für sieben Städte, in: *Die Presse*, 15.09.2020, S. 2.

Wetz, Andreas, Lebermayr, Christoph, Zotter, Christoph: „Medizinische Seidenstraße“: Chinas Corona-Hilfe ist nicht nur Segen, Addendum-Internetplattform, 9. April 2020, <https://www.addendum.org/coronavirus/chinas-corona-hilfe/> [9. April 2020].

Wiener Zeitung: Ungarn öffnet wieder – trotz hoher Zahlen, in: *Wiener Zeitung*, 28.04.2021, S. 5.

Wiener Zeitung: Am Mittwoch fallen fast alle Corona-Maßnahmen, in: *Wiener Zeitung*, 31.05.2022, S. 1.

Wiener Zeitung: China fehlt Wachstum, Europa sieht Silberstreif, Peking kämpft mit Konjunktur und Demografie, in: *Wiener Zeitung*, 18.01.2023, S. 1.

Wiener Zeitung: Gecko als verpasste Chance, in: *Wiener Zeitung*, 22.03.2023, S. 1.

Willim, Christian: Tourismus-Cluster: Vorboten von Omikron, in: *Kurier*, 5.01.2022, S. 4.

Willim, Christian: Gurgeln, kontrollieren, suchen, in: *Kurier*, 12.02.2021, S. 4.

Winterer, Matthias: Wien öffnet ein bisschen, in: *Wiener Zeitung*, 28.04.2021, S. 13.

Wittmann, Jochen: Gute Laune in Großbritannien, in: *Salzburger Nachrichten*, 13.08.2021, S. 2.

Wörgetter, Sylvia: Eine EU in der Krise zählt auf Merkel, in: *Salzburger Nachrichten*, 13.06.2020, S. 6.

Wörgetter, Sylvia: EU-Parlament zeigt Muskeln, in: *Salzburger Nachrichten*, 16.04.2020, S. 6.

Wörgetter, Sylvia: Der Mann, der Europa nervte, in: *Salzburger Nachrichten*, 10.04.2020, S. 9.

Wörgetter, Sylvia: Die EU wird solidarisch sein. Oder sie wird nicht sein, in: *Salzburger Nachrichten*, 08.04.2020, S. 1.

World Health Organization (WHO): Coronavirus disease (COVID-19) pandemic, www.who.int/emergencies/situations/covid-19 [23. August 2023].

Wysling, Andres: Italiens Lockdown führt zum Streit um Zonen, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 16.11.2020, S. 2.

Zacharias, Jürgen, Wetzlmayr, Sarah, Im Kampf gegen das Virus, in: *Militär Aktuell*, Ausgabe 2/2020, S. 10-24.

Zirm, Jakob: Auf der Intensivstation, in: *Private Banking*, Mai 2020, S. 6-9.

Zirm, Jakob: Zwei Billionen Dollar – auch die USA schnüren historisches Hilfspaket, in: *Die Presse*, 26.03.2020, S. 2.

Zirm, Jakob: Zarte Hoffnung nach heftigem Crash, in: *Die Presse*, 31.07.2020, S. 1.

Zöch, Irene, Raabe, Julia: Die vier Modelle im Kampf gegen Corona, in: *Die Presse*, 26.03.2020, S. 9.

Zoll, Patrick: Natalie Wenger, Eike Hoppmann, Arme Länder müssen auf Vakzin warten, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Internationale Ausgabe, 10.09.2021, S. 2.

Zotter, Christoph: Taiwan schließt Schulen wegen 333 Infektionen, in: *Die Presse*, 18.05.2021, S. 4.

Jene Pandemie, die durch das damals neue Coronavirus SARS-CoV-2 ausgelöst wurde, spiegelte wie keine andere Krise zuvor jene Defizite, die durch dessen anfängliche Unterschätzung, durch mangelnde internationale Abstimmung bei dessen Bekämpfung und durch unkoordinierte und zum Teil unverständliche innerstaatliche Regelungen in vielen Ländern bei dessen Eindämmung zum Ausdruck kamen, wider. Der Autor dieser Studie vergleicht neben unterschiedlichen Herangehensweisen von Regierungen zur Eindämmung der Pandemie und divergierenden Einschätzungen von Wissenschaftlern gesellschaftliche, gesundheitspolitische, geopolitische und wirtschaftliche Auswirkungen dieser Pandemie auf globale Gesellschaftssysteme. Schließlich zeigt der Autor Lessons identified- und Lessons learned-Prozesse auf, die für die Bewältigung künftiger derartiger Krisen richtungsweisend sein könnten.

ISBN: 978-3-903359-79-6

